



**7. Parteitag der CDU Deutschlands**

# Protokoll

**16. bis 18. Oktober 1995 · Karlsruhe**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**  
**CDU**



**7. Parteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Karlsruhe, 16.-18. Oktober 1995**

**Herausgeber:**

**Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle,  
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

**Verlag und Gesamtherstellung:**

**Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,  
53113 Bonn, Konrad-Adenauer Haus**

# INHALT

Seite

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlußfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der Antragskommission	13
Wahl der Mandatsprüfungskommission	14
Wahl der Stimmzählkommission	14
Grußworte	
– Prof. Dr. Gerhard Seiler, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe	14
– Ministerpräsident Erwin Teufel, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg	16
– Jacques Santer, Präsident der Kommission der Europäischen Union	77
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	21
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands	38
Bericht der Mandatsprüfungskommission	73
Wahlen	
– Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands	73
– Nachwahl eines Mitgliedes. des Präsidiums der CDU Deutschlands	76
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche, und Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“	82
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments	88

<b>Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“</b>	<b>111</b>
<b>Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XI. EVP-Kongreß in Madrid</b>	<b>116</b>
<b>Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble</b>	<b>121</b>
<b>Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag</b>	<b>133</b>
<b>„Die Tagesordnung der Zukunft - Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“ Einführung und Moderation: Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie</b>	<b>135</b>
<b>Referate:</b>	
<b>– Aufbruch in das 21. Jahrhundert - Fortschritts- und Modernitätsverständnis in Deutschland - Prof. Dr. phil. Wolfgang Frühwald, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn</b>	<b>145</b>
<b>– Glück - Sicherheit - Verantwortung - Freiheitserwartungen im vereinten Deutschland - Prof. Dr. phil. Ludger Kühnhardt, Professor für Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg</b>	<b>151</b>
<b>– Gegenwart der Zukunft - Herausforderungen für morgen - Prof. Dr. rer. nat. Hubert Markl, design. Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, München</b>	<b>161</b>

<b>Plenumsdiskussion:</b>	
<b>Berichte aus den Foren</b>	<b>174</b>
<b>Aussprache zu den Berichten aus den Foren</b>	<b>186</b>
<b>Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1993 gem. § 23, Abs. 2 Parteiengesetz</b>	<b>197</b>
<b>Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze, und Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes: „Reform der Parteiarbeit“</b>	<b>197</b>
<b>Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes: „Reform der Parteiarbeit“</b>	<b>205</b>
<b>Sonstige Anträge</b>	<b>242</b>
<b>Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl</b>	<b>250</b>
 <b>A N H A N G</b>	
<b>Beschlußprotokoll</b>	<b>254</b>
<b>Beschlüsse</b>	
– Die Europäische Union voranbringen	272
– Reform der Parteiarbeit	277
– Sonstige Beschlüsse	286
<b>Foren:</b>	
<b>Wie machen wir Deutschland zukunftsfähig?</b>	
<b>Forum 1: Die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung</b>	<b>292</b>
<b>Forum 2: Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb</b>	<b>337</b>
<b>Forum 3: Wie wollen wir in Zukunft leben?</b>	<b>382</b>
<b>Forum 4: Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept</b>	<b>427</b>
<b>Namensverzeichnis</b>	<b>469</b>





**Montag, 16. Oktober 1995**

**Erste Plenarsitzung**

Beginn: 10.37 Uhr

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratisch Union Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 7. Parteitag der CDU und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich hier in Karlsruhe.

Mein ganz besonderer Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei, die Sie heute stellvertretend für die vielen hunderttausend Mitglieder unserer Partei nach Karlsruhe gekommen sind.

Ich heiße Sie herzlich willkommen Sie, Herr Erzbischof Saier, und Sie, Herr Landesbischof Engelhardt, und danke Ihnen sehr für das geistliche Wort und den Gottesdienst heute früh.

(Beifall)

Die ökumenische Verbundenheit ist eine der geistigen und geistlichen Wurzeln der CDU. Es gehört zur guten Tradition, daß unsere Parteitage mit einem ökumenischen Gottesdienst und einem Wort der Besinnung beginnen. Ich will auch Ihnen, lieber Herr Dekan Frey, herzlich danken für das, was in Ihrer so warmherzigen Begrüßung deutlich wurde.

(Beifall)

Sie haben es gemerkt an unserer Reaktion: Wir waren gleich bei Ihnen zu Hause.

(Beifall)

Mein Gruß gilt den Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die heute unsere Gäste sind. Besonders herzlich begrüße ich den Bevollmächtigten der EKD in Bonn, Herrn Bischof Dr. Löwe, und den Leiter des Katholischen Büros, Herrn Prälat Bocklet.

(Beifall)

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herr Ignatz Bubis, kann wegen einer Erkrankung heute leider nicht hierherkommen. Ich darf ihm von hier aus unsere besten Genesungswünsche übermitteln.

(Beifall)

Als seinen Vertreter begrüße ich Herrn Paul Spiegel.

(Beifall)

Morgen wird der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, mit uns diskutieren. Ich heiße ihn schon heute herzlich willkommen, ebenso wie die schon anwesenden Gewerkschaftsvorsitzenden sowie die Vertreter anderer Verbände und Institutionen.

(Beifall)

Ganz herzlich grüße ich unsere Gäste, die uns in den Foren und Diskussionsrunden morgen über die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts vortragen, mit uns diskutieren und nachdenken werden.

Mein besonderer Gruß gilt den Damen und Herren der Presse, die so zahlreich den Weg zu uns gefunden haben. Sie werden Gelegenheit haben, unsere Diskussionen und Beschlüsse

über den Weg Deutschlands an der Schwelle des 21. Jahrhunderts mitzuerleben. Wie wir das von unseren Freunden von der Presse kennen, werden sie besonders beeindruckt sein von dem, was wir tun, und das dann auch nach draußen tragen. Dafür danken wir besonders herzlich.

(Beifall)

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt dem Stadtoberhaupt der Stadt Karlsruhe, Herrn Oberbürgermeister Professor Seiler.

(Beifall)

Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen zunächst einmal ganz persönlich für die Art und Weise, wie Sie uns geholfen haben. Wir waren nicht immer diese Unterstützung gewohnt; das ist ganz natürlich. Bei Ihnen wußten wir: Wir sind herzlich willkommen. Das haben wir gespürt. Bitte übermitteln Sie auch allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern von Karlsruhe unseren herzlichen Dank für die gastliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben.

(Beifall)

Nicht zuletzt gilt unser herzlicher Dank dem Landesverband Baden-Württemberg der CDU für die Unterstützung, die wir auf dem Parteitag finden. So begrüße ich ganz besonders herzlich in unserer Mitte den Landesvorsitzenden, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, unseren Freund Erwin Teufel.

(Beifall)

Lieber Erwin Teufel, der Termin der Landtagswahl rückt näher. Wir werden alle, jeder für sich und an seinem Platz, mit Ihnen dafür kämpfen, daß dieses wunderschöne Bundesland Baden-Württemberg auch künftig von Ihnen und der CDU regiert wird.

(Beifall)

Wir haben eine große Zahl von ausländischen Gästen hier. Ich heiße sie besonders willkommen. Mein ganz herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Santer.

(Beifall)

Lieber Jacques, ich freue mich, daß Du heute zu uns gekommen bist. Du hast hier, wie Du weißt, viele Freunde und Anhänger. Wir wünschen Dir in Deinem schwierigen Amt in einer dramatischen Zeit, die über die Zukunft Europas und Deutschlands entscheidet, viel Glück und Gottes Segen.

(Beifall)

Ich heiße herzlich willkommen den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, unseren Freund Alois Mock, sowie unseren Freund Wilfried Martens, den Präsidenten des EVP.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, einer guten Tradition folgend wollen wir zu Beginn unseres Parteitags an jene unserer Freunde erinnern, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind. Stellvertretend für die vielen will ich nennen:

Helmut Schwebig, geboren 1923, gestorben im Dezember 1994. Er war seit 1946 Mitglied der CDU in Mecklenburg. Dort war er bis zu seiner Flucht in den Westen kommunalpolitisch tätig, unter anderem als Kreisvorsitzender der CDU in Malchin. Von 1962 bis 1983 war er Kreisgeschäftsführer in den Kreisverbänden Backnang und Rems-Murr.

Ich nenne Winfried Fest, geboren 1928, gestorben 1994. Er war seit 1951 Mitglied der CDU, von 1975 bis 1981 war er Direktor des Abgeordnetenhauses in Berlin. Danach wurde er Senatsdirektor beim Berliner Kultursenator. Von 1984 bis 1989 war er Senatsdirektor und Senatssprecher beim Regierenden Bürgermeister von Berlin.

Ich nenne Bruno Dörpinghaus, geboren 1903, gestorben im Februar 1995. Er gehörte 1945 zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Hessen. Von 1947 an war er Landesgeschäftsführer der hessischen CDU, danach - daran werden sich viele noch erinnern - Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU. Das war in jenen Tagen, als der Bundesverband der Partei noch nicht begründet war.

Ich nenne Heinrich Warnecke, geboren 1923, gestorben im März 1995. Er war von 1970 bis 1990 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und von 1978 bis 1990 dessen Vizepräsident. Als Landrat des Landkreises Gifhorn und Präsident des Niedersächsischen Landkreistages hat er sich um die Gemeinden große Verdienste erworben.

Ich nenne Anton Ilg, geboren 1919, gestorben im März 1995. Als Mitglied der CDA war er 30 Jahre lang Betriebsratsvorsitzender der Heidelberger Druckmaschinen AG. Von 1959 bis 1989 war er Kreisrat in Göppingen, von 1960 bis 1980 Mitglied des Baden-Württembergischen Landtages.

Ich nenne Hans-Georg Tesch, geboren 1922, gestorben im April 1995. Er war einer der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs in Rostock, seit 1990 Mitglied im CDU-Kreisverband Rostock. Er wurde 1994 Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock. Er bekleidete das Ehrenamt des Alterspräsidenten der Bürgerschaft.

Ich nenne Günther Röhl, geboren 1914, gestorben im Mai 1995. Er war von 1960 bis 1966 Bürgervorsteher der Stadt Plön, von 1974 bis 1984 Kreispräsident des Landkreises Plön, von 1963 bis 1973 Mitglied des Landesvorstandes der CDU in Schleswig-Holstein.

Ich nenne Anna Mönikes, geboren 1905, gestorben im Mai 1995. Sie gründete 1963 die Kreisfrauenvereinigung der CDU des Kreises Ahrweiler, deren Vorsitzende sie bis 1972 war. Sie war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1967 bis 1969.

Ich nenne Richard Hackenberg, geboren 1909, gestorben im Juni 1995. Von 1954 bis 1974 vertrat er die CDU im Hessischen Landtag. Er war lange Jahre Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und des Ältestenrates der Katholischen Verbände Deutschlands.

Ich nenne Helga Mack, geboren 1938, gestorben im Juni 1995. Sie war seit 1981 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und seit 1985 deren Präsidiumsmitglied.

Ich nenne Peter Müllenbach, geboren 1919, gestorben im Juli 1995. Er war 1946 Mitbegründer der Jungen Union und von 1947 bis 1984 hauptamtlich für die CDU tätig.

Ich nenne Dr. Udo Giuliani, geboren 1918, gestorben im August 1995. Er war von 1965 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz und gehörte vielen Gremien der chemischen Industrie an.

Liebe Freunde, ich habe diese Namen stellvertretend für viele genannt. Wir wollen unseren Toten ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben dieses Jahr in Bund und Ländern den Geburtstag der CDU vor 50 Jahren begangen. Ich will deshalb auch zu Beginn des Parteitag- es an herausragende Persönlichkeiten unserer Partei erinnern, ohne die die Erfolgsge- schichte der CDU nicht denkbar gewesen wäre und die heute nicht mehr unter uns sind.

Ich nenne stellvertretend für die Männer und Frauen der ersten Stunde Andreas Hermes, Ja- kob Kaiser und Wilhelm Wolf. Sie haben unter den schwierigsten Bedingungen die CDU auf- gebaut. Die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime Andreas Hermes und Jakob Kaiser stemmten sich in der Sowjetischen Besatzungszone dagegen, die CDU dem Zugriff der Kommunisten auszuliefern. Wilhelm Wolf widersetzte sich als Landesvorsitzender von Bran- denburg dem Totalitätsanspruch der SED. Er fand 1948 unter bis heute ungeklärten Um- ständen den Tod.

Ich nenne Konrad Adenauer, der die Bundesrepublik Deutschland wie kein anderer gestaltet hat. Er steht für den Aufbau eines stabilen demokratischen Gemeinwesens. Er führte uns zurück in die Gemeinschaft der freien Völker.

Ich nenne Ludwig Erhard, den Vater der Sozialen Marktwirtschaft und des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs unseres Landes. Bis heute steht sein Name für Wohlstand und soziale Ge- rechtigkeit, für ein leistungsstarkes, für ein solidarisches Gemeinwesen.

(Beifall)

Ich nenne Kurt Georg Kiesinger, den Kanzler der „Großen Koalition“, der in einer Zeit des Wandels der Union neue Zuversicht gab.

Ich nenne Bruno Heck, den ersten Generalsekretär der CDU, der uns unermüdlich vor Augen führte, daß gerade für eine dynamische und zukunftsorientierte Partei geistige Orientierung und feste Wertmaßstäbe unabdingbar sind.

Ich nenne die beiden Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano und Heinrich Krone. Bei- den gelang es, die Fraktion aus CDU und CSU zu einer kraftvollen Gemeinschaft zusam- menzuführen.

Ich nenne die Bundespräsidenten Heinrich Lübke und Karl Carstens. Beide waren schäbigen Anfeindungen und Verleumdungen ausgesetzt.

Beide haben durch die Kraft ihrer Persönlichkeit und ihr hohes Amtsethos den inneren Frie- den gestärkt und das deutsche Ansehen in der Welt gemehrt.

(Beifall)

Ich nenne die Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier. Ihr christ- licher Glaube hat sich im Widerstand gegen ein verbrecherisches Regime bewährt. Aus ihm heraus wurden sie zu prägenden Persönlichkeiten unserer parlamentarischen Demokratie.

Ich nenne für viele stellvertretend die Ministerpräsidenten Karl Arnold, Peter Altmeier, Geb- hard Müller und Helmut Lemke. Sie haben die Menschen in den damals neu entstanden Bun- desländern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig- Holstein zusammengeführt; sie wurden so zu allseits anerkannten Landesvätern.

(Beifall)

Ich nenne herausragende Frauenpersönlichkeiten wie Helene Weber, Elisabeth Schwarzhaupt und Helga Wex. Sie sind Vorbilder für das Engagement für Frauen in der Politik.

(Beifall)

Ich nenne Walter Hallstein und Manfred Wörner.

(Beifall)

Der erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der erste deutsche Generalsekretär der NATO haben mit ihrer Politik und ihrem Einsatz das Ansehen Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft wesentlich mitgeprägt.

Alle diese Persönlichkeiten, die ich stellvertretend für viele genannt habe, sind wie unzählige andere Teil der Erfolgsgeschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ihr Vermächtnis, liebe Freunde, bleibt Auftrag für uns alle.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten zweieinhalb Tagen ein umfangreiches Programm zu bewältigen haben. Die CDU feiert ihren 50. Geburtstag. Dies werden wir heute Abend in angemessener Weise feiern, einfach nach dem Motto „Wer hart arbeitet, kann auch gut feiern“. Wir haben es uns verdient.

(Beifall)

Aber morgen früh - damit das klar ist - werden wir einen klaren Kopf haben. Wer die Zukunft bewältigen will, der muß auch pünktlich sein.

(Beifall)

Damit das klar ist, klatschen genügt nicht. „Da sein“ heißt die Parole. Wir werden uns morgen der Tagesordnung der Zukunft annehmen, wie wir unser Arbeitsprogramm auf dem Weg zum 21. Jahrhundert genannt haben.

Meine Damen und Herren, nach der Ordnung des Parteitags liegt Ihnen zu Tagesordnungspunkt 2 der Vorschlag für die WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS vor. Sie haben die Vorlage. Sie beginnt mit dem Tagungspräsidenten Erwin Teufel, Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg.

Darf ich Sie fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden? - Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Diejenigen, die zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Soweit ich erkennen kann, ist der Vorschlag einstimmig angenommen. Ich darf Erwin Teufel bitten, die Geschäfte der Tagungsleitung zu übernehmen.

(Beifall)

**Erwin Teufel, Tagungspräsidium:** Herr Bundesvorsitzender! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren Delegierte! Liebe Freunde! Ich bedanke mich auch im Namen aller Damen und Herren, die Sie in das Tagungspräsidium gewählt haben, sehr herzlich für Ihr Vertrauen. Wir wollen versuchen, diesen Parteitag fair, gerade dort, wo umstrittene Punkte behandelt werden, gerecht und nach Möglichkeit auch zügig zu leiten. Wir bitten jede Delegierte und jeden Delegierten um Unterstützung.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

## BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zum 7. Parteitag zugesandt. Sie liegt außerdem in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, zeigen Sie dies bitte mit der roten Stimmkarte an. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Soweit ich das überschauen kann, ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

Ich bitte Sie nun für wenige Minuten um Ihre Aufmerksamkeit und um Ihr Verständnis für einige geschäftsleitende Bemerkungen zur Tagungsfolge und zum zeitlichen Ablauf des Parteitages.

Der Generalsekretär der CDU hat mit Schreiben vom 29. August 1995 den Vorständen der antragsberechtigten Gliederungen die Leitanträge des Bundesvorstandes unserer Partei zu folgenden Beratungspunkten zuschicken können:

Erstens: „Die Europäische Union voranbringen. Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“ (Tagesordnungspunkt 12) und zweitens: „Reform der Parteiarbeit“ (Tagesordnungspunkt 19).

Diese Leitanträge hat der Bundesvorstand wegen der Sommerpause erst am 28. August 1995 abschließend beraten können. Deshalb wurde vom Generalsekretär auf Beschluß des Bundesvorstandes die Antragsfrist auf den 22. September 1995 entsprechend verlängert.

Ich darf auf einen weiteren Punkt hinweisen. In der Antragsbroschüre unseres 7. Parteitages finden Sie verschiedene Anträge, über denen als Antragsteller „BV MIT“ - Bundesvorstand Mittelstandsvereinigung - verzeichnet ist, so z.B. Antrag C 70.

Bei dem Antragsteller handelt es sich um den Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die am 31. März 1995 in Hannover durch die Zusammenführung der bisherigen Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU mit verschiedenen Landes-Wirtschaftsvereinigungen der CDU entstand. Diese Zusammenführung kann satzungsrechtlich verbindlich erst auf diesem Parteitag der CDU Deutschlands genehmigt werden, und zwar mit Rückwirkung zum 1. April 1995.

Da jedoch die bereits seit Jahrzehnten auch auf Bundesebene bestehende Mittelstandsvereinigung der CDU stets ausgeübte Antragsrechte besaß und die neu formierte Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung diese Tradition fortsetzt, nehme ich Ihr Einverständnis damit an, daß diese Bundesvereinigung schon zu diesem 7. Parteitag Anträge auf Grund von § 6 Abs. 1 Ziff. 3 der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands stellt. Ich stelle keinen Widerspruch fest.

Meine Damen und Herren, für Initiativanträge gilt folgendes Verfahren: Schriftliche Anträge können im Verlauf des Parteitages innerhalb der gesetzten Fristen eingebracht werden, wenn die Anträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden.

Wer einen Antrag zu stellen wünscht, wende sich bitte frühzeitig an das Büro der Antragskommission, das sich im Eingangsfoyer im Bereich des Tagungsbüros befindet. Die Mitarbeiter des Antragsbüros beraten Sie gern in allen inhaltlichen und verfahrenstechnischen Fragen. Sie können dort auch Ihre Antragstexte schreiben lassen. Ferner erhalten Sie im Büro der Antragskommission ein Formular für die zur Gültigkeit des Antrags notwendigen 30 Unterschriften.

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, für die Einbringung von Anträgen folgende Fristen zu setzen: Erstens, für Anträge zum Tagesordnungspunkt 10,

Wahlen: heute, 13.00 Uhr; zweitens, für Anträge zum Tagesordnungspunkt 12, Europapolitik: heute, 14.00 Uhr; drittens, für alle anderen Anträge soll die Frist morgen, Dienstag, 17. Oktober, um 17.00 Uhr ablaufen.

Darf ich Sie fragen, ob Sie mit diesen Fristen und Vorschlägen einverstanden sind? Gibt es Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Darf ich Sie um Zustimmung durch Erheben der Stimmkarte bitten? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle, von hier aus gesehen, einstimmige Zustimmung fest.

Zu den jeweiligen Aussprachen darf ich schon jetzt darauf hinweisen, daß die Wortmeldungen auf Wortmeldezetteln erfolgen müssen. Diese befinden sich in den Delegiertenunterlagen.

Vor der Bühne auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite befindet sich eine Mitarbeiterin, die die Wortmeldungen annimmt. Von dort aus werden die Wortmeldezettel dem amtierenden Tagungspräsidenten zugeleitet.

Meine Damen und Herren, ich weise Sie auch gerne auf die Ausstellung in der Gartenhalle hin. Es ist uns gelungen, zahlreiche Hersteller von Zukunftsprodukten zu einer Präsentation zu gewinnen. Unser Land war nicht nur zu Beginn der Industrialisierung, sondern ist auch heute noch das Land der Tüftler und Erfinder. Bilden Sie sich ein eigenes Urteil durch einen Rundgang.

Außerdem finden Sie dort die von der Konrad-Adenauer-Stiftung präsentierte Ausstellung zur Geschichte der CDU.

Schließlich freue ich mich, meine Damen und Herren, Sie auf unseren Parteitagabend hinweisen zu dürfen, der ab 20.00 Uhr in der Europahalle stattfinden wird. Eine spezielle Einladung finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen. Ich möchte Sie besonders darauf hinweisen, daß ab 19.30 Uhr ein Bustransfer von der Schwarzwaldhalle hier zur Europahalle durchgeführt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch im Namen des Tagungspräsidiums alle Delegierten und Gäste herzlich willkommen heißen. Ich danke den zahlreichen Vertretern der Medien für ihr Kommen und hoffe auf eine faire Berichterstattung.

Ich möchte eine Persönlichkeit ganz besonders herzlich begrüßen. Wir alle freuen uns über die Anwesenheit von Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Ich darf Sie, verehrte, liebe Frau Kohl, sehr herzlich in Ihrem Nachbarland Baden-Württemberg begrüßen, zu dem Sie viele Verbindungen haben. Ich darf Ihnen danken für die Unterstützung der Arbeit Ihres Mannes. Ich darf Ihnen ganz herzlich danken für Ihren großartigen sozialen Einsatz, besonders für das Kuratorium ZNS.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für Ihre Verbundenheit zur CDU. Wir möchten unseren Dank mit der bescheidenen Geste eines Blumenstraußes zum Ausdruck bringen, den ich Ihnen überreichen lasse.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

**BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND  
EINGESETZTEN ANTRAGSKOMMISSION**

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission eingesetzt. Die Namensliste liegt Ihnen in Ihrer Tagungsmappe vor.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie dazu Wortmeldungen haben. - Das ist nicht der Fall. Ich bitte um Bestätigung mit der Stimmkarte. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle einstimmige Zustimmung zur eingesetzten Antragskommission fest.

Ich mache darauf aufmerksam, daß für die Sitzungen der Antragskommission der Sitzungssaal des Konzerthauses vorgesehen ist. Termine für eventuell notwendige Sitzungen werden durch den amtierenden Tagungspräsidenten bekanntgegeben.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

#### WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Mandatsprüfungskommission für Parteitage vom Bundesausschuß gewählt wird. Da aber zwischen dem 6. Parteitag im November 1994 und dem heutigen Parteitag kein Bundesausschuß stattfand, wählt dieser Parteitag die Mandatsprüfungskommission.

Den Vorschlag des Bundesvorstandes finden Sie ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Die Mandatsprüfungskommission ist bestätigt, und ich möchte sie für 12.00 Uhr zu einer Sitzung im Büro des Organisationsleiters einladen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

#### WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Die Liste mit den vorgeschlagenen Personen befindet sich in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Auch die Stimmzählkommission ist bestätigt.

Ich bitte die Stimmzählkommission zu einer Besprechung um 12.00 Uhr im Sitzungsraum 15 in der Schwarzwaldhalle. - Nun darf ich die Leitung des Parteitags an Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth übergeben.

Petra Roth, Tagungspräsidium (mit Beifall begrüßt): Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7:

#### GRÜßWORTE

Ich persönlich freue mich ganz besonders, den Gastgeber dieser Stadt, Herrn Oberbürgermeister Professor Dr. Gerhard Seiler aus Karlsruhe, bei uns willkommen zu heißen und ihn um ein Grußwort zu bitten. Bitte schön.

**Prof. Dr. Gerhard Seiler** (mit Beifall begrüßt): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrtes Auditorium! Sie kommen in eine junge Stadt. 1715 erst wurde diese Stadt gegründet, mitten im Wald zwischen Schwarzwald und Rhein. Carl Wilhelm wollte hier seine Ruhe finden und wollte „Gemütsergötzung“. Sein Schloßtürm überragt heute noch die Stadt.

Es gibt viele, auch pikante Geschichten zur Stadtgründung. Ich will Sie damit verschonen. Wahr ist jedenfalls, daß der Markgraf eine neue badische Residenz gründen wollte und selber am Reißbrett den Grundriß plante.



Doch nicht nur auf dem Stadtplan herrschte Ordnung, auch die Häuser waren abgestuft: Das Schloß war dreistöckig, die Beamten wohnten zweistöckig, die Bürger einstöckig und die Arbeiter vor den Toren der Stadt.

Meine Damen und Herren, der Begriff der „Beamtenstadt“, der uns deshalb anhing, gilt schon lange nicht mehr. Mit weitaus mehr Stolz tragen wir einen anderen Beinamen, nämlich „Residenz des Rechts“. Wir sind den Hohen Gerichten freundschaftlich verbunden. Immerhin waren diese Hohen Gerichte ein „Gutsele“ - das ist badisch; ich kann es auch übersetzen: ein Bonbon - für den Verlust des Rangs der badischen Landeshauptstadt, als im Jahre 1951 das Land Baden-Württemberg zusammengeschlossen wurde.

Längst ist Karlsruhe keine Beamtenstadt mehr. Diese Spezies ist sogar in der Unterzahl. Weit über dem Durchschnitt liegt aber der Anteil der Forschungseinrichtungen und Forscherdichte. Hier ist z. B. die älteste Hochschule Deutschlands und die größte Informatikfakultät der Republik.

Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen arbeiten Hand in Hand, und wir haben einen - wie ich glaube, einmaligen - freiwilligen Zusammenschluß in der Technologieregion, einen Zusammenschluß aus Gemeinden, Landkreisen, Forschungseinrichtungen und Kammern, und wir wollen uns dort drüben in der Gartenhalle präsentieren.

Für die CDU ist Karlsruhe kein unbekanntes Pflaster. Bereits 1951 fand - allerdings in sehr viel bescheidenerem Rahmen - der 1. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe statt. 1960 waren wir zum zweiten Mal Gastgeber für Sie, und wir sind glücklich, daß wir 1995 den Bundesparteitag erneut zu Gast haben.

Die Zukunft des modernen Deutschland ist ein Themenschwerpunkt dieses Parteitages. Als Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages möchte ich einige Sätze dazu formulieren:

Städte prägen das Antlitz Deutschlands, auch in der Zukunft. So wollen sie bleiben, auch bescheiden. Sauber putzen sie sich heraus, erst im Westen, jetzt im Osten. Wir stehen zu diesem Land. Die Städte brauchen Deutschland, aber Deutschland braucht auch die Städte.

Ich sage dies nicht ohne Grund. Während der Bund und die Länder, zumindest dieses Land Baden-Württemberg, ihre Zinsen noch aus Steuermitteln zahlen können, ist dies bei vielen Großstädten nicht mehr der Fall. Auch Karlsruhe war bis vor zwei Jahren, wie wir zu sagen pflegten, mäßig wohlhabend. Heute geht es uns finanziell nur noch mäßig, und wohl ist uns dabei gar nicht.

Die Befindlichkeiten und Wünsche der Städte fasse ich zusammen: ein bißchen mehr Freiheit und weniger Bürde; die Hilfe für den Osten, wir tragen sie gern und mit Würde;

(Beifall)

doch neue Lasten können wir nicht tragen, der Esel geht schwer, jetzt muß er klagen.

(Beifall)

Zurück nach Karlsruhe: Wir begrüßen Sie herzlich. Lernen Sie die badische Gastfreundschaft kennen, mit einem Hauch französischer Lebensart, dem „savoir vivre“, das wir gerne mit Ihnen teilen wollen. Dazu laden wir Sie recht herzlich ein. Wir freuen uns, daß Sie da sind!

(Beifall)

**Petra Roth**, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und stimme mit Ihnen darin überein: Deutschland braucht die Städte. Die CDU braucht Karlsruhe und andere Großstädte, in denen die Oberbürgermeister von der CDU gestellt werden.

In den Städten findet die geistige Auseinandersetzung statt, und das bedeutet, daß man nicht den Diskurs ohne Argumente führt, sondern daß man die Deeskalation der politischen Konfrontation betreibt. Das ist der Erfolg der direkt gewählten Oberbürgermeister in den deutschen Großstädten, und ich denke, daß das Thema, unter dem der Parteitag heute steht, einen großen Beitrag dazu leisten wird, viele weitere Kolleginnen und Kollegen an die Seite der bisher direkt gewählten Oberbürgermeister zu stellen. Herzlichen Dank, Herr Professor Seiler!

(Beifall)

Ich bitte nun zu einem weiteren Grußwort den Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg. Bitte, lieber Herr Kollege Ministerpräsident Teuffel

(Beifall)

**Erwin Teuffel**: Herr Bundeskanzler! Verehrte Gäste! Verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg begrüße ich alle Gäste aus dem Inland und dem Ausland sehr herzlich in unserem Lande. Als Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg begrüße ich alle Delegierten und Freunde der CDU sehr herzlich hier in Karlsruhe, in der badischen Residenz.

Vor allem grüße ich unseren Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Er findet Sympathie und Zustimmung in ganz Deutschland. In Baden-Württemberg, in seiner Nachbarschaft, in Mannheim, in Heidelberg, in der Kurpfalz, in Karlsruhe, ist er nicht nur ein stets gern gesehener Nachbar; er ist beliebt bei Land und Leuten.

(Zustimmung)

Die Menschen mögen ihn als einen der Ihrigen, und sie haben Hochachtung vor seiner politischen Leistung.

(Beifall)

Karlsruhe verdankt diesen Bundesparteitag der persönlichen Entscheidung des Bundesvorsitzenden. Wir in der CDU Baden-Württemberg danken Ihnen, Herr Bundeskanzler, für diesen Rückhalt zur Landtagswahl.

(Zustimmung)

Ottfried Hennig, Johannes Gerster und ich danken dem Bundeskanzler und Wolfgang Schäuble und allen Freunden in Bonn dafür, daß wir für unsere Landtagswahlen diesmal Rückenwind aus Bonn haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg hat vor dem Landesparteitag der SPD vor drei Wochen öffentlich erklärt, er habe alle Bundespolitiker der SPD eingeladen; keiner solle nach Baden-Württemberg kommen.

(Zustimmung)

Ich lade alle Delegierten, alle Freunde der CDU aus Bonn und aus ganz Deutschland ein, nach Baden-Württemberg zu kommen.

(Zustimmung)

Die CDU kann sich hier sehen lassen!

(Lebhafter Beifall)

43 Jahre besteht dieses Land. 42 Jahre wird es von einem CDU-Ministerpräsidenten regiert und von der CDU geprägt. Baden-Württemberg spielt an der Spitze der Bundesliga der deutschen Länder, besser als derzeit unsere drei Bundesligamannschaften Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart.

(Heiterkeit)

Der Zusammenschluß von drei selbständigen Ländern 1952 zum neuen Land Baden-Württemberg hat sich bewährt. Nach Theodor Heuss ist Baden-Württemberg ein Modell deutscher Möglichkeiten - ich meine, auch ein Modell für weitere Länderneugliederungen.

(Zustimmung)

Hermann Hesse, ein Baden-Württemberger, hat in einer Liebeserklärung an seine alemannische Heimat gesagt:

Meine alemannische Heimat hat viele Täler  
mit Ecken, Kanten und Winkeln, aber jedes Tal ist offen zur  
Welt hin.

Genau so sind die Baden-Württemberger: Menschen mit Ecken und Kanten, aber mit einem Blick über den eigenen Kirchturm und die eigenen Landesgrenzen hinaus, offen zur Welt hin.

Natürlich haben wir unsere landsmannschaftlichen Besonderheiten nicht verloren. Ich darf sie zum besseren Verständnis in ein paar Versen zum Ausdruck bringen:

Derweil die Schwabe fleißig schafft  
und Geld fürs Häusle zsammeraffet,  
lond Badener sich nicht verdrieße  
und dont ihr Lebe auch genieße.  
Der Schwab, der spart für d' Ewigkeit,  
der Badener lebt lieber heut.  
Der gönnt sich was, egal was kost,  
mag lieber Wein als saure Most.  
Weil beides einfach zsammeg'hört,  
ist unser Land so lebenswert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine vom Nachrichtenmagazin „Focus“ veröffentlichte Untersuchung über die Lebensqualität in allen deutschen Städten und Landkreisen, vor drei Wochen veröffentlicht, hat ergeben: Auf den ersten 26 Plätzen sind Städte und Landkreise aus Baden-Württemberg sechzehnmal vertreten.

(Beifall)

Ich kann nichts dafür, es ist keine Veröffentlichung der Pressestelle der Landesregierung, sondern die Wertung eines unabhängigen Nachrichtenmagazins.

Die Bilanz spricht für die Bürger unseres Landes. Ich darf hinzufügen, sie spricht auch für über 40 Jahre CDU-Politik in diesem Lande, in den Städten, Gemeinden und Kreisen.

(Beifall)

Baden-Württemberg ist eine der modernsten Wirtschaftsregionen Europas. Wir sind deutscher Meister im Export. Gemessen am Bruttozialprodukt gibt kein Land in Europa mehr aus für die Forschung. Bei den Patentanmeldungen liegt unser Land Jahr für Jahr an der Spitze. Wir haben im Vergleich der Länder die geringste Zahl von Straftaten und die höchste Aufklärungsquote. Diese Stellung wollen wir halten. Deshalb wollen wir das Joch der Großen Koalition abschütteln und unser Land vor der rot-grünen Versuchung bewahren.

(Beifall)

Liebe Freunde, Rot-Grün hat in Frankfurt die Zukunft hinter sich und in Düsseldorf den Niedergang vor sich.

(Beifall)

Ich gratuliere Petra Roth noch einmal zu ihrem großen Erfolg in Frankfurt.

(Beifall)

Liebe Freunde, Sie können es feststellen, in Bonn ergreift Joschka Fischer bereits die Flucht vor der SPD. Die grünen Äpfel fürchten sich vor der Ansteckung durch die faulen roten Äpfel im gleichen Korb.

Die CDU ist geschlossen in Stuttgart und in Bonn. Wir befassen uns mit den zentralen Fragen der Zukunft, erstens mit Europa, zweitens mit der Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Beide Fragestellungen unseres Parteitages, beide Zukunftsentwürfe sind elementar für Baden-Württemberg. Sie helfen uns deshalb im Vorfeld unseres Wahlkampfes und als Perspektive für die Zukunft Europas.

Nirgendwo begreift man besser als in dieser Landschaft von Freiburg bis Karlsruhe, in dieser Landschaft am Oberrhein, was Europa für uns bedeutet. Wir verdanken Konrad Adenauer die Westorientierung der deutschen Politik, die Aussöhnung mit Frankreich, nicht nur eine geographische Westorientierung, eine Orientierung hin zu den freiheitlichen Demokratien des Westens, zu den positiven Werten der französischen und der amerikanischen Revolution. Diese Politik der Westorientierung, von der CDU getragen bis Helmut Kohl, hat unserem Land die längste Periode des Friedens in der jüngeren deutschen Geschichte gebracht und hat uns die Freiheit erhalten und die deutsche Einheit ermöglicht.

(Beifall)

Diese Landschaft am Oberrhein war über Jahrhunderte tote Zone. Sie hat erstmals in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die gleichen Entwicklungschancen bekommen wie alle anderen Regionen in Deutschland. Auf unseren Friedhöfen sind drei Gefallenendenkmale nebeneinander, ein Gefallenendenkmal aus dem 70er Krieg des letzten Jahrhunderts, ein Gefallenendenkmal aus dem Ersten Weltkrieg und ein Gefallenendenkmal aus dem Zweiten Weltkrieg. Ich selbst gehöre zur ersten Generation in den jüngeren deutschen Geschichte, die nicht in einen Krieg ziehen mußte. Ich verdanke dies Politikern von Konrad Adenauer bis Helmut

Kohl. Ich sage es in großer Dankbarkeit. Weil ich will, daß dies nicht der Ausnahmefall der deutschen Geschichte ist, daß eine Generation in Frieden heranwächst, sondern weil ich will, daß dies zum Normalfall der deutschen Geschichte wird, daß Generationen in Frieden heranwachsen, deshalb muß diese Politik der europäischen Einigung fortgesetzt werden, und dafür garantiert die CDU und Helmut Kohl.

(Beifall)

Die zweite Herausforderung ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Helmut Kohl hat die Standortdebatte in unserem Land begonnen, und wir stehen nicht mehr dort, wo wir vor vier Jahren gestanden haben; unsere Wirtschaft ist durch Unternehmer und Betriebsräte und durch die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren wettbewerbsfähiger geworden, aber wir sind noch nicht dort, wo wir hinmüssen.

Wir sind in einer gewaltigen Strukturkrise unserer Wirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, daß wir im produzierenden Bereich die gleiche Menge an Gütern herstellen können mit immer weniger Menschen. Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre. Wir haben in Baden-Württemberg allein in einer einzigen Branche, in der metallverarbeitenden Industrie, in den letzten drei Jahren 270 000 Arbeitsplätze verloren. Die Frage aller Fragen ist: Was können wir tun, damit neue Arbeitsplätze entstehen, damit junge Leute, die aus dem dualen Ausbildungssystem kommen, einen Arbeitsplatz finden, damit Studenten, die ihr Studium beendet haben, einen Arbeitsplatz finden. Arbeitsplätze sind nicht alles, aber Voraussetzung für alles andere. Ohne Arbeitsplätze ist alles andere nichts!

(Beifall)

Deswegen stellen wir uns auf diesem Parteitag den Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Wir investieren in unserem Land in die einzige Ressource, die wir haben, nämlich in die Köpfe der Menschen. Wir sorgen für ein gutes Schulwesen, für eine qualifizierte Berufsausbildung, wir fördern die Forschung, wir sorgen dafür, daß neue Erfindungen schneller in neue Produkte und neue Produktionsverfahren umgesetzt werden. Wir fördern den Technologietransfer, wir fördern die Gründung von neuen Existenzen und die Erschließung neuer Märkte. Wir werden keine Frage mit solcher Priorität bearbeiten müssen wie diese Frage.

Wir sind die Partei der wirtschaftspolitischen Kompetenz. Die Bürger vertrauen uns in schwieriger Zeit. Sie wissen auch, daß wir wirtschaftliches Wachstum im Rahmen ökologischer Vorgaben und unter Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wollen und daß die CDU die einzige Partei ist, die überhaupt die Frage stellt, was unsere moderne Gesellschaft noch zusammenhält, welches die alle verbindenden Grundlagen und Grundwerte sind, auf welchem Fundament wir ein Haus bauen wollen, in dem dann viele Wohnungen nach Belieben eingerichtet werden können.

Meine Damen und Herren, es sind zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung, die uns auf diesem Parteitag bewegen.

Ich heiße Sie noch einmal herzlich willkommen in Karlsruhe. SPD, FDP und Grüne gehen vermehrt nach Karlsruhe, um politische Entscheidungen des Bundestages und der Bundesregierung zu korrigieren. Die CDU geht nach Karlsruhe, um politische Entscheidungen in eigener Zuständigkeit zu treffen und die Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

Wir sind dankbar dafür, daß wir die höchsten deutschen Gerichte in Karlsruhe haben, den Bundesgerichtshof, den Generalbundesanwalt, das Bundesverfassungsgericht.

Wir sind - das gestehe ich offen - nicht über jedes Urteil glücklich. Hierzulande gilt das Sprichwort: Ein jeder hat sein Kreuz zu tragen.

(Heiterkeit)

Aus der Hauptstadt des Rechts grüße ich die deutsche Hauptstadt Berlin, und ich wünsche meinem Freund Eberhard Diepgen und der Berliner CDU Schubkraft und Rückenwind von diesem Parteitag für einen großen Wahlerfolg, den er sich durch Leistung beim Aufbau der deutschen Hauptstadt verdient hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall -  
Eberhard Diepgen bedankt sich per Handschlag)

Herr Bundeskanzler, ich habe Ihnen immer viel zugetraut,

(Heiterkeit)

aber daß Sie maßgeschneidert zu diesem Parteitag in Karlsruhe die CDU in Umfragen wieder zur alleinigen Mehrheit führen, das ist schon eine Meisterleistung.

(Beifall)

Dieses Beispiel, das Sie uns geben, und ein großes Vertrauen der Bürger in Baden-Württemberg zur CDU sind für uns Zeichen und Ansporn, daß wir es am 24. März 1996 wieder allein schaffen können und schaffen werden.

(Beifall)

Wir wollen eine eigenständige regierungsfähige Mehrheit, und wir werben und kämpfen für diese eigenständige regierungsfähige Mehrheit.

(Beifall)

Sie, Herr Bundeskanzler, werden uns dabei mit zehn Einsätzen helfen, die Sie mir zugesagt haben. Ich danke Ihnen dafür mit einem baden-württembergischen Spitzenprodukt: Steiff, „Knopf im Ohr“.

(Heiterkeit und Beifall - Ministerpräsident Erwin Teufel  
überreicht Bundeskanzler Helmut Kohl einen Stofflöwen)

Meine Damen und Herren, es ist ein Löwe, aus einer ganzen Reihe von Gründen:  
Erstens. Der Stauer Löwe ist das baden-württembergische Wappentier.  
Zweitens. Der Löwe ist der König der Tierwelt.  
Drittens. Der Löwe läßt keinen Feind in sein Revier.

(Heiterkeit und Beifall)

Viertens. Löwen gelten intern als gesellig und familienfreundlich.

(Heiterkeit)

Fünftens. Löwen sind das Symbol für Macht und Tapferkeit.  
Und sechstens. Im Brockhaus - auch einem baden-württembergischen Produkt -

(Heiterkeit)

habe ich folgende Definition gefunden: „Der Löwe ist eine nachtaktive Großkatze.“

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, alle Assoziationen mit lebenden Personen sind frei erfunden. Herr Bundeskanzler, der Löwe aus Baden-Württemberg möge seinen Platz neben dem Pfälzer Löwen finden!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Petra Roth**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Teufel, der Parteitag dankt Ihnen mit diesem Applaus und wünscht Ihnen selbstverständlich, daß Sie weiterhin in der Spitzenliga bleiben und spielen werden. Aber in der Art, wie Sie den Löwen mit dem Knopf im Ohr unserem Vorsitzenden und Bundeskanzler überreicht haben, zeigt, welche Kenntnis Sie aus dem Bereich Löwen mitgebracht haben. Das ist nur möglich, wenn Männer und Frauen aus der Wiege der Politik, der Kommunalpolitik, kommen. Erwin Teufel hat in der Kommunalpolitik begonnen und steht heute einem erfolgreichen Landesverband als Ministerpräsident vor. Er hat einen mitgliederstarken Landesverband. Sie praktizieren die Basisdemokratie in Ihren Landesverband und haben hier ein lebendiges Wirken. Lieber Herr Teufel, wir wünschen Ihnen, daß Sie bei den Landtagswahlen als Spielführer nur die schwarzen Damen und Herren in der baden-württembergischen Liga zur Meisterschaft führen. Viel Erfolg und herzlichen Dank für dieses Grußwort!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8.1 auf:

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich erteile das Wort unserem Vorsitzenden, dem Kanzler der Einheit, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Zunächst ein herzliches Dankeswort an Erwin Teufel. Das mit dem Löwen hat mir gut gefallen.

(Heiterkeit)

Aber bevor Sie jetzt applaudieren: Er hat einen wichtigen Punkt weggelassen. Zur Wahrheit gehört auch, daß die männlichen Löwen ziemlich faul sind und die weiblichen Löwen die Arbeit machen müssen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist von den Zoologen längst nachgewiesen, daß die Löwen zunächst meist zuschauen, wenn die Löwinnen die Jagd einbringen. Ich will jetzt nichts zu der Abstimmung am Mittwoch sagen,

(Heiterkeit)

aber das ist ein ganz interessanter Punkt.

Und da ist noch etwas, Erwin Teufel. Heute abend kommt Theo Waigel. Wenn er schon da wäre, würde er jetzt sagen: „Der Löwe ist auch das Pfälzer Wappentier“. (Was die Bayern nicht so gerne hören: Der Pfälzer Löwe ist der Vater des bayerischen Löwen.)

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn man auf 50 Jahre CDU und CSU zurückblickt, muß man das gelegentlich einmal sagen. Das tut einem gut.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fünf Jahre sind seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes vergangen, und nur noch fünf Jahre trennen uns von der Jahrhundertwende. Wir, die CDU, schauen zurück auf die 50 Jahre seit der Gründung unserer Partei, und wir nehmen mit klaren Zielen, mit einem bewährten Kompaß, mit Selbstbewußtsein, aber auch mit Demut vor der Aufgabe Kurs auf das 21. Jahrhundert.

Wir sind - und darauf sind wir stolz - die einzige politische Kraft in Deutschland, die in unserem Volk Mehrheiten finden kann. Ich beziehe mich nicht auf Demoskopien, die heute so und morgen so sind, ich beziehe mich auf die Tatsache, daß wir bei der letzten Bundestagswahl, CDU und CSU zusammen, 45 % der Erststimmen erreichen konnten. Wir erheben den Anspruch, und wir stehen damit in der Pflicht, unseren Beitrag zu leisten, unser Land auf einem sicheren Weg in die Zukunft zu führen.

Die CDU Deutschlands ist in einer guten Verfassung. Unsere Partei und die von ihr getragene Bundesregierung erweisen sich als geschlossen, als handlungsfähig. Die CDU/CSU-Fraktion leistet eine ausgezeichnete Arbeit unter der Führung von Wolfgang Schäuble, dem ich dafür besonders herzlich danke.

(Beifall)

Mit ihm, liebe Freunde, danke ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion, die ein gewaltiges Arbeitspensum leisten, ein Arbeitspensum, das in der Öffentlichkeit nicht immer die Anerkennung findet, die es verdient. Deswegen will ich das hier besonders herausstellen.

Mein herzlicher Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen aus den Landesregierungen, die für unsere Sache im Bundesrat fechten.

Vor einem Jahr haben uns viele prophezeit, daß die Koalition der Mitte schon bald wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament scheitern werde. Das Gegenteil hat sich als richtig erwiesen: Die Zusammenarbeit in der Koalition, mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP hat sich als vertrauensvoll und - ich will es einmal so formulieren - meistens kameradschaftlich erwiesen. Wir wollen und werden diese Koalition fortsetzen.

Bei allen bisherigen Landtagswahlen in diesem Jahr konnten wir Zugewinne erzielen, die SPD mußte Verluste hinnehmen. In Bremen hatten wir unter Führung unseres Spitzenkandidaten Ulrich Nölle ein großartiges Wahlergebnis.

(Beifall)

Dort nehmen wir einen ganz entscheidenden Teil der Regierungsverantwortung wahr. Wer Bremen kennt, weiß: Dies ist eine phantastische Sache, eine wirkliche Sensation in der deutschen politischen Landschaft.

Meine Damen und Herren, die eindrucksvollen Geburtstagsfeiern zum 50jährigen Bestehen unserer Partei, vor allem die in Berlin, lenkten den Blick über die Grenzen der Tagespolitik hinaus hin zu den Wurzeln der Union, zu unseren Überzeugungen und zu unseren Erfolgen.

Hier, auf diesem Parteitag in Karlsruhe, geht es um die großen Fragen der Zukunftsgestaltung. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich mich in meiner Rede mit diesen Fragen beschäfti-



gen will und heute nicht wie üblich einen Bericht erstatte. Ich verweise ausdrücklich auf die Vorlage zur Bilanz unserer Regierungsarbeit. Diesen Bericht finden Sie in Ihren Tagungsmappen.

Liebe Freunde, gerade im Blick auf die Zukunft haben wir allen Grund, an unseren Zielen, an unserem Selbstverständnis als Volkspartei der Mitte festzuhalten. Wir bleiben die Partei der deutschen Einheit.

(Beifall)

Wir bleiben die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Wir bleiben die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört für uns auch die Bewahrung der Schöpfung.

(Beifall)

Wir stehen auch in Zukunft für Freiheit und Verantwortung in Deutschland und Europa.

Das Grundsatzprogramm, das wir auf dem Hamburger Parteitag im Februar letzten Jahres beschlossen haben, beschreibt die Leitlinien unseres Handelns. Mit dem christlichen Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität stehen wir auf einem festen Fundament. Auf dieser Grundlage wollen wir unseren Beitrag zur Tagesordnung der Zukunft leisten.

Liebe Freunde, in wenigen Tagen wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Es gilt, Eberhard Diepgen und unseren Berliner Freunden mit ganzer Kraft jede Unterstützung zu bieten.

(Beifall)

Die CDU in Berlin kämpft dafür, weiterhin stärkste Partei zu bleiben und die Hauptverantwortung für die deutsche Hauptstadt zu tragen. Einem Wahlsieg in Berlin kommt für uns besondere Bedeutung zu. Berlin ist und bleibt Symbol des Willens zur Einheit aller Deutschen in Freiheit.

(Beifall)

Es ist unübersehbar: SPD und Grüne wollen auch dort gemeinsam an die Macht. Was immer man jetzt hört, ich sage: notfalls auch mit Duldung der kommunistischen PDS. Magdeburg war kein einmaliger Fehltritt. Dahinter steckte Strategie. Wenn möglich, soll jetzt in Berlin das gleiche wiederholt werden. Das werden und wollen wir gemeinsam mit den Wählerinnen und Wählern in Berlin verhindern.

(Beifall)

Am 24. März, in einigen Monaten, werden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die neuen Landtage gewählt. In allen drei Bundesländern befindet sich die Union im Aufwind. Wir werden mit Erwin Teufel, Johannes Gerster und Ottfried Hennig mit ganzer Kraft kämpfen, damit es nach Hessen und Nordrhein-Westfalen nicht zu weiteren rot-grünen Koalitionen in der Landespolitik kommt.

Wir haben - das ist unübersehbar - in allen drei Bundesländern gute Chancen, führende Regierungspartei zu werden oder es zu bleiben. Aber, meine Damen und Herren, Konrad

Adenauer pflegte zu sagen: Wahlkampf ist vor allem Kampf. Deswegen lade ich alle, die dazu berufen sind, schon jetzt ein, in den entscheidenden Wahlkampfwochen in diesen drei Bundesländern dabei zu sein, nicht bloß zuzuschauen, sondern um jede Stimme zu kämpfen und mit den Menschen zu sprechen. Das ist die Parole für die nächsten Wochen und Monate.

(Beifall)

Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, erlebt am Ende der Amtszeit von Ministerpräsident Rau Stillstand und Rückschritt. Rot-grün in Düsseldorf zerstört Hoffnungen und Zukunftsperspektiven. Auch dies sei hier gesagt: Die deutschen Sozialdemokraten sind im Kernland der deutschen Industrie dabei, ihre Wählerschaft, vor allem die Arbeitnehmer, zu verraten.

Uns, die Union, darf der desolate Zustand der deutschen Sozialdemokraten nicht dazu verleiten, jetzt weniger wachsam und kämpferisch zu sein. Jeder muß wissen, daß auch in Bonn von den Sozialdemokraten ein rot-grünes Bündnis angestrebt wird. Dann bräuchten wir über Zukunft und Zukunftssicherung nicht mehr zu sprechen; unsere Zukunftschance wäre verspielt.

(Beifall)

Liebe Freunde, in fünf Jahren geht das 20. Jahrhundert zu Ende, ein neues Jahrtausend beginnt. Das ist mehr als eine normale Jahrhundertwende. Jeder kann spüren, daß wir an einem wichtigen Wendepunkt stehen. Wir, die Deutschen, blicken auf die längste Friedensperiode unserer jüngeren Geschichte zurück. In diesen fünf Jahrzehnten haben wir, CDU und CSU, 33 Jahre lang die Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik getragen. Wir haben unsere Republik, die vor bald einem halben Jahrhundert gegründet wurde, in Bund, Ländern und Gemeinden mehr als andere geprägt. Hier in Karlsruhe wollen wir deutlich machen, daß sich die CDU besser als jede andere Partei für die Aufgaben der Zukunft rüstet, daß wir uns auf die neuen Herausforderungen vorbereiten. Im Gespräch mit führenden Köpfen unseres Landes wollen wir morgen die Fragen herausarbeiten, die im Blick auf das 21. Jahrhundert von besonderer Bedeutung sind.

Damit es klar ist: Es geht hier, auf diesem Parteitag in Karlsruhe, nicht darum, bereits ausgefeilte Antworten zu formulieren. Es geht darum, daß wir Fragen stellen, uns Fragen stellen lassen und offen diskutieren. Wir wollen dann in der Partei in den kommenden zwölf Monaten die Diskussion fortsetzen.

Ich erwarte, daß sich möglichst viele daran beteiligen - in den Orts- und Kreisverbänden, in den Vereinigungen. Ich erwarte vor allem, daß wir dabei das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort suchen. Die Arbeit mit solchen Themen kann uns nur guttun. Mit unserer offenen Diskussion über Zukunftsthemen wollen wir dann die Beschlüsse vorbereiten, die wir auf dem Parteitag in einem Jahr zu treffen haben. Dieser Parteitag wird dann der Vorbereitung des Wahlprogramms für die Wahl 1998 dienen.

Liebe Freunde, die nächste Legislaturperiode des Bundestages, die 1998 beginnt, dauert bis zum Jahr 2002. Das heißt, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das, worüber wir jetzt diskutieren, bereits über die Jahrhundert- und Jahrtausendwende hinaus reicht. Für uns als CDU ist dabei entscheidend, daß wir uns immer deutlich vor Augen führen, wie der Kompaß unserer Werte auf diesem Weg aussieht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß in der 50jährigen Geschichte unserer Partei - am Beginn ebenso wie in der heutigen Zeit - dieser Werte-

kompaß notwendig und wichtig war bzw. ist. Er ist so wichtig wie eh und je. Die Auseinandersetzung mit ethischen Grundfragen ist kein Luxus, sondern ein entscheidender, ein ganz wesentlicher Teil des Nachdenkens über unseren Weg in die Welt von morgen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn Sie in diese Welt hineinschauen, werden Sie feststellen, wie stark sich das gesellschaftliche Umfeld verändert hat. Damit meine ich nicht nur und nicht einmal in erster Linie den Wandel der materiellen Lebensverhältnisse, sondern in allererster Linie die Veränderungen im Bewußtsein der Menschen. Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß zwei Drittel der heute in Deutschland lebenden Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und aufgewachsen sind. Sie kennen die Gründungsgeschichte unserer Republik nicht mehr aus eigenem Erleben. Sie können aus eigener Anschauung nicht mehr ermessen, was es bedeutet, daß allein die gegenwärtige Bundesregierung demnächst auf eine Amtszeit zurückblickt, die länger ist als die ganze Geschichte der Weimarer Republik. Für die Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und aufgewachsen sind, liegen die Namen Adenauer und Erhard und vieles von dem, was die Geschichte unserer Republik ausmacht, weit zurück. Sie kennen all diese - wenn überhaupt - oft nur aus Schulbüchern. Meine Damen und Herren, die Erfolge von gestern, die wir nie vergessen dürfen, sind aber keine Anwartschaft auf den Erfolg von morgen.

(Beifall)

Wir müssen uns jetzt erneut bewähren.

Nur noch eine Minderheit hat persönliche Erinnerungen an die Katastrophe, in die das nationalsozialistische Regime Deutschland und Europa stürzte. Nur noch wenige wissen aus eigener Anschauung etwas von dem blutigen Terror, den die kommunistische Diktatur zu Stalins Zeiten verbreitete. Auch unter Ulbricht und Honecker wurde unzähligen Menschen schweres Leid zugefügt. Dies darf nicht verharmlost und nicht vergessen werden.

(Beifall)

Wir als Union wenden uns leidenschaftlich gegen jene, die in einem Teil der verfaßten öffentlichen Meinung so tun, als habe es dieses verbrecherische Regime gar nicht gegeben. Wer einmal die Käfige in Bautzen sah, der weiß: Es war ein verbrecherisches Regime. Wir vergessen das niemals.

(Lebhafter Beifall)

Ich empfinde großen Respekt vor den Männern und Frauen, die sich als Bürgerrechtler dem SED-Regime entgegengestellt haben, die dafür bespitzelt, verfolgt, eingekerkert oder ausgebürgert wurden. Ihr Vorbild sollte uns Mut machen, mit der gemeinsamen Freiheit in Deutschland verantwortlich umzugehen.

(Beifall)

Das hohe Wohlstandsniveau in unserem Land hat bei vielen die Illusion aufkommen lassen, die materielle Sicherheit sei sozusagen automatisch garantiert. Immer mehr unserer Bürgerinnen und Bürger halten ein Leben in Frieden und Freiheit für selbstverständlich. Ich sage dies ohne jeden Vorwurf. Ich sage es aber im Sinne einer Feststellung, die uns daran erinnert, daß der Frieden und die Freiheit unseres Landes uns nicht als eine milde Gabe zufallen, sondern daß Frieden und Freiheit täglich neu erworben werden müssen.

Die in der deutschen Geschichte beispiellose politische Stabilität hat dazu beigetragen, daß immer mehr unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger meinen, es reiche aus, die Politik als bloße Zuschauer zu begleiten. Es ist ja sehr viel einfacher, mit Distanz, mit Häme auf diejenigen zu sehen, die bereit sind, Kraft, Zeit und Privatleben in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Aber als Zuschauerdemokratie hat unsere Republik keine Zukunft.

(Beifall)

Wir wollen nicht vergessen, daß dieser Staat wir alle sind.

Wir müssen den Menschen sagen und sie vor allem überzeugen, daß Sicherheit der Lebensverhältnisse eine Frucht vorausschauender Gestaltung ist. Ich bin der letzte, der den Menschen Zukunftsängste einreden will, aber ich plädiere nachdrücklich dafür, daß auch wir uns die Fähigkeit zur Selbstkritik bewahren.

Liebe Freunde, Eugen Biser, der morgen unser Gast ist, hat vor einigen Jahren von einem „Bruch im Selbstverständnis des heutigen Menschen“ gesprochen. Der Verlust alter Gewißheiten, auch von Glauben und Gottvertrauen in unserer Gesellschaft markiert die andere große Veränderung im Bewußtsein der Menschen, auf die gerade wir uns als Christliche Demokraten einzustellen haben.

Zwei Entwicklungen treffen hier aufeinander. In ganz Deutschland erleben wir seit längerem einen fortschreitenden Säkularisierungsprozeß. Im Osten unseres Landes wurde und wird dieser Prozeß durch die Folgen der Unterdrückung kirchlichen Lebens unter der SED-Diktatur verstärkt. Noch in den 50er Jahren - der Oberbürgermeister sprach von dem Parteitag in Karlsruhe in jener Zeit - bekannten sich in der Bundesrepublik fast alle zu einer der großen Kirchen. Heute sind nur noch jeweils ein Drittel der Bevölkerung evangelische und katholische Christen. Liebe Freunde, an einer Partei mit dem „C“ im Namen geht das nicht spurlos vorüber.

Diese Entwicklung hat viele Gründe. Darüber müssen auch wir nachdenken. Einer davon ist, daß auch manche Repräsentanten in unseren Kirchen sich darin gefallen, Ratlosigkeit - oft auch Angst - statt Zuversicht zu verbreiten.

(Beifall)

Ich denke manches Mal an das Wort eines Pfarrers, der in seiner Weihnachtspredigt vor einigen Jahren sagte: „Der Engel von Bethlehem hat den Hirten auf dem Felde nicht gesagt: ‘Siehe, ich verkündige Euch ein großes Problem’, sondern er hat ihnen gesagt: ‘Fürchtet Euch nicht! Denn siehe, ich verkündige Euch eine große Freude!’“

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, was dieser Pfarrer gesagt hat, ist nicht nur eine Sache für ihn und seine Konfratres. Es ist unsere Sache. Wenn wir im täglichen Umgang mit unseren Nachbarn, im Werben für unsere Partei nicht mehr jene Fröhlichkeit des Glaubens ausstrahlen, dann gehören wir zu jenen gestrebten Zeitgenossen, die nur noch Pessimismus und Weltuntergangsstimmung verbreiten. Genau dies ist nicht das Signum christlicher Demokraten.

(Beifall)

Die Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und dem Lebensgefühl der Menschen sind eine große Herausforderung für die praktische Arbeit unserer Partei. Das wird sich in Zukunft

noch verstärken. Das heißt konkret, liebe Freunde: Unser Engagement darf sich eben nicht nur auf die politische Arbeit in den Parteigremien beschränken, die oft ja auch auf den, der von draußen hereinkommt, steril wirkt. Es beginnt mit der Arbeit in Schulpflegschaften, in kirchlichen Gremien, in Sport- und Gesangvereinen. Angesichts der dramatischen Abnahme der Bereitschaft zu dauerhafter Bindung müssen wir noch mehr auf die Menschen zugehen, uns um sie kümmern, Vertrauen erwerben, mit ihnen sprechen.

Aber - das muß deutlich werden - die Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen bedeutet nicht die Aufgabe fundamentaler Prinzipien. Bewahren und Verändern sind für uns kein Widerspruch, sie bedingen einander. Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch. Wir wissen, daß auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Für uns aber beschreibt dieses „C“ das sittliche Fundament, auf dem sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Partei zusammenfinden können.

Mit Prinzipienlosigkeit ist kein Staat zu machen. Selbstverständlich bejahen wir den Pluralismus unserer Gesellschaft und damit die weltanschauliche Neutralität des Staates. Das heißt aber überhaupt nicht, daß dieser Staat ein wertneutraler Staat wäre.

(Beifall)

Auch hier, liebe Freunde, gilt es, einen Kurs der Mitte und des Maßes zu steuern. Christliche Integralisten und radikale Laizisten bewirken von ihren gegensätzlichen Extrempositionen her letztlich das gleiche: Sie beschleunigen den Rückzug des Glaubens und der Kirchen aus dem öffentlichen Leben. Ich will mich hier mit Ihnen gemeinsam zu der Überzeugung bekennen, daß der Glaube an Gott untrennbar mit der Pflicht verbunden ist, die Welt - diese Welt! - zu gestalten.

(Beifall)

Jeder Rückzug aus dieser Welt in eine Wagenburg wäre ein Verrat an diesem Auftrag.

Liebe Freunde! Unsere Tagesordnung der Zukunft enthält ganz unterschiedliche Punkte: Sie umfaßt auch Aufgaben, die uns schon seit langer Zeit beschäftigen. Ich denke an die Vollendung der inneren Einheit und den Ausbau des europäischen Einigungswerks. In den fünf Jahren seit Wiedergewinnung der staatlichen Einheit sind wir weit vorangekommen, vor allem auch dank des persönlichen Einsatzes der Menschen in den neuen Ländern. Sie vollbringen in einer schwierigen Umbruchphase Beispielhaftes, das weltweit Anerkennung findet. Wir sollten es auch immer wieder aussprechen: Gerade jene, die wie ich das Glück hatten, im Westen zu leben und aufzuwachsen, sollten sich daran erinnern, was es heißt, in wenigen Jahren eine beinahe völlige Veränderung der persönlichen Lebensverhältnisse zu erfahren und daraus Konsequenzen ziehen zu müssen.

(Beifall)

Aber - für uns ist Dankbarkeit nicht altmodisch geworden - wir danken auch den Menschen im Westen Deutschlands, ohne deren tatkräftige Unterstützung beim Aufbau Ost das bisher Erreichte so nicht möglich gewesen wäre. In manche Stimmen unserer Tage hinein sage ich: Wir brauchen für den Aufbau Ost auch morgen und in den kommenden Jahren die notwendigen Mittel. Er darf nicht abgebrochen werden. Das bleibt unsere Position.

(Beifall)

Es bleibt jene Vision, die ich 1950 als Abiturient von Konrad Adenauer hörte. Damals rief er uns Jungen zu, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille sind. Oder wie es Thomas Mann schon 1930 formuliert hat: Wir sind deutsche Europäer und europäische Deutsche.

Zur Fortentwicklung der Europäischen Union hat der Bundesvorstand zu diesem Parteitag einen Antrag eingebracht, den wir heute nachmittag diskutieren und für den ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung bitte.

Andere Aufgaben stellen sich uns heute unter veränderten Bedingungen: Wir brauchen eine erfolgreiche Wirtschaft mit innovativen Unternehmern und qualifizierten Arbeitnehmern. Wir müssen jetzt - nicht irgendwann - unseren Sozialstaat umbauen. Wir müssen ihn den sich verändernden Bedingungen anpassen. Nur so können wir die Herausforderungen meistern, die sich etwa aus den enormen Veränderungen im Alterssaufbau unserer Bevölkerung, ergeben.

Andere Fragen stellen sich uns ganz neu, so z. B. die Frage, wie sich die revolutionären Entwicklungen bei der Kommunikationstechnologie auf Wirtschaft und Gesellschaft, ja auf unser persönliches Leben auswirken. Unsere moderne Gesellschaft kann auf diese Neuerungen nicht verzichten, weder auf Computer noch auf schnellen Austausch von Information. Wir wissen, es geht hier um Millionen neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Aber wir, die CDU, müssen uns aus unserem Menschenbild heraus auch Gedanken darüber machen, daß in unserer hochentwickelten, technisierten Welt die Menschlichkeit nicht auf der Strecke bleibt. Im täglichen Umgang erlebe ich, wie auch Sie, daß viele Zeitgenossen vor lauter Kommunikation gar nicht mehr miteinander sprechen. Eine Welt, in der die Kontakte nur noch über Datennetze geknüpft werden, wird kalt, unmenschlich und unerträglich.

(Beifall)

Wir müssen auch an jene denken, die die unerbittlichen Normen von Schnelligkeit, Anpassungsfähigkeit und analytischer Intelligenz nicht so ohne weiteres erfüllen können. Ich empfinde es als inhuman, wenn diese Männer und Frauen an den Rand gedrängt und zu Außenseitern gemacht werden. Norbert Blüm hat recht, wenn er in diesem Zusammenhang oft und mahnend von einer „neuen sozialen Frage“ spricht. Wenn wir über Zukunft reden, gehört auch dieses Thema zur Verpflichtung des humanen Denkens unserer Union.

(Beifall)

In unserem Volk gibt es einen großen Reichtum an Menschen, die über die Gabe verfügen, auf andere einzugehen, ihnen zuzuhören, ihnen Geborgenheit zu vermitteln. Wir müssen diese Menschen ermutigen, ihre Fähigkeiten einzusetzen. Es ist wahr: Wir brauchen hochqualifizierte Pflegekräfte. Aber es werden doch vor allem auch Leute gebraucht, die anderen ganz einfach im Alltag helfen, Einsamkeit lindern. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich mache mir einige Sorgen, daß die Perfektionisten jetzt wieder unterwegs sind, daß im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung übertriebene Qualifikationen für die Pflegeberufe aufgebaut werden und am Ende die Pflege auf der Strecke bleibt. Das wollen wir so nicht.

(Beifall)

Es wird von vielen Menschen viel geleistet, die anderen ganz einfach Zeit und Zuneigung schenken. Dazu gehört - auch das paßt in das Bild unseres Landes, über das kaum mehr gesprochen wird - die hingebungsvolle Arbeit von Millionen Müttern und Vätern in unserem Land.

Liebe Freunde, Geborgenheit und Liebe zur Heimat, der Mut zum Neuen und Weltoffenheit - dies alles zusammen bildet für uns die Grundlage einer modernen Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Forschung, Technologie und Innovation werden - das ist wahr - immer mehr zu den entscheidenden Quellen für Wachstum und Arbeitsplätze. Deutschland muß in Forschung und Entwicklung Herausragendes leisten, um an der Seite der großen Exportnationen der Erde im Wettbewerb bestehen zu können. Wenn wir dies sagen, vergessen wir keine Minute, daß selbstverständlich nicht alles, was technisch machbar ist, ethisch verantwortbar ist. Dieses Jahrhundert hat uns gelehrt, vorsichtig zu sein. Gerade weil wir so denken, nehmen wir auch die Ängste ernst, müssen wir auch über ethische Fragen offen diskutieren und auch Risiken des Neuen benennen, wenn sie zu benennen sind. Aber in dieses Bild gehört auch, daß wir über die Chancen neuer Technologien sprechen und Zukunftspotentiale offensiv aufzeigen. Fortschrittsfeindlichkeit trägt nicht zur Minderung von Risiken bei, sondern sie vergrößert die Gefahren.

Das führt mich zu einem anderen ganz zentralen Thema. Wenn wir die Zukunft bewältigen wollen, müssen wir mit jener Irrlehre aufräumen, die die Linken über Jahrzehnte verbreitet haben, daß Demokratie und ein Ja zu Leistungseliten ein Gegensatz seien. Wir brauchen Eliten in unserem Land.

(Beifall)

Damit meine ich nicht Geburtseliten, sondern jene, die aus ihrer Überzeugung, aus ihrem Willen heraus etwas leisten. Es ist wahr, wir freuen uns - gerade in diesen Tagen wieder - über jeden Nobelpreis, und eine solche Auszeichnung ermuntert andere zu höheren Leistungen. Wir brauchen solche Vorbilder. Aber sie sind eben nicht nur beim Hochleistungssport und bei der Wissenschaft, in der Nobelpreise verliehen werden, zu finden. Ich denke an die vielen, vielen im Land, die sich außerhalb ihres Berufs freiwillig in der Jugendarbeit, in politischen Parteien, in Kommunalparlamenten, in Bürgerinitiativen, in Caritas und Diakonie, in ihren Pfarreien und vielen anderen Bereichen engagieren. Ohne diese Männer und Frauen, die über das normale Maß hinaus etwas leisten, gäbe es keine Zukunft für unser Land. Das sind Leistungseliten im besten Sinn des Wortes.

(Beifall)

Wenn ich über negative Entwicklungen spreche, gehört für mich dazu auch der Rückgang der Bereitschaft, persönliche Verantwortung zu übernehmen, und statt dessen Entscheidungen anderen zuzuschieben. Erwin Teufel sprach im Blick auf Verfassungsgerichtsentscheidungen eine dieser Fragen an. Heute ist in Deutschland der Typ des Moderators chic, der in gepflegter Runde auf hohem Niveau, gut besoldet, den Entscheidungen ausweicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, viele dieser Zeitgenossen halten für gar nichts den Kopf hin, und mit solchen Leuten gewinnen wir auch keine Zukunft. Umdenken heißt für mich immer auch, daß wir das Prinzip Verantwortung zum Leitmotiv machen. Dabei sind wir alle in Ost und West gefordert. Unter der früheren kommunistischen Diktatur herrschte die organisierte Verantwortungslosigkeit, und im Westen hat die Bereitschaft, etwas zu wagen, immer weiter abgenommen. Ich bin nicht dafür, alles aus den USA zu übernehmen. Aber in amerikanischen Grundschulen lernen die Kinder schon einen Begriff, über den es nachzudenken lohnt, den

Begriff der „leadership“. Er ist ins Deutsche nicht leicht zu übersetzen. Wenn ich das jetzt mit „Führerschaft“ übersetze, schreiben morgen wieder einige, ich sei auf dem Weg zum Neonazismus. „Leadership“ ist etwas anderes. Damit ist gemeint, daß Männer und Frauen Führung übernehmen. Das war in den 50er Jahren in Unternehmen, in Gewerkschaften, in der Politik noch ganz selbstverständlich. Ich wünsche mir, daß in unseren Elternhäusern, in unseren Schulen - damit haben wir als verantwortliche Politiker viel zu tun - wieder mehr Erziehung zur Verantwortung erfolgt. Die junge Generation muß die Chance erhalten, Freude an der Verantwortung für sich selbst zu entdecken.

(Beifall)

Für die Führungsfähigkeit und damit für die Zukunft unserer Sache ist es lebenswichtig, daß wir fähig sind, uns eine eigene Meinung zu bilden, und nicht vom täglichen demoskopischen Bild abhängig werden. Wir haben unsere Erfahrungen in diesen Wochen, Monaten und letzten Jahren gehabt. Nach den Vorgängen in Bad Kleinen und kürzlich im Zusammenhang mit der Abschiebung sudanesischer Asylbewerber haben wir hysterische Medienkampagnen erlebt. Sie zeigen exemplarisch, auf welche Abwege bis hin zum Verlust unserer Identität wir geraten würden, wenn wir uns durch die Aufgeregtheiten des jeweiligen Tages aus der Fassung bringen lassen würden. Das darf nicht sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, aus gutem Grund haben die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, von denen viele aus der Union kamen, die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ an den Beginn unserer Verfassung gestellt. Diese Verantwortung umfaßt auch den Auftrag, die uns anvertraute Schöpfung zu bewahren. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft kommender Generationen - persönlich gesprochen: unserer eigenen Kinder und Kindeskinde. Jedes Land der Erde, auch Deutschland, muß sich in nationaler Verantwortung dieser Aufgabe stellen.

Wer in der Welt herumkommt und sich umhört, weiß, daß wir Deutschen bei Umweltvorsorge und Umweltschutz einen hervorragenden Ruf genießen und von vielen als Vorbild betrachtet werden. Aber wahr ist auch, daß noch viel zu tun ist. Nur mit intelligenten und innovativen technischen Lösungen wird es gelingen, die Zukunft unseres Planeten wirksam zu sichern. Hier müssen wir Pionierarbeit leisten, hier müssen wir unser Wissen und unser technisches Potential einsetzen. Ich denke, ein Land, in dem das Automobil erfunden wurde, muß auch in der Lage sein, das so lange angekündigte Dreiliterauto herzustellen und auf dem Markt durchzusetzen.

(Beifall)

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, wenn wir moderne Umwelttechnologien effizient nutzen und die notwendigen Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden. Dies ist nur mit - ich betone „mit“ - und nicht gegen die Wirtschaft bei uns und in Europa zu erreichen. Unser Grundsatzprogramm spricht aus gutem Grund von der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung einsetzen, um einen schonenderen Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Wir sollten auch an die Chancen denken, die sich uns dabei bieten. Wer in diesen Jahren auf der Hannover-Messe war, wird feststellen, daß allein die Entwicklung der Umwelttechnologie weltweit ein deutscher Exportschlager geworden ist.



Versöhnung von Ökonomie und Ökologie heißt aber auch, unnötige Belastungen von Unternehmen durch immer neue Abgaben und Auflagen zu vermeiden.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist doch niemandem damit gedient, wenn aus ideologischen Gründen eine Politik nationaler Alleingänge Produktion aus Deutschland vertreibt. Über Grenzen hinweg kommen die Probleme zu uns zurück, und die Arbeitsplätze bleiben bei uns verloren. Keiner, der Vernunft hat, wird sich dagegen wehren, die Lenkungsfunction von Steuern stärker in den Dienst von Umweltvorsorge und Umweltschutz zu stellen. Aber die ideologische Inbrunst, mit der diese Debatte bei uns geführt wird, zeugt für mich von einem Maß an Provinzialismus, das wir uns heute weniger denn je leisten können.

(Beifall)

Ich rate allen, auch uns in der Union, daß wir diese Debatte mit mehr Sinn für die globalen Zusammenhänge führen. Wir müssen unser Können und unser Wissen in den Dienst des Umweltschutzes hier bei uns in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Erde stellen.

Es wird nur gelingen, das Ziel zu erreichen, wenn wir die Armut gemeinsam mit Schwellen- und Entwicklungsländern auf ökologisch erträgliche Weise bekämpfen.

Liebe Freunde, die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz des Weltklimas sind Schicksalsfragen der Menschheit. Bei der Vorbereitung meiner Rede dachte ich an die Rede, die Franz Meyers auf dem letzten Karlsruher Parteitag zu diesem Thema gehalten hat. Wir sprechen nicht zum ersten Mal in Karlsruhe über dieses Thema. Er sprach auch von einer Schicksalsfrage der Deutschen und der Welt.

Es muß uns zutiefst beunruhigen, daß die schützende Ozonschicht unserer Erde pro Jahrzehnt um 5 bis 10 % abnimmt. Wir haben die Pflicht, jetzt, da wir Kurs auf das 21. Jahrhundert nehmen, darüber nachzudenken, was wir heute nicht nur national, sondern auch international tun können.

(Beifall)

Es kann uns doch nicht gleichgültig lassen, daß sich die Erdatmosphäre fortlaufend erwärmt. Wenn wir hier nicht zu einer weltumspannenden Partnerschaft kommen, werden dichtbevölkerte Landstriche untergehen, werden Millionen Menschen von bisher nicht erlebten Stürmen, Fluten oder Trockenheiten bedroht.

Derjenige, der das zu Ihnen sagt, steht nicht in dem Ruf, einer „grünen Hysterie“ zu erliegen. Ich bin nach sorgfältigen Überlegungen und vielen Diskussionen zu der Überzeugung gekommen, daß die Zeit für eine große Umweltinitiative über die Grenzen der Kontinente hinweg reif ist. Ich habe deshalb in den letzten Monaten versucht, in ersten Gesprächen mit Präsident Mandela von Südafrika und Präsident Cardoso von Brasilien zu erreichen, daß wir gemeinsam eine neue Initiative in Gang setzen.

Es ist noch nicht zu spät, aber es ist sehr spät. Deswegen muß jetzt etwas geschehen.

(Beifall)

Die traditionellen sozialen Fragen, die uns in Deutschland seit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert beschäftigt haben, sind heute zu einem großen Teil beantwortet. Unser Ziel ist und muß bleiben, das soziale Netz tragfähig zu halten. Wer es jetzt aber noch immer en-

ger knüpfen will, der muß auch wissen: das bedeutet das Ende von weiteren Freiräumen, die notwendig sind, um neue Arbeitsplätze zu gewinnen und vor allem unser System sozialer Sicherheit zu bewahren.

Die Union hat - das ist einer der großen Verdienste von Ludwig Erhard - die erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialordnung der deutschen Geschichte, die Soziale Marktwirtschaft, gegen teilweise erbitterte Widerstände durchgesetzt.

Soziale Marktwirtschaft - ich betone, wir reden nicht von Marktwirtschaft, das überlassen wir anderen in Deutschland und Europa, wir reden von Sozialer Marktwirtschaft - ist die gelungene Verbindung aus freiem Wettbewerb und sozialem Ausgleich: Wir wollen keine menschlich kalte Gesellschaft, in der der Schwächere auf der Strecke bleibt. Wir wollen auch keine Gesellschaft, in der Sozialneid und überzogenes Umverteilungsdenken jegliche Initiative ersticken, Leistung lähmen und die Menschen in ihrer Kreativität einengen.

Deshalb stellen wir uns Tendenzen entgegen, die darauf hinauslaufen, überholte, nicht lebensfähige Strukturen künstlich zu bewahren, Besitzstände zu zementieren oder überzogenes Anspruchsdenken zu fördern. Liebe Freunde, die Stunde der Wahrheit ist da!

Wir müssen das jetzt alles Stück für Stück angehen und in der Praxis durchsetzen. Angesichts der neuen Konkurrenz in Fernost und vor unserer Haustür, in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wird uns jetzt, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, die Fähigkeit zum Wandel abverlangt. Wir müssen umdenken, z. B. in der Tarifpolitik. Ich mische mich nicht in die Tarifautonomie ein. Ich denke nicht daran, diese kostbare Erfahrung und Errungenschaft der Sozialpartner nach dem Zweiten Weltkrieg in Frage zu stellen.

Dennoch sage ich: In der Tarifpolitik dürfen die Interessen der Arbeitslosen nicht hinter den Einkommensinteressen der Beschäftigten zurückbleiben.

(Beifall)

Wir geraten auf einen sehr gefährlichen Pfad, wenn die Tarifpolitik dazu beitrüge, daß die Leistungsschwächeren immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen und an den Sozialstaat, Herr Oberbürgermeister, verwiesen werden.

Das gilt auch für die Personalpolitik der großen deutschen Unternehmen. Das, was in den letzten Jahren mit dem frühzeitigen Ausscheiden älterer Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit geschehen ist, gehört nicht zu dem Ruhmesblättern unserer Wirtschaftsgeschichte und muß schnellstens beendet werden.

(Beifall)

Es ist weder gerecht noch solidarisch, wenn in Betrieben - aber das gilt auch für die öffentliche Verwaltung einschließlich des Bundes, ich sage das, damit wir uns nicht falsch verstehen - die Flexibilisierungschancen, die durch das neue Arbeitszeitrecht geschaffen worden sind und in vielen Tarifverträgen ihren Niederschlag gefunden haben, zu wenig genutzt werden.

Die größte Herausforderung - Erwin Teufel hat das zu Recht gesagt - ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aber, meine Damen und Herren, das muß man aussprechen: Neue, zusätzliche Arbeitsplätze können nicht in größerer Zahl im öffentlichen Dienst entstehen. Wir wollen doch den „schlanken Staat“.

(Beifall)

Das bedeutet doch eher Abbau von Verwaltung und Bürokratie.

Ebenso wissen wir auch, daß unsere international tätigen Großunternehmen nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie auch die Möglichkeiten nutzen, Kosten einzusparen und zu rationalisieren. Das heißt im Klartext, daß von dort in absehbarer Zeit nicht eine große Zahl neuer Arbeitsplätze kommen wird. Es bleibt die Frage, woher kommen neue Arbeitsplätze?

Wir haben doch unsere Erfahrungen; wir müssen uns nur an sie erinnern. In den 50er Jahren hatten wir in Deutschland eine breite Gründerwelle im selbständigen Mittelstand. Es wurden damals Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Das ist auch heute notwendig. Wir brauchen neue Betriebe. Wir brauchen Unternehmer, die sich etwas zutrauen, die Ideen haben und Arbeitsplätze schaffen. Mit einem Wort: Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit in unserem Land. Das ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine Veränderung.

(Beifall)

Ich will die Dinge nicht dramatisieren. Aber nach meiner Ansicht ist das eine der Schicksalsfragen unseres Landes. Ein gesunder Mittelstand ist das Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft. Es muß uns doch umtreiben, wenn wir wissen, daß in den nächsten fünf bis zehn Jahren - das ist eine knappe Spanne Zeit - 700 000 mittelständische Unternehmer, darunter rund 200 000 Handwerker, einen Nachfolger für ihren Betrieb suchen.

Eine Umfrage der Handwerkskammer für München und Oberbayern - die Zahlen können Sie auf das gesamte Bundesgebiet, jedenfalls auf die alten Bundesländer ausdehnen - hat ergeben, daß für jeden zweiten Handwerksbetrieb bereits heute feststeht, daß es in der eigenen Familie keinen Nachfolger geben wird, weil es keinen Nachwuchs gegeben hat oder weil die Kinder aus vielfältigen Gründen kein Interesse daran haben, den väterlichen Betrieb zu übernehmen.

Als wichtigste Ursachen für die fehlende Bereitschaft des Nachwuchses, den elterlichen Handwerksbetrieb zu übernehmen, werden genannt: die hohe Arbeitsbelastung eines selbständigen Handwerksmeisters und das gegenüber angestellten Arbeitnehmern hohe Risiko sowie die geringere soziale Sicherheit.

In dieser Äußerung spiegelt sich vieles wider. Aber zu einem guten Stück - deshalb spreche ich davon - spiegelt es die Versäumnisse unseres Bildungswesens wider. Es erzieht viel zu sehr zum Sicherheitsdenken und viel zu wenig zum Glauben an den unternehmerischen Wagemut.

(Beifall)

Als Jürgen Rüttgers vor einigen Wochen die Zahlen veröffentlichte - ich sage das ganz offen -, habe ich sie nicht geglaubt; ich habe sie noch einmal hinterfragt. Es ist eine Tatsache, daß gut 40 % aller berufstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst arbeiten. Das zeigt, daß Selbständigkeit in unserer Gesellschaft wieder einen höheren Stellenwert erhalten muß.

Das ist vor allem auch eine Frage des gesellschaftlichen Klimas. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß jemand, der sich selbständig macht, als Arbeit Gebender mehr gesellschaftliche Anerkennung erfährt, und nicht Mißgunst und Anfeindung.

(Beifall)

Wir müssen uns darum kümmern, daß Existenzgründer ermutigt und nicht durch überzogene Zugangshürden und Regulierungen abgeschreckt werden. Das gilt für alle Bereiche: Das gilt für die Bereiche der kommunalen, der Landes- und der Bundesvorschriften, das gilt für die Bereiche, die in Kammern beraten werden - ich spreche das einmal offen aus -, das gilt auch für all die Bereiche, wo die Banken Geld zu verleihen haben. Sie sollten vielleicht zu ihrem Wagemut aus den 50er Jahren zurückfinden - obwohl ihre Finanzgrundlagen jetzt etwas günstiger sind als zur damaligen Zeit.

(Beifall)

Wir müssen den Wagemut von Existenzgründern fördern. Wir müssen ganz einfach wissen: Jeder, der bei uns einen neuen Betrieb gründet, schafft im Durchschnitt für vier weitere Menschen Arbeit und Brot. Das heißt, wenn wir die Welt mit Blick auf die Arbeitslosigkeit verändern wollen, müssen wir aufbrechen. Das hat, nebenbei bemerkt, liebe Freunde, seit Ludwig Erhards Zeiten auch einen parteipolitischen Vorteil. Wir waren immer die Partei des Mittelstands und nicht der deutschen Großindustrie. Das soll so bleiben, und das hat sich immer als eine solide Grundlage erwiesen.

(Beifall)

Mir ist klar, daß kaum etwas so schwer zu verändern ist wie eingefahrene Denkstrukturen. Und dennoch müssen wir es wagen. Wir brauchen mehr Innovationen; denn Innovation ist die Voraussetzung für Zukunft.

Dazu gehört auch, daß wir uns dem Sozialneid entgegenstellen. Den Schwachen ist doch nicht damit geholfen, daß den Starken immer mehr weggenommen wird. Sozialneid führt doch nur dazu, daß man sich um das Verteilen von Brot mehr kümmert als um die Bestellung der Felder.

Wir müssen auch gegen die Trittbrettfahrer in unserer Gesellschaft Front machen, die, ohne selber etwas zu tun, Leistungen in Anspruch nehmen. Aber, liebe Freunde, lassen Sie uns vom Mißbrauch in allen Bereichen reden, vom Mißbrauch sozialer Leistungen, z. B. von Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe; hinzu kommt das Hinterziehen von Steuern und das Erschleichen von Subventionen.

Das alles hat auch mit der Frage zu tun, ob unsere moralischen Kategorien und Koordinaten stimmen. Ich will hier nicht predigen. Aber wer glaubt, wir könnten über Zukunft reden und dabei nur die materiellen Erfordernisse des Landes im Auge haben, der gibt dem Land keine Zukunft.

(Beifall)

Es geht nicht darum, daß wir überall Gesetze verschärfen und neue Staatsanwälte zur Verfolgung von Mißbrauch einsetzen. Vielmehr geht es darum, daß sich das Gebot, daß man der Gemeinschaft etwas schuldet, wieder durchsetzt.

Ich sage sehr einfach - manchem vielleicht zu einfach -: Ich denke bei diesen Diskussionen immer daran, was uns die Generation unserer Mütter gesagt hat, nämlich an den Satz: „So etwas tut man nicht.“ Aber darin steckt eine tiefe Weisheit.

Wenn unsere Gesellschaft nur noch zwei Kategorien kennt, „per Gesetz erlaubt und per Gesetz verboten“, dann ist das eine unmenschliche Gesellschaft. Es muß ein breites Mittelfeld geben, wo man sich darauf verlassen kann, daß ein anständiger Mensch seine Steuern be-

zahlt, daß der königliche Kaufmann keine Subventionen erschleicht und daß der Arbeitnehmer seine Pflicht erfüllt und eben nicht versucht, Sozialleistungen zu erschleichen, wie es gelegentlich beobachtbar ist. Hier ist eine Wende notwendig, wenn wir Zukunft haben wollen.

(Beifall)

Dazu gehört auch, daß wir gegen eine Mentalität Front machen, die vom Staat die Übernahme aller Risiken erwartet. Wenn der Staat zuviel Sicherheit verspricht, verdrängt er Wagemut und Zukunftsvorsorge. Er schwächt im übrigen die Solidarität in der Familie und in den kleinen Gemeinschaften.

Das alles hat auch mit unserem Verhältnis zu unseren Staatsfinanzen zu tun. Heute sind die Zeitungen voll davon, daß Theo Waigel eine Haushaltssperre verhängt hat - mit meiner vollen Unterstützung. Liebe Freunde, wir müssen bei den Staatsfinanzen wieder Handlungsspielräume zurückgewinnen, für uns selbst und vor allem auch für die nächste Generation. Man kann doch nicht solidarisch denken und reden und vergessen, daß wir nicht das Recht haben, auch in der Finanzwirtschaft unseres Landes auf Kosten kommender Generationen zu leben. Deswegen ist eine Politik solider Staatsfinanzen auch eine solidarische Politik.

Wenn wir heute in Deutschland - darauf sind wir, darauf bin auch ich stolz - trotz der einigungsbedingten Sonderlasten mit guten Finanzdaten im internationalen Vergleich mit an der Spitze aller großen Industrienationen stehen, dann ist das unsere Leistung.

Der Internationale Währungsfonds erwartet für das kommende Jahr ein deutsches Haushaltsdefizit in Höhe von nur 2 % des Bruttoinlandsprodukts. Nur die USA schneiden besser ab; aber sie haben in anderen Bereichen wesentlich schlechtere Daten. Der Internationale Währungsfonds bezeichnet den Fortschritt beim Abbau der einigungsbedingten Haushaltsdefizite als beispielhaft für andere Länder. Theo Waigel ist viel angefeindet worden. Aber ich finde, er hat für diese klare Position, die etwas mit Zukunft zu tun hat, viel Lob verdient.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist kein Staatsgeheimnis - wir sollten das den Leuten viel häufiger sagen -, daß Deutschland neben Luxemburg bereits heute die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages für die Europäische Währungsunion erfüllt. Auch das ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes. Die Anstrengungen dieser Jahre haben dazu geführt, daß die Inflationsrate erheblich unter 2 % gesunken ist; das bedeutet praktisch Preisstabilität.

Es sei mir erlaubt, mit zwei Sätzen darauf hinzuweisen, daß uns vor fünf Jahren - in den Wochen vor der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion - die großen Gurus der Finanzwelt in Deutschland und in Europa zweistellige Inflationsraten vorausgesagt haben. Es sind im übrigen zum Teil dieselben Leute, die jetzt aus den gleichen, wenig überzeugenden Motiven die Angst vor der Europäischen Währungsunion schüren. Das sind dieselben Leute, die mit Miesmachen gut Geld verdienen.

(Beifall)

Stabiles Geld ist für uns Deutsche nicht irgendein Thema. Ich sage das gerne auch in Anwesenheit unseres Freundes Jacques Santer.

Aus bitterer geschichtlicher Erfahrung, Jacques, wissen wir, wie schnell Inflation das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Institutionen zerstört und zu einer Gefahr für die Demokratie wird.

Also, liebe Freunde in Europa: Es ist keine deutsche Hysterie, wenn wir mit Blick auf die europäische Wirtschafts- und Währungsunion immer wieder mit Nachdruck betonen, daß die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht eingehalten werden müssen und daß sie nicht zur Disposition gestellt werden. Das ist eine Schicksalsfrage für deutsche Demokratie aus den Erfahrungen des jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts.

(Beifall)

Wir brauchen diese klare Haltung und Position, weil wir Europa wollen.

Was immer auf irgendwelchen Couloirs in Hauptstädten Europas geflüstert wird, was immer in Parlamenten gesagt wird: Wir bleiben auf Kurs! Es gibt für die deutsche Politik keine Alternative zu jener Aussage, die wir immer gemacht haben: daß wir das freie und geeinte Deutschland fest in ein freies und geeintes Europa einfügen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir brauchen Europa als wetterfestes Haus mit einem stabilen Dach, in dem alle europäischen Völker je nach ihren Bedürfnissen ihre Wohnung finden - und mit einem Dauerwohnrecht für unsere amerikanischen Freunde.

Ich bleibe bei meiner These, daß die Frage der Einigung Europas eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert ist. Am heutigen Tag - es lohnt sich, einen Moment innezuhalten und darüber nachzudenken - sind es genau 70 Jahre, daß der Vertrag von Locarno paraphiert wurde. Es war der erste große Versuch, dauerhaften Frieden in Europa nach dem Ersten Weltkrieg zu schaffen. Gustav Stresemann und Aristide Briand haben zu Recht für dieses Werk den Friedensnobelpreis bekommen. Wenn Sie damals in Paris, in London, in Rom oder irgendwo in Deutschland irgend jemanden gefragt hätten „Gibt es noch einmal einen deutsch-französischen Krieg, besteht wiederum die Gefahr eines Weltkrieges?“, dann hätte dies kaum jemand für möglich gehalten. Man war, so glaubte man, über die Hürde. Die Menschen dachten, der Frieden sei gesichert. Dennoch kam acht Jahre später Hitler, und weitere sechs Jahre später brach der Zweite Weltkrieg aus.

Natürlich weiß ich, daß sich Geschichte nicht einfach wiederholt, aber ich weiß auch, daß der Bau des Hauses Europa die einzige wirkliche Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert ist.

Wer sagt, dies sei eine unzulässige Dramatisierung, den frage ich ganz einfach: Wer hätte heute vor fünf Jahren geglaubt, daß wir nun Jahr um Jahr und Abend für Abend die schrecklichen Bilder aus dem früheren Jugoslawien im Fernsehen sehen: Massenvergewaltigungen, ethnische Vertreibung, Mord und Totschlag, ein grausamer Bruderkrieg. Deshalb, liebe Freunde - und ich sage das mit allem Nachdruck zu Ihnen allen -, lassen Sie uns gemeinsam aufbrechen, wie es uns der Kompaß unserer Partei immer vorgegeben hat: daß wir unsere politische Existenz einbringen - wie ich es selbst auch tun will -, um das Werk der europäischen Einigung unumkehrbar zu machen.

Die entscheidenden Schritte folgen jetzt in den nächsten zwei Jahren. Wir werden im ersten Halbjahr des neuen Jahres die Regierungskonferenz unter italienischem Vorsitz beginnen, wir werden sie unter irischem Vorsitz fortsetzen und, wie ich denke, unter niederländischem Vorsitz im ersten Halbjahr 1997 beenden. Wir haben jetzt die Chance! Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Schiffe in Europa wieder weit auseinandertreiben, und es wird lange

dauern, bis wieder die gleiche Chance kommt. Bei allen Sorgen um den Alltag unserer Republik: Jetzt gilt es, diese Vision zur Realität werden zu lassen und den Bau des Hauses Europa unumkehrbar zu machen.

(Lebhafter Beifall)

In nur fünf Jahren beginnt das nächste Jahrhundert. Jeder spürt - wenn er die Welt, in der wir leben, nachdenklich betrachtet -, daß für uns neben allem, was wir im Materiellen tun müssen, die entscheidende Herausforderung darin liegt, mit klaren ethischen Maßstäben in dieses Jahrhundert zu gehen. Wenn uns das gelingt - auch uns als Partei -, haben wir allen Grund, den Weg in die Zukunft zu gehen.

Es ist wahr, die Generation des Aufbaus, die Gründer, von denen ich heute bei der Begrüßung sprach, haben es in vieler Hinsicht schwerer gehabt, aber sie hatten es in anderer Hinsicht auch leichter. Die bittere Erfahrung von Krieg und Gewaltherrschaft hatte sie gelehrt, zwischen Gut und Böse klar zu unterscheiden. Uns geht es heute materiell unvergleichlich viel besser als der Generation unserer Eltern und - von den Jungen her gesehen - der Großeltern vor 50 Jahren. Aber dafür sind wir in unserem moralischen Urteilsvermögen vielfach unsicherer geworden, oft genug auch orientierungslos.

Ich finde, wir als Partei haben allen Grund, uns deswegen der Gesetze des Anfangs vor 50 Jahren zu erinnern. Unsere Partei ist damals als eine Union der christlichen Konfessionen entstanden. Lange vor dem großartigen Papst Johannes XXIII. und seinem Aggiornamento haben wir uns als katholische und evangelische Christen zusammengefunden, als eine Union der verschiedensten Gruppierungen, Stände und Schichten unseres Volkes, als eine Union der deutschen Landschaften; das ist Föderalismus im besten Sinne des Wortes. Darüber hinaus sind wir in diesen 50 Jahren auch eine Union der Generationen geworden. Es ist die Aufgabe der Älteren, die Lebenserfahrung, die sie selbst gewonnen haben, an die Jüngeren weiterzugeben. Deswegen ist es wichtig - und deswegen bitte ich Sie auch um Unterstützung für die Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in vielen Kreisverbänden in der Bundesrepublik zu sehen ist -, die Zeugnisse der „Stunde Null“ unseres Landes sich noch einmal zu vergegenwärtigen.

Als in den frühen Morgenstunden des 4. April 1945 die Truppen der ersten französischen Armee gegen Karlsruhe vorrückten, vegetierten in dieser Stadt noch 20 000 Menschen. Die Rheinbrücke bei Maxau hier in der Nachbarschaft war schon fast völlig zerstört; deutsche Soldaten sollten sie beim Auftauchen der ersten feindlichen Einheiten sprengen. Ein Augenzeuge berichtet:

„Allmählich sammelten sich auf der linken Rheinseite viele versprengte deutsche Soldaten, die uns verzweifelt zuriefen und über den Strom übergesetzt sein wollten. Viele von ihnen sind unter dem Beschuß der nachrückenden französischen Truppen gefallen oder bei dem Versuch, den Fluß zu durchschwimmen, in den reißenden Fluten des Rheins ertrunken. „

In der Zeit der Besatzung, die dann folgte, wurde der Rhein für die Deutschen zu einer unüberwindbaren Barriere. Unser Vaterland war in vier Besatzungszonen geteilt; an eine Zukunft in einem vereinten Deutschland glaubten nur noch die wenigsten.

Dennoch, wir haben das Geschenk erlebt, daß wir am 3. Oktober 1990 die Einheit in Frieden und Freiheit für Deutschland wiedergewonnen haben - mit Zustimmung all unserer Nachbarn. Die Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit - „fast 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 50 Jahre Christlich Demokratische Union“ - ist zuallererst das gemeinsame Werk von Millionen fleißiger Menschen, in Karlsruhe genauso wie überall sonst in Deutschland. Und auch das wollen wir nicht vergessen: Sie ist auch das Ergebnis von viel Hilfe und Unterstützung, die wir in kritischer und schwerer Zeit von unseren Freunden in der Welt bekommen haben.

(Beifall)

Dankbarkeit heißt auch, daß wir, die wir Hilfe erfahren haben, heute, da wir zu den reichen Ländern dieser Erde gehören, anderen helfen, die sich selbst nicht helfen können.

50 Jahre, liebe Freunde, das ist eine gewaltige Wegstrecke. Wir sind nicht nur „davongekommen“, wie es damals hieß, sondern wir haben Grund zu Dankbarkeit, und wir dürfen auch stolz auf das Geleistete sein. Wir haben Erfolg erzielt, von denen die Gründer der CDU nicht zu träumen wagten.

Viele Hunderttausende haben in diesen Jahrzehnten in unserer Partei durch harte Arbeit dafür die Voraussetzungen geschaffen, und ihnen gebührt Dank. So dürfen wir stolz sein, Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu sein, und wir nehmen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an.

Gemeinsam mit den Menschen in unserem Lande wollen wir die Zukunft Deutschlands und die Zukunft Europas gestalten. Tun wir gemeinsam unsere Pflicht!

(Langanhaltender lebhafter Beifall -  
Die Delegierten erheben sich)

**Erwin Teufel**, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler, wir alle danken Ihnen für eine große Rede, eine sehr nachdenkswerte Rede, eine Rede, die auch vorausgedacht hat, eine Rede, die die Identität und die Ziele der CDU formuliert hat als einer Partei der Einheit.

Wir alle haben verstanden, mit welcher Eindringlichkeit Sie uns gemahnt haben, jetzt den Weg nach Europa weiterzugehen. Sie haben die CDU markiert als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, und Sie haben uns darauf hingewiesen, daß wir nur Zukunft haben, wenn wir die Schöpfung bewahren. Mit Eindringlichkeit haben Sie uns und die Bürger unseres Landes aufgefordert, die Politik nicht nur als Zuschauer zu begleiten, weil eine Zuschauerdemokratie keine Zukunft hat. Sie haben uns den Weg gewiesen nach vorn aus aller Rückwärtsge wandtheit und allem Pessimismus heraus, und Sie haben die innere Haltung, das Ethos der Menschen angesprochen, ohne die unsere Demokratie keine Zukunft hat.

Wir haben Ihnen alle gedankt mit langanhaltendem Beifall, und wir danken Ihnen vor allem für Ihren unermüdlichen Einsatz national und international für uns alle.

(Beifall)

**Petra Roth**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8.2:

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich darf daran erinnern, daß es für Wortmeldungen eigene Wortmeldezettel gibt, und ich bitte Sie, diese auch zu verwenden. Meine Damen und Herren Redner, ich bitte Sie alle sehr



herzlich, kurze Redebeiträge zu leisten. Das Wort zur ersten Wortmeldung erteile ich jetzt dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, unserem Freund Diepgen.

**Eberhard Diepgen** (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Erwin Teufel hat eben dem Bundeskanzler gedankt. Er hat verschiedene Aspekte vor allen Dingen der wertorientierten Politik für die Zukunft vorgetragen. Bei den Diskussionsbeiträgen, den Reden wurde auch einiges über Wahlen in Berlin gesagt. Ich möchte Ihnen hier versichern: Wir haben uns entschieden, wir wollen die Wahlen in Berlin gewinnen, und wir werden sie gewinnen!

(Beifall)

Dabei geht es in Berlin genau um die Themen, die diesen Bundesparteitag betreffen. Wir wehren uns ja nicht einfach nur gegen Rot-Grün, weil wir regieren wollen, sondern weil wir zutiefst Sorge vor der zukünftigen Entwicklung unseres Gemeinwesens haben, wenn Rot-Grün Verantwortung in der deutschen Bundeshauptstadt übernimmt.

(Beifall)

Es geht doch dabei nicht um die Frage beispielsweise einer nur ökologischen Politik. Wenn es nur um den Wettbewerb ginge, wer denn die Gänseblümchen besser unter Naturschutz stellt, dann wäre es nicht so schlimm. Der entscheidende Punkt ist aber, daß wir uns an den Zukunftsaufgaben orientieren müssen. Diese Zukunftsaufgaben liegen im Bereich der europäischen Entwicklung, der gesellschaftspolitischen Entwicklung unmittelbar in der Bundesrepublik Deutschland, in den Möglichkeiten, das, wie es Erwin Teufel genannt hat, Humankapital auch richtig einzusetzen. Da liegen die Schwierigkeiten.

Wer heute eine wirklich zukunftsgerichtete Umweltpolitik gestalten will, der darf nicht nur an das Hier denken, nicht nur daran denken, ob denn ein Milligramm mehr oder weniger aus den Schornsteinen hier kommt, sondern er muß eine grenzüberschreitende Umweltpolitik gestalten, und dazu gehört die Sicherheit in den Kernkraftwerken der Ukraine und damit eine Politik im Zusammenhang mit modernen Techniken und modernen Technologien in der Bundesrepublik Deutschland genauso wie anderes.

(Beifall)

Ich möchte drei Punkte aufgreifen, die mir besonders Sorgen machen. Der erste Punkt: Die entscheidende Frage für soziale Sicherheit ist Wirtschaftswachstum, ist die Frage der unmittelbaren Arbeit für sozial Schwache, ist die Frage: Wie gestalten wir unser Netz der sozialen Sicherheit? Es muß zielgerichteter werden. Dabei werden alle großen Städte und die Industrienationen sich immer mehr mit der Frage auseinandersetzen müssen: Besteht heute noch dieselbe Definition von Vollbeschäftigung wie vor 20 Jahren? Ich sage nein. Wir müssen andere Formen zielgerichteter Politik für Arbeit, für soziale Sicherheit schaffen, wir müssen Mischformen finden.

Dabei kommen wir genau in die Fragestellung nach der Gestaltung der Zukunft, was wir einsetzen können: Nicht staatliche Beschäftigungsprogramme, wie Sozialdemokraten und Grüne es wollen, sondern vor allen Dingen die Unterstützung der Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft und damit der Einsatz der Leistungsfähigkeit der Menschen; Lohnkostenzuschüsse dabei in der unmittelbaren Anbindung an das, was ich an aktiver Arbeitsmarktpolitik zu gestalten habe.

Aber damit bin ich bei meiner Sorge: Wer sich die Programme von Grün und Rot ansieht, wer sich die Bildungspolitik ansieht, wer die Entwicklung der letzten zehn Jahre Revue passieren läßt, der kommt leider zu dem Ergebnis, daß Technik- und Wissenschaftsfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Modeentwicklung geworden sind. Da müssen wir genau gehalten werden.

(Beifall)

Wenn es so weitergeht, daß Ängste vor Gentechnologien, Ängste vor Medizintechnik, vor Verkehrstechnik - ich nenne nur den Begriff Transrapid - in den Vordergrund geschoben werden, dann werden in der Bundesrepublik Arbeitsplätze vernichtet, bevor sie überhaupt entstanden sind.

(Beifall)

Dann werden zwar hier die modernen Entwicklungen in Gang gebracht, aber die Umsetzung in Produktion, die Umsetzung in Sozialprodukt, die Umsetzungschance für soziale Gerechtigkeit, die besteht dann in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr. Da liegt der entscheidende Punkt.

Genauso - und das sage ich ganz bewußt auch für die innerparteiliche Diskussion -: Ein Großteil dessen, was ich an gesellschaftspolitischer Entwicklung bei den Grünen sehe, hat etwas mit dem zu tun, was ich Modernitätsangst nannte. Die modische Entwicklung ist offensichtlich: einige Leute, die es nur gelernt haben und ihr Lebensziel nur darin sehen, von der Bank jeweils das Geld abzuholen, aber wie das Geld im einzelnen erarbeitet wird, darüber machen sie sich zuwenig Gedanken.

(Beifall)

Zu diesen Fragen von Wissenschaftsfeindlichkeit gehört auch anderes, was gesellschaftspolitisch zu beachten ist. Ich werde gleich noch ein paar Bemerkungen zur inneren Sicherheit machen. Meine Damen und Herren, Wirtschaftspolitik für die Union, das ist für mich - - Nein, ich will es gar nicht mal als Forderung an andere formulieren, ich sage, was wir in Berlin gestalten wollen: Wir werden Wirtschaftspolitik in der Verantwortung der Union gestalten wollen. Die Union muß viel stärker unmittelbar Wirtschaftspolitik auch durch ihre Repräsentanten in Regierung mitgestalten und dieses zu einer Zukunftsvision bündeln, zu einer Darstellung, in der wir, jedenfalls von der Entwicklung in Berlin aus, so etwas wie ein Zukunftsministerium gestalten werden. Das jedenfalls sage ich hier voraus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zu den Sorgen im Hinblick auf soziale Sicherheit, zu der Frage, wie ich Arbeitsplätze schaffen kann, kommt als dritte große Sorge in bezug auf grüne Politik das Thema der inneren Sicherheit. Auch das spielt hier eine wichtige Rolle. Meine Damen und Herren, alle diejenigen, die vielleicht glauben, mal auf kommunaler Ebene bei dem einen oder anderen Projekt zusammenarbeiten zu können - dem will ich gar nicht widersprechen -, sollten sich in der Gesamtdiskussion aber einmal ansehen, was im Bereich der Sicherheitspolitik dort vorgetragen wird. Nicht nur der Austritt aus der NATO, nicht nur die Frage der generellen Leugnung von Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft, sondern auch in der inneren Entwicklung: Abschaffung der notwendigen Polizeiorganisationsformen, von der Bereitschaftspolizei bis hin zu dem, was auch zu unserer Politik gehört, nämlich wertorientierte Politik auch im Bereich der inneren Sicherheit.

Der Bundeskanzler hat davon gesprochen: Es muß bestimmte Dinge geben. Da ist es selbstverständlich, daß man so etwas nicht tut. Aber wenn es eine Diskussion darüber gibt, ob Landdiebstahl eine Straftat ist oder nicht, dann ist man schlicht und ergreifend über die Grenzen hinaus.

(Beifall)

Soll denn morgen, wenn die Kinder zum Einkaufen geschickt werden, nur noch die Diskussion darüber gehen: „Nimm für den teuren Honig die billige Vierfruchtarmelade, weil dann dein Risiko einer Bestrafung geringer ist!“? Ich sage: Wir brauchen wertorientierte Politik, und da darf es eine solche Diskussion nicht geben - bis hin zu den Themen des Strafvollzugs,

(Beifall)

wo offener Strafvollzug offensichtlich auch für diejenigen vorgesehen ist, die gerade wegen Vergewaltigung verurteilt worden sind und dann die Woche über wieder auf die Menschen losgelassen werden. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich sehe das als einen Teil von Werteverfall an, der sich in vielen Teilbereichen unserer Gesellschaft vollzieht.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, weil ich bei einigen Formulierungen den Eindruck hatte, da könnten die Akzente möglicherweise nicht ganz deutlich werden. Das ist die Europapolitik. Europapolitik, das ist für mich, das ist für die Union natürlich nicht nur Wirtschaftsunion. Das ist eine Politik des Friedens. Das ist das, was die Römischen Verträge gesagt haben: Wir wollen die Demokratien in Europa zusammenschließen zu einem Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Und zu einer Politik für Europa in diesem Sinne gehört Wirtschaftsunion, alles das, was über Stabilitätspolitik vorhin vom Bundeskanzler gesagt worden ist. Aber dazu gehört dann auch die Sozialunion.

Der eine oder andere wird es schon nicht mehr hören können, aber wie der alte Cato werde ich ein Thema ständig hier nennen: Sozialdumping im Miteinander der Freizügigkeit der Europäischen Gemeinschaft darf es nicht geben.

(Beifall)

An gleicher Baustelle, an gleicher Arbeitsstelle muß gleicher Lohn bezahlt werden.

(Beifall)

Kollege Santer ist im Augenblick nicht da; ich habe das mit ihm schon sehr oft besprochen, auch mit Jacques Delors. Ich sage: Wenn diese Themen nicht gelöst werden, werden wir ein Stück Europafeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und auch in anderen Ländern initiieren, mit dem wir dann nicht wieder fertig werden. Deswegen ist Sozialunion und ist das praktische Beispiel der sogenannten Entsenderichtlinie so wichtig. Wenn wir das nicht hinkriegen, werden wir Europa einen großen Tort antun.

(Beifall)

Dies sage ich nicht in Richtung Bundesregierung. Als Berliner würde ich sagen: Die sind ja schon katholisch, sind schon überzeugt. Aber ich sage es im Hinblick auf die Aufforderung in den Deutschen Bundestag hinein. Ich sage das im Hinblick auf die Aufforderung zur Europäischen Union und insbesondere zu den verschiedenen Ländern.

Meine Damen und Herren, zu Europa gehört dann noch etwas anderes. Was sind denn die faszinierenden Veränderungen, die uns alle so begeistert haben? Zu den begeisternden Din-

gen, die ich in den letzten fünf Jahren erlebt habe, gehört der Abzug der Russen in Treptow, wie wir dort, auch mit dem Lied der russischen Soldaten, die Nachkriegsentwicklung wirklich abgeschlossen haben. Richtig abgeschlossen ist sie übrigens erst dann, wenn die Bundesregierung in Berlin ist. Dann ist der richtige Endpunkt der Nachkriegsgeschichte gegeben.

(Beifall)

Zu den weiteren Punkten gehört das, was wir im Mai erlebten: die große Rede von Mitterrand. Aber zu diesen großen Reden gehörte auch das Bekenntnis zu einem anderen, zu einem größeren Europa. Der Bundeskanzler weist in vielen Reden immer wieder darauf hin, daß Krakau natürlich eine europäische Stadt ist. Und ich erlebe es immer wieder, daß erstaunt geguckt wird, wenn ich darauf hinweise: Prag ist eine Stadt westlich von Wien, eine Stadt unmittelbar in Europa.

Die Schlußfolgerung, die ich für uns, für die Union hier ziehe, ist: Wir brauchen die Fortentwicklung dessen, was Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland in der ganzen Nachkriegsphase war, die Westbindung, nicht nur die Westbindung in der Verteidigungspolitik, sondern auch in den Wertebezügen. Das ist das Atlantische Bündnis. Ohne das Atlantische Bündnis wird es keine Sicherheit in Europa geben. Aber die Ergänzung ist jetzt: Wir müssen die Chance nutzen. So, wie der Rhein hier bei Karlsruhe überwunden worden ist, muß auch die Oder überwunden werden, muß es in der europäischen Entwicklung ein Stück weitergehen nach Mittel-, nach Zentraleuropa.

(Beifall)

Die Länder müssen eine ganz klare Option für dieses gemeinsame Europa haben.

Wenn ich mich jetzt noch in die Verteidigungspolitik einmischen würde, würde ich sagen: Die Länder, die zur Europäischen Union kommen wollen, müssen auch die Option für die Mitgliedschaft in der NATO haben. Das ist etwas anderes als die Mitgliedschaft in einem Bündnis, es geht hier um Frieden und Gesamtentwicklung.

Ich glaube, hier wird ganz deutlich, daß wir diese Weiterentwicklung im Auge haben müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen letzten Gedanken ansprechen: Wir haben die richtigen Konzepte, und zwar in der Wirtschafts- und in der Außenpolitik. Wir haben Leistungsfähigkeit bewiesen. Worauf es ankommt ist, daß wir bei den Bürgern Vertrauen erzeugen. Vertrauen wird durch Personen wie den Bundeskanzler, aber auch durch die unmittelbare Arbeit, die Bürgernähe unserer Partei erzeugt. Es wird ebenfalls durch das erzeugt, was Geschichte ist.

Damit will ich nur einen Punkt nennen, warum wir die Partei der deutschen Einheit sind und worauf es auch in Berlin stark ankommt. Die Bedeutung liegt nicht nur in der Auseinandersetzung, die ich eben angedeutet habe, sondern in der Glaubwürdigkeit, daß wir als Partei der deutschen Einheit auch in Berlin, der Werkstatt der deutschen Einheit, zum Zusammenfügen beitragen - auch in der Geschichte.

Eines der für mich schlimmsten Erlebnisse in meiner politischen Arbeit war eine Entscheidung im Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1989, wenige Monate vor dem Fall der Mauer. Bis dahin gab es eine Eröffnungsformel für die Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses: Wir bekennen unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden soll. Meine Parteifreun-

de, meine Damen und Herren, Anfang 1989 ist diese Eröffnungsformel durch eine rot-grüne Koalition abgeschafft worden. Man war der Auffassung: Das war nicht zeitgemäß.

(Zuruf: Pfui!)

Ich möchte Sie alle ermuntern, das als Beispiel für eine Politik zu nehmen, die über verschiedene Zeitabläufe glaubwürdig war, im Unterschied auch zu dem, was die Union gesagt hat und wir von anderen immer wieder erlebt haben.

Meine Damen und Herren, heute geht es darum, Deutschland zusammenzufügen, auch mit Korrekturen im Einigungsvertrag und beim Renten-Überleitungsgesetz, bis hin zu Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen. Aus meiner Sicht sind im Einigungsvertrag bemerkenswert wenige Fehler gemacht worden. Einiges werden wir weiterentwickeln müssen. Das aber können wir nur, und das wird in Deutschland nur geschehen, wenn es von den Kräften gestaltet wird, die glaubwürdig sind.

Ich habe Ihnen gerade ein Beispiel genannt, warum ich so besorgt bin, daß normale, notwendige Prozesse des Zusammenwachsens gebremst werden, wenn sich Entwicklungen wie in Sachsen-Anhalt vollziehen oder es an Glaubwürdigkeit mangelt. Sie kennen den Satz: Wer dreimal lügt, ... Ich nenne beispielsweise Nordrhein-Westfalen, aber auch Berlin.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, im Sinne der Glaubwürdigkeit, im Sinne dieser Tradition weiterhin eine Politik des deutschen Einigungsprozesses, des Zusammenfügens, zu gestalten. Den Menschen zuhören und dabei mehr auf die Fragen des Vertrauens und der Emotion zu achten, das ist meine herzliche Bitte, die ich an Sie richte. Dann bin ich ganz optimistisch, was die Wahlen angeht.

Ich bedanke mich bei allen, die bisher in Berlin mitgeholfen haben, daß wir am nächsten Sonntag in Berlin einen großen Wahlerfolg haben werden. Lassen Sie sich aber bitte nicht irritieren: Meinungsumfragen sind immer ein Beispiel für moderne Manipulation. Noch ist nichts gewonnen. Wir werden es aber durch die Kraft der Union und mit Ihrer Hilfe am nächsten Sonntag schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, und viel Erfolg für nächsten Sonntag. Als nächster hat Herr Dr. Wolfgang Reinhart aus Baden-Württemberg das Wort, danach Herr von Heyden, Bundesvorstandsmitglied des RCDS. Meine Damen und Herren, bis der nächste Redner hier vorne erscheint, möchte ich gern folgendes bekanntgeben: Die Antragskommission tagt heute mittag um 15 Uhr. Die Sitzung findet im Konzerthaus statt. - Bitte schön - Sie sind eher da -, Herr von Heyden.

**Wichard von Heyden**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Delegierte! Die Zukunft ist das Thema dieses Parteitages. Im Gegensatz zur SPD kann sich die Union immerhin noch mit Neuem beschäftigen. Zukunft ist aber eigentlich kein Thema, sondern eine Zeitkategorie.

Ich weiß, daß es in der Union mit dem Anspruch, Deutschland für die Zukunft fit zu machen, ernst gemeint ist. Der RCDS hat sich der Aufgabe, Zukunft zu gestalten, noch nie verweigert. Die RCDS-Zeitschrift „Civis“, die Ihnen in den Tagungsunterlagen vorliegt, macht deutlich, daß der RCDS auch heute vorne mit dabei ist.

Was wir brauchen, ist aber nicht ein gläubiges und erwartungsvolles Warten auf Entwicklungen, die von anderen bestimmt werden. Was wir brauchen, sind Kreativität, Engagement, Vi-

sionen und konkrete Entscheidungen. Technikgläubigkeit ist genauso schädlich wie alte deutsche Technikfeindlichkeit. Wer von Zukunft redet, darf daher nicht stehenbleiben, sie zu befragen. Fragen müssen gestellt werden, Fragen sind aber grundsätzlich schon vor anderthalb Jahren beantwortet worden, und zwar im neuen Grundsatzprogramm der Union. Wenn jetzt wieder Fragen in Form eines liturgischen Gebetes gestellt werden, dann müssen die Delegierten und die Mitglieder der Union sich darüber klarwerden, daß diese Fragen nur Ausgangspunkte für Antworten sein können.

Ich fordere Sie auf: Bleiben Sie nicht dabei, Fragen zu stellen! Bleiben Sie nicht dabei, sich hinter großen Worten zu verstecken! Versuchen Sie, die Antworten zu finden und sie in der Öffentlichkeit darzustellen!

Vor anderthalb Jahren wurde der Begriff der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft von der CDU geprägt. Bis jetzt sehe ich keine konkreten Füllungen. Wo bleiben denn die Modelle für eine ökologische Steuerreform? Offene Fragen, die zur Beantwortung anstehen, gibt es genug.

Wenn ich z. B. die beiden Zukunftsbereiche betrachte, nämlich Forschung und Bildung, dann bekomme ich regelrecht Angst. Keine Technikfeindlichkeit bremst uns junge Menschen. Junge Menschen haben weniger dagegen, als Sie meinen. Nicht jeder möchte im Öffentlichen Dienst arbeiten. Was uns bremst, das sind die Finanzierungs- und Reformverweigerungen von Staat und Wirtschaft in den Bereichen Forschung, Bildung und Ausbildung.

Schauen Sie sich doch an, wie in sozialdemokratisch regierten Bundesländern Forschung, Bildung und Hochschulen zusammengekürzt werden. In Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen jedenfalls wird es keine Zukunftsprojekte mehr geben können. Stellenbesetzungssperren töten Forschungsprojekte und sprengen jeden Studienplan. Wenn die Seminare und Vorlesungen, die wir Studenten für das Examen dringend brauchen, aus Finanzgründen nicht mehr angeboten werden, wenn Unibibliotheken abends, am Wochenende und in der vorlesungsfreien Zeit geschlossen bleiben, wichtige Literatur nicht mehr angeschafft wird, ist es eine Heuchelei, über faule Studenten und zu lange Studienzeiten zu klagen. Wir Studenten sind nicht faul, sondern leistungsbereit.

(Beifall)

Immer zielorientierter studieren über 1,9 Millionen Studenten auf nur 900 000 Studienplätzen. Für ein gesundes Bildungssystem kann man mit fast allem werben, auch mit einem Pleitegeier. Während in Hannover Bildungsfeind Schröder residiert, während Gesamtschulen und Gesamthochschulen das Niveau von Abitur und Hochschulbildung senken, Haupt- und Realschulen unberechtigt abgewertet werden, hat die Union die Chance, Bildung und Ausbildung als die Zukunftschance zu erkennen und zu nutzen.

(Beifall)

Während die Sozialdemokraten die Zukunftsfähigkeit unserer Bildungseinrichtungen systematisch kaputtmachen, hat die Union die Chance, sich wohltuend vom düsteren Schatten Gerhard Schröders und Heide Simonis abzusetzen.

Auf Bundesebene sorgte bisher das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das BAföG, dafür, daß auch Leute aus finanzschwachen Familien studieren können. Das BAföG ist ein Sozialgesetz für Leistungseliten. Was glauben Sie: Wie viele Studenten bekommen BAföG -

alle, zwei Drittel, die Hälfte? Wie hoch ist die Förderung - 1 000 DM, 2 000 DM, 3 000 DM? 1972 bekamen über 40 % der Studenten BAföG. Heute sind es im Westen noch gut 20 %. Die Durchschnittsförderung liegt knapp unter 600 DM. Darüber will sich keiner beklagen. Die vom unionsgeführten Bildungsministerium geplante Verzinsung des BAföG wird begabte junge Menschen aber abschrecken und ihre Selbständigkeit nach Studienende bremsen. Mit über 70 000 DM BAföG-Schulden bekomme ich keinen Kredit mehr für selbständige Unternehmertätigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Damit geschieht genau das Gegenteil von dem, was Bundeskanzler Helmut Kohl fordert: Statt Förderung von Leistungseliten wird es dann eine Förderung von Herkunftseliten geben.

Wenn Christdemokraten jetzt dieses eigentlich kleine Teilgebiet des für die Zukunft so wichtigen Bildungsbereiches aushebeln, wird man ihnen leider nicht mehr abnehmen können, daß sie es mit christlich-demokratischen Grundwerten und mit der Gestaltung von Zukunft ernst nehmen. Dann wird der bildungspolitische Ruf der Union für ein Linsengericht kurzfristiger Einsparungen verkauft. Langfristig zahlt sich das nicht aus.

Was wir jetzt brauchen, ist nicht planlose Kürzung. Was wir auch nicht brauchen, ist planlose Weiterfinanzierung. Was wir brauchen, sind weitgehende Reformen unseres Bildungs- und Hochschulsystems. Auch Hochschulen könnten wirtschaftlicher arbeiten. Globalhaushalte und leistungsbezogene Mittelvergabe an den Hochschulen könnten der Hochschulbildung und der Forschung die Dynamik geben, die wir so dringend brauchen, um weltweit Spitze zu sein, zu bleiben oder auch wieder zu werden. Was meinen Sie: Wer setzt zur Zeit die marktwirtschaftlichen Modelle in den Hochschulen am weitesten um? Meinen Sie, es sind Christdemokraten? Nein, Sozialdemokraten und Grüne haben entdeckt, daß marktwirtschaftliche Modelle billiger sind und daß man auch mit ihnen linke Politik organisieren kann. Während die Union versucht, einen grünen Anstrich zu bekommen, organisieren Linke Marktwirtschaft, und zwar nicht nur an Hochschulen. In Frankfurt ist der oberste Sparer ein Grüner.

Ich fordere Sie auf: Befragen Sie nicht nur einfach die Zukunft, sondern gestalten Sie sie. Stellen Sie nicht nur allgemeine Fragen, sondern beantworten Sie die Fragen. Beantworten Sie sie besser als andere. Machen Sie im Bildungsbereich Reform- statt Kürzungspolitik. In Niedersachsen sagen Studenten und Schüler: Immer blöder werden wir mit Schröder. - Sie haben es in der Hand, daß der Union in Zukunft ähnliche Sprüche nicht entgegenschallen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als nächster hat Herr Dr. Reinhard Göhner das Wort. Bevor er zum Rednerpult kommt, frage ich: Ist Herr Dr. Wolfgang Reinhart schon wieder im Saal? - Ich habe ihn jetzt zum zweitenmal aufgerufen. Ich lege seinen Wortmeldezettel dann zunächst zur Seite. - Bitte schön, Herr Dr. Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**: Liebe Freunde! Ich denke, die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und die Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit zu verändern, damit aus wirtschaftlichem Wachstum auch Wachstum von Beschäftigung wird und wir nicht bei dem beschäftigungslosen Wachstum dieses Jahres bleiben. Manche - auch in unseren eigenen Reihen - leiten daraus die Empfehlung ab, man müsse und solle deshalb das Thema „Umwelt“ kleiner schreiben und in

diesem Bereich kürzer treten. Ich teile diese Meinung, soweit es um eine Umweltpolitik im herkömmlichen, heute überholten Sinne, um eine Umweltpolitik der bloßen Ausweitung des alten Ordnungsrechtes geht. In den 70er und 80er Jahren war es zur Gefahrenabwehr notwendig, ein System von Ge- und Verboten sowie von Grenzwerten zu schaffen, bei dem jeweils auf den Stand der Technik abgestellt wurde. In unseren Zeiten dürfen wir Umweltpolitik in diesem Sinne jedoch nicht fortsetzen.

Liebe Freunde, wäre es aber auch richtig, unser Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft nicht oder noch nicht umzusetzen, seine Umsetzung also zu vertagen? Nach den Ergebnissen des CDU/CSU-Strategietreffens vor 14 Tagen hat es ein wenig den Anschein, als ob das unsere Strategie wäre. Ich meine dies nicht wegen eines Ja oder Nein zur Ökosteuer. Von einer Ökosteuer halte ich persönlich - schon vom Begriff her - sowieso nichts.

Es geht, wie ich meine, vielmehr um zwei Dinge, die in dem Sinne, wie der Bundeskanzler es heute hier angesprochen hat, Ökologie und Ökonomie zusammenbringen, die den notwendigen Beitrag leisten, um auf der einen Seite die Belastungen unserer Atmosphäre zu vermindern und die Zerstörung der Ozonschicht aufzuhalten und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern. Es geht erstens mittel- und langfristig um die notwendige Neustrukturierung unseres Steuersystems insgesamt, um die Bedingungen für Beschäftigung und Wirtschaft zu verbessern und gleichzeitig Anreize für einen sparsameren Ressourcenverbrauch zu geben. Zweitens geht es aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen, wie der Bundeskanzler es heute in seiner Rede gesagt hat, darum, marktwirtschaftliche Mechanismen an die Stelle alten Ordnungsrechts treten zu lassen.

Aus der Analyse des jetzigen Zustandes ergeben sich nach meiner Überzeugung die Therapie und die Strategie, wie wir sie in unserem Grundsatzprogramm für die CDU Deutschlands beschlossen, aber noch lange nicht in die Tat umgesetzt haben. Im europäischen Binnenmarkt und im Vergleich aller G-7-Staaten haben wir die mit Abstand höchste Besteuerung der produktiven Faktoren Arbeit und Betriebskapital. Was das Betriebskapital angeht, so werden wir hoffentlich im Rahmen der Gewerbesteuerreform jetzt beim zweiten Anlauf die Widerstände des Bundesrates überwinden. Bei den direkten Steuern ist festzustellen, daß wir - einigungsbedingt war das sogar verschärft so - die absolut höchste Besteuerung des produktiven Faktors Arbeit haben, womit wir auf Dauer nicht leben können. Gleichzeitig haben wir, wie sich beim Vergleich im europäischen Binnenmarkt, beim Vergleich der G-7-Staaten und beim Vergleich mit unseren internationalen Wettbewerbern global zeigt, eine höchst unterdurchschnittliche Besteuerung des Verbrauchs. Die Folge war, daß wir - übrigens schon in den 80er Jahren - zuviel konsumiert und zuwenig in die Zukunft investiert haben, wobei dies auch für den Staat gilt.

Wenn wir dies ändern wollen, so gibt es nur ein naheliegendes Konzept für die Zukunft, nämlich das, das wir als CDU Deutschlands programmatisch beschlossen haben. Wir müssen mittel- und langfristig daran festhalten, die direkte Besteuerung zu senken und statt dessen den Verbrauch stärker zu besteuern. Was liegt da näher, als eine Verminderung der direkten Besteuerung mit einer Besteuerung des Umweltverbrauchs zu verbinden, liebe Freunde?

(Vereinzelt Beifall)

So bringen wir die Ziele von Ökologie und Ökonomie wirklich zusammen, wie es der Bundeskanzler heute hier im Grundsatz deutlich gemacht hat.



Um so enttäuschender - das muß ich einräumen - sind die Gesprächsergebnisse des Strategieipfels vor einigen Tagen. Gewiß, diese Ziele dürfen mittel- und langfristig nicht ad acta gelegt werden, wenn wir jetzt einen neuen, europäisch harmonisierten Anlauf in Richtung Energiebesteuerung prüfen. Wir wollen dabei eine aufkommensneutrale Lösung, die in Europa möglichst harmonisiert ist. Wir können das Ziel, wie die Konzepte beweisen, die Klaus Töpfer und Angela Merkel vorgelegt haben, ohne zusätzliche Belastung von Wirtschaft und Industrie erreichen. Wir müssen diesen Weg gehen.

Die Frage, die sich für diese Legislaturperiode stellt, lautet: Was tun wir, wenn es uns nicht gelingt, eine harmonisierte europäische Regelung zu finden? Diese Frage dürfen wir, wie ich meine, auch vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in den 80er Jahren beantworten. Liebe Freunde, als wir den Katalysator zur Pflicht gemacht haben, war das keine harmonische und harmonisierte europäische Veranstaltung. Es waren auch nationale Alleingänge, als wir die Großfeuerungsanlagenverordnung und die TA Luft eingeführt haben. Freilich ist man auf europäischer Ebene mit einigem Abstand uns dann gefolgt, und die Erfahrungen, die wir gemacht haben, sind die, daß dies nicht nur zu einer Verbesserung des Umweltschutzes in unserem Lande beigetragen hat, sondern daß die Maßnahmen vor allem auch wirtschaftlich richtig waren. Unsere Automobilindustrie, die erst dagegen war, hat von unserem Katalysatorkurs profitiert, weil wir bei unserem nationalen Alleingang Vorreiter und daher schneller als die europäischen Mitbewerber waren.

Unsere Umweltindustrie, die in den 80er Jahren entstanden ist, hat ebenfalls profitiert von unserer Politik des Vorangehens. Deshalb möchte ich daran appellieren, daß wir dann, wenn eine harmonisierte europäische Lösung nicht in Sicht ist, mittel- und langfristig eine Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft auf den Weg bringen, so wie wir das als Christlich Demokratische Union Deutschlands gemeinsam programmatisch beschlossen haben.

Der Bundeskanzler hat - wie ich finde, völlig zu Recht - hervorgehoben, daß wir unseren Beitrag an der globalen Aufgabe, die fortsetzende Erwärmung der Erdatmosphäre und die Verringerung der Ozonschicht zu verhindern, leisten müssen. Wir haben zwei Möglichkeiten: Entweder bewegen wir uns im System des guten, alten preußischen Polizei- und Ordnungsrechtes, erlassen wir Ge- und Verbote - rein administrativ, bürokratisch bezogen auf den Stand der Technik und die aktuellen Grenzwerte -, oder wir tun es in dem Sinne, wie es der Bundeskanzler in seiner Rede aus dem Grundsatzprogramm zitiert hat, nämlich mit dem stärkeren Einsatz marktwirtschaftlicher Mechanismen. Aus wirtschaftlichen Gründen, liebe Freunde, sollten wir uns für diesen zweiten Weg entscheiden und uns auch in dieser Legislaturperiode für diesen Weg einsetzen.

Nach unserem christlichen Verständnis sind wir, die Menschen, Teil der Schöpfung. Natur und Umwelt gehören ebenso zu dieser Schöpfung. Um deren Bewahrung geht es uns. Mensch und Natur gehören zusammen, sind miteinander vernetzt. Ich finde, diesem ganzheitlichen Denken entspricht auch die Vernetzung von Ökonomie und Ökologie.

Liebe Freunde, ich habe mich gemeldet, weil ich ein wenig die Sorge habe, daß unser richtiges Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft nur Konzept und Programm bleiben könnte. Morgen werden wir in einem Forum die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft der Zukunft diskutieren. Ich hoffe sehr, daß dieser Parteitag ein Signal dafür gibt, daß auf unserer Tagesordnung der Zukunft die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft steht. - Vielen Dank.

**Irmard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Göhner. Als nächster hat Dr. Wolfgang Reinhart vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

**Dr. Wolfgang Reinhart:** Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, nur wer Mut zeigt, macht Mut. Sie haben uns mit Ihrer Rede Mut gemacht. Nachdem ich Sie schon zwanzig Jahre erleben durfte, veranlaßt mich der Rückenwind, der uns derzeit von Ihnen vermittelt wird, Ihnen - in meiner Eigenschaft als Selbständiger, aber auch als Kreisvorsitzender - auf diesem Parteitag ein Dankeschön zu sagen.

(Beifall)

Denn ich glaube, Sie haben die wichtigen Zukunftsfragen angesprochen, die uns auf dem Weg in das 21. Jahrhundert bewegen müssen: Nach allen Umfragen dieser Tage bewegt die Menschen an erster Stelle die Frage der Wirtschaft und Arbeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen, an zweiter Stelle die Frage der inneren Sicherheit und an dritter Stelle die Frage der Umwelt. Ich glaube, genau diesen drei Zukunftsthemen sollen und müssen wir uns in entscheidender Form stellen.

Erwin Teufel hat hier zu Recht angeführt, daß die größte Herausforderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft die ist, daß immer mehr Güter durch immer weniger Menschen hergestellt werden. Deshalb wird die entscheidende Frage sein: Wie entstehen neue Arbeitsplätze, und wer kann hierfür die Konzepte liefern? Ich als Selbständiger sehe hier den Schlüssel: Wir müssen der Gründung neuer Existenzen, der Initiative von Selbständigkeit den größten Stellenwert beimessen. So wie nach dem Kriege die kleinen und mittelständischen Unternehmer ihren Beitrag geleistet haben, müssen die kleinen Selbständigen und die Mittelständler beim Aufbau der neuen Bundesländer die meisten neuen Arbeitsplätze erhalten. Aus der Bilanz der letzten fünf Jahre wissen wir: Sie gestalten die Zukunft. Deshalb müssen wir eine Initiative starten, die die Frage beantwortet: Wie schaffen wir die Gründung von neuen Existenzen?

Angesichts der Tatsache, daß wir uns - nach dem Agrar- und Industriezeitalter - heute in der Dienstleistungsgesellschaft befinden, daß die Informations- und Kommunikationstechnologie Schlüsseltechnologien sind, die bewirken, daß in Zukunft auch zu Hause Arbeitsplätze entstehen - unabhängig von Mobilität werden viele daheim am PC arbeiten können -, darf ich Sie ermuntern, auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft die Chance neuer Selbständigkeit zu ergreifen und mutige Schritte zu gehen.

Herr Bundeskanzler, wir haben von Ihnen in Ihrer Rede gehört, daß die Selbständigen durchschnittlich vier Arbeitsplätze schaffen. Auch ich habe in den letzten Jahren bescheidene 13 Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistung geschaffen. Ich darf Ihnen auf den Weg mitgeben: Lassen Sie uns das zementierte deutsche Arbeitsrecht aufbrechen, für mehr Flexibilität, für mehr Innovation, für mehr Modernität!

(Beifall)

Ein ganz konkretes Beispiel: Warum denken wir nicht darüber nach, ein Kündigungsschutzgesetz, das sehr betont, zu ändern? Es gilt derzeit bei Beschäftigungsverhältnissen, die mindestens sechs Monate bestehen, und für Unternehmen mit mindestens fünf Arbeitsplätzen. Warum denken wir nicht über eine Erhöhung der Gültigkeitskriterien auf ein Jahr und acht Arbeitsplätze nach, lieber Herr Bundesarbeitsminister? Das ist kein Abbau sozialer Rechte, sondern kann Arbeitsplätze schaffen. Ich meine, wir sollten alle kreativen Ideen überlegen und gegeben

nenfalls übernehmen. Bereitschaft, etwas zu wagen, heißt, ja zu sagen zu einer neuen Wagniskultur. Die Selbständigen können dazu einen entscheidenden Schlüssel darstellen.

Zum Bereich der inneren Sicherheit: Wir haben in den letzten Wochen die Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen erlebt. Wir haben auch die Vorschläge der Sozialdemokraten in Stuttgart zur Entkriminalisierung gehört. Dort überlegt man, den Ladendiebstahl von Waren bis zum 250 DM nicht mehr zu bestrafen. Man will die Unfallflucht zur Ordnungswidrigkeit herabstufen. Man will entkriminalisieren, was eine Kapitulation des Rechtsstaates bedeutet. Es kann doch nicht sein, daß wir der inneren Sicherheit durch Abschaffung von Straftatsbeständen oder durch ein Herabstufen zur Ordnungswidrigkeit begegnen. Das ist die Kapitulation des Rechtsstaates. Ich darf deshalb darum bitten, gerade der inneren Sicherheit die entscheidende Bedeutung der Zukunft beizumessen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, abschließend: Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede gesagt, es sei spät, aber noch nicht zu spät für die ökologische Herausforderungen im nächsten Jahrtausend. Das ist wahr. Wir hatten in der Bündestagsfraktion einen Abgeordneten, Herbert Gruhl, der ausgetreten ist und die GRÜNEN gegründet hat. Er ist auch bei den GRÜNEN ausgetreten und hat die ÖDP gegründet. Auch dort ist er nicht mehr dabei. Es ist spät, aber auch in Schillers „Wallenstein“ heißt es: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt.“

Ich meine, wir sollten das Thema der Schaffung von Arbeitsplätzen mit diesen Herausforderungen, wo die Scheunentore offenstehen, koppeln und damit positive Perspektiven für die Zukunft setzen - wie Sie das heute getan haben! Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

**Irmard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Harald Noack vom Landesverband Niedersachsen das Wort.

**Dr. Harald Noack:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Partei genießt derzeit das Glück des Tüchtigen. Wir haben keine sich zuspitzende Krise - oder wie unsere englischen Freunde sagen: „We do not have a 'Sharping' crisis.“ Warum sich also um den morgigen Tag sorgen, wie der Herr Landesbischof dieses christliche Wort heute morgen zitiert hat? - Weil wir auf dem Weg in das 21. Jahrhundert sind und weil wir sicher in die Zukunft wollen.

Da die Zeitabläufe aber immer komplexer werden, machen die Menschen sie sich dadurch erfaßbar, daß sie sie durch Emotionen, durch Gespür, durch Orientierung an Personen für sich erträglich gestalten. Es gehörte deshalb zu den fundamentalen Fehlern der SPD, daß sie die Bedeutung charismatischer, Vertrauen, Zukunftssicherheit vermittelnder Frauen und Männer an ihrer Spitze verkennt. Wir wissen das besser.

Deshalb mache ich als Vorsitzender eines CDU-Kreisverbandes - übrigens eines, der im letzten Jahr per saldo Mitglieder hinzugewonnen hat - keinen Hehl daraus, was unsere 3 000 Mitglieder wollen. Sie wollen zunächst einmal, daß Sie, lieber Helmut Kohl, Deutschlands Kanzler auch über 1998 hinaus sein werden.

(Beifall)

Ich meine, der Parteitag ist das richtige Forum für eine solche Erklärung. Wir wollen aber auch nach außen hin dokumentieren, daß die Union über eine ganze Schar charismatischer qualifizierter Männer und Frauen verfügt, die in Zukunft noch stärker Verantwortung übernehmen

müssen. Wir werden uns deshalb schon im Vorfeld des nächsten Parteitagés Gedanken darüber machen, ob die Wahlen zum Parteivorstand, auch zum Parteivorsitz, zum Element der personellen Zukunftssicherung der Union gemacht werden können. Wir diskutieren an der Basis darüber ganz unbefangen. Ich meine, wir müssen uns allesamt Gedanken über diese Situation machen. Ich bin der Auffassung, daß die Union nicht nur über Sachkonzepte für das nächste Jahrhundert, für das nächste Jahrtausend verfügen muß, sondern auch über die personellen Konzepte, über Männer und Frauen, die in der Lage sind, solche Konzeptionen nach außen hin charismatisch zu vertreten.

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Als nächster hat der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Herr Arbeitsminister Dr. Norbert Blüm, das Wort.

**Dr. Norbert Blüm:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden morgen spannende Fragen der Zukunftssicherung diskutieren. Ich will dieser Diskussion nicht vorgreifen, sondern nur ein paar Bemerkungen machen. Wir feiern 50 Jahre CDU. Vielleicht ist es gut, sich einmal zu besinnen, was denn das Erfolgsgeheimnis war und was - nicht als nostalgische Erinnerung - in die Zukunft weist. Überhaupt betrachte ich die Vergangenheit nicht als Museum. Ich glaube, es waren zwei Sachen: Volkspartei CDU und Zusammenarbeit der Konfessionen. Diese beiden Sachen halte ich für moderner als je zuvor. Als Volkspartei haben wir dem Staat viele Konflikte abgenommen. Die Gefahr ist groß, daß in einer Tralala-Gesellschaft die Zusammenhänge aus dem Auge verloren werden und jeder versucht, sich seine Erlebnisse zu schaffen. Deshalb glaube ich, das Muster einer Partei, die sozialen Ausgleich schafft, ist für die Zukunftssicherung in einer sich rasant verändernden Welt ein Stück Stabilität.

Hinzu kommt ein zweites. Wir werden mit Informationen überschüttet. Statt 50 Fernsehkanälen werden wir vielleicht 500 haben. Macht das die Leute sicherer? Ist Information schon alles? Wenn wir überall Computer stehen haben, computerbegleitet schlafen, wachen, essen, träumen, in allen Zimmern, in Toilette und Schlafzimmer Computer haben: Meinen Sie, dann gäbe es mehr Sicherheit? Die meisten Schiffe sind nicht untergegangen, weil sie zu wenig Wettermeldungen hatten, sondern weil sie einen falschen Kurs gefahren sind. An Information hat es selten gemangelt.

Deshalb ist die Frage, wo denn eigentlich der Platz der CDU ist. Da bekommt man landläufig die Antwort: „Die Mitte“. Das hört sich fast beschaulich an, als wäre das der bequeme Platz, wo am meisten Auslauf ist, so eine Art Wohnzimmer. Ich sehe die Mitte eher so: Man gerät in Gefahr, zwischen zwei Mülhsteine zu kommen. Da gibt es auf der einen Seite den liberalen Ansatz: „Das Individuum ist alles“, und auf der anderen Seite den sozialistischen: „Das Kollektiv ist alles.“ Genau dazwischen ist der Platz einer christlichen Partei. Der Mensch ist weder losgelassenes Individuum noch vergessenes Kollektiv. Er ist beides: Individuum und Sozialwesen. Das plausibel zu machen, halte ich für eine wichtige Orientierungsaufgabe.

(Beifall)

Es gibt, damit keine Verwechslung aufkommt, einen gleich weiten Abstand zu einem liberalistischen Individualismus wie zu einem kollektivistischen Sozialismus. Das ist Platz der Mitte.

Im übrigen, ich bin überzeugt, der Erbe des Sozialismus ist nicht der Kapitalismus, sondern die Soziale Marktwirtschaft, und die ist wieder etwas anderes als Kapitalismus.

Dieser mittlere Platz wird weniger durch ideologische Beschreibungen als in der Tat durch Personen ausgezeichnet. Das Zeitalter der Ideologien ist vorbei. Die großen Weiterklärungs-

phrasen haben 100 Jahre lang Zeit gehabt, zu zeigen, was sie konnten. Sie haben eigentlich nur Trümmer hinterlassen. Deshalb fand ich es als richtigen Beitrag in der Rede heute morgen, unser Handeln wieder an Personen festzumachen und nicht abstrakt nur mit Zahlen und Statistiken zu hantieren. Mir wird es kalt, wenn Politik nur mit Statistik, mit Lohnkosten gemacht wird. Das ist alles richtig und wichtig. Aber vergeßt hinter allen Statistiken nicht das Gesicht der Menschen! Das ist ein ganz spezifischer Beitrag von uns.

(Beifall)

Partnerschaft ist eine Erfindung in Deutschland. Andere Sozialkulturen haben mehr mit Klassenkampf gearbeitet. Deshalb muß diese Partnerschaft gegen Neugierige geschützt werden. Sie ist ein Versuch des Konsenses, des Kompromisses. Die Welt ist mehr durch die Durchsetzer und weniger durch die Kompromißfähigen gefährdet worden. Einige meinen, eine Philosophie des Heuerns und Feuerns wäre die Hoffnung Deutschlands. Dies paßt nicht in unsere Sozialtradition. Du kannst nicht den sozialen Frieden des deutschen Standorts mit Klassenkampf und Heuern-und-Feuern-Praxis aus den Vereinigten Staaten kombinieren. Da muß man sich entscheiden.

(Beifall)

So klug ist die Heuern-und-Feuern-Maxime auch nicht. Es gab große Strategen im letzten Jahr, die haben im Frühjahr gefeuert, und im Herbst haben sie wieder Fachleute gesucht.

Ich habe eine große Sympathie für den Mittelstand. Der Mittelstand hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß man in guten und in schlechten Zeiten zusammenhält. Eine - vielleicht ist das zu idyllisch - Betriebsfamilie, Loyalität entsteht nicht durch Worte, sondern durch das Gefühl, daß man in guten und in schlechten Zeiten zusammenhält. Ich wünsche mir auch in Deutschland, daß man die Flinte nicht zu frühzeitig wegwirft, jammert und ins Ausland auswandert, sondern mit hochqualifizierten Mitarbeitern einvernehmlich zusammenarbeitet. Am Bau ist im Zusammenhang mit der Schlechtwetterregelung eine Vereinbarung getroffen worden, bei der die Maurer bis fünf Tage Urlaub einsetzen. Davon kann sich mancher in der Welt eine Scheibe abscheiden.

(Beifall)

Wenn ihr eine französische Generalstreikgesellschaft haben wollt, so kann ich sie schnell herbeiführen. Wer mit dem Feuer spielen will, wer Ramba-Zamba haben will, kann das schnell haben. Er wird so viel Feuer nicht löschen können, wie er erzeugt.

Ich kenne das mit den Gipfelstürmern, die vor Kraft, was sie alles umbauen, nicht mehr laufen können. Ich bin für Umbau, aber mit Augenmaß. Diese Gipfelstürmer können morgens im Basislager nicht warten, bis die Sonne aufgeht, und dann geht es los, und dann geht es hoch, und sie können gar nicht mehr mutig genug sein. Bei der ersten Jausenstation sind sie schon weg, und an der Steilwand ist außer dem Blüm niemand zu sehen. Das habe ich alles schon mitgemacht. Deshalb laßt die Kirche im Dorf!

(Beifall)

Zur Partnerschaft gehört noch etwas, und dies ist gar nicht abstrakt Solidarität. Großbetriebe, die, wie beispielsweise eine bekannte Automobilfirma, keine kaufmännischen Lehrlinge mehr ausbildet, sie aber übermorgen wieder braucht und sich diese so, wie sie sie braucht, vom Mittelstand beschafft, halte ich für eine Gefährdung des Standortes Deutschland. Dieser Standort Deutschland braucht mehr Gemeinsinn. Er ist einer unserer wichtigsten Produktionsfaktoren.

Im Sinne des Umbaus habe ich noch ein paar Vorschläge. Welche Partei soll ein Programm „Breite Streuung des Eigentums“ mit Kraft durchsetzen? Die SPD mit ihrer kollektivistischen Tradition? Die FDP sehe ich in dieser Hinsicht auch nicht. Ich glaube, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist ein großes Projekt der Zukunft, auch zur Stützung der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn mit viel Geld, mit Steuergroschen, mit Geld bezahlt auch von den Arbeitnehmern, Investitionen in den neuen Ländern ermöglicht werden - ich unterstütze das, das ist auch wichtig -, sich diese Investitionsförderung aber nicht bei denjenigen niederschlägt, die sie finanziert haben, wenn am Ende des Einigungsprozesses die Arbeitsplätze im Osten und die Eigentümer im Westen sitzen, dann ist das nicht die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard.

Deshalb brauchen wir das Programm der Investitionsförderung mit breiter Vermögensstreuung. 10 % der Bevölkerung besitzen die Hälfte des Vermögens, 25 % besitzen ein Drittel des Vermögens, die restlichen 65 % besitzen den Rest. Das spiegelt nicht die Leistungsgesellschaft wider. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Leistungsgesellschaft, aber diese drückt sich nicht nur im Lohn aus, sondern auch in einer breiten Streuung des Eigentums.

Wir könnten die Tarifpolitik entkrampfen. Wenn wir nur auf Löhne und Konsum schielen, dann werden wir uns festfahren, denn so groß ist der Spielraum nicht mehr. Wir könnten die sozialen Sicherungssysteme durch eine breite Streuung des Eigentums entlasten.

Es ist Herzblut der christlichen Soziallehre. Ich sehe, daß die großen Ideologien sind alle passé. Es ist eine große Chance für uns, mit unseren Ideen ein neues Kapitel aufzuschlagen. Es müssen aber Ideen sein, die auch durchgesetzt werden, wenn es sein muß, auch im Kampf.

Bei allen Problemen - ich kann, wenn Sie wollen, eine Stunde über Probleme reden - sage ich: Laßt uns den Standort nicht in Grund und Boden reden. Wenn ich so manchen höre, meine ich, wir leben in einem Land der Desaster. Ich frage mich, wieso wir Vizeweltmeister und Europameister im Export sind. Manche tun so, als sei die Welt vergiftet und voller Katastrophen. Dann frage ich mich, wieso wir in der vergifteten Welt immer älter werden. Ganz so kann es doch nicht sein.

War die gute alte Zeit wirklich so gut? Acht Stunden pro Tag haben die Maurer den Speis und die Steine hochgeschleppt, oft fünf Stockwerke hoch. Das macht heute der Kran. Die Lackierer in meiner Opelzeit haben mit der Spritzpistole in der Hand und dem Schwamm vor dem Mund gearbeitet. Nach zehn Jahren litten sie alle an einer Bleivergiftung. Die Bergleute haben in einem 80 cm hohen Flöz mit der Spitzhacke gearbeitet. Spätestens nach 20 Jahren hatten sie eine Staublung. Deshalb: Rot-grün kann nicht das Projekt für die Arbeitnehmerschaft sein.

Die große Chance - ich hoffe, wir kapiere es - gab es in der ganzen Nachkriegszeit noch nicht. Es ist noch nie vorgekommen, daß klassische sozialdemokratische Arbeitnehmer heimatlos werden. Die Enkel Brandts haben die Enkel von Georg Leber und Hermann Rappe ins Waisenhaus geschickt.

(Beifall)

Das ist eine große Heimatlosigkeit und Verlegenheit. Wenn das die Führung einer ehemaligen Arbeiterpartei ist, dann ist die Rasselbande eine klösterliche Gemeinschaft dagegen. Ich sehe eine große Verlegenheit und Heimatlosigkeit, ich will das jedoch nicht als Marketing aufziehen. Es könnte aber sein, daß wieder einmal die Weichen neu gestellt werden und sich traditionelle Bindungen und Milieu auflösen.

Die Arbeitnehmer sind nicht spinnert. Sie wissen auch, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß umgebaut werden muß. Es muß aber gerecht zugehen, Mißbrauch gibt es nicht nur bei den Arbeitnehmern. Herr Schneider hat nicht der Arbeitnehmerschaft angehört und die Deutsche Bank, nicht die Bundesanstalt für Arbeit betrogen. Es gibt Prachtexemplare von Mißbrauch. Deshalb darf er nicht nur bei der Arbeitnehmerschaft und im Sozialstaat gesucht werden.

Die Arbeitnehmer haben längst Sinn dafür, was machbar und was Realität ist. Sie wollen von den Ideologen nicht besoffen geredet werden. Deshalb hat eine pragmatische Politik, eine lebensnahe und realistische Politik eine ganz neue Chance, wenn wir eine Politik mit Augenmaß, mit sozialer Empfindlichkeit, mit Gerechtigkeit, mit Klugheit und Mut betreiben. Mit anderen Worten: Das sind die vier Kardinaltugenden. - Danke schön.

(Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Minister Blüm. Als nächster hat Herr Fritz Niedergesäß vom Landesverband Berlin das Wort, danach die Frau Bundesministerin Dr. Angela Merkel.

**Fritz Niedergesäß**: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Blüm, Sie haben soeben über Arbeit und Gerechtigkeit gesprochen. Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß man nicht alles auf den kleinen Mann abwälzen darf, sondern daß man die eigentlichen Hasardeure schnappen muß. Das alles ist richtig.

Ich möchte aber zu einem Thema sprechen, nämlich zu § 249 h des AfG, das wir Gott sei Dank in den neuen Ländern als Instrument der Arbeitsbeschaffung in den letzten Jahren einsetzen konnten, das aber - so scheint es mir - langsam aus dem Ruder läuft. Es gibt viele Bereiche, in denen die Industrie bei uns in den neuen Ländern zusammengebrochen ist und in denen Menschen nach § 249 h AfG beschäftigt werden.

Es ist jedoch so, daß bei den Ausschreibungen für diese Projekte Daten vorgegeben werden, die eigentlich widersinnig sind und letztendlich dazu führen, daß dort so langsam eine große Schlamperei einreißt. Ich möchte an Sie appellieren, die Kriterien, die für den § 249 h AfG geschaffen wurden, straffer zu fassen und realistischer heranzugehen.

Es macht beispielsweise für einen ehemaligen Industriestandort keinen Sinn, wenn gesagt wird, dort müssen 700 Leute über 12 Monate beschäftigt werden und die Firmen, die sich dort bewerben, sagen: Wir müssen die 700 zwar nehmen, den Lohn bezahlt ja Blüm oder wer auch immer, dennoch würden wir mit 300 Leuten auskommen. Das ist eine Art von Sozialismus, die wir nicht einmal in der DDR hatten. Dadurch entsteht die Gammelei. Das können wir nicht wollen.

Deshalb möchte ich an Sie appellieren, diese Geschichte straffer zu fassen und lieber in den forschungsnahen Bereich mehr Geld zu investieren. Wir haben in den neuen Ländern zu verzeichnen, daß durch den Zusammenbruch der Industrie vor allem die gesamte Forschungslandschaft, die an die Kombinate und die großen Betriebe gebunden waren, völlig zusammengebrochen ist. Wenn ich den Bundeskanzler richtig verstanden habe, dann sollen wir moderne Arbeitsplätze schaffen, aber dann können wir die vielen Menschen, die früher in der Forschung gewesen sind, letztendlich nur nach Weißensand schicken und das Kapital von Wissen, das dort vorhanden ist, brachliegen lassen.

Bisher war es nicht möglich, Forschung nach § 249 h AfG durchzuführen, das war nur im Umweltbereich und in den festgelegten Bereichen möglich. In den Standorten Adlershof, in Dresden, Erfurt und Rostock und wo immer Sie auch hinsehen sind große Bedürfnisse vorhanden, und wir müssen die intelligenten Arbeitsplätze schaffen, die wir in Deutschland für die Zukunft brauchen.

Ich bin der Meinung, wir alle sollten - ich appelliere vor allem an den Bundestag und an die Bundestagsabgeordneten, die hier sind, aber ganz besonders an Sie, Herr Minister - uns ein Stück bewegen, damit wir diese Schwierigkeiten lösen. Letztendlich geht es darum, den jungen Firmen, die dort gegründet wurden, den Kleinunternehmern mehr Hilfe zukommen zu lassen, denn sie kommen oft über das erste Jahr nicht hinaus, weil ihnen vorher die Puste ausgegangen ist, da sie kein Kapital hatten. Hier könnten wir auf Dauer wirklich etwas Sinnvolles machen.

Ich möchte einen zweiten Punkt anschneiden. Es ist sicher richtig: Die Problematik der Arbeitsbeschaffung hat eine Dimension angenommen, die einem langsam das Fürchten lehrt. Wir haben über 4 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Das ist ein Zustand, bei dem wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und vor dem wir die Augen nicht verschließen können, ohne dabei Kummer zu haben.

Ich möchte daran erinnern, daß wir beispielsweise in Berlin von 1991 bis 1994 eine Verdoppelung der Bauproduktion hatten. Wir hatten vor drei Jahren noch einen Umsatz von 14 Milliarden DM, in diesem Jahr liegt der Umsatz in dieser Stadt bei 28 Milliarden DM. Komischerweise hat sich die Arbeitslosigkeit im Baubereich wesentlich erhöht. Das ist ein großer Widerspruch, der jedoch damit zusammenhängt, daß mit Dumpinglöhnen von 6 bis 8 DM pro Stunde unsere deutschen Löhne unterlaufen werden. Unsere Leute bleiben mehr und mehr auf der Strecke, und wir treiben die Arbeitslosigkeit in Bereiche, die keiner mehr verantworten kann.

Die Entsenderichtlinie allein wird das Problem nicht lösen. Ich bin auch nicht so naiv, daß ich denke, daß wir die Bezahlung der Ausländer, die jetzt in Berlin und woanders arbeiten, vielleicht auf 20 DM pro Stunde anheben können. Soviel muß ein Maurer heute verdienen, bevor er an die Arbeit treten darf. Ich bin der Meinung: Wir müssen die Kiste durchschütteln und nach neuen Wegen suchen. Die Flexibilisierung, von der überall gesprochen wird, muß auch wirklich einsetzen.

Die Jahresarbeitszeit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber letztendlich können wir nicht zusehen, wie unsere Leute weiter ausgegrenzt werden. Wir schaffen uns damit ein revolutionäres Potential und verderben die Leute. Wenn ein Maurer ein Jahr zu Hause gesessen hat, kann er am ersten Tag viele Leistungen gar nicht bringen, der kann gar nicht mit 22 DM pro Stunde bezahlt werden, also sollten wir den Lohn absenken und ihn für 15 DM arbeiten lassen. Er kann ja dann, wenn er wieder antrainiert ist, seine 22 oder 24 DM pro Stunde verdienen. Das ist mein Wunsch.

(Beifall)

Sonst werden wir die Probleme nicht lösen. Wir werden mit dem hohen Niveau, das wir zur Zeit haben, unsere Wirtschaft durcheinander bringen. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall)



**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Das Wort hat nun die Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Bundesministerin Dr. Angela Merkel.

**Dr. Angela Merkel:** Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr den fünften Jahrestag der deutschen Einheit gefeiert - wir haben das aus gutem Grunde auch in unserer Partei „feiern“ genannt -, und wir debattieren heute über die Tagesordnung der Zukunft.

Die Frage, die ich mir stelle, lautet: Was können wir aus den Erfahrungen der fünf Jahre deutsche Einheit für die gemeinsame Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland lernen? Da möchte ich drei Dinge nennen.

Erstens. Viele werfen uns vor: Ihr hattet ja keinen Plan; ihr habt zwar in der CDU von der deutschen Einheit gesprochen, aber ihr hattet keinen Plan. Das ist richtig.

Aber all diejenigen, die meinen, wir hätten mit der deutschen Einheit die Bundesrepublik Deutschland von Grund auf revolutionieren müssen, haben mit Recht keine Mehrheiten bekommen - 1990 nicht und 1994 wieder nicht. Vielmehr hat sich das Modell Bundesrepublik Deutschland im Grundsatz bewährt.

(Beifall)

Aber wahr ist auch: Wer behauptet, wir seien nach der deutschen Einheit in den neuen Bundesländern keine neuen Wege gegangen, der lügt. Ich möchte als Beispiel das Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetz nennen. Was hat man sich in der alten Bundesrepublik herumgequält und quält sich heute noch herum mit langen Genehmigungsfristen. Selbst mit dem Verkehrswegebeschleunigungsgesetz dauert es lange. Aber ich möchte sagen: Wir sind da einen neuen Weg gegangen, und ohne diese Maßnahmen wären die Verkehrsprojekte deutsche Einheit überhaupt nicht realisierbar. So dauert es zwar lange, aber so kommen sie wenigstens. Und das war ein neuer Weg.

Lassen Sie mich über Genehmigungsverfahren reden. Schauen Sie einmal in die neuen Bundesländer, was wir dort inzwischen aufgebaut haben: Kraftwerke, Werftenneubauten. Das alles wäre nach den vielen Erfahrungen in der alten Bundesrepublik ohne neue Wege nicht gegangen.

(Vereinzelt Beifall)

Also, man hat den Mut zu neuen Wegen gehabt. Ich rate allen, sich einmal mit Kommunalpolitikern aus den neuen Bundesländern zu unterhalten, wieviel Phantasie, wieviel Kreativität angesichts der Rechtslage der alten Bundesrepublik notwendig war, um diese Wege zu gehen.

Zweitens. Es wird oft gesagt, es würde noch zuviel geklagt. Ich möchte aber an dieser Stelle sagen: Wir müssen uns einmal vor Augen halten, welche Belastungen die Menschen aus den neuen Bundesländern auf sich genommen haben, auch viele Menschen aus den alten Bundesländern, die am Aufbau mitgewirkt haben, die umgezogen sind, die nicht gefragt haben: „Wie wird das mit dem Schulwechsel bei meinen Kindern?“, die nicht gefragt haben: „Wie ist das mit der Gesundheitsbetreuung?“, die sich einfach auf den Weg gemacht haben.

Liebe Freunde, trotz Umschulung, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit haben die Menschen in den neuen Bundesländern gesagt: Es gibt keine Alternative zu dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. Das ist gespeist gewesen aus den Erfahrungen von 40 Jahren Mißwirtschaft. Ich erle-

be es häufiger in den neuen Bundesländern, daß sich Menschen Belastungen aussetzen, als in den alten Bundesländern.

Drittens. Es gibt in den alten Bundesländern der alten Bundesrepublik an vielen Stellen ein sehr hohes Maß von Perfektion. Das birgt die Gefahr in sich, daß die Gesellschaft unbeweglich wird.

Ich glaube, einer der schmerzlichsten Prozesse für die Menschen in den neuen Bundesländern war die Erkenntnis: Freiheit auf der einen Seite heißt Verantwortung und heißt Risiko auf der anderen Seite.

Aber die Mehrzahl der Menschen hat sich dieser Herausforderung gestellt, und viele haben Risiko auf sich genommen. Denken Sie an die Existenzgründer, denken Sie an diejenigen, die umgeschult haben, denken Sie an diejenigen, die vollkommen neue Wege in ihrem Leben gegangen sind.

Liebe Freunde, die CDU hat mit diesen Belastungen, mit dieser Forderung nach Risiko, mit dieser Forderung nach Mobilität auch 1994 die Wahlen gewonnen. Die Menschen sind nicht etwa zu den Verheißungsideologen der SPD gegangen. Vielmehr haben wir unsere Wahlergebnisse gehalten oder sogar verbessern können.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist uns gelungen, weil wir Vertrauen in die Menschen hatten und weil wir davon ausgehen: Die Menschen wollen selber etwas gestalten.

Ich glaube, mit diesen drei Eigenschaften - Mut, Risikofreude, Belastbarkeit - sollten wir in die Jahrtausendwende gehen, und wir sollten sagen: Dies sollten gesamtdeutsche Eigenschaften werden, nicht nur derjenigen, die sich aus West und Ost am Aufbau Ost beteiligt haben. Dies müssen die Eigenschaften werden, mit denen wir die Zukunft meistern.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Chance der CDU liegt doch gerade darin, etwas zu machen, was die Sozialdemokraten schon seit Jahren nicht schaffen. Wenn man die Debatten im Deutschen Bundestag oder anderswo verfolgt, erkennt man, daß es den Sozialdemokraten zu großen Teilen darum geht, auf etwas zu beharren, das Alte zu behalten, Besitzstände zu verwalten und möglichst dem Neuen keine Chance zu geben. Genau hierin liegt der Unterschied zu uns.

Warum haben wir das bei der deutschen Einheit geschafft? Aus meiner Sicht haben wir das deswegen geschafft, weil wir ein klares Ziel vor Augen hatten, nämlich die Vollendung der inneren Einheit, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. Dieses Ziel müssen wir weiterverfolgen.

Aber wir brauchen auch Ziele für das nächste Jahrhundert. Diese Ziele heißen Arbeit und Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Lassen Sie mich an drei Beispielen sagen, wie wir nicht populistisch, sondern sehr konkret an das Verwirklichen dieser Ziele herangehen können.

Das Erste und Wichtigste ist für mich als Umweltministerin: Wir müssen die Technik nutzen, um sie zum Schutz der Schöpfung einzusetzen.

(Beifall)

Überall, teilweise auch in unserer Partei, wurde sehr lebhaft über das Ozongesetz diskutiert. Fast jeder in Deutschland wußte Bescheid, wie hoch der Grenzwert sein darf, wie hoch er sein kann und ab wann man die Kinder nicht mehr auf die Straße lassen darf. Es war eine Diskussion, die fatale Züge annahm und im Grunde von einem Kampf gegen etwas ganz anderes geprägt war: Es war ein Kampf gegen das Auto an einem aus meiner Sicht nicht besonders tauglichen Beispiel.

Liebe Freunde, wir dürfen uns solche emotionalen Diskussionen nicht allzuoft gefallen lassen. Vielmehr sollten wir beizeiten handeln und richtige Ziele festsetzen.

(Beifall)

Für mich gehört in diesen Zusammenhang hinein, daß wir sagen: Wir glauben an die technische Entwicklung, und wir glauben daran, daß durch die Weiterentwicklung der Katalysator-technik, durch das Dreiliterauto, emissionsarme Fahrzeuge und neue Antriebstechniken das Problem der Verkehrsemissionen zu lösen ist. Dieses Problem gehen wir an.

Ich denke, das Präsidium der CDU hat richtig beschlossen, als es gesagt hat: Bis zum Jahr 2000 sollen alle Autos ohne Katalysator aus unserem Straßenverkehr verschwunden sein.

(Vereinzelt Beifall)

Aber dann, liebe Freunde, brauchen wir auch den Mut, dies durchzusetzen.

Auf der einen Seite sagen die einen: Das ist Enteignung. Auf der anderen Seite kommen die Althautohändler zu uns und sagen: Ihr raubt uns das Geschäft. Auf der dritten Seite kommt der Verband der Automobilindustrie und sagt: Das ist nicht richtig, die Autos sollen doch immer länger leben können, ihr bringt uns unsere Branche in Gefahr. Das stimmt allerdings in diesem Fall nicht.

Deshalb sage ich: Wenn wir uns einmal ein Ziel gegeben haben, dann müssen wir sein Erreichen auch durchsetzen, müssen zusammenstehen und dürfen nicht beim ersten Widerstand wieder einknicken. Auch das gehört dazu.

(Beifall)

Wir brauchen die technischen Entwicklungen, und wir brauchen sie auf breiter Front. Die SPD jammert jetzt, daß der letzte deutsche Solarhersteller die Bundesrepublik Deutschland verlassen wird. Ich sage nur: Wer gegen die Weiterentwicklung in der Kernenergie ist, wer sich nicht einmal darauf verständigen kann, daß wir die Fähigkeit behalten wollen, sichere Reaktoren zu entwickeln, wer auf der anderen Seite bei der Gentechnologie jeden Freilandversuch verbieten möchte, wer bei jedem kleineren chemischen Unfall sofort sagt, daß die chemische Industrie in unserem Land am besten nichts zu suchen hätte, der braucht sich nicht zu wundern, wenn dann auch die Solarindustrie sagt: In diesem Klima können wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht weiter entwickeln und weiter forschen. Diese Dinge gehören zusammen, und dafür müssen wir einstehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist heute schon über die Instrumente gesprochen worden. Wir haben ein ausgeklügeltes Recht, und viele sind der Meinung, gerade im Umweltschutz gebe zu viele Verordnungen, gebe es zu viele Gesetze, gebe es zu komplizierte Verfahren. Ich glaube, darüber können und müssen wir reden.

Aber dieses ist auch eine Frage an unsere Gerichtsbarkeit. Wenn jeder, der sein Einzelinteresse verfolgt, klagen kann, mit seiner Klage recht bekommt und anschließend sozusagen der Staat die Gemeinschaftsinteressen wieder durchsetzen muß, dann ist das schlecht.

Es gibt im Bundes-Immissionsschutzgesetz eine Sportstättenverordnung. Sie spottet eigentlich jeder Beschreibung, wenn je nach Bebauung festgelegt wird, wann ein Sportplatz benutzt werden kann und wann nicht, bis wieviel Uhr und unter welchen Bedingungen. Diese Verordnung ist das Produkt einer Klage, weil Bürger gesagt haben: Wir wollen neben unserem Wohnhaus keine Sportstätte. Ähnliches haben wir bei Kindergärten und vielem anderen mehr.

Deshalb sage ich: Die Diskussion kann nicht nur bei der Politik abgeladen werden, sondern es muß auch gefragt werden: Wieviel Einzelinteresse kann ich mir in dieser Gesellschaft einklagen, und wieviel Gemeinschaftsinteresse ist nötig.

(Beifall)

Ich glaube, die CDU tut gut daran, sich auf ihre Gemeinschaftswerte zu besinnen und sie auch wirklich durchzusetzen.

Ein letztes Beispiel: der Naturschutz. Wir wollen die Bewahrung der Schöpfung. Liebe Freunde, ich denke, das müssen wir sehr ernst nehmen, aber ich persönlich bin der festen Überzeugung, daß es im dichtbesiedelten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland keinen Naturschutz gegen den Menschen geben kann. Es muß ein Naturschutz für den Menschen sein!

(Zustimmung)

Nach unserem Verständnis von Naturschutz müssen wir deswegen versuchen, die oft widerstrebenden Interessen etwa der Angler und der Landwirte und der Forstwirte mit den ökologischen Belangen in Einklang zu bringen; ansonsten wird Naturschutz ein theoretisches Konzept, das mit der Verbannung des Menschen aus der Umwelt endet, und das ist natürlich nicht das, was wir wollen.

Ich habe drei Beispiele genannt: Technik, weniger Ordnungsrecht und mehr marktwirtschaftliche Instrumente - in einem der Foren werden wir morgen ausführlich darüber diskutieren - und Naturschutz als Bewahrung der Schöpfung. Das sind drei ganz wichtige Punkte, in denen wir zeigen können: Wir sprechen über die Probleme, die die Menschen bewegen, aber wir gehen unsere eigenen, selbständigen und langfristig ausgerichteten Wege und lassen uns nicht von jeder Emotion kaputtmachen. Das gehört auch dazu! - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Wir danken Frau Bundesministerin Merkel. - Es hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen Anhalt, Herr Christoph Bergner.

**Dr. Christoph Bergner**: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich hier zu Wort gemeldet, weil ich denke, es ist vielleicht gut, so wenige Tage vor der Berliner Wahl noch einmal die Vorgänge in Sachsen-Anhalt in Erinnerung zu rufen und auf die weitere politische Entwicklung in unserem Land zu verweisen. Wenn nämlich heute in Berlin führende Sozialdemokraten heilige Schwüre schwören, sie würden nie eine Zusammenarbeit mit der PDS eingehen, so haben wir ein Recht, ihnen nicht zu glauben.

(Beifall)

Ich kann den Berliner Freunden nur raten: Haben Sie in diesem Punkt das gesunde Mißtrauen, das wir in Sachsen-Anhalt leider im Frühjahr 1994 im Vertrauen auf das Wort der Sozialdemokraten nicht gehabt haben.

Ich weiß noch heute - mit vielen, die hier unter den Delegierten sitzen -, wie ein Plakat entworfen wurde, und darauf sollte stehen: „Wählt CDU, verhindert Rot-Grün,“ und darunter die Zeile: „mit Duldung der PDS“. Dann wurde die letzte Zeile gestrichen, weil man gemeint hat: Die Sozialdemokraten haben gesagt, das kommt nie in Frage, und wir haben keinen Grund, den politischen Gegner zu diffamieren.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser Erfahrung bin ich froh, daß im Wahlkampf von Berlin heute eindeutige Plakate kleben: „Wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht“.  
- Das ist nämlich die eigentliche Botschaft!

(Beifall)

Die weitere Entwicklung in Sachsen-Anhalt belegt ja, daß die Union gut beraten ist, auf der Hut zu sein. Denn die SPD hat mindestens im Osten im Umgang mit den SED-Nachfolgern die Koordinaten verloren, und sie gerät in einen Ost-West-Spagat, den wir an vielen Beispielen erleben können. Während Herr Scharping zur Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley geht, um ihr Unterstützung im Streit mit Gregor Gysi zu versichern, sind die Sozialdemokraten in unserem Landesparlament nicht bereit gewesen, eine Solidaritätserklärung mit der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley zu unterstützen, und zwar deshalb nicht, weil sie nicht frei waren und sich dem Druck der PDS beugen mußten.

(Zustimmung)

Während Herr Scharping die PDS einen Misthaufen und Gregor Gysi ein Sahnehäubchen darauf nannte, hat die SPD in Sachsen-Anhalt mit eben dieser PDS über den nächsten Haushalt verhandelt, und sie tut es regelmäßig. Die Erfahrungen mit unserer Hinterzimmerkoalition aus SPD und PDS haben mir deutlich gemacht, wie wichtig es ist, daß in zukünftigen Wahlkämpfen und gerade auch jetzt in Berlin zur Sache geredet wird und die Wahrheit gesagt wird, und wie wichtig es ist, daß wir in der Union Kurs halten.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, ich will auch nicht verhehlen, daß das Problem noch tiefer liegt. Wir in der CDU sind auch gut beraten, uns dem Problem in seiner ganzen Tiefe zu stellen. Die Umfragen nicht nur in unserem Lande belegen, daß 60 % der Bevölkerung einer möglichen Regierungsbeteiligung der PDS gleichgültig, zum Teil sogar zustimmend gegenüberstehen. Dies ist nicht nur in unserem Lande, sondern auch in anderen neuen Bundesländern so. Das macht deutlich, daß es hier nicht mit einem Feldzug gegen eine Partei getan ist, sondern daß wir diese Situation auch in unsere gesamte Wertediskussion einbeziehen müssen, vor allen Dingen deshalb, weil die Konturen zwischen SPD und PDS immer mehr verschwimmen.

Die CDU muß ein altes Thema der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung wieder aufgreifen, und ich kann an Jakob Kaiser erinnern, der vor 50 Jahren gesagt hat: Die CDU muß Wellenbrecher des Marxismus sein.

(Zustimmung)

Ich glaube, wir in der Union müssen an dieser Frage der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialismus, die ja auch nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus weiter existiert, arbeiten. Ich kann nur sagen, wenn wir es nicht tun, tut es offensichtlich im politischen Konzert keiner mit der Entschlossenheit, die notwendig ist.

(Beifall)

Auf eines will ich noch hinweisen, weil dies zum Motto unseres Parteitages gehört: Die Auseinandersetzung mit den Irrtümern der sozialistischen Selbsterlösungsideologie ist ein Zukunftsthema. Wir stehen mit Blick auf das 21. Jahrhundert vor großen Veränderungen. Die Ideologie des Sozialismus wird uns auf dem Weg in die Zukunft wie ein Mühlstein am Halse hängen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns jetzt in die geistige Auseinandersetzung zu begeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bergner! - Das Wort hat jetzt Claus Jäger.

**Claus Jäger**: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich wollte mich eigentlich unmittelbar an unseren Parteivorsitzenden wenden. Er ist im Moment nicht da, aber ich bin ganz sicher, daß Herr Generalsekretär Hintze ihm meine Fragen weitergeben wird.

In seinem umfassenden Bericht, dem ich im übrigen voll und ganz zustimmen kann, hat Helmut Kohl betont, die Auseinandersetzung um Wertefragen sei für die Union kein Luxus. Er hat uns dazu aufgerufen, hier in Karlsruhe beim Parteitag auch kritische Fragen zu stellen und sie offen miteinander zu diskutieren.

Deswegen frage ich den Bundeskanzler: Weshalb sagt dieser Bericht mit keinem Wort etwas zu einer der größten Herausforderungen, die die schwerste Menschenrechtsverletzung in Deutschland, nämlich die massenhafte Tötung ungeborener Kinder im Mutterleib, darstellt? Weshalb haben Sie, weshalb hat der Parteivorsitzende nicht nur heute, sondern auch in den letzten beiden Jahren dazu geschwiegen, daß in Deutschland inzwischen mindestens jedes vierte gezeugte Kind umgebracht wird? Noch schlimmer, er hat dazu geschwiegen, daß - und jetzt erstmals mit Zustimmung einer Mehrheit der Union - ein gesetzliches Tötungsverfahren eingerichtet wird, durch das der Staat zum Mittäter der Kindertötung in unserem Lande wird.

Der makaberste Ausdruck dieses Gesetzes ist der berüchtigte § 13 in dem sogenannten Schwangerschaftskonfliktgesetz, der den Ländern vorschreibt, daß sie ein flächendeckendes Angebot an Tötungseinrichtungen für ungeborene Kinder sicherzustellen haben. Nach dieser Vorschrift wird in Deutschland jetzt sozusagen ein flächendeckender „Archipel Abtreibung“ zur Vernichtung unerwünschter ungeborener Kinder eingerichtet - ein, wie ich finde, unglaublicher Skandal für unseren Rechtsstaat.

Es ist ein vielleicht nicht gewollter, aber doch bezeichnender Zufall, daß die Eile, mit der dieses Gesetz in Bundestag durchgepeitscht wurde, dazu geführt hat, daß der Beschluß des Bundestages genau am 60. Jahrestag jenes 27. Juni 1935 erfolgte, an dem Hitlers Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Kraft getreten ist, ein Gesetz, das erstmals straffreie Abtreibungen in Deutschland zuließ.

Das letztmal hat der Bundeskanzler, jedenfalls in einer breiteren Öffentlichkeit, auf dem Dresdener Bundesteitag zu diesem Thema gesprochen. Damals sagte er: „Es ist notwen-

dig, daß wir für unsere Grundwerte und die Fundamente unserer Politik kämpferisch eintreten und daß wir fähig sind, für sie auch dann kämpferisch einzutreten, wenn das nicht so populär zu sein scheint. Ich sage das ganz bewußt auch mit Blick auf die Diskussion in unserer Partei über den Schutz des Lebens ungeborener Kinder.“

An der Stelle füge ich ein: Der Bundeskanzler gehört zu den wenigen in der Spitze der Partei, die wenigstens den Sprachgebrauch so benutzen, wie er dem Inhalt, wie er dem richtigen Sachverhalt entspricht. Kohl sagte: „Es gibt Fragen, bei denen man sich nicht nach der Demoskopie verhalten kann, sondern nach dem, was der Kompaß unserer Grundsätze anzeigt.“ Das war vor drei Jahren.

Ich frage jetzt: Wo bleibt der kämpferische Einsatz für die ungeborenen Kinder, wo bleibt die seit langem versprochene Informationskampagne der CDU für das Lebensrecht und für die Änderung des öffentlichen Bewußtseins?

Eine Frage kann ich dem Herrn Generalsekretär gleich direkt stellen. Er ist ja mit dafür verantwortlich. In der großen Vierteljahreszeitschrift „Union“, in der eigentlich fast jedes Thema breit angesprochen wird, hat es die Direktion nicht für notwendig gehalten, dem Thema „Schutz des Lebens unserer ungeborenen Kinder“ in den letzten beiden Nummern auch nur eine einzige Zeile zu widmen, obwohl doch gerade in dieser Zeit die Gesetzgebung in Bonn lief und die Bürger eigentlich interessiert hätte, was die Partei zu dieser Frage zu sagen hätte.

Gestern abend, meine lieben Parteifreunde, habe ich den Bundeskanzler im Fernsehen gehört, wie er davon sprach, daß er sich auf diesem Parteitag kämpferisch einsetzen wolle, aber nicht für die Kinder im Mutterleib, sondern für die Durchsetzung der Frauenquote. Das mag auch ein gutes Ziel sein, aber daß das andere für das Grundverständnis unseres Rechtsstaates ein weitaus wichtigeres Ziel ist, daran möchte ich doch erinnern.

Ich möchte zum Schluß an den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler appellieren: Kämpfen Sie mit dem bei Ihnen in allen anderen Fragen gewohnten Einsatz, und ich füge hinzu, mit dem bei Ihnen in anderen Fragen gewohnten Erfolg für das Lebensrecht der noch nicht geborenen Kinder! Es ist wahr, die haben keine Wählerstimmen zu vergeben, aber am Schicksal dieser Kinder entscheidet sich, was die Menschenrechte in Deutschland wert sind und ob unsere Republik auch in den kommenden Jahrzehnten ein Rechtsstaat bleibt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger. Es folgt jetzt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher. Danach folgt Petra Roth.

**Klaus Escher**: Meine Damen und Herren! Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Zukunft und Modernität? Ich glaube, daß das eine wichtige Frage für diesen Parteitag ist, weil wir sowohl morgen als auch am Mittwoch ein Modernitätssignal aussenden können. Zukunft kommt, Modernität muß man sich erarbeiten. Wir haben die Gelegenheit, das hier zu tun, und zwar in zwei Feldern, innerhalb der Partei und innerhalb der Programmatik der Partei. Wenn man Ende 20 ist, Mitte 20 oder Anfang 20, wie die Mitglieder der Jungen Union es sind, die in die Verantwortung hinein wollen, im kommunalen Bereich, auf Landesebene oder auch in der Bundestagsfraktion, dann stellt man sich Fragen: Welche politischen Themen sind denn das, die die junge Generation betreffen? Ich will einmal versuchen, in fünf Stichworten etwas zu dem zu sagen, was junge Leute umtreibt, wenn sie an Politik denken, wenn sie über ihre Zukunftsperspektiven nachdenken.

Ich beginne mit dem Thema, das der Herr Bundeskanzler eben mit der internationalen Initiative angekündigt hat. Ich war in diesem Sommer in Südfrankreich in einer netten Region, in der Ardèche, in Urlaub. Da gibt es eine Tropfsteinhöhle, und dort läßt sich das, was wir Klimawandel nennen, wo wir den Statistiken glauben wollen oder nicht glauben wollen, an einer sehr unbestechlichen Skala ablesen. Es gibt nämlich in dieser Tropfsteinhöhle in der Ardèche d'Aurignac einen Stalagmiten, der seit etwa 100 oder 120 Jahren in ganz entscheidender Weise anders wächst. Es ist trockener, es ist wärmer geworden. Das ist etwas, was den jungen Leuten mehr Angst macht - wie ich finde, zu Recht - als Panzer oder Raketen oder andere Sicherheitsrisiken in dieser Welt.

Vor ein paar Tagen wurde der diesjährige Chemienobelpreis an die Entdecker des Ozonlochs verliehen. Ich finde dies eine sehr bemerkenswerte Entwicklung. Wir brauchen - deswegen gibt es auf diesem Parteitag eine Initiative der Jungen Union auch in diese Richtung - eine Initiative der Europäischen Union zu diesem Feld. Wir wollen, daß im Maastricht-II-Vertrag eine klare Klimaschutzbestimmung verankert wird, weil junge Menschen vor diesem Thema - wie ich finde, zu Recht - Angst haben. Es ist nicht zu spät, aber es ist dringend und hohe Zeit zu handeln, um sich nicht schuldig zu machen, denn diese Klimaveränderung bedroht alle und ist für die junge Generation, wenn es um das 21. Jahrhundert geht, eine wichtige und drängende Herausforderung.

Punkt 2. Wir hatten ein Forum der Jungen Union zur Sicherung der Altersversorgung. Sie werden sich sicher fragen, ob das der erste Gedanke ist, auf den wir kommen, wenn wir uns zum Thema Zukunft zusammensetzen. Es ist nicht der erste Gedanke, aber ich will auch zu diesem Thema etwas sagen.

Wir haben in diesem Forum über die Sicherung der Altersversorgung innerhalb der Jungen Union eine Umfrage gemacht, und wir kamen zu dem etwas erstaunlichen Ergebnis, daß von der jungen Generation vielleicht zehn, fünfzehn Prozent daran glauben, daß ihre Altersversorgung im Rahmen des jetzt gegebenen Systems gesichert ist. Ich hoffe sehr, daß wir in der Partei die Kraft finden, tabufrei auch über diese Frage zu sprechen: Wie finden wir eine Möglichkeit, die Altersversorgung für die Generation zu sichern, die jetzt Beiträge zahlt und zahlen wird und die sich große Sorgen macht? Das betrifft nicht diejenigen, die bereits Rentenempfänger sind. Da ist die Rente sicher, und da ist auch unsere Losung, daß die Rente sicher ist, in Ordnung. Aber wir wollen, wenn wir über das 21. Jahrhundert reden, diese Frage aufwerfen: Wie kommen wir da heraus, daß die Verhältnisse zwischen Beitragszahlern und Empfängern sich verändern? Wie schaffen wir es, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu einer größeren Eigenverantwortung in diesem Bereich zu stärken? Das wäre für mich ein zweiter wichtiger Ansatz, und ich hoffe, daß wir auf dem Parteitag die Kraft finden, hier weiterzukommen.

Dritter Punkt. Wir leben bald, vielleicht jetzt schon, in einer Informationsgesellschaft, und viele, glaube ich, unterschätzen die Wirkungen. Ich will nur eine einzige Auswirkung nennen, die zeigt, wie das, wenn es sich wirklich umsetzt, unsere Arbeitswelt, aber auch unsere Wirtschaftswelt revolutionieren kann. Man stelle sich einmal vor, es kommt wirklich zu einem massiven Einsatz von Telearbeit, die Arbeit wird dezentralisiert, und es heißt irgendwann: „Stell' dir vor, es ist Arbeit, und keiner geht hin!“ Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, was das für die Innenstädte bedeutet, welche Auswirkungen es auf die Immobilienpreise haben wird, und wie die Auswirkungen auf die Infrastruktur unserer Städte wären, wenn das wirklich so passieren sollte!



Und zweitens: Wie schaffen wir es eigentlich, in einer öffentlichen Hysterie, die in einem Informationszeitalter bei 200 Fernsehkanälen passieren kann, in der Politik Kurs zu halten?

Wissen Sie, was mich an der Diskussion über die Nordsee-Ölplattform beunruhigt hat, die nicht versenkt worden ist? - Daß das Thema beendet ist, obwohl die Plattform nicht versenkt wurde, das Problem dieser Ölplattform also nach wie vor besteht, daß sich aber in der öffentlichen Diskussion niemand mehr um diese Frage kümmert. Das heißt: Politik wird schwerer in einer Stimmung der öffentlichen Hysterie, in der öffentlichen Diskussion über Dinge, die vielleicht gar nicht auf der Tagesordnung stehen, die uns aber durch Medien und öffentliche Diskussion diktiert werden.

Und wenn dann junge Leute über das 21. Jahrhundert reden, will ich auch noch ein Beispiel aus persönlicher Sicht nennen. Es geht auch um die Ausbildungsgänge, die wir haben. Meinem Gefühl nach muß sich hier gerade im akademischen Bereich eine ganze Menge verändern. Dann gehört zur Modernität nicht nur, daß wir die Zukunft heraufbeschwören, sondern auch, daß wir die Dinge, die wir tun können, auch tatsächlich tun, beispielsweise jetzt endlich die Schulzeit verkürzen, die Ausbildungsgänge internationaler und flexibler machen. Das muß die CDU tun, weil sie die Partei ist, die die Bildungspolitik wiederentdecken muß. Denn in diesem Land sind die Ausbildungsgänge zu lang, meine Damen und Herren. Nehmen Sie Betriebswirtschaft oder ein normales Magisterstudium: Wenn wir in Deutschland für die reine Examensphase bereits etwa ein Drittel der Zeit brauchen, die andere europäische Staaten für das ganze Studium benötigen, dann bilden wir junge Menschen an dem europäischen Markt vorbei aus. Das aber können wir uns in diesem Land nicht leisten.

(Beifall)

Deswegen ist die Nagelprobe dieses Parteitages, wie wir mit dieser Modernität umgehen - nicht mit den Beschreibungen der Zukunft, sondern damit, wie wir entscheiden. Und da müssen wir jetzt entscheiden, die Bildungsgänge zu modernisieren, in den Klimaschutz einzusteigen, wir müssen die Probleme der Informationsgesellschaft aktiv angehen.

Wenn sich die Vorkämpfer der Französischen Revolution ein Medium hätten ausdenken können, dann hätten sie sich das Internet ausgedacht. Wissen Sie, warum? Weil dieses Internet ein Medium ohne Hierarchien ist, ohne Zentrum. Da kann jeder senden, kann jeder empfangen. Da gibt es keine Sendezentrale und keine Empfänger, die am Bildschirm sitzen, sondern jeder kann mit jedem kommunizieren. Das ist eine Riesenchance. Wenn wir die Partei sind, die mit diesem Thema in die Öffentlichkeit geht und sagt, wir nutzen diese Chance, in eine Kommunikations- und Informationsgesellschaft einzusteigen, und wir scheuen nicht vor irgendwelchen Risiken, die an die Wand gemalt werden, sondern wir wollen das, wir bejahen das, dann kann das ein wichtiges Signal dieses Parteitages sein.

Und das ist die wichtigste Nachricht: daß hier über Inhalte gestritten wird. In unserem Tagungsprogramm heißt es zum Forum 4 unten: „Ende offen“. Meine Damen und Herren, wenn das am Dienstag die Richtung ist, daß eine Partei, die in Bonn seit langer Zeit in der Regierungsverantwortung steht, jetzt die Kraft findet, zu Themen zurückzukehren und sie zu diskutieren, dann ist das doch ein ermutigendes Signal, und ich hoffe, daß sich das morgen und übermorgen in den Ergebnissen niederschlägt.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herr Escher. - Ich mache jetzt eine Ansage für die Antragskommission. Die Antragskommission trifft sich heute um 15 Uhr zu einer Sitzung im Konzerthaus. Also Antragskommission um 15 Uhr im Konzerthaus! Ich gebe das Wort jetzt an Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth; ihr folgen Frau Bundesministerin Nolte und Helmut Linssen.

**Petra Roth:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat uns in seiner Vision zur Zukunft Deutschlands in einer sehr nachdenklichen Weise die für den Rest dieses Jahrhunderts anstehenden Fragen nahegebracht. Ich denke, diese Fragen müssen beantwortet werden. Mir hat gefallen, daß Herr Escher soeben von dem Begriff der Modernität sprach und sagte, daß die Partei sich Modernität erarbeitet. Man kann diese Fragen stellen, weil die CDU weiß, daß die Partei Gewähr dafür bietet, Antworten zu erarbeiten und damit die Zukunft zu garantieren.

Aber es gilt nicht nur in den Strukturen der CDU des Bundes und des Landes, diese Antworten zu finden, sondern diese Antworten müssen ganz besonders in den Städten, vor allem den großen Städten gefunden werden. Denn eine Partei ohne kommunale Basis, meine Damen und Herren, hat keine Zukunft. Über die Kommunen erarbeiten wir uns die Antworten für eine Epoche, die von uns mitbestimmt werden soll, und die von uns auch im nächsten Jahrhundert mitbestimmt werden muß.

Die anderen, die in den großen Städten bisher Verantwortung trugen, sind verbraucht. Ihre Antworten von gestern haben uns heute in die Irre geführt. Grüne Antworten für die Großstadt sind nicht brauchbar. Antworten der Grünen für die Großstadt sind beim Umsetzen in die Handlung unrealistisch. Überall dort, wo Grüne Verantwortung gehabt haben und heute noch haben, haben sie uns ins Dilemma geführt, was die Ursache dafür war, daß in Frankfurt eine Oberbürgermeisterin der CDU gewählt wurde.

(Beifall)

Wir können landab, landauf - und dies insbesondere in Hessen - feststellen, daß nach der anfänglichen Euphorie und Begeisterung für ein rot-grünes neues Wagnis Ernüchterung und Einsicht bei den Wählern eingetreten sind. Wenn man aus Frankfurt, Rüsselsheim, Hanau oder Kassel kommt, um nur die großen Städte in Hessen zu nennen, weiß man, worüber wir sprechen. Wenn die SPD in der Gemeinschaft mit den Grünen so anämisch geworden ist, liegt das daran, daß grüner Politik jegliches Verständnis und Gefühl für menschliche Gemeinschaft, d.h. für die Solidargesellschaft in den Städten fehlt.

Es ist für Grüne unvorstellbar, die Stadt als menschliche Gemeinschaft zu begreifen. Ich denke, daß dies für die CDU der Ansatzpunkt ist; denn gerade vom Grundverständnis christlich-demokratischer Politik her ist es die Gemeinschaft, d.h. das verantwortete Handeln für den Nächsten, die den Menschen Heimat gibt.

(Beifall)

„Die Stadtfreunde“ ist Zentrum für menschliche Begegnung und soziale Hilfe.

Wer in der Stadt lebt, der weiß, daß eine Stadt mehr ist als Verwaltungsorganisation und wohlgeordnete Funktion von Versorgung und Entsorgung. Die Stadt zu prägen, ist eine ständige Herausforderung für die politischen Parteien in den Städten. Die CDU hat in Städten bewiesen, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden kann. Wir müssen es nur wollen. Wir müssen die Großstadt bejahen und als Feld des kulturellen Wirkens und Schaffens begreifen. Es sind der Charme der Großstadt, die Attraktivität und die Ausstrahlung, die sich im Stadtleben widerspiegeln.

Es ist meine feste Überzeugung, daß in den Großstädten die großen, auch geistig großen Auseinandersetzungen stattfinden. Sie werden uns auch nicht erspart bleiben. Klärungsprozesse, ob zum Guten oder zum Bösen, laufen in den Kommunen ab. An diesen Klärungsprozessen muß die CDU beteiligt sein.

(Beifall)

Die Großstadtpartei ist nicht nur eine Organisationsform der Bundes-CDU. Nein, die Stadt ist ein Hort der Bewahrung und Verteidigung traditionsreicher Werte. Nie, Freunde, war die CDU in der Wertevermittlung so jung wie heute und damit zugleich auch Motor für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Hier aber ist auch hohe Sensibilität für neue Fragen und Probleme gefordert. In den Städten ruft es nach zeitgerechten und angemessenen Antworten. Die Stadt ist das Zentrum verschiedenster Kulturen, unterschiedlichster Menschen und Individualisten. Die Politik der Schwarz-Weiß-Malerei ist hier nicht mehr anwendbar. Das heißt, unsere Ziele erreichen wir damit nicht.

Lassen Sie mich an drei Beispielen sagen, warum Schwarz-Weiß-Politik in den Großstädten überlebt ist. Wir haben in Frankfurt am Main 200 000 Ausländer, davon 40 000 europäische. Es ist mein fester Vorsatz - ich bin ungemein optimistisch, daß mir dies gelingen wird -, bei der nächsten Kommunalwahl die EU-Bürger zu Wählern der christlich-demokratischen Partei in einer Großstadt wie Frankfurt zu machen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, meine Freunde, auch, warum. Diese Männer und Frauen sind Bürger einer Kommune, die mit ihren Sorgen wegen Kindergartenplätzen, wegen der Wasserentsorgung, wegen Haus- und Bebauungsplänen ganz genauso dastehen. Antworten darauf gibt die CDU, keine andere Partei. Öffnen wir uns also diesen ausländischen Mitbürgern nicht nur über ein Wählervotum, sondern auch in den Parteien! In Frankfurt am Main haben wir dies in den vergangenen Jahren vorbildlich getan.

Ein weiterer Punkt: Frankfurt hat die erste weibliche Ministerin im Kabinett von Konrad Adenauer, Elisabeth Schwarzhaupt, gestellt. Frankfurt hatte immer mehr Frauen in Mandaten, als das in anderen Regionen der Bundesrepublik der Fall war. In Frankfurt ist es selbstverständlich, daß Frauen Mandate erringen, und daß die Partei von Frauen geführt wird. Ich bin aber der Ansicht, daß ich und viele andere meiner Generation nun auch die Pflicht haben, über eine Veränderung der Satzung Frauen die Möglichkeit zu geben, in Mandate zu kommen, wenn dies durch die Freiwilligkeit außerhalb Hessens und Frankfurts nicht erreicht werden konnte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Großstadt ist schließlich ein Spektrum, wo es um das ständige Engagement geht, im Wettbewerb die besten Lösungen zu erarbeiten und dann auch umzusetzen. Das bedeutet für die Partei in den Großstädten, nicht zu ermüden, nicht aufzugeben, nicht das Ziel aus den Augen zu verlieren und darauf zu achten, daß der vermeintliche Zeitgeist, der gerade in der Großstadt ein herber Wettbewerber ist, nicht zum Ziel kommt.

Der Bundeskanzler hat gesagt: Wir dürfen nicht nur zuschauen, wir müssen die Nöte der Bürger hören. Wir müssen auf die Menschen zugehen. Wir müssen ihnen unsere Botschaften

vermitteln. Seien Sie doch bitte zuversichtlich! Wir als CDU haben doch etwas zu vermitteln. Wir haben den Menschen in den Städten Botschaften darzubringen.

(Beifall)

Wenn es uns gelingt, den Dialog über Parteigrenzen hinweg zu führen und Glaubwürdigkeit zu erreichen, indem wir dem Anderssein seine Akzeptanz geben, dann findet sich der Mensch in der Politik einer Partei wieder.

Ich denke, daß dies Fragen sind, die nur in den großen Städten erarbeitet werden können, weil sie dort schneller im Fokus des gesellschaftlichen Lebens erscheinen. Wenn wir dies erreichen, haben wir der Partei ein Stück weit die Zukunft garantiert und damit Helmut Kohl die Zukunft des 21. Jahrhunderts erschlossen.

Handeln Sie so: Erschließen Sie den Menschen unsere Partei! Unsere Botschaft ist gut. Unser Programm ist modern. Die jungen Menschen in der CDU wollen, daß wir die Partei in dieser Richtung weiterführen. - Danke schön.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin Roth. - Ich darf jetzt Frau Bundesministerin Claudia Nolte aufrufen.

**Claudia Nolte**: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Bei allem, was wir bereits geschaffen haben, und was wir noch auf den Weg bringen wollen und auch werden, geht es entscheidend um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Das ist heute in der Rede des Bundesvorsitzenden sehr deutlich geworden, auch bei den Redebeiträgen in der Diskussion.

Die menschliche Dimension ist für die Gestaltung der künftigen Gesellschaft ein ganz entscheidendes Thema. Wir stärken die Familien, weil wir wissen, daß in ihnen Kinder die besten Chancen für ihre Entwicklung haben, und Familien deshalb für uns Zukunft bedeuten. Hier erfahren Kinder Orientierung und Bindungsfähigkeit. Hier lernen sie solidarisches Handeln und erleben den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung.

Wir haben mit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs, der Erhöhung des Kindergeldes auf 200 DM für das erste und zweite Kind, auf 300 DM für das dritte und auf 350 DM für jedes weitere Kind bzw. der Option auf einen Freibetrag in Höhe von 6 264 DM gezeigt, daß wir unser Wahlversprechen, Familien bereits ab 1996 spürbar zu entlasten, wahr machen. Trotz Sparhaushalt über 7 Milliarden DM zusätzliche Entlastung für die Familien - das ist ein deutliches Zeichen für unsere Entschiedenheit, der finanziellen Benachteiligung von Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen entgegenzutreten.

(Beifall)

Wir sind uns einig, daß weitere Schritte folgen müssen, z. B. beim Erziehungsgeld. Dort müssen wir die Einkommensgrenzen so anheben, daß wieder die überwiegende Mehrheit der Familien dieses wichtige, von der Union geschaffene Instrument volle zwei Jahre in Anspruch nehmen kann.

(Beifall)

Es geht aber nicht nur um finanzielle Leistungen. Zum Beispiel tut es unserer Familienpolitik und unserer Politik auf allen anderen Bereichen gut, wenn mehr Frauen mitentscheiden. Zu-

kunftsfähigkeit heißt auch, sich auf die Veränderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, rechtzeitig einzustellen. Wir fordern das Miteinander der Generationen. Statt zu separieren und auszugrenzen, muß es zu einem Dialog der Generationen kommen. Unsere Gesellschaft braucht das Mitdenken und Mithandeln der Älteren. Ihre Erfahrungen sind unverzichtbar, wenn wir aus Fehlern lernen und Zukunft gestalten wollen. Der Wunsch vieler Älterer nach einem freiwilligen sozialen Jahr für Seniorinnen und Senioren ist nur ein Beleg für die Bereitschaft der älteren Generation zum gesellschaftlichen Engagement.

Insgesamt ist die Lebenswirklichkeit der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger eine wichtige Visitenkarte für die Humanität in unserem Land.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Kinder und Jugendliche brauchen Bewährungsfelder. Wir müssen sie fördern, wir müssen sie aber auch fordern. Die junge Generation von heute ist offen gegenüber unseren Inhalten. Das ist eine Chance für die CDU. Es ist aber auch eine Herausforderung für uns alle, die jungen Menschen für diese freiheitliche Demokratie zu gewinnen und sie von dem Wertefundament, auf dem diese Demokratie gründet, zu überzeugen.

Da ich aus der ehemaligen DDR komme, weiß ich um die Gefahren eines totalitären Staates. Diese Lehre darf doch nicht vergessen werden: Wer vom Staat alles erwartet, der muß damit rechnen, daß der Staat ihm alles nimmt.

(Beifall)

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist aber andererseits nicht schon dann gesichert, wenn die Institutionen funktionieren, sondern es ist notwendig, daß wir uns immer wieder der geistigen Grundlagen, auf denen unser Staat beruht, erinnern und uns zu ihnen bekennen. Dieser Parteitag beschäftigt sich mit den geistigen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen und Konzepten der Zukunftsgestaltung. Dabei ist es nach meiner Meinung entscheidend, daß wir die Zukunft unserer Kinder zum Maßstab unserer Politik machen,

(Beifall)

und zwar in allen Politikbereichen und auf allen Ebenen, in den Kommunen, im Land und im Bund, in der Familienpolitik und in der Kinder- und Jugendpolitik genauso wie in der Verkehrspolitik, der Wohnungspolitik und bei Fragen des Umweltschutzes. Wie sich die Zukunft für unsere Kinder gestalten wird, muß unser Maßstab sein.

(Beifall)

Gerade die Älteren lehren uns ja, daß es wichtig ist, über den Tellerrand hinauszuschauen. Lassen Sie uns das auf diesem Parteitag tun. Vor allen Dingen lassen Sie uns die gewonnenen Erkenntnisse dann auch im Alltag umsetzen. - Danke schön.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, **Claudia Nolte**. Jetzt hat der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen, **Helmut Linsen**, das Wort.

**Dr. Helmut Linssen** (mit Beifall begrüßt): Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! **Walter Rathenau** hat einmal gesagt: Die Wirtschaft ist unser Schicksal. - Ich glaube, daß dieses Wort in dieser Zeit mehr denn je als in den letzten 20 Jahren gilt.

(Beifall)

Wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Ich denke mir, daß diese Legislaturperiode eine der wichtigsten überhaupt sein wird, weil sie zu sehr vielen Veränderungen führen wird, von denen viele Menschen sich noch gar keine Vorstellung machen. Deshalb bereiten wir uns mit diesem Parteitag darauf vor. Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit folgendes sagen: Der Bundeskanzler hat vorhin davon gesprochen, daß das Verhältnis zur FDP von Kameradschaft geprägt sei. So soll es auch sein. Ich meine aber, wir sollten als Partei Ludwig Erhards mit der gleichen Nachdrücklichkeit sagen: Es wird Zeit, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur das Feld der Umweltpolitik, sondern auch das Feld der Wirtschaftspolitik besetzen.

(Beifall)

Ich denke mir, daß es uns gut ansteht, wenn wir nicht den Fehler machen, den die Sozialdemokraten machen: Sie kommen zu einer Arbeitsteilung in dem Sinne, daß sie sich um die Arbeitsplätze kümmern, während sich die Grünen um die Umwelt kümmern. Meine Damen und Herren, wir müssen beide Themen, das schwarze Thema und das grüne Thema, in einer Partei vereinigen.

Dazu gehört, daß ein Wirtschaftsminister in dieser schwierigen Zeit nicht nur mit einer Einpunkt Betrachtung nach vorne tritt. Er darf sich z. B. nicht nur über den Ladenschluß auslassen. Vielmehr muß er Verständnis bei den Menschen herausfordern und dafür eintreten, eine Gesamtkonzeption vorzustellen. Es sollte klar werden, daß ein Wirtschaftsminister nicht nur Kompetenz hat, sondern auch eine Wegweisung für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik möglich macht.

Meine Damen und Herren, zu diesem Gesamtkonzept, das vorgetragen werden muß, gehören die Fragen der Technologie und der Kosten. Wir sollten uns in unserer Partei diese Fragen sozusagen nicht gegenseitig um die Ohren werfen. Es sollte nicht so sein, daß der eine von der Kostenkrise und der andere von der Innovationskrise spricht. Wir haben beides. Beides gehört zusammen. Die Veränderungen auf dem Felde der modernen Technologie sind heute im Bereich der Infrastruktur beschworen worden. Ich denke in diesem Zusammenhang vor allen Dingen auch an den Bereich der Verwaltungsreform. Wir müssen den schlanken Staat von der Spitze her nach vorne bringen, damit wir für diejenigen Institutionen Vorbild sind, die sich dem guten Beispiel anschließen sollen, das die Spitzen in Bund und Land geben.

(Beifall)

Ich meine, daß wir auch über die ökologische Steuerreform sehr offen und intensiv sprechen sollten. Mir kommt in der letzten Zeit zuviel unter dem Mäntelchen der Ökologie daher, was ein reines Abkassierungsmodell ist.

(Beifall)

Ich denke, daß wir gut beraten sind, wenn wir all die Möglichkeiten von Abgaben und Steuern, die mit Lenkungsfunktion verbunden sind, in die Überlegungen einbeziehen. Wir sollten aber eine Energiesteuer, die abgelehnt worden ist, den Menschen später nicht im Sinne einer Beglückung vorführen, obwohl es sich um ein Abkassierungsmodell handelt. Ich denke, daß ist nicht Aufgabe der CDU.

(Beifall)

Wir stehen vor der Situation, daß die Menschen in unserem Land bis zur Oberkante Unterlippe mit Steuern und Abgaben belastet sind. Wir stehen vor der Situation, daß Arbeitsplätze reihenweise und mit steigender Tendenz ins Ausland verlagert werden. Deshalb müssen wir, wie ich glaube, größten Wert auf Innovation, auf Neugründung und auf Einstellung der Wirtschaft zur Globalisierung hin legen. Wir haben Defizite in diesem Bereich. Ich meine, daß wir unserem Ziel, den Sozialdemokraten Wähler abzujagen, nur dann gerecht werden, wenn es uns gelingt, auch draußen ganz deutlich als die Partei der Arbeitsplätze und der Stärkung der Wirtschaft in Erscheinung zu treten. Darum müssen wir werben, damit klar wird, daß Rot-Grün, so wie in Nordrhein-Westfalen jetzt vorexerziert, in Frankfurt gescheitert, in Bremen gescheitert und in Köln am Ende, als schlechtes Beispiel bei der Bundestagswahl 1998 vor Augen steht. Dafür werden wir vor allem in Nordrhein-Westfalen sorgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Linssen. - Ich weise die Mitglieder der Antragskommission nochmals darauf hin, daß sich die Antragskommission um 15 Uhr im Konzerthaus trifft. Jetzt hat Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der CDA, das Wort. Ihm folgt Dr. Michel Friedman.

**Rainer Eppelmann**: Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fit für das Jahr 2000 - das ist es, was uns aus gutem Grunde bewegt und beschäftigt. Wir müssen uns fragen: Wie werden wir fit für das Jahr 2000 und danach sein? Mir fällt als erstes dazu ein, daß wir nachdenklich sein müßten. Wer von uns hat noch nicht den Satz gehört: Meinen Kindern soll es einmal besser gehen als mir? Im Normalfall ist damit gemeint: weniger arbeiten und mehr Geld verdienen. Dieser Satz, daß es den Kindern einmal besser gehen solle, wird nicht Realität werden können, wenn wir so weitermachen wie in den letzten Jahren. Ich versuche mir immer wieder vorzustellen: Was würden intelligente Menschen auf der Venus oder dem Mars denken, wenn sie uns und unser Verhalten in den letzten 25 Jahren beobachtet hätten und uns nur nach dem beurteilen würden, was wir getan haben, nicht aber nach dem, was wir sagen oder bekunden?

Mit „uns“ meine ich jetzt uns alle, nicht nur die politischen Parteien, sondern alle Menschen der Bundesrepublik Deutschland, der Industrienationen. Ich glaube, wenn es ein solches intelligentes Wesen gäbe, müßte es sagen: Ihr habt eure Kinder nicht mehr lieb, weil ihr ihnen die Lebensmöglichkeiten für morgen nehmt. Darum ist es dringend erforderlich, daß wir nachdenken: über unser Tun, über unsere Wünsche, über unsere Vorstellungen.

Ich weiß nicht, ob Sie sich schon einmal gefragt haben, was das für Sie Wichtigste in Ihrem Leben ist, was Sie erreichen wollen, was Sie haben wollen. Machen Sie das einmal, jeder für sich! Ich meine, das sollte man immer wieder einmal machen. Fragen Sie sich z. B., an welcher Stelle Kinder vorkommen. Und ich bin sehr gespannt, ob unter den ersten sieben Begriffe „Allgemeinwohl“ vorkommt. Ich habe den Eindruck, es geht auch um die vorhin schon angesprochenen Fragen: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Was ist das, das uns auf die Zukunft hoffen läßt?

Ich meine, dieses Nachdenken können wir selbstbewußt tun. Wir können auf eine ganze Menge hinweisen, was wir selber, was unsere Väter und Mütter, unsere Großväter und Großmütter in den letzten 45 Jahren geleistet haben. Das kann ja nicht alles durch Versager passiert sein: daß wir eine hervorragende Stelle unter den Exporteuren dieser Welt einnehmen, daß wir Spitzenplätze bei Technik und Innovation, bei der Berufsausbildung und der sozialen Sicherheit haben.

Ich vermute, daß zumindest wir wissen: Das, was sozialpolitische Wärme der Bundesrepublik Deutschland ausmacht, ist mit den Namen Hans Katzer und Norbert Blüm verbunden. Dafür kann man den beiden - ich glaube, sie sind beide hier - ruhig einmal danke sagen.

(Beifall)

Für mich als ein „Dazugekommener“, der die Sozialpolitik der alten Bundesrepublik ja nicht in jeder Phase direkt erlebt hat, war es ein Aha-Erlebnis, als ich feststellte: Unter allen entscheidenden sozialpolitischen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland steht die Unterschrift von CDU-Kanzlern, nicht die eines Sozialdemokraten.

(Beifall)

Darum glaube ich, daß wir durchaus selbstbewußt darüber nachdenken können.

Wir müssen es aber gemeinsam tun. Wir sollten uns um Gottes willen nicht dazu verleiten lassen, alte Gräben wieder aufzureißen, z. B. die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es gibt Interessenunterschiede, keine Frage, aber auch eine Fülle von Übereinstimmungen und gleichem Interesse. Danach sollten wir sehr viel genauer als bisher fragen.

Ich meine, wir müssen es wieder schaffen, daß Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik aus einem Guß sind. Herrn Rexrodt müssen wir sagen: Laß den Teller von Norbert Blüm in Ruhe, darauf hast du nicht herumzustochern. Paß auf deinen Teller auf, Norbert macht seine Sache gut! - Danke schön.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Danke, Rainer Eppelmann. - Die letzte uns vorliegende Wortmeldung kommt von Dr. Friedman. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir dann sofort mit TOP 9, Bericht der Mandatsprüfungskommission, und TOP 10, Wahlen, weitermachen. - Bitte, Herr Dr. Friedman.

**Dr. Michel Friedman**: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Die CDU ist die einzige Volkspartei, die heute und morgen die Chance hat, als moderne Reformpartei die Gestaltung der Zukunft umzusetzen. Wir sind die einzige Volkspartei, die in der Lage ist, innovativ, kreativ und unter Beibehaltung unserer Grundsätze eine Aktualisierung der konkreten politischen Punkte umzusetzen.

Wir sollten, wenn wir über das nächste Jahrhundert sprechen, uns noch einmal sehr bewußt machen, daß uns gerade dieses Jahrhundert zwei Modelle unterschiedlicher Menschenbilder und unterschiedlichen Politikverständnisses erlebbar gemacht hat: Die erste Hälfte war von einem Feindbild Mensch, vom Mißtrauen zum Menschen geprägt und hat zu Krieg, Unglück und Rassismus geführt. Die zweite Hälfte war in Deutschland - jedenfalls in der Bundesrepublik West, nun seit fünf Jahren in ganz Deutschland - geprägt von dem Prinzip, daß die Würde des Menschen im Vordergrund steht, daß die Freiheit ein Privileg und keine Selbstverständlichkeit ist. Daran sollten wir uns auch heute, auf dem Weg ins nächste Jahrhundert, sehr bewußt erinnern.

(Beifall)

Freiheit bedeutet aber auch Verantwortung. Wenn wir uns um unsere Freiheit nicht kümmern, dann wird sie vergehen. Es ist gerade auch die Aufgabe von Parteien, Selbstbewußtsein, Klarheit und offensives Vorgehen in der Bevölkerung zu dokumentieren. Die Übernahme von



Verantwortung ist ebenfalls ein Privileg. In einer Diktatur wird der Bürger nicht aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen, im Gegenteil, die Polizei und andere Kräfte halten ihn davon ab.

(Beifall)

In der Tat war und ist es das Thema Europa, das entscheidend war und sein wird für die Frage, ob die Zukunft Deutschlands und damit die Zukunft dieses Kontinents friedlich ist. In keiner Partei ist Europa so sehr die Grundlage von politischen Aktionen und politischen Entscheidungen wie in der CDU. Dies muß in den nächsten Jahren noch intensiver, noch deutlicher in die öffentliche Arbeit eingebracht werden. Europapolitik ist nicht nur Außenpolitik, sondern ist Innenpolitik, Verteidigungspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Es wird keinen inneren und äußeren Frieden für Deutschland geben, wenn es um uns herum Armut, Krisen und Kriege gibt. Es ist also unser ureigenstes Interesse, uns für Europa zu engagieren; denn damit engagieren wir uns für uns selbst.

Aber es gilt auch, liebe Freunde, nach fünfzig Jahren zu überlegen: Welche Dinge, die bisher erfolgreich waren, müssen geändert werden? Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur Ergebnis von Stagnation in der Wirtschaftsentwicklung, sondern ist auch Ergebnis der Tatsache, daß der Arbeitnehmermarkt nicht mehr nureuropaweit gesehen werden kann, sondern globale Bedeutung hat. Wir werden lernen müssen, umdenken zu müssen. Wir werden lernen müssen, uns einige Wahrheiten sagen zu müssen, die vor allem jüngeren Menschen - sie mußten bisher Gott sei Dank Armut, Elend und soziale Ungerechtigkeit nicht so sehr erleben - klarmachen, daß auch dies nicht selbstverständlich war. Unter Umständen werden wir Opfer bringen müssen, um in der Zukunft alle in Arbeit zu bringen.

Das wird bedeuten, daß wir das Lohnniveau hinterfragen müssen. Das wird bedeuten, daß wir die Definition von Arbeit hinterfragen müssen. Das wird bedeuten, den Menschen sagen zu müssen, daß sie mobil werden müssen. Nicht der Wohnort, sondern der Arbeitsplatz wird in Zukunft darüber entscheiden, wo Menschen wohnen können.

(Beifall)

Diese Mobilität, diese Flexibilität nicht mit Angst zu begleiten, sondern als Herausforderung und Dynamik zu definieren, wird unsere Aufgabe sein. Dies müssen wir in Politikentwürfen umsetzen, damit die Menschen lernen, vertrauensvoll mit uns diesen Weg positiv zu gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, junge Menschen haben ein weiteres Privileg erlebt, nämlich in einem Europa aufzuwachsen, in dem die Grenzen immer mehr aufgebaut wurden. In fünfzehn Jahren werden diejenigen, die jetzt fünf oder zehn Jahre alt sind, nicht mehr wissen, daß es zwischen Deutschland und Frankreich oder Italien und anderen Ländern Grenzkontrollen gegeben hat - welch faszinierende Vision!

(Beifall)

Aber diese jungen Menschen müssen auch wissen: Dies wird nur so bleiben, wenn sie auch wieder abgeben.

Europa wird keinen Frieden und keine Zukunft haben, wenn wir nicht den Kontinent Europa für die nächsten Jahrzehnte an die erste Stelle der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Zusammenarbeit setzen. Wenn es in Osteuropa Armut und Krieg geben wird, wird Westeuropa nicht in Wohlstand und Frieden leben. Deswegen müssen wir, wenn wir über Europa

reden, das Engagement für unsere osteuropäischen Nachbarn als eine kreative Herausforderung für sie, aber auch für uns selbst politisch definieren.

(Beifall)

Visionen - ich benutze dieses Wort bewußt -, politische Träume, Konzepte - ja was ist denn Gestalten? Was ist es denn, wenn nicht ein Gedanke entsteht, der noch gar nicht reelle Politik ist, aber zu Politik werden soll? Die CDU der Gegenwart, die CDU der Zukunft soll und wird eine Partei sein, die der Freiheit, den Menschenrechten, der Würde des Menschen verpflichtet ist und sein will. Sie wird und soll eine Partei sein, in der der Dialog, der Streit im Respekt vor den Personen und nicht die Ausgrenzung das Prinzip ist. Dies wird für uns aber voraussetzen, daß wir in unserer Glaubwürdigkeit ernst zu nehmen sind. Ich freue mich deswegen auf die EU-Bürger, die ein Teil unseres politischen Alltags werden. Ich freue mich deswegen auf die vielfältigen Impulse von Politikideen und Politikgestaltung, die wir hinzugewinnen werden.

Wenn wir - erlauben Sie mir dies in diesem Zusammenhang auch zu sagen - von Glaubwürdigkeit sprechen, sollten wir - das ist meine tiefe Überzeugung - am Mittwoch in der Frage der Frauen für unseren Vorschlag plädieren,

(Beifall)

und zwar nicht deswegen, weil ich dafür bin, daß man mit einer etwas zwanghafteren Situation Politik gestaltet. Aber wenn in der Freiwilligkeit unsere Partei nicht geleistet hat, was sie sich selbst versprochen hat, so muß sie im Zwang das erfüllen, was sie der Bevölkerung versprochen hat, nämlich die Gleichberechtigung von Männern und Frauen - übrigens etwas, worauf man sich freuen sollte.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist für mich etwas unglaublich Wunderbares, in einer Zeit zu leben, die, wie ich glaube, nach 1945 für Europa die bewegendste, dynamischste Phase auch in Politikgestaltung ist, die wir seit der Befreiung vom Nationalsozialismus erleben können. Noch nie wurden in Europa in den letzten 50 Jahren so viele grundsätzliche Dinge in Bewegung gebracht, noch nie konnten wir deswegen soviel an politischen Ideen und Gestaltungen diskutieren, noch nie soviel fragen und streiten. Ich und, wie ich glaube, sehr viele Menschen mehr als nur ich sehen in dieser Herausforderung eine großartige Chance, etwas zu bewegen, sich einzubringen, sich zu engagieren. Wir sollten offensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land reden, daß es eine Chance, ein Privileg und eine Auszeichnung ist, als freie Menschen in einer solchen Phase Politik zu gestalten, zu formulieren, zu diskutieren und mit der CDU in eine freie, in eine menschliche Zukunft zu gehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Wir sind damit am Ende unserer Aussprache angelangt. Ich danke noch einmal allen Rednern für ihre Beiträge in unserer Aussprache. Wir nehmen jetzt einen Wechsel im Tagungspräsidium vor. Ich übergebe an Dr. Ottfried Hennig, Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Landtag. An dieser Stelle auch Ihnen unsere Unterstützung des Parteitages für die bevorstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

#### BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile dem Vorsitzenden der Kommission, dem Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg, unserem Freund Raimund Gründler, das Wort.

**Raimund Gründler**, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Alle Delegierten wurden satzungsgemäß gewählt und sind zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 000 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.50 Uhr von den 1 000 stimmberechtigten Delegierten des 7. Parteitages 911 anwesend.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Ich benutze die Gelegenheit, allen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission den Dank des Parteitages für ihre Arbeit zu sagen.

(Beifall)

Wir sind damit beschlußfähig und können wählen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

#### WAHLEN

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 10 Nr. 1 möchte ich folgendes anmerken. Erstens: Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Zweitens: Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit zu berücksichtigen. Drittens: Es besteht die Möglichkeit, die Stimmzettel hier im Saal in den aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Das ist für Sie allerdings nicht zwingend vorgeschrieben. Bitte benutzen Sie gegebenenfalls die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Viertens: Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Fünftens: Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern ihre Stimmkarten vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.1 auf:

#### WAHL EINES STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 28. August einstimmig Herrn Christoph Bergner vorgeschlagen. Dazu erteile ich unserem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Bevor ich zum Vorschlag des Bundesvorstandes komme, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Freund Heinz Eggert ein herzliches Wort des Dankes sagen, der, wie Sie wissen, aus dem Bundespräsidium ausgeschieden ist.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, ich danke Ihnen für diesen Applaus sehr herzlich, denn ich finde, es ist gut, daß unsere Partei auch einem unserer Freunde gegenüber die Dankbarkeit und die Referenz erweist, die er verdient hat.

(Beifall)

Heinz Eggert gehört zu denen, die in den entscheidenden Jahren vor 1990 und in der Zeit danach nicht abseits standen. Er hat, wo immer er war, in allen seinen Positionen und Ämtern die Sache der Einheit der Union und die Sache der Einheit der Nation vertreten.

Er hat es mit der ihm eigenen Leidenschaft getan, mit der Leidenschaft eines heißen Herzens. Er wußte, daß junge Leute etwas zu sagen haben. Er hat in vielen Kreisverbänden im Westen unseres Landes für Verständnis im Blick auf die dramatische Übergangssituation für Millionen unserer Landsleute in der früheren DDR, in den jetzigen neuen Ländern geworben.

Er hat in der ihm eigenen Weise tatkräftig im Parteivorstand mitgearbeitet. Ich wünsche ihm - ich denke, ich darf sagen, wir wünschen ihm - für seinen weiteren Lebensweg, daß er Glück und Erfolg haben wird, daß er bei uns immer seine politische Heimat hat und weiter mitarbeitet.

(Beifall)

Nun darf ich Ihnen für den Bundesvorstand für die Wahl der freigewordenen Position des stellvertretenden Bundesvorsitzenden unseren Freund Christoph Bergner vorschlagen.

(Beifall)

Ich will nicht viel zur Person sagen. Ich hatte die Chance, in den letzten Jahren eng mit ihm zusammen zu arbeiten beim Aufbau im Bundesland Sachsen-Anhalt in der kritischen Zeit der damaligen Koalition mit einem Partner, der FDP, der ihm und unseren Freunden das Leben nicht leichtgemacht hat. Wer ihn kämpferisch vor Ort erlebt hat, für die Zukunft seines Bundeslandes eintretend, der weiß: Das ist der richtige Mann, um auch in dieser Funktion unserer Sache zu dienen.

Er ist keiner von denen, der täglich in den Schlagzeilen steht. Er ist einer von denen, die dienen können. Ich sage das ganz bewußt. Er ist einer von denen, die auch dann Verantwortung übernehmen, wenn es nicht nur um Populäres geht. Mit einem Wort: Ich bitte Sie um Ihre Stimme für Christoph Bergner.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig:** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Vorschläge liegen nicht vor und die Frist zur Einreichung solcher ist um 13 Uhr abgelaufen. Ich darf daher Herr Dr. Bergner bitten, sich kurz dem Parteitag vorzustellen.

**Dr. Christoph Bergner:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bedanke mich herzlich für das Vertrauen, das der Bundesvorstand mit seiner Nominierung in mich gesetzt hat. Ich bedanke mich vor allen Dingen herzlich bei Heinz Eggert, mit dem ich gestern ein Gespräch führte, das mir sehr wertvoll war und in dem er mich ermuntert hat, in die Lücke einzutreten, die er hinterlassen hat.

Ich glaube, ich muß zu meiner Person an dieser Stelle nichts sagen. Ich möchte deshalb die Aufgabenschwerpunkte, die ich sehe, kurz charakterisieren. Sie haben sich in der Nominierung für einen Vertreter aus den neuen Ländern mit einer ostdeutschen Biographie entschied-

den. Ich sehe darin die besondere Aufgabe, Brücken zwischen den Menschen in Ost und West zu schlagen, wo noch immer Gräben vorhanden sind.

Ich sehe die besondere Aufgabe darin, meinen Mitbürgern in den neuen Bundesländern als Repräsentant der Bundes-CDU immer wieder deutlich zu machen, daß keine Partei in Deutschland in den zurückliegenden Jahren für die Menschen in den neuen Bundesländern so viel getan hat, wie die CDU.

(Beifall)

Der Bundesvorstand hat einen Vertreter Sachsen-Anhalts nominiert, und ich möchte nur kurz das zitieren, was unsere sächsischen Freunde dazu sagten. „In keinem Bundesland findet die Auseinandersetzung der CDU mit dem Sozialismus in so offenkundiger Weise statt wie in Sachsen-Anhalt.“ Wir fühlen uns in einer besonderen Bewährungssituation. Wenn ich Sie um Ihre Stimme bitte, dann tue ich auch das deshalb, weil Sie meine Freunde und mich in dieser besonderen Bewährungssituation unterstützen mögen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig:** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Bergner. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für die Hinweise, die ich Ihnen zum Wahlverfahren zu geben habe: Nehmen Sie bitte den Stimmzettelblock zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem gelben Stimmzettel, der die Nr. 1 trägt, durchführen. Gültig ist der Stimmzettel, wenn entweder „Bergner, Ja oder Nein oder Enthaltung“ daraufsteht. Leere Stimmzettel zählen als Enthaltung. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig. - Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten ihr Votum abzugeben. - - Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Delegierten Gelegenheit gehabt haben, ihr Votum abzugeben? - Nein. - -

Darf ich noch einmal fragen, ob alle gewählt haben? - Das scheint jetzt offensichtlich der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlvorgang und unterbreche den Parteitag für zirka zehn Minuten bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

(Unterbrechung von 15.32 bis 15.43 Uhr)

**Dr. Ottfried Hennig,** Tagungspräsidium: Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands bekannt. Abgegebene Stimmen: 753. Ungültige Stimmen: 3. Enthaltungen: 23. Gültige Stimmen somit: 727. Die erforderliche Mehrheit beträgt 364 Stimmen.

Es wurden abgegeben für Herrn Dr. Christoph Bergner: 689 Stimmen.

(Beifall)

Das entspricht 94,77 %.

(Erneuter Beifall)

Nein-Stimmen: 38. - Ich frage Herrn Dr. Bergner, ob er die Wahl annimmt.

**Dr. Christoph Bergner:** Ja, und ich freue mich auf die Arbeit!

**Dr. Ottfried Hennig,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich spreche Ihnen namens des Parteitages unsere Glückwünsche aus. Wir wünschen Ihnen Glück, Gottes Segen und Erfolg in Ihrer Arbeit, verehrter Herr Dr. Bergner.

Liebe Delegierte, nachdem wir ein Mitglied des Präsidiums zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt haben, kommen wir nun zu Tagesordnungspunkt 10.2:

### NACHWAHL EINES MITGLIEDS DES PRÄSIDIUMS DER CDU DEUTSCHLANDS

Dazu hat unser Bundesvorsitzender das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Namens des Bundesvorstandes schlage ich Ihnen für die erforderliche Nachwahl Rainer Eppelmann vor.

(Beifall)

Rainer Eppelmann, das ist wie ein lebendiges Kaleidoskop deutscher Geschichte der letzten Jahrzehnte: als Maurer und Dachdecker, ein Facharbeiter, Bausoldat, Theologiestudent, Pfarrer, Mitgründer des „Demokratischer Aufbruch“, Mitglied der ersten frei gewählten Regierung der DDR, Bundestagsabgeordneter und jetzt Bundesvorsitzender der CDA. Das ist eine politische Karriere, die nur in solchen Umbruchzeiten möglich ist, und so, meine Damen und Herren, ist auch der Mann.

(Beifall)

Rainer Eppelmann ist ein Mann voller Spontaneität, voller Vitalität, voller Bereitschaft, für Ideale einzutreten. Ich weiß, daß es Zeitgenossen gibt, die das alles für altmodisch halten. Aber Leute seines Schlages sind notwendig, wenn diese Republik Feuer und Zukunft haben will, Dynamik und Überzeugungskraft.

(Beifall)

Deswegen empfehle ich ihn zur Wahl. Ich freue mich, wenn Sie ihn wählen, und bitte um Ihre Zustimmung. Eines ist er übrigens nicht: Er war nie pflegeleicht.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Ich bitte Herrn Eppelmann um eine kurze Vorstellung. Lieber Rainer, du hast das Wort.

**Rainer Eppelmann** (mit Beifall begrüßt): Liebe Freundinnen und Freunde, an einer Stelle, an der ich gerne altmodisch sein will, lasse ich mir das auch von unserem Bundesvorsitzenden sagen. An einer anderen Stelle bin ich aber, glaube ich, ganz modern: Ich bin heute schon Berlin-Brandenburger, nämlich ein Berliner, der da lebt und in Brandenburg arbeitet. Und ich bin Vater von fünf Kindern. Auch das, so habe ich den Eindruck, sollte eine Sache sein, die wieder modern wird.

(Zustimmung)

Ansonsten wäre ich dumm, wenn ich das, was eben über mich gesagt worden ist, zerreden würde. Ich bitte einfach: Seid so klug und gebt mir eure Stimme.

(Heiterkeit)

Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Eppelmann. - Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich auf folgendes hinweisen. Die Wahlen erfolgen mit dem blauen

Stimmzettel Nr. 2. Gültig sind Stimmzettel, auf denen der Name Eppelmann, Ja, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel zählen wieder als Enthaltung. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des Kandidaten tragen, sind ungültig. - Ich eröffne jetzt den Wahlgang und bitte Sie, den Stimmzettel Nr. 2 entsprechend auszufüllen.

Meine Damen und Herren, haben alle die Möglichkeit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann darf ich den Wahlgang schließen und um Auszählung bitten und unterbreche solange den Parteitag.

(Unterbrechung: 15.54 bis 16.02 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. - Sie machen uns die Arbeit leicht. Es ist ein überaus pünktlicher Parteitag. Wir sind fast auf die Minute genau um 16 Uhr mit diesem Tagesordnungspunkt fertig geworden. Während Sie freundlicherweise Platz nehmen, darf ich Gelegenheit nehmen, namens des Präsidiums, aber auch sicher in Ihrer aller Namen unserem Kreisgeschäftsführer Paul Frech aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis zu seinem 53. Geburtstag zu gratulieren, den er heute feiert.

(Beifall)

Ich darf dann zur Bekanntgabe des Ergebnisses der Nachwahl in das Präsidium der CDU Deutschlands kommen: Abgegebene Stimmen 660, Enthaltungen 11, gültige Stimmen 649. Die erforderliche Mehrheit beträgt 325 Stimmen. Für Rainer Eppelmann wurden 618 Stimmen abgegeben, gleich 95,22 %.

(Beifall)

Mit Nein haben 31 gestimmt. - Ich darf auch namens des Präsidiums Rainer Eppelmann unsere ganz herzlichen Glückwünsche übermitteln. Der Parteitag wünscht auch dir Glück und Erfolg in deinem Amt.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt das Präsidium, nachdem ich mich für Ihre Mithilfe bei der zügigen Abwicklung dieses Punktes herzlich bedankt habe, an den Parteitagspräsidenten Erwin Teufel zur Einführung eines besonderen Redners. Herzlichen Dank!

**Erwin Teufel**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns ist es eine große Freude und eine Ehre, daß der Präsident der Kommission der Europäischen Union, Herr Jacques Santer, diesen Parteitag besucht und zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Verehrter Herr Präsident Santer, für uns ist es eine große Genugtuung, daß in einer für die europäische Einigung besonders entscheidenden Zeit ein Christdemokrat an der Spitze der Europäischen Union steht, ein Mann, der sich in Jahrzehnten als Regierungschef unseres Nachbarlandes Luxemburg bewährt hat, ein Mann, der unser ganzes Vertrauen hat. - Ich darf Sie bitten, zu uns zu sprechen.

**Jacques Santer**, Präsident der Kommission der Europäischen Union: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender, lieber Helmut! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich freue mich, an diesem 7. Parteitag der CDU teilnehmen und zusammen mit Ihnen, liebe Parteikolleginnen und -kollegen aus Deutschland und Europa, den 50. Geburtstag der CDU feiern zu können.

(Beifall)

Die europapolitischen Leitsätze, die Sie heute diskutieren, beginnen mit dem Satz: „Die europäische Einigung ist unverzichtbarer Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung.“ Ich möchte hinzufügen: Die CDU Deutschlands ist der unverzichtbare Kern der deutschen Europapolitik. Sie ist die deutsche Europapartei und damit eine tragende Säule unserer europäischen Friedens- und Freiheitsordnung.

(Beifall)

In den 50 Jahren ihrer Geschichte hat sie wie keine andere politische Kraft in Deutschland europäische Politik gestaltet, von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. An entscheidenden Wegmarken hat sie immer wieder mit Engagement und Gestaltungskraft und manchmal auch gegen große Widerstände, gegen den Wind des Zeitgeistes für die europäische Sache gestritten. Ohne die CDU - das weiß ich aus meiner langen europapolitischen Erfahrung - wäre das europäische Aufbauwerk, wäre die Europäische Union nicht das, was sie für uns alle ist: ein Hort des Friedens und des Wohlstandes. Immer wieder hat die CDU Deutschlands der europäischen Integration neue und zukunftsweisende Impulse gegeben. Und so ist es auch heute. Abermals stehen wir an einer entscheidenden Schwelle.

Es ist wahr: Auf Sie, auf uns, die Christlichen Demokraten, kommt es an, und wir müssen uns darüber im klaren sein, was für uns alle in den kommenden Jahren auf dem Spiele steht: Entweder es gelingt uns, das europäische Einigungswerk unumkehrbar zu machen, oder wir verspielen eine einmalige historische Chance.

(Beifall)

Daß unsere Zukunft trotz aller Unken- und Kassandrarufer der letzten Wochen nur Europa heißen kann, darüber sind sich nicht nur der deutsche Bundeskanzler und der Präsident der Kommission einig. Auch viele Bürgerinnen und Bürger sind immer mehr davon überzeugt, daß die Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses der einzig vernünftige Weg ist, Europa so auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten, daß dieses Europa den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des neuen Jahrtausends ohne Angst entgegensehen kann. Und die Frage lautet schon seit langem nicht mehr: Europa ja oder nein? Dieses ist in den Köpfen der allermeisten Bürgerinnen und Bürger nämlich keine Frage mehr. Die Frage, die den Menschen jetzt unter den Nägeln brennt, ist die Frage nach dem Wie: Wie geht es weiter mit der wirtschaftlichen Integration? Wie geht es weiter mit der Politischen Union? Wie wird Europa bzw. die Europäische Union im Jahre 2000 aussehen?

Exakter ausgedrückt, geht es um folgende drei Schlüsselfragen:

Erstens. Wird die Europäische Währungsunion bis zum Ende dieses Jahrhunderts verwirklicht sein, und wenn ja, wird die neue europäische Währung - das wird ja vor allem hier in Deutschland diskutiert - ebenso stark und stabil sein wie die D-Mark?

Zweitens. Werden wir bis zum Jahre 2000 eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben?

Drittens. Werden wir in einer immer enger zusammenwachsenden Europäischen Union, der noch weitere Staaten beitreten werden, unsere nationale und kulturelle Identität bewahren können, oder riskieren wir, lokale, regionale oder nationale Eigenheiten auf dem Altar Europas opfern zu müssen?

Bei all dem, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, muß klar sein: Ein Europa, das den Ängsten und Erwartungen seiner Bürger nicht Rechnung trägt, kann keinen



Bestand haben. Europa muß mehr als bisher eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger werden. Europa muß in den Köpfen und Herzen der Bürger wachsen, nicht allein in den Amtsstuben und auf den Verhandlungstischen in Brüssel.

(Beifall)

Ich weiß, daß dies keine leichte Aufgabe ist. Sie kann nur gelingen, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten. Die Europäische Kommission muß und wird das Ihre tun.

Meine Freundinnen und Freunde, wie soll das Europa im Jahre 2000 aussehen? Nach meiner Ansicht soll das neue Europa, das Europa der Zukunft, ein wirtschaftlich starkes Europa sein. Es soll ein politisch geeintes Europa sein. Es soll nach außen offen sein, und es soll ein solidarisches Europa sein.

Als im Jahre 1986 die Einheitliche Europäische Akte verabschiedet wurde, wagten viele noch nicht so recht, an die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes zu glauben. Nur sieben Jahre später aber war dieses Vorhaben realisiert. Aus zwölf nationalen Märkten war ein großer internationaler Markt geworden, der im Wettbewerb mit den Konkurrenten USA und Japan ein ebenbürtiger Partner ist.

Es liegt in der integrationspolitischen Logik, den gemeinsamen Binnenmarkt nun auch mit einer gemeinsamen Währung auszustatten; denn von einem wirklich gemeinsamen Markt kann und darf erst dann die Rede sein, wenn er mit einer Währung funktioniert. Allerdings macht die gemeinsame Währung nur dann Sinn, wenn sie stark und stabil ist. Mit anderen Worten: Die strikte Einhaltung der in Maastricht festgelegten Kriterien ist die *conditio sine qua non* für die Einführung einer gemeinsamen Währung.

(Beifall)

Ich widersetze mich deshalb ganz entschieden jedem Versuch, von welcher Seite er auch kommen mag, die in Maastricht festgelegten und von allen 15 EU-Mitgliedstaaten gutgeheißenen Konvergenzkriterien aufzuweichen.

(Beifall)

Als Luxemburger - wir verstehen auch ein bißchen vom Geld - und als ehemaliger Finanz- und Schatzamtsminister weiß ich, daß auch die beste Wirtschaftspolitik immer unter einer schlechten Währungspolitik leidet. Die Deutschen sind zu Recht auf ihre stabile und starke D-Mark stolz. Schließlich ist sie nicht zuletzt Ausdruck der Arbeits- und Schaffenskraft der Menschen sowie einer soliden Geldpolitik.

Das ist es aber nicht allein. Die Stärke der D-Mark hängt ganz wesentlich auch von der Offenheit ausländischer Märkte für die deutschen Exporte ab, die allein 30 % des Bruttosozialprodukts ausmachen. Zwei Drittel dieser Exporte gehen in europäische Partnerländer. Die Stärke der D-Mark ist also auch Ergebnis der Wirtschaftsintegration.

Nur eine stabile Euro-Währung aber garantiert uns die erwünschte dauerhafte Absicherung des Binnenmarktes und festigt den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Diese Zusammenhänge müssen wir den Bürgern mehr als bisher klarmachen, damit sie verstehen, daß die Schaffung einer gemeinsamen Währung in ihrem ureigensten Interesse liegt.

Meine Freundinnen und Freunde, parallel zur Währungsunion muß auch die Politische Union weiter vorangetrieben werden. Unsere Mitbürger wollen konkrete Fortschritte sowohl in der

Außen- und Sicherheitspolitik als auch im Bereich der Innen- und Justizpolitik. Einer vor kurzem durchgeführten Umfrage zufolge befürworten 68 % der EU-Bürger die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sogar 82 % sind von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik überzeugt. Wenn wir uns trotz dieser hohen Akzeptanz bei der Bevölkerung bisher nicht zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdient, haben durchringen können, so liegt das vor allem am mangelnden politischen Willen.

Wenn aber die Bürgerinnen und Bürger schon von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik überzeugt sind, dann darf auf politischer Ebene kein Bremsmechanismus einsetzen. Das Gegenteil muß der Fall sein: Wir müssen die von der Bevölkerung mitgetragenen Ideen endlich in die Realität umsetzen. Das heißt, wir müssen umgehend die notwendigen Schritte einleiten. Die in Ihrem Leitlinienentwurf gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Entscheidungsverfahren sind wegweisend und realistisch.

Nicht weniger wichtig ist für unsere Bürger die innere Sicherheit. Eine Verbesserung der inneren Sicherheit können wir aber nur dann erlangen, wenn wir bereit sind, auch im Bereich der Innen- und Justizpolitik enger zusammenzuarbeiten. Die Bürger sind zu Recht besorgt. Sie verstehen den Streit um Kompetenzen nicht mehr. Sie wollen, daß feste Dämme gegen die Flut des organisierten Verbrechens, der Drogenkriminalität und der illegalen Einwanderung errichtet werden.

(Beifall)

Ich glaube, hier muß die Regierungskonferenz konkrete Verbesserungen erbringen.

Eine weitere zentrale Frage für mich ist: Was können wir tun, um die Ausübung der gemeinschaftlichen Kompetenzen zu vereinfachen? Wir brauchen mehr Effizienz, mehr Klarheit und mehr Demokratie in den gemeinschaftlichen Entscheidungsmechanismen. Nur so können wir es schaffen, Europa in den Köpfen und Herzen der Bürger besser zu verankern.

Ich nenne hier nur das Beispiel der verschiedenen Entscheidungsverfahren. Die Experten streiten darüber, ob es derer 20 oder 27 gibt. Der Bürger aber interessiert sich herzlich wenig für dieses juristische Arkanum. Für ihn geht es um Transparenz. Er will wissen: Wer trägt für eine bestimmte Entscheidung oder ein bestimmtes Gesetz die Verantwortung? Er hat Recht damit. Es kann nicht sein, daß die allzu häufige und allzu einfache Antwort lautet: Brüssel hat das entschieden! - womit der Sündenbock feststeht.

Für 1996 heißt dies: Vereinfachung des Verfahrens und mehr Klarheit bei der Verantwortlichkeit. Wir alle werden davon profitieren können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, die EU muß auch weiterhin die ihr als friedensfördernde Kraft in Europa und in der Welt zukommende Rolle ausfüllen. Sie muß weltoffen und zudem für ihre Partner USA und Japan verläßlich bleiben. Darüber hinaus muß sie weiterhin engagiert im Nord-Süd-Dialog mitwirken. Vor allem aber muß sie an engeren Beziehungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas interessiert sein; denn Europa ist nicht nur die Europäische Union, sondern der ganze Kontinent.

Als Modell für die friedliche Überwindung nationalstaatlicher Grenzen und als Vorbild für eine erfolgreiche marktwirtschaftliche Zusammenarbeit übt die Europäische Union ihrerseits eine

mächtige Anziehungskraft auf die mittel- und osteuropäischen Staaten aus. Deshalb kommt der EU beim Reform- und Umgestaltungsprozeß in diesen Staaten eine Schlüsselrolle zu. Es ist die Aufgabe der Europäischen Union, die mittel- und osteuropäischen Staaten bei dem historischen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung zu unterstützen und sie näher an unsere Stabilitäts- und Wertegemeinschaft heranzuführen.

Dies kann aber nur gelingen, wenn sie sich schrittweise und mit Augenmaß vollzieht. Dies ist eine Frage der ökonomischen Vernunft, aber auch eine Frage unserer moralischen Verantwortung. Die Union hat dazu eine Strategie der Beitrittsvorbereitung entwickelt. Die Erwartungen unserer Partnerländer sind groß. Für uns wird es vor allem darauf ankommen, konkrete Schritte zu unternehmen. Dies setzt auch bei uns große Kraftanstrengungen voraus. Ich weiß, wie schwierig es ist, die generelle Bereitschaft zur Hilfe in konkrete Maßnahmen der Marktöffnung auch in sensiblen Bereichen umzusetzen. Dennoch müssen wir hier zusätzliche Anstrengungen unternehmen, wenn unsere Strategie Erfolg haben soll.

Die Europaabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten enthalten eine Beitrittsperspektive. Wir müssen uns deshalb schon Gedanken über die Auswirkungen des Beitritts dieser Länder auf die einzelnen Gemeinschaftspolitiken machen. Die Kommission wird deshalb noch in diesem Jahr ein Weißbuch zur Agrarpolitik vorlegen und sich mit den Auswirkungen auf die Regionalpolitik befassen. Ich bin im übrigen überzeugt, daß diese Probleme auch finanziell lösbar sind, wenn wir entsprechende Übergangsfristen vorsehen.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, neben der Solidarität nach außen muß aber auch die Solidarität innerhalb der Europäischen Union weiterhin aufrechterhalten bleiben. Solidarität innerhalb der Union ist deshalb von so großer Bedeutung, weil wir das größte Problem, dem sich die Europäische Union derzeit gegenübergestellt sieht, sonst nicht in den Griff bekommen werden. Ich spreche vom Problem der Arbeitslosigkeit. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen sind für die Menschen in der Europäischen Union von existentieller Bedeutung. Wir müssen deshalb alles daransetzen, die Arbeitslosenzahl in der EU drastisch zu verringern und neue Arbeitsplätze in den Mitgliedstaaten der Union zu schaffen.

(Beifall)

Hier sind allerdings nicht nur wir Politiker gefordert. Um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, bedarf es der Konzentration und der gemeinsamen Suche nach Wegen und Mitteln. Hierbei sind alle gefordert: Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschafter. Die europäische Solidarität hat neben der sozialen auch eine regionale Dimension, und sie betrifft nicht zuletzt die zukünftigen Generationen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Für die Europäische Union stehen vier große Themen im Mittelpunkt der Tagesordnung: erstens die Regierungskonferenz 1996, zweitens die Schaffung einer einheitlichen Währung, wie sie im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist, drittens die Erweiterung der Europäischen Union und viertens ein neues Finanzpaket für die Zeit nach 1999. Alle diese Vorhaben hängen eng miteinander zusammen. Die Realisierung wird von uns allen große Kraftanstrengungen fordern. Ob wir Erfolg haben, hängt nicht zuletzt von uns, den Christlichen Demokraten, ab. Es ist unsere gemeinsame Vision von einem geeinten Europa, die wir damit entscheidend voranbringen können. Liebe Freunde, gemeinsam werden wir uns diesen Herausforderungen stellen, und gemeinsam werden wir sie auch meistern. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

**Erwin Teufel**, Tagungspräsidium: Herr Präsident Santer, wir alle danken Ihnen für das klare Konzept für die Regierungskonferenz im nächsten Jahr, das Sie vorgetragen haben. Die Fähigkeit zum Kompromiß der 15 wird entscheidend davon abhängen, ob die weltgeschichtliche Chance und Notwendigkeit für den Fortgang der Europäischen Union erkannt wird. Wir stehen hinter Ihnen, wenn Sie sagen: Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Notwendigkeit ist von den Bürgern erkannt, und die Regierungen dürfen in ihrer Einsicht nicht der Einsicht der Bürger nachhinken. Wir stehen hinter Ihnen, wenn Sie sagen, daß Europa sich gegen illegale Zuwanderung erfolgreich wehren muß. Wir stehen vor allem hinter Ihnen, wenn Sie sagen, daß Europa mehr zu einer Angelegenheit der Bürger werden muß und daß Europa nicht nur zu einem Thema der Köpfe, sondern auch der Herzen werden muß. Wir stehen hinter Ihnen in Ihrer Arbeit, und wir wissen, daß Sie nicht nur ein Freund der europäischen Einigung, sondern über viele Jahre auch ein guter Nachbar und Freund der Deutschen gewesen sind und bis zum heutigen Tage sind.

(Beifall)

Alles Gute für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich übergebe die Tagungsleitung jetzt an das Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn Professor Pöttering.

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich rufe auf: Tagesordnungspunkt 11.1

BERICHT DES VORSITZENDEN DER  
CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-FRAKTION DES  
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, PROF. DR. GÜNTER RINSCHKE

und Tagesordnungspunkt 12.1

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES  
„DIE EUROPÄISCHE UNION VORANBRINGEN -  
EUROPAPOLITISCHE LEITSÄTZE DER CDU DEUTSCHLANDS“

Das Wort hat Professor Dr. Günter Rinsche.

**Prof. Dr. Günter Rinsche** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Wahlsieg der CDU/CSU in der Europawahl am 12. Juni 1994 hat der deutschen Delegation in der EVP-Fraktion eine große Verantwortung übertragen. Die damit verbundenen Aufgaben und Verpflichtungen entsprechen der besonderen Rolle von CDU und CSU als den deutschen Europaparteien. Sie sind gekoppelt an die hohen Anforderungen, die europaweit an uns gestellt werden, und sie sind eine Konsequenz der geographischen Lage, der geschichtlichen Entwicklung, der wirtschaftlichen Stärke und der politischen Bedeutung Deutschlands in Europa.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat der große französische Dichter Paul Claudel geschrieben:

Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie zu versammeln. Seine Rolle ist es, Übereinstimmung zu schaffen, all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind.

Dieses Wort des christlich-demokratischen Denkers Paul Claudel ist für uns, die 47 Europa-abgeordneten der CDU/CSU, Richtschnur unserer Arbeit in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und in ganz Europa.

Integrieren statt Intrigieren und Spalten - dieser Leitsatz bestimmte auch unser Verhalten bei der Einsetzung der neuen Europäischen Kommission, die erstmals durch ein Votum des Europäischen Parlaments demokratisch legitimiert wurde. Aus parteitaktischen Gründen hatten sich Sozialisten, Grüne und umgetaufte Kommunisten gegen die Nominierung des Christdemokraten und luxemburgischen Ministerpräsidenten, unseres Freundes Jacques Santer, ausgesprochen. Es ist den rastlosen Bemühungen der EVP-Fraktion unter der umsichtigen Führung unseres Fraktionsvorsitzenden und Freundes Wilfried Martens gelungen und ihnen zu verdanken, daß mit unserem Parteifreund Jacques Santer ein kompetenter und sehr erfahrener Europäer als Präsident der Kommission für die Einigung Europas arbeiten kann. Wir danken ihm für seine Tätigkeit.

(Beifall)

Die mit Spannung erwartete Abstimmung am 21. Juli 1994, die mit 260 Stimmen für Jacques Santer bei 238 Gegenstimmen die parteipolitische Konstellation im Europäischen Parlament anzeigte, wurde von der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“ als politische Spaltung des Europäischen Parlamentes kritisiert. Nach intensiver Anhörung der designierten Kommissare bestätigten dann aber am 18. Januar 1995 die europäischen Abgeordneten Jacques Santer und seine Mannschaft mit 417 Ja-Stimmen bei 104 Gegenstimmen und 59 Enthaltungen.

Liebe Freunde, ich möchte auch an dieser Stelle unseren Freunden Jacques Santer und Wilfried Martens herzlichst für erfolgreiche Arbeit und für eine sehr gute Zusammenarbeit mit uns, der CDU/CSU im Europäischen Parlament, danken.

Am 12. Juli 1995 hat das Europäische Parlament den ersten europäischen Bürgerbeauftragten gewählt. Der Kandidat der EVP-Fraktion, ein deutscher Christdemokrat, dessen hohe Qualifikation für dieses Amt von allen Seiten anerkannt wurde, erhielt im ersten Wahlgang die mit Abstand höchste Stimmenzahl. Im dritten Wahlgang wurde aber auf Grund von Absprachen der Sozialisten mit anderen Gruppen der Finne Jacob Södermann gewählt.

Seit September 1995 kann sich nunmehr jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union mit persönlichen Klagen über Mißstände und Fehlverhalten direkt an den Bürgerbeauftragten wenden. Wir werden mit dafür sorgen, daß der EP-Petitionsausschuß eng mit dem Bürgerbeauftragten zusammenarbeitet, damit den betroffenen Bürgern möglichst schnell und effizient geholfen werden kann. Meine Freunde, wir haben die begründete Hoffnung, daß mit diesen Initiativen unser Ziel eines Europas der Bürger wieder ein Stück nähergerückt ist.

„Leben ist Problemlösen“, sagte der Philosoph Karl Popper. Dies gilt auch für die Arbeit in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments, in denen deutsche Christdemokraten mit großem Engagement, mit Sachverstand und mit erfolversprechenden Initiativen für die Lösung solcher Probleme arbeiten, die unseren Bürgern auf den Nägeln brennen. Schlüsselworte sind hier u.a.: Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zur mittelfristigen Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa; Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch Forschung, technologische Zusammenarbeit, Deregulierung und Entbürokratisierung; grundlegende Verbesserung der europäischen Umweltqualität; Bekämpfung der international organisierten

Kriminalität. Für diese und andere Schlüsselprobleme haben deutsche Christdemokraten als Berichterstatter, als Obleute und als Ausschußvorsitzende realistische Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, analysiert und in die parlamentarische Debatte eingebracht.

Lassen Sie mich nun ein heikles und sensibles Thema ansprechen. In der europäischen und vor allem in der deutschen Öffentlichkeit findet die Ausgabenpolitik der Europäischen Union ein zunehmendes, teilweise emotionsgeladenes Interesse. Dies ist verständlich in Ländern, in denen die Grenzen der Abgabenbelastung erreicht und teilweise überschritten sind und Meldungen - mit unterschiedlichem Wahrheitsgehalt - über „Brüsseler Verschwendung“ und europäischen Subventionsbetrug die Steuerzahler in Zorn versetzen. Wir, die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments, nehmen diese Kritik und die damit verbundene Problematik sehr ernst. Wer Probleme lösen will, darf Probleme nicht leugnen. Es gilt, Tatbestände zu ermitteln, Fehlentwicklungen und Schwierigkeiten zu untersuchen sowie Methoden und Maßnahmen zur Problemlösung anzuwenden.

Der EU-Haushalt hat jetzt ein Volumen von 76,5 Milliarden ECU, das sind etwa 145 Milliarden DM. Dies ist in absoluten Zahlen schon eine beachtliche Summe. Im Vergleich mit anderen Größen, etwa mit dem deutschen Bruttosozialprodukt oder den nationalen Budgets ist es relativ wenig, verdient aber dennoch unsere volle Aufmerksamkeit. Deutschland finanziert den Haushalt der EU zu etwa 30 %. Der sogenannte Brüssel-Transfer wird 1996 rund 45 Milliarden DM betragen.

Die politische Bewertung dieser deutschen Finanzierungssummen darf sich aber nicht nur auf die fiskalischen Aspekte beschränken, sondern muß auch die gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung in die wertende Betrachtung einbeziehen. Dazu gehören eben Ziffern über den deutschen Export in die EU-Länder, über den sehr hohen deutschen Lieferanteil am Bau der transeuropäischen Netze usw. In der gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung einschließlich der beträchtlichen Rückflüsse, z.B. für die deutsche Landwirtschaft und für die neuen Bundesländer, kann Deutschland durchaus als Nutzenmaximierer bezeichnet werden.

Problematischer ist die Tatsache, daß die Ausgaben des EU-Haushalts zu 80 % aus Subventionen bestehen. Nun sind Subventionen als Mittel der Politik unverzichtbar: als Öl im Getriebe des Strukturwandels, als soziale Flankierung bei politischen Reformen, als Hilfe zur Selbsthilfe und auch als Anreiz für Forschung und für den Bau von Infrastrukturen für das Europa des 21. Jahrhunderts, z.B. bei den transeuropäischen Netzen.

Unsere besondere Beachtung gilt aber einigen negativen Effekten von Dauersubventionen: erstens den Zuschwemmeffekten, d.h., das Geld fließt in die falschen Taschen; zweitens der ruinösen Konkurrenz, d.h., Subventionen verfälschen den Wettbewerb; drittens den Mitnahmeeffekten, d.h. Finanzierung ohne Mehrgiebigkeit; viertens den Gewöhnungseffekten, d.h., wer dauernd am Tropf hängt, wird nie gesund; fünftens den Lähmungseffekten, d.h., Dauersubventionen beeinträchtigen die private Initiative und Selbsthilfe.

In den letzten Monaten vergeht kaum eine Woche, in der nicht Nachrichten und Kommentare über Unregelmäßigkeiten und Mißbrauch europäischer Subventionen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Nun hat es Betrug und Korruption nicht nur im Bereich der EU, sondern auch in allen Gesellschaften und in vielen anderen Institutionen gegeben. Europaspesifisch ist aber die Tatsache, daß die Transparenz, d.h. die Durchschaubarkeit, in einer sehr großen Gemeinschaft tendenziell geringer ist als in kleineren und überschaubaren Ge-

meinschaften. Oft übersehen wird auch, daß für den Vollzug des EU-Haushaltes zu rund 70 % die Mitgliedstaaten zuständig sind und die Leistungsfähigkeit der nationalen, regionalen und kommunalen Verwaltungen in Europa sehr unterschiedlich ist.

Aus diesen und anderen Gründen hat die EVP die Haushaltskontrolle und die Effizienzsteigerung europäischer Finanzpolitik zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Die Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses für Haushaltskontrolle, die Schaffung des Europäischen Rechnungshofes und die Aufstellung einer Einheit zur Betrugsbekämpfung sind vor allem auch auf Initiativen von CDU/CSU-Abgeordneten zurückzuführen. Eine deutsche Christdemokratin ist jetzt Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses. Ein deutscher Christdemokrat als Mitglied des Europäischen Rechnungshofes arbeitet mit großem Engagement und weitreichenden Initiativen mit uns im Europäischen Parlament zusammen, um die Ausgabeneffizienz zu verbessern und unseren Bürgern die Gewißheit zu geben, daß ihre mühsam erarbeiteten Steuergroschen in Europa zu ihrem eigenen Nutzen sinnvoll und wirtschaftlich verwendet werden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, im Zusammenhang mit der Ausgabeneffizienz der Europäischen Union steht die notwendige Reform der Arbeit des Europäischen Parlaments. Die CDU/CSU hat eine Arbeitsgruppe „Parlamentsreform“ eingesetzt, die in Kürze konkrete Vorschläge vorlegen wird. Man muß wissen: Das Europäische Parlament ist eine politische Innovation, ein Parlament sui generis. Es gibt keine Regierungsparteien, und es gibt keine Oppositionsparteien. Das ermöglicht größere Freiheitsräume, enthält aber auch die Versuchung zur Disziplinlosigkeit. Anders ausgedrückt: Das Europäische Parlament hat ein beachtliches Innovationspotential, aber auch ein problematisches Chaospotential. Für Rechtsradikale ist das EP ein Protestforum. Für Teile der Linken ist das Europäische Parlament ein Ideologiereservat. Man sagt und fordert dort Dinge, die man im nationalen Parlament nicht mehr sagen kann.

Ein Beispiel für solchen politischen Unsinn ist ein Änderungsantrag des italienischen Altkommunisten Lucio Manisco zum Menschenrechtsbericht, in dem die Untaten des SED-Regimes verharmlost und die angebliche Verfolgung der SED-Funktionäre heute kritisiert wurden. Dieser absurde und wahrheitswidrige Antrag erhielt durch die Stimmen der Sozialisten im Innenausschuß eine Mehrheit und wurde dann durch die Aktivität der EVP und der CDU/CSU-Abgeordneten im EP-Plenum mit Mehrheit abgelehnt.

(Beifall)

Ein in Zukunft wichtiger werdendes Problem ist die Störung der Außenbeziehungen der Europäischen Union, z.B. durch Blockierung von Außenwirtschaftsverträgen, zum Teil aus ideologisch und historisch bedingten Vorbehalten. Beispiele sind der Kooperationsvertrag mit der ASEAN und auch die geplante Zollunion mit der Türkei.

Als CDU/CSU-Gruppe bemühen wir uns, sinnwidrige Blockaden aufzulösen und den Weg für wünschenswerte Entwicklungen freizumachen. So arbeitet z.B. eine von unserem Kollegen initiierte europäisch-türkische Freundschaftsgruppe unter dem Vorsitz eines deutschen Christdemokraten für bessere Beziehungen und für eine Förderung der demokratischen und sozialökonomischen Entwicklung der Türkei, deren Bedeutung als Schlüsselregion überall unbestritten ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, durch Initiative unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl ist das Europäische Parlament mit zwei Abgeordneten in der Reflexionsgruppe zur Vor-

bereitung der EU-Regierungskonferenz 1996/97 vertreten. Es ist uns gelungen, daß ein deutscher Christdemokrat zum Mitglied dieses wichtigen Gremiums gewählt wurde.

(Beifall)

Seine Arbeit trägt wesentlich dazu bei, den Bericht für den Europäischen Rat in Madrid zu erstellen, der die Hauptprobleme und verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die notwendigen Reformen der Europäischen Union aufzeigen soll. Von großem Wert für die Arbeit der Reflexionsgruppe waren und sind die Papiere zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Innen- und Rechtspolitik, die von Mitgliedern unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Beteiligung von Europa-Abgeordneten der CDU/CSU erarbeitet wurden. Unsere einflußreiche Mitarbeit an der Vorbereitung der Regierungskonferenz kommt in der positiven Bewertung unserer Analysen und Vorschläge durch den sozialistischen spanischen Vorsitzenden der Reflexionsgruppe zum Ausdruck.

Eigenständig, aber in enger Koordinierung mit unseren Freunden in den anderen beteiligten Gremien hat die EVP - Fraktion und Partei - ihre Positionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union formuliert. Unter Leitung des deutschen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde ein Programm erarbeitet, dessen wichtigste Forderungen sind: erstens mehr Handlungsfähigkeit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, zweitens mehr Transparenz in der Gesetzgebung, drittens mehr Effizienz in der Innen- und Rechtspolitik.

Für die CDU/CSU-Gruppe ist der erstrebte Erfolg der Regierungskonferenz eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Zukunft der Europäer und die richtige Weichenstellung für das 21. Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, im Berichtszeitraum 1995 stellen wir mit Freude und Dankbarkeit fest: Die europapolitische Zusammenarbeit der CDU/CSU auf allen politischen Entscheidungsebenen hat sich noch weiter intensiviert, erweitert und verbessert. Dies gilt insbesondere für unsere reibungslose Zusammenarbeit mit unseren Freunden in der Bundestagsfraktion und in der Bundesregierung. So gibt es z. B. gemeinsame Veranstaltungen über zentrale Fragen der europäischen Politik wie auch Arbeitsgruppen, in denen Bundestagsabgeordnete und europäische Abgeordnete kontinuierlich über die Lösung wichtiger Sachfragen beraten. Als weiteres Beispiel unter vielen kann hier unser Europapolitischer Kongreß in Berlin erwähnt werden, der durch unseren Berliner Abgeordneten organisiert wurde und dem zentralen Thema der „Erweiterung der Europäischen Union“ gewidmet war. Richtungsweisende Bedeutung hat vor allem aber die Kontinuität der Kontakte und vertrauensvolle Zusammenarbeit unseres Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl mit der EVP-Fraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Nach unserer letzten gemeinsamen Diskussion in einer durch Wilfried Martens anberaumten Sondersitzung der EVP-Fraktion am 20. September 1995 in Straßburg gab es zahlreiche positive Kommentare unserer Freunde aus anderen europäischen Nationen: „Das war ein europapolitischer Vitaminstoß!“, „Ein Motivationsschub für Europa!“ und schließlich „Helmut Kohl ist europapolitisch unverzichtbar!“

(Beifall)

Solche Kommentare hören wir sehr gern. Diese spontane Zustimmung hilft uns auch in unserer täglichen Arbeit. Vor allem aber sehen wir in diesen Worten unserer Freunde eine Aufforderung an das europäische Deutschland und eine Herausforderung unserer Integrationskraft.



Lassen Sie mich schließen mit einem Wort von Henry Benrath: „Geschichte wird nach vorwärts gemacht, und nicht nach rückwärts! Verjagen wir alle Vorurteile! Sehen wir, was ist, und seien wir rechtzeitig Teilnehmer an dem, was wird!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf dann überleitend den Antrag zur Diskussion stellen und aus unserer Sicht folgende Einführung geben.

Der Ihnen heute vorgelegte Antrag mit der Zielsetzung „Die Europäische Union voranbringen“ ist eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Erfordernisse europäischer Zukunftssicherung. Die Ihnen zur Diskussion und Beschlußfassung übermittelten Europapolitischen Leitsätze der CDU Deutschlands sind nicht der Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union, auch nicht eine umfassende Liste europapolitischer Wünsche, schon gar nicht eine lückenlose Darstellung der Analyse europäischer Probleme. Diese Leitsätze beschreiben kurz und knapp die existenzwichtigen Voraussetzungen einer stabilen und dauerhaften Ordnung der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit für alle Europäer. Der bewußte Verzicht auf die Darstellung aller noch so berechtigten Wünsche entspricht einer Bedingung erfolgversprechender Politik, zusammengefaßt in dem Satz: Wir dürfen das Mögliche nicht am Wünschenswerten scheitern lassen, aber wir müssen das Notwendige möglich machen.

(Beifall)

Schlüsselworte der in den Leitsätzen aufgezeigten Notwendigkeiten sind erstens die Legitimität der europäischen Willensbildung, zweitens die Durchschaubarkeit der europäischen Politik als eine wesentliche Voraussetzung ihrer Akzeptanz durch die Europäer, drittens die Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union, viertens die Schaffung der institutionellen Erfolgsbedingungen einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft für ganz Europa, fünftens der Aufbau einer europaweiten Sicherheitspartnerschaft mit solchen Instrumenten und Institutionen, die Sicherheit und Stabilität ermöglichen und gewährleisten können, sechstens die Realisierung einer stufenweisen Erweiterung der Europäischen Union, die den beitragswilligen und beitragsfähigen Staaten und ihren Bürgern die Teilhabe an Stabilität, Prosperität und Sicherheit an der größten Gemeinschaft eröffnet, und siebtens die institutionalisierte Partnerschaft einer erweiterten Europäischen Union mit jenen Staaten und Schlüsselregionen, die in vielfältiger Weise mit Europa verbunden und verflochten sind.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, drei Erfordernisse der europäischen Integration sprechen wir in unseren Leitsätzen besonders an: erstens die Irreversibilität, d. h. die Unumkehrbarkeit einer friedenschaffenden, freiheitsbewahrenden und gerechtigkeitsmehrenden Einigung Europas, das also, was Immanuel Kant vor 200 Jahren den „unauflöselichen Friedensbund“ genannt hat, zweitens das Prinzip der Subsidiarität als Recht der kleinen Lebenskreise und des Aufbaus von unten nach oben - Subsidiarität entspricht der Freiheit und Würde des Menschen, ermöglicht die sparsame Verwendung knapper Ressourcen und schützt die Vielfalt der europäischen Kultur - und drittens das dynamische Prinzip der Integration, d. h. die Möglichkeit, daß alle Mitgliedsstaaten an der Einigung teilnehmen können, keiner aber die von den anderen erstrebten notwendigen Fortschritte bremsen oder blockieren darf. Das Erfordernis dynamischer Politik hat der italienische Staatsdenker Niccolò Machiavelli in seinen „Discorsi“ vor 500 Jahren in dem Satz zusammengefaßt: Man darf einem Staat nie eine solche Verfassung geben, daß einige wenige in der Lage sind, einen Beschluß aufzuhalten, der zur Existenzsicherung des Ganzen nötig ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Ihnen vorgelegten Europapolitischen Leitsätze sind das Konzentrat von Überlegungen, Diskussionen und Analysen zahlreicher CDU-Mitglieder aller politischen Entscheidungsebenen. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank für ihr Engagement und ihre unermüdliche Arbeit für die Einigung Europas und damit für die richtige Weichenstellung der europäischen Politik im 21. Jahrhundert.

Ich wünsche uns eine fruchtbare Diskussion und eine erfolversprechende Beschlußfassung.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf sicher auch in Ihrer aller Namen Günter Rinsche für seinen Bericht und für die Einführung in den Europaantrag sehr herzlich danken. Ich darf auch ein herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß er mit großem Erfolg die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament führt.

Wir sind als stärkste Gruppe mit 47 von 173 Abgeordneten in der EVP-Fraktion eine wichtige Gruppe, und Günter Rinsche hat ein herzliches Wort des Dankes dafür verdient, daß er unsere Anliegen immer auch mit der Europäischen Volkspartei in Übereinstimmung bringt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN DER  
CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-FRAKTION  
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

Bevor ich den ersten Redner aufrufe, darf ich Sie zunächst einmal sehr herzlich bitten, für Wortmeldungen die Wortmeldezettel zu verwenden. Wortmeldungen, die sich direkt auf den Antrag beziehen, bitte ich unter dem folgenden, also späteren Tagesordnungspunkt 12.2 abzugeben.

Außerdem bitte ich alle Rednerinnen und Redner, sich möglichst kurz zu halten, so daß alle Wortmeldungen erteilt werden können.

Nun erteile ich dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, das Wort, unter dessen Vorsitz der Antrag erarbeitet worden ist.

(Beifall)

**Rudolf Seiters:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Präsident Santer hat davon gesprochen, daß wir die Köpfe und Herzen der Menschen beim Thema Europa erreichen müssen. Dabei haben wir sicherlich noch einiges zu tun; denn wenn wir in unseren Wahlkreisen unterwegs sind, dann wird es vielen ähnlich gehen: Für viele ist Europa immer noch kein hautnahes Thema, es wird erst lebendig, wenn es um die Währung geht.

Die Regierungskonferenz 1996 ist weit weg, und die wenigsten Bürger wissen genau, was unter institutionellen Reformen zu verstehen ist. Deswegen sollten wir nicht in erster Linie über die Instrumente, über die organisatorischen Fragen sprechen - das alles ist doch kein Selbstzweck -, sondern wir sollten darüber sprechen, was Europa auch in der Zukunft für uns bedeutet, nämlich Frieden, Freiheit, Wohlstand, Beschäftigung, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit. Es geht darum, die Handlungsfähigkeit dieses Europas zu stärken.

Wir bekämpfen immer noch Kriminalität und organisierte Kriminalität mit nationalen Mitteln. Wir haben kein gemeinsames Asyl- oder Zuwanderungsgesetz. In wichtigen Fragen, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik, gibt es das Vetorecht eines einzelnen Staates.

Die Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union behindern die Handlungsfähigkeit Europas, und sie erschweren die Erweiterung der Europäischen Union um unsere osteuropäischen Partner. Deswegen müssen wir die Regierungskonferenz sorgfältig vorbereiten. Deswegen können wir uns keine Rückschläge leisten, und deswegen sind die Jahre 1995 und 1996 ganz sicher Schlüsseljahre für unseren Kontinent.

Ich will aus dem Leitantrag, über den wir heute abstimmen, nur zwei Punkte beispielhaft herausgreifen: Erstens. Wir müssen vom Vetorecht wegkommen hin zu Mehrheitsentscheidungen, und zwar bei der gemeinschaftlichen Rechtssetzung ebenso wie in den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik oder der Innen- und Rechtspolitik. Ohne Mehrheitsentscheidung wird die Europäische Union in entscheidenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen keine größere Handlungsfähigkeit erreichen.

(Beifall)

Auch die SPD will Mehrheitsentscheidungen, aber es gibt einen gravierenden Unterschied, den wir auch deutlich machen müssen. Die SPD will die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik an deren vorherige Vergemeinschaftung binden. Das aber ist 1996 nicht erreichbar, das ist unrealistisch.

Deshalb sagen wir: Wer auf der Regierungskonferenz die Einführung von Mehrheitsentscheidungen von der vorherigen Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik abhängig macht, der muß wissen, daß er damit das Vetorecht zementiert, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen blockiert und die Stärkung der Wirksamkeit der europäischen Außenpolitik behindert. Wir wollen das Gegenteil.

(Beifall)

Zweitens. Die Vertiefung der Europäischen Union und die Verbesserung der Entscheidungsstrukturen sind gleichzeitig wichtige Voraussetzungen für die Osterweiterung der Europäischen Union, die wir anstreben. Direkt neben Deutschland verläuft die Wohlstandsgrenze mitten durch Europa. Wenn wir diese Wohlstandsgrenze nicht beseitigen, dann wird das wirtschaftliche Gefälle die Stabilität der Europäischen Union auf Dauer gefährden.

Deshalb ist die konkrete Beitrittsperspektive zur Europäischen Union und zur NATO für unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn so unglaublich wichtig, und sie liegt auch in unserem eigenen Interesse. Denn nur bei einer konkreten Beitrittsperspektive werden wir unsere östlichen Nachbarn ermutigen können, ihre erheblichen Anstrengungen für Soziale Marktwirtschaft, für Privatisierung, für den Abbau der Staatsverschuldung und für die Stabilisierung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse fortzusetzen und zu verstärken.

Deswegen wollen wir, daß erste mittelosteuropäische Staaten um das Jahr 2000 in die Europäische Union aufgenommen werden können, wenn die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen. Ähnliches gilt für die NATO-Mitgliedschaft, die für niemanden eine Bedrohung darstellt. Eine erweiterte NATO soll eine Stütze von Demokratie und Stabilität in ganz Europa sein. Das liegt z. B. auch im russischen Interesse.

Eines möchte ich hinzufügen, weil es mittlerweile darüber eine Diskussion gibt. Als Deutscher und Europäer fällt mir kein Argument ein, warum wir in Deutschland einem freien und

souveränen Polen die NATO-Mitgliedschaft verweigern sollten, wenn Polen sie wünscht und die Voraussetzungen vorliegen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung anfügen, weil ich dafür plädiert habe, daß wir zu einer gemeinsamen europäischen Strategie in der Frage des Asyl- und Zuwanderungsrechts kommen. Es kann sich jederzeit wieder eine Flüchtlingswelle in Gang setzen. Belastungen können jederzeit auf jeden Mitgliedsstaat der Europäischen Union zukommen.

Deswegen brauchen wir in Sachen Zuwanderung die gemeinschaftliche Verantwortung der Europäischen Union in der Vorsorge. Aber eines möchte ich ergänzen. Die Notwendigkeit, das Asyl- und Zuwanderungsrecht so weit wie möglich zu vergemeinschaften, darf uns nicht daran hindern, auch national weiterhin alles zu tun, damit es nicht wieder zu einer unkontrollierten Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland kommt. Auch das hat etwas mit Europafähigkeit zu tun.

(Beifall)

Wir haben 1993 den Asylkompromiß verabschiedet. Das war ein wichtiger Schritt zum inneren Frieden, er hat die Asylprobleme deutlich gemildert. Jetzt stehen wir vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. In dieser Phase fordert Frau Däubler-Gmelin von der SPD die Änderung der Drittstaaten- und Flughafenregelung. Ich kann davor nur warnen.

(Beifall)

Ich erinnere an die 440 000 Asylbewerber, die allein 1992 nach Deutschland gekommen sind. Ich denke an die Riesenprobleme in unseren Städten und Gemeinden. Ich erinnere an die provozierenden Bilder von geschleußten und geschleppten Asylbewerbern auf dem Flughafen Frankfurt und an den deutschen Grenzen. Das war Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen.

Ich erinnere an die polemischen und falschen Behauptungen unserer Gegner, Deutschland werde zu einer Festung, und niemand habe mehr die Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland.

Mittlerweile ist das alles von der Realität widerlegt. Wer vor diesem Hintergrund den Asylkompromiß in Frage stellt, der gefährdet den mühsam hergestellten inneren Frieden, der spielt mit dem Feuer, und er macht Deutschland in dieser Frage letztlich europaaunfähig.

(Beifall)

Hier trägt jeder im Bereich der Politik und der Justiz eine große Verantwortung. Wir werden alles tun, damit es nicht zu einer Aushöhlung des Asylkompromisses kommt. Diese feste Absicht sollten wir auch auf diesem Parteitag deutlich unterstreichen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Rudolf Seiters, für diese Rede, aber auch für die gute Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion.

Als unser Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender Wilfried Martens kürzlich nach Brüssel eingeladen hatte, war Rudolf Seiters zwei Tage da. Das alles trägt dazu bei, daß wir als CDU und CSU mit der EVP eine gemeinsame europapolitische Sprache sprechen. Vielen Dank, Rudolf Seiters, für diese Zusammenarbeit.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments. Der nächste ist dann Rolf Berend, Mitglied des Europäischen Parlaments.

**Thomas Mann:** Lieber Jacques Santer! Lieber Wilfried Martens! Liebe Parteifreundinnen und -freunde! In Sachen WWU haben wir einen erheblichen Erklärungsbedarf; das wissen wir. Die nächsten Tage und Wochen werden von uns sicherlich dafür genutzt, diejenigen, die sagen, die deutsche D-Mark sei hart und stark, darüber zu informieren, daß die neue europäische Währung mindestens so hart und so stark, möglicherweise sogar noch stärker werden wird. Dafür gibt es begründete Ansichten.

Aber die WWU ist keine Veranstaltung für die Banker und keine Veranstaltung für die Politiker, sondern für die Bürgerinnen und Bürger draußen.

Wir werden im politischen Bereich unsere Aufgaben machen. Ich hoffe sehr, daß auch die anderen ihre Aufgaben machen, nämlich diejenigen, die in den Chefetagen der Banken sitzen. Alle, unisono, sind davon überzeugt, daß es ohne WWU nicht vorangehen wird. Aber dann müssen sie ihre Leute im mittleren Management bis unten hinein in die Bankberatungsabteilungen davon überzeugen, daß es ohne die WWU nicht geht. Dort spielt die Musik. Wir brauchen die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zweites. Ich glaube, das ist hier sehr deutlich geworden: Die Regierungskonferenz 1996 ist keine Veranstaltung, damit sich Politiker über mehr Rechte des einen zu Lasten des anderen Parlaments unterhalten. Vielmehr geht es bei der Regierungskonferenz 1996 darum - das wissen die wenigsten -, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu einer wirklich gemeinsamen Politik zu bringen. Bisher haben wir nur intergouvernementale Zusammenarbeit, d.h. Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Dimension.

Die Regierungskonferenz hat auch damit zu tun, daß wir eine gemeinsame Außenpolitik haben müssen, eine gemeinsame Asylpolitik und eine gemeinsame Visapolitik.

Also, all das, dessen Fehlen die Bürgerinnen und Bürger bei uns beklagen, wobei sie sagen: „Ihr habt keine Lösungen“, wird 1996 hoffentlich Realität. Dann merken die Menschen, das geht uns wirklich in erster Linie an.

Ich meine, es muß noch ein weiteres Signal kommen, das in der Diskussion viel zu wenig behandelt wird: Wir werden auf europäischer Ebene im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht nachlassen. Das Europäische Parlament hat zu Beginn der Periode für ein Jahr lang einen Beschäftigungsausschuß gebildet. Ein Jahr lang haben wir bis in die Nächte hinein diskutiert.

Ein Jahr lang haben wir sogenannte „fact finding tours“ gemacht. Das heißt, wir haben uns nicht vom grünen Tisch aus, sondern dort in den einzelnen Ländern informiert: Was wird für die Beschäftigungspolitik getan, was wird gegen die Langzeitarbeitslosigkeit getan, was wird zur Integration von Behinderten getan? Erst daraufhin haben wir Papiere veranlaßt.

Eine Kernbotschaft dabei heißt: Wir müssen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Kampf gegen die Ausgrenzung dadurch führen, daß wir die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten und die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft, also die Strukturfonds, Sozialfonds, Regionalfonds, Kohäsionsfonds, viel stärker aufeinander abstimmen als bisher.

Wir können mit dem Kompetenzgerangel, das wir bisher erlebt haben, nicht mehr so weitermachen.

Wir brauchen die Voraussetzung der Stabilitätspolitik, WWU-Kriterien. Daran - das hat Helmut Kohl gesagt - gibt es auf keiner Seite irgendwelche Reduktionen. Es bleibt bei diesen harten Konvergenzkriterien; sie sind unumkehrbar.

Ich meine, eine andere wichtige Botschaft aus dem Papier betrifft einen Bereich, der uns in Deutschland interessiert: Wir fördern in der Europäischen Union die KMU; das sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Nach wie vor stellen der Mittelstand und das Handwerk genau wie in Deutschland die meisten Arbeitsplätze und die meisten Ausbildungsplätze. Die KMU sind auf europäischer Ebene innovativ. Sie sind sehr viel flexibler als gedacht. Sie haben die Möglichkeit, etwas zu tun, was in Großbetrieben unterbleibt.

Dort, in den kleinen und mittelständischen Betrieben, ist Erfahrung noch ein Faktor. In anderen Bereichen werden die Leute ab 50 gefeuert. Dort haben sie Bedeutung, dort werden sie geachtet und geschätzt.

Deshalb haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ein vitales Interesse daran, daß uns die KMU die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die wir in Europa brauchen. Also werden sie gefördert, sie werden managementfähig gemacht. Sie lernen auf europäischer Ebene: Was sind die juristischen Voraussetzungen, die administrativen Voraussetzungen? Wie können wir mit anderen Ländern zusammenarbeiten? Wie können auch die deutschen Unternehmen drüben, in anderen europäischen Ländern, anbieten? Wie erreichen wir, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen?

In diesem Bereich arbeiten wir auf der europäischen Ebene, und ich denke, es lohnt sich. Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen muß die Aufgabe Nummer eins bleiben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Mann. - Nun Rolf Berend und danach Dr. Friedbert Pflüger. - Bitte schön, Rolf Berend.

**Rolf Berend**: Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Thüringer Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied im Regionalpolitischen Ausschuß liegt mir sehr am Herzen, Horrorszenarien einer Kostenexplosion bei der Erweiterung der Europäischen Union auf die mittel- und osteuropäischen Staaten zu relativieren.

Wer an eine solche einmalige Gelegenheit mit buchhalterischer Krämerseele herangeht, vergeblich eine historische Chance, die sich, wenn überhaupt - wie der Bundeskanzler heute morgen sagte -, erst nach langer Zeit wieder bietet.

Natürlich ist eine solche Herausforderung genau wie die deutsche Einheit nicht zum Nulltarif zu haben. Als ostdeutscher Vertreter im Europäischen Parlament weiß ich, daß es einen solchen Beitritt wie den der fünf neuen Bundesländer, die in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 dieser Union beigetreten sind, nicht wieder geben kann und nicht wieder geben wird.

Es wird sich auch ein Beitritt wie der von Spanien, Portugal und Irland in dieser Form nicht wiederholen. Wer solches glaubt, der malt solche Horrorszenarien und verunsichert unsere Bürger. Das darf doch wohl nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Eine besondere Aufgabe sehen wir ostdeutschen Vertreter im Europäischen Parlament vor allem darin, daß wir Fürsprecher für die mittel- und osteuropäischen Länder sind, weil wir nicht vergessen haben: Wir haben mit diesen Ländern 40 Jahre in einem Boot gesessen. Wir haben nicht vergessen, daß wir 40 Jahre eine Schicksalsgemeinschaft waren. Wir haben auch nicht vergessen, daß wir, die fünf neuen Bundesländer, die Glücksstunde eines 3. Oktober 1990 hatten.

Die Osterweiterung muß bei einer vernünftigen Reform der EU-Strukturpolitik der Fünfzehn und einer vernünftigen Übergangsregelung nicht zu einer explosionsartigen Entwicklung der für die Strukturfonds notwendigen Mittel führen.

Das heißt konkret, liebe Freunde: Die ohnehin anstehende Reform der Strukturpolitik 1999 muß Spielraum dafür schaffen, osteuropäische Länder in einer Übergangsfrist einzuphasen: drei, fünf oder zehn Jahre, abhängig davon, in welchem Zustand diese Länder beitreten.

Das bedeutet ehrlicherweise auch für uns: Deutschland muß auf dem Weg ins 21. Jahrhundert wählen: Entweder bekennen wir uns zum Prinzip der Solidarität in der EU und kommen weiterhin unseren Verpflichtungen nach - übrigens erst recht, wenn es eines Tages die ökonomischen Früchte der Vereinigung zu ernten gilt -, oder wir bestehen auf brutto für netto und gehen dann aber einen anderen Weg in eine andere EU; dieser wurde heute morgen im Referat des Bundeskanzlers als „zurück in eine barbarische Zeit“ bezeichnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir alle nicht. Haben wir doch - wie bei der deutschen Einigung - den Mut! Es ist eine historische Chance. Wir dürfen diese Chance nicht vertun. Lassen Sie sie uns beim Schopf packen, a) aus Solidarität, aber b) auch aus deutschem Eigeninteresse. Und lassen wir uns nicht von diesem kleinkarierten krämerischen Streit beeinflussen! Die Väter der Europäischen Union, allen voran der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, haben die EG nicht aus Berechnung, sondern aus dem Mut zu einer notwendigen und konkreten Vision geschaffen. Seien wir doch in dieser Frage mit unseren heutigen Voraussetzungen und Herausforderungen keine staatlich geprüften Bedenkenträger auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rolf Berend. Nun Dr. Friedbert Pflüger, bitte.

**Dr. Friedbert Pflüger**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne auf die sicherheitspolitische Situation in Europa und Deutschland eingehen. Da sehe ich drei große potentielle Bedrohungen für die Sicherheit unseres Landes und unseres Kontinents:

Die erste große Bedrohung ist die Lage in Rußland. Ich finde, daß wir da in unseren Analysen manchmal ein bißchen das Prinzip Hoffnung und nicht das Prinzip Verantwortung gelten lassen. Es ist sehr gut und sehr wichtig, daß der Bundeskanzler mit Präsident Jelzin ein gutes persönliches Verhältnis hat, und niemand hat mehr für Rußland getan, auch für den Aufbau der russischen Wirtschaft, als wir Deutschen. Wir haben gute Beziehungen zu Rußland, und wir wollen sie auch in Zukunft haben.

Aber wenn wir einen Blick auf die russischen Präsidentschaftswahlen werfen, dann ist alles andere als sicher, daß der demokratische Kurs, der Kurs der wirtschaftlichen Reformen, fort-

gesetzt wird. Es ist vielmehr mehr als wahrscheinlich - vor allem nachdem Herr Tschernomyrdin erklärt hat, daß er nicht zur Verfügung steht -, daß irgendein autoritärer Herrscher im Kreml Einzug hält, der auch außenpolitisch eine aggressivere Sprache spricht. Noch einmal: Das wünschen wir nicht, und es ist auch nicht notwendigerweise so, aber verantwortliche Politik muß das im Hinterkopf behalten.

Es kann sein, daß dieser neue Herrscher im Kreml das gewaltige Potential Rußlands - nach wie vor fast 30 000 nukleare Sprengköpfe und 40 000 Tonnen chemische Kampfstoffe - wieder stärker in das europäische Gewicht einbringt, daß er nicht notwendigerweise andere angreift, nicht einmal mit dem Westen bricht, aber doch ein Drohpotential entfaltet. Ich glaube, das ist eine ganz reale Bedrohung unserer Sicherheitsinteressen in den nächsten zehn Jahren.

Der zweite Grund, den wir sehen sollten, weswegen wir auch in unserer Sicherheit noch heute bedroht sind, ist die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir haben den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet und verlängert. Dennoch ist es eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich, daß in den nächsten zehn Jahren mehr Länder auch in unserer Nähe über Nuklearwaffen verfügen werden. Vom Maghreb bis in den Nahen Osten spannt sich ein Krisenzirkel mit islamischem Fundamentalismus. Keiner von uns will den Islam in eine Feindbildecke drängen. Wir wissen, daß es ganz unterschiedliche Strömungen gibt. Aber die Mischung aus Fundamentalismus und dem Besitz von Massenvernichtungswaffen ist eine fundamentale sicherheitspolitische Bedrohung unserer politischen Interessen und des Friedens und der Freiheit in Europa in der Zukunft.

Die dritte Gefahr ist der Nationalismus, ist der Glaube von manchen auch bei uns im Westen, es gebe jetzt, nach Ende des Kalten Krieges, wieder mehr Spielräume für die Formel „Mein Land zuerst“, für den Glauben, daß man sich mit nationalem Egoismus und im nationalen Schneckenhäuschen vor den großen weltpolitischen Herausforderungen verkriechen kann.

Diese drei großen Gefahren sind es, denen wir uns gegenübersehen, wenn wir Frieden und Freiheit bewahren wollen. Das Rezept dagegen - ich sage: das einzige Rezept dagegen - ist das, was wir, die Christlich Demokratische Union, mit unserem Europa-Papier tun. Es ist die Vertiefung und Erweiterung Europas. Europa als Gestaltungsaufgabe zu begreifen, unabhängig davon, ob das nun gerade beliebt ist bei den Leuten, ob das Konjunktur hat oder nicht, das ist die Aufgabe der CDU Deutschlands, das ist von Adenauer bis Kohl immer unsere Aufgabe gewesen, und das in der Tat müssen wir fortsetzen.

Ich füge hinzu: Jemand anders als die CDU und der Bundeskanzler ist kaum im Moment in der Lage, diesen europäischen Zug weiter anzuführen und als Motor für diesen europäischen Zug zu wirken. Deshalb, so kann man sagen, sind Kohl und die CDU im Moment in der internationalen Lage wichtiger als jemals zuvor.

Wir können das jedenfalls besser als die Sozialdemokraten, die es vorziehen, ihre Europapolitik irgendwo in Mururoa auf einem Seelenverkäufer ohne Motor und ohne Orientierung zu betreiben.

(Zustimmung)

Das ist das falsche Konzept für Europa. Ich glaube, wir sollten mit unserem Europa-Konzept voranschreiten, und deshalb werbe ich ganz entschieden für diesen Antrag und nicht nur für diesen Antrag, sondern dafür, daß wir uns auch vor Ort in den Diskussionen, die in den näch-



sten Monaten und Jahren alles andere als leicht werden, für diese europapolitische Idee weiter engagieren und begeistern.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger! Nun Hedwig Keppelhoff-Wiechert, bitte.

**Hedwig Keppelhoff-Wiechert**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die europäische Einigung ist unverzichtbarer Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung. Als Europa-Abgeordnete bin ich sehr von diesem politischen Programm überzeugt, doch stelle ich mir immer wieder die Frage, auch in vielen Veranstaltungen: Wie gelingt es, verstärkt eine bürgernahe Sprache zu entwickeln, damit Schüler, Studenten, Handwerker, Landwirte und andere Bürger viel besser begreifen, was wir eigentlich wollen? Wie können wir die Bürger auf dem EU-Weg mitnehmen? Europa bedeutet mehr als Bananen, Verlust der D-Mark, Bauernsterben oder Nettozahler Deutschland.

Ich komme aus dem schönen Münsterland sehr nahe der niederländischen Grenze, und ich erlebe immer wieder, daß niederländische Kollegen mir sagen: Ja, auf welchem Niveau wird denn bei euch Europapolitik diskutiert? - Bei vielen Besuchergruppen, wo man dann auch einmal Kollegen bittet, teilzunehmen, stellen wir fest, daß wir hier bei uns einen enormen Nachholbedarf haben. Die Bildungsinhalte in Schule, Berufsschule und Studium müssen viel stärker auf den europäischen Einigungsprozeß ausgerichtet sein. Unseriöse, populistische und widersprüchliche Aussagen zur Wirtschafts- und Währungsunion, z. B. zu dem Thema „Was ist unser Geld noch wert?“, dies allein bringt uns doch nicht weiter!

(Zustimmung)

Wir brauchen zwingend eine gemeinsame Währung, und ich persönlich wünsche mir, daß sehr schnell jeder Bankangestellte am Schalter dem Sparer, der Kundin, dem Anleger oder der Rentnerin diese Aussage wirklich überzeugend vermitteln kann. Hier scheint bei der Information großer Handlungsbedarf zu bestehen, und dies sollte aus meiner Sicht schnellstens aufgearbeitet werden. Oder gibt es etwa Gründe dafür, daß Banken in dieser Frage nicht mitmachen, daß sie mauern? Das versehe ich mit mehreren Fragezeichen. Ein großer europäischer Binnenmarkt braucht genau wie die USA eine gemeinsame Währung als natürliche Ergänzung, so stabil wie die Deutsche Mark.

Gestatten Sie, daß ich noch eine zweite Frage anspreche. Wie gelingt es denn besser, den Bürger auf dem Weg mitzunehmen, damit er den politischen Prozeß wirklich nachvollziehen kann?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die deutschen Bauern und Bäuerinnen haben in den vergangenen Jahren Milliarden verloren. Sie sind in ganz besonderem Maße Geschädigte und Benachteiligte der Währungsspekulationen. Die Auswirkungen der Währungsturbulenzen auf die landwirtschaftlichen Betriebe sind gravierend. Wir müssen festhalten, daß die Agrarpolitik die erste und früheste Klammer war, die geholfen hat, dieses Europa zu bauen. Das dürfen wir in diesem weitergehenden Prozeß nicht vergessen.

(Beifall)

Morgen werden sie in Bonn für ihre Forderungen in die Öffentlichkeit gehen. Wir brauchen in Europa, in den Hartwährungsländern, die Möglichkeit eines wirksamen Ausgleichs für

währungsbedingte Verluste der Landwirtschaft. Nur eine einheitliche Währung macht den gemeinsamen Agrarmarkt zu dem, was er eigentlich sein soll, ein großer offener Markt mit gleichen Wettbewerbschancen für die Landwirte in ganz Europa. Wir reden so viel vom ländlichen Raum, sorgen wir doch dafür, daß wir ihn wirklich lebenswert erhalten mit einer flächen-deckenden Landbewirtschaftung in ganz Europa, aber, bitte schön, auch in Deutschland.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Im Europaparlament wurde durch die deutschen Christdemokraten gegen massiven Druck der Sozialdemokraten in der letzten Plenumswoche dieser entscheidende Bericht diskutiert und abgestimmt. Wir haben sehr gekämpft, und ich wünschte mir schon, daß der landwirtschaftliche Berufsstand die Leistungen der Christdemokraten einmal öffentlich würdigen könnte.

(Beifall)

Es heißt jetzt so schön, der Weg sei freigemacht, der deutsche Agrarminister werde jetzt sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Der ECOFIN-Rat entscheidet aber. Damit bin ich bei meinem Eingangsstatement. Ich stelle mir vor, die Medien würden hier in der Fußgängerzone in Karlsruhe eine Umfrage machen, was dies denn bedeutet, was denn ECOFIN meint. Damit sind wir wieder am Anfang. Wir müssen das Ganze transparenter machen, sehr viel verständlicher. Wir müssen europafreundlicher werden. Insgesamt möchte ich Sie bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie ja sagen zu den sehr ausgewogenen Leitsätzen, die vorhin von Günter Rinsche angesprochen wurden. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hedwig Keppelhoff-Wiechert. - Ich habe eine Bitte an diejenigen, die sich zu konkreten Anträgen gemeldet haben, daß sie sich überlegen, ob sie dabei bleiben, daß sie zu diesen konkreten Anträgen sprechen, oder ob sie jetzt in der allgemeinen Debatte zu Wort kommen möchten. Wir müssen wissen, wie das beabsichtigt ist. - Nun hat das Wort Bundesverteidigungsminister Volker Rühle. - Bitte schön, Volker Rühle.

**Volker Rühle**: Liebe Freunde! Wenn es richtig ist, daß es eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert ist, so wie es der Bundeskanzler gesagt hat, ob uns der Bau Europas gelingt, wenn es richtig ist, daß Europapolitik in erster Linie Friedenspolitik ist, dann brauchen wir, glaube ich, eine Neubesinnung auf den Kern der Europapolitik, denn dieser ist vielfach verschüttet. Ich denke, wir sind uns weitgehend einig, aber wir leben nicht allein.

In der letzten Woche gab es einen Parteitag einer großen mit uns befreundeten europäischen Partei. Wir leben in einer Parteienfamilie. Dort bekamen die Redner um so mehr Beifall, je abschätziger sie sich über Brüssel und die Europäische Union geäußert haben. Das kann uns nicht gleichgültig sein, denn es waren vor allen Dingen junge Leute, die dort ihre Skepsis zum Ausdruck gebracht haben. Wenn wir uns an das erinnern, was Winston Churchill direkt nach dem Kriege gesagt hat, dann ist das heute, 50 Jahre später, eher schrill-nationalistisch, was wir dort hören, und ein Nichtverstehen, daß es bei dieser europäischen Politik in erster Linie um Friedenspolitik geht. Deswegen müssen wir den Kampf um den Kern der Europapolitik forcieren und neu beginnen.

Dem geteilten Deutschland hat man in der Regel gesagt: Ihr habt es leicht, von Europa zu sprechen, denn ihr seid keine Nation, ihr seid eine geteilte Nation, und dann ist es leicht, die

Flucht nach vorn in das vereinigte Europa anzutreten. Jetzt sind wir das wiedervereinigte Deutschland, und deswegen ist unsere Verantwortung noch größer geworden, und es hat um so größeres Gewicht, wenn wir diesen Prozeß weiterhin kämpferisch vorantreiben.

Das Zweite: Wenn die Polen, die Ungarn, die Tschechen nach dem Zweiten Weltkrieg frei gewesen wären, wären sie Mitglied der Europäischen Union wie auch der westlichen Sicherheitsstrukturen geworden. Deswegen kommt es darauf an, daß wir uns öffnen. Ich halte nichts davon, von einer Expansion, von einer Ausweitung der Europäischen Union oder der NATO zu sprechen. Wir sind keine Expansionisten. Es geht um Öffnung, und die Alternative zur Öffnung ist Abschließung, eine geschlossene Gesellschaft. Das wäre die Verfestigung der künstlichen Teilung Europas, so wie Stalin sie betrieben hat. Das kann nicht unsere Politik sein.

(Beifall)

Wir müssen, nachdem wir die Teilung Deutschlands überwunden haben, auch die künstliche Teilung Europas überwinden. Natürlich ist das auch ein deutsches Interesse, daß unsere Grenzen mit Polen nicht auf Dauer Grenzen zwischen sicher und unsicher, Grenzen zwischen wohlhabend und sehr viel weniger wohlhabend sind, denn dann werden das keine offenen Grenzen so wie die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich sein, wie wir sie auch in der Nähe von Karlsruhe spüren. Das ist unsere Vision vom geeinten Europa, das sich für die neuen Demokratien in der Mitte Europas öffnet.

Das Dritte betrifft das Verhältnis zwischen Europa und Amerika. In England sollte man wissen, daß die Amerikaner einen Gesprächspartner haben wollen: ein starkes Europa, das ein gleichberechtigter Partner ist. Wer glaubt, daß die Amerikaner dann in Europa bleiben, wenn wir nur schwach genug sind, so daß es notwendig ist, daß sie bleiben, der täuscht sich gewaltig. Sie werden nur dann in Europa bleiben, wenn dieses Europa, was nicht mehr das schwache Nachkriegseuropa ist, mehr Verantwortung auch für seine eigene Sicherheit übernimmt. Deswegen ist die europäische Einigung auch die Voraussetzung einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Die Europäische Union muß deswegen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Zielvorstellung auch als Gemeinschaftsaufgabe annehmen. Darauf müssen die Entscheidungsprozesse der Union ausgerichtet werden.

Sie werden sich erinnern, daß wir auf dem letzten Parteitag eine schwierige Debatte über die Lage in Jugoslawien gehabt haben. Es gab damals ein sehr emotionales Plädoyer dafür, das Waffenembargo aufzuheben und Waffen zu liefern. Wir haben im Laufe dieses Jahres noch bittere Situationen gehabt, wenn ich etwa an den Fall und das Massaker von Srebrenica erinnere. Dort sind Dinge passiert, von denen wir, glaube ich, alle nicht mehr geglaubt haben, daß sie in diesem Jahrhundert noch einmal passieren würden. Wir haben dann vor allen Dingen durch die Kraft der NATO die Wende geschafft. Ich glaube, daß diejenigen, die noch im Sommer gesagt haben, wer den Krieg in der Luft führe, der könne nicht den Frieden auf Erden schaffen, falsch gelegen haben und daß wir durch die Anstrengungen der NATO heute erstmals eine realistische Chance für den Frieden haben.

(Beifall)

Im übrigen, vor wenigen Monaten war Tornado noch ein Schimpfwort, und es gab in Deutschland eine erbitterte Debatte über den Einsatz dieser Flugzeuge. Wenn heute die Flugzeuge

in Italien aufsteigen, finden sich dort Italiener und deutsche Touristen, und sie klatschen in den Lärm der Flugzeuge hinein. Warum? Weil sie spüren, daß es zutiefst unmoralisch sein kann, militärische Gewalt nicht einzusetzen, wenn dies die einzige Möglichkeit ist, Massaker und massive Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Deswegen denke ich, daß wir diese Debatte in Deutschland gewonnen haben und heute in der Bevölkerung Gott sei Dank einen großen Konsens darüber haben, daß es unmoralisch sein kann, Soldaten einzusetzen, daß es aber auch sehr unmoralisch sein kann, militärische Gewalt nicht einzusetzen, um Menschenrechte durchzusetzen. Ich denke, das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall)

Ich denke, Sie sind mit mir einer Meinung, daß wir den Soldaten, die sich unter dem Risiko ihres eigenen Lebens mitten im tiefsten Frieden in den Flugzeugen einsetzen - und die Sanitäter in Split -, dafür großen Dank schulden. Sie haben Deutschland in die Lage versetzt, solidarisch zu sein, einen solidarischen Beitrag zu leisten, damit es in Jugoslawien eine Chance für Frieden gibt.

(Beifall)

Wir werden das auch in den nächsten Wochen tun, aber mit Augenmaß und so, daß unsere Soldaten immer ein Teil der Lösung sind und nicht ein Teil des Problems.

Die Bundeswehr trägt aktiv zum Zusammenwachsen in Europa bei. Wir haben vor wenigen Wochen mit dem Bundeskanzler und dem niederländischen Premierminister in Münster das Deutsch-Niederländische Korps feierlich in Dienst gestellt. Vor fast 350 Jahren haben sich die Völker Europas nach dem Dreißigjährigen Krieg in Münster die Hand zum Westfälischen Frieden gereicht. Heute dienen deutsche und niederländische Soldaten in einem Verband Seite an Seite. Wer die jüngste Geschichte kennt, kann, glaube ich, ermessen, was es bedeutet, daß jetzt ein niederländischer General von deutschem Boden aus dieses Korps befehligt, daß damit alle aktiven Heeresverbände der Niederlande von Deutschland aus geführt werden und daß in wenigen Jahren ein deutscher General niederländische Truppen kommandieren wird. Ich erinnere auch an das Eurokorps.

All dieses zeigt, daß wir uns in Europa in einer Schicksalsgemeinschaft befinden. Gerade die neuen Demokratien in der Mitte Europas sind fasziniert von diesen Möglichkeiten. Deswegen ist es bestürzend, zu sehen, daß bei manchen Debatten in Westeuropa angesichts dieser historischen Veränderungen und grundlegenden Verbesserungen das, was an dieser Europapolitik im Sinne der Friedenspolitik faszinierend ist, von manchen nicht mehr deutlich genug angesprochen und auch empfunden wird.

Wir waren im letzten Jahr hier in Karlsruhe zweimal vor dem Verfassungsgericht. Und als ich am Sonntag im Hotel ankam, habe ich mich mit Friedrich Bohl daran erinnert, daß wir in denselben Räumen damals zusammensaßen und sehr schwierige Debatten hatten. Worum ging es?

Hier zeigt sich, was Sicherheitspolitik in Europa im Kern bedeutet: Nicht mehr jede Nation fliegt ihre eigenen Flugzeuge. Die großen Aufklärungsflugzeuge AWACS werden von zwölf Nationen geflogen, und jeder Soldat, ob er nun Luxemburger, Deutscher oder Amerikaner ist, erhält dieselben Ergebnisse dieser Missionen. Und als diese Flugzeuge Aufklärung über Jugoslawien betreiben sollten, kam der Antrag der Sozialdemokraten - aber in dem Fall muß ich sagen: auch unseres Koalitionspartners -, die deutschen Soldaten von Bord zu nehmen. Wir

haben uns damals geweigert, und ich denke, es war eine kluge Entscheidung. Denn das wäre der Anfang vom Ende der Gemeinsamkeit in Europa gewesen.

(Beifall)

Die Bundeswehr ist die Armee der deutschen Demokratie. Sie ist übrigens die erste Wehrpflichtarmee in der deutschen Demokratie; in Weimar gab es nur das Berufsheer. Sie ist zweitens die erste Bündnisarmee in der deutschen Geschichte, und sie ist drittens eine europäische Armee. Diese drei Dinge sollten wir nie vergessen. Wenn das zusammengeht, dann dienen wir auch am besten den berechtigten nationalen Interessen Deutschlands. Deswegen ist es falsch, im Zusammenhang mit Verteidigung den Weg zurück in eine nationale Betrachtungsweise zu suchen.

Das letzte, was ich sagen möchte: Wir brauchen auch eine vernünftige Balance zwischen den europäischen Aufgaben. Es ist schlecht vorstellbar, daß wir eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben, aber wenn es um Fragen der Sicherheit und der Existenz geht, dann geht jeder in eine andere Richtung. Europa ist keine Krämergesellschaft. Europa ist kein Selbstzweck, sondern vor allen Dingen eine Schicksalsgemeinschaft.

Ich meine, daß wir den Leitantrag gemeinsam verabschieden sollten und daß dieser Parteitag gerade angesichts der anderen Debatten, die es in Europa in anderen Ländern gibt, deutlich machen sollte, wie wichtig der Kern der Europapolitik auf dem Wege in das 21. Jahrhundert ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bundesverteidigungsminister Volker Rühle. Wir wünschen Ihnen für Ihr schwieriges Amt Glück und Erfolg. - Als nächster Karl von Wogau, der versprochen hat, sich kurz zu fassen, danach Hartmut Nassauer. - Bitte schön, Karl von Wogau.

**Dr. Karl von Wogau**: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich möchte an das anknüpfen, was Verteidigungsminister Volker Rühle soeben in bezug auf die Schicksalsgemeinschaft und die Tatsache gesagt hat, daß wir auf ein vereinigtes Europa zugehen mit einer Politischen Union - hier ist noch einiges zu tun -, aber auch in bezug auf die Währungsunion. Wenn man über die Währungsunion spricht, stellt man fest, daß das zur Zeit wohl das am wenigsten geliebte Kind der Europäischen Union ist. Ich bin aber der Auffassung, daß es nicht genügt, zu sagen, wir müssen diese Währungsunion schließen. Ich glaube, es gibt auch gute Gründe für diese Währungsunion.

Darum möchte ich Ihnen in aller Bescheidenheit fünf Gründe für diese Europäische Währungsunion nennen.

Zunächst einmal: Unser Ziel ist es, einen Heimatmarkt, einen wirklichen Heimatmarkt für die kleinen und mittleren Unternehmungen in Europa zu entwickeln. Zu einem Heimatmarkt gehört auch eine gemeinsame Währung. Solange kleine Überweisungen immer noch Kosten in der Größenordnung von 25 % verursachen - wenn man bei einer Überweisung von 100 DM Kosten von 25 DM hat -, haben wir noch keinen europäischen Heimatmarkt. Oder wenn ein größeres Unternehmen in Baden-Württemberg zur Währungssicherung jedes Jahr 60 Millionen DM ausgeben muß, dann haben wir noch keinen europäischen Heimatmarkt. Solange diese Dinge nicht geklärt sind, bin ich der Auffassung, daß die Währungsunion ein Fortschritt in Europa sein wird.

Der zweite Grund betrifft die Sicherheit der Unternehmungen. Die Turbulenzen im Währungs- markt haben für uns zwei Effekte gehabt. Zum einen sind die Einkommen der Bauern gesun- ken; Hedwig Keppelhoff-Wiechert hat eben darauf angespielt. Zum zweiten haben einige un- serer Branchen wie zum Beispiel der Maschinenbau einen völlig untragbaren Wettbewerb bekommen. Das ist der zweite Grund. Eine gemeinsame europäische Währung wird mehr Si- cherheit für unsere Bauern und für unsere Maschinenbauer schaffen.

Zum dritten die Frage: Was bedeutet die europäische Währung für unsere Bürger? Da muß ich kurz auf die Tatsache eingehen, daß es zur Zeit nur eine Weltwährung gibt, nämlich den Dollar, und daß viele Grundstoffe, die für uns wichtig sind, heute auf Dollarbasis gehandelt werden. Wenn eines Tages der Dollar wieder steigt - und er wird eines Tages wieder steigen -, werden wir gleichzeitig erleben, daß unser Preis für Benzin und Heizöl steigt. Das heißt: Ohne daß dies irgendeinen Grund in der Volkswirtschaft unserer Mitgliedsländer hätte, werden die- se wichtigen Grundstoffe teurer. Die gemeinsame europäische Währung wird auch hier mehr Sicherheit bringen.

Dann ein Punkt, der mich als Wirtschaftspolitiker immer mehr mit Besorgnis erfüllt: An Spitzentagen bewegt der Währungshandel zwischen Tokio, Frankfurt und New York 1000 Milliarden Dollar; die Währungsreserven unserer Zentralbanken betragen etwa 300 Milliar- den Dollar. Wir müssen feststellen, daß wir im Grunde nur dann, wenn unsere europäischen Währungsreserven gemeinsam eingebracht werden, mehr Sicherheit auch in diesem Be- reich schaffen können.

Fünftens möchte ich Ihnen eine Frage stellen: Was würde denn geschehen, wenn wir, wie das einige möchten, auf dieses Projekt der Währungsunion verzichteten?

Hier muß man eines sehen: Der Maastrichter Vertrag war nichts anderes als ein gewaltiges Stabilitätsprogramm für alle europäischen Länder, auch für die Bundesrepublik Deutschland. Zu dem Zeitpunkt nämlich, als wir den Maastrichter Vertrag abschlossen, hat auch die Bun- desrepublik Deutschland nicht alle Kriterien erfüllt. Die Bemühungen im Rahmen des Eu- ropäischen Währungssystems und des Maastrichter Vertrages haben dazu geführt, daß die durchschnittliche Inflationsrate in der Europäischen Union seit 1984 von 10,4 % auf 3 % ge- sunken ist.

All diese Stabilitätserfolge würden wir in Frage stellen, wenn wir jetzt erklärten, daß wir auf das Projekt der Währungsunion verzichten. Was geschähe, wäre Chaos auf den Währungs- märkten, Aufwertung der deutschen Mark und eine überproportionale Abwertung anderer Währungen. Das würde zum Verlust von Arbeitsplätzen gerade bei uns in der Bundesrepu- blik Deutschland führen.

Das sind die Gründe, weshalb ich davon überzeugt bin, daß es wichtig ist, den Weg zu einer europäischen Währung konsequent und so, wie er vereinbart ist, tatsächlich weiterzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl von Wogau. - Nun hat Hartmut Nassauer das Wort, danach Georg Jarzembowski. - Bitte schön, Hartmut Nassauer.

**Hartmut Nassauer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Währungsunion das am wenigsten geliebte Kind der Europäischen Union ist, dann ist Europa vielleicht das

beliebteste Kind der Union; jedenfalls könnte Europol das Lieblingskind der Europäischen Union werden. Unabhängig davon ist es das wichtigste europäische Vorhaben im Bereich des sogenannten dritten Pfeilers des Maastrichter Vertrages, bei dem es um die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik geht.

Es ist deswegen das wichtigste Vorhaben - darum möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken -, weil es hier wirklich um qualitativen Fortschritt in der Kriminalitätsbekämpfung geht. Europol wird über Informationssysteme verfügen, in denen die Fahndungsdaten aus allen 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union konzentriert und in Minutenschnelle online abrufbar sind.

Das, was früher durch umständlichste Rechtshilfeersuche 14 Tage oder drei Wochen in Anspruch nahm, das Ermitteln oder Erhalten einer Auskunft, wird in Zukunft auf großen Datenbanken gestützt in Blitzesschnelle möglich sein. Damit besteht endlich die Chance, den großen Vorsprung, den das organisierte Verbrechen bisher aus der Freizügigkeit in Europa, aber auch aus dem technischen Fortschritt hat ziehen können, deutlich zurückzuführen. Deswegen brauchen wir dieses europäische Polizeiamt, das im Augenblick aufgebaut wird.

Meine Damen und Herren, die entsprechende Konvention für dieses europäische Polizeiamt ist nach jahrelangen Verhandlungen unterzeichnet. Sie muß nunmehr ratifiziert werden. Es gibt allerdings einige Widerstände gegen diese Ratifizierung. Einige sagen: Die Konvention enthält bedauerlicherweise keine Vorschrift über die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes. Das ist wahr, und es ist ein Mangel. Letztenendes aber darf dieser Mangel nicht dazu führen, daß die Konvention nicht in Kraft gesetzt wird; denn wir brauchen Europol und den Beginn seiner Arbeitsaufnahme dringend, um gegen das organisierte Verbrechen in Europa endlich massiv und erfolgreich vorgehen zu können.

(Beifall)

Die Anträge, die Sie in den Unterlagen finden, beziehen sich freilich auf die Frage, wie wir Europol weiterentwickeln wollen. Wie soll Europol im Jahre 2000 aussehen? Das Europol, das Amt, das jetzt gebaut wird, wird nur eine Datenaustauschbehörde sein. Können wir es dabei bewenden lassen?

Ich denke, meine Damen und Herren, die Möglichkeiten der Polizei müssen an den Bedrohungen orientiert sein, die von den Verbrechen ausgehen. Das organisierte Verbrechen operiert zentral über alle Grenzen hinweg. Es spricht vieles dafür, daß auch die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zentral gesteuert werden muß. Das bedeutet, daß Europol in Zukunft eine eigene Ermittlungszuständigkeit und eigene operative Handlungsbefugnisse braucht.

Das ist der Kern einer Reihe von Forderungen und Anträgen, die Sie in Ihren Antragsunterlagen finden und die die Antragskommission zusammengefaßt hat. Europol 2000, wenn Sie so wollen, braucht unbedingt eigene Ermittlungszuständigkeit und eigene operative Handlungsbefugnisse - nicht für jedes denkbare Delikt, sondern nur für einige wenige, schwerwiegende Delikte mit europäischer Dimension. Nur dazu brauchen wir Europol. Der Ladendiebstahl wird weiterhin beim örtlichen Polizeipräsidenten verhandelt. Die europäischen Delikte aber müssen auch europaweit bekämpft werden.

Meine Damen und Herren, nun gibt es auch gegen diese Vorstellung beträchtlichen Widerstand; das soll nicht verhehlt werden. Ob schon die Regierungskonferenz 1996 darüber ent-

schließen wird, Europol mit eigenen operativen Handlungsbefugnissen auszustatten, mag heute dahinstehen. Dagegen wird geltend gemacht, dies beeinträchtige die Souveränität europäischer Staaten.

Wenn man sich allerdings vergegenwärtigt, daß das organisierte Verbrechen in Europa mehr umsetzt, als die Haushalte einiger Mitgliedstaaten der Union ausmachen, dann, denke ich, ist einsichtig, daß staatliche Souveränität in Europa möglicherweise eher vom organisierten Verbrechen bedroht wird als von der Zusammenarbeit der Polizei.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, den Anträgen zur Ausstattung von Europol mit eigener Ermittlungszuständigkeit und eigenen operativen Handlungsbefugnissen Ihre engagierte Zustimmung zu geben. - Danke.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hartmut Nassauer. - Wir haben noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Sind Sie einverstanden, wenn wir die Beiträge jetzt auf fünf Minuten begrenzen?

(Beifall - Zurufe: Drei Minuten!)

Es gibt Anträge, die Redezeit weiter zu reduzieren. Einigen wir uns aber zuerst einmal auf fünf Minuten. Einverstanden? - Ich sehe, das ist der Fall.

Das Wort hat Dr. Georg Jarzembowski. Danach wird Frau Elke Wülfing die Leitung übernehmen. - Bitte schön, Georg Jarzembowski.

**Dr. Georg Jarzembowski**: Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Ich lasse drei Dinge, die ich sagen wollte, weg, um dem Präsidium entgegenzukommen.

(Beifall)

Ich möchte aber noch einen Punkt hervorheben: Die europapolitischen Leitsätze sind erstens richtig und zweitens - das sollte man ruhig einmal sagen - sehr diplomatisch gefaßt. Ich bin einfacher Delegierter, weder ein Bundesminister noch sonst ein hoher deutscher Funktionär. Ich kann also Dinge sagen, die andere vielleicht nicht sagen können.

Deshalb möchte ich zuerst einmal sagen: Ich finde, bei aller Bescheidenheit dieser Anträge und dem diplomatischen Geschick sollte dieser Parteitag Herrn Schäuble und Herrn Lamers für ihr Papier zu Europa danken; denn es hat wesentlich zur Diskussion in Europa im letzten halben Jahr beigetragen. Dafür gebührt ihnen großer Dank.

(Beifall)

Ich möchte kurz das fortsetzen, was Volker Rühle zu Recht gesagt hat. Er hat darauf hingewiesen, daß eine mit uns befreundete Partei gerade einen Parteitag veranstaltet hat, auf dem sie sehr markante Sprüche zur Europapolitik von sich gegeben hat. Mir tut dies in der Seele leid, weil die Kollegen Tory-Abgeordneten im Europäischen Parlament mit uns in der EVP-Fraktion sehr eng zusammenarbeiten. Wenn man sich dann die Parteitagsbeschlüsse anschaut, hat man das Gefühl, sie müßten in einer ganz anderen Partei sein.

Deshalb sollten wir heute vielleicht mit allem diplomatischen Geschick sagen: Das, was in den Leitsätzen enthalten ist, ist diplomatisch, damit aber nicht weniger deutlich, meine Da-



men und Herren. Hier steht als Auffassung der CDU: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen in gleicher Weise an der fortschreitenden europäischen Integration teilnehmen können, jedoch darf die Verweigerung einzelner Mitgliedstaaten Integrationschritte nicht aufhalten. Ich wünschte, unsere britischen Freunde würden auch diese Botschaft verstehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jarzembowski. Als nächster hat Prof. Pöttering das Wort. Ihm folgen Peter Kittelmann und Dr. Christoph Konrad. Bitte, Herr Prof. Pöttering.

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte drei kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Wenn wir für die Mehrheitsentscheidung im Europäischen Ministerrat eintreten, so handelt es sich nicht um die Änderung einer Entscheidungsprozedur. Die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ist vielmehr die konsequente Folgerung aus den tragischen Ereignissen der Geschichte Europas. Wir haben im 17., 18., 19. Jahrhundert bis in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts immer wieder registrieren können, daß Staaten Allianzen, Bündnisse oder Koalitionen gegen andere Staaten geschlossen haben. Einen solchen Versuch hat es leicht erkennbar - Gott sei Dank nur bei einigen wenigen - auch während des deutschen Einigungsprozesses gegeben. Meine Damen und Herren, in Europa darf nie wieder der Zustand eintreten, daß einige Staaten sich gegen andere verbünden, weil dies am Ende nämlich immer zum Krieg geführt hat. Deswegen ist es wichtig, daß die Mehrheitsentscheidung dazu beiträgt, die Interessenunterschiede, die es natürlich auch in Zukunft geben wird, auszugleichen. Die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ist also ein Beitrag zum Frieden in Europa.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen, die sich auf das Spannungsverhältnis von Nation und Europa bezieht. Der europäische Einigungsprozeß, wie er in der Europäischen Union verwirklicht wird, ist ohne Beispiel in der Geschichte. Ich sage aber auch ganz deutlich: Auch im Interesse des europäischen Einigungsprozesses muß dem Eindruck entgegengewirkt werden, als würden die Nationen in der Europäischen Union gleichsam untergehen. Die Nationen werden und sollen als Ausdruck der Vielfalt Europas und als wichtiges Merkmal der Identifikation der Völker Europas erhalten bleiben. Roman Herzog, unser Bundespräsident, hat vor einigen Tagen in einer großen Rede vor dem Europäischen Parlament gesagt: „Nichts hindert Vaterländer daran, sich zu einer Föderation zusammenzuschließen und dennoch Vaterländer zu bleiben.“ Meine Damen und Herren, der Gefahr, vor der wir stehen - sie ist in manchen Ländern erkennbar -, daß wir aus der Gemeinsamkeit, die wir bereits in der Europäischen Union gefunden haben, in eine Renationalisierung zurückfallen, müssen wir widerstehen, weil eine Renationalisierung zum Nationalismus führen kann. Nationalismus aber hat immer zum Krieg geführt. Deswegen brauchen wir Europa.

(Vereinzelte Beifall)

Ich möchte eine dritte Bemerkung machen. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag und im Bundesrat und ganz besonders Wolfgang Schäuble meine Anerkennung dafür aussprechen, wie Art. 23 unseres Grundgesetzes geändert wurde. Die Einheit Deutschlands wurde, wie wir alle wissen, durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 herbeigeführt. An die Stelle dieses Einigungsartikels ist ein neuer Art. 23 getreten, der besagt:

Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet.

Liebe Freunde, wir werden heute abend den 50. Geburtstag unserer Partei feiern. Ich muß Ihnen sagen - es ist ein Zufall, daß mein persönliches Lebensalter mit dem Alter unserer Partei identisch ist -, daß wir als die Partei der Einheit Deutschlands immer der Versuchung widerstanden haben, zu einem überholten nationalen Denken zurückzukehren. Wir sagen: Deutschland und Europa. Deswegen ist es so schön, in der CDU zu sein.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Gert Pöttering. Ich rufe jetzt Peter Kittelmann auf. Ihm folgen Dr. Christoph Konrad und Frau Theato. Bitte, Peter Kittelmann.

**Peter Kittelmann**: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Hans-Gert Pöttering hat eben die Rede von Bundespräsident Herzog erwähnt. Ich darf daran anknüpfen. Roman Herzog hat in der vorigen Woche vor dem Parlament in Straßburg eine Rede gehalten, die in der Öffentlichkeit eine riesige Aufmerksamkeit und sehr viel Zustimmung gefunden hat. Er begann mit dem Satz: „Wir haben eine Vision, und diese heißt Europa.“ Er fuhr dann wie folgt fort: „Allerdings sind Visionen unbequem, anders als Utopien. Für den Eintritt von Utopien ist niemand verantwortlich. Für die Erfüllung von Visionen sind wir es selbst.“ Er sagte dann weiter: „Jede Vision trägt auch das Risiko des Scheiterns in sich.“

Ich darf uns, die CDU, uns als Delegierte dringend auffordern, daß es zu diesem Scheitern nicht kommen darf.

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundespräsident erhielt für seine Rede, wie es im Neudeutschen so schön heißt, Standing ovations. Ich weiß, daß uns allen in der CDU gar nichts anderes übrigbleibt als dies: Wir müssen gemeinsam wieder offensiver werden. Wir müssen uns gemeinsam rückerinnern, wie wir vor 10, 15 Jahren für Europa gestritten haben. Wir müssen uns vor allen Dingen dann daran erinnern, wenn es schwieriger wird. Natürlich werden die Sachverhalte, die Europa betreffen, komplizierter. Wenn es heute schon schwierig ist, in den Gemeinden, im Landtag und im Bundestag bei bestimmten Sachthemen gute Stimmung zu erreichen, dann ist es bei europapolitischen Fragen noch schwieriger. Ich werde öfter gefragt: Du warst doch so lange im Bundestag; wie läuft es denn jetzt im Europäischen Parlament? Meistens antworte ich: Dort ist es anders. Es ist dort in mancher Hinsicht schwieriger, in anderer Hinsicht leichter. Es ist eine große Herausforderung, wenn Sie mit Abgeordneten aus 15 verschiedenen Ländern und aus verschiedenen Parteien darum ringen, etwas Gemeinsames zu schaffen. Liebe Freunde, so etwas - um dies zu verdeutlichen, habe ich mich zu Wort gemeldet - schaffen aber weder die 47 Abgeordneten der CDU/CSU, die im Europäischen Parlament sind, allein noch die 300 Bundestagsabgeordneten, soweit sie denn von diesem Auftrag begeistert sind. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir vielmehr auch alle Landtagsabgeordneten und die Gemeinden. Wir brauchen wieder eine stärkere Bereitschaft, uns mit den Sachverhalten zu beschäftigen und zu wissen, was im Vertrag von Maastricht steht. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Dann werden wir es auch schaffen, den Bürger aus der Ecke herauszuholen. Wir haben nach Maastricht gesagt: Wir werden nie wieder den Fehler begehen, die Bevölkerung bei politischen Entscheidungen für Europa nicht einzubeziehen.

Wir haben eine riesige Regierungskonferenz vor uns. Die Frage der Erweiterung der Europäischen Union und die Frage der Vertiefung der Beziehungen stehen auf der Tagesordnung. Das alles sind Themen, die uns unmittelbar betreffen. Lassen Sie mich sehr offen dies sagen: Jeder von uns, der sich mit den Dingen beschäftigt, weiß, daß die Frage seitens des Bürgers, was ihm Europa nütze, positiv beantwortet werden kann, weil wir Deutschen von Europa, was die Volkswirtschaft, die innere Sicherheit, Grenzen und auch Asylpolitik angeht, mit am meisten haben. Wenn das so ist, haben aber auch mehr als nur die dafür Verantwortlichen dafür zu sorgen, daß Europa auf der Tagesordnung der politischen Diskussion steht. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Kittelmann. Die Begeisterung war da. Jetzt hat Dr. Christoph Konrad das Wort. Ihm folgen Frau Theato und Herr Dr. Hofmann. Herr Dr. Konrad, bitte.

**Dr. Christoph Konrad:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zwei Themenfelder ansprechen, die Währungsunion und die Europäische Volkspartei. Wir haben heute hier gehört - und wir wissen das -, daß die europäische Währung und die Währungsunion auf keine breite Akzeptanz in der Gesellschaft stoßen. Wir alle wissen, daß wir noch ein gutes Stück Wegstrecke vor uns haben, um die Akzeptanz zu steigern.

Ich hoffe und wünsche, daß uns das gelingt. Aber wir brauchen den breiten Konsens in der Gesellschaft. Ich glaube, wir werden es alleine nicht schaffen können.

Wir müssen diese Frage auch unter innenpolitischen Aspekten sehr ernst nehmen und fragen, ob die andere große Volkspartei, die SPD, auf diesem Weg mitgeht. Da wir diesen breiten Konsens brauchen, müssen wir ihn auch unter dem folgenden Aspekt beobachten: Diese Währungsfrage ist für Deutschland und für Europa viel zu wichtig, als daß sie dem Populismus anheimfallen darf. Ich glaube, wir brauchen vor 1998, vor 1999 - vor den Wahlen - ein Bekenntnis, das sicherstellt, daß wir diese schwierige Aufgabe in großer Übereinstimmung mit allen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik angehen können.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Europäischen Volkspartei, zur EVP - dieser christdemokratischen Klammer, die für uns im Europäischen Parlament, aber für die Christdemokraten in Europa insgesamt so wichtig ist. Oftmals wird gar nicht so sehr darauf geachtet, daß es im Europäischen Parlament eine linke Mehrheit gibt. Auch wenn die deutschen Christdemokraten innerhalb der EVP-Fraktion das größte Kontingent stellen, dürfen wir nicht vergessen, daß manche andere christdemokratische Partei, manche Schwesterpartei, notleidend geworden ist.

Hier könnte die EVP helfen. Sie könnte eine Klammerfunktion übernehmen und die christdemokratischen Parteien in Europa stärken. Dazu ist aber auch eine Bündelung der Kräfte notwendig. Deswegen möchte ich diese Gelegenheit hier nutzen, den Bundesvorstand weiter zu ermuntern, fortzufahren in den Bemühungen, auf europäischer Ebene zu Fusionen zu kommen. Ich spreche, nach dem Beitritt der Österreicher und nach dem Beitritt der Skandinavier,

ganz konkret die Fusion der EVP mit der EUCD und der EDU an. Ich glaube, das wäre das richtige Verfahren, um die Europäische Volkspartei und damit die Christdemokraten in Europa zu stärken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Dr. Konrad. - Als nächste spricht Frau Diemut Theato.

**Diemut Theato**: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Im Europäischen Parlament bekommt man, wenn man nicht Berichterstatter eines Themas ist, höchstens drei Minuten Redezeit, hier bekommt man sogar fünf. Ich werde versuchen, mich an die Redezeit, die im Parlament üblich ist, zu halten.

Zunächst möchte ich einen Dank loswerden an unsere Kolleginnen und Kollegen in unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die in letzter Zeit immer enger gewordene Zusammenarbeit auf Sachgebieten. Ich glaube, daß diese Zusammenkünfte das Bewußtsein schärfen, und zwar nach beiden Seiten, und daß wir gute Gesetzgebung in Europa und daheim machen.

Ich möchte ein Thema ansprechen, das schon angeklungen ist. Die Bürger meinen, wir zahlen zuviel für Europa und bekämen zuwenig, und die Mittel würden nicht gut genug kontrolliert. Herr Professor Rinsche, der Vorsitzende der deutschen Delegation der EVP-Gruppe im Europäischen Parlament, hat sehr deutlich ausgeführt, welche Anstrengungen das Parlament unternimmt. Ich denke, wir müssen noch weitergehen. Der Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft ist sehr wohl im Maastrichter Vertrag verankert, in Art. 209 a. Nur haben wir als die dritte Säule keine Sanktionsmöglichkeiten, um dort, wo Mißbrauch getrieben wird, einzugreifen. Deshalb glaube ich, daß gelten muß: Gleicher Schutz für nationale Gelder und für die Gelder der Gemeinschaft. Auch seitens der Gemeinschaft muß der Schutz gewährleistet werden.

Deshalb plädiere ich zum ersten dafür, daß wir die im Vertrag angelegte Brücke zur ersten Säule nutzen und eine Möglichkeit schaffen, um bei Mißbrauch der Gelder der EG auch in strafrechtlicher Verfolgung vorgehen zu können.

Zum zweiten meine ich, daß wir zum Schutz der finanziellen Interessen Europol einschalten sollten. Wenn der Zugang zu Europol von den einzelnen nationalen Stellen aus geleistet ist - und zwar für beide Seiten -, warum soll dies dann nicht auch für die Gemeinschaft gelten, warum sollen nicht auch sie eine Dienststelle einrichten, um Informationen zu bekommen und Informationen zu liefern? Wir wissen, daß Betrügereien und die Hinterziehung von Subventionen durchaus weitergehende Verbrechen wie Geldwäsche und Korruption nach sich ziehen.

Zum dritten brauchen wir eine stärkere Verankerung der justiziellen Zusammenarbeit im Verfahrensrecht. Die Verfahren dauern zu lange. Deshalb müssen wir diesen Weg mit aller Vorsicht, aber auch mit aller Beharrlichkeit beschreiten.

Die nationale Souveränität ist hier auf dem Prüfstand. Nur wenn wir - innerhalb der Gemeinschaft und in der Welt außerhalb der Gemeinschaft - gemeinsam etwas tun wollen, müssen wir darauf achten, daß unser Geld reicht und wir nicht immer noch draufsatteln müssen. Wir müssen unser Geld schützen und es sinnvoll ausgeben. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Theato. - Ich darf nun Herrn Dr. Josef Hofmann bitten, das Wort zu ergreifen.

**Dr. Josef Hofmann:** Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Professor Rinsche, Sie können sich vorstellen, daß ich gerne als neugewählter Fraktionsvorsitzender der EVP beim Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates gesprochen und Ihnen einige Wünsche vorgetragen hätte. Sie können sich sicher vorstellen - damit meine ich die gesamte EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes -, daß ich zu Ihnen gerne einiges im Namen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, die organisierte Bürgerschaft Europas in Form der Gebietskörperschaften, gesagt hätte. Das geht aus Zeitgründen nicht. Frau Präsidentin, ich nehme das zur Kenntnis.

Aber ich möchte wenigstens eine Bitte an Sie alle vortragen. Wir sind von den Staatschefs gebeten worden, im Zusammenhang mit der Gründung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates die Demokratisierung in den Gemeinden und Regionen Mittel- und Osteuropas zu unterstützen. Das wollen wir tun. Wir tun vieles im Wege vieler Programme. Aber, meine Damen und Herren, der Auftrag ist so nicht erledigbar. Es ist ein Auftrag, hinter dem insbesondere unsere Partei steht.

Deshalb darf ich Sie herzlich bitten, unsere Städte wieder munter zu machen und sie zu animieren, Mut zu haben, wieder Partnerschaften mit Städten aus Mittel- und Osteuropa abzuschließen. Wenn sie, wie sie meinen, dazu aus Geldgründen nicht in der Lage sind - wir hatten übrigens nach dem Kriege, als wir die Partnerschaften mit Frankreich begonnen haben, auch kein Geld -, dann versuchen Sie doch bitte, Fachpartnerschaften durchzuführen, eine neue Idee, die wir in der Kammer der Gemeinden des Europarates voriges Jahr entwickelt haben, zusammen mit den Damen und Herren aus Mittel- und Osteuropa und den dortigen Verbänden. Das heißt, wenigstens die Fachleute der Städte - und damit meine ich alle Gebietskörperschaften - auszutauschen. Wenn ich als Präsident der Kammer der Gemeinden beim Europarat in Rußland oder auch in den anderen Staaten des Ostens bei den gewählten oder nicht gewählten Bürgermeistern bin, höre ich immer wieder: Das einzige, was uns wirklich hilft, sind Partnerschaften und Fachpartnerschaften. So kommen wir weiter, und da hinein setzen wir Vertrauen.

Meine Damen und Herren, wenn Ihr Auftrag an uns deshalb wirklich lautet „Helft der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa!“ und Herr Solschenjzyn recht hat, daß Rußland - wie er letztes Jahr im „Spiegel“ sagte - nur über die Gemeinden demokratisierbar ist, dann darf ich Sie herzlich bitten: Ermuntern Sie die Oberbürgermeister, die Bürgermeister, die Landräte, ermuntern Sie die Stadträte in Deutschland, daß sie bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Wir brauchen die Hilfe der Bundesregierung, wir brauchen aber auch die Hilfe der Landesvorsitzenden, wir brauchen die Hilfe der Fraktionsvorsitzenden, und wir brauchen vor allen Dingen die hier gewählten Delegierten, damit sie in ihren Städten und Gemeinden den Damen und Herren Mut machen, die darüber zu entscheiden haben. - Ich danke Ihnen und bitte um Ihre Hilfe.

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Hofmann, auch dafür, daß Sie sich so hervorragend an die Zeit gehalten haben. Ich darf jetzt Herrn Dr. Heinrich Hoffschulte aufrufen.

**Dr. Heinrich A. Hoffschulte:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es war gestern zehn Jahre her, daß der Europarat eine Charta der kommunalen Selbstver-

waltung verabschiedet hat, die dort durch die Initiative unserer Freunde zustande kam. Dr. Hofmann, der eben zu uns sprach, war einer der Initiatoren. Wer hätte damals denken können, daß diese Charta, die bei uns relativ wenig Öffentlichkeit gefunden hat, inzwischen für die Länder Mittel- und Osteuropas Leitlinie, aber auch so etwas wie eine Meßlatte bei der Frage geworden ist, ob sie den Weg in den Europarat finden, dort die Mitgliedschaft suchen und auf diesem Wege später vielleicht auch den Weg in die Europäische Union finden.

Die Charta der kommunalen Selbstverwaltung ist in Maastricht I nur relativ bescheiden berücksichtigt worden. Ich bedaure dies. In Art. 11 des Vertrages von Maastricht heißt es:

Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung als ein allgemeiner Rechtsgrundsatz in den Staaten und Verfassungen der Mitgliedstaaten wird anerkannt.

Dort wird zunächst also nur auf den Status quo in den Mitgliedstaaten Bezug genommen. Dies ist, so meinen wir, in Maastricht II oder der Revisionskonferenz, wie immer man das umschreibt, zu revidieren, nicht aber zu verbessern und weiter auszuformen.

Es ist auch bei unseren Europapolitikern viel von „Bürgernähe“ die Rede. Aber wenn man dies als Kommunalpolitiker begleitet, weiß man eigentlich sehr schnell: Europa findet wie auch die Ausübung des Bundes- und des Länderrechts letztlich in unseren Rathäusern, in unseren Kreisverwaltungen statt. Dort findet Europa für den Bürger täglich statt, dort findet die Anwendung auch der europäischen Normen statt. Die Fülle von neuen Regelungen, die aus Brüssel kommen - ich spreche nicht von zuviel Bürokratie, es sind vielfach notwendige europäische Vereinheitlichungen und Anpassungen -, wird in den Rathäusern umgesetzt. Wer also Bürgernähe und das Europa der Bürger in unserer Europäischen Union will, der muß sich dafür einsetzen, daß auch diese Union kommunale Selbstverwaltung garantiert und für die Zukunft mitgestaltet.

Ich bin unserem Freund Elmar Brok sehr dankbar, daß er sich bei einer Diskussion in der deutschen Sektion des Rates der Gemeinderegionen Europas im Februar dieses Jahres voll hinter diese unsere Forderung gestellt hat, die wir auch mit der KPV Deutschlands einmütig vorgetragen haben. Allerdings, lieber Elmar Brok und lieber Günter Rinsche, hätten wir uns gefreut, wenn das seinen Niederschlag in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Revisionskonferenz gefunden hätte. Da fehlt es, oder soll ich sagen: Da steht es noch nicht drin. Vielleicht läßt sich das bei der weiteren Bearbeitung entsprechend den Zusagen, die wir gern gehört haben, durchsetzen. In diesem Zusammenhang begrüße ich den Zwischenbericht von Carlos Westendorp zur Vorbereitung für die Reflexionsgruppe über die Ansatzpunkte, die wir weiter gestalten sollten.

Das Prinzip der Subsidiarität, meine Freunde, ist bei uns so etwas wie eine Selbstverständlichkeit. Bei der Gründung der Bundesrepublik hat man überlegt, ob man dieses Prinzip in der Verfassung, im Grundgesetz, erwähnt. Dies hat man nicht getan und gesagt: Nein, die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung ist eine Ausformung und viel konkreter als die Nennung des Prinzips, aber es ist damit aufgenommen worden. In Maastricht haben wir erlebt, daß dies in Art. 3 b des Vertrags ebenfalls aufgenommen wurde. Aber dort fehlt - das ist ein Wunsch der gesamten kommunalen Familie, und wenn wir im Rat der Gemeinderegionen Europas zusammen sind, dann sprechen wir für 85 000 Gebietskörperschaften in der Europäischen Union; wir hoffen, daß dies in Maastricht II fortgeschrieben und dort festgehalten wird -, daß der Grundsatz der Subsidiarität nicht nur eine Frage zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten ist, sondern die Mitgliedsstaaten mit ihren Regionen und Gebietskörper-

schaften umfaßt. Nur so kann wirklich berücksichtigt werden, daß wir an der Basis letztlich dem Bürger Europa präsentieren, es umsetzen und - vorhin wurde es in anderem Zusammenhang erwähnt - auch erklären müssen. Vorhin wurde wiederholt angesprochen, daß heute die hohe Verantwortung der Mitarbeiter der Banken und Sparkassen an den Bankschaltern besteht, den Bürger mit der Währungsunion vertraut zu machen, und sie nicht mehr, wie das bisher überwiegend der Fall ist, sagen: Ja, wie das mit der Währungsunion, dem Ecu und der Euro-Mark wird, wissen wir noch nicht, verhalten Sie sich vorsichtig, setzen Sie Ihr Geld woanders ein. - Das findet draußen an der Front, in unseren Sparkassen und Banken statt. Ich hoffe, daß sie dem folgen. Wir haben versucht, dem durch Änderungsanträge, die Sie in der Vorlage finden, Rechnung zu tragen. Sie sind von Nordrhein-Westfalen vorgetragen worden, dies aber in Abstimmung mit der CDU-Bundeskommission für Europapolitik. Ich bitte Sie um Unterstützung.

Ein letztes noch, weil es in den letzten Tagen wieder aktuell geworden und etwas untergegangen ist. Wir hatten empfohlen, daß man im Vorspann zu den Leitsätzen auf unsere sehr guten europapolitischen Beschlüsse von Düsseldorf Bezug nimmt. Dies ist in der Europa-Kommission der CDU zustimmend unterstützt worden. Es ist irgendwo auf der Strecke geblieben. Ich kann nur hoffen, daß die Redaktionskommission dies noch repariert und ausdrücklich aufnimmt, daß wir bei unseren heutigen Beschlüssen auf den Beschlüssen von Düsseldorf aufbauen. Denn es gibt bereits erste Kräfte draußen, die interpretieren, was heute nicht in den Leitsätzen steht, ist ein Abstandnehmen von den damaligen Beschlüssen. Ich denke, daß dies niemand so meint, auch nicht Herr Stoiber, der das vorgestern geäußert hat. Da besteht eine gewisse Gefahr. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Ich rufe den Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Rudi Geil, auf.

**Rudi Geil**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte wenige Bemerkungen zu dem Kapitel über innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit machen. Es freut mich, daß in diesem Kapitel von der Sicherheitspartnerschaft auch mit den Staaten die Rede ist, die bisher nicht zur EU gehören. Ich verweise vor allen Dingen auf die Notwendigkeit dieser Sicherheitspartnerschaft im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten, ganz konkret auf die Staaten, die unsere Nachbarn sind. Das ist mir heute nachmittag etwas zu kurz gekommen. Wir brauchen diese Partnerschaft mit Polen, mit Tschechien, mit Bulgarien, mit Rumänien und mit anderen, wenn wir innere Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland garantieren, wenn wir vor allen Dingen grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen wollen. Deswegen bitte ich sehr darum, daß wir auch in dieser Hinsicht verstärkte Anstrengungen in der Zukunft unternehmen.

Bitte vergessen wir nicht, daß deutsche Bundesländer nur noch in ganz, ganz wenigen Fällen echte EU-Außengrenzen haben. Diejenigen Bundesländer, die das heute sind, sind weit, weit überwiegend neue Bundesländer mit ganz besonderen Problemen. Auch vor diesem Hintergrund ist es notwendig, daß wir mit den Nachbarn enger zusammenarbeiten, als das bisher der Fall ist.

Ich habe die herzliche Bitte auch an die Bundesregierung, nachdem das Regierungsabkommen mit Polen abgeschlossen ist: Wir brauchen dringend vergleichbare Abkommen zumindest mit Tschechien, brauchen sie aus meiner Sicht allerdings auch mit Rumänien und mit

Bulgarien. Ich hoffe, daß sie möglichst bald abgeschlossen werden. Anderenfalls wird grenzüberschreitend vieles im argen bleiben.

Kollege Nassauer hat vor etwa einer knappen Stunde sehr eindringlich zu Europol gesprochen. Ich unterstreiche alles, was gesagt wurde. Mir wäre es im Augenblick auch schon lieb, wenn das Schengener Informationssystem so funktionieren würde, wie wir es uns vorstellen, wie wir es geplant haben und wie wir es uns wünschen, und wenn es vor allen Dingen von all denjenigen auch angewandt würde, die sich zu Schengen bekannt haben. Hier liegt im Augenblick sehr vieles im argen.

Ich möchte eine weitere Bemerkung zu dem Abschnitt machen, indem von dem Zutritts- und Zuwanderungsrecht und dem Asyl- und Flüchtlingsrecht die Rede ist. Der Asylkompromiß - da sind wir uns einig - hat sich bewährt. Er ist erfolgreich, und es ist gut, daß er gekommen ist. Jeder, der ihn in der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick in Frage stellt oder erneut in Frage stellt, gefährdet ein Stück innere Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland. Aber es ist auch richtig, jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt, wir haben bei den Asylbewerbern wieder eine steigende Zahl derer, die unmittelbar zu uns kommen, wir haben längere Verfahren, und wir haben ganz, ganz große Probleme, wenn es um die Ausreisepflicht oder gar um die Abschiebung geht. Das heißt, wir muten zur Stunde unseren Kommunen wieder zusätzliche Unterbringung zu.

Ich sage das für Mecklenburg-Vorpommern, dort befinden wir uns zur Zeit in der Situation, daß die Kommunen sagen: Wir haben keine Plätze mehr, wir wissen nicht, wo wir die Menschen noch unterbringen können. Vor diesem Hintergrund habe ich eine Bitte an die Bundestagsfraktion - der Fraktionsvorsitzende ist ja hier - und vor allem an die Bundesregierung: Ich meine, es wäre notwendig, daß wir das Sachleistungsprinzip im Asylbewerberleistungsgesetz so formulieren, daß es auch über ein Jahr hinaus möglich wird, Sachleistungen zu erbringen.

(Beifall)

Denn nur auf diese Art und Weise können wir wirklich kontrollieren, daß nur diejenigen kommen, die wirklich verfolgt werden. Diese Menschen wollen wir aufnehmen, darüber gibt es keine Frage. Wenn aber auf der Ostsee 72 Afghanen vor Rügen auftauchen, oder Iraner oder Chinesen dort aufgenommen werden müssen, dann sind das Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern, die nichts mit dem Asylrecht zu tun haben, so wie es auch in der geänderten Fassung in Art. 16 unseres Grundgesetzes formuliert ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Innenminister, Sie haben sich an die fünf Minuten gehalten. Ich denke, dafür ebenso wie für den Inhalt sei Ihnen herzlich gedankt. - Nun hat Heinrich-Wilhelm Ronsöhr das Wort. Das ist die letzte Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache.

**Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, in dieser Debatte ist deutlich geworden: Wir brauchen Europa, wir brauchen die europäische Integration, weil sonst ein Stühlerücken zwischen den europäischen Nationen wieder losgehen würde, und möglicherweise säßen wir Deutschen wieder zwischen allen Stühlen, und das ist uns in unserer deutschen, in unserer europäischen Geschichte noch nie bekommen.



Wir brauchen auch mehr Gemeinschaftsrechte, um beispielsweise den Tierschutz in ganz Europa durchzusetzen. Ich glaube, dann würde auch für viele unserer Bürger die Europäische Union in ihrer Handlungsweise plausibler werden. Wir brauchen mehr Gemeinschaftsrechte, um Wettbewerbsverzerrungen abzubauen. Wir Landwirte haben uns dazu eindeutig bekannt. Aber das sind grundsätzliche Ausführungen. Wir in der Landwirtschaft erfahren jedoch an der einen oder anderen Stelle konkrete Auswirkungen der europäischen Politik, und wir müssen uns natürlich auch mit diesen konkreten Auswirkungen auseinandersetzen.

Hier sind Währungsturbulenzen angesprochen worden, die der deutschen Landwirtschaft sehr hohen Schaden zugefügt haben. Nun können wir diese Währungsturbulenzen durch eine einheitliche europäische Währung überwinden. Das bleibt Ziel und Aufgabe. Aber es ist zur Zeit auch so, daß die Europäische Kommission in der Agrarpolitik von der sogenannten Agrarreform, deren Ziele erst vor wenigen Jahren formuliert worden sind, wieder Abstand nimmt.

Das stärkt nicht gerade die Glaubwürdigkeit Europas. Deswegen spreche ich es hier an. Es ging in der Agrarreform auch darum, daß Märkte für Agrarprodukte erst wieder entwickelt werden können, daß Märkte wieder funktionstüchtig werden. Das war ein Ziel.

Jetzt, da wir das Ziel erreicht haben, wo Märkte in der Europäischen Gemeinschaft für Agrarprodukte vorhanden sind, nimmt die Europäische Kommission wieder Abstand von den Zielen dieser Politik, und sie destabilisiert durch administrative Maßnahmen die Agrarmärkte. Damit verunsichert sie nicht nur die Bauern in Deutschland, sondern auch in den anderen Nationen der Europäischen Union.

Wir müssen uns natürlich mit solchen Dingen kritisch auseinandersetzen. Ich bitte auch die Europaparlamentarier, die hier das Wort ergriffen haben, daß sie Franz Fischler, den Agrarkommissar, auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft, im Interesse der ländlichen Regionen Deutschlands an diese ursprünglichen Zielvorstellungen erinnern.

Wir haben einen deutschen Landwirtschaftsminister, Jochen Borchert, der sich nach meiner Meinung auf Brüsseler Ebene sehr effektiv für die Interessen unserer Landwirte einsetzt. Aber ich glaube, daß wir ihm alle beistehen sollten, damit die Landwirte nicht morgen und übermorgen für eine bessere Politik demonstrieren müssen.

(Beifall)

Denn wir haben Konzepte für die deutsche Landwirtschaft. Wir müssen sie allerdings manchmal auch gegen die Europäische Kommission durchsetzen. Auch das trägt zur europäischen Glaubwürdigkeit bei. - Vielen Dank, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ronsöhr. Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Ich darf Ihnen herzlich dafür danken, daß die Präsenz im Saal trotz der langen Debatte so hoch war. Ich darf herzlich dafür danken, daß die Fünf-Minuten-Beiträge nicht überzogen wurden. Ich gebe das Wort zur Beratung und Beschlußfassung des Antrags an Hans-Gert Pöttering ab.

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 12.2:

**BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN ANTRAG DES  
BUNDESVORSTANDES „DIE EUROPÄISCHE UNION VORANBRINGEN -  
EUROPAPOLITISCHE LEITSÄTZE DER CDU DEUTSCHLANDS“**

Ich gehe davon aus, daß Sie mit dem Antrag A 1, der einige sprachliche Änderungen wünscht, einverstanden sind. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstands A 2 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 2. Dazu gehören die Anträge A 3 und A 4. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlags. Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 2 bis A 4 abstimmen: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstands A 5 auf: Das ist die Ziffer 2 des Antrags. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 3. Dazu gehören die Anträge A 6 und A 7.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesvorstands. Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 5 bis A 7 abstimmen: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird so beschlossen.

Ich rufe den Antrag A 8 des Bundesvorstands auf. Das ist die Ziffer 3. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 4. Dazu gehört der Antrag A 9. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlags. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 8 bis A 9 abstimmen: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 10 auf: Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 4f. Dazu gehört der Antrag A 12. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesvorstands. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 10 bis A 12 abstimmen: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird so beschlossen.

Ich übergebe jetzt die Leitung an den Fraktionsvorsitzenden im nordrhein-westfälischen Landtag, Helmut Linssen.

**Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium:** Ich rufe den Antrag A 13 des Bundesvorstands auf: Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 5. Dazu gehört der Antrag A 15. Die Anträge A 14 und A 16 sollen bei Antrag A 78 behandelt werden.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesvorstands. Wird dazu das Wort gewünscht! - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 13 und A 15 abstimmen: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 17 auf; dies entspricht der Ziffer 6. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 6. Dazu gehören die Anträge A 18 und A 19.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 17 bis A 19 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 20 auf; dies ist die Ziffer 7 des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 7. Dazu gehören die Anträge A 21 bis A 23.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 20 bis A 23 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 24 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 8. Dazu gehören die Anträge A 25 bis A 27.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 24 bis A 27 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 28 auf; dies ist die Ziffer 9. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 8f. Dazu gehören die Anträge A 29 bis A 32.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 28 bis A 32 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Antrag des Bundesvorstandes A 33 auf Seite 10 der Antragsbroschüre. Dazu gehört der Antrag A 34.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstands. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 33 und A 34 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 35 auf; es handelt sich um die Ziffer 11. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 10. Dazu gehören die Anträge A 36 bis A 39 sowie der Initiativ-Antrag A 82, der in der „Sammlung der Initiativ-Anträge I“ abgedruckt ist.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 35 bis A 39 und A 82 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 40 auf; dies ist die Ziffer 12. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 11f. Dazu gehören die Anträge A 41 bis A 43.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 40 bis A 43 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen angenommen.

Ich komme zum Antrag des Bundesvorstandes A 44. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 13. Dazu gehört der Antrag A 45.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 44 und A 45 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Als nächster folgt der Antrag des Bundesvorstandes A 46; dies entspricht der Ziffer 14. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 13. Dazu gehören die Anträge A 47 bis A 51.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 46 bis A 51 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe die Ziffer 15 des Antrages des Bundesvorstandes auf; dies ist der Antrag A 52. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 15. Dazu gehören der Antrag A 53 und der Initiativ-Antrag A 81, der in der „Sammlung der Initiativ-Anträge I“ abgedruckt ist.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes sowie des Antrages der Delegierten Dr. Kohl, Hintze und Professor Dr. Biedenkopf. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 52, A 53 und A 81 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 54 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 15.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Antrag A 54 abstimmen. Wer der Ziffer 16 des Antrages des Bundesvorstandes zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Antrag A 55 auf Seite 15f. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu der Ziffer 17 abstimmen. Wer dem Antrag A 55 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 57 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 16.

Die Antragskommission empfiehlt, im Zusammenhang mit diesem Antrag auch die Anträge A 58 bis A 60, A 63, C 16 und den Initiativ-Antrag A 83 zu behandeln und eine neue Ziffer 19 zur EU-Agrarpolitik in den Antrag des Bundesvorstandes einzufügen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 57 bis A 59 und den Initiativ-Antrag A 83 abstimmen; das sind die Anträge, die zur Ziffer 18 gestellt wurden. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei drei Gegenstimmen angenommen.

Wir haben darüber hinaus über die Empfehlung der Antragskommission zu dem Antrag A 60 abzustimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Einfügung einer neuen Ziffer zur Agrarpolitik zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - 1 Gegenstimme. Enthaltungen? - 1 Enthaltung. Die Empfehlung ist angenommen.

Ich rufe den Antrag A 61 auf. Es handelt sich um die Ziffer 19(alt) des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 17. Dazu gehören die Anträge A 56, A 62, A 64 und A 65. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 56, A 61, A 62, A 64 und A 65 abstimmen. Wer der Fassung der Antragskommission zu Ziffer 20(neu) zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - 1 Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme angenommen.

Ich rufe auf den Antrag des Bundesvorstandes A 66; dies entspricht der Ziffer 20. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre auf Seite 19f. Dazu gehören die Anträge A 67 bis A 70. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 66 bis A 70 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 1 Enthaltung angenommen.

Ich rufe auf den Antrag des Bundesvorstandes A 71. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 20. Dazu gehört der Antrag A 72. Die Antragskommission empfiehlt die

Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 71 und A 72 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag des Bundesvorstandes A 73; dies ist die Ziffer 22. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 20. Dazu gehören die Anträge A 74 bis A 77. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 73 bis A 77 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 1 Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur letzten Ziffer des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag A 78 in der Sammlung der Anträge auf Seite 21. Dazu gehören die Anträge A 14, A 16 und A 79 bis A 80. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 14, A 16 und A 78 bis A 80 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, damit haben wir alle Einzelanträge zum Antrag des Bundesvorstandes beraten. Ich bedanke mich für die Disziplin.

Mit diesen europapolitischen Leitsätzen hat die CDU Deutschlands einen klaren und vernünftigen Kurs für die Regierungskonferenz 1996 festgelegt.

Wir treten jetzt in die Schlußabstimmung ein. Wer dem Beschluß „Die Europäische Union voranbringen“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen. Ich bedanke mich bei allen, die im Saal anwesend waren und mitgearbeitet haben.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

#### WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN ZUM XI. EVP-KONGRESS IN MADRID

Laut § 31 Abs. 4 des Statuts der CDU wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei. Da vor dem XI. EVP-Kongreß keine Bundesausschußsitzung mehr stattfinden wird, nimmt in diesem Fall der Bundesparteitag diese Wahl vor.

Die Landesverbände sind vor dem Bundesparteitag schriftlich aufgefordert worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Liste mit den vorgeschlagenen Delegierten und stellvertretenden Delegierten finden Sie in Ihren Unterlagen. Ich nehme an, Sie haben sie alle zur Hand.

Unser Statut läßt es zu, daß die Wahl dieser Delegierten und Ersatzdelegierten per Akklamation durchgeführt wird, und so darf ich diejenigen bitten, die diesem Vorschlag zustimmen möchten, dies mit ihrer Stimmkarte anzuzeigen. - Gegenprobe! - 1 Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit das umfangreiche Arbeitsprogramm des ersten Tages unseres Parteitages erledigt, und ich darf Sie alle herzlich einladen, mit uns ab 20 Uhr in der Europahalle zu feiern.

Ich bitte alle Delegierten, Gäste und Pressevertreter, ihre sämtlichen Unterlagen mitzunehmen, weil der Plenarsaal in dieser Nacht gereinigt wird. Insbesondere verlorene Stimmkarten können nicht ersetzt werden. Sie können Ihre Taschen in der Europahalle an der Garderobe abgeben.

Omnibusse für die Fahrt zum Parteitagabend in der Europahalle stehen ab 19 Uhr unmittelbar vor dem Plenarsaal. Ab 22.30 Uhr besteht ein Buspendeldienst zwischen der Europahalle und dem Hauptbahnhof im 15-Minuten-Takt. Sie haben auch die Möglichkeit, die Straßenbahnlinie 6 zu benutzen.

Nun wünsche ich uns allen einen wunderschönen feuchtfröhlichen Abend. Morgen früh pünktlich um 9.30 Uhr beginnen wir wieder hier in dieser Halle.

(Beifall)

(Schluß: 18.48 Uhr)

**Dienstag, 17. Oktober 1995**

**Zweite Plenarsitzung**

**Beginn: 9.38 Uhr**

**Johannes Gerster**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, liebe Gäste des 7. Parteitages der CDU Deutschlands, ich darf Sie sehr herzlich zum zweiten Tag dieses 7. Parteitages und zur 3. Plenarsitzung willkommen heißen. Ich glaube, es spricht für die gute Verfassung der CDU Deutschlands - lassen Sie mich da von mir selbst auf andere schließen -, daß diejenigen, die heute nacht am längsten durchgehalten haben, heute morgen die ersten sind. Ein Kompliment dem Parteitag!

(Beifall)

Ganz besonders herzlich begrüße ich in unserer Mitte den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe - Sie bemerken hoffentlich die Reihenfolge -, unseren Freund Michael Glos. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Lieber Michael, aus der Sicht des Präsidiums sitzt du links außen; das ist eine rein geographische Feststellung. Sehr herzlich darf ich schon heute morgen in unseren Reihen auch den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft begrüßen, Prof. Dr. phil. Wolfgang Frühwald. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße auch den zweiten Referenten im Rahmen unseres heutigen Zentralthemas; den Professor für Politikwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg - eine gute Universität; ich habe dort auch einmal studiert -, Herrn Prof. Dr. phil. Ludger Kühnhardt.

(Beifall)

Weiter begrüße ich den designierten Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft in München, Prof. Dr. rer.nat. Hubert Markl. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, der heutige Tag steht unter dem Zentralthema dieses ganzen Parteitages: Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Nachdem ich die Herren Professoren begrüßt habe, die uns nachher mit geistiger Nahrung geistiges Fundament bieten werden, möchte ich nunmehr einen konkreten Schritt in dieses 21. Jahrhundert ankündigen - personell, sachlich, technisch, organisatorisch - und gebe deshalb dem Generalsekretär Peter Hintze das Wort.

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, auch ich möchte Sie alle herzlich begrüßen. Wir haben gut gearbeitet, wir haben gut gefeiert, und es ist eine erfreuliche Sache, Mitglied und Mitstreiter in der CDU zu sein.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Nachrichten schon verfolgt hat. Wir sind einen Parteitagstag bei der Arbeit gewesen, und schon hat sich die SPD-Führung vollkommen zerklopft. Herr Lafontaine hat gestern angekündigt, man müsse aus der Einerführung eine Fünferführung machen. Im Wahlkampf haben sie es ja noch mit einer Dreierführung versucht. Also, meine Da-



men und Herren, wir stellen uns bis auf Zehnpänner ein, aber wir marschieren so weiter, wie wir es gewohnt sind.

(Beifall)

Nun werden wir heute, wenn wir über die Zukunft sprechen, eine Menge interessante Dinge hören, und wir werden heute und morgen auch darüber nachdenken, was das uns selbst an Veränderungen abverlangt. Wenn wir vom Informationszeitalter sprechen und hören werden, heißt das natürlich auch, daß sich im Bereich der politischen Information einiges tun muß, daß wir auch im Bereich der politischen Information die Möglichkeiten der neuen Medien nutzen müssen, um weiter das zu bleiben, was uns auszeichnet. Nämlich daß wir die modernste Partei in Deutschland sind - mit einem festen programmatischen Fundament, mit vernünftigen Antworten, aber auch mit einer modernen Kommunikation.

Deswegen wollen wir heute morgen auf diesem Parteitag den Start ins weltweite Kommunikationsnetz Internet vornehmen. Internet ist ein Datennetz, das bereits heute viele Millionen Menschen auf der ganzen Welt nutzen, wo Informationen und Meinungen ausgetauscht werden und wo sich die Möglichkeiten von Multimedia auswirken; Studenten benutzen es an Universitäten, Menschen benutzen es mit ihrem PC zu Hause.

Wir als CDU haben als erste Partei in Deutschland eine Multimedia-CD-ROM herausgebracht. Ich erinnere mich noch gut an das Stirnrunzeln in unserem Parteivorstand, als wir das Projekt ansprachen, und ich sehe es auch jetzt noch auf einigen Gesichtern. Wir haben als erste Partei mit KOMSYS einen eigenen Datenverbund geschaffen, und wir wollen mit dem heutigen Tag nun auch ins Computernetzwerk Internet eintreten.

Ich freue mich, daß wir das jetzt auf diesem Parteitag tun können. Ich starte jetzt den Einstieg der CDU in die weltweit vernetzte Kommunikation, ins Internet.

(Beifall - Es folgt Präsentation auf den Videowänden)

Für die Computerfans unter uns: Sie sehen hier auf dieser Wand unsere Homepage. Wer WWW, World Wide Web - CDU Deutschland, anklickt, der landet so auf seinem Bildschirm bei unserer CDU. In Deutschland gibt es bisher zwei Millionen Menschen, die das Internet bereits nutzen. Die Zahl der Neuanschlüsse steigt rasant, und an den Universitäten arbeiten auch Studentengruppen an einzelnen Computern, so daß auch dadurch die Zahl noch weiter steigt.

Ab sofort kann man im weltweiten Internet auch bei der CDU haltmachen. Viele Millionen Menschen, von Amerika bis nach Japan herüber, von Nord bis Süd, haben in diesem Augenblick Zutritt zu unserem elektronischen Angebot. - Wir können das jetzt nicht mit dem ganzen Parteitag machen, aber diejenigen, die das genauer interessiert, können sich nachher in der Mittagspause im Mediencafé der CDU-Geschäftsstelle in der Gartenhalle selber einmal an den Computer setzen.

Bei uns finden Sie beispielsweise unter „News“ - Was gibt es Neues? - Bilder von diesem Parteitag. Die Nutzer im weltweiten Netz können, wenn sie möchten, einen Videoausschnitt der Rede unseres Parteivorsitzenden, die er gestern gehalten hat, abrufen. Wer sich also irgendwo auf der Welt darüber informieren will, kann das unabhängig von der Uhrzeit persönlich tun.

(Beifall)

Wir haben auch Pressestimmen in unserem Internet, so daß Delegierte, die sich darüber unterrichten wollen, dies tun können. Dies können natürlich nicht nur Delegierte tun, sondern es kann jeder in Deutschland und in der Welt tun, der es tun möchte. Er kann Artikel über den Parteitag lesen. Er kann sie sich an seinem Drucker ausdrucken lassen. Wir haben insgesamt eine ganze Menge von Daten über unsere Politik in allen möglichen Formen medialer Angebote.

Unter dem Kapitel „Wir über uns“ findet man in komprimierter Form Angaben darüber, wer und was unsere Politik prägt und wie wir uns die Gestaltung der Politik vorstellen. Sie finden dort auch Aussagen über unsere beiden erfolgreichsten Kanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Unsere Idee ist auch, daß wir - im Unterschied zum Fernsehen oder auch im Unterschied zur CD-ROM - mit den Nutzern im Internet ins Gespräch kommen, sie über die Ziele unserer Politik informieren und uns mit ihnen austauschen. Wir haben ein Gästebuch, in das sich jeder, der uns anklickt und im Internet bei uns haltmacht, eintragen kann. Er kann dort aber auch Fragen eintragen und Diskussionsbeiträge leisten. Auf diese Weise haben wir die Möglichkeit, auch politisch mit ihm in eine Kommunikation einzutreten.

Bei der Page, die Sie jetzt sehen, bitten wir um Meinungen zu politischen Themen. Wir wollen zum Mitmachen auffordern und suchen das Gespräch mit den Menschen.

Hinter dem Stichwort „Unsere Politik“ verbirgt sich eine Datenbank mit 26 politischen Themen. Sie bieten jedem die Möglichkeit - z.B. demjenigen, der sich zu Hause schnell auf eine Rede vorbereiten möchte -, sich mit einer ganzen Menge von Angeboten auf den aktuellen Stand zu bringen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Start in die Kommunikationswelt des 21. Jahrhunderts sind wir jetzt auf der internationalen Datenautobahn. Es ist wichtig, eine gute und interessante Politik zu betreiben, aber es ist auch wichtig, daß Menschen diese Politik kennenlernen, von ihr erfahren und mit uns kommunizieren. Ich wünsche uns, daß wir die moderne Volkspartei in Deutschland bleiben, deren Bild wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten geprägt haben. Es hat uns ausgezeichnet, eine solche moderne Volkspartei zu sein.

Ich wünsche uns jetzt einen interessanten Parteitag mit interessanten Diskussionen. Ich wünsche uns, daß wir das Gute, was wir beraten und besprechen, nicht nur für uns behalten, sondern in Deutschland und in der Welt bekanntmachen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Johannes Gerster**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke unserem Generalsekretär Peter Hintze herzlich. Sie haben gemerkt: Die neuen technischen Möglichkeiten ersetzen nicht das Denken im Kopf. Wäre das der Fall, würden alle nach den Redeanweisungen dasselbe reden. Das wäre schrecklich.

(Heiterkeit)

Zum Amt des Generalsekretärs gehört, daß er viel Kritik einstecken muß. Ich finde, man sollte auch Gutes sagen. Lieber Peter Hintze, ich weiß, daß du und die Mannschaft im Adenauer-Haus in den Wahlkämpfen oft unter schweren Bedingungen Hervorragendes leisten. Ich finde, das ist den Beifall des Parteitages wert. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 14.1 auf:

**BERICHT DES VORSITZENDEN DER  
CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG,  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE**

Ich erteile unserem Freund Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble** (mit Beifall begrüßt): Vielen Dank, Herr Tagungspräsident.

(Im Saal sind starke Rückkoppelungsgeräusche zu hören)

Ich habe schon befürchtet, daß wir zwar den Weg in das Internet antreten, das Mikrofon es aber nicht tut.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist die Spannung zwischen Anspruch und Realität, meine Damen und Herren.

(Erneute Heiterkeit)

Ich versuche es noch einmal: Lieber Johannes Gerster! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „74 Millionen Deutsche leben friedlich miteinander vereinigt zusammen mit sieben Millionen Ausländern in einem Staat, der seinen Einwohnern individuelle Freiheit, kollektiven Wohlstand und soziale Sicherheit in einem Maß garantiert, wie dies in einem deutschen Gemeinwesen nie zuvor der Fall war.“

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist ein Zitat. Es stammt von Henryk Broder, und es fand sich jüngst in einem jener Magazine, von denen unser Vorsitzender sagt, daß wir sie lieber nicht lesen sollten.

(Heiterkeit und Beifall)

Man kann gleichwohl jedes Wort davon unterschreiben. Es bringt die historische Leistung der Christlich Demokratischen Union in 13 Jahren Regierungsverantwortung für Deutschland auf den Punkt.

Das Werk lobt den Meister. Lieber Helmut, unter deiner Führung ist Deutschland das geworden, was es heute ist:

(Beifall)

ein in Frieden und Freiheit wiedervereinigtes Land, ein blühendes Gemeinwesen, geschätzt, auch bewundert von seinen Nachbarn und in der ganzen Welt. Dafür sagen wir dir von Herzen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, gestern ist auf den Tag genau ein Jahr seit der Bundestagswahl vergangen. Es war ein erfolgreiches Jahr. Wir haben bewiesen, daß wir auch bei knappen Mehrheiten zu gestaltender Politik fähig bleiben. Unsere Erfolge zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Kaum eine Regierung zuvor war ein Jahr nach der Wahl von einer so breiten Zustimmung getragen wie die Regierung Helmut Kohl heute. Die Menschen spüren, daß wir Wort halten, daß auf uns Verlaß ist, und die Menschen können darauf vertrauen, daß das so bleiben wird.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben vor zwei Wochen zum fünftenmal den Tag der Wiedervereinigung unseres über vier Jahrzehnte geteilten Vaterlandes feiern können - im

Zeichen einer gewaltigen Aufbauleistung im Osten, im Zeichen sich angleichender Lebensverhältnisse, eines wachsenden Optimismus bei den Menschen in den neuen Ländern. Ich finde, wir haben den Tag würdig gefeiert, und zum Feiern war auch Anlaß, für die Menschen im Osten genauso wie für die im Westen, denn die deutsche Einheit, liebe Freunde, macht uns alle reicher.

(Beifall)

Trotz dieser historisch einmaligen Solidarleistung der Deutschen sind die Preissteigerungsraten und die Zinsen in Deutschland heute so niedrig wie seit sieben Jahren nicht mehr, verzeichnen wir ein stetiges Wirtschaftswachstum, das voraussichtlich auch in den nächsten Jahren anhalten wird, ist unsere Mark stabil geblieben, floriert der Export, verstärkt sich die Binnennachfrage.

Trotz der einmaligen Sonderbelastungen zur Bewältigung der deutschen Teilung haben OECD wie Internationaler Währungsfonds unsere Finanzpolitik als vorbildlich für alle Industrieländer bezeichnet und ihr Gütezeichen verliehen. Trotz der Doppelbelastung des Bundeshaushalts durch Folgen der Teilung wie der überwundenen Rezession werden die Ausgaben des Bundes 1996 erstmals seit den 50er Jahren nicht steigen, sondern sinken - ein beispielloser Kraftakt, den vor allen Dingen unser Freund Theo Waigel zu schultern hatte und für dessen Bewältigung er unseren Dank und unsere Anerkennung verdient.

(Beifall)

Wir haben in diesen zwölf Monaten das Jahressteuergesetz 1996 verabschiedet, mit der Freistellung des Existenzminimums und mit der Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem sozial ausgewogenen Familienleistungsausgleich. Wir haben unsere Vorstellungen zur Reform der Sozialhilfe, der Arbeitslosenhilfe und der Ausbildungsförderung vorgelegt. Wir haben Vorkehrungen zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Belastung der Luft auf den Weg gebracht. Wir verzeichnen Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung, bei der Abwehr des Asylmißbrauchs.

Die Bundestagsfraktion hat mit Blick auf die Regierungskonferenz 1996 Vorstellungen entwickelt, wie die Europäische Union handlungs- und entscheidungsfähiger werden kann. Und wir haben mit unserem Beschluß, der Entsendung deutscher Verbände zur Unterstützung der Truppen der Vereinten Nationen auf dem Balkan zuzustimmen, gezeigt, daß wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen, daß wir uns nicht scheuen, zur Sicherung des Friedens in Europa unseren Beitrag einzubringen.

Liebe Freunde, es ist auch dem gemeinsamen, entschlossenen und verantwortungsbewußten Handeln von 294 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu verdanken, daß diese Erfolge zustande kamen.

(Beifall)

Ich will mich bei dieser Gelegenheit bei meinem Stellvertreter, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, herzlich dafür bedanken, daß wir so eng miteinander zusammenarbeiten. Das gilt auch für alle anderen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, für Gerhard Friedrich, Heiner Geißler, Paul Krüger, Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönch, Rupert Scholz und Rudi Seiters. In der Sprache von Volker Rühle: eine starke Truppe!

(Beifall)

Die Leistungsbilanz unseres parlamentarischen Gegenspielers sieht, soviel ist sicher, anders aus. Man hat ja im Moment schon das Gefühl, eine Pietätlosigkeit zu begehen, wenn man sich überhaupt zur SPD äußert.

(Beifall)

Bei jeder Pressekonferenz, die die Partei ansetzt, fragt man sich unwillkürlich, wer jetzt wohl das Handtuch werfen wird, und befürchtet das Schlimmste. Die südbadischen SPD-Kreisvorsitzenden sollen dieser Tage beschlossen haben, daß SPD-Mitglieder vor Einschalten der Nachrichten im Auto zur Sicherheit einen Parkplatz aufsuchen sollen.

(Heiterkeit und Beifall)

Trotzdem, liebe Freunde: Zur Schadenfreude besteht nur begrenzt Anlaß. Denn in Wahrheit schadet das, was die SPD seit Wochen und Monaten - und gestern schon wieder; Peter Hintze hat es gesagt - aufführt, schadet das Verhalten nahezu ihres gesamten noch verbliebenen Führungspersonals dem Ansehen der Politik, schadet der Demokratie in unserem Land.

(Beifall)

Da bedenkt die Ministerpräsidentin eines deutschen Bundeslandes den Vorsitzenden ihrer Partei mit einem Ausdruck, der laut Wörterbuch eine schwere psychische Erkrankung bezeichnet. Verkommener, abstoßender geht es kaum noch.

(Beifall)

Das wird auch nicht dadurch besser, daß sie dann drei Wochen später ihrem Vorsitzenden demonstrativ den Rücken stärken will und erklärt, wenn sich der Parteitag zusammenraufe, könne sich der Vorsitzende für alle Ewigkeiten halten. Als Kanzlerkandidatenkandidat soll uns das recht sein, zumal die Eichel, Schröder oder Lafontaine ja auch nicht besser sind.

Die Quittung erteilt der Wähler. Wir haben Ende Juni in Frankfurt einen großartigen Sieg mit Petra Roth errungen.

(Beifall)

Die CDU ist vor wenigen Wochen in der einst klassischen SPD-Hochburg Bremerhaven die mit Abstand stärkste Partei geworden. Unsere Freunde haben dort das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt.

(Beifall)

Und wir haben gute Chancen, am kommenden Wochenende auch die Wahl in Berlin zu unseren Gunsten zu entscheiden.

(Beifall)

In Berlin steht viel auf dem Spiel. Wir müssen verhindern, daß sich in der deutschen Hauptstadt wiederholt, was die SPD in Sachsen-Anhalt begonnen hat:

(Beifall)

die Beteiligung der SED-Nachfolgepartei an der Regierung. Was eine rot-grüne Stadtregierung in Berlin mit der PDS als stillem oder weniger stillem Teilhaber für den Aufbauprozeß der deutschen Hauptstadt bedeuten würde, braucht man niemandem zu erklären.

Herr Scharping hat in der vergangenen Woche im Bundestag gemeint: „Wenn man auf Cassandra gehört hätte, wäre Troja nicht gefallen.“ Mir scheint, es wäre wichtiger, daß er aufpaßt, daß die SPD mit ihrer Zusammenarbeit mit der PDS nicht zum trojanischen Esel wird.

(Beifall)

Die SPD hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Sie ist in ihrer Not und Verzweiflung offenbar bereit, den Grundkonsens der Demokraten, daß es keine Zusammenarbeit mit Extremisten geben darf, aufs Schändlichste zu verraten. Führende SPD-Politiker in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, auch die Dame in Kiel haben sich immer wieder in diesem Sinn geäußert. In Magdeburg haben sie kürzlich das einjährige Jubiläum ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit Sekt gefeiert. Ich finde, eine Schweigeminute der Scham und der Schande wäre angemessener gewesen.

(Lebhafter Beifall)

Also, liebe Freunde, letztlich bleibt nur ein Mittel, wenn verhindert werden soll, daß sich Gleiches in Berlin oder anderswo in der Republik wiederholt: Wir müssen alles daran setzen, daß die Union überall so stark wird, daß gegen uns nicht regiert werden kann.

(Beifall)

Aber bei all dem bleibt entscheidend wichtig, daß wir uns durch unsere Erfolge und durch die Schwäche der Opposition nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen. Denn es besteht nicht der geringste Anlaß, überheblich oder übermütig zu werden.

(Beifall) .

Es liegen gewaltige Herausforderungen vor uns: Der Friede bleibt auch in Europa gefährdet. Der freiheitliche Rechtsstaat muß angesichts mancher Auflösungserscheinungen traditioneller Werte, Normen und Institutionen immer neu gefestigt und gegen Extremismus, Intoleranz, auch gegen die Heimsuchung organisierter Kriminalität geschützt werden. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wird mehr und mehr zur Schicksalsfrage der ganzen Menschheit. Der wirtschaftliche Wettbewerb um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze wird angesichts der technologischen Revolution wie der Globalisierung der Märkte härter.

Bei der Schwäche der Opposition lastet die Verantwortung um so mehr auf uns, die notwendigen Veränderungen rechtzeitig durchzusetzen. Die Widerstände gegen jede Veränderung sind groß. Aber Stillstand bedeutet immer Rückschritt. Das gilt um so mehr in einer Zeit so großer und rascher Veränderungen. Die härteste Nuß, die es zu knacken gilt, ist die auf einem zu hohen Niveau verharrende Arbeitslosigkeit.

Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität, hat einst Kurt Schumacher gesagt. Das gilt auch für die Arbeitsmarktpolitik. Zu dieser Realität gehört, daß auch der Arbeitsmarkt dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage unterworfen ist. Unser Problem ist ja nicht, daß wir einen Mangel an Arbeit in Deutschland hätten - manche haben das immer noch nicht begriffen -, sondern unser Problem ist, daß Arbeit bei uns so teuer geworden ist, daß wir zuwenig Nachfrage nach Arbeit zu regulären Preisen haben. Zumal einfache Arbeit ist nirgends so teuer wie in Deutschland.

(Beifall)

Wir werden mehr Bewegung am Arbeitsmarkt nur erreichen, wenn auch Arbeitsplätze mit geringerer Qualifikation noch wirtschaftlich sind. Die Politik der Arbeitszeitverkürzung war ein Holzweg; das beginnt sich selbst in den Gewerkschaften zunehmend herumzusprechen.

Liebe Freunde, wenn man die Statistiken anschaut, dann stellt man fest, daß in den letzten Jahren vor allem die USA, Kanada und Japan kräftige Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen hatten, und das sind Länder mit überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten. Dagegen ist der erwartete Beschäftigungsschub durch die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland ausgeblieben. Daraus müssen doch endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden!

(Beifall)

Wenn sich auf dem Arbeitsmarkt etwas bewegen soll, muß Arbeit kostengünstiger, flexibler, auch effizienter eingesetzt werden, über eine stärker differenzierte Lohnstruktur, mit einem größeren Anteil einfacher industrieller und Dienstleistungstätigkeiten, über flexiblere Arbeits- und Betriebszeiten, über saisonale Schwankungen auffangende Jahresarbeitszeitregelungen, über die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen bis zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Dies ist vor allem Aufgabe der Tarifpartner, die wir stärker in die Pflicht nehmen müssen. Eine Arbeitsteilung, daß die Tarifpartner für Lohnerhöhungen und die Verteilung von Freizeit zuständig sind, der Staat aber die Vollbeschäftigung garantieren soll, und sei es, indem er einen zweiten Arbeitsmarkt teuer subventioniert, kann nicht funktionieren.

(Beifall)

Tarifautonomie heißt eben auch Verantwortung der Tarifpartner. Zur traurigen Wirklichkeit auf unserem Arbeitsmarkt gehört im übrigen auch, daß wir trotz unserer viel zu hohen Arbeitslosigkeit für viele Tätigkeiten kaum deutsche Arbeitskräfte finden. Wir sind noch nicht einmal in der Lage, den Bauboom in den neuen Bundesländern ohne die Beschäftigung ausländischer Kolonnen zu bewältigen. Trotz 3,5 Millionen Arbeitsloser werden jedes Jahr bis zu 1 Million Ausnahmegenehmigungen vom Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte erteilt, weil die betreffenden Arbeitsplätze auf dem deutschen Arbeitsmarkt einschließlich der Europäischen Union nicht zu besetzen sind. Das, liebe Freunde, kann und darf so nicht bleiben.

(Beifall)

Deshalb unsere Vorschläge zur Reform von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Eine stärkere Differenzierung von Lohnstrukturen nützt wenig, wenn Nettolöhne niedriger sind als Lohnersatzleistungen oder Sozialhilfeleistungen.

(Beifall)

Damit motiviert man den Einzelnen nicht, reguläre Arbeit zu suchen. Es muß eben der Grundsatz gewährleistet bleiben, daß jeder, der arbeitet, ein höheres Einkommen erzielt, als wenn er nicht arbeitet.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme in Arbeitslosenhilfe wie Sozialhilfe, und deshalb muß derjenige, der nicht bereit ist, eine angebotene Arbeit anzunehmen, obwohl er dazu in der Lage wäre, Abschlüsse bei der Sozialhilfe hinnehmen. Anders werden wir Motivation und Eigenverantwortung nicht verbessern.

(Beifall)

Damit Arbeit billiger werden kann, müssen auch die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Deshalb darf sich die Ausgabendynamik unserer Sozialversicherungen nicht ungebremst fortsetzen. Wir werden, liebe Freunde, unser vorbildliches System sozialer Sicherheit nur bewahren können, wenn wir Elemente der Sparsamkeit, der Eigenverantwortung, auch der freiwilligen Solidarität stärker nutzen.

Tabus darf es bei dem Wirken für Wohlstand, soziale Sicherheit und Arbeit nicht geben. Wenn wir für mehr Beschäftigung sorgen wollen, dürfen wir nicht nur auf der Angebotsseite bei den Lohn- und Lohnzusatzkosten, sondern wir müssen auch auf der Nachfrageseite ansetzen. Dazu müssen wir helfen, neue Beschäftigungschancen in Wachstumsbranchen wie der Kommunikations- und Medienindustrie, der Gentechnologie, aber auch im Dienstleistungssektor, im Handel, und auch in privaten Haushalten zu schaffen. Die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder kann uns aber nur gelingen, wenn wir konsequent auf Förderung von Innovation, von moderner Forschung und Technologie setzen, auf materielle wie ideelle Förderung. Wir müssen uns auf die dynamischen Entwicklungsbereiche konzentrieren, von der Kommunikationstechnik bis zur Luft- und Raumfahrt, vom Transrapid bis zu intelligenten Verkehrsleitsystemen, von der Materialforschung bis zur Energiewirtschaft, von der Umwelttechnologie, der Abfall- und Recyclingwirtschaft bis zu der Medizintechnik und den Biowissenschaften. Eine Politik der organisierten Fortschrittskepsis und Technikfeindschaft dagegen, wie sie rot-grüne Landesregierungen in Hessen und anderswo unverdrossen und unbelehrbar betreiben, ist eine ernstzunehmende Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort.

(Beifall)

Da kann Herr Fischer noch so viele Papiere schreiben, mit denen er nur kaschieren will, daß er Fraktionssprecher in einer Partei der Technikfeindschaft und der Zukunftsverweigerung ist. An ihren Taten, nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen.

(Beifall)

Die Ausbeutung von Neid und Zukunftsängsten zu politischen Zwecken blockiert den Fortschritt und verweigert Zukunft. Wir brauchen ein Klima von Forscherfreude, Innovationsehrgeiz und Zukunftsmut. Zur Förderung von Innovation gehört übrigens auch die Förderung von selbständigem, von risikobereitem Unternehmertum, ein Faktor, von dem unser Bundespräsident dieser Tage gesagt hat, er sei die Unruh, die das Uhrwerk unserer Wirtschaft in Bewegung halte.

(Beifall)

Es ist doch ein Alarmsignal, daß nur noch 8 % der Berufstätigen in Deutschland wirtschaftlich selbständig sind. Deshalb gehört es zu den elementaren Aufgaben in unserer Gesellschaft, wieder ein Klima zu schaffen, das Vorstöße in wirtschaftliches Neuland erleichtert und das solche Vorstöße, wenn sie erfolgreich sind, auch honoriert. Wir müssen denen, die bereit sind, im Interesse des Fortschritts Risiken zu übernehmen, auch die Chance auf Gewinn einräumen. Das ist und bleibt eine entscheidende Antriebskraft für Leistungsbereitschaft und Wachstum. Anders wird es uns nicht gelingen, unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit zu erhalten.

(Beifall)

Wir müssen auf Initiative, auf Eigenverantwortung und Mut zum Wagnis setzen. Wir brauchen eine Kultur zukunftsorientierten Handelns, nicht des zaghaften Abwartens. Gerade ein roh-



stoffarmes Land wie Deutschland bleibt auf die Kreativität seiner Menschen und die Qualität seiner Produkte angewiesen. Eine Politik, die die Agenda der Zukunft bestimmen will, muß auf Wissenschaft und Forschung setzen, um die Weichen für den Erhalt der Umwelt wie für die Sicherung von Arbeitsplätzen auch für morgen zu stellen.

(Beifall)

Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen bewahrt werden. Da lassen wir Christlichen Demokraten uns von niemandem übertreffen. Der Streit geht in Wahrheit darum, wie wir das schaffen, durch Fortschrittsverweigerung, Investitionsblockade und bürokratischen Dirigismus, wie die Linken meinen, oder durch Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen gerade zum Zwecke der Erhaltung der Umwelt, was unser Weg ist. Übermaß, Maßlosigkeit im blinden Glauben an die Machbarkeit wie in der hysterischen Ausbeutung menschlicher Angst sind immer falsch.

Wir setzen auf eine Politik des rechten Maßes in der Verbindung von Fortschritt und Verantwortung, von Ökologie und Ökonomie, also Katalysator statt Tempolimit, schadstoffabhängige Kfz-Steuer statt fünf Mark für das Benzin, moderne Verkehrsleitsysteme statt bloßes Schikanieren der Autofahrer. Das ist unser Beitrag für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik.

(Beifall)

Wir wollen benzolarmes Benzin steuerlich stärker begünstigen. Wir werden die erfolgreiche Förderung der Wärmedämmung und Emissionsreduzierung im Gebäudebereich fortsetzen, und wir werden eine neue Initiative in der Europäischen Union starten, damit wir europaweit zu einer Absenkung des Kohlendioxidausstoßes kommen. Das sind Elemente unserer verantwortlichen und erfolgreichen Umweltpolitik, die wir konsequent weiterentwickeln wollen und weiterentwickeln werden. Umwelt und Wirtschaftswachstum müssen und dürfen keine Gegensätze sein. Dort, wo der Sozialismus real existierte, taugte die Wirtschaft nichts, und das Ergebnis war nicht nur Armut der Menschen, sondern zugleich auch eine deprimierende Zerstörung von Natur und Umwelt. Wenn Umweltschutz und Arbeitsplätze zu Gegensätzen werden, dann taugt das für beide Ziele nicht, und deshalb dürfen wir das Wechselspiel zwischen Ökologie und Ökonomie nicht rot-grünen Schreibtischtätern überantworten.

(Beifall)

Zur Wirklichkeit und zu den Problemen unserer Tage gehört auch, daß über die Hälfte dessen, was in unserem Land erwirtschaftet wird, durch öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen in Anspruch genommen wird. Das nennt man Staatsquote. Das ist zuviel, und deshalb muß die Staatsquote wieder zurückgeführt werden, so wie uns das in den 80er Jahren von 52 % beim Amtsantritt Helmut Kohls auf unter 46 % 1989 schon einmal gelungen ist. Ich bin auch ganz sicher - ich nehme Wetten an -, wir werden das schaffen mit strikter Ausgabenbegrenzung bei Bund, Ländern und Gemeinden und mit mehr Sparsamkeit und Eigenverantwortung im Bereich sozialer Sicherheit.

Das bedeutet auch, daß bürokratische Wucherungen nicht immer hypertropher werden dürfen. Zur Verwirklichung eines schlanken Staats gehört eine Reform der öffentlichen Verwaltung mit einem modernen Dienstrecht, mit einem flexiblen Haushaltsrecht. Wir haben den Personalbestand des Bundes bereits erheblich vermindert und werden dies fortsetzen, im nächsten Jahr z. B. um weitere 15 000 Stellen in der Bundesverwaltung. Auch das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung, der sich sehen lassen kann und der auch nachhaltige Wirkung hat.

Wenn es aber darum geht, staatliches Handeln mehr auf den Kernbereich staatlicher Aufgaben zu konzentrieren, dann bedeutet es umgekehrt auch, daß diese Aufgaben wirksamer erfüllt werden müssen. Für mich gehört zu den wirklich unglaublichen Skandalen der zurückliegenden Monate das Maß an Verkommenheit, das die Regierung Schröder anläßlich der Chaostage in Hannover offenbart hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn der Rechtsstaat nicht mehr in der Lage ist, den inneren Frieden zu garantieren, Recht auch durchzusetzen und Gewalt zu verhindern, dann verkommt der Rechtsstaat. Es ist eine Schande für unser Land, wenn tagelang die Bilder um die Welt gehen, wie Polizisten wegen einer unfähigen Führung zusehen müssen, wie Ladengeschäfte geplündert werden, wenn Verstärkungen aus anderen Ländern nicht zum Einsatz gerufen werden.

(Lebhafter Beifall)

In Niedersachsen ist die Polizei vor diesen Chaostagen ohne Vorinformation geblieben, weil Rot-Grün zuvor den Verfassungsschutz in diesem Lande handlungsunfähig gemacht hat. Die Polizisten mußten sich in Sportgeschäften Eishockeyschoner kaufen, weil die Ausrüstung der Polizei in diesem Land so schlecht ist, daß sie nicht mehr vor Gewalttätern geschützt werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Auf diese Weise wird Schindluder getrieben mit den Polizisten und wird Schindluder getrieben mit unseren Bürgern, die darauf vertrauen, daß ihr Staat Frieden, Freiheit, körperliche Unversehrtheit und Eigentum schützt. Das, liebe Freunde, ist keine lokale Angelegenheit von Hannover oder von Niedersachsen, sondern ist eine Gefahr für den gesamten Rechtsstaat, für den inneren Frieden in unserem Land. Im übrigen ist es zusätzlich ein Skandal, wenn der zuständige Ministerpräsident, der ja sonst mit Hillu und Handy in den Medien prunkt, in den Tagen der Anarchie und des Chaos abtaucht und höchstens ein paar Sprüche klopft, als ginge ihn das Schicksal seiner eigenen Landeshauptstadt nichts an.

(Beifall)

Im übrigen, liebe Freunde, wir haben die rechtsfreien Zustände nicht nur in Hannover gehabt. Anderswo werden sie jahrein, jahraus geduldet. Ich erinnere an die Autonomenhochburg Göttingen, auch in Niedersachsen gelegen, wo die sogenannte Göttinger Linie verfochten wird, die darin besteht, dem „schwarzen Block“ die Straßen der Stadt nach Belieben freizugeben und Straftäter der Szene außer Verfolgung zu stellen. Ich erinnere an die Zustände um Gorleben, wo sich die niedersächsische Landesregierung schlicht weigert, die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung von Transport und Endlagerung zu ergreifen. Das genau ist das Ergebnis rot-grüner Politik, hier ist es zu besichtigen. Ich bin gespannt, ob Herr Fischer bald noch ein Papier über den Zusammenhang von innerem Frieden, Toleranz und staatlichem Gewaltmonopol schreiben wird.

(Beifall)

Im übrigen ist man bei der SPD und bei den Grünen fast schon einen Schritt weiter, nicht nur daß man Unrecht duldet, man ist bereit, Unrecht auch noch zu legalisieren. Das nennt man Entkriminalisierung. Auf deutsch, wenn ein Delikt nur hinreichend weit verbreitet ist, wenn die Bekämpfung sogenannter Alltagskriminalität nur aussichtslos genug erscheint, dann wird das Ganze zum gesellschaftlichen Phänomen erklärt und als Kavaliersdelikt behandelt.

(Beifall)

Dann wird aus dem Ladendiebstahl eine bloße Ordnungswidrigkeit. Es hört sich wie ein Witz an, wie der Witz von dem Mönch, der auch am Freitag auf sein Fleisch nicht verzichten möchte und deshalb sein Steak auf den Namen Fisch tauft. Aber es ist bitter ernst; so verkommt der Rechtsstaat, liebe Freunde!

(Beifall)

Liebe Freunde, für den inneren Frieden in unserem Land ist es genauso wichtig, daß wir die Politik der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung konsequent fortsetzen. Was wäre unserem Land, was wäre unseren ausländischen Mitbürgern erspart geblieben, wenn sich die SPD dieser Politik nicht um Jahre verweigert hätte!

(Beifall)

Was macht die SPD heute? Die SPD-regierten Länder verhängen gegen die Rechtslage Abschiebestopps. Das heißt, daß auch Asylbewerber, die eindeutig keinen Anspruch auf Asyl haben, das Land nicht verlassen müssen. So etwas spricht sich natürlich in den Herkunftsländern herum. Der Rückgang der Asylbewerberzahlen hängt entscheidend damit zusammen, daß sich die bessere Bekämpfung von Asylmißbrauch und Schlepperbanden in den Herkunftsländern herumgesprochen hatte. Wer jetzt den Asylkompromiß schon wieder in Frage stellt, der gefährdet die Toleranz gegenüber ausländischen Mitbürgern und den inneren Frieden in unserem Land.

(Beifall)

Angesichts der dann wieder in sich zusammengebrochenen Aufregung um die Abschiebung von sieben Sudanesen sage ich auch: Für den inneren Frieden in unserem Land und für das friedliche Zusammenleben der Menschen tut ein Innenminister, der eine rechtsstaatlich einwandfreie Entscheidung durchhält, mit Sicherheit mehr, als zehn Lichterketten danach wieder wettzumachen vermögen.

(Lebhafter Beifall)

Er tut es nicht zuletzt für diejenigen, die zu Recht bei uns Asyl finden und die auch in Zukunft bei uns Asyl finden sollen, für diejenigen, die hier rechtmäßig leben und unbehelligt und sicher leben sollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, in diesen Tagen gibt es zum erstenmal Hoffnung auf ein Ende des unsäglichen Kriegs, des Gemetzels und der Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien, in Bosnien-Herzegowina. Es gibt zum erstenmal Hoffnung auf eine politische Lösung. Es zeigt sich zugleich, daß sich die Chance für eine Lösung erst in dem Moment aufgetan hat, als die barbarischen Aggressoren auf entschiedenen und entschlossenen Widerstand gestoßen sind und keine Sekunde vorher.

(Beifall)

Die Lehre ist bitter, aber sie ist notwendig. Wir werden auch in Zukunft den Frieden nur sichern können, wenn jeder, der zur Durchsetzung seiner Ziele militärische Mittel anwenden will, weiß, daß er auf entschiedenen und überlegenen Widerstand der zivilisierten Völkergemeinschaft stoßen wird. Dazu müssen wir Deutsche unseren Beitrag leisten, dazu brauchen wir ein handlungsfähiges Europa, und dazu brauchen wir auch in Zukunft die Atlantische Alli-

anz. Das ist die entscheidende Voraussetzung für unsere gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit.

(Beifall)

Es beweist sich wieder - in Karlsruhe muß man das gelegentlich sagen -: Die Soldaten der Bundeswehr sind keine Mörder, ganz im Gegenteil.

(Anhaltender Beifall)

Die Soldaten der Bundeswehr dienen dem Frieden, und sie verdienen unseren Dank und unseren Respekt für ihren Dienst, übrigens auch für die großartige Haltung, die sie in diesen Wochen bewiesen haben. Sie haben ein hervorragendes Beispiel gegeben. Ich möchte in diesen Dank ausdrücklich Volker Rühle für seine ebenso klare und besonnene Haltung einschließen.

(Beifall)

Wenn man sieht, mit welcher Nüchternheit und mit welchem selbstverständlichen Pflichtgefühl unsere Soldaten ihren schwierigen und gefährvollen Dienst tun, dann wird um so mehr deutlich, wie kümmerlich sich die Sozialdemokraten in dieser Frage verhalten.

(Beifall)

Daran muß man erinnern. Als der Einsatz der Bundeswehr-Tornados notwendig geworden war, bestand der einzige Beitrag der Sozialdemokraten, die im Bundestag nicht zugestimmt hatten, in dem Versuch, diesen Einsatz als nicht rechtmäßig, als nicht vom Beschluß des Bundestags gedeckt in Zweifel zu ziehen.

Was tut man eigentlich den Soldaten an, die in einem lebensgefährlichen Einsatz sind, wenn man zu Hause darüber räsoniert, ob das rechtlich ausreichend gedeckt sei? Dann hat sich in der Sitzung des zuständigen Bundestagsausschusses herausgestellt - die Sozialdemokraten haben zunächst gesagt, sie seien nicht rechtzeitig informiert worden -, daß sie ihre Unterlagen nicht gelesen hatten. Es ist schon erbärmlich, wie die Linke versagt.

(Beifall)

Die Christlich Demokratische Union muß und wird die Partei der europäischen Einigung bleiben, so wie wir die Partei der deutschen Einheit sind. Wir haben das mit dem gestern verabschiedeten Leitantrag zur Europapolitik erneut unter Beweis gestellt. Der Weiterbau an der europäischen Einheit - das wird durch die Erfahrung auf dem Balkan so dringend belegt -, ist das wichtigste Projekt deutscher Politik bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus.

Deswegen sage ich auch: Die Währungsunion darf nicht scheitern. Dazu muß die europäische Währung so stabil sein, wie es die D-Mark ist, wenn die CDU/CSU in Bonn regiert.

(Beifall)

Täuschen wir uns nicht: Da wird noch viel Überzeugungsarbeit bei den Menschen zu leisten sein. Wir müssen die Menschen für den Gedanken und für die Richtigkeit und Notwendigkeit der europäischen Währung wie der europäischen Einigung gewinnen. Ich sage Ihnen vorher: Lafontaine, der jetzt auf Scharping losgeht - jeden Tag ein neuer, wenn ich da richtig gelesen haben -, schürt die Ängste gegen die europäische Währungsunion genauso, wie er im Jahre 1990 die Ängste gegen die deutsche Einheit geschürt hat. Machen wir uns darüber keine Illusionen.

(Beifall)

Da ich gerade bei der Zeitungslektüre von heute bin, muß ich noch etwas sagen: Herr Scharping hat erklärt, die SPD habe wieder Tritt gefaßt. Ich habe das Gefühl, er faßt Tritte wie andere Essen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber Spaß beiseite. Täuschen wir uns nicht: Die Europäische Union steht - deswegen darf die Währungsunion nicht scheitern, denn der, der zurückgeht, riskiert mehr als nur den Aufschub eines Projektes nach dem Motto „wenn wir es jetzt nicht machen, dann in zehn Jahren“ - an einer entscheidenden, vielleicht sogar an der alles entscheidenden Wegmarke.

Im Zuge der im nächsten Jahr beginnenden Regierungskonferenz wird sich entscheiden, ob die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereit sind, den Weg der europäischen Einigung weiterzugehen und unumkehrbar zu machen. Das ist eine Schicksalsfrage für ganz Europa, aber auch und gerade für uns Deutsche.

Würde sie negativ beantwortet, wäre damit für lange Zeit die Chance vertan, unseren alten Kontinent zu einen und so Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. In einer Welt, die immer mehr zusammenrückt und in der die Konkurrenz härter, die Entwicklungen dynamischer und die Wirtschaftsräume größer werden, in einer solchen Welt können wir auch wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit in einem geeinten Europa viel besser bewahren und zugleich unserer Verantwortung für diese eine Welt besser gerecht werden.

Deshalb müssen wir alles daran setzen, daß Maastricht II ein Erfolg wird und daß wir die Herzen der Menschen für den Fortgang der Einigung gewinnen. Wir, liebe Freunde, müssen an der europäischen Einheit weiterbauen, mutig, beharrlich, auch durch Rückschläge und Widerstände unbeirrbar.

(Beifall)

In unseren Tagen wird viel über eine wachsende Orientierungskrise, über Individualisierung und Bindungsverluste des modernen Menschen, über Ichbezogenheit, über die Auflösung gewachsener Gemeinschaften geklagt. Ich fürchte, nicht nur zu Unrecht. Wenn wir solchen Entwicklungen etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir die Orientierung gebenden, die Gemeinschaft verbindenden Elemente stärken und neu beleben. Das sind in erster Linie die gemeinsamen Wertüberzeugungen unseres abendländischen Kulturkreises, Werte wie die Würde der Person, verantwortete Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit.

Diese Werte wurzeln in unserer christlich geprägten kulturellen Tradition und Überlieferung.

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat einmal die Frage gestellt - ich zitiere - „ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muß, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt“, und er hat es als das große Wagnis des modernen Staates bezeichnet, daß er insofern von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. In meinen Augen war es der entscheidende Fehler des Kreuzifix-Urteils des Bundesverfassungsgerichts, nicht erkannt zu haben, daß auch Verfassungsrecht und Verfassungsrechtsprechung von Voraussetzungen leben, die allem gesetzten Recht vorgelagert sind.

(Beifall)

Das jüngst erschienene Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland berichtet wieder von einem Rückgang der Eheschließungen, von einem Rückgang der Geburten, einer Zunahme der Ehescheidungen. In einer Zeit, die über mehr Wohlstand verfügt als alle uns be-

kannten früheren Zeiten, sind wir offenbar nicht mehr in der Lage, die Stabilität der Generationen einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Das muß etwas mit Lebenseinstellung und Mut zur Zukunft zu tun haben. Ohne Gemeinschaft kann der Mensch nicht leben. Deshalb müssen wir die Familie stärken, deshalb stellen wir uns der Verantwortung für kommende Generationen, was übrigens auch Grundlage jeder Umweltpolitik sein muß.

Freiheitliches Zusammenleben setzt auf Werte, Tugenden, auch institutionelle Vorkehrungen, setzt auf Leistungsbereitschaft, auf Engagement, auf freiwillige Solidarität, auch auf Mäßigung und Verzicht auf Übermaß. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen wie Rechte und Pflichten und wie Zukunft und Zuversicht. Ohne Hoffnung ist der Mensch arm, liebe Freunde.

(Beifall)

So groß die Probleme und Herausforderungen auch sein mögen: Keine Generation vor uns hatte großartigere Möglichkeiten, und deshalb haben wir weder Grund noch Recht zur Resignation. Die Zukunft ist offen, es liegt an uns selbst, welche Beiträge wir leisten. Daraus wachsen Zuversicht, Lebensfreude, Mut zur Zukunft.

In einer Zeit von Orientierungsnöten und wachsender Bindungslosigkeit werden wir auch auf die Integrationskraft der großen Volkspartei angewiesen bleiben. Sie, die große Volkspartei Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union, ist eine institutionelle Vorkehrung gegen jede Versuchung zum Populismus, der ja kein Problem wirklich lösen und Zukunft nicht gestalten kann. Für die Zukunft unseres Landes bleiben die Stärke, die Geschlossenheit und Entschlossenheit der Christlich Demokratischen Union entscheidend. Daran, liebe Freunde, sollten wir immer denken.

Unsere Politik gründet auf unseren Wertüberzeugungen, unserem Bild vom Menschen, gründet in unseren Vorstellungen von der Ordnung menschlichen Zusammenlebens. Kollektivistische Systeme, die wie Kommunismus oder Nationalsozialismus das Individuum aus dem Blick verloren haben, haben in diesem Jahrhundert weiß Gott zuviel Elend über die Menschheit gebracht; aber der schrankenlose Individualismus ist zur Gestaltung von Zukunft ebensowenig geeignet, weil er die Eskalation von Interessenkonflikten nicht verhindert und weil er zuvor schon über die Tabuisierung von Besitzständen zur Erstarrung kommt und Innovation verhindert.

Deshalb müssen wir auf die immer neu zu justierende Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft setzen, müssen wir jeder immer zerstörerisch wirkenden Absolutierung wehren, setzen wir auf Maß und Ausgleich - zwischen Wirtschaft und Sozialem, Ökonomie und Ökologie, zwischen Nation und Europa, Freiheit und Recht, Arm und Reich, Nord und Süd. So, liebe Freunde, arbeiten wir für Frieden und Toleranz. Darin liegt unser Beitrag, um die Zukunftsaufgaben zu meistern, und das, liebe Freunde, ist der Weg der Union ins nächste Jahrhundert.

(Lang anhaltender Beifall -  
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

**Johannes Gerster**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Beifall - neudeutsch nennt man das „standing ovations“ - hat gezeigt: Dieser Parteitag dankt Wolfgang Schäuble für seinen Bericht und für seine Arbeit.

(Beifall)

Kein Bundeskanzler wäre mit einer schwachen Bundestagsfraktion stark. Helmut Kohl ist auch deshalb stark, weil er eine starke Bundestagsfraktion hat. Und diese ist stark, weil sie einen starken Vorsitzenden hat. Wir danken Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich hatte bis zum Ende der letzten Wahlperiode Gelegenheit, die Arbeit von Wolfgang Schäuble als einer seiner Stellvertreter unmittelbar und sehr nahe erleben zu können. Er gehört, liebe Freunde, zu der Sorte Mensch, die ja angeblich zum Aussterben bestimmt sind, die es aber in der Union immer noch gibt: bereit zum Dienen, der Sache zu dienen, ohne servil zu sein, ohne sich anzubiedern oder anzudienen. Ich möchte seine Arbeit nennen: Führen durch den Mut zum Dienen. Dafür ganz herzlichen Dank, Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 14.2.

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION, DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Zu Beginn der Diskussion darf ich darauf hinweisen, daß die Wortmeldungen mittels der dafür vorgesehenen Meldezettel erfolgen sollen. Aus organisatorischen Gründen werden die Wortmeldungen nunmehr auf der vom Saal aus gesehen linken Seite, aus der Sicht des Präsidiums rechts, hier unten an der Bühne entgegengenommen.

Die erste Wortmeldung ist von Leo Lennartz, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Herr Lennartz, Sie haben das Wort.

**Leo Lennartz:** Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wir feiern in diesen Tagen 50 Jahre CDU, und trotz meines jugendlichen Alters darf ich sagen: Ich gehöre zu denen, die schon etwas länger dabei sind. Und die, die etwas länger dabei sind, haben in dieser Partei schon viel erlebt. Aber ich muß sagen, es war auch für mich eine große Freude, gestern abend mit allen Mitgliedern der CDU, des Parteitages, diesen schönen Abend zu feiern. Es hat mir besonders gut gefallen, daß ich einen Vorsitzenden gefunden habe, der in so lockerer Form gesprochen hat. Ich habe nur gedacht: Menschenskind, er hätte diese Rede an sich heute morgen halten müssen!

Er hat gesagt, man solle gut essen und gut trinken. Das hat mich an Thomas Morus erinnert, der auch gutem Essen und Trinken sehr zugeneigt war.

Aber Thomas Morus ist nicht deshalb bekannt geworden, weil er gut gegessen und getrunken hat, sondern er ist bekannt geworden und ist heiliggesprochen worden wegen der Tatsache, daß er lieber seinen Kopf auf den Block gelegt hat, als gegen das Recht zu verstoßen.

An dieser Stelle muß ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden ausdrücklich zustimmen, als er eben sagte - ich will das gerne wiederholen, Herr Dr. Schäuble, weil das so wichtig ist -: Wenn der Rechtsstaat nicht mehr in der Lage ist, den inneren Frieden zu garantieren, Recht durchzusetzen und Gewalt zu verhindern, dann verkommt er. Herr Dr. Schäuble, wir sind uns in dieser Betrachtung völlig einig.

Nicht einig sind wir uns allerdings in der Anwendung dessen, was Sie gesagt haben. Zu dem, was Sie Ihrem Bericht der Fraktion auf Seite 94 über die Gesetzgebung zur Frage des

Schwangerschaftsabbruches erklärt haben, muß ich einfach sagen: Das stimmt schon in der Sache nicht.

Ich frage mich wirklich - das muß ich Ihnen mit aller Deutlichkeit einmal sagen -: Was muten Sie uns eigentlich zu, was wir alles von Ihnen akzeptieren sollen? Sie wissen genau, daß das, was beschlossen worden ist, eben keine verfassungsmäßige Regelung ist. Sie wissen das doch ganz genau; Sie wissen es am allerbesten. Das ist keine verfassungsrechtliche Regelung. Es ist kein Schutzkonzept entwickelt worden, es gibt keine Beratung für Frauen, sondern die Frauen werden nach wie vor rechtlos gestellt.

Meine lieben Freunde, wenn wir uns über Recht unterhalten, dann ist es völlig in Ordnung, wenn wir den politischen Gegner da, wo er Rechtsbrüche begeht, vorführen. Wenn ich mich zu Hause mit der SPD zu streiten habe, mache ich es genauso wie Dr. Schäuble. Aber wir müssen auch einmal darüber nachdenken, daß Recht nicht nur eine Waffe gegen die anderen ist, sondern daß Recht ein Prinzip ist, daß jeder zu berücksichtigen und jeder zu respektieren hat.

An dieser Stelle, Herr Dr. Schäuble, muß ich auch das Recht derjenigen einfordern, die hier nicht reden können und die zu dieser Gesellschaft nicht zugelassen werden.

Ich will wiederholen, was ich Norbert Blüm vorgestern abend gesagt habe: Es hat keinen Zweck, über die Zukunft zu philosophieren. Es hat keinen Zweck, von der CDU im 21. Jahrhundert zu reden, wenn wir gleichzeitig wissen, daß unser Volk ausstirbt, daß in diesem Volk ein Kampf gegen die Ungeborenen geführt wird und daß wir so tun, als wäre das alles in Ordnung.

Meine lieben Freunde, diesen Streit mit dem Recht wird auch die CDU nicht aushalten. Ich plädiere an dieser Stelle dafür, auch am 50. Geburtstag unserer Partei, daß wir uns auf den Weg machen, diese Sache zu bereinigen.

Wir haben gehört, daß unsere Partei derzeit so stark ist; sie platzt wieder vor Kraft aus allen Nähten. Wir müssen uns vor einem gewissen Hochmut hüten; das ist sicherlich richtig. Aber diese Partei ist auch in der Lage, weil sie stark ist, weil sie Quellen hat - Herr Dr. Schäuble, das ist der zweite Punkt, von dem Sie mit Recht gesprochen haben; Sie haben ja Böckenförde zitiert -, geistig zu führen. Aber wir können geistig nur führen, wenn wir mit unseren eigenen Gedanken und wenn wir mit unserem eigenen Gewissen im reinen sind. Diesen Spagat zwischen Unrecht und Recht müssen wir beseitigen. Wir müssen wieder eine Partei werden, die wirklich das tut, was sie sagt. Dafür, meine lieben Freunde, möchte ich hier wirklich plädieren.

Ich will noch etwas anderes zu Thomas Morus sagen, was mir ein Freund meines Freundes Siegfried Ernst, der Professor Thürkauf, erzählt hat. Thomas Moros habe gesagt: Ein guter Christ ist keineswegs besser als ein guter Nichtchrist. Aber ein schlechter Christ ist viel schlimmer als ein schlechter Nichtchrist, weil die Christen die Wahrheit in Fülle haben. Meine lieben Freunde, darüber sollten wir einmal nachdenken, heute und gerade an unserem Geburtstag im Hinblick auf die Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Johannes Gerster**, Tagungsleitung: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung vor.



Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gestatten Sie mir - wenn Sie so wollen, unter Inanspruchnahme der Möglichkeiten des Tagungspräsidenten -, einen ganz kleinen Kommentar zu dem letzten Beitrag als Diskussionsbeitrag zu leisten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erstritten. Es blieb ihr angesichts der nicht vorhandenen Mehrheit im Bundestag keine andere Möglichkeit. Es wird manchmal vergessen, daß die CDU/CSU zwar mit Abstand die stärkste Partei im Deutschen Bundestag ist, aber nicht über 50 % der notwendigen Stimmen hat. Es gab überhaupt keine andere Möglichkeit, als dieses Urteil umzusetzen, weil es für keine andere Lösung eine Mehrheit im Bundestag gegeben hätte.

(Beifall)

Deswegen, finde ich, ist es durchaus des Schweißes der Edlen wert, sehr wohl auch in Karlsruhe darüber nachzudenken - das ist keine Richterschelte -, ob es gewisse Erosionen in der Rechtsprechung eines bestimmten Senates auch beim Verfassungsgericht gibt. Ich selber habe da erhebliche Bedenken, und zwar deshalb, weil es mir zum Teil so erscheint, daß das Koordinatensystem zugunsten der Meinungsfreiheit und gegen den Schutz der Persönlichkeit ausgeweitet wird. Das ist aber meines Erachtens diskussionsfähig, ohne daß das schon eine Richterschelte ist.

Ich finde, dieser Frage sollten wir unsere Aufmerksamkeit widmen. Ich sage das gerade als jemand, der nicht mehr Mitglied dieser Fraktion ist und der keine Verantwortung für die letzte Entscheidung zum § 218 trägt. Ich finde, man kann weder dem Fraktionsvorsitzenden noch der Fraktion einen Vorwurf machen, daß sie angesichts einer Minderheitenposition in der Frage des § 218 das rechtlich Mögliche durchgesetzt hat. Mehr war nicht drin. Deswegen halte ich persönliche Vorwürfe in diesem Zusammenhang nicht für angebracht.

(Beifall)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 15:

#### DIE TAGESORDNUNG DER ZUKUNFT - ARBEITSPROGRAMM AUF DEM WEG IN DAS 21. JAHRHUNDERT

Zur Einführung in das Thema erteile ich Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Die CDU beschäftigt sich heute einen ganzen Tag mit dem Thema Zukunft. Daß es dabei nicht nur um Philosophie, um das Übermorgen geht, das hat die, wie ich finde, großartige Rede von Wolfgang Schäuble gerade deutlich gemacht. Es geht um ganz konkrete Politik, die jetzt anzupacken und jetzt umzusetzen ist.

Es geht auch nicht darum, daß wir hier heute ein neues Programm erarbeiten wollen. Wir haben ein Grundsatzprogramm, das uns zukunftsfähig macht. Wir sind viel weiter als die anderen, denen eine Utopie nach der anderen wie Seifenblasen zerplatzt.

Aber, liebe Parteifreunde, wir müssen jetzt aus unserem Programm auch Projekte machen. Ich glaube, wir brauchen jetzt ein Projekt für Arbeit und soziale Sicherung im Zeitalter der Globalisierung. Wir brauchen Projekte für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus Forschung, Technologie und Innovation. Wir brauchen Projekte für Bildung und Ausbildung, die den jungen Menschen das Tor zur Zukunft öffnen. Wir brauchen auch Projekte, die helfen, die Schöpfung zu bewahren.

Liebe Freunde, dieser Parteitag soll ein Startschuß sein für alle Ebenen der Partei, in Bürgerversammlungen, in Workshops, in Veranstaltungen, in Kongressen mit denjenigen zu reden, die in unserer Gesellschaft etwas leisten wollen, mit Gewerkschaften und Unternehmen, mit Mittelstand und Freiberuflern, auch mit Facharbeitern, die bisher vielleicht noch SPD gewählt haben, und mit der sogenannten technischen Intelligenz, die das eine oder andere Mal mit den Grünen geliebäugelt hat.

Liebe Parteifreunde, wir haben in der CDU in der Vergangenheit gelernt, das „C“ in unserem Namen zu verteidigen. Das „D“ bedeutet uns, viele Menschen für unsere Politik zu gewinnen. Wir haben jetzt allen Grund, auch das „U“ noch stärker zu betonen. Denn Union heißt doch Bündnis und Gemeinschaft.

Deshalb muß die CDU ein Zukunftsbündnis schließen, das alle kreativen Kräfte bündelt, das Gestaltungswillen zur Entfaltung bringt und das Phantasie zu Projekten formt.

Liebe Parteifreunde, wir leben in einer Zeitenwende. Wir alle wissen: Wir Deutsche sind Gewinner dieser Wende. Wir haben die Einheit in Frieden und Freiheit erlangt. Die Menschen in den neuen Ländern haben in den vergangenen fünf Jahren Veränderungen bewirkt, von denen unsere Nachbarn in den osteuropäischen Reformstaaten nur träumen können. Es hat sich so viel verändert, aber es war so wenig Zeit, die Veränderungen zu verarbeiten. Nicht nur die Geschwindigkeit der Veränderungen ist groß, auch die Intensität erscheint unseren Zeitgenossen beispiellos.

Der Zug der Zeit fährt vielen Menschen viel zu schnell. Da gibt es den Soziologen Ulrich Beck, der uns deshalb empfiehlt, die Bremse zu ziehen. Ich bin ganz sicher: Er wird die Bremse nicht finden. Die Grünen rufen uns zu: Alles aussteigen! Die SPD fragt: Wo ist denn eigentlich der Zug? - Liebe Freunde, mit Stoppen und Aussteigen kann man diesem Land und seinen Menschen keine Zukunftsperspektiven geben.

Die wichtigste Zukunftsfrage für alle ist, wie wir in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen können. Liebe Parteifreunde, es darf nicht wahr sein, daß wir immer mehr Menschen sagen: Deine Arbeitskraft kann diese Gesellschaft nicht mehr gebrauchen.

(Beifall)

Wir alle wissen, daß Deutschland ein Land mit hohen Kosten ist, und daß diese nicht weiter steigen dürfen. Wir wissen, daß die Arbeitskosten gesenkt werden müssen: durch weniger Steuern, durch einen Umbau des Sozialstaates, durch Leistungsanreize und weniger Regulierung; darüber hat Wolfgang Schäuble gesprochen. Das alles steht auf der Tagesordnung.

Ich sage aber auch, liebe Freunde: Was überhaupt keinen Sinn macht, ist, wenn jeden Tag ein neuer Vorschlag auf den Tisch kommt, ohne daß er im Anschluß umgesetzt wird.

(Beifall)

Wir sollten zuerst einmal den DGB und die Unternehmen beim Wort nehmen, damit die Flexibilisierung der Arbeitszeit endlich mehr Fortschritt macht. Nicht Einheitskonfektion, sondern Maßanzug ist das Modell der Zukunft.

Liebe Freunde, neue Arbeitsplätze entstehen nicht, wie die SPD meint, indem man die Arbeitsämter mehr beschäftigt. Sie entstehen nur durch Innovationen, die uns Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Wenn man eine Halbleitergeneration nur sechs Monate vor der Konkurrenz auf den Markt bringt, dann spart man so viel ein wie durch eine 25%ige Reduzierung der Lohnkosten. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, auch hier gilt der Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft der Markt.

(Beifall)

Neue Arbeitsplätze entstehen durch Investitionen. Wenn die deutsche Wirtschaft 1994 rund 24 Milliarden DM im Ausland investiert hat, dann ist das gut für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wenn aber in derselben Zeit ausländische Unternehmen nur rund 5 Milliarden DM in Deutschland investiert haben, dann, liebe Freunde, exportieren wir Arbeitsplätze. Deshalb muß Deutschland für ausländische Investitionen attraktiver werden. Deshalb müssen wir für die Anwendung moderner Technologien offen sein; denn Offenheit für Neues ist eine notwendige Bedingung für Zukunftsfähigkeit.

Von den 30 wichtigsten Innovationen in den nächsten 30 Jahren, liebe Parteifreunde, wird die Hälfte von der Biotechnologie abhängen. Mit der Biotechnologie können wir im kommenden Jahrhundert den Sieg über die schreckliche Krankheit Krebs erringen. Mit der Biotechnologie können wir den Hunger in der Welt bekämpfen. Deshalb muß Schluß damit sein, daß in Deutschland gentechnische Freilandversuche von militanten Gentechnikgegnern zertrampelt und zerstört werden.

(Beifall)

Deshalb muß Schluß damit sein, daß Landesregierungen oder irgendwelche Regierungspräsidenten entscheiden, einen sogenannten ausstiegsorientierten Verwaltungsvollzug in High-Tech-Bereichen durchzuführen, was nichts anderes als ein Rechtsbruch ist.

(Beifall)

Deshalb, liebe Parteifreunde, muß auch Schluß mit der Heuchelei sein, daß die rot-grüne hessische Landesregierung auf der einen Seite in meinem Ministerium Fördergelder für die Gentechnik beantragt, auf der anderen Seite aber Kongresse der Gentechnikgegner mit Landesmitteln unterstützt. Das wird es auf Dauer mit meinem Geld in meinem Haushalt nicht mehr geben.

(Beifall)

Ich hoffe, jeder weiß, worüber wir hier reden. Wir reden über Arbeitsplätze und damit über Zukunftschancen und das Leben von Menschen. Wir haben heute in Deutschland 40 000 Arbeitsplätze im Bereich der Biotechnologie. Liebe Freunde, es könnten schon 100 000 mehr sein, wären nicht ständig neue Stolpersteine in den Weg gelegt worden. Deshalb halte ich es für ganz wichtig, daß wir uns nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wissenschaft und die Wirtschaft ein Ziel setzen. Dieses Ziel heißt für mich: Deutschland soll bis zur Jahrtausendwende die Nummer eins in der Biotechnologie in Europa sein.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, fördert die Bundesregierung die Biotechnologie mit jährlich immerhin über 900 Millionen DM. Deshalb haben wir das Gentechnikgesetz und die Gentechniksicherheitsverordnung novelliert.

Wir wollen auch, daß die Menschen diesen Weg mit uns gehen können, daß sie verstehen, was da passiert. Es sind hochkomplexe Technologien; das ist wahr. Deshalb aber hat die Eu-

ropäische Kommission unrecht, wenn sie sich gegen die umfassende Kennzeichnungspflicht gentechnisch beeinflusster Lebensmittel einsetzt. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder sind gentechnisch beeinflusste Lebensmittel ungefährlich, dann können wir dies auch kennzeichnen. Oder es ist gefährlich, dann müssen wir die Finger davon lassen.

(Beifall)

Ich habe hier überhaupt keine Probleme und denke, wir sollten in dieser Position hart bleiben. Wir als Deutsche fordern, daß gentechnisch beeinflusste Lebensmittel umfassend gekennzeichnet werden. Übrigens glaube ich, daß es einem Land wie Deutschland auch gut ansteht, für eine solch' umfassende Kennzeichnungspflicht einzutreten, nachdem wir wegen des Reinheitsgebots des deutschen Biers sogar den Europäischen Gerichtshof angerufen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, nicht nur die Biotechnologie wird unser Leben verändern, auch die Informations- und Kommunikationstechnologie wird unsere Welt tiefgreifend beeinflussen. 100 Milliarden DM Investitionen stehen in den nächsten Jahren an. Neue Berufe werden entstehen. Durch Datenautobahnen werden Standortnachteile ausgeglichen. Die Menschen bekommen mehr Zeitsouveränität. Beruf und Familie werden besser vereinbar. Das Wachstum der Zukunft wird ein Wachstum durch Wissen sein. Ich weiß gar nicht, ob wir das in seiner ganzen Dimension verstanden haben: Informationen werden zukünftig rund um die Uhr überall auf der Welt zur Verfügung stehen. Das heißt doch, daß Ort und Zeit relativ werden.

Liebe Freunde, es gibt schon heute Software-Entwickler hier in Baden-Württemberg, die, bevor sie Feierabend machen, ihr Werkstück zum Kollegen nach Amerika schicken. Er arbeitet dann daran und schickt es nach seiner Arbeitszeit über den Satelliten weiter nach Asien. Wenn der deutsche Kollege morgens zur Arbeit kommt, dann ist das Programm wieder auf seinem Computer, aber zwei Tagewerke weiter.

An diesem Beispiel wird deutlich, was das eigentlich für unsere Arbeitsplätze, aber auch für unsere Lebenswelt bedeutet. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns mit den Rahmenbedingungen für Multimedia und für Datenautobahnen beschäftigen. Deshalb brauchen wir jetzt eine Kraftanstrengung. Wir, Herr Bundeskanzler, bereiten gerade im Nationalen Forschungsrat vor, wie wir diese Rahmenbedingungen verändern.

Ich will einmal zwei ganz konkrete Punkte nennen; jeder weiß, daß es, wenn ich sie nenne, politischen Streit gibt. Wir müssen z. B. das Medienordnungsrecht novellieren. Nicht alles, was Multimedia heißt, ist auch Rundfunk. Tele-Banking, Tele-Shopping, Tele-Medizin und Tele-Learning dürfen nicht an der Uneinigkeit von 16 Landesrundfunkanstalten scheitern.

(Beifall)

Liebe Freunde, es kommt ein Satz, der leichter gesagt ist als umgesetzt: Auch das Datenschutzgesetz muß novelliert werden. Diejenigen, die von der Materie Ahnung haben, wissen, was das heißt; auch für die Koalition. Eines aber ist für mich so klar wie das Amen in der Kirche: Multimedia darf nicht am Einspruch der Landesdatenschutzbeauftragten in Deutschland scheitern.

Deshalb finde ich es wichtig, daß wir, bis die Liberalisierung der Netze am 1. Januar 1998 durchgesetzt ist, nicht nur weiterhin ordnungspolitisch diskutieren, wie man das hätte anders

machen können. Es hätte schneller gehen können; das ist wahr. Dafür aber gab es keine Mehrheit. Wichtiger ist jetzt, darüber nachzudenken, wie wir für die Entwicklung Freiräume schaffen, wie wir unsere Hochschulen an die Datenautobahnen anbinden, wie wir Nutzungen ermöglichen und manche Bedenken, die heute noch diskutiert werden, durch konkretes Tun ausräumen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, als Gutenberg den Buchdruck erfand, wurde Wissen überall verfügbar. Das hat riesige Auswirkungen gehabt. Luther z.B. ist ohne Gutenberg und seine Flugblätter nicht vorstellbar. Schlußendlich war das der Anfang vom Untergang der feudalen Welt.

Es darf jetzt in unserer demokratischen Gesellschaft nicht dazu kommen, daß letztlich nur noch wenige Menschen in der Lage sind, die richtigen Informationen zur richtigen Zeit zu finden. Liebe Freunde, aus der Informationsflut kann sehr schnell eine Informationsdürre werden. Deshalb sage ich: Es wäre gut, wenn sich unsere Intellektuellen und Dichter endlich einmal mit solch existentiellen Fragen beschäftigten, statt sich ihren Frust über den Untergang des Sozialismus und die Wiedervereinigung von der Seele zu schreiben. Das wäre eine kulturelle Leistung!

(Beifall)

Ich sage auch: Deshalb müssen wir jetzt auf die geistige Elite in unserem Land zugehen und sie zum Gespräch einladen. Ich bin sicher, sie wird dieses Angebot auch annehmen, schon wegen der eigenen Relevanz.

Was wir auch machen müssen, ist, jungen Menschen heute die Chance zu geben, mehr Urteilskraft zu erwerben, um zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden zu können. Deshalb brauchen die jungen Menschen in Deutschland eine noch bessere Ausbildung.

Liebe Freunde, schon heute werden in Deutschland mehr Computer verkauft als Autos. Aber nur 350 der rund 35 000 allgemeinbildenden Schulen in Deutschland - ich wiederhole: nur 350 - haben einen Zugang zu den Datenbahnen. Das muß sich ändern, und zwar schnell.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie junge Leute lernen sollen, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden, wenn sie nur zu Hause alleine vor einem PC sitzen, zum Teil vielleicht sogar abgestellt, damit es ruhig ist und sie die Eltern nicht stören, und wenn sie sich dann mit irgendwelchen Computerspielen die Zeit totschlagen. Ich finde, wenn wir über Medienkompetenz reden - und das wird eine Schlüsselqualifikation der Zukunft sein -, dann wird es Zeit, daß nicht nur in den Schulen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, sondern daß es auch aufhört, daß nur 20 bis 30 % unserer Lehrer überhaupt bereit sind, mit solchen modernen Technologien umzugehen und jungen Leuten die genannte Fähigkeit zur Unterscheidung zu vermitteln. Deshalb, liebe Freunde, ist es unsere Aufgabe, auch der Bildungspolitik einen neuen Stellenwert zu geben.

Der eine oder andere hier im Saal wird sich noch daran erinnern: Im Jahre 1964 beschwor Georg Picht die drohende Bildungskatastrophe. Seitdem haben wir - und zwar alle Regierungen - unser Schulsystem, unser Bildungssystem quantitativ ausgebaut. Damals, 1964, haben 6 % eines jeden Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung erworben. 1994 waren es in Gesamtdeutschland 34,9 %. Wir haben diesen quantitativen Ausbau betrieben, ohne daß wir

gleichzeitig die Ressourcen für unser Bildungssystem erhöht haben. Deshalb habe ich den Eindruck, daß dieser quantitative Ausbau jetzt in einen Verlust an Qualität umzuschlagen droht.

(Beifall)

Und seien wir ehrlich, liebe Freunde: Das andauernde Experimentieren und Umorganisieren in den Schulen hat diese Lage dann auch noch zusätzlich kräftig verschlimmert.

(Beifall)

Es wird deshalb Zeit, daß wir wieder über Bildungspolitik reden, auch in der Union, und daß wir in der Bildungsdiskussion statt über Organisationsfragen auch wieder mehr über Inhalte miteinander reden.

(Beifall)

Auch wird es Zeit, liebe Freunde, daß wir wieder über Erziehung miteinander reden, nämlich über die Frage, wie Erziehung in den Schulen stattfinden kann. Es geht in den Schulen nicht nur um Spezialwissen. Ich frage Sie, und ich frage uns: Was nützt denn eigentlich das beste Detailwissen, wenn es mit Lesen, Schreiben und Rechnen hapert?

(Beifall)

Ich frage Sie, und ich frage uns: Was nützt das schönste Schulzentrum, wenn dort nicht die Fähigkeit zur Toleranz, zur Mitmenschlichkeit, zur Hilfsbereitschaft und zur Eigenverantwortung vermittelt werden?

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, brauchen wir wieder Mut zur Erziehung und den Mut, Stabilisatoren anzufordern, die Gesellschaft bilden und dann für den Einzelnen auch Sinn stiften.

Das ist keine beliebige politische Forderung. Liebe Freunde, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß das heißt, daß wir auf allen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - wieder mehr Investitionen für unser Bildungssystem freimachen müssen.

(Beifall)

Wir reden über das Problem der demographischen Veränderungen in Deutschland, und das ist eine der großen Fragen; das ist wahr. Aber ich frage uns: Haben wir eigentlich im Kopf, haben wir eigentlich schon verstanden, daß wir uns damit auch ein Stück weit suggeriert haben, daß unsere Gesellschaft immer älter wird, wobei wir, ohne daß es uns vielleicht ganz klar wird, implizit sagen: Dann brauchen wir bei den jungen Leuten nicht mehr so viel zu tun; das wächst sich dann ja irgendwie aus.

Ich will Ihnen, liebe Parteifreunde, einmal ein paar Zahlen nennen. Bis 1999 - und das ist bekanntermaßen gar nicht mehr so lange hin - steigt die Zahl der Schüler in Deutschland um rund 900 000 auf dann fast 13 Millionen an. Wissen Sie, was das im Klartext heißt, übrigens auch für unsere Kommunen? Das heißt im Klartext: Wir werden Schulen, die wir noch vor kurzem geschlossen haben, wieder öffnen müssen, und wir werden mehr Lehrer einstellen müssen. In dem Zusammenhang sollten wir übrigens gleichzeitig über Ganztagschulen reden, damit unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dann auch konkret wird, damit es also nicht bei Sprüchen bleibt.

(Beifall)

Dies heißt dann übrigens auch, liebe Freunde, daß wir im Bereich der beruflichen Ausbildung nicht - wie in diesem Jahr - 600 000 Lehrstellen brauchen, sondern demnächst 740 000. Deshalb war es so wichtig, daß wir Anfang des Jahres in den Gesprächen beim Bundeskanzler das Thema der Lehrstellen so weit nach vorne geholt haben.

(Zustimmung)

Deshalb war es wichtig, daß wir jetzt auch sagen können - und zwar schon im September/Oktober -: Auch in diesem Jahr bekommt jeder, der kann und will, in Deutschland einen Ausbildungsplatz. Das ist ein Riesenerfolg, und den müssen wir auch feiern.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich will diese Gelegenheit nutzen, einmal einige Bemerkungen zu einigen Damen und Herren bei unserem verehrten politischen Gegner zu machen. Als wir, wie es richtig ist, in internen Gesprächen zwischen Bund und Ländern darüber geredet haben, wie wir es denn schaffen, dieses Ziel „Jeder bekommt eine Lehrstelle“ zu erreichen, hat es mich in den letzten Monaten schon irgendwie aufgeregt, daß gleichzeitig die Katastrophen-Hilfe aus Brandenburg und dieser Herr Ringstorff aus Mecklenburg mit Horrorzahlen durch die Lande zogen und junge Leute verrückt gemacht und verhetzt haben und Panik gemacht haben. Ich fordere Sie deshalb jetzt von hier aus auf: Entschuldigt Euch bei den jungen Leuten, die Ihr verunsichert habt! Jeder bekommt dank unserer Anstrengungen einen Ausbildungsplatz.

(Beifall)

Liebe Freunde, wichtig ist auch die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung, und deshalb ist übrigens auch das Meister-BAföG so wichtig. Es zeigt nämlich ganz konkret, daß wir es mit dem ersten und wahrscheinlich auch einzigen Leistungsgesetz in dieser Legislaturperiode ernst damit meinen, gerade im Bereich des Mittelstandes und des Handwerks zu zeigen: Der Satz von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung gilt für uns voll und ganz.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir in diesen Tagen stolz darauf sind, daß eine deutsche Professorin den Nobelpreis für Medizin und ein Direktor am Max-Planck-Institut den Nobelpreis für Chemie bekommen, dann zeigt das, was für hervorragende Forscher wir in Deutschland haben. Aber genauso stolz können wir in Deutschland - ich sage das bewußt und überlegt - auf unsere Facharbeiter sein, auf unsere Handwerksmeister, weil sie die Basis für diese Spitzenleistungen bilden.

(Beifall)

Wenn das aber beides zusammengehört, dürfen wir auch unsere Hochschulen nicht im Stich lassen. Auf jedem Studienplatz in Deutschland sitzen heute zwei Studenten. Ich sage für uns ganz deutlich: Diese Überlast darf nicht zur Normallast werden. Wir müssen da etwas tun; wir brauchen da Bewegung.

Aber ich sage auch, liebe Parteifreunde: Wenn Gerhard Schröder heute in den niedersächsischen Universitäten über 1 100 Stellen abbaut, den Hochschuletat kürzt und die Fördermittel für Forschung und Lehre reduziert, wenn Heide Simonis heute von knapp 1 000 Professorenstellen fast jede siebente nicht besetzt hat und wenn Henning Voscherau zuläßt, daß in

den nächsten Jahren in Hamburg jeder fünfte Studienplatz verlorengeht, dann versündigen sie sich an unseren Jugendlichen und an der Zukunft Deutschlands.

Wie man das besser macht, kann man übrigens in Baden-Württemberg, Bayern und Berlin sehen.

Jetzt will ich noch einen Punkt ansprechen, der in diesem Zusammenhang auch wichtig ist. Unser Bildungssystem muß auch internationaler werden. Es gibt an unseren Hochschulen zuwenig ausländische Studenten, und zuwenig deutsche Studenten gehen ins Ausland studieren. Liebe Freunde, weltoffene Regionen - wir haben eben von Globalisierung gesprochen - werden im globalen Wettbewerb der Standorte einen Standortvorteil haben. Auf der anderen Seite wird muffiger Provinzialismus ebenso übrigens wie tumber Ausländerhaß von Randgruppen das Ansehen eines Landes mittel- und langfristig erheblich beschädigen.

Sieben Millionen ausländische Mitbürger leben unter uns, zum Teil schon in der zweiten und dritten Generation. Liebe Freunde, auch das ist ein Zukunftsthema: Wir müssen uns mehr um ihre täglichen Probleme kümmern, übrigens nicht nur, weil die EU-Ausländer schon bald bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, sondern auch deshalb, weil dies ein wichtiges Projekt im Zusammenhang mit der Frage ist, die auch Wolfgang Schäuble angesprochen hat: Was hält diese Gesellschaft zusammen? Liebe Freunde, meine feste Überzeugung ist: Die multikulturelle Gesellschaft, lieber Heiner Geißler, ist bei der Integration ausländischer Mitbürger keine Antwort, denn diese Idee trennt statt zusammenzuführen.

(Beifall)

Wenn unsere Haltung bei der doppelten Staatsbürgerschaft weiter überzeugen soll, wenn wir auf Dauer zusammenleben wollen, dann brauchen wir eine Integrationspolitik, die diesen Namen auch verdient. Dann darf der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die keinen Schulabschluß erreichen, nicht so hoch bleiben, wie er heute ist.

(Vereinzelt Beifall)

Knapp ein Drittel der ausländischen Jugendlichen, die 1993 die Schule verließen, erreichten den Hauptschulabschluß nicht. Die Vergleichszahl für den Gesamtjahrgang lautet 8,6 %. Liebe Freunde, wenn wir das wollen, muß es auch für ausländische junge Mitbürger genügend Lehrstellen geben. Dann dürfen in unseren Städte keine Gettos entstehen. Ich fasse zusammen, was diesen Punkt angeht: Wer gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ist, muß eine konsistente Integrationspolitik mit Inhalt füllen und nach vorne bringen.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf der Tagesordnung der Zukunft steht ganz oben die Bewahrung der Schöpfung. Auch hier gibt es keine einfachen Antworten. Was not tut, ist vernetztes Denken. Eines ist richtig: Eine intakte Umwelt ist ohne Umwelttechnologie nicht zu haben. Solange Mensch und Umwelt - wie bei den Grünen - als Gegensatz gedacht werden, so lange wird die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie nicht gelingen. Ich will dies am Beispiel des Verkehrs deutlich zu machen versuchen. Ich weiß nicht, ob Sie dies wissen: Jeder hier im Saal verbringt, statistisch gesehen, jedes Jahr bereits drei volle Tage im Stau. Hochgerechnet gehen pro Jahr in Deutschland dadurch 4,5 Milliarden Stunden an Arbeit und Freizeit verloren. 14 Milliarden Liter Kraftstoff verbrennen im Leerlauf, und 17 Milliarden DM Kapital ruhen, statt zu rollen. Es ist völlig klar: Eindimensionale Antworten helfen hier nicht weiter.



Ich kann mich noch daran erinnern - viele hier im Saal wahrscheinlich ebenfalls -, als die sogenannten Fachleute durch das Land gezogen sind und gesagt haben: Jetzt bauen wir die autogerechte Stadt. Inzwischen haben wir gelernt: Das war ein Fehler. Genauso, wie diese sogenannten Fachleute damals falsch gelegen haben, werden auch diejenigen, die jetzt herumlaufen und eine autofreie Stadt haben wollen, falsch liegen.

(Beifall)

Man kann eine freie Gesellschaft nicht beruhigen, es sei denn, man schafft Unfreiheit und Ungleichheit. Auch dazu habe ich eine Zahl. Diese Zahl hat auch mich überrascht. Schon heute entfallen 40 % des Stadtverkehrs auf Autofahrer, die einen Parkplatz suchen. Liebe Freunde, Verkehrsberuhigung ist oft Verkehrsverdrängung.

Es ist aber nicht so, daß wir nichts tun könnten. Wir können beispielsweise durch Telematik oder durch bessere Organisation des Verkehrs etwas tun. Gerade die gewaltigen Menschen- und Verkehrslawinen, die sich an fünf Tagen in der Woche pünktlich um 18.30 Uhr zum Geschäftsschluß des Einzelhandels über ganz Deutschland ergießen, sollten, wie ich finde, zu den Anachronismen einer modernen Wirtschaftsnation gehören.

(Beifall)

Wir können auch durch Telearbeit etwas tun. Experten gehen davon aus, daß die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich in Deutschland von heute 30 000 auf rund 800 000 im Jahr 2000 steigt. 800 000 Telearbeiter würden bei drei Telearbeitstagen pro Woche und einer durchschnittlichen Entfernung zum Betrieb von 15 km rund 3,2 Milliarden km Fahrstrecke im Jahr einsparen.

Liebe Freunde, wir können auch beim Freizeitverkehr etwas tun. Es ist ja keineswegs so, daß Naturfreunde grundsätzlich weniger Auto fahren. Das weiß man ja. Inzwischen ist das aber auch wissenschaftlich untersucht. Das ist auch gut so. Dies wurde vom Europäischen Tourismusinstitut an der Universität Trier untersucht. Dieses Institut hat in puncto Reisemobilität festgestellt, daß Anhänger ökologischer Bewegungen häufiger und weiter reisen. Sie wollen halt exotische und unberührte Gegenden erleben. Der Wunsch nach Selbstverwirklichung dominiert das ökologische Problembewußtsein. Liebe Freunde, da erweist sich der grüne Heiligenschein oft als grüne Scheinheiligkeit.

(Beifall)

Was wir brauchen, sind vernetzte Antworten und übrigens auch ganz praktische Visionen. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern: Als durch den Ölpreisschock in den 70er Jahren das Thema Energieverbrauch immer dringlicher wurde, haben wir es geschafft - übrigens waren gar nicht alle von Anfang an dafür; ich kann mich noch erinnern, daß es auch harte Diskussionen in der Partei gegeben hat -, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch zu entkoppeln. Was heißt das praktisch? Damals haben wir in unseren Häusern 400 kW pro qm und Jahr verbraucht. Heute verbrauchen wir in Gesamtdeutschland bereits unter 200 kW. Im Solarhaus in Freiburg haben wir den Nachweis erbracht, daß eine Reduzierung bis auf 20 kW möglich ist. Das ist übrigens ein ganz praktischer Erfolg unserer Umweltpolitik, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann.

(Beifall)

Jetzt frage ich Sie, jetzt frage ich uns: Warum haben wir nicht den Mut, uns auch im Bereich des Verkehrs ein großes Ziel zu setzen: die Entkopplung des Verkehrswachstums vom Wirt-

schaftswachstum? Nur wenn wir den Verkehr intelligent organisieren und überflüssigen Verkehr vermeiden, werden wir in Deutschland auch in Zukunft Autos bauen und verkaufen können. Es macht eben keinen Sinn, den Joghurt aus Bayern nach Hamburg und den Joghurt aus Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg zu fahren.

(Beifall)

Keiner von uns kann die Zukunft vorhersehen. Liebe Parteifreunde, was wir aber können, ist, die Zukunft möglich zu machen, wenn wir Veränderungen wagen. Dafür gibt es eine Voraussetzung, nämlich Vielfalt.

Freie Gesellschaften schöpfen ihre Zukunftsfähigkeit und damit auch ihre Überlegenheit seit jeher aus der Tatsache, daß in ihnen unterschiedliche Antworten möglich, ja sogar erwünscht sind. Freie Gesellschaften gestatten und fördern, daß die verschiedenen Lösungsansätze in einen Wettbewerb um die Gunst aller Wählerinnen und Wähler treten. Deshalb sind Demokratie und Soziale und Ökologische Marktwirtschaft als Ordnungselemente zukunftsfähiger Gesellschaften unverzichtbar.

„Prüfet alles und behaltet das Gute“ - dieser Satz aus dem Ersten Brief des Paulus an die Thessaloniker ist, wie ich finde, auch ein Motto für Zukunftsfähigkeit. Er hat in fast 2000 Jahren nichts von seiner Gültigkeit verloren. Für Zukunftspolitik bedeutet das konkret: Spielraum schaffen, Experimente wagen, Vielfalt fördern, aber auch Einfalt bekämpfen. Denjenigen, die jetzt Verbotsschilder und Ampeln aufbauen wollen, noch bevor die Datenbahnen überhaupt gebaut sind, müssen wir sagen: Schluß damit! Räumt erst einmal alle Hindernisse weg, damit wir in Richtung Informationsgesellschaft gehen können.

(Vereinzel Beifall)

Denjenigen, die die Gentechnik mit Gesetzen und Verordnungen einschnüren wollen, noch bevor wir die tieferen Ursachen von Krebs und Aids entschlüsselt haben, müssen wir sagen: Die Sünden der Unterlassung wiegen schwerer als das Risiko eines wissenschaftlichen Fehlschlags.

(Beifall)

Wenn Hans Jonas in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung“ fordert, alles zu unterlassen, was Risiken bergen könnte, dann, liebe Freunde, kann sich dies umkehren und selbst zu einem Risiko für unsere Zukunft werden. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Folgen unseres Tuns. Wir tragen auch Verantwortung für die Folgen von Untätigkeit.

(Beifall)

Vielfalt und Verantwortung, das sind die Schlüssel für Zukunftsfähigkeit.

Ich glaube, es gibt in Deutschland keine zweite politische Kraft, die den Herausforderungen der Zukunft mit Gestaltungswillen und Gestaltungskraft begegnen kann so wie die CDU. Wenn nicht die CDU, wer denn eigentlich sonst? Deshalb, liebe Freunde: Stellen wir uns den Fragen der Zukunft, offen und ohne ideologische Scheuklappen. Wir wollen zuhören, heute und in der Zukunft. Deshalb laden wir alle Menschen in Deutschland ein, in unserer Zukunftswerkstatt mitzuarbeiten.

(Anhaltender Beifall)

**Maria Michalk**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Rüttgers, ein herzliches Dankeschön an Sie für Ihre zukunftsweisenden Ausführungen, für Ihre hartnäckige Arbeit und für die Genauigkeit, mit der Sie die Fragen der Zukunft formuliert haben.

Wir wollen darauf gemeinsam Antworten finden. Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit weiterhin viel Erfolg, die richtigen Ideen und die Durchsetzungskraft, die dafür erforderlich ist. Viel Glück unserem Zukunftsminister und nochmals herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich eine Mitteilung für die Antragskommission loswerden: Die Antragskommission trifft sich heute um 19 Uhr zu einer weiteren Sitzung im Konzerthaus.

Werte Delegierte, wie sich das für einen richtigen Zukunftsminister gehört, nimmt er den Fortgang des Parteitages jetzt gleich selbst in die Hand. - Bitte schön.

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Frau Michalk! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben drei Gäste eingeladen, die uns jetzt in drei - wie man das neuhochdeutsch nennt - Impulsreferaten in das Thema und damit ein Stück weit in die Foren von heute nachmittag einführen. Wir sind sehr froh darüber, daß Sie heute morgen zu uns gekommen sind, wie wir uns übrigens - das sollte man vielleicht noch für die Öffentlichkeit sagen - überhaupt freuen, daß wir heute nachmittag viele illustre Gäste haben, die unseren Parteitag bereichern können. Das zeigt, daß viele Leute Interesse am Gespräch mit der Union haben.

Ich begrüße noch einmal sehr herzlich den Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn, Professor Dr. Wolfgang Frühwald, und bitte ihn, zu uns zu sprechen.

**Prof. Dr. Wolfgang Frühwald** (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich versuche, in einem exemplarischen Überblick nicht die eher einengende Sicht eines Bevölkerungsquerschnitts zu zeichnen, sondern versuche, Ihnen ein Bild von der jungen Generation zu geben, von der Vorstellung von Zukunft, Fortschritt und Moderne der etwa 16- bis 30jährigen, die das neue Jahrhundert gestalten oder die das Jahrhundert verlieren werden.

Hintergrund dessen ist nicht so sehr eine öffentliche Diskussion über die Stimmungslage dieser Generation, vielmehr meine fast 40jährige Tätigkeit als Hochschullehrer und jetzt als Präsident einer Forschungseinrichtung, die jährlich zwischen 15 000 und 20 000 junge Menschen fördert. Ich war zehn Jahre Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich war lange Jahre im Auswahlgremium der Studienstiftung, zwei Jahrzehnte im Auswahlgremium des Cusanus-Werkes und leite ein Institut mit 6000 Studierenden.

Ich meine zu wissen, wovon ich spreche, wenn ich behaupte, daß es drei grundlegende Erfahrungen sind, die das Verhältnis der Jugend heute zur Moderne und zum Fortschritt in den letzten 30 Jahren grundlegend verändert haben. Diese drei Erfahrungen sind: erstens die Möglichkeit der Außensicht auf die Erde - zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit können wir die Erde von außen sehen -, zweitens die Möglichkeit der Innensicht des Lebens und drittens die Möglichkeit, die Netze unseres Gehirns gleichsam in die technische und soziale Welt ausfalten zu können.

Meine beiden Enkelkinder, die noch in diesem Monat zur Welt kommen sollen, werden, wenn sie gesund sind und wenn sie eine durchschnittliche europäische Lebenserwartung haben,

erst zwei Jahrzehnte nach der Mitte des 21. Jahrhunderts, also um das Jahr 2070, zu den alten Menschen gezählt werden. Gemessen an einem Menschenleben ist das eine große Spanne, zumal, wenn wir bedenken, was in den 75 Jahren geschehen ist, die hinter uns liegen: der Aufstieg und der Fall des Nationalsozialismus, der Aufstieg und der Fall des Kommunismus, Weltkrieg und Völkermord, die Atombombe, der erste Mensch auf dem Mond, die Explosion von Wissenschaft, Technik und Verkehr. Erst im Jahre 1927 überquerte Charles Lindbergh den Atlantik, von New York nach Paris in 33 Stunden, in einer Zeit, in der heute ein Jet rund um die Erde fliegen kann.

Der gravierende Wandel im Verhältnis der Geschlechter zueinander durch die sogenannte Antibabypille - kurz: der Wirbel der Geschichte, der vor unser aller Augen tanzt, wenn wir für einen kurzen Moment der Besinnung einmal nachdenken - belegt vor allem eines: Es gibt eine rapide zunehmende Geschwindigkeit aller Lebensprozesse. Unsere Erfahrungen wandeln sich mit einer Geschwindigkeit, die uns und alle diejenigen, die nach uns kommen, aus der Geschichte herauszuschleudern scheinen.

Das ist das erste, von uns allen am eigenen Leibe erfahrene Kennzeichen jenes Prozesses der Modernisierung: daß uns alle ein Gefühl einer mitreißenden und fortreißenden Zeit erfaßt hat, die unsere Erfahrungen so verändert wie unsere Erinnerungen und unsere Erwartungen. Dieses Bewußtsein einer ungekannten Beschleunigung des Erfahrungswandels hat seine Basis in der Realität und ist insbesondere an der Entwicklung der Wissenschaften abzulesen.

Wenn sich nämlich die Anzahl der in Amerika arbeitenden Naturwissenschaftler alle 13 Jahre verdoppelt, so bedeutet dies, wie Joachim Treusch festgestellt hat, hochgerechnet das erstaunliche Faktum, daß neun von zehn Naturwissenschaftlern, die jemals auf unserer Welt gearbeitet und geforscht haben, dies heute tun. Anders ausgedrückt bedeutet dies: In den nächsten zehn Jahren wird auf der Welt genausoviel geforscht und mehr publiziert werden als in den fast 2500 Jahren seit Demokrit und Aristoteles.

Damit stoßen wir auf ein zweites, aber von uns häufig verdrängtes Merkmal unseres Bewußtseins von Moderne, das ebenso prägend ist wie die Beschleunigung des Erfahrungswandels: Alle unsere Lebensvorgänge werden komplex-prozeßhaft, und sie entziehen sich weitgehend der Möglichkeit, durch einzelne von uns gesteuert zu werden. Sie werden zum Teil undurchsichtig, und sie werden global.

In der großen europäischen Kernforschungsfabrik CERN am Stadtrand von Genf gibt es heute Experimente, an denen bis zu 1500 Personen beteiligt sind.

Die Organisationsleistung solcher Gruppen, in denen ein völlig neues Sozialverhalten eingeübt werden muß, ist mindestens ebenso groß wie die Erkenntnisleistung, denn ein einzelner Abteilungsdirektor dieser riesigen Kernforschungsfabrik bewegt auf seinem Computer mehr Daten als die gesamte Telekom. Friedrich Dürrenmatt hat diese Fabrik eine umgekehrte NASA genannt, weil dort mit immer größeren Installationen - sie fragen nach dem Zusammenhalt der Welt - immer kleinere Teilchen gesucht werden. Er wollte als ein Schriftsteller die Suche nach dem einen eingreifenden Individuum in dieser Fabrik nicht aufgeben und war erleichtert, als er unter all den auf ihre Computer vertrauenden Physikern und Technikern endlich einen einzelnen Mathematiker fand, der die Fehlermöglichkeiten der großen Computer in dieser Fabrik abzuschätzen hatte, „der“, so heißt es bei Dürrenmatt, „ebenfalls ein Rechengenie (war) wie die Computer, wenn auch ein nicht so geschwindes, dafür ein intelligenteres, weil eben ein menschliches, der ungefähr, mehr instinktiv, er wisse selbst nicht wie, abzu-

schätzen wisse, ob seine elektronischen Brüder richtige oder falsche Resultate fabrizieren, ein Computerpsychiater also oder Computerseelsorger, Erleichterung unsererseits, der Mensch hat doch seine Aufgabe.“

Dieser grundlegende Prozeß der Moderne, in dem sich uns die erforschte Welt mit zunehmender Geschwindigkeit in immer komplexere Zusammenhänge zu entziehen scheint, hat den kulturkritischen dunklen Unterton verstärkt, den im 19. Jahrhundert schon Schopenhauer und Nietzsche vorgegeben haben. „Der Geist des Fortschritts ...“, heißt es bei Nietzsche, „gibt vor, die Welt wirklich zu besitzen und hat sie doch ganz verloren.“

Ich meine, es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte, daß sie früher die englische Sprache mit so praktischen Wörtern wie „Kindergarten“ und „Rucksack“ versorgt hat, aber ihr jüngst das Substantiv „Angst“ gespendet hat. Es scheint, als sei die kulturpessimistische Unterströmung prägend geworden, als bestimmten die öffentliche Diskussion die Angsttöne, denen Bertolt Brecht schon in den 50er Jahren die Stimme gegeben hat: „Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.“

Aber dies waren die kulturkritischen Töne der 50er Jahre. Dies war die Gegenstimme gegen das Wirtschaftswunder aus der DDR. Dies ist Ausdruck einer Stimme, wie sie mitunter noch heute laut in den Medien verkündet, aber von sämtlichen Umfrageergebnissen nicht mehr gedeckt wird. Nach der infas-Studie von September 1994 sehen knapp 80 % der jungen Menschen in Ost und West in Deutschland ihrer Zukunft optimistisch entgegen. Indizien für eine „No future“-Generation lassen sich weder in den alten noch in den neuen Bundesländern erkennen. Das ideale Eigenschaftsprofil eines Menschen wird von diesen jungen Leuten durch Ehrlichkeit bestimmt. 93 % der jungen Menschen sehen in der Ehrlichkeit die erstrebenswerteste Eigenschaft des Charakters, gefolgt von Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit. Nur die Einstellung zum technischen Fortschritt hat sich geändert, freilich nicht in der Weise, wie sie die Apokalyptiker des Jahrhundertendes zu erkennen glauben. Immerhin meinen auch nach dem Schock von Tschernobyl 43 % der Deutschen, daß der technische Fortschritt das Leben einfacher macht, meinen 70 % der 16- bis 29jährigen, daß der Computer das tägliche Leben einfacher macht, meinen aber nur 36 % der Bevölkerung, daß die Technik eher ein Segen als ein Fluch ist. 52 % antworten auf die Allensbach-Frage, ob die Technik das Leben einfacher oder schwieriger macht, mit „teils, teils“. Noch immer glauben 47 %, daß die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengeht. Aber auf die Frage, ob der Fortschritt der Technik die Umwelt belastet oder bei der Lösung der Probleme hilft, antworten 44 % mit „teils, teils“.

Diese Reihe ließe sich leicht fortsetzen. Aber mir scheinen die Ergebnisse deutlich, und ich fasse sie stark verkürzt zusammen. Die Generation junger Menschen, die den Beginn des neuen Jahrhunderts gestalten wird, ist nicht - das ist meine These - bedenkenlos, und sie ist auch nicht gedankenlos. Sie ist gerade auch in ihrem Verhältnis zu ihrer Zukunft und zu ihrem Fortschritt in bestem Sinne, wie ich meine, nachdenklich.

Ich gebe für die Notwendigkeit und die Ursachen dieser Einstellung einige Beispiele. Erstens. Den Älteren unter uns ist wahrscheinlich der Sputnik-Schock des Jahres 1957 noch im Gedächtnis, der die USA zur Aufholjagd in der Weltraumforschung stimuliert hat. Vielleicht erinnern wir uns an die Weltraumhündin Laika und an Juri Gagarins Siegesruf aus dem All, des Bauernsohns, der die Sterne ausgesät hat und keinen Gott gefunden hat. Es hat nicht lange gedauert, dann haben die Bilder des „blauen Planeten“, die Bilder, die uns die Erde erstmals

von außen gezeigt haben, die Zerbrechlichkeit und die Kostbarkeit der Lebensmöglichkeiten auf dem Raumschiff Erde verdeutlicht. Durch kaum eine Erfahrung ist das Bewußtsein einer gefährdeten Moderne nachhaltiger geprägt worden als durch diese Bilder, die uns allen vor Augen stehen.

Zweitens. Es gibt einen faszinierenden Wissenschaftsfilm, der „Powers of ten“ überschrieben ist. Dieser Film zeigt ein Liebespaar auf einer Wiese beim Picknick, und die Kamera fährt im Zehnerpotenzschritt von den beiden weg hinaus ins Weltall und zeigt dort die Bewegung der Gestirne. Dann fährt die Kamera mit gleicher Geschwindigkeit aus dem All zurück zu diesem Liebespaar auf die Wiese und dringt durch die Haut in das Innere des Körpers und zeigt wie vorher die Bewegung der Sterne jetzt die Bewegung der Moleküle. Die Botschaft dieses Films lautet: Die Bewegung der Sterne und die Bewegung der Moleküle im Inneren der Welt sind die gleichen Bewegungen der ersten - unerforschten - Bewegungsursache unterworfen. Der mit Computersimulation, also mit der neuesten Methode, arbeitende Film selbst - das Medium der Botschaft - ist Hinweis darauf, daß der menschliche Forschergeist selbst zu der Evolution gehört und ihren Fortgang bestimmt, auch wenn die Evolution unter dem Einfluß moderner Entwicklungs- und Eingriffsgeschwindigkeiten noch nicht im gleichen Maße erforscht ist wie ihre natürliche Grundlagen.

Ein drittes Beispiel noch: In den Vereinigten Staaten ist soeben ein Buch des Gründers des Medienlabors am Massachusetts Institute of Technology, MIT, Nicholas Negroponte, erschienen und zu einem Bestseller geworden. Sein Titel „Being digital“ könnte ins Deutsche mit „Digitale Existenz“ übersetzt werden. Wer nicht abwarten und sehen will, was das 21. Jahrhundert bringt, könnte von diesem Buch besser in die Zukunft geleitet werden als von vielen anderen Prognosen. Die Botschaft des Buches lautet, daß eine neue Welt, eine neue Weise zu leben, unterwegs ist. Diese sich rasch entwickelnde neue Welt ist charakterisiert durch die jeweils effizientere Produktion, durch die Analyse und die Verwendung von Information, vor allem von Information, die der Computer uns liefert. Wir werden bald - das ist eine reale Utopie; ob es wünschenswert ist, ist eine andere Frage - Zugang zu 15 000 Fernsehkanälen allüberall auf der Welt haben, wir werden Zugang zu mehreren hundert Millionen Büchern im Volltext und zu Milliarden von Zeitungsseiten von überall auf der Welt haben.

Die Information über die notwendige und die überflüssige Information wird zentral wichtig werden. Intelligente und interaktive Führer durch dieses Informationsgebirge werden die neue Technologienische sein, die den Markt der Zukunft öffnet, weil das große Löschfest, das sich manche Schriftsteller für den letzten Tag des Jahrhunderts erwarten, daß alle Computer plötzlich das Kommando „delete“ bekommen, und dann fragen sie zurück: „Ist es richtig?“ Und wir sagen ja, und alles ist gelöscht, was sich dieses Jahrhundert gemerkt hat, nicht eintreten wird.

Schon die ersten Besprechungen dieses Buches von Nicholas Negroponte weisen darauf hin, daß es die Menschen nicht beim Freudenschrei und nicht beim Entsetzensschrei über die totale Information belassen, daß sie sich mit der möglichen maschinellen Verstärkung nicht nur ihrer Körper- und Verstandeskkräfte, sondern jetzt auch ihrer Phantasiekräfte und ihrer Emotionen nicht begnügen wollen. Die Tendenz der Computerwelten, den Kopf und das Gehirn des Menschen von allen anderen Körperfunktionen zu isolieren, läßt die einfachen Freuden des Lebens plötzlich als große Freuden erscheinen.

„Ist das alles?“ heißt es über die uns prophezeiten Hirnwelten. „Wo ist das Leben draußen vor der Tür, der Wind in den Haaren, die Anstrengung und die Erfrischung des Lebens mit den

Elementen?“ Meine These lautet also: Weder gedankenlos noch bedenkenlos nähert sich die neue, in diese Welt geborene und mit ihr aufwachsende Generation den neuen Möglichkeiten, den neuen Freiheiten, sondern sie nähert sich ihr nachdenklich. Und weil dies so ist, kann dieser Generation etwas zugemutet werden. Sie ist belastbarer als alle die meinen, die ihr die Schwierigkeiten aus dem Weg räumen, statt sie an diesen Schwierigkeiten stark werden zu lassen.

(Beifall)

Die neuen Lebensformen, die in unserer Gegenwart überall schon sichtbar sind, denen sich unsere Kinder und unsere Enkel, oft zu unserem Unverständnis, hingeben und die wir so oft nur als Zeichen für Generationenkonflikte deuten, sind Ausdruck, wie mir scheint, einer neuen Nachdenklichkeit im Umgang mit der modernen Rationalisierung, mit der Technik und mit dem Fortschritt. Denn alle geschilderten Erfahrungen, die des Weltraumes, die des molekularen Weltinnenraumes und die der Unendlichkeit unserer Vorstellungswelt stehen ja nicht nebeneinander, folgen nicht aufeinander, sondern sie bilden zusammen das Labyrinth des modernen Lebens, und ich meine, Nachdenklichkeit ist in diesem Labyrinth nicht der schlechteste Ariadnefaden.

Die Vorstellung, daß technische Innovation und Fortschritt in einem linearen Prozeß unmittelbar zu Wohlstand und Lebensqualität führen, ist ein Kennzeichen frühindustrieller Kulturen und erscheint in jeder kulturellen Entwicklung, meine ich, nur ein einziges Mal. In den von vielen so bewunderten Ländern des Fernen Osten, in der High-Tech-Region an Indik und Pazifik, scheint mir diese lineare Fortschrittsidee noch immer leitend und unter anderem für den wirtschaftlich-technischen Erfolg der Anrainerstaaten, auch für das erwachende China und Japan, mitverantwortlich.

Aber jeder von uns, der auch nur einmal in diesen Ländern zu Besuch war, kennt den Preis, den diese Länder dafür zahlen. Bis vor zehn Jahren, erzählte mir der Präsident der Universität Chongqing - das ist eine eigentlich wunderschöne Stadt am Yangtse in China -, habe er drei an Lungenkrebs gestorbene Kollegen unter seinen Professoren gezählt. Innerhalb des letzten Jahrzehnts habe sich diese Zahl verzehnfacht. Chongqing gilt als die schmutzigste Stadt der Welt; zum Lüft holen gehen die Menschen dort ins Kaufhaus.

Der Konflikt zwischen Jung und Alt um die gedanken- und bedenkenlose Modernisierung ist auch in China längst nicht mehr verborgen. Die Bitten um neueste Umwelttechnik aus Europa begegnen uns dort auf Schritt und Tritt, und die Generation der „neuen Menschen“, wie sie sich nennen, der Jugend in diesen Tigerstaaten, wird wohl kaum die Geduld und den langen Atem ihrer Vorfahren aufbringen.

Mir scheint also - und das ist wichtig -, daß unsere Stufe der Entwicklung jenseits der Linearität von Modernisierung und technischer Innovation bei uns in Deutschland, weniger bei unseren europäischen Nachbarn, zu sehr unter dem Bild des Jahrhundertendes, unter dem Bild des Niederganges, statt unter dem Bild des Jahrtausendbeginns, der frühen und eben nicht der späten Zeiten gesehen wird. Für die Wissenschaft jedenfalls kann ich sagen: „So viel Anfang war nie ...“

(Beifall)

Wir haben, und ich sage, wir alle haben unter der Vorstellung, in späten Zeiten, in einem späten Europa zu leben, versäumt, unsere Stufe der Entwicklung, also eine nachdenkliche Mo-

derne, den Informations- und den Reflexionsvorsprung, den wir gegenüber den Propheten des Untergangs haben, in das Wissen von morgen zu verwandeln, in ein Wissen, das heute schon in den High-Tech-Ländern als der große Exportschlager Europas begehrt und von diesen Menschen gesucht wird, wie Ökonomie und Ökologie ins Gleichgewicht kommen, wie jahrhundertlang verfeindete Völker als Freunde und Partner zusammenfinden, wie einander entfremdete politische und soziale Welten vereint werden, wie sozialer Frieden zu erhalten ist und dem einzelnen zugleich ein Höchstmaß an Freiheit ermöglicht wird. Das, meine ich, sind Kenntnisse dieser reflektierten nachdenklichen Moderne, zu der wir auf dem Weg sind.

Vielleicht sagen Sie, daß ich „teils, teils“-Antworten zu sehr strapaziere und daß sie doch nichts seien als Ausdruck tiefwurzelnder Wissenschaftsfeindschaft. Ich deute sie trotzdem als Zeichen von Nachdenklichkeit einer Zukunftstechnologie gegenüber wie der Gentechnologie, die im Prinzip das in Jahrmillionen entstandene Erbgut der Natur und des Menschen zur Verfügung des Menschen stellt. Einer solchen Zukunftstechnologie gegenüber, die wir um der Menschheit willen ebenso dringend brauchen, wie wir um ihre Risiken wissen, sind der bedenkenlose Jubelschrei, aber auch der gedankenlose Entsetzensschrei eben nicht am Platze. Ein nachdenkliches „teils, teils“, das sich aber schlecht in Schlagzeilen und Parolen umsetzen läßt, ist meines Erachtens die richtige Weise des Umgangs.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich weiß, was ich den politisch tätigen Menschen in diesem Land zumute, wenn ich sie bitte, die Rahmenbedingungen für diese Art des Aufbruchs in das neue Jahrhundert zu schaffen. Aber ich kann Ihnen versprechen, Sie werden auf einem solchen Weg die Jugend in Europa auf Ihrer Seite haben.

(Beifall)

Das Projekt der Moderne ist nicht vollendet. Die große Aufgabe, das Können des Menschen mit seinem Sollen zu verbinden, die Lücke zwischen den intellektuellen und den moralischen Fähigkeiten zu schließen, ist eine Fortschrittsaufgabe gigantischen Ausmaßes, die uns übergeben ist.

Mir fällt zu diesem Weg - erlauben Sie mir jetzt noch einmal, als Literaturwissenschaftler zu sprechen -, der zwischen Technikangst und Technikfaszination hin- und hergerissene Friedrich Dürrenmatt ein, der in einem ganz unverkrampften, vielleicht mit Heimatliebe zu überschreibenden Patriotismus sein Land zu loben wagt, wie es keiner von uns mehr tut, und dabei auch ein in unserer öffentlichen Diskussion so viel geschmähte Wort, nämlich das Wort der Gnade, überhaupt nicht scheut.

Ich meine, wir könnten uns diese seine Verse zu eigen machen, die lauten: „Nicht das liebe ich“ - er spricht sein Land an -, „was du bist, nicht das, was du warst. Aber deine Möglichkeiten liebe ich, die Gnade, die immer hell über dir schwebt, das Abenteuer, heute dir anzugehören, die Kühnheit, jetzt, gerade jetzt, keine Furcht zu haben“. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Professor Frühwald, eine solche Rede kommentiert man nicht, man sagt einfach Danke schön.

(Beifall)

Glück, Sicherheit, Verantwortung, Freiheitserwartungen im vereinten Deutschland: Es spricht zu uns Professor Dr. Ludger Kühnhardt.



**Prof. Dr. Ludger Kühnhardt:** Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Versuchen Sie einmal, sich vorzustellen, es sei der 9. November 2039. Deutschland feiert den 50. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer. Deutschland wird sich erinnern, so wie 1995 an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert wurde und wie gestern abend die CDU ihren Geburtstag gefeiert hat.

Im Jahre 2039 wird nach den Folgerungen gefragt, die aus der Geschichte gezogen worden sind und nach den Lehren der verflissenen 50 Jahre und nach den Konsequenzen für die Zukunft. Dann wohl erst werden die letzten der Neunmalklugen belehrt sein, die heute noch immer hämisch und verdrießlich daran herummäkeln, wie Deutschland die Vereinigung im Jahre 1990 und seither gemeistert hat.

Dann wird die Frage nicht mehr gelten, wer aus dem Osten und wer aus dem Westen stammt; dann wird nicht mehr die Debatte geführt, wer welche Errungenschaften der alten Zeit gesichert hat und wer wie welchen Anpassungen ausgesetzt war oder sich ihnen widersetzt hat.

Hoffentlich werden sich dann alle politischen Kräfte im Lande in einem antitotalitären Konsens gegen die doppelte deutsche Diktaturerfahrung im 20. Jahrhundert einig sein und ohne Wenn und Aber in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes die historische Antwort auf die Katastrophen der deutschen Geschichte verteidigen.

(Beifall)

Im Jahre 2039 wird gefragt, wie alle Deutschen das Geschenk der Freiheit, das wir 1989 erworben haben, genutzt und gemehrt haben. 2039 wird auch die Christlich Demokratische Union Deutschlands gefragt, ob und in welcher Weise sie ihre historische Rolle als führende deutsche Volkspartei über die Schwelle in das neue Jahrhundert hinweg wahrgenommen hat.

In einer heute noch so fern erscheinenden, aber doch schnell an uns herankommenden Perspektive sollte über die Tagesordnung der Zukunft gesprochen werden: Denn in unseren Jahren werden die Weichen für Jahrzehnte gestellt. Deutschland steht heute nicht allein inmitten einer Welt des anhaltenden revolutionären Umbruchs. Alle Länder Europas sind von der Suche nach neuen Orientierungen erfaßt.

Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski meint, derzeit gehe das Gespenst des Zweifels in Europa um. Hinter uns liegt ein Jahrhundert der totalitären Ideologien und Diktaturen. Mit ihren Allmachtsansprüchen haben sie unermeßliches Leid über Millionen Menschen gebracht. Zweifel an der Politik und an ihren Möglichkeiten, Mitteln und Zielen sind daher nur natürlich. Aber das kann nicht ausreichen.

Gerade in einer Zeit des Umbruchs ist es notwendig, sich neu über das Bild vom Menschen zu verständigen, das künftig in Deutschland, in Europa und in anderen Kulturen der Welt gelebt werden soll. Gerade jetzt ist es notwendig, nach politischen Visionen zu suchen, denn die Freiheit, die wir heute genießen, ist nicht ein so selbstverständliches Anspruchsgut wie das Weihnachtsgeld.

Für die einen gibt es keinen Bonus auf die alte Freiheit und für die anderen keine ewige Rückversicherung für die neue Freiheit. Freiheit ist eine herausfordernde Gabe und Aufgabe für alle.

(Beifall)

Das war die Freiheit schon immer, nicht immer aber wurde diese Aufgabe auch gut gemeistert.

Heute genau vor 65 Jahren, am 17. Oktober 1930 hielt der Schriftsteller Thomas Mann eine Ansprache in Berlin. Vergeblich warnte er vor der Barbarei, die immer lauter an die Tür klopfte.

Er formulierte damals mit entschiedenen Worten, wie eine vernünftige Außenpolitik mit einer humanen Gesinnung im Innern zusammengehen müsse. „Nur der Außenpolitik, die der deutsch-französischen Verständigung gilt, entspricht eine Atmosphäre im Innern, in der bürgerliche Glücksansprüche wie Freiheit, Geistigkeit und Kultur überhaupt noch Lebensmöglichkeiten besitzen.“

Seine Warnung wurde bald überhört. Ein schlimmer Absturz in die Barbarei folgte. Heute ist manche Einsicht beherzigt; darunter der Wert der deutsch-französischen Verständigung für die Zukunft eines gedeihlichen Europas. Andere Aufgaben bleiben auf der Tagesordnung; vor allem die Aufgabe der Freiheit.

Freiheit ist zunächst die Abwesenheit von Furcht, Angst und Lebensnot. Viele Menschen können ein Lied davon singen, was das persönlich heißen kann. Mancherteil traumatische Erfahrung der Unfreiheit wirkt auch im heutigen Deutschland nach. Wer solche Not nicht zu tragen hatte, wird die Not der Unfreiheit vielleicht niemals wirklich existentiell nachvollziehen können. Dies gilt übrigens auch für soziale Nöte und politisches Unrecht in anderen Breiten der Welt.

Dennoch fühlen sich viele Menschen zu Recht aufgerufen, Ihre Stimme der Freiheit dort zu erheben, wo anderen Menschen politisches oder soziales Unrecht widerfährt. Menschenwürde und Menschenrecht sind kein Privileg, sondern ein dauerhafter Appell. Freiheit fordert politisch und sozial heraus. Zum zweiten bedeutet Freiheit, eigenverantwortlich zu handeln; wie das geschieht, entscheiden die Normen, nach denen wir leben.

Freiheit, die nicht nur davon weiß, sondern die will, was man tun soll, die sich einer verpflichtenden Norm nicht entzieht, sondern sie anerkennt und praktiziert, ist die Voraussetzung von Verantwortung. Freiheit fordert moralisch heraus.

(Beifall)

Dabei gehört es zu den Einsichten des neuen Realismus, daß nicht alles machbar sein wird, was wir uns wünschen. Das hat nicht nur mit knappen Kassen, sondern auch mit den Bedingungen unseres Menschseins zu tun und auch damit, daß die Welt endlich ist. Das Leben bleibt existentiell ungewiß. Es übersteigt in seinen letzten Fragen unser menschliches Fassungsvermögen.

Daher kann politische Freiheit immer nur Freiheit in den Grenzen des Menschenmöglichen sein. Allein die Religion, der religiöse Glaube entlastet von dieser Grenzerfahrung. Zugleich befreit er, richtig verstanden, zu einem Sinn des Lebens und verpflichtet, in diesem Leben Verantwortung zu tragen.

Gerade daher ist mir das sogenannte Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts absolut unverständlich.

(Beifall)

Wenn es der Mehrheit zugemutet werden soll, grundlegende religiöse Traditionen, Überzeugungen und Symbole zu privatisieren, dann ist kaum mehr der Toleranzbegriff des Grundgesetzes erkennbar, dann gilt nur noch der Toleranzbegriff eines flüchtigen Zeitgeistes.

(Beifall)

Das Kreuz ist Symbol der Liebe Christi und damit Auftrag zur christlichen Nächstenliebe. Im Kreuz aber steckt keineswegs nur die Botschaft der Versöhnung und des Toleranzgebots, in ihm steckt natürlich auch und zuallererst die Botschaft des Leidens. Diese Botschaft des Kreuzes mögen viele in unserer hedonistischen und religionsentwöhnten Kultur der Selbstverwirklichung nicht gerne hören. Vielleicht gilt dies auch innerhalb der Kirchen, die an mancher Selbstsäkularisierung erkrankt sind.

(Beifall)

Aber die Botschaft des Leidens gehört nun einmal zum Sinngehalt des Kreuzes, und sie gehört zur Erfahrung unserer Wirklichkeit dazu. Im Balkan ist Christus tausendfach gestorben, auch wo er als Muslim gestorben ist.

(Beifall)

Das Kreuz Christi ist das Symbol für alle zu Unrecht geschlagenen, gequälten und gefolterten Menschen, gleichgültig welcher Religion und Tradition sie angehören.

(Beifall)

Das Kreuz vereinnahmt nicht, wie auch das „C“ im Namen der CDU Deutschlands nicht jene vereinnahmt, die als Angehörige anderer Religionen oder als Nichtgläubige in dieser Partei tätig sind. Die christliche Religion hilft vielmehr, Demut zu entdecken gegenüber dem Unverfügbaren und Ehrfurcht an den Grenzen des Menschlichen. Gerade darin liegt ihre Bedeutung nach den totalitären Unmenschlichkeiten und ihr Sinn für die säkularisierte Welt von heute. Gott gehört in jede Kultur mit Willen zur Zukunft, und es ist gut, daß das Verhältnis von Religion und Politik auch in Deutschland wieder diskutiert wird.

(Beifall)

Ist es nicht eine aufrüttelnde Mahnung, daß zeitgleich mit dem Kruzifix-Urteil, aber fast unbeachtet von der schnellebigen Öffentlichkeit in Berlin das Gedenkkreuz für Peter Fechner von Unbekannten abgesägt wurde, das Gedenkkreuz für ein symbolträchtiges Opfer des Schießbefehlsstaates, den es Gott sei Dank auf deutschem Boden nicht mehr gibt? Muß man in Deutschland wieder Dostojewski zitieren, der gesagt hat: Wo Gott nicht mehr ist, wird alles möglich?

(Beifall)

Dies ist kein pastorales Gerede, sondern sehr politisch gemeint. Der weltanschaulich neutrale Staat gilt als große Errungenschaft der Aufklärung - zu Recht! Er gründet nicht auf einer zwangsverordneten Moral, sondern auf Rechtsübereinkünften und Toleranzgeboten. So weit, so gut. Aber die Toleranzgebote und Rechtsregeln der Aufklärung wurzeln in weit älteren und tieferen Schichten unserer Kultur. Die großen Aufklärer wußten davon noch sehr genau.

Zu den Erhaltungsbedingungen unserer Freiheit gehören die geistliche Kraft des christlichen Glaubens und die kulturelle Kraft der christlichen Ethik. Wer die Errungenschaften der Auf-

klärung heute sichern will, muß sie mit der Religion und nicht gegen sie oder ohne sie verteidigen.

(Beifall)

Das Kreuz ist älter als die Demokratie, als das Grundgesetz und als das Bundesverfassungsgericht.

(Heiterkeit und Beifall)

Wie sollen unsere Familien und Schulen christliche Werte vermitteln, wenn die Fundamente und Symbole ihres Begriffes nicht mehr öffentlich präsent sein sollen? Ist das die geistige und geistliche Botschaft des Westens an den Osten nach Jahrzehnten des dortigen Zwangsatheismus?

(Beifall)

Wie sollen unsere Kinder Toleranz lernen - die so wichtig ist gerade im Umgang mit Muslimen, die ihr eigenes Weltbild sehr gut kennen -, wenn sie nicht zunächst ein gefestigtes Bild und einen geformten Begriff von den Grundlagen und dem Ethos der eigenen Kultur und der eigenen Werte haben?

(Beifall)

Zu diesem Ethos gehört übrigens auch das Gewissen, von dem man heutzutage in unserer Gesellschaft vielfach das Gefühl hat, es gäbe nur noch das gute Gewissen. Schlechtes Gewissen aber und die Sünde, meine Damen und Herren, haben nicht nur mit Verkehrssündern zu tun. Doch selbst noch im Autoverkehr kann man ja lernen, was christliche Ethik schon stets gelehrt hat: den Gedanken persönlicher Verantwortung. Es gerät schon zur moralistischen Karikatur der Idee persönlicher Verantwortung, wenn bei uns französischer Champagner boykottiert wird wegen der französischen Atompolitik. Man meint, einige, die bei uns gut leben, müßten sich dadurch quälen und ausgerechnet damit ein Beispiel ihres Mutes geben.

(Heiterkeit und Beifall)

Verantwortlich ist auch nicht jede spektakuläre Großaktion, die mit selbstgerechtem Pathos ihre Spruchbänder entrollt und sich parlamentarischer Politik entzieht. Verantwortungsfähig ist nur, wer bereit ist, für die Konsequenzen seines Tuns auch politische und persönliche Rechenschaft zu übernehmen, und wer die Bedingungen des Rechtsstaats einzuhalten bereit ist.

Überdies müssen die Proportionen und die Prioritäten des Tuns angemessen sein. Auch deshalb gilt: Der Balkan ist der Ernstfall, nicht Mururoa.

(Beifall)

Und es stimmt: Global denken, aber lokal handeln ist gefragt. Deutschland ist daher erst einmal unsere Aufgabe, nicht der Rest der Welt. Niemand nimmt es uns ab, erst einmal in Deutschland überzeugend Freiheitsbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein in eine Synthese zu bringen. Nicht die Selbstverwirklichungsgesellschaft zum Maß aller Dinge zu machen, sondern eine Verantwortungsgesellschaft aufzubauen - um einen guten Begriff von Christoph Böhr aufzugreifen - das wäre eine gute Perspektive für Ost- und für Westdeutsche.

(Beifall)

Die Amerikaner haben der Welt ein gutes Beispiel davon gegeben, was der Begriff des Glücks in der Politik bedeuten kann, jedenfalls in ihrer Staats- und Verfassungstheorie. Vom Streben nach Glück ist in ihrer Verfassung die Rede. Aber damit war niemals nur die individualistische Selbstverwirklichung gemeint, wo nötig auf Kosten anderer. Das Streben nach Glück war in Amerika wie früher in der Römischen Republik immer nur denkbar in einer Ordnung politisch verantwortungswilliger Bürger. Es war und ist nur denkbar in einer Welt, in der Glück und Tugend zusammen gedacht und auf die Verfassungsordnung bezogen werden. In einer solchen Ordnung sollte Klarheit darüber bestehen, was privat und was öffentlich, was dem Menschen nah und was ihm fern, was ihm heilig und was ihm profan, was ihm billig und was ihm unwichtig ist. Nicht jede Intimität gehört auf den Marktplatz der Mediennation.

(Beifall)

Und nicht jede Not der Welt kann unsere moralische Erregung und Verpflichtung in gleicher Weise herausfordern.

Was immer man über die realen Schwächen Amerikas - und es gibt genug - denken mag: die Gemeinde, die politische wie die religiöse Gemeinde, spielt dort eine wichtige Rolle für das Zusammenleben. Es würde sich auch bei uns lohnen, den Stellenwert der kleineren sozialen Einheiten wieder zu stärken, die dem menschlichen Alltagsleben nahe sind.

(Beifall)

In gestärkten Familien und in funktionierenden Nachbarschaften, in lebendigen Kirchengemeinden und in einer guten Kommunalpolitik liegen auch bei uns Kraftquellen der sozialen Zukunft. Wo immer schwarz-grüne Zusammenarbeit, übrigens auf kommunaler Ebene, möglich geworden ist, ist sie ein Beitrag zur Festigung und zur Erneuerung unserer politischen Kultur. Sie fordert die Grünen heraus, sich endlich aus einer verstaubten linken Ecke wegzubewegen.

(Beifall)

Nie war soviel Anfang wie seit 1989. Und doch, so scheint mir, ist unsere Gesellschaft, sind wir alle in Deutschland noch keineswegs auf der Höhe der neuen Aufgaben angelangt. Während Ostdeutschland durch eine Epoche des Sturm und Drang geht, erinnert der Westen mich manchmal an die Zeit des Biedermeier. Während die Ostdeutschen existentielle Lebensveränderungen erfahren, sie ihnen abgerungen werden, lebt mancher im Westen noch immer in seinem gemütlichen Biotop vor sich hin.

(Beifall)

Das aber ergibt in der Summe noch nicht genügend gemeinsame Ziele für die Zukunft der Freiheit in Deutschland.

Regionale Bindungen und regionaler Wettbewerb überlagern schon heute immer deutlicher das platte Gerede von Osis hier und Wessis dort. In der Wirtschaft und in der Politik entwickelt sich ein verbindendes gemeinsames Aufgabenbewußtsein in Deutschland. Kultur und Geistesleben aber hinken eigentümlich hinterher. Ein gesamtdeutscher Fernsehkommissar gibt unserer Gesellschaft doch noch keine Idee von sich selbst.

(Beifall)

Ohne ein Bild von der Zukunft unserer Freiheit und von den Aufgaben, die sie für uns alle mit sich gebracht hat, würde aber Deutschland in einer Mentalität der satten, selbstzufriedenen

Besitzstandswahrung verkümmern. Es gibt auch eine geistig-kulturelle Besitzstandswahrung, durch die die Freiheit gefährdet werden kann, die alte wie die neue.

Deswegen ist die Diskussion über den Standort Deutschland nicht bloß eine wirtschaftliche und politische Aufgabe, sondern vor allem eine gesellschaftliche und kulturelle Anforderung. Heute geht es dabei nicht mehr um ideologische Schlachten wie zur Zeit des Kalten Krieges. Heute geht es um das soziale und menschliche Kapital, mit dem wir für die Zukunft vorsorgen müssen. Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Wie wollen wir unsere Freiheit in Zukunft leben? Was sind die Prioritäten?

Wenn von der Zukunft geredet wird, so muß als erstes wohl von den Kindern gesprochen werden, übrigens auch von der Jugend, auf die heute die Staatsschulden einer Anspruchsgesellschaft abgewälzt werden.

(Beifall)

Aber in Anerkennung des Urteils aus Karlsruhe muß und wird in unserer Gesellschaft auch weiterhin über die ungeborenen Kinder gesprochen werden, die die ungehobenen Schätze einer jeder Kulturnation sind, jeder Kulturnation auf der Welt, die auf ihre Zukunft setzt. Das gehört zum Lebens-, Umwelt- und Zukunftsschutz zwingend dazu.

(Beifall)

Manches ist in den Diskussionen unserer Gesellschaft eigentümlich durcheinandergeraten. Die einen sprechen von Wertewandel, die anderen von Werteverfall. Tatsächlich ist es wohl sinnvoll und an der Zeit, im vereinten Deutschland einige Selbstverständlichkeiten und Normalitäten zu benennen, die zum sozialen und menschlichen Kapital jeder zukunftssträchtigen Gesellschaft gehören. Denn nicht das Randständige, die Extreme, das Spektakuläre bestimmt die Zukunft, sondern die Kraftquellen, aus denen die Mehrheit des Volkes leben kann und leben will. Darin sind sich die Menschen im Osten und im Westen gewiß einiger, als viele denken, zumal in den Medien.

Dazu gehört das Ja zur Familie und zu Kindern, das Ja zu Elternrecht auf Erziehung und zur erzieherischen Verpflichtung der Schulen und Hochschulen, das Ja zu Leistung und Wettbewerb nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem auch im öffentlichen Dienst und im Hochschulwesen, das Ja zum Rechtsbewußtsein und zu anderen Charaktertugenden, die erst den wirklich freien Menschen ausmachen. Dazu gehören auch Respekt und Dank vor den Lebensleistungen der älteren Menschen.

(Beifall)

Um Menschenwürde zu schützen und Zivilcourage einzuüben, darf wohl auch in Deutschland gelten: Der aufrechte Gang ist nicht von eigenschaftslosen Konsumenten und nicht unter den Bedingungen ethischer Unverbindlichkeit zu lernen. Wahrhaftigkeit und Würde überzeugen dort am meisten, wo sie ganz ohne Pathos und Showeffekt gelebt, vorgelebt werden.

Daher sind die mutigen Frauen und Männer, die die friedliche Revolution in der DDR und in anderen Staaten unseres Kontinents angeführt haben, und die weitsichtigen Frauen und Männer, die die Wende gestaltet und die Einheit geschaffen haben, Vorbilder für die Jugend, moralische Reserve in unserem Land auf der Suche nach Orientierung.

(Beifall)

Sie sind es in einem weit glücklicheren Sinne, so wie die Helden des 20. Juli immer Vorbilder waren und bleiben durch ihren Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terrorstaat.

(Beifall)

Die Freiheit ernst zu nehmen, dazu inspirieren in jeder Generation überzeugungsstarke Vorbilder. Zumeist sind es jene Menschen, die das Gebotene selbstverständlich und das Große bescheiden vorleben. Wir finden sie häufig in unserer Nähe, aber wir finden sie auch im Licht der Öffentlichkeit, wenn wir die innere Antenne richtig einstellen.

Vorbilder konfrontieren uns allerdings auch immer mit Gedanken, die unbequem sein können. Mahatma Gandhi beispielsweise hat die wichtigsten Ursachen von Gewalt so benannt: Wohlstand ohne Arbeit, Vergnügen ohne Gewissen, Handel ohne Moral, Wissen ohne Charakter, Dienst ohne Opferbereitschaft, Politik ohne Prinzipien.

(Beifall)

Ziel der Verantwortung ist die Sicherung der Freiheit. Sicherheit: Dafür wird heute viel geleistet, von der Polizei bis zum Gesundheitswesen, von den Rentenversicherungen bis zur Bundeswehr. Viele verdienen großen Respekt für ihren Einsatz, der vom Vertrauen in den Mitmenschen zeugt, übrigens auch dort, wo mit seinen Schwächen und Selbstgefährdungen zu rechnen ist.

Wir müssen aber auch annehmen, daß Sicherheit ihre Grenzen hat, daß nicht alles machbar, planbar, durchsetzbar ist. Dies gilt bereits semantisch. Schon der Begriff der „Lebensversicherung“ stammt doch aus dem Repertoire von Illusionskünstlern.

Besonders lebhaft wird in unserem Zusammenhang zumeist über die Frage des Sozialstaates diskutiert. Gewiß, es ist schwieriger, Eigenverantwortung einzuüben, als sich gemächlich in einer Mentalität sozialer Abhängigkeit einzunisten oder gar den Sozialstaat auszunutzen.

Gewiß aber ist auch, daß der Sozialstaat eine wichtige integrationspolitische Rolle bei der inneren Einigung Deutschlands gespielt hat und weiterhin in ganz Deutschland spielt.

Mancher, der mit dem Tempo des Umbruchs beim besten Willen nicht zurecht kommen konnte, erfuhr durch die Hilfestellungen des Sozialstaates, daß es doch Gerechtigkeit im Rechtsstaat gibt. Deswegen wird wohl auch in Zukunft gelten: Wer einer neuerlichen sozialistischen Mentalität der Umverteilung und des sozialen Neids in Deutschland vorbeugen will, muß den Sozialstaat wollen, auch um des Rechtsstaates willen.

(Beifall)

Verhandelt werden darf nicht das Prinzip, sondern nur seine Anwendung. Der Sozialstaat ist der wichtigste Garant für sozialen Frieden und Ausgleich. Um diese Funktion zu sichern, muß indessen die Methode überprüft werden, auf der der Sozialstaat heute gründet. Er kann nicht für alle nur denkbaren Sicherheitsbedürfnisse in Anspruch genommen werden.

Daher muß sachgerecht beispielsweise über den Begriff der sozialen Bedürftigkeit gesprochen werden. Sogenannte soziale Nöte sind manchmal nur laut vorgetragene Bedürfnisse einer neuen Art. Bedürftigkeit aber ist persönlich. Kollektive Bedarfsbewirtschaftung führt immer zu Mißbrauch, unterfordert den Menschen und lähmt den Staat, der schließlich von den gesellschaftlichen Kräften, vor allen Dingen den bestorganisierten, ausgebeutet wird.

Die Hilfestellungen der Gemeinschaft müssen sich daran orientieren, ob sie wirklich zielsicher jene erreichen, die sich nicht selbst helfen können. Sonst wird die Solidaritätsidee zur Farce.

(Beifall)

Die neue soziale Frage übrigens, die die CDU in den siebziger Jahren für Westdeutschland entdeckt hat, ist leider in manchen Schattierungen noch immer vorhanden, und sie zeigt nur, wieviel altes Denken es im gesamtdeutschen Sozialstaat der organisierten Interessen und subventionierten Bequemlichkeiten gibt.

Wo sind denn beispielsweise wirklich die Interessen der Arbeitslosen organisiert? Wem gelingt es wirklich, frischen Wind in den öffentlichen Dienst zu bringen und Dinge durchzusetzen, von denen alle Welt nur redet? Wer schafft es, daß eine Bildungs- und Hochschulreform nicht nur als Notwendigkeit im Osten, sondern vor allem auch als Chance im Westen angesehen wird und allerorten in Deutschland nicht als Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Besitzständen, sondern als Beitrag zur Zukunftsermöglichung?

(Beifall)

Zu einer intelligenten Zukunftsvorsorge, die den Sozialstaat nicht als Glücksagentur mißverstehet, sondern Einsicht in das Natürliche und das Bewährte zeigt, gehört es, neue Perspektiven für das Verhältnis von Familie und Arbeit zu entwerfen.

Muß aber die erste politische Frage wirklich lauten, wie beides vereinbart werden kann? Muß sie nicht vielmehr im Osten wie im Westen heute zunächst lauten, wie die Familie und die Arbeit in der Familie ökonomisch und sozial aufgewertet werden können, vor allem durch die Mittel der Steuerpolitik und der Rentenpolitik?

(Beifall)

Nur so können Hausarbeit, Kindererziehung und Familienpflege in ihrem moralischen und gesellschaftlichen Wert wieder bewußter gemacht werden. Nur so kann eine neue Wirklichkeit von sozialem Halt, persönlicher Sicherheit und Vorbild im Familienverband wachsen, die den Menschen nicht ausschließlich nach seiner beruflichen Karriere definiert.

Familie ist doch keine Lebensabschnittsveranstaltung mit angeschlossenem Hotelbetrieb.

(Beifall)

Die Kindergeldreform war gewiß eine gute politische Tat. Sie kann aber keine Antwort auf gewisse gesellschaftliche Einstellungen zur Familie geben, die im argen sind. Mehrheiten für ihre Veränderung zu mobilisieren ist wohl wichtiger, als Mehrheiten für eigentümliche Gesetzesvorhaben im Familienrecht zu erzielen.

Die zentrale Bedeutung der Familien für das soziale und menschliche Kapital, mit dem wir unsere Zukunft bauen, ist durch nichts und niemanden zu ersetzen. Das sei vor allem jenen Männern gesagt, die meinen, Familie sei Frauensache.

(Beifall)

Es richtet sich auch an die Männer, die glauben, Fremdgehen gehöre gewissermaßen zur maskulinen Selbstverwirklichung, oder an die, verheiratet oder unverheiratet, die Mütter ihrer Kinder sitzen lassen und sich dann auch noch über das wirklich harte Los alleinerziehender Frauen erregen.

(Beifall)



Auf der anderen Seite aber stellt sich die Frage: Warum ist es in unserem Land nötig, darauf hinzuweisen, daß Mütter den Erziehungsauftrag besser wahrnehmen als das Fernsehprogramm? Ist es wirklich abwegig, mehr Anerkennung und Achtung gegenüber Müttern und Hausfrauen zu fordern? Ist im Angesicht der Dauerarbeitslosigkeit die Frage in Deutschland wirklich ein Tabu, ob es nicht gerecht wäre, wenn jede Familie zumindest einen Arbeitsplatz hätte?

(Beifall)

Dies wäre sozial gewiß fairer als zu erleben, wie Doppelverdiener über das Schicksal der Arbeitslosigkeit in anderen Haushalten lamentieren.

(Beifall)

Wenn über Erwartungen an die Freiheit und über Aufgaben in der Freiheit gesprochen wird, wird es künftig konsequent darum gehen müssen, wie das Subsidiaritätsprinzip angewendet werden kann - nicht bloß als Prinzip der Europapolitik, sondern als konkrete Aufgabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Jeder ist zunächst für das zuständig und verantwortlich, was in seinem unmittelbaren Lebensbereich vor sich geht. Dort lebt jeder seine Freiheit. Dort muß jeder seine Verantwortung ernst nehmen. Dort wird jeder sein Glück finden. Nur so wächst Gemeinsinn, von dem wir wieder mehr bräuchten: von unten nach oben. So entsteht eine Solidarität, die nicht nur leeres Postulat, sondern gelebte Wirklichkeit ist. In diesem Zusammenhang wird auf der Tagesordnung der Freiheitserwartungen im 21. Jahrhundert wohl auch die Frage stehen, ob und wie ein soziales Pflichtjahr für alle jungen Menschen im Lande sinnvoll eingeführt werden kann.

(Beifall)

Allerorts ist von der Orientierungsnot unserer Zeit die Rede. Es ist so, als riefen heute jene nach der geistig-moralischen Wende, die sie noch vor einer guten Dekade bespöttelt haben. Vielleicht hat die Einheit dem Sinn für die geistig-moralische Perspektive entgegen mancher Meinung doch neuen Auftrieb gegeben. Zum Gelingen der inneren Einheit gehört diese Perspektive jedenfalls dazu. Wer den Mut hat, sie zum politischen Thema zu machen, der wird erfahren, daß die Menschen in Ost und West mehr als materielle Sicherheiten suchen, so wichtig sie auch sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht den Zynikern und Berufszweiflern! Hören Sie lieber auf den eigenen inneren Kompaß! Der geistig-politische Wettbewerb um Freiheitserwartungen und Freiheitsanforderungen, die Balance von Rechten und Pflichten, hat gerade erst begonnen.

Auf die Politik zu schimpfen ist leicht und modisch geworden. Was aber erwarten wir heute von einer guten Gesellschaft? Nach dem Ende der totalitären Diktaturen ist dies das große Thema in allen Demokratien der Erde; es wird nicht nur in unserem Land diskutiert. Die Antworten entscheiden übrigens auch über das außenpolitische Verhalten demokratisch verfaßter Staaten.

Die Zukunft der Freiheit ist nicht möglich ohne Autorität, ohne Standpunkt und ohne Maßstäbe. Sie ist auch nicht möglich ohne Bescheidenheit und Pflichtbewußtsein. Schließlich ist sie nicht möglich ohne Dankbarkeit über die einzigartigen Ausgangsbedingungen, in denen Deutschland und die übergroße Mehrheit der Deutschen heute leben.

(Beifall)

Die Menschen bejahen und suchen wieder vermehrt Autorität, politisch gesprochen: Führung, leadership. Manche warnen, daraus erwachse die Gefahr einer autoritären Ordnung. Jeder, der darüber ernsthaft nachdenkt, weiß: Dieses Krisengerede stammt vor allem von jenen im Westen, denen es gestern mit der Liberalität nicht weit genug gehen konnte und die noch immer manche Bastion der Zeitgeistproduktion halten. Lassen Sie sich aber auch im Osten Deutschlands nichts vormachen. Gerade wer auf Dauer eine autoritäre Ordnung vermeiden will, muß begreifen, daß Autorität genau das Gegenteil eines autoritären Verhaltens ist, daß Ordnung das genaue Gegenteil von Zwang ist.

Rechte und Pflichten sind nur denkbar, indem wir uns und unsere Interessen an das Recht, an eine Aufgabe, an andere Menschen und auch an verantwortlich übertragene und rechen-schaftspflichtige Führung binden. Das mag mancher in Westdeutschland, der meint, daß Freiheit ohne Verpflichtungen zu haben sei, nicht gerne hören. Es mag auch manchen in Ost-deutschland schwerfallen, diesem Gedanken nahezutreten, nachdem im Namen des Sozialismus die Freiheit des einzelnen so lange verweigert worden ist.

In alle Richtungen hin aber gilt: Freiwillig angenommene Bindungen können sehr wohl befreiend wirken und gerade dadurch Sicherheiten schaffen und, persönlich wie sozial, Mut zur Zukunft eröffnen. Dies übrigens gilt auch für Ausländer, die um die deutsche Staatsbürger-schaft ersuchen. Die Erleichterung ihrer Einbürgerung stärkt die Loyalität dieser Menschen zu unserem Vaterland.

(Beifall)

Wieder Vertrauen in Bindungen zu gewinnen - auch das gehört zur Normalität und zur Normalisierung des Freiheitsbegriffes, über den in ganz Deutschland zu sprechen wäre. Wenn solche Normalität in unserer Gesellschaft, im Westen wie im Osten, wieder stärker zur Geltung gelangt, dann wird auch die Politik leichter ihren angemessenen Raum und ihren anerkannten Rahmen finden. Sie wird nicht alles regeln müssen, und sie kann nicht für alles vorsorgen. Sie muß aber dort führen und handeln, wo ihr Mandat und Kompetenz dazu aufgetragen sind.

Immer dort, wo dies überzeugend geschehen ist und geschieht, verschwindet sogleich das allgemeine Gerede von der Politikverdrossenheit. Vertrauen durch Glaubwürdigkeit im Reden und vor allem im Handeln zu bewahren und immer neu zu gewinnen - das bleibt der wichtigste Nährstoff einer zukunftsfähigen Demokratie und der wichtigste Wahlhelfer jeder politischen Partei.

(Beifall)

Schon wächst eine neue Jugend heran, eine gesamtdeutsche, eine optimistische Jugend. Die Erstwähler des Jahres 1998 sind zwischen 1977 und 1980 geboren. In vielen Erfahrungen ihres Alltages werden sie an die Überlieferungen der Älteren gebunden bleiben und an die alte Welt vor 1989 erinnert werden. Aus eigener politischer Erfahrung aber kennen sie eigentlich nur noch das Deutschland ohne Mauer, das erfolgreich geeinte Deutschland. Dort suchen die jungen Menschen nach ihrem Glück, nach ihrer Sicherheit und vor allem nach ihren Aufgaben in der Freiheit. „1989“ sollte auf ihrem weiteren Lebensweg immer das Symbol der friedlichen Revolution und „1990“ der Aufbruch in eine gute neue Zeit sein.

Auch diese Jugend wird neu erwerben müssen, was sie geerbt hat, um es zu besitzen, materiell wie immateriell. Sie wird es hoffentlich als selbstverständlich betrachten, wenn die Ver-

änderungserfolge im Osten bald auch vermehrt den Westen anspornen müssen, dort, wo nötig, Strukturen und vor allem Mentalitäten zu erneuern. Für sie wird es hoffentlich selbstverständlich sein, daß Deutschland seine Pflichten in der Welt erfüllt - für die europäische Einigung, für soziale Gerechtigkeit und für eine Stärkung des Friedens.

Junge Menschen wollen gefordert sein. Sie wollen erleben können, daß sich ihr Einsatz lohnt. Herr Zukunftsminister, wäre es nicht eine gute Idee, neben „Jugend forscht“ einen Wettbewerb unter der Überschrift „Jugend gestaltet die Freiheit“ auszuschreiben?

(Beifall)

Die Jugend fragt schon heute, was es für sie heißen soll, in der Wahrheit dieser Freiheit zu leben. Sie wird in den kommenden Jahren aber auch immer konkreter wissen wollen, welche Freiheiten sich wirklich bewährt haben, um sie im 21. Jahrhundert für ganz Deutschland zu bewahren, mit anderen Völkern zu teilen und sich den Pflichten in der Welt zu stellen, die sich aus dem Privileg der Freiheit ergeben. Dieser Jugend, die aus dem revolutionären Umbruch unserer Zeit heranwächst, darauf überzeugende Antworten zu geben und Perspektiven zu vermitteln, nach denen sie ihr Leben ausrichten kann - das ist die Nagelprobe für die Freiheit im vereinten Deutschland und für die Kraft unseres ganzen Volkes, auf Dauer verantwortungsvoll aus dieser Freiheit heraus zu leben, im Innern und nach außen.

Es ist die zentrale moralisch-kulturelle und geistig-politische Aufgabe der Gegenwart.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Kühnhardt, auch hier sage ich nur: herzlichen Dank im Namen des Parteitages! - Als dritter spricht zu uns jetzt Prof. Dr. Hubert Markl, dem ich herzlich zu seiner gerade erfolgten Wahl zum Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gratuliere.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hubert Markl**: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Herr Minister Rüttgers! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach einer langen Reihe vorzüglicher Ansprachen gilt: Alles Ende ist schwer. Nach dem Literaturwissenschaftler und dem Politologen - oder sollte ich sagen „Theologen“? -

(Heiterkeit)

nun der Biologe. Mein Thema: Gegenwart der Zukunft. Als es mir gestellt wurde, hat es mich in tiefes Nachdenken versetzt. Was soll das heißen? Ich will mich bemühen, Ihnen deutlich zu machen, was mir dazu eingefallen ist.

Meine Damen und Herren, Menschen leben aus ihren Erfahrungen und für ihre Hoffnungen. Das gilt für jeden einzelnen von uns, und das gilt genauso für alle menschlichen Gemeinschaften. Die Erfahrungen der Vergangenheit statten uns mit einem gewaltigen Schatz an Wissen und Fertigkeiten aus, die uns alle zu Traditionsschuldnern der Vorgängergenerationen machen. Sie beladen uns auch mit manchem historischen Ballast. Wir erben eben immer im Guten wie im Schlechten.

Deswegen ist der zweite Teil meines Einführungssatzes, glaube ich, genauso wichtig wie der erste: Wir leben aus unseren Erfahrungen und für unsere Hoffnungen. Was sind Hoffnungen? Wenn es sich dabei nicht um leere Träume handeln soll, sind Hoffnungen Vorstellungen über

Entwicklungen der Zukunft, die uns Ziele setzen. Hoffnungen, das bedeutet also, wofür es lohnt zu leben, sich anzustrengen, auch zu leiden. Hoffnungen sind keine Träume von milden Gaben eines günstigen Geschicks, sondern Vorstellungen dessen, wofür wir zu kämpfen bereit sein müssen.

Indem sie der Ort unserer Hoffnungen, das Ziel unserer Wünsche und die Triebkraft unserer Anstrengungen ist, wird daher die Zukunft tatsächlich höchst gegenwärtig für uns wirksam. Deshalb ist das mir gestellte Thema, so seltsam es Ihnen wie mir auf den ersten Blick auch vorgekommen sein mag, eben doch ganz treffend formuliert.

Ich will mich fragen, welches diese großen Ziele sein müssen, die uns heute und hier vor Augen stehen sollen, wenn wir an die Zukunft denken. Ich brauche nicht viele Worte darüber zu verlieren, daß uns die menschliche Natur reichlich mit Bedürfnissen ausstattet, die uns ohne viel Nachdenken durch unser Alltagsleben führen. Natürlich streben wir für uns und unsere Familien nach Nahrung und Bekleidung und Behausung, nach Gesunderhaltung, nach vernünftiger Unterhaltung, nach Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, nach all dem, was uns individuelles und gemeinschaftliches Selbstbewußtsein geben kann. Wir sind mit solchen Bedürfnissen so voll beschäftigt, daß man sich fragen muß: wozu dann überhaupt noch andere, größere, womöglich visionäre Ziele?

Damit Sie mich nicht mißverstehen: Mir geht es keineswegs um die meist reichlich verquaste Frage nach dem „tieferen Sinn des Lebens“. Ich halte dafür, daß Frauen und Männer, die in Anstand und mit Fleiß für sich und ihre Nächsten sorgen, ihre Partner, Kinder, Eltern und Freunde lieben, anderen, die es nötig haben, helfen, niemanden betrügen oder bedrohen und sich des redlich Erarbeiteten erfreuen, ein wahrhaftig sinnvolles Leben führen, an dem es auch dann tiefenpsychologisch nichts herumzukritzeln gibt, wenn sie den Sinn dieses Daseins nicht ständig selbstquälerisch in Frage stellen.

(Beifall)

Das also ist hier nicht mein Thema.

Mir geht es um etwas viel Praktischeres. Die Insel der Seligen Bundesrepublik - trotz mehrerer Millionen Arbeitsloser und gewiß vieler Not- und Sorgenecken ist sie ja im historischen wie weltweiten Vergleich genau dies, ein rarer Glücksfall an Lebensannehmlichkeiten -, diese schöne Insel ist nämlich leider nicht deshalb schön und glücksgebadet, weil wir darauf ein gottgegebenes Naturanrecht haben, verläßlich wie der Sonnenaufgang, sondern sie ist es deshalb, weil ihre Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten es vermocht haben, mit harter Arbeit und vorwiegend doch klugen Entscheidungen und Regelungen eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die sich zur Lösung vieler Probleme unseres heutigen Lebens als tauglich erwies. Darum muß es gehen, wenn wir uns fragen, ob die Leitprinzipien, die uns bis hierher gebracht haben, weiter Gültigkeit haben, ob wir beim Blick auf die Zukunft Herausforderungen erkennen, die uns grundlegende Verhaltensänderungen abverlangen. Denn wenn wir einfach weitermachen wie bisher, dann könnte aus der Insel der Seligen nur allzu leicht eine Insel der Saumseligen werden,

(Zustimmung)

mit allen keineswegs beseligenden Folgen.

(Beifall)

Ich sehe im wesentlichen drei solcher Herausforderungen, die uns dazu zwingen, die großen Ziele unseres Handelns grundsätzlich zu überdenken und neu auszurichten, gerade damit dann auch unsere menschlich-allzumenschlichen Alltagserwartungen auch künftig in Erfüllung gehen können.

Die erste Herausforderung, von der zugleich fast alles Weitere abhängt, ist eine demographische Tatsache von niemals zuvor in der gesamten Menschheitsgeschichte und Menschheitsrevolution gekannter Wucht: die endgültige Erfüllung des Lebensraums Erde mit der maximal möglichen und hoffentlich auch annähernd tragbaren Menschenzahl. Es dürfte wohl zutreffen, daß wir, zumindest in unserer Gewichtsklasse, die Organismenart mit der größten je erreichten Individuenzahl sind. Wir nähern uns rasch den 6 Milliarden, wir nehmen pro Jahr um annähernd 100 Millionen zu, alle drei Jahre eine komplette Europäische Union mehr, in knapp zehn Jahren zusätzlich eine weitere Milliarde. Soviel zählte die gesamte Menschheit zur Zeit des Paulskirchen-Parlaments, also vorgestern.

Bitte beachten Sie dabei: Für die zweite Milliarde benötigte die Menschheit 80 Jahre, für die gleiche Zahl heute ungefähr acht Jahre. Allein im 20. Jahrhundert leben mehr als 10 % aller Menschen, also nicht nur aller Naturwissenschaftler und Forscher, sondern aller Menschen, die in mehreren hunderttausend Jahren der Existenz unserer Spezies insgesamt existiert haben. Wir beanspruchen heute bereits zwischen 10 und 20 % der gesamten Nettoproduktion der Biosphäre. In wenigen Jahrzehnten wird das noch weiter emporschnellen, bis fast auf die Hälfte.

Warum wiederhole ich diese ja langsam bis in die Denkverliese des Vatikan vorgedrunghenen Allerweltstatsachen?

(Heiterkeit und Zustimmung)

Nicht um wieder einmal Schreckensszenarien zu beschwören - dazu reicht jedermanns Phantastie von allein -, sondern um eines deutlich zu machen: Dies ist nicht business as usual der Menschheitsgeschichte. Dies ist eine historische Singularität ohnegleichen, für die uns historische Erfahrung, auf die wir uns ja gerne stützen und berufen, daher leider auch wenig zu lehren vermag. Sie ist nicht etwa unvorhersehbar wie ein Erdbeben oder ein Vulkanausbruch, sondern sie läßt sich kalkulieren wie die Ankunft einer Sturmflut. Wir können und dürfen uns vor dieser Tatsache nicht drücken. Sie ist kein Gedankenspiel, kein Modellszenarium von Wissenschaftlern. Sie kommt so sicher wie unser eigener Tod.

Was immer wir also heute und morgen tun, es muß unter der klaren Gewißheit geschehen, daß noch zu unseren eigenen Lebzeiten und der unserer Kinder und Enkel eine gewaltige Übervölkerungswelle die ganze Erde voll erfassen wird, mit Menschenwanderungszügen niemals vorher gekannten Ausmaßes - dagegen war die Völkerwanderungszeit unseres Schulgeschichtsunterrichtes der reinste Osterspaziergang -, mit der Gefahr ökologisch, d.h. durch Umweltüberlastung hervorgerufener Kriege und Vertreibungen großen Ausmaßes. Was heute in Ruanda geschieht, kann morgen in fast ganz Afrika und übermorgen in einem noch größeren Teil der Erde geschehen. Selbst wenn ich hier in der Kürze und der plakativen Wirkung halber überzeichnen sollte: Diese Herausforderung ist real. Sie ist unausweichlich. Wir werden sie bestehen müssen.

(Beifall)

Damit auch darüber keine Zweifel aufkommen: Mit einer noch so großzügig konzipierten Einwanderungspolitik ist ihr nicht beizukommen.

(Beifall)

Selbst wenn die Bundesrepublik pro Jahr eine Million Zuwanderer aufnähme, so ist das eben gerade der Zuwachs einer halben Woche in der Dritten Welt. Nichts führt an der Lösung der Aufgabe vorbei, daß in den Ländern der Dritten Welt, in der schon mehr als vier Milliarden Menschen im wesentlichen diesen letztmalig ansteigenden Vermehrungsdruck zugleich erzeugen und auch erleiden, Verhältnisse zu schaffen sind, unter denen Milliarden von Menschen aus freien Stücken - Zwang hat noch nie viel geholfen - mit Ersatzvermehrung zufrieden sind. Das heißt, wir müssen im ureigensten Interesse dazu beitragen, daß in diesen Ländern eine wirtschaftspolitische Entwicklung möglich wird, die den Menschen die Gewißheit gibt, daß weniger besser ausgebildete Kinder für sich selbst wie für ihre Eltern und vor allem für ihre eigenen Nachkommen eine bessere Zukunft haben werden als bei fortgesetzter Maximalvermehrung.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist nicht der Aufruf zu massenhafter Aufnahme von Armutsflüchtlingsen und auch nicht der Aufruf zu grenzenlos wachsenden Transfers von Hilfsmitteln in die Armenhäuser der Welt. Beides würde die Welle nicht zum Stehen bringen, sondern nur den Elendswasserstand überall gleich hoch ansteigen lassen. Es ist schon gar nicht der Aufruf dazu, die kleiner werdenden Inseln der beati possidentes mit Zäunen und Mauern zu umgeben. Es ist aber der Aufruf dazu, der Dritten Welt durch faire Handelsbedingungen, durch Kooperation und Integration in eine Weltwirtschaftsgesellschaft eine Wohlstandsentwicklung - auch zu unseren Lasten - zu ermöglichen, die dort bewirkt, was wachsender Wohlstand auch in der Ersten Welt bewirkt hat, nämlich eine Stabilisierung zumindest der Bevölkerungsverhältnisse.

(Beifall)

Selbst wo dies heute Arbeitsplätze bei uns kostet - ich bin mir dessen bewußt, was ich hier sage -, kann es als Akt praktischer Solidarität mit dieser bedrohlich bedrohten Dritten Welt am Ende doch die Lebensplätze für unsere Enkel sichern helfen.

Die zweite große Herausforderung, die aus der Zukunft in unsere Gegenwart hereingreift, hängt ursächlich mit der ersten zusammen. Ob wir es schön finden oder nicht: Da wir nicht Milliarden von Menschen liquidieren oder sonstwie von der Erdoberfläche hinwegzaubern können, wird diese 6-, 8-, 10- oder vielleicht 15-Milliarden-Menschheit unaufhaltsam durch ihre Ressourcenbeanspruchung und die Massenwirkungen der notwendigen Produktion, Konsumtion und Entsorgung von Gütern einen unabänderlichen Veränderungsdruck auf die gesamte Biosphäre ausüben. Diese vielen Milliarden Menschen müssen ernährt werden. Schon heute sind wir nahe an der Grenze ausreichender Nahrungsproduktion angelangt. Sie müssen gekleidet, behaust, mit Energie und medizinischer Mindestfürsorge versorgt werden, und vor allem wollen und müssen sie für ihren Lebensunterhalt produktiv arbeiten können. Das heißt - grob oberflächlich betrachtet -, sie brauchen arbeitsfähige Energie, und zwar, wenn sie nicht nur vegetieren sollen, nicht wenig davon.

Zur Zeit beträgt der Primärenergieverbrauch pro Kopf weltweit etwa 2,1 t Steinkohleeinheiten. In Westeuropa sind es 4,7 t, in Deutschland 6,4 t, in Nordamerika 10,9 t. In Indien mit fast 1 Milliarde Menschen liegt der Verbrauch bei 0,3 t, in China mit 1,2 Milliarden Menschen bei 0,8 t pro Kopf. Selbst bei ganz pauschaler Betrachtung muß man sagen, daß es dazu kommen wird, ja dazu kommen muß, daß sich der Pro-Kopf-Verbrauch der Entwicklungsländer, deren Kopffzahlen - ich erinnere noch einmal daran - sich in den nächsten 30 bis 40 Jahren noch einmal verdoppeln werden, dem Weltdurchschnittsverbrauch nähert, dem sich ande-

rerseits die hochentwickelten Länder durch konsequente Steigerung ihrer Energieeffizienz von der Überverbrauchsseite her ebenfalls nähern müßten.

(Beifall)

Da wir nicht in Utopia, sondern in der beklemmenden Wirklichkeit der Tatsachen leben, wird dies bedeuten, daß auch der Fossilenergieverbrauch der Menschheit - und damit auch der CO<sub>2</sub>-Verbrauch der Menschheit - noch weiter drastisch steigen wird, der jetzt im Mittel bei 4 t pro Kopf und Jahr liegt. Bei uns liegt er bei 12 t, in den USA bei 22 t. In den Entwicklungsländern liegt er bei 1 bis 2 t. Da all dies unausweichlich ist, gibt es kaum ein umfassenderes politisches Zukunftsziel, das wichtiger wäre als die Versorgung dieser Massenschheit mit ausreichender arbeitsfähiger Energie bei gleichzeitiger Bändigung der Gefahren, die insbesondere vom ansteigenden anthropogen erzeugten Treibhauseffekt für die Klimaentwicklung der Erde ausgehen können - ich sage ausdrücklich „können“ -, selbst wenn die Folgewirkungen keineswegs in jeder Hinsicht überschaubar sind. Im Klartext heißt dies, daß wir massive Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Steigerung der Energienutzungseffizienz durch Förderung der Energieproduktivität in allen Technologiebereichen - ob bei Heizung, Prozeßwärmebedarf oder Transport - benötigen, daß wir kompensatorische Investitionen in umweltfreundliche und energieeffiziente Energien in Ländern, die nicht darüber verfügen, zu fördern haben, daß wir eine Revolution bei der Deckung des Raumwärmebedarfs in kühleren Klimazonen - ich nenne die Stichworte innovative energiesparende Bauweisen, solarthermische und Wärmepumpenheizungen - erreichen müssen und daß wir schließlich nicht nur die Nutzung von Sonnenenergie und CO<sub>2</sub>-neutraler Energieproduktion aus Biomasse in Forschung, Entwicklung und Markteinführung unterstützen sollten, sondern auch nicht darauf verzichten können, auch weiterhin Kernenergie in inhärent sicheren Kernkraftwerkssystemen als langfristig zukunftsichere Säule der Energieversorgung verfügbar zu halten und zu nutzen,

(Beifall)

und zwar nicht, um weiterhin noch mehr Energie vergeuden zu können, sondern um Fossilkohlenstoffenergie sparen zu können.

(Beifall)

Ich habe diese zweite Herausforderung, die uns ein klares überrangiges Ziel setzt, kurz am Beispiel der Energienutzung und der Klimagefahren abgehandelt. Ich hätte dies genauso am Beispiel der durch zahlreiche Folgen unserer Massenhaftigkeit gefährdeten Nahrungsproduktion für viele Milliarden Menschen oder am Beispiel des unaufhörlichen Zwanges zu biologisch-medizinischer Innovation zur Bekämpfung neuer und immer wieder neu auftretender Krankheitserreger darstellen können.

So wie uns die Energieherausforderung zu verstärkten Anstrengungen vor allem auf physikalischem, chemischem, materialwissenschaftlichem und ingenieurwissenschaftlichem Gebiet zwingt, so werden uns die Notwendigkeiten von Nahrungsproduktion und Krankheitsbekämpfung umfassend gesteigerte Bemühungen auf biochemischem, molekularbiologischem und vor allem gentechnischem Gebiet abverlangen. Ich kann alles, was Minister Rüttgers dazu gesagt hat, nur unterstreichen.

Alles zusammengenommen bedeutet dies, daß uns der klare Blick auf eine voraussehbare Zukunft zwingt, für bald 1010 Menschen unser gesamtes wissenschaftlich-technisches, glo-

bal-ökonomisches System auf den Prüfstand zu nehmen und auf langfristige Erhaltungsfähigkeit zu optimieren. Das ist die Herausforderung für unsere Zukunft. Viel Zeit haben wir nicht, aber Gott sei Dank genügend Einfallreichum und Anpassungsvermögen, wenn wir die Kräfte freisetzen, die wir haben.

Wir können uns, fünf bis zehn Milliarden Köpfe stark geworden, der Verantwortung für das globale Management der Biosphäre nicht entziehen. Aber Wissenschaft und Forschung geben uns dazu die Mittel an die Hand. Da deren Macht allerdings groß und durchgreifend ist, erregt sie Ängste - zumal mancher den notwendigen Zwang zur Veränderung, den diese Massenhaftigkeit der Menschheit bewirkt, natürlich der Wissenschaft in die Schuhe schiebt, indem er sagt, sie sei doch daran schuld. Nun, Mitschuld daran trägt sie schon, daß es so viele Menschen geworden sind. Aber die Zwänge zum Handeln, die dies zur Folge hat, sind keineswegs Forscherwunschräume, sondern manchmal wohl eher Forscheralpträume gesteigerter Verantwortung der Wissenschaft.

In gewisser Hinsicht spielt die Wissenschaft tatsächlich die Rolle der Heizelmännchen, ohne die nichts mehr geht und die man natürlich dennoch nicht liebt. Sie ist auch das, wovon im Notfall alle träumen: die eierlegende Wollmilchsau, die alle unsere Bedürfnisse befriedigen soll und tatsächlich Erstaunliches davon leistet. Wer dabei freilich über die Nebenfolgen klagt, erinnert mich an einen Bauern, der das Schwein zwar gerne mästet und schlachtet, der aber den Mist, den es erzeugt, für unzumutbar hält. Es ist schon so - im Stall wie in der Wissenschaft -: Den Schinken ohne Gülle wird es nicht geben.

(Beifall)

Wer uns in diesem Zusammenhang vor der globalen wissenschaftlich-technisch organisierten Risikogesellschaft warnt, der sollte bedenken: Das größte Risiko wäre, weiterzumachen wie bisher. Nur wenn wir bereit sind, die Risiken der Veränderung auf uns zu nehmen, können wir den ökologischen Kollaps der Biosphäre vermeiden. Wir sind nämlich in Wahrheit gar keine Risikogesellschaft, wir sind viel eher eine Angst-vor-Risiko-Gesellschaft.

(Beifall)

Die dritte Herausforderung, die uns die Zukunft in der Gegenwart beschert, ist scheinbar gänzlich anderer Art, hat nichts mit Megamenschheit und CO<sub>2</sub>-Anstieg zu tun und ist doch nur die Kehrseite derselben Medaille, die ich bis jetzt betrachtet habe. Sie besteht nämlich genau darin, daß nach dem Zusammenbruch der künstlich und gewaltsam getrennten Systemblöcke die Menschheit mit wachsender Geschwindigkeit zu einer immer dichter vernetzten Weltgesellschaft zusammenwächst, zu einer Art Superorganismus, in dem die rechnergestützten Informations- und Kommunikationssysteme immer mehr die Rolle eines zentralen Nervensystems übernehmen.

Lassen wir uns nicht täuschen: Auch die allenthalben erkennbaren Versuche, die auch verständlich sind, sich durch Rückkehr zu national separierten Strukturen vor diesen Zwängen zur Integration und Kooperation in übereinzelstaatlichen Strukturen zu befreien, sind nur verzweifelte Rückzugsgefechte gegenüber dem unaufhaltsamen Sog zu internationaler Verbindung und Vernetzung, wobei ich die Doppelbedeutung des Wortes Netz, das trägt und verbindet und in dem man sich dennoch auch verstricken kann, sehr wohl im Auge habe.

Diese globale Verbindung über alle Grenzen hinweg, die immer durchlässiger für Güter, Menschen, vor allem aber für das virulenteste Gut, nämlich für Informationen, für Wissen, für



Kenntnisse und Fertigkeiten werden, bewirkt neben vielem anderen vor allem eines: einen immer intensiveren, ständig offen ausgetragenen Wettbewerb auf allen Gebieten menschlicher Kultur und Zivilisation - Wettbewerb in Gütern und Medienprodukten, Wettbewerb in fast allen Bereichen der Wissenschaft, Wettbewerb in fast sämtlichen Wirtschaftszweigen, Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze, um die Gunst der Käufer auf weltweit offenen Märkten, Wettbewerb sogar im politischen, rechtlichen und fiskalischen System, der bestimmt, wo die ertragreichsten Investitionen veranlaßt werden. Und was sind Investitionen anderes als Wirkungen der Zukunft in der Gegenwart, als das Ergebnis von Renditeabwägungen bei Entscheidungen über die Allokation von Arbeit und Kapital in heutigen Produktionsstätten.

Dies ist nicht, wie manche rückwärts träumend hoffen, eine nur vorübergehende Überlegenheit der Marktwirtschaft über andere, angeblich humanere, planbare, angeordnete Verhältnisse. Die Dichte der Verbindungen zwischen den immer dichter gedrängt lebenden Menschen und ihre wachsende Abhängigkeit von internationalen Regelungen zum Management des gemeinsamen Erdrumes wird es unmöglich machen, je wieder zu kleinräumig unterteilten, scheinautarken Gebilden zurückzukehren, es sei denn, die Menschheit würde tatsächlich zum größten Teil vernichtet werden.

(Zustimmung)

Wissen, Kenntnisse, Fertigkeiten sind überall auf der Welt gleichzeitig verfügbar, und tüchtige Menschen auch, die davon Gebrauch machen können.

Der freie Gedanken kluger Köpfe läßt sich auch nicht durch Patentschranken am Zügel halten. Vor allem das Wissen, wie man neues Wissen und Können durch Forschung hervorbringt, hat sich - übrigens das wichtigste Geschenk des Abendlandes an die Menschheit - um die ganze Welt verbreitet. Deshalb wissen wir schon heute, daß wir morgen und übermorgen in einer Welt leben werden, in der sich kein Unternehmen und keine Nation einen bleibend gesicherten Vorteil verschaffen kann; denn was wir können, können andere schon lange oder bald und dann vielleicht besser als wir.

Es ist schon richtig, daß das Leben unter den Peitschenschlägen globalen Wettbewerbs alles andere als leicht und geruhsam ist und daß es zu Beschleunigungen von Entwicklungen führt, die keineswegs immer vorteilhaft sind. Aber die Herausforderungen der globalen Wettbewerbsgesellschaft lassen nur eine Antwort zu: gemeinsame Spielregeln gegen die destruktive Entartung finden und durchsetzen und in deren Rahmen bemüht sein, durch eigenes innovationsberechtigtes Verhalten im Wettbewerb erfolgreich zu bleiben. Nur wer so blind wäre, Fortschritt an sich als Ziel solchen Handels mißzuverstehen, müßte vor einer solchen Zukunft unaufhörlichen Ringens um Konkurrenzvorteile zurückschrecken. Es sind dies übrigens die Lebensbedingungen der Evolution seit ungefähr 3,5 bis 4 Milliarden Jahren auf dieser Erde.

Deshalb lag mir so sehr daran, zu betonen, daß uns die beiden anderen gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir stehen - die Stabilisierung der Menschbevölkerung und die nachhaltige Nutzung des gemeinsamen Planeten Erde -, klar übergreifende Zielvorgaben setzen, nach denen wir auch unter dem Druck der dritten Herausforderung, nämlich des internationalen Wettbewerbs, verantwortliche Entscheidungen zu treffen vermögen. Denn es ist gewissermaßen ein Glücksfall in der Bedrängnis, daß die nachhaltige gemeinsame Bewirtschaftung der begrenzten Ressourcen der Erde und das gemeinsame Management der Bios-

phäre einerseits und das Bestehen im weltweiten ökonomischen Wettbewerb andererseits, wenn wir es richtig anpacken, beide einem Ziel zustreben;

(Zustimmung)

beides sind zwei Seiten einer Medaille.

Nur wer Innovation zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert, kann auch dafür sorgen, daß wir umweltschädliche Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten überwinden - oder, wie man sagt, Ökonomie und Ökologie nicht nur ähnlich klingen, sondern zur Übereinstimmung gebracht werden. Wenn das nicht eine lohnende Hoffnung ist, die uns in der Gegenwart für die Zukunft motivieren kann, dann weiß ich nicht, was das Wort Hoffnung überhaupt bedeuten könnte.

Da mir bei solchen Überlegungen vielleicht mancher hier den Vorwurf macht, daß ich kein Wort über das doch wohl größte aller Handlungsziele verlore, nämlich das Ziel, die Schöpfung zu bewahren, kann ich nur sagen: Auch die 6 bis 12 Milliarden Menschen sind Teil dieser evolutionär entfalteten Schöpfung.

(Beifall)

Nur wenn wir für sie den Weg zu einer nachhaltig sich selbst stabilisierenden Entwicklung finden, gibt es für die übrige Biosphäre eine Zukunft. Daher ist, realistisch betrachtet, Naturschutz wirklich eine Konsequenz richtig verstandenen Menschenschutzes.

Was müssen wir nun vor allem konkret anpacken, um diese Ziele zu erreichen? Ich glaube, es geht um viererlei. Erstens: Wir müssen diese erläuterten Leitprinzipien und Herausforderungen wirklich verstehen und als unverzichtbar und sittlich notwendig, d. h. als gut und erstrebenswert erkennen und anerkennen, jeder von uns und jede von uns. Das ist eine gewaltige Erziehungsaufgabe, die nicht geleistet ist, bei der wir aber Schritt für Schritt vorankommen. Wenn ich mir das Ergebnis der letzten großen UN-Konferenzen, das niemanden ganz befriedigen kann, ansehe, dann stelle ich fest, daß es Teil eines globalen Lernprozesses ist, von dem ich vor 20 Jahren nicht geglaubt hätte, daß er bereits in so kurzer Frist einsetzen würde.

Zweitens kommt es maßgeblich darauf an, daß wir die junge Generation auf die Welt, die auf sie zukommt, vorbereiten, sie lebensstüchtig, wettbewerbsfähig machen. Unser gesamtes Ausbildungssystem muß zwar weiterhin auf den sicheren Grundlagen abendländischer Kultur begründet bleiben - Achtung vor dem Eigenwert und der Freiheit des Individuums, Respekt vor der demokratisch verfaßten Rechtsordnung als Ausdruck des gemeinsamen Willens zu verantwortlicher Lebensordnung, Vertrauen in die Kräfte menschlicher Vernunft, durch kritische Rationalität zu zuverlässigen Erkenntnissen zu gelangen, soziale Mitverantwortung aus Nächstenliebe zum Mitmenschen und aus Achtung vor seiner Würde -, aber es muß zugleich die Kräfte freisetzen, fordern und fördern, die es von jedem einzelnen erfordert, für sein eigenes Schicksal selbst Verantwortung zu übernehmen und nicht von anderen zu erwarten, was man selbst nicht zu tun bereit ist.

(Beifall)

In einer durch und durch wissenschaftlich-technisch geprägten und weltweit offenen Zivilisation erfordert dies, natürlich je nach Begabung abgestuft, nicht nur die feste Verwurzelung in den bewährten Werten der eigenen Kultur, es erfordert auch die Beherrschung jener Kennt-

nisse und Fertigkeiten, die eine auf Innovation und Anpassungsfähigkeit angewiesene Gesellschaft benötigt. Das beginnt bei der Beherrschung der eigenen Muttersprache und mindestens zwei Fremdsprachen. Sagen Sie nicht: Für ungebildete Menschen ist das zu schwer. In vielen, vielen Ländern, wo es angeblich nur ungebildete Menschen gibt, beherrschen sie alle mehr als drei Sprachen.

(Beifall)

Es erfordert die Fähigkeit zu mathematischem Denken und zu seiner praktischen Anwendung. Es erfordert ein gründliches Verständnis für die wissenschaftlichen Ergebnisse der gesamten Naturwissenschaften in allen ihren wesentlichen Zweigen und nicht nur in einer abturvereinfachenden Auswahl davon, wie die Kultusminister immer noch festhalten es zu empfehlen.

(Beifall)

Wir müssen drittens unerschrocken gegen die Besitzstände etablierter Interessenskartelle vorgehen, die die Wettbewerbsfähigkeit tüchtiger und leistungsfähiger, vor allem junger Menschen behindern, indem sie ihnen sagen, der Gemeinnutz erfordere, daß sie nicht in eigener Verantwortung handeln könnten. Auch gegen die Macht von Verbänden, die dem einzelnen vorschreiben, wann, wo, für welchen Lohn und wie lange er oder sie überhaupt arbeiten darf, und am Ende einem arbeitslosen Physiker mit Spitzenprädikat suggerieren, es sei weit besser für ihn, arbeitslos zu sein, als freiwillig unter Akademikereinstiegstarif seine Fähigkeiten einsetzen zu dürfen.

(Beifall)

- Ich freue mich, daß selbst Minister Blüm, wenn auch langsam, klatscht.

(Heiterkeit und Beifall)

Nicht alles wird zu ändern sein, und auch nicht alles wird geändert werden dürfen. Aber wir müssen viel in Frage stellen, was uns beengt, was uns entmündigt, was uns schwächt und was uns eben unfähig macht, in diesem Wettbewerb zu bestehen.

Viertens brauchen wir schließlich in allen Bereichen unserer Gesellschaft erheblich verstärkte Anstrengungen zu wissenschaftlicher und technischer Innovation. Ich habe erläutert, warum das überlebensnotwendig ist. Es ist auch nicht wahr, als ob bei uns ein Klima der allgemeinen Wissenschafts- und Forschungsfeindlichkeit herrschte - ich kann Herrn Frühwald hier nur vollauf zustimmen -, von Ausnahmen auf einzelnen Gebieten abgesehen, die ärgerlich genug sind, die man aber nicht überbewerten sollte. Aber es bleibt festzustellen - das besorgt mich viel mehr -, daß die Deutschen etwa dreimal soviel für Versicherungen ausgeben wie für Forschung und Entwicklung und - vielleicht noch weit bedenkenregender - annähernd genausoviel für gesundheitsschädliche Genußgifte.

(Beifall)

Es kann eigentlich nicht Angst vor den gefährlichen Folgen von Wissenschaft und Technik sein, was den Menschen ausgerechnet zum Saufen und Rauchen bringt.

(Heiterkeit und Beifall)

Es geht ganz einfach darum, die Prioritäten für unsere Zukunft richtig zu setzen. Wenn der Prozentanteil am Bruttoinlandsprodukt, den wir für Forschung und Entwicklung aufbringen, in

wenigen Jahren um ein volles Siebtel, von 2,9 % auf unter 2,5 %, gefallen ist, während unsere Hauptkonkurrenten eher noch zulegten, dann muß uns das alarmieren. Effizienz und Produktivitätssteigerung durch Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen mag für kostengünstige wettbewerbsfähige Herstellung einer vorhandenen Produktpalette günstig scheinen. Wenn wir jedoch zugleich die personelle Basis der Produktionsinnovation durch Einsparungen bei Forschung und Entwicklung wegrationalisieren, dann berauben wir unsere Nachkommen zugunsten unseres heutigen Wohlergehens um ihre Zukunftschancen, während wir doch von den Leistungen und auch den Entbehrungen unserer Vorgänger profitieren.

(Beifall)

Um es ganz drastisch zu sagen: Wir versaufen nicht nur unser Oma ihr klein Häuschen, wir fressen auch noch die Saatkartoffeln auf.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer es auf die saloppe Formel bringt „Forschung soll nicht Geld kosten, sondern Geld bringen“ - was richtig ist -, hat nicht erkannt, daß nur Forschung, die Geld kostet, tatsächlich mehr Geld bringen kann. Oder philosophisch-mittelalterlich: Nihil ex nihilo.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer sich am 80-Milliarden-DM-Forschungs-und-Entwicklungsbudget berauscht - was jetzt weniger als 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts bedeutet -, dem möchte ich doch raten, ein wenig von der Schöpfung zu lernen, die er so gern erhalten sehen möchte. Unser Gehirn macht zwar auch nur 2 % unseres Körpergewichts aus - bei manchen weniger -,

(Heiterkeit und Beifall)

aber wir bringen volle 10 bis 20 % unseres Energieaufwands auf, um es voll funktionsfähig zu halten. Wenn Tiere knapp dran sind - der Herr Bundeskanzler kennt diesen Spruch, ich wiederhole ihn trotzdem -, dann bauen sie vieles ab, Fett, Muskeln, ja sogar Gonaden, aber am Gehirn wird nicht rationalisiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Gehirn der Gesellschaft ist die erfolgreich forschende Wissenschaft, allerdings gebe ich sofort zu: die erfolgreich forschende Wissenschaft.

Wir sollten wirklich alles tun, um mehr privates Kapital und mehr gemeinnütziges Stiftungskapital in forschungsaktive Unternehmungen zu leiten, die zwar vielleicht durchaus - auch in der Betrachtung der Banken - riskanter sind als manches Bauherrenmodell, aber doch gewiß auch weit lohnender dafür sorgen, daß kluge Köpfe das tun können, wofür wir sie überwiegend mit öffentlichen Mitteln durch eine qualifizierte Ausbildung in Stand gesetzt haben.

(Beifall)

Wenn man mit Bedrückung zusehen muß, wie viele der international aktiven Großindustriefirmen heute ihre Forschung eher im Ausland als bei uns ausbauen, wofür es betriebswirtschaftlich wichtige und einsehbare Gründe gibt -, dann möchte man seine Hoffnung doch wenigstens gerne auf jene Firmengründungen richten, durch die junge Forscherinnen und Forscher den Erfolg damit suchen, daß sie Innovationen entwickeln und allein oder mit Partnern zur Marktreife bringen. Mit weniger Arbeit wird dies freilich nicht zu schaffen sein. Es hat sich wohl als der gefährlichste Irrweg der Deutschen in den letzten Jahrzehnten erwiesen, daß sie

die Konkurrenz aufstrebender Nationen dadurch bewältigen wollten, daß sie den eigenen Arbeitseinsatz immer mehr einschränkten.

Man kann es förmlich sehen, wie den Chinesen oder den Indern oder den Indonesiern vor Schrecken die Knochen schlottern, wenn sie die neueste deutsche Wunderwaffe im weltweiten Wettbewerb hören: 25-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Herausforderung der Zukunft in der Gegenwart liegt meines Erachtens vor allem darin, daß wir die gewaltigen Übergangsprobleme von einer an Kopffzahl wie wirtschaftlich extensiv expandierenden Gesellschaft zu einer sich nachhaltig stabilisierenden Weltgesellschaft, deren Wirtschaftswachstum vorwiegend auf Intensivierung beruht, in den nächsten zwei bis drei Generationen schaffen müssen. Wohlgedenkt, dies wird alles andere als eine stagnierende Zukunftsentwicklung sein; sie darf es, wie ich erläutere habe, gar nicht sein. Die intellektuellen Ressourcen der Menschheit sind Gott sei Dank nicht ausgeschöpft, im Gegenteil, das ist wie ein Wunder, je mehr wir aus den Quellen des Geistes schöpfen, um so reicher sprudeln sie.

Was sich aber sehr rasch, so oder so, verträglich oder unverträglich, einem Ende nähern wird und muß, ist das rein quantitative Wachstum an Verbrauch und Verschwendung, an immer mehr Menschen mit immer mehr Ansprüchen an unsere Lebensgrundlagen. Wenn wir die Biosphäre zugleich nutzen und behüten sollen, und wir müssen es wollen, dann dürfen wir nicht schwach, ärmlich und unwissend sein, denn wer all dies ist, kann noch nicht einmal sich selbst helfen. Wenn wir diese Aufgaben schultern sollen, müssen wir viel wissen - mehr als heute -, viel können - mehr als heute -, und sicherlich weiser und verantwortungsbewußter handeln als heute. Einen neuen Menschen, den andere großmündig gefordert, versprochen und am Ende schmäählich verraten haben, brauchen wir nicht dazu; der alte ist gut genug.

(Beifall)

Wir müssen aber seine Kräfte freisetzen, statt sie zu fesseln, vor allem durch Selbstfesselung zu fesseln, indem wir nämlich Frauen und Männern deutlich machen, was die Stunde geschlagen hat, indem wir ihnen Mut machen und sie dafür begeistern, diese Herausforderung anzunehmen, die ihnen ja sowieso nicht erspart bleiben wird. - Ich danke.

(Lebhafter Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Professor Markl, auch Ihnen ein sehr, sehr herzliches Wort des Dankes, das besonders durch das heftige Klatschen von Norbert Blüm unterstrichen worden ist.

(Heiterkeit - Zuruf von Dr. Norbert Blüm)

- Norbert Blüm legt Wert darauf: Standing ovation.

Liebe Parteifreunde, als wir diesen Vormittag vorbereitet haben, hat es den einen oder anderen besorgten Parteifreund gegeben, der mich gefragt hat: Wird das denn nicht ein wenig langweilig? Ich glaube, wir können jetzt sagen: Nein, es war hoch spannend.

(Lebhafter Beifall)

Dann hat es den einen oder anderen gegeben, der gefragt hat: Wird das nicht zu theoretisch, zu philosophisch? Dem können wir jetzt sagen: Nein, es ist höchst praktisch und höchst politisch.

(Beifall)

Dann hat es einen Journalisten gegeben, der hat gefragt: Warum macht das die CDU? Die Antwort ist auch ganz einfach: Weil das keine andere Partei sonst kann.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen folgendes vorschlagen - das war viel, viel Stoff -, daß wir jetzt eine Pause machen, bis um 14 Uhr die Foren beginnen. Sie haben in Ihren Tagungsunterlagen eine Auflistung, wo die einzelnen Foren stattfinden. Ich finde aber, es gehört zur Höflichkeit, daß wir diejenigen, die in diesen Foren mit uns diskutieren, auch hier im Plenum begrüßen. Ich freue mich darüber, daß folgende Gesprächspartner in den Foren mit uns sprechen:

Prof. Dr. Eugen Biser, em. Professor für christliche Weltanschauung, München,

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, die neue Kultusministerin von Baden-Württemberg,

(Beifall)

Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Rektorin der Technischen Universität Ilmenau,

(Beifall)

Prof. Dr. Richard Schröder, Professor für Theologie an der Humboldt-Universität und SPD-Fraktionsvorsitzender der freigewählten Volkskammer,

(Beifall)

Dr. Birgit Breuel, Generalkommissarin der Weltausstellung EXPO 2000,

(Beifall)

Nicolas Hayek, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Mikroelektronik und Uhrenindustrie, besser bekannt als Swatch, demnächst Smart,

(Beifall)

Dieter Schulte, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes - wie ich hörte, ist es das erste Mal, daß ein Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf einem CDU-Parteitag mitdiskutiert -,

(Beifall)

Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach,

(Beifall)

Prof. Dr. Trutz Rendtorff, Professor für systematische Theologie an der Universität München,

(Beifall)

Dr. Konrad Schily, Präsident der Privaten Universität Witten/Herdecke,

(Beifall)

Professor Dr. Joachim Treusch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen,

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers, Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften, Münster,**  
(Beifall)

**Roland Issen, Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft - herzlich willkommen! -,**

(Beifall)

**Bernd Pischetsrieder, Vorstandsvorsitzender von BMW,**  
(Beifall)

**Prof. Dr. Reinhard Zellner, Professor für Physikalische und Theoretische Chemie an der Gesamthochschule Essen.**

(Beifall)

**Meine Damen und Herren, die Foren beginnen um 14 Uhr in den Räumen, die in Ihren Unterlagen angegeben sind. Das Forum 1 im Hans-Thoma-Saal, das Forum 2 im Johannes-Brahms-Saal, Forum 3 im Johann-Peter-Hebel-Saal, Forum 4 im Friedrich-Weinbrenner-Saal. Das ist in dem anderen Gebäude, es ist aber alles gut ausgeschildert.**

**Wir treffen uns um 18 Uhr wieder hier, um dann die Berichte aus den Foren entgegenzunehmen und die Plenardiskussion fortzusetzen.**

**Ich bedanke mich sehr herzlich, daß Sie in so großer Zahl die ganze Zeit hier im Saal waren. Das war wirklich eine tolle Leistung. - Vielen Dank.**

(Beifall)

**(Unterbrechung von 13.18 bis 18.00 Uhr)**

**Dienstag, 17. Oktober 1995**

**Dritte Plenarsitzung**

**Beginn: 18.11 Uhr**

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich eröffne unsere 4. Plenarsitzung. - Lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen. Wir haben heute einen phantastischen Vormittag erlebt. In den Foren haben wir einen ebenso guten Nachmittag erlebt. Deshalb ein herzliches Wort des Dankes an Sie alle, die mitgemacht, mitdiskutiert und mitgestaltet haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein weiteres Wort des Dankes an unsere Gäste sagen. Wir haben Gäste aus allen Bereichen unserer Gesellschaft gehabt: aus Wissenschaft, aus Wirtschaft und Gewerkschaften - hochrangige Leute mit hohem Sachverstand. Eigentlich ist damit ein Stück „Zukunftswerkstatt CDU“ in Gang gesetzt. Ich sage ein herzliches Wort des Dankes an unsere Gäste dafür, daß sie sich als unsere Gesprächspartner zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15.5 auf:

**BERICHTE AUS DEN FOREN**

Ich beginne mit Forum 1: „Die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung“. Ich darf unserem Generalsekretär Peter Hintze das Wort erteilen.

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Wir haben uns im Forum 1 mit der geistig-kulturellen Entwicklung der Zukunft beschäftigt. Ich möchte Ihnen zu Beginn ein generelles Ergebnis unseres Forums mitteilen: Die Teilnehmer dieses Forums haben die Möglichkeit, auf einem Parteitag der CDU eine solche Fragestellung zu besprechen, ausdrücklich begrüßt und gesagt, so etwas sollten wir von Zeit zu Zeit wiederholen.

(Beifall)

Eben ist unseren Gästen und Experten zu Recht gedankt worden. Ich möchte aber auch demjenigen danken, der die Idee, die Konzeption und die Vorbereitung dieses Tages so gut auf den Weg gebracht hat: Ich möchte Jürgen Rüttgers für die Vorbereitung dieses Zukunftstages herzlich danken.

(Beifall)

Es war ein Experiment, einen solchen offenen Dialog anzulegen. Ich finde, dieses Experiment des offenen Zukunftsdialoges ist geglückt.

In den Dank möchte ich ausdrücklich auch Anton Pfeifer einschließen, der zu der Vorbereitung der Foren, zu der Auswahl der Referenten und zu ihrer Motivation, hier teilzunehmen, einen ganz kräftigen Beitrag geleistet hat. Herzlichen Dank, Anton Pfeifer.

(Beifall)

An unserem Forum haben mitgewirkt: Frau Ministerin Dr. Annette Schavan, Professor Richard Schröder, Frau Professorin Dagmar Schipanski und Professor Eugen Biser. Wir haben in unserem Forum die nachdenkliche Annäherung an die Zukunft erprobt, die Professor Früh-



wald uns heute in seinem eindrucksvollen Eröffnungsvortrag ans Herz gelegt hat. Unsere Ausgangsfrage war die nach der positiven Gestaltung des Wandels, dessen zunehmende Geschwindigkeit wir alle verspüren.

Liebe Freunde, eines ist in der Diskussion deutlich geworden: Gerade wir Christliche Demokraten können bei der Diskussion über die geistig-kulturelle Entwicklung unseres Landes die Meinungsführerschaft beanspruchen; denn nach dem ruhmlosen Scheitern der Ideologien des 19. Jahrhunderts hat sich gezeigt, daß eine am christlichen Verständnis vom Menschen orientierte Politik, die in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung steht, in besonderer Weise befähigt ist, den Wandel in Staat und Gesellschaft auf humane und sozial verträgliche Weise zu gestalten.

Wir haben in unserem Forum gesagt: Es ist wichtig, daß wir als CDU einen Beitrag dazu leisten, daß der Wandel, der auf uns zukommt, nicht allein unter der technisch-wirtschaftlichen Perspektive gesehen wird, sondern daß wir auch die menschliche Perspektive nicht aus den Augen lassen und dazu beitragen, daß dieser Wandel die Menschlichkeit in den Mittelpunkt stellt und das Humanum festigt.

Ich habe eben über die Ideologien des 19. Jahrhunderts gesprochen, die gescheitert sind. An erster Stelle ist ohne Zweifel der Sozialismus zu nennen. Ein Ergebnis unseres Forums ist auch - darauf haben die Teilnehmer aus den neuen Ländern hingewiesen -, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus, die uns in verkappter und offener Form immer wieder neu ange dient wird, daß die Auseinandersetzung mit den aus dem Sozialismus direkt resultierenden Diktaturschäden fortgesetzt werden muß. Wir dürfen das nicht einstellen.

(Beifall)

Wir haben eine Reihe von Themen bearbeitet. Wir haben uns kritisch-konstruktiv mit der Aufgabe der Kirchen auseinandergesetzt. Professor Biser hat stark eingefordert, daß die Kirchen einen Beitrag zur Angstbewältigung und einen positiven Beitrag zur Zukunftsbewältigung leisten. Ein Teilnehmer des Podiums hat es auf den Punkt gebracht: Wenn die Kirchen, liebe Freunde, den nächsten Castor-Transport für wesentlicher halten als das Evangelium, dann verpassen sie ihre Aufgabe. Auch das war Gegenstand unserer Beratung.

(Beifall)

Wir haben uns über den Bildungsbegriff unterhalten. Es konnte einem heute morgen fast schwindelig werden, wenn man den Professoren zuhörte und aufnahm, was an Veränderungen, was an zunehmender Geschwindigkeit an Wissen ins Haus steht: 15 000 Fernsehprogramme, eine immer schnellere Verdoppelung des Wissens, Vervielfachung, eine ganz große neue Unübersichtlichkeit.

Wir haben festgestellt, daß es eine ganz wesentliche Aufgabe der Schule ist, den Auftrag der Erziehung zur Verantwortung wahrzunehmen und dem Menschen dafür das Rüstzeug zu geben, daß er mit dem Wissen richtig umgehen kann, daß er in die Lage versetzt wird, mit der Explosion des Wissens verantwortlich umzugehen. Wir haben aber auch deutlich gesagt, daß wir von Pessimismus und Skepsis nichts halten und daß wir unserer Jugend, die auf die Zukunft zugeht, auch etwas zutrauen wollen.

Wir haben uns mit dem Thema Medien gründlich auseinandergesetzt. Professor Biser hat eine kleine rhetorische Bombe in den Raum geworfen, als er sagte: Medien sind das Ende des

aktiven und schöpferischen Menschen. - Das war natürlich eine sehr provokative These, mit der zum Ausdruck gebracht wurde, daß wir mit manchen Entwicklungen im Informationszeitalter nicht zufrieden sind. Wir haben uns aber an den Auftrag unseres Grundsatzprogramms erinnert und auch ernst genommen, daß wir über diesen Zustand nicht nur klagen, sondern uns auch einer Medienethik verantwortlich fühlen, die Multimedia und all das, was in den elektronischen Medien auf uns zukommt, ernst nimmt und aufnimmt und die Menschen bereits im frühen Kindesalter mit diesem Thema vertraut macht.

Ein Schwerpunkt unserer Beratungen war die Zukunft im vereinten Deutschland. Wir haben also auch über das Thema der Wiedervereinigung gesprochen. Wir haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie es vor wenigen Jahren war. Auch die Anwürfe, die Wiedervereinigung komme uns zu teuer, spielten in der Diskussion eine Rolle. Ein Podiumsteilnehmer hat den schönen Satz geprägt: Die Wiedervereinigung kann uns viel kosten, aber sie kann uns niemals soviel kosten, wie die Fortsetzung der deutschen Teilung und die Fortsetzung des Ost-West-Gegensatzes uns materiell und menschlich gekostet hätten.

(Beifall)

Der englische Physiker Steven Hawking hat in seinem Bestseller „Eine kurze Geschichte der Zeit“ die Zukunftsentwicklung der Menschen als fortschreitende Unordnung interpretiert. Er hat eine Reihe von Belegen dafür aufgeführt: fortschreitende Individualisierung, immer größere Unübersichtlichkeit, immer kompliziertere und komplexere Sachverhalte. Wir waren uns in unserem Forum darüber einig, daß es eine große Chance zur positiven Zukunftsgestaltung gibt und daß wir uns in der CDU dazu herausgefordert fühlen, sie wahrzunehmen.

Liebe Freunde, ich komme zum Schluß. Der Tag heute mit großen Referaten im Plenum und den anschließenden Diskussionen in den Foren hat eines deutlich gemacht: Es gibt derzeit in Deutschland keine andere Partei, die das geistige und politische Klima so positiv prägen kann wie unsere CDU. Laßt uns diese Aufgabe in Fortsetzung dieses Parteitages angehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, vielen herzlichen Dank für deinen Bericht aus dem Forum 1. Gleichzeitig sage ich auch ein Wort des Dankes dafür, daß die CDU in der Zeit, in der du Generalsekretär bist, dafür offen ist, sich mit solchen Themen zu beschäftigen.

(Beifall)

Wir kommen nun zum Bericht über das Forum 2: Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb. Ich darf Herrn Ministerpräsidenten Dr. Bienenkopf um seinen Bericht bitten.

**Prof. Dr. Kurt Bienenkopf**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben uns mit der Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes befaßt. An unserem Forum haben Birgit Breuel, die ich hier kaum näher vorzustellen brauche, der Unternehmer Hayek, weltweit auch als Mr. Swatch bekannt, und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Schulte, mitgewirkt.

Wir haben in drei Stunden eine Fülle von einzelnen Gesichtspunkten gesammelt, die man in einer solchen Zusammenfassung gar nicht alle wiedergeben kann. Deshalb werde ich den Versuch machen, die wesentlichsten Gesichtspunkte zusammenzufassen.

Erstens. Deutschland ist mit der Einheit eine neue europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung zugewachsen. Es war für mich wichtig, daß sowohl Birgit Breuel als auch Herr Hayek von dieser Verantwortung auch im Sinne der Notwendigkeit von leadership sprachen. Deutschland ist nach seiner Größe, nach der Kraft seiner Wirtschaft und nach der Bedeutung als Markt mit Abstand das stärkste Gewicht im vereinten Europa. Die Handhabung dieses Gewichtes bedeutet eine große Verantwortung. Diese Verantwortung kann nicht mehr mit dem Hinweis auf die deutsche Teilung eingeschränkt oder relativiert werden. Das heißt: Deutschland muß in Zukunft diese Verantwortung nicht nur sehen, sondern auch annehmen. Die Verantwortung erwächst nach Auffassung der Diskutanten aus der Einheit und aus der Tatsache, daß wir mit beiden Systemen, der Sozialen Marktwirtschaft wie der zentralen Planwirtschaft innerhalb Deutschlands Erfahrungen gesammelt haben.

Die zweite grundlegende Feststellung ist diese: Wir werden in den vorhandenen Märkten allein keinen ausreichenden Erfolg haben. Wir müssen uns neue Märkte erschließen. Dieser Gesichtspunkt, daß wir uns neue Märkte erschließen müssen, ist vor allem auf den Osten bezogen. Es hat immer wieder - sowohl in den Voten der Podiumsteilnehmer als auch in der Diskussion - eine Rolle gespielt, daß mit dem Wegfall der deutschen Teilung auch die europäische Teilung weggefallen ist und daß auf der anderen Seite von Mauer und Stacheldraht - oder besser: des Eisernen Vorhangs - ungefähr genausoviel Menschen lebten bzw. leben wie in der Europäischen Union. Wie sich Politik, Wirtschaft, Sozialsystem, Rechtssystem und Gerichtssystem in dem östlichen Teil Europas entwickeln, wird ganz entscheidend nicht nur von der Bereitschaft der Europäischen Union und wiederum vorrangig auch Deutschlands abhängen, sich an diesem Entwicklungsprozeß zu beteiligen, sondern es wird die Zukunft unseres eigenen Landes nachhaltiger beeinflussen, als die meisten von uns es bisher in Betracht ziehen.

Mit anderen Worten: Wir werden uns nicht aus Altruismus, sondern aus höchst eigenem deutschen und westeuropäischen Interesse an der Entwicklung Osteuropas beteiligen müssen. Wir werden aber, wenn wir das richtig tun - das war die Meinung -, auf Grund dieser Beteiligung auch wichtige neue wirtschaftliche Chancen und Möglichkeiten erhalten, vor allen Dingen in den Industrien, die nach Auffassung von Herrn Hayek eine besondere Zukunftsrolle in Deutschland spielen müssen. Das gilt sowohl für die Investitionsgüterindustrie als auch für die Konsumgüterindustrie, und zwar nicht nur für die Produktion hochwertiger im Sinne hochpreisiger Konsumgüter, sondern auch für solche, die eine hohe Qualität und einen sehr niedrigen Preis aufweisen.

Drittens. Ein zentrales Thema der Diskussion, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten stand, war die Innovationsbereitschaft. Eng damit zusammen hing die Frage nach der Bereitschaft der Deutschen, Unternehmer zu werden bzw. sich selbständig zu machen, ein Thema, das der Bundeskanzler gestern schon angesprochen hat und das auch heute morgen von Wolfgang Schäuble wieder angesprochen wurde.

Dies durchzog die Diskussion wie ein roter Faden. Einer hat gefragt: Warum haben wir in Deutschland zu wenig Unternehmer? Andere haben gefragt: Warum sind diejenigen, die unternehmerisch tätig sein können, häufig so wenig riskobereit? Warum findet man für die Übernahme von Risiko in Deutschland nicht hohe Anerkennung, warum wird die Übernahme von Risiko eher zweifelnd auf ihre Nützlichkeit hinterfragt?

(Beifall)

Wo soll die Risikobereitschaft, die Bereitschaft zur Selbständigkeit, die Bereitschaft zu unternehmerischem Handeln herkommen?

Wir hatten nicht die Zeit, zu untersuchen, warum die unternehmerische Bereitschaft in Deutschland nicht so hoch ist wie in den 60er Jahren, als die Selbständigenquote fast doppelt so hoch war wie die heutige. Aber wir haben doch einige mögliche Ursachen identifiziert. Ohne das vertiefen zu können, nenne ich die unterschiedliche Sicherheit eines Arbeitnehmers und eines Selbständigen.

Ich möchte jetzt hier nicht wiederholen, was ich dazu gerne vortrage, nur soviel: Ein Handwerksmeister, der bei BMW, bei Daimler oder sonstwo beschäftigt ist, und jetzt mit seiner Frau die Frage erörtert, ob er sich selbständig machen soll, wird sich einige Fragen seiner Frau anhören müssen: Wie lange wirst du, wenn du dich selbständig machst, arbeiten müssen? Im Augenblick arbeitest du 38 Stunden. - Sagt der Mann: Die Handwerkskammer hat mir erzählt, die durchschnittliche Arbeitszeit liege bei 72 Stunden. - Wie sieht das mit der Alterssicherung, mit der Krankenversicherung, mit der sozialen Sicherheit insgesamt aus? Was ist mit den sechs Wochen Urlaub, mit dem Weihnachtsgeld, mit dem 13. Monatsgehalt und mit anderen Absicherungen, die du in deiner jetzigen Position hast?

Wenn man den Dialog zu Ende führt und beide Möglichkeiten vergleicht, dann kommt man zu dem Ergebnis: Die Frau muß entweder eine Heilige sein oder ihren Mann wirklich lieben, wenn sie seinem Vorhaben zustimmt, sich selbständig zu machen.

(Beifall)

Wenn dem aber so ist, dann muß es eine zentrale Aufgabe sein, die Hindernisse, die die Entscheidung für die Selbständigkeit erschweren, aus dem Weg zu räumen. Wenn es so viele Selbständige gäbe wie vor 25 Jahren, dann sähen wir uns einer wesentlich geringeren Zahl von Arbeitslosen gegenüber.

Selbständigkeit ist die Wurzel zukünftigen Unternehmertums. Es war keine Frage in unserer Diskussion, daß wir diese Unternehmer brauchen. Wir haben nicht nur einen Mangel an Risikobereitschaft diagnostiziert, sondern auch eine erhebliche Unbeweglichkeit im Denken.

In mehreren Diskussionsbeiträgen ist dafür beispielhaft das Ladenschlußgesetz erwähnt worden. Es war interessant für mich, daß die Diskussion immer wieder auf die verschiedenen Gutachten zulief, die zu der Frage ausgearbeitet worden sind, ob das Ladenschlußgesetz nun sinnvoll ist oder nicht. In dem einzigen Fall, in dem ich aus der Moderatorenrolle herausgetreten bin, habe ich dann gesagt: Ich habe meinen ersten Artikel gegen das Ladenschlußgesetz 1956 geschrieben, und ich hoffe, im nächsten Jahr, beim 40jährigen Jubiläum, eine gewisse Beweglichkeit in dieser Frage erleben zu können.

(Beifall)

Es ist das Phänomen erkennbar - ich will das jetzt nicht vertiefen; es ist ein Nebenthema -, daß wir Neues nicht wagen, ehe wir uns gutachtlich abgesichert haben, was wohl passieren könnte, wenn wir es wagen.

(Beifall)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, erzeugen wir zwar einen Wettbewerb der Gutachter, nicht aber einen Wettbewerb der Ideen.

(Zustimmung)

Wir müssen auch in solchen gesellschaftlichen Fragen eine größere Risikobereitschaft an den Tag legen. Wo ist das leichter als in einer bundesstaatlichen Ordnung? Warum soll es nicht möglich sein, solche starren Regelungen - und sei es nur zum Zwecke der Entwicklung unterschiedlicher Antworten - zu öffnen und regionalen oder lokalen Regelungen zu überlassen?

(Zustimmung)

Wir brauchen diesen Wettbewerb der Ideen nicht nur unter den Unternehmern, wir brauchen ihn auch in dem Bereich, wo rund 50 % des Bruttoinlandsproduktes verfügt werden, nämlich im staatlichen Bereich, im Bereich der administrierten Preise und der sozialen Systeme.

(Beifall)

Wenn wir den Wettbewerb dort nicht zulassen, dann bringen wir uns um die ganze Innovationskraft, die in einem solchen Wettbewerb freigesetzt wird, und damit um die Ideen, mit denen wir unseren Standort Deutschland erst langfristig wettbewerbsfähig machen können.

(Beifall)

Wir haben diskutiert, insbesondere auch angeregt durch die Voten von Herrn Hayek, über die Frage, ob man in Deutschland trotz der hohen Löhne preiswerte Konsumgüter massenhaft herstellen kann. Herr Hayek hat uns dazu ermutigt. Das sei möglich, man müsse allerdings bei der Produktion, der Organisation der Arbeitsteilung und der technischen Entwicklung große Phantasie aufbringen.

Man könne nicht in den normalen Kreisen bleiben, man müsse eine andere Form auch der Organisation der Arbeit suchen.

Das hat uns, wie nicht anders zu erwarten, auch zu den Fragen der Arbeitskosten geführt. Hier gab es zumindest Hinweise darauf, daß wir in den sozialen Systemen die versicherungsfremden Leistungen überprüfen müssen, daß wir insgesamt der Frage auf den Grund gehen müssen: Wieviel kann der Arbeitsvertrag an Gemeinkosten für die Finanzierung kollektiver Risikoabdeckung tragen, vor allen Dingen dann, wenn durch die höhere Kapitalintensität, bei Aufrechterhaltung des Vollzeit Arbeitsplatzes insgesamt weniger Arbeitsplätze bei wachsender Produktivität und auch bei wachsendem Bruttosozialprodukt angeboten werden? Wir haben nur am Rande darüber reden können, welche Bedeutung die hohen Arbeitskosten für das Abwandern von Arbeit haben. Es wandern nicht Arbeitsplätze ab, sondern Arbeit. Dieses Abwandern von Arbeit wird uns allerdings - das ist mein Eindruck aus der dreistündigen Diskussion - in Zukunft noch viel intensiver beschäftigen als gegenwärtig, denn es wird weiter fortschreiten. Zwar gibt es - das hat sich gezeigt - eine ganze Reihe von wichtigen und attraktiven Standortvorteilen auch in unserem Land. Aber wir werden diese Standortvorteile, so wie sie heute sind, nicht erhalten können, wenn wir versuchen, sie zu konservieren. Wir werden sie nur erhalten können, wenn wir das, was sich heute als Vorteil erweist, so weiterentwickeln, daß es sich unter völlig veränderten Bedingungen immer noch als Vorteil erweist.

Das führt mich zu dem letzten Punkt, nämlich der Forderung nach Mobilität, und zwar nicht nur nach regionaler, also räumlicher Mobilität, sondern auch nach geistiger Mobilität. Rohstoff der Zukunft seien Kreativität, Wissen, Qualifikation. Das seien langfristige Investitionen, wurde festgestellt, und das sei eine Aufgabe nicht nur des Staates, sondern der gesamten

Gesellschaft. Diese Mobilität zu sichern und immer wieder ihre Notwendigkeit im Bewußtsein gerade auch der nachwachsenden Generation zu erneuern ist zweifellos eine schwierige politische Aufgabe.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Eindruck mitteilen, den ich gewonnen, aber auch bestätigt gefunden habe. Mir scheint, daß wir heute einen wesentlichen Teil der Einsichten erarbeitet haben, daß sich etwas verändern muß. Wir haben auch einen wesentlichen Teil der Einsichten erarbeitet, daß dieses Verändern mit Umdenken verbunden ist. Wir diskutieren auch über Alternativen, wir diskutieren über neue Wege, und eine Fülle von Vorschlägen sind schon vorgelegt worden. Aber - das gehört jedenfalls zu meiner Lebenserfahrung - die Einsicht braucht einen Bundesgenossen, und dieser Bundesgenosse ist die allgemeine Einsicht in die unvermeidbare Notwendigkeit des Handelns, und zwar alsbald und nicht erst in Zukunft.

(Beifall)

Hans Jonas hat in seinem Buch über die Verantwortung für die Zukunft gesagt, man müsse die zukünftigen Gefahren so deutlich in der Gegenwart diskutieren, daß sie in der Gegenwart eine Handlungsbereitschaft auslösen, aber nicht so überwältigen, daß sie die Leute in der Gegenwart lähmen. Ich glaube, daß dies im Augenblick unsere Hauptaufgabe ist: mit den Menschen die Aufgaben und Herausforderungen von morgen so zu diskutieren, daß sie nicht sagen: „Um Gottes willen, das können wir nie schaffen“, sondern daß sie sagen: „Wo können wir anfangen?“ Auszulösen, daß sie sagen: „Wo können wir anfangen?“, setzt voraus, daß wir jetzt gemeinsam Wege erarbeiten, denen man vertrauen kann. Einer hat in der Diskussion gesagt: Ich kann nichts Neues anfangen und das Alte weglegen, wenn ich den Menschen das Neue nicht erklären kann. Das ist zweifellos richtig.

Ich glaube, daß wir aus unserer Sitzung eine Menge Anregungen gewonnen haben, um Neues zu entwickeln und das Neue zu erklären. Ich bin überzeugt davon, daß die CDU die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die die Entschlossenheit hat, diesen schwierigen Weg nicht nur bis zum Erdenken neuer Wege zu gehen, sondern darüber hinaus die Menschen gewissermaßen mitzunehmen, ihnen Vertrauen zu geben, und zwar aus dem, was sie gerade in den letzten fünf Jahren gemeinsam geleistet haben, und ihnen sagen: Wenn wir die deutsche Einheit zustande bringen, ohne Krieg in Europa, mit Zustimmung aller Nachbarn, ohne soziale Revolution in Deutschland, bei niedriger Verschuldung, ohne Inflation, dann werden wir wohl auch die Zukunft gemeinsam meistern können. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Biedenkopf, nicht nur für diesen Bericht, sondern auch dafür, daß Sie sich Zukunftsthemen schon immer mit großer Intensität gewidmet haben, was gerade die sächsisch-bayerische Zukunftskommission noch einmal eindrucksvoll unterstrichen hat.

Ich rufe das Forum 3 auf: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ Ich bitte den Leiter dieses Forums, Herrn Ministerpräsident Erwin Teufel, um seinen Bericht.

**Erwin Teufel**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ stand über unserem Arbeitskreis als Frage. Frau Dr. Köcher, die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, sagte dazu: „Der Vorrat an gemeinsamen Zielsetzungen ist viel größer, als gemeinhin angenommen wird. Die scharfen ideologischen Kontroversen verringern sich, die Menschen - sie hat es insbesondere bei der jungen Gene-

ration nachgewiesen - sind wieder offener, nicht im Sinne eines billigen Optimismus, sondern in voller Kenntnis der Probleme, aber mit wachsendem Selbstbewußtsein, daß man die Probleme lösen kann. Die globalen Herausforderungen erschrecken, aber sie entmutigen nicht.“

In Übereinstimmung mit dem, was heute morgen Herr Professor Markl vorgetragen hat, definierte Herr Professor Treusch als globale Probleme erstens die starke Zunahme der Weltbevölkerung, die in eindringlichen Daten dargestellt wurde, zweitens die Probleme wachsenden Energieverbrauchs, und zwar sowohl im Bereich der Ressourcen wie im Bereich der Entsorgungsfrage, drittens die starke Zunahme der Informationsmöglichkeiten durch die neue Informationstechnik. Positiv sei, daß man heute die Probleme wesentlich besser erkenne als früher.

Herr Dr. Schily wies auf die vielen Verkrustungen, Privilegien und Besitzstände in unserer Gesellschaft hin und forderte, daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückziehen solle. Es sei eine neue Aktivität der Bürger nötig.

Professor Rendtorff betonte die Gestaltungsaufgabe des Menschen und seine Verantwortung, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergebe. Die Fragen der Zukunft seien ebenso Fragen der Ethik wie der Technik.

Im Plenum ergab sich eine hochinteressante ausführliche Diskussion, über die sich alle Referenten des Podiums sehr anerkennend äußerten. Einige wenige Schwerpunkte der Diskussion möchte ich in Überschriften nennen: Eine hohe Übereinstimmung über die Bedeutung der Familie für die Weitergabe von Werten und die Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln; die große Bedeutung der Bildung in Schule und Hochschule zur Vermittlung von Gestaltungswissen und von Orientierungswissen; die Vielfalt der Medien, ihr Einfluß auf die Erziehung und auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit; die Bedeutung der Erforschung und Einführung von alternativen und erneuerbaren Energien, nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den derzeit genutzten Energiearten; das große Bedürfnis der Menschen nach persönlicher Kommunikation trotz oder gerade wegen der Flut von Medieninformationen; die Frage, wie wir hochkomplexe Erkenntnisse und Systeme für Menschen erklärbar machen, damit sie Entscheidungen treffen oder wenigstens nachvollziehen können.

Die Teilnehmer waren sich einig:

Erstens. Das gesellschaftliche Engagement der Bürger muß noch stärker anerkannt werden.

Zweitens. Die Bürger haben Einsicht in notwendige Veränderungen. Sie stimmen auch grundlegenden Reformen zu, etwa dem Umbau des Sozialstaats, wenn ein überzeugendes Konzept vorgelegt wird, das die kommende Generation entlastet. Es will eine ganz große Mehrheit der Menschen nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkelkinder leben.

Drittens. Unser Thema ist es auch, ein neues Gleichgewicht zwischen Individuum und Gemeinschaft zu finden. Es geht um die Frage, wie in einer Gesellschaft, die durch ein hohes Maß an Wohlstand und Freiheit charakterisiert ist, Solidarität, Gemeinsinn und Selbstverantwortung erhalten und gestärkt werden können.

Viertens. Unser Thema beinhaltet auch die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Tradition und Moderne, von Bewahrenswertem und Neuem. Was hat sich bewährt, was soll erhalten bleiben, worauf können wir verzichten, was muß neu gedacht, neu gemacht werden?

Fünftens. Je freier der Mensch ist, um so mehr Verantwortung wächst ihm zu.

Sechstens. Es ist an der Zeit, daß wir stärker auf die Leistungsfähigkeit und die Lösungskompetenz des einzelnen Bürgers setzen, daß wir Selbstverantwortung fordern und ermutigen, daß wir dem Bürger mehr zutrauen und auch stärker vertrauen. Die richtige Devise für das 21. Jahrhundert ist nicht „am Anfang ist der Staat“, sondern „am Anfang ist der Bürger“.

Siebtens. Die Frage lautet nicht nur: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, sondern: „Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“

Das Fazit lautet, die eigentlichen Erneuerer sind diejenigen, die wissen, was bewahrenswert ist. Deshalb ist das Zukunftsthema das Thema der CDU.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Erwin Teufel. Sie sind Ministerpräsident von Baden-Württemberg, einem Zukunftsland. Ab März - da bin ich ganz sicher - wird es noch leichter, in Baden-Württemberg etwas für die Zukunft zu tun.

(Beifall)

Ich rufe das Forum 4 auf: „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept“. Es wurde von Bundesministerin Dr. Angela Merkel geleitet. Ich bitte sie um ihren Bericht.

**Dr. Angela Merkel**: Lieber Herr Rüttgers! Liebe Freunde! Wir haben uns im Forum 4 mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft als Zukunftskonzept befaßt. Viele werden sich an unsere Diskussionen im vergangenen Jahr erinnern, als wir unser Grundsatzprogramm beschlossen haben. Ist es richtig, die bewährte Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente zu erweitern? Wir hatten damals eine heiße Debatte, ob das wirklich notwendig ist. Ich glaube, es war richtig, daß sich die durchgesetzt haben, die gesagt haben, wir brauchen diese ökologische Komponente, weil wir erkannt haben, die Ressourcen dieser Erde sind endlich, sie sind knapp, und wir müssen mit diesem knappen Gut so sorgfältig umgehen, daß zukünftige Generationen gleiche Lebenschancen oder sogar bessere haben als wir. Wir müssen aus dem Prinzip der Gerechtigkeit heraus dafür sorgen, daß alle Menschen auf dieser Welt so leben können, daß die Ressourcen ausreichend und vernünftig genutzt werden.

Professor Markl hat uns heute noch einmal vor Augen geführt, welche Dimension diese Aufgabe hat: Das Bevölkerungswachstum muß gestoppt werden. Wir stehen vor riesigen Herausforderungen.

Die Spezifik ökologischer Probleme hat Professor Zellner, der in diesem Podium mitgemacht hat, uns an einem interessanten Beispiel erläutert. Er hat gesagt, vor 20 Jahren gab es die ersten Debatten über das Ozonloch. Da hat man ausgerechnet, daß die FCKWs eine Veränderung der Ozonschicht um plus/minus ein Prozent bewirken werden. Da hat man sich gefragt: Was bedeutet das? Da haben die Falken, wie er es nannte, gesagt: Das bedeutet, daß es eine starke Beeinträchtigung der Ozonschicht durch menschliche Effekte geben wird. Die Tauben, so nannte er sie, haben gesagt: Ein Prozent, das ist so gering, und plus/minus ein Prozent, das merkt man nicht, darum müssen wir uns nicht so stark bemühen.

Heute, 20 Jahre später, ist klargeworden, die Falken hatten leider recht, und wir können nur in einem großen zeitlichen Abstand das menschliche Tun von damals noch ändern, denn wenn wir heute keine FCKWs mehr in unserem Lande produzieren, dann wird das in der Atmosphäre erst in 20 Jahren wirksam. Das ist die Spezifik von ökologischen Problemen, die mit der von Problemen, die wir im sozialen Bereich haben, nicht immer und sofort vergleichbar ist.



Ich habe mich gefreut, daß in dem Forum, an dem Herr Pischetsrieder, Herr Issen und Professor Ewers noch teilgenommen haben, der Begriff der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr in Frage gestellt wurde, sondern als Zukunftskonzept akzeptiert wurde. Ich halte das für vernünftig und gut.

(Beifall)

Wir haben dann begonnen, darüber zu sprechen: Was heißt das eigentlich, dieses Dreiecksverhältnis Soziale Marktwirtschaft, Ökologische Marktwirtschaft - schon in sich jeweils Spannungsverhältnisse - und dann noch die Marktwirtschaft mit dem Ökologischen und dem Sozialen und das ökologische und soziale Miteinander? Wir sind da nicht so weit gekommen. Da gab es Aussagen wie: Umweltpolitik, wenn sie gut ist, ist immer auch Sozialpolitik. Da gab es aber auch die Aussage aus dem Publikum, es handle sich um einen doppelten Spagat, und man könne nicht alles auf einmal schaffen, und was marktwirtschaftlich vielleicht als das Rentabelste erscheine, sei ökologisch nicht das Beste, und bei endlichen Ressourcen könne auch die Frage kommen, ob wir mehr im sozialen Bereich oder mehr im ökologischen Bereich tun wollen. Wenn wir im nächsten Jahr diskutieren, müssen wir uns genau dieses Spannungsverhältnis noch einmal anschauen und die Diskussion zwischen ökologischer und sozialer Komponente und zwischen Umwelt- und Sozialpolitikern noch einmal in Gang bringen. Ich denke, das ist ein spannendes Thema.

Wir haben über die Aufgabenteilung in der Gesellschaft bezüglich der Ökologie und über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik gesprochen. Von verschiedenen Diskutanten wurde immer wieder gesagt, und Herr Pischetsrieder hatte hier den schwierigsten Part zu bestehen: Die Wirtschaft sagt oft, was sie nicht kann und was für den Markt nicht gut ist, dann kommt die Politik und stellt die Forderungen auf.

Kann das im Konzept der ökologischen Marktwirtschaft die richtige Arbeitsteilung sein? Die Antwort muß ganz klar lauten: Das ist nicht die richtige Arbeitsteilung, und es ist heute auch nicht mehr die Realität. Es kommt uns aber häufig so vor, als ob wir uns immer wieder in die alten Bunker verkriechen und dann die Gefechte austragen.

Es ist die Rede von Zukunftswerkstätten zwischen Politikern und Entwicklern gewesen. Es ist eine ganz spannende Sache, wenn man gegenseitig ein Gefühl dafür bekommt, was man sich zumuten kann, was machbar ist und was erforderlich ist. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für die CDU. Wir müssen gerade mit der Wirtschaft einen Dialog führen, der von Grundvertrauen geprägt ist.

Heute kam wieder einmal die alte Geschichte vom Mißtrauen auf. Sie macht sich - das ist im Forum immer wieder gesagt worden - an der Einführung des Katalysators fest. Wir Politiker hatten nicht den Eindruck, daß die Industrie all das genannt hat, was sie jetzt schon könnte. Aus der Sicht der Automobilindustrie stellt sich das differenzierter dar, aber ich glaube, diese Art von Gefechten dürfen wir in Zukunft nicht führen. Wir müssen versuchen, ein Grundvertrauen herzustellen, dann bleiben immer noch genug Widersprüche, die wir miteinander lösen müssen.

(Beifall)

Wir haben über etwas gesprochen, was ich für ganz wichtig halte. Es wurde von Professor Zellner angesprochen. Es ging um so etwas ähnliches wie einen nationalen Umweltplan. Das hat etwas mit dem Vorwurf zu tun, der in der Umweltpolitik recht häufig vorkommt, nämlich mit dem Vorwurf: Ihr seid nicht berechenbar.

Professor Ewers hat gesagt: „Man darf nicht jede Woche eine andere umweltpolitische Sau durchs Dorf jagen“ - ich habe Herrn Ewers zitiert -, sondern man muß wissen, was man tut, und man muß vor allen Dingen auch wissen, was die wirklich wichtigen Fragestellungen und die Prioritäten und was die Dinge sind, die nachfolgen können.

(Beifall)

Zu einem Thema sind wir leider nicht in voller Breite gekommen: Welche Kosten koppeln sich an welchen Nutzen bei unseren umweltpolitischen Prioritäten? Das hat etwas mit den endlichen Ressourcen in unserer Gesellschaft zu tun. Als wir über die Ziele der Umweltpolitik gesprochen haben - es ist eine der wichtigsten Aufgaben, daß wir uns in der Gesellschaft auf gemeinschaftlich getragene Ziele verständigen -, hat den ersten Platz, auch im Lichte der Vorträge von heute morgen die Frage des sparsamen Umgangs mit Energie eingenommen, und zwar nicht wegen der Energie, sondern wegen der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Treibhauseffekts.

Ich denke, das macht die gesamte Spannweite von Umweltpolitik aus. Auf der einen Seite ist das globale Problem des Treibhauseffektes. Wir schaffen überhaupt nichts, wenn wir bei uns eine CO<sub>2</sub>-Emission vermeiden, um sie in die Nachbarstaaten zu exportieren. Auf der anderen Seite - das ist in der Diskussion klargeworden - steht die nationale Rolle der Bundesrepublik Deutschland mit einem ganz klaren Ziel, das von allen akzeptiert wurde: 25 %ige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission bis zum Jahr 2005 bezogen auf das Jahr 1990, wie es in Berlin vom Bundeskanzler festgelegt wurde.

Dieses Ziel spornt uns an, neue Technologien zu entwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland hat als führendes Industrieland hier eine spezielle Aufgabe. Wer, wenn nicht wir, soll den anderen Ländern zeigen, was beim effektiven Umgang mit Ressourcen, sprich: mit der Energie, machbar ist?

(Beifall)

Wir haben über weitere Ziele gesprochen, z.B. über die Idee von Jürgen Rüttgers, von der Koppelung des Wirtschaftswachstums an das steigende Verkehrsaufkommen. Ist das eigentlich eine Naturnotwendigkeit? Es wurde etwas spezifiziert. Gelingt es uns, Wirtschaftswachstum zu haben und gleichzeitig dazu zu kommen, daß die Emissionen aus dem Verkehr abnehmen. Das ist einer der Hauptpunkte.

Hier wurde durchaus Optimismus geäußert, dem sollte man nachgehen. Ich muß etwas ähnliches für die Frage vorschlagen: Muß das Wirtschaftswachstum an zunehmenden Landverbrauch gebunden sein, oder schafft man es nicht auch, hier eine Entkoppelung zu erreichen, so wie man das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch heute schon entkoppelt? Das könnten wichtige Ziele sein, die wir uns für die nächsten Jahre vornehmen. Das sind unsere Prioritäten, ich würde im Naturschutzbereich noch hinzufügen, daß die Vielzahl der Arten in unserem Land erhalten bleiben muß. Auch das wäre ein gutes Ziel.

(Beifall)

Wir müßten eine weitere Frage in der Diskussion vertiefen. Welche Instrumente entsprechen der ökologischen Marktwirtschaft? Was wollen wir? Wir wollen doch die dezentrale Intelligenz in unserem Land mobilisieren - so nannte das Professor Ewers -, um möglichst kostengünstig zu größten Effekten zu kommen. Die einhellige Meinung dazu war, daß marktwirtschaftliche Instrumente in vielen Fällen sehr viel besser geeignet sind als das Ordnungsrecht.

(Beifall)

Es sind die verschiedenen denkbaren Instrumente genannt worden: Zertifikate, Lizenzen, z.B. für CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit - Professor Ewers sagt: Das dauert 20 Jahre, aber es ist ein vernünftiger Ansatz, ich teile seine Meinung -, die Frage der steuerlichen Instrumente, die Frage von Haftungsregelungen, die bald noch besser in unserer Gesellschaft verwendet werden könnte und eine nicht unkontroverse Diskussion über die Möglichkeit von Selbstverpflichtungen.

Wir hatten eine ausgiebige Debatte über die Frage: Welche Möglichkeiten spielen Preise? Was muß in der Umweltpolitik überhaupt preislich geregelt werden? Wir waren uns darüber im klaren, daß es die Emissionen sein müssen. Es geht auch bei der Energiebesteuerung, bei der Kfz-Besteuerung und bei vielen anderen Bereichen nicht darum, etwas an sich zu besteuern, sondern es geht darum, die als schädlich erkannten Emission zu reduzieren, und zwar über die Preisbildung.

(Beifall)

Wir haben intensiv über das Für und Wider einer Besteuerung der Energie im Zusammenhang mit unserem CO<sub>2</sub>-Minderungsziel gesprochen. Auch hier gab es keinen Dissens darüber, daß die Preise für Energie im Zweifelsfall steigen müssen, wenn sie mit der Emission schädlicher Substanzen, z. B. CO<sub>2</sub> verbunden sind.

Die Diskussion, bezog sich auf die Frage: Unter welchen Bedingungen kann man es so machen, daß zum Schluß global weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen und wir nicht durch unser nationales Reinwaschen letztendlich weltweit mehr Emissionen produzieren? Darüber haben wir in einigen Facetten gesprochen, aber Klarheit bestand darüber, daß mehr steuerliche Instrumente notwendig sind, auch im Hinblick auf unser CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel.

Wir waren uns völlig einig, was die Kfz-Steuer und steuerliche Spreizungen in anderen Bereichen anbelangt. Ich denke, auch hier müssen wir intensiv weiterdiskutieren. Welche steuerlichen Instrumente sind möglich, aber auch Zertifikate und Haftungsregelungen sollten uns in der nächsten Zeit beschäftigen.

Wir sind uns darüber einig, daß das Bruttosozialprodukt so, wie wir es aus der Sozialen Marktwirtschaft kennen, keine automatische Aussage darüber macht, wie gut es unserer Gesellschaft geht und wie groß der Wohlstand ist. Stattdessen ist die ökologische Komponente in dieser Frage noch gar nicht enthalten. Wir waren uns darüber einig, daß wir das, was die Fachleute als umweltökonomische Gesamtrechnung bezeichnen, beachten müssen. Wir müssen fragen: Wie geht es der Schöpfung, wie geht es der Natur bei all unserem menschlichen Handeln und bei dem Wachstum des Bruttosozialproduktes? Wir müssen versuchen, das zu quantifizieren, um eine Aussage darüber zu treffen, wie gut nicht nur unsere Soziale Marktwirtschaft, sondern auch unsere Soziale plus ökologische Marktwirtschaft ist.

(Beifall)

Abschließend lassen Sie mich sagen: Es war eine Diskussion, die sich sehr auf die neue Komponente in der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft gestützt hat, die auch sehr eindringlich die Frage nach der Vermittelbarkeit gestellt hat: Wie können wir den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Handlungsnotwendigkeiten vermitteln? Wie können wir das überbringen und zeigen?

Ich will zusammenfassend nur sagen: Ich glaube, wir können es dann zeigen, wenn wir uns auf wenige klar definierte Ziele verständigen, wenn wir den Menschen unsere Instrumente erklären, uns nicht von jeder Emotion leiten lassen, sondern unsere Politik berechenbar und auf längere Zeit angelegt auch wirklich durchsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium:** Vielen herzlichen Dank, Angela Merkel - nicht nur für den Bericht. Wenn auch Umweltpolitik ein Markenzeichen für CDU-Politik ist, dann ist das auch Ihr Verdienst. Herzlichen Dank!

Liebe Parteifreunde, ich rufe den Tagesordnungspunkt 15.6 auf:

#### AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN AUS DEN FOREN

Ich habe zur Zeit vier Wortmeldungen hier vorliegen. Ich gebe als erstem das Wort Herrn Dr. Peter Liese, Landesverband NRW.

**Dr. Peter Liese:** Danke schön, Herr Minister Rüttgers. Ich hatte mich bereits heute morgen gemeldet und wollte zu den Vorträgen von heute morgen einige Anmerkungen machen. Zunächst möchte ich mich aber für die Diskussion des gesamten Tages bedanken. Ich glaube, das war ein sehr intensiver und sehr fruchtbarer Tag für die CDU. Es ist gut, daß wir uns mit Wissenschaftlern austauschen und nicht immer nur im eigenen Saft schmoren.

(Beifall)

Ich bin Abgeordneter im Europäischen Parlament. Trotzdem habe ich mich gestern nicht gemeldet, weil ich beweisen möchte, daß wir Europaabgeordneten auch zu anderen Themen als dem, was gestern besprochen worden ist, eine Meinung beibringen können. Ich bin Berichterstatter in der Arbeitsgruppe der EVP zum Thema Bioethik. Das Thema Gen- und Biotechnologie spielt ja eine zentrale Rolle, wie wir auch in den Referaten heute morgen gemerkt haben. Ich unterstütze das nachdrücklich. Das ist eine der Zukunftstechnologien überhaupt. Wir reden in dieser Arbeitsgruppe, genau wie wir das hier auf dem Parteitag tun, über Chancen und Risiken der Gentechnologie.

Ich glaube, daß diejenigen, die nur über die Risiken reden, unsere Unterstützung auf keinen Fall bekommen sollten. Zu diesen Leuten gehören ja leider große Teile der SPD und noch größere Teile der Grünen. Ich war vorletzte Woche bei einer Diskussion der Bundestagsfraktion der Grünen, und ich war schon erschrocken über das, was dort heute noch gesagt wird. Es wurde wörtlich gesagt: „Wir lehnen diese Technologie grundsätzlich ab.“ Das heißt nicht nur, daß die Grünen die Arbeitsplätze ablehnen, die mit dieser Technologie geschaffen werden, es heißt auch, daß sie konkrete Verbesserungen wie zum Beispiel die Herstellung von besserem Insulin für Zuckerkrankte ablehnen, daß sie riesige Chancen ablehnen, die wir im Bereich der Bekämpfung von Krebs und AIDS haben.

Da wird einem dann erwidert - das ist mir so passiert -, daß Krankheit ja schließlich ein komplexes System ist und daß wir das nicht auf die genetischen Faktoren begrenzen können. Das weiß ich sehr gut. Ich bin selbst Arzt und habe in der Genetik meine Doktorarbeit geschrieben. Es gibt auch andere Ursachen. Aber wollen wir denn wirklich den Patienten, die an Krebs oder anderen schweren Erkrankungen leiden, sagen: Da es eben auch andere Faktoren gibt, nutzen wir diese Chance, die uns die Gentechnik bietet, nicht? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall)

Ich finde sehr gut, was Herr Minister Rüttgers zum Thema Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln gesagt hat. Wir werden dazu im Europäischen Parlament nächste Woche eine Entscheidung zu treffen haben, und ich hoffe, daß wir eine Verbesserung dessen zustande bringen, was der Ministerrat beschlossen hat. Die Minister aus der Bundesrepublik Deutschland haben da sehr gekämpft, aber leider waren die Mehrheiten nicht so. Wir werden versuchen, das im Europäischen Parlament zu korrigieren.

Ich warne aber ausdrücklich vor einer kritiklosen Euphorie. Das wurde ja Gott sei Dank in dem Referat von Herrn Frühwald sehr ausdrücklich angesprochen. Wir müssen auch die kritischen Punkte sehen und dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß Gen- und Biotechnologie alle Probleme löst.

Ich nenne das Beispiel Hunger in der Welt. Ich glaube nicht, daß wir allein durch die Gen- und Biotechnologie den Hunger in der Welt beseitigen. Denn wir haben im Moment ja nicht zuwenig Nahrungsmittel auf der Welt, wir haben in bestimmten Regionen der Welt zuwenig Zugang der Menschen zu den Nahrungsmitteln - aus vielfältigen Gründen. Wenn wir diese Gründe nicht ändern, nützen auch bessere, widerstandsfähigere und ertragreichere Pflanzen den Menschen wenig, dann werden sie weiterhin verhungern.

Einen Aspekt möchte ich am Schluß ganz besonders betonen. Er ist mir wirklich sehr wichtig, und mir wäre es ein großes Anliegen, daß wir, wenn wir weiter über die Zukunft diskutieren, gerade über die Zukunft der Gentechnologie, diesen Aspekt stärker berücksichtigen. Es gibt bisher einen Konsens in Deutschland und in Europa, daß es auch Grenzen der Gentechnik gibt, und zwar dort, wo der Mensch selbst Objekt wird, wo am Menschen manipuliert werden soll. Das darf nicht geschehen.

(Beifall)

Der Eingriff in die menschliche Keimbahn ist bisher überall verboten, und es wird in dieser Richtung auch nicht geforscht. Ich habe große Sorge, daß diese Grenze fällt. Es gibt bedeutende Wissenschaftler und Politiker in Deutschland und Europa, die diese Grenze nicht mehr akzeptieren wollen. Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn wir als CDU noch einmal sehr deutlich machten, daß wir diese Grenze weiterhin akzeptieren wollen. Der Mensch darf nicht zum Objekt der Manipulation werden. Wir wollen die Chancen nutzen, aber wir müssen auch die Risiken eingrenzen. Wir müssen die Grenzen klar festlegen und diese dann auch akzeptieren. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Liese.

Liebe Freunde, das war ein langer, anstrengender Tag. Ich habe hier jetzt noch insgesamt fünf Wortmeldungen liegen. Wenn diejenigen, die jetzt noch sprechen werden, versprechen, das zeitlich angemessen zu tun, sollten wir, meine ich, die Diskussion heute abend noch so durchführen, daß sie noch das Wort bekommen. - Ich rufe als nächsten Heiner Geißler auf, dann Herrn Gabriel Zinke aus Brandenburg.

**Dr. Heiner Geißler**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Von den Herausforderungen, von denen wir heute morgen vor allem von Herrn Professor Markl gehört haben, ist eine nach meiner Auffassung - und das ist ja auch bestätigt worden - als die größte und vielleicht auch gefährlichste anzu-

sehen. Es sind ja nicht nur die eine Milliarde Menschen, die in der Minute, in der wir im Moment beieinander sind, von weniger als dem Gegenwert eines Dollars leben müssen - eine Milliarde! Drei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu ärztlichen Diensten. Zwei Milliarden Menschen sind de facto obdachlos. Das sind nicht Ergebnisse des Berichtes von amnesty international, sondern sind dem letzten Entwicklungshilfebericht der Bundesregierung entnommen.

Die eigentliche Herausforderung, die ich meine, die die anderen Probleme mit begründet, ist die Bevölkerungsexplosion, ist das, was wir die B-Bombe nennen, daß jede Sekunde drei Menschen auf die Welt kommen.

Aber das ist nicht das einzige Bedrohliche. In wenigen Jahren werden 80 % der Menschen auf dem südlichen Teil der Erde leben, zum Teil in gigantischen Metropolen mit 25 Millionen, 30 Millionen Einwohnern, junge Menschen, hungrige Menschen, die genau wissen, wie man wo gut leben kann: durch den Massentourismus der Industriestaaten, aber auch durch die moderne Telekommunikation.

Ich habe beim vorletzten Parteitag schon gesagt: Man kann heute mit einem Surfbrett, mit einem Segel versehen, die Straße von Gibraltar überqueren. Dann überquert man gleichzeitig die Armutsgrenze zwischen Europa und dem Rest der Welt.

Es gibt für diese Entwicklung viele Gründe. Einer der wichtigsten Gründe, mit dem wir uns beschäftigen müssen, hat auch mit unserem Thema morgen etwas zu tun, zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar: Wir wissen aus Untersuchungen in Lateinamerika - auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung -, daß Frauen, die keine schulische Bildung haben, viermal mehr Kinder auf die Welt bringen als Frauen, die schulisch ausgebildet sind.

Eine der Hauptursachen für die Bevölkerungsexplosion ist die weltweite Diskriminierung der Frauen. Die meisten Kinder kommen in den Staaten auf die Welt, in denen die Frauen am meisten unterdrückt werden, nämlich in den arabischen Ländern, in Afghanistan, im Sudan und in Pakistan.

Ich finde, diese nach wie vor vorhandene, sich steigernde und zum Teil brutale Diskriminierung von Frauen ist eines der größten ethischen Defizite, die wir auf der Welt haben.

(Beifall)

Die systematische Mißachtung, Demütigung, Deklassierung der Frauen schreit zum Himmel. Es gibt weltweit eine frauenspezifische Verfolgung. Sie ist politischer Natur, weil sie auf staatlich sanktionierter rechtlicher Diskriminierung der Frauen beruht.

Diese Erkenntnis wendet sich aber auch gegen Mythen und Religionen; denn die Unterdrückung der Frauen wird oft, zu oft religiös begründet. Der Menschenrechtsanspruch zugunsten der Frauen richtet sich auch an die Adresse der großen Weltreligionen. Der Islam ist hier zu nennen, andere Weltreligionen auch.

Dies hat nichts mit Kulturimperialismus zu tun, sondern mit dem Schutz der Menschenwürde. Frauen, die gesteinigt und verstümmelt werden, werden sich den Menschenrechtsimperialismus gerne gefallen lassen, der sie vor solchen Unmenschlichkeiten bewahrt.

(Beifall)

Vor zwei Jahren wurde eine Lehrerin in Teheran, weil sie den Bus verpaßt hatte und sie in einen Pkw stieg, in dem männliche Kollegen waren, damit sie rechtzeitig zur Schule kam, am

anderen Tag vor ihren Schülerinnen und Schülern ausgepeitscht und verlor ein Auge. Das ist kein einmaliger Vorfall. Wir wissen das.

Jetzt spanne ich einen Bogen wieder zu heute morgen. Wir haben über das Kreuz geredet. Die Frage des Kreuzes und der Berechtigung, daß das Kreuz in unserem Land ein Zeichen bleibt, hat nicht in erster Linie damit zu tun, ob das Kreuz in unseren Klassenzimmern hängt. Vielmehr hat das damit zu tun, ob wir uns hier bei uns, aber auch überall auf der Welt - dies gilt sogar für die Vertreter des Vatikans - nach dem richten, was möglicherweise derjenige, der an dem Kreuz hing, zu ganz konkreten Problemen dieser Welt heute sagen würde.

Angesichts dessen, was ich gerade von Teheran erzählt habe, tut es mir als Katholiken in meiner Seele weh, daß ich bei internationalen Konferenzen, wenn es um die Durchsetzung von Frauenrechten geht, sehr oft Vertreter des Vatikans - das ist nicht die Kirche - an der Seite des Irans und anderer Staaten sehen muß. Das hat mit dem Kreuz nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Kant hat einmal gesagt: Die Notwendigkeit zu entscheiden reicht weiter als die Fähigkeit zu erkennen. Ich glaube, heute ist es umgekehrt: Die Fähigkeit zu erkennen, die wir haben, zwingt zur Entscheidung.

Wir haben einen geschichtlichen Vorgang: Im Jahre 1890 hat der Papst Leo XIII die Enzyklika Rerum Novarum geschrieben. Es war die Antwort der Katholischen Kirche auf die alte soziale Frage, die Arbeiterfrage, die Ausbeutung, die Nachtarbeit.

Aber wenn die Katholiken ehrlich sind, werden sie zugeben, daß diese Enzyklika 42 Jahre zu spät kam. Denn im Jahre 1848 hatten zwei andere eine Enzyklika geschrieben, nämlich Karl Marx und Friedrich Engels: die Antwort des Marxismus auf die alte soziale Frage, die deswegen gegeben werden konnte, weil die damals Reichen und Mächtigen diese alte soziale Frage weder in der Wirtschaft noch in der Politik auch nur im Ansatz erkannt hatten. „Das kommunistische Manifest“: „Ein Gespenst geht um in Europa, der Kommunismus.“ Es hat 150 Jahre gedauert, bis die letzten Fetzen dieses Gespenstes verscheucht waren; sie sind immer noch nicht ganz weg.

Heute haben wir nicht mehr die alte soziale Frage. Wir haben eine neue soziale Frage. Es ist eine globale Frage, die wir heute morgen, heute abend und auch in den Foren miteinander beredet haben. Nur, heute sind wir die Reichen und Mächtigen von damals: die Deutschen, die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner und die Japaner. Wenn wir genauso versagen wie die vor 150 Jahren, dann wird diese sozial-globale Revolution - das haben wir heute morgen gehört - eines Tages mit Sicherheit nicht vor unseren Grenzen halt machen. Deswegen muß gehandelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann schon etwas tun. Dazu gehört nicht nur die Sensibilisierung, sondern auch, daß wir die Frauenrechte und die Menschenrechte zu einem integrierten Bestandteil auch der europäischen Außenpolitik machen, in unserem eigenen Interesse. Wir sollten verlangen, daß die Entwicklungshilfe stärker auf die Bildung der Frauen in den betreffenden Ländern konzentriert wird.

(Beifall)

Wir sollten auch verlangen, daß die Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Hilfen davon abhängig gemacht werden, ob die betreffenden Länder bereit sind, ihre Militärausgaben zu re-

duzieren und die dadurch zu erübrigenden Mittel auch für die Bildungsaufgaben für die Frauen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

Wir sollten durchsetzen - das muß man mit den Kirchen bereden -, daß wir Entwicklungshilfe in diesen Ländern davon abhängig machen, ob diese Länder bereit sind, Familienplanung nicht nur zu propagieren, sondern in einer humanen Weise auch zu realisieren.

(Beifall)

Wir haben über lange Jahre hinweg Südafrika wegen der Rassenapartheid von den Olympischen Spielen ausgesperrt.

Das war völlig richtig. Unsere Sportlerinnen und Sportler wollten nicht in friedlichen Spielen mit einem Land konkurrieren, das einen Teil der Bevölkerung aussperrt, rassistisch diskriminiert.

Was wir aber heute weltweit erleben, ist eine Geschlechterapartheid. Es gibt Staaten, die verbieten, daß Frauen an den Olympischen Spielen teilnehmen. Insofern wäre es konsequent, vom Olympischen Komitee genauso zu verlangen, daß Staaten, die Frauen von der Teilnahme ausschließen, an den Olympischen Spielen selber nicht teilnehmen können. Das wäre eine konsequente Entscheidung.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß möchte ich noch ein persönliches Wort sagen. Es gab eine Diskussion über ein Interview, das ich gegeben habe. Ich sage Helmut Kohl und Ihnen allen - ich bin lange genug in der Partei -: Der damit verbundene Begriff - ich habe ihn nicht als sehr tragisch angesehen - war nicht in Ordnung, das Anliegen aber bleibt.

Ich möchte wiederholen, was ich vor zehn Jahren auf dem Essener Parteitag zum Verhältnis Parteivorsitzender und Partei gesagt habe: Wir haben in Helmut Kohl einen guten Vorsitzenden.

(Beifall)

Daran hat sich überhaupt nichts geändert.

(Beifall)

Aber ich füge das hinzu, was ich damals gesagt habe: Lieber Helmut, du hast auch eine gute Partei. Beides gehört zusammen. Nur so können wir die Sache gewinnen.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium:** Als nächster hat Herr Gabriel Zinke vom Landesverband Brandenburg das Wort, danach Herr Wichard von Heyden, gefolgt von Rolf Kurz und Norbert Blüm.

**Gabriel Zinke:** Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich nach einem solchen Tag für eine versprochen kurze, aber, so denke ich, wichtige Ergänzung noch Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehme.

Die geistige Dimension der Zukunftsgestaltung ist konturen- und facettenreich umrissen worden, die kulturelle, mit Verlaub, kam etwas zu kurz. Wenn ich „kulturell“ sage, dann meine ich



insbesondere die Rolle der Kunst, die noch einmal angesprochen werden sollte. Ich denke, es steht der CDU gut an, hier noch einen winzigen Akzent zu setzen.

(Beifall)

Wir haben von der Notwendigkeit gesprochen, Angst zu überwinden, und darauf hingewiesen, daß die Kirchen dies können und die Politik stellvertretend für die in sich doch sehr gebundenen Kirchen dies übernehmen sollte. Wir haben vergessen, daß die Kunst das doch ebenso in exzellenter Weise versteht. Die Kunst sollte Partner der Politik sein; besser noch: die Politik sollte sich viel besser als Partner der Kunst und ihrer Aufgaben verstehen.

Ich möchte keine Binsenweisheiten sagen, wenn ich behaupte: Die Kunst lehrt träumen und hoffen. Vor allen Dingen aber lehrt sie die Befähigung zur Zukunftsgestaltung, die Fähigkeit, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen; denn sie verbindet wie kaum ein anderer Ausdruck des menschlichen Seins das Ideal mit all dem, was menschlich ist.

Sie ist ein hervorragendes Instrumentarium zur Erziehung; die vielen Musikschulen in unserem Land zeugen davon. Kunst steht für Lebensfreude. Sie steht aber auch für die Fähigkeit, soziale Kälte und Ignoranz zu überwinden. Sie steht dafür, Kritikfähigkeit zu erreichen.

Liebe Freunde, ich sage das nicht ohne Grund; denn in nicht wenigen Kommunen in Deutschland ist der Etat für die Musikschule oder das städtische Theater ein willkommenes Korrektiv für den kommunalen Haushalt. Ich denke, wir sollten darauf hinwirken, daß dies zunehmend als eine wichtige Aufgabe von sozialer Tragweite begriffen wird. Wir sollten auch darauf hinwirken, daß die Kultusminister und die Kultusministerien der Länder ihrer Verantwortung in der Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe noch mehr gerecht werden.

(Beifall)

Ich möchte noch einen allerletzten Satz sagen, und zwar nicht nur als politisch ambitionierter Mensch, sondern als jemand, der beruflich damit zu tun hat. Ich leite ein Konservatorium in der wunderschönen brandenburgischen und BuGa-Stadt Cottbus.

(Beifall)

Wir haben diese Sorgen nicht; denn wir haben einen CDU-Oberbürgermeister.

Was ich aber sagen wollte, ist: Wir sollten den Mut haben, unsere Erwartungshaltung und unsere Anliegen gegenüber der Kunst deutlicher, als oft zu vernehmen ist, zu artikulieren. Wir lassen uns zu schnell einreden, wir verstünden doch eh nichts davon und hätten gefälligst zu fressen, was vorgesetzt wird. Wir sollten dagegen angehen, daß zunehmend intellektuelle Gespreiztheit und menschliche Kälte im Namen der Freiheit und der Kunst gesellschaftsfähig gemacht werden. - Danke.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen; danach machen wir Schluß. - Herr Wichard von Heyden.

**Wichard von Heyden**: Liebe Freunde! Ich möchte es kurz machen: Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert wurde heute diskutiert, wie wir in Zukunft leben wollen. Zukunft, das ist ein Begriff, der sehr offen ist. Wir vom RCDS hatten zunächst Angst, daß er zu aussagelosem Larifari mißbraucht werden könnte.

Der heutige Tag hat mich davon überzeugt, daß die CDU eine Partei ist, die viel diskussionsfreudiger und dynamischer ist, als ich es zu hoffen gewagt habe.

(Beifall)

Damit die Zukunftsdebatte aber nicht zum Stillstand kommt, sondern weitergeht, möchte ich Ihnen unser neues Theoriemagazin „Civis mit Sonde“ ans Herz legen, in dem wir diese Debatte als Christdemokraten weiterführen.

Damit die Debatte nicht zum Stillstand kommt, sondern auch Taten folgen, würde ich mich freuen, wenn Sie morgen dem gemeinsamen Initiativantrag der Jungen Union und des RCDS zum Thema Ausbildungsförderung zustimmten. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt hat Herr Rolf Kurz von Baden-Württemberg das Wort.

**Rolf Kurz:** Herr Bundeskanzler! Meine Damen! Meine Herren! Als einfaches Mitglied dieses Gremiums möchte ich den Organisatoren und denjenigen, die das geistige Potential in diesen Bundesparteitag hineingebracht haben, meinen Dank aussprechen. Ich glaube, wir können diesen Parteitag mit den Worten überschreiben: CDU - Unternehmen Zukunft. Mit diesen Initiativen, mit dem, was an diesem Tag erarbeitet wurde, werden wir Grundlagen schaffen, damit künftige Generationen bei uns, in der Bundesrepublik Deutschland, glücklich leben können.

Die Reden und Referate auch in den Foren sind zu einem glücklichen Symposium positiven Denkens zusammengewachsen. In allen Referaten, bei allen Themen kam immer wieder zum Ausdruck, daß wir uns stärker als in der Vergangenheit auf unsere christlich-abendländische Kultur besinnen müssen; denn nur, wenn wir eine ethische, geistige Grundlage für die Erneuerung in unserer Bevölkerung haben, werden wir auch die gewaltige Herausforderung bewältigen.

Mich hat innerlich berührt, daß Sie, Herr Bundeskanzler, eine neue Kultur der Selbständigkeit in unserem Lande fordern. Eine Kultur der Selbständigkeit ist so alt wie die Menschheit. Wir müssen diese Kultur aber ständig fortentwickeln und anpassen. Daher ist es wichtig, daß wir uns gerade in diesem Bereich wieder der Werte besinnen, die wirtschaftliches Gestalten zu einem positiven Gehalt unserer Gesellschaft machen.

Werte wie Fleiß, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft und auch Treue müssen wieder gesellschaftsfähig werden, damit wir auch die ethisch-geistige Grundlage haben. Daher muß auch unser Bildungsauftrag an die Universitäten, an die Schulen ständig neu angepaßt werden.

Ich glaube, wir müssen insbesondere einen Akzent setzen, nämlich den Erziehungsauftrag in der Familie; denn nur von der Familie geht die ursprüngliche Kraft aus, wird der Charakter des Menschen gebildet. Dann wird die Kraft des Menschen die Zukunft maßgebend bestimmen.

Meine Damen, meine Herren, herzlichen Dank für diesen großartigen Tag. Herzlichen Dank für die Rede des Herrn Bundeskanzlers. Herzlichen Dank, Herr Dr. Schäuble, für Ihr grundlegendes Referat, für diese Vision. Herzlichen Dank den Organisatoren.

Ich glaube, dies war heute ein großer Tag für die CDU in der Bundesrepublik Deutschland. Er wird auf die junge Generation ausstrahlen.

(Beifall)

Es wird wieder Motivation aufkommen. Wir werden positives Denken in der Zukunft stärker üben als in der Vergangenheit.

(Beifall)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Kollege Kurz. - Als letzter in der Aussprache hat jetzt Norbert Blüm das Wort.

**Dr. Norbert Blüm**: Meine lieben Freunde, ich möchte zu zwei Themen, die mit der Zukunft elementar zusammenhängen, noch ein paar Bemerkungen machen: Arbeitslosigkeit und Sozialstaat.

Liebe Freunde, ich komme aus der Arbeitnehmerschaft; das weiß jeder. Ich schließe mich aber dieser Stimmung, diesem Appell an: Was unsere Gesellschaft braucht - und zwar nicht als Stellenbeschreibung, schon gar nicht nach BAT -, ist eine neue unternehmerische Gesinnung. Wir rufen dauernd „weniger Staat“; aber bei jedem Problem, das auftaucht, wird nach staatlicher Hilfe gerufen. Das halte ich für eine Art Schizophrenie.

(Beifall)

Was wir wirklich brauchen, sind die großen Unternehmer, auch aus Deutschland, z. B. Krupp und Bosch. Das waren alles keine Jammerer, manchmal hatte ich den Eindruck: Viele entdecken gar nicht, was Neues in unserem Land passiert. Die biwakieren an der Klagemauer und sehen gar nicht, was hinter ihrem Rücken los ist. Es gibt in Deutschland viel mehr Anfänge, als allgemein bekannt ist.

(Beifall)

Man kann den Standort Deutschland auch in den Keller reden.

(Beifall)

Mit Unternehmern meine ich nicht nur die großen Bosse. Ich halte es von Natur aus mit den Kleinen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube, daß Innovation in der Tat nicht das Monopol der Großbetriebe ist. Die großen Erfindungen sind nicht in Großforschungslaboren geboren worden. Selbst der Microship, die große Symboltechnologie am Ende dieses Jahrhunderts, verdankt sein Entstehen einer kleinen - in meiner Sprache - „Klitsche“.

In den letzten zehn Jahren haben wir die meisten Arbeitsplätze verloren bei den Großen und die meisten Arbeitsplätze gewonnen bei den Kleinen.

(Beifall)

Ich mache hier keinen Klassenkampf: Große gegen Kleine. Wir brauchen neuen Schwung für eine unternehmerische, mittelständische Kultur.

Im übrigen: Dieses Erfolgsmotto „je größer, um so besser“, dieses Fortschrittsmotto, hat uns an mehr als einer Stelle in die Sackgasse manövriert. Weder ist die große Schule die beste Schule noch das große Krankenhaus, noch die große Verwaltungseinheit.

(Beifall)

Viel von dem, was wir da erfunden haben, war menschenfern, war auf dem Reißbrett erfunden.

(Beifall)

Die Schüler sind in den Schulfabriken, wo sie wie in Waggons von einem Kurs in den anderen geschoben wurden, nicht glücklicher geworden. Der Blinddarmpatient auf Zimmer 2018 fühlt sich eher wie eine Akte denn als Patient.

(Beifall)

Der alte Ortsbürgermeister war praxisnäher, lebensnäher als ganze Kompanien von Sozialarbeitern. Nichts gegen Sozialarbeiter!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wechsele das Thema und sage: Nicht jeder Computer ist besser als ein alter Ortsbürgermeister.

(Beifall)

Was am Bau an Umstellungen in der Tarifpolitik passiert ist, muß doch einmal anerkannt werden. Ihr könnt doch nicht immer nur kritisieren! Wenn von den Sozialpartnern etwas Gutes gemacht wird, muß man sagen: Das habt ihr gut gemacht. Ich sage: Die, die daran beteiligt waren, haben für den Umbau des Sozialstaates mehr getan als diejenigen, die Broschüren drucken und gar nicht merken, was wir alles gemacht haben. Sie fordern Sachen, die längst durchgesetzt sind.

(Beifall)

Das gilt auch hinsichtlich der Anspruchsgesellschaft, Herr Bundeskanzler. Ich höre und sehe das mit Schrecken. Wissen Sie, wenn ein Professor das, in seinem warmen Sessel sitzend, sagt, dann kommt mir das vor wie „Titanic auf dem Trockendock spielen“.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben die Schützenbrüderschaft „Sankt Florian“. Immer wird von anderen verlangt: Macht doch selber was! Die Gesetze hindern Flexibilität nicht. Es gibt Flexibilität in der Automobilindustrie. Daß die Firma „Opel“ in Eisenach eine höhere Produktivität hat als in meiner geliebten Heimatstadt Rüsselsheim, liegt nicht daran, daß die in Rüsselsheim fauler wären, sondern das liegt daran, daß die eine modernere Arbeitsorganisation haben. Das hat nichts mit Löhnen zu tun; das hat etwas mit Management zu tun. Ich finde Löhne auch wichtig. Reduziert das alles aber nicht auf die Kostenfrage!

Das kann uns der Bundeskanzler bestätigen. Ich finde ganz wichtig, was Sie im Vorbeigehen gesagt haben - ohne jede Ironie. Das eigentliche Problem auf unserem Arbeitsmarkt ist: 3 Millionen Arbeitsplätze für Ungelernte fallen in den nächsten zehn Jahren weg. Auch wenn die Wirtschaft boomt, fallen sie weg. Unsere Antworten darauf sind höchst ungenügend. Es ist fast ein Dammbbruch zu sagen: Hurra, natürlich Qualifikation. Aber es wird nicht aus jedem Schrankenwärter ein Weltraumfahrer. Übertreibt es nicht!

(Heiterkeit und Beifall)

Es wird nicht jeder auf dem „Internet“ herumfahren können wie heute morgen Herr Hintze. Es wird nicht jeder einen Computer bedienen können. Aber: Einen Menschen zu bedienen, einen Menschen zu pflegen ist mindestens soviel wert, wie einen Computer zu bedienen.

(Beifall)

So ganz nebenbei: Da wird die Pflegeversicherung helfen. Sie wird viel Beschäftigung schaffen - es sei denn, wir überfallen diesen Bereich mit den Bildungsprofis und niemand wird zu-

gelassen, der nicht mindestens ein Fachhochschulstudium hat. Es ist wichtig: Wir brauchen Fachleute, z.B. Gerontologen, Rehabilitationsfachkräfte —

(Heiterkeit und Beifall)

Hört auf zu lachen! Es ist mir todernst.

Um eine ältere Mutter zu füttern, braucht man nicht sechs Semester Psychologie, da braucht man eine ruhige Hand und ein gutes Herz.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin ordnungspolitisch vielleicht nicht so stark, wie die „FAZ“ es von mir wünscht. Aber es geht um ganz praktische Fragen. Es geht um ganz handfeste Fragen. Bei manchen von diesen ordnungspolitischen Höhenübungen komme ich mir vor wie ein Gewichtheber, der auf die Bühne kommt, die Hanteln betrachtet, die Hände mit Magnesium einreibt, den Gürtel enger zieht, sich vor dem Publikum verneigt und zurückgeht.

(Heiterkeit)

Es geht um die Lösung von Problemen, nicht nur um ihre Beschreibung.

(Beifall)

Sie verstehen mich falsch. Das ist nicht so spaßig. Das ist ganz ernstgemeint.

Zum Sozialstaat: Heute morgen ist vorgetragen worden, ihn auf die Bedürftigen zu konzentrieren. Meine Damen und Herren, mein Sozialstaat ist nicht das Armenhaus. Es geht nicht nur um die Bedürftigen. In der Rentenversicherung geht es nicht um Bedürftigkeit, sondern darum: Hast du gearbeitet, hast du Beitrag bezahlt, hast du was geleistet, dann bekommst du eine höhere Rente, als wenn du weniger Beitrag gezahlt hast.

Mit Almosen und Barmherzigkeit hat das überhaupt nichts zu tun. Ich warne davor, die Barmherzigkeit vorschnell zu Hilfe zu rufen, wenn die Gerechtigkeit ein Problem löst.

(Beifall)

Wir brauchen aber natürlich auch Barmherzigkeit.

Sicherlich, es ist richtig: Je weniger Ethos, um so mehr Regelung. Ich glaube, Ethos ist nicht eine Frage theoretischer Veranstaltungen. Solidarität hat meiner Meinung nach nur eine Chance, wenn die Familie überlebt. Die Familie ist die Schule der Solidarität. Das hängt nicht nur von Geld und nicht nur vom Familienleistungsausgleich, so sehr ich für einen solchen bin, ab. Ich war in jener geschundenen Stadt Mostar, wo unser Freund Koschnick wirkt. In der gleichen Zeit, in der Verwundete eingeliefert wurden, wurden Kinder entbunden. Sechs Kinder wurden morgens getauft. Ich wünsche mir solche Elendszeit nicht zurück, aber mir ist dort klargeworden: Es geht nicht nur um Geld. Es geht um eine Gesellschaft, die über ihre eigene Existenz hinausdenken kann, oder um eine Gesellschaft, die in Abrechnungen im Zusammenhang mit Kosten-Nutzen-Relationen gefangen ist. Ich sage Ihnen: Wir können das Kindergeld immer weiter erhöhen, aber wenn ein Ehepaar mit Hund leichter eine Wohnung bekommt als eine Familie mit Kind, dann ist die ganze Gesellschaft krank.

(Lebhafter Beifall)

Noch ein Satz, dann höre ich auf. Nur so im Vorbeigehen: Sie haben heute morgen dem Vorschlag betreffend die Doppelverdiener zugejubelt.

(Zuruf)

- Sie haben ihm nicht zugejubelt? Dann nehme ich das zurück. Gott sei Dank haben Sie diesem Vorschlag heute morgen nicht zugejubelt.

(Heiterkeit)

Ich bin ganz stolz auf Sie. Wissen Sie, warum? Die Lösung wäre sonst nämlich diese: eine Ehe mit Trauschein - ein Arbeitsplatz, eine Ehe ohne Trauschein - zwei Arbeitsplätze. Das wäre doch geradezu die Prämierung, nicht zu heiraten. Das kann doch nicht unsere Philosophie sein.

(Beifall)

Lassen wir die Kirche im Dorf. Wandel muß sein, aber nicht alles muß verändert werden.

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

**Dr. Jürgen Rüttgers**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm. Das war ein guter Abschluß für diesen Zukunftstag.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich will Sie darauf hinweisen, daß wir damit am Ende der vierten Plenarsitzung sind. Die fünfte Plenarsitzung beginnt morgen früh um 9.00 Uhr mit der Einbringung des Antrags des Bundesvorstandes zur Reform der Parteiarbeit durch den Generalsekretär.

Der Bundeskanzler hat mir gesagt, ich solle Ihnen sagen, Sie sollten gut ausschlafen und morgen früh pünktlich dasein. Das habe ich hiermit getan.

Lassen Sie mich ein herzliches Wort des Dankes an Sie alle und an diesen Parteitag und zusammenfassend diese zwei Sätze sagen: Heute war ein guter Tag für die CDU. Es war aber auch ein guter Tag für die Politik in Deutschland. Vielen Dank!

(Beifall)

(Schluß: 19.45 Uhr)

**Mittwoch, 18. Oktober 1995**

**Vierte Plenarsitzung**

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Peter Jacoby, Tagungspräsidium:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal wünsche ich Ihnen allen einen guten Morgen am dritten Tag unseres Bundesparteitages.

Wir bitten darum, Platz zu nehmen, denn wir wollen mit Ihrer Unterstützung zügig die weiteren Punkte unserer Tagesordnung behandeln. Ihr Einverständnis vorausgesetzt und unter dem Gesichtspunkt, daß wir sehr schnell zu den wichtigen Entscheidungen dieses Bundesparteitages gelangen wollen, rufe ich zunächst den Tagesordnungspunkt 17 auf:

**VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 1993  
GEM. § 23 ABS. 2 PARTEIEINGESETZ**

Laut § 23 Abs. 1 und 2 muß der Rechenschaftsbericht über die Herkunft und Verwendung der Mittel, die einer Partei innerhalb eines Kalenderjahres zugeflossen sind, sowie über das Vermögen bis zum 30. September des folgenden Jahres bei der Präsidentin des Deutschen Bundestages eingereicht werden. Er wird von ihr als Bundestagsdrucksache verteilt und ist dem jeweils auf seine Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag vorzulegen. Der schriftliche Bericht befindet sich in Ihren Unterlagen. - Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, der Bundesschatzmeisterin, Frau Baumeister, für ihre engagierte und sehr erfolgreiche Arbeit herzlich zu danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 18

**BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS,  
PETER HINTZE**

sowie den Tagesordnungspunkt 19.1 auf:

**EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES:  
„REFORM DER PARTEIARBEIT“**

Ich erteile Generalsekretär Peter Hintze das Wort.

**Peter Hintze, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt):** Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Gestern haben wir über die Zukunft, über den Aufbruch ins 21. Jahrhundert gesprochen. Es waren sehr engagierte, interessante Diskussionen und Vorträge, bei denen eines deutlich geworden ist: Wir stehen mitten in einem Wandel, der alle Bereiche unserer Gesellschaft erfaßt und der uns als Partei ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft abverlangt. Deshalb steht heute die Reform unserer Parteiarbeit auf der Tagesordnung. Deshalb diskutieren wir heute über verbindliche Regelungen zur stärkeren Beteiligung von Frauen in der CDU.

Aus der Wahlforschung wissen wir: Eine wachsende Zahl von Wählerinnen und Wählern will heute mehr Frauen in Führungspositionen und Parlamentsmandaten sehen. Wir würden einen schweren Fehler machen, wenn wir hierauf nicht reagierten.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß bei einem Frauenanteil von 54 % in der Bevölkerung der Frauenanteil in der CDU nur 25 % beträgt und daß in unserer Bundestagsfraktion nur 13,9 % unserer Unionsabgeordneten Frauen sind. Liebe Freunde, das müssen wir ändern!

(Beifall)

Wem es noch nicht aufgefallen ist: Auch im Wahlverhalten der Frauen verändert sich einiges. Wir hatten bei der letzten Bundestagswahl - wie bei allen Wahlen zuvor - noch die Mehrheit der Wählerinnen auf unserer Seite. Aber wir können nicht übersehen, daß wir in der Gunst der jüngeren Frauen von Wahl zu Wahl zurückfallen. Sie reagieren besonders sensibel auf die Frage, welche Partei offen ist für ihre Interessen und ihr Engagement. Mindestens ebenso wichtig aber ist, liebe Freunde: Wir können auf die Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen in unserer Politik nicht verzichten. Wir brauchen sie in unserer CDU.

(Beifall)

Eines ist, bei allen Diskussionen zu diesem Thema, seit dem Gleichberechtigungsparteitag von Essen im Jahre 1985 klar: Mit Grundsatzbeschlüssen und Absichtserklärungen alleine kommen wir bei diesem Thema nicht weiter.

(Zustimmung)

Der Bundesvorstand hat deshalb jetzt ein Frauenquorum vorgeschlagen - weil wir der Meinung sind: Wir brauchen jetzt endlich eine verbindliche Regelung. Die Zeit hierfür ist reif.

(Beifall)

Eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die in der Vergangenheit gegen jede Quotierung war, erzählte mir von einem eindrucksvollen Erlebnis: Zu einer großen Kundgebung mit dem Bundeskanzler waren alle wichtigen Repräsentanten unserer Partei aus dem Landkreis versammelt. Sie standen auf der Tribüne neben dem Kanzler: der Landrat, der Bürgermeister, der Landtagsabgeordnete, die Ratsherren und sie selbst. Nach der Kundgebung wurde sie von guten Freunden gefragt: „Sag mal, habt ihr denn außer dir gar keine Frauen in der CDU?“ - Das Erstaunliche war, so sagte sie mir, daß der Zustand bei ihr im Kreis ja nie anders gewesen sei. Früher aber hätte sie niemand darauf angesprochen. Das hätte sie nachdenklich gestimmt. Heute ist sie eine Befürworterin des Frauenquorums.

(Beifall)

Der Weg, den ich Ihnen vorschlage - das Frauenquorum -, führt ohne Umwege zum Ziel. Wir kennen die positiven Wirkungen des Quorums beim regionalen Ausgleich. Wir wollen es mit der vorgelegten Satzungsänderung auch für eine gerechtere Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten nutzen.

Nun sagen einige: „Der Schritt, den ihr tun wollt, ist zu klein.“ Keiner hat behauptet, liebe Freunde, daß die Einführung des Quorums eine emanzipatorische Revolution oder der Ersatz für weitere Gleichberechtigungspolitik sei. Nun kommen die anderen, die sagen: „Der Schritt, den ihr tun wollt, ist zu groß.“ Jetzt höre ich, daß die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zum Bremer Gleichstellungsgesetz als letztes Gegenargument in der Debatte herhalten soll, obwohl sie inhaltlich mit unserem Frauen-Quorum überhaupt nichts zu tun hat, liebe Freunde.

(Beifall)



Ich bin mir durchaus bewußt: Unser Frauen-Quorum erfüllt weder alle Wünsche der Maximalisten, noch beruhigt es die Ängste der Minimalisten in unserer Partei. Aber, liebe Freunde, das Frauen-Quorum ist für die Besetzung von Ämtern und Mandaten eine unersetzbare Hilfe, weil wir es mit den Appellen und Grundsatzbeschlüssen alleine nicht geschafft haben. Deshalb ist es für die Mehrheitsfähigkeit unerläßlich.

(Beifall)

Im Vorfeld dieses Parteitages habe ich von verschiedenen Seiten einen grundsätzlichen Einwand gehört: „Wozu denn gerade jetzt eine Parteireform? Uns geht es doch gut. Wir haben einen außerordentlich erfolgreichen Kanzler. Auch zwölf Monate nach der Bundestagswahl wächst die Zustimmung zu unserer Politik. Im Politbarometer des ZDF erzielten wir am vergangenen Freitag sogar die absolute Mehrheit bei der Sonntagsfrage.“

(Beifall)

Wenn das so gut ist, warum dann Reform unserer Partei? Liebe Freunde, die Antwort liegt auf der Hand. Wir haben in unserer Parteigeschichte schon einmal eine politische Entwicklung unterschätzt und einen Reformansatz zu spät aufgegriffen. Als Herbert Gruhl in den 70er Jahren in der Fraktion darauf drängte, daß wir uns stärker der ökologischen Frage annehmen sollten, wurde er weggedrängt. Mit dieser Fehleinschätzung haben wir noch heute zu kämpfen. In der Frauenfrage dürfen wir diesen Fehler nicht wiederholen, liebe Freunde.

(Beifall)

In der vergangenen Woche hat der Bundeskanzler eine Regierungserklärung zu dem Thema „Fünf Jahre deutsche Einheit“ vor dem Bundestag abgegeben. Fünf Jahre Einheit in Freiheit! Was die Deutschen in dieser Zeit gemeinsam geschafft haben, findet Anerkennung in der ganzen Welt. Dieser Erfolg ist mit einem Namen ganz besonders verbunden, mit dem unseres Vorsitzenden Helmut Kohl.

Wer sich einmal an das Ende der SPD-geführten Regierung, an die Untergangsstimmung, an die Lähmung von Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft erinnert, der wird schnell feststellen, in welcher großartiger Weise sich die geistige Verfaßtheit unseres Landes seit 1983 entwickelt hat. Wer heute die Deutschen befragt, stößt nicht auf Zukunftspessimismus und Katastrophenstimmung, sondern auf Optimismus, auf Einsatzbereitschaft und den Willen, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das ist für mich nach der Wiedervereinigung das schönste und wichtigste Ergebnis christlich-demokratischer Politik.

Aber es gibt auch kritische Entwicklungen. Vor einigen Tagen hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden auf einen bedenklichen Trend aufmerksam gemacht. Es hat darauf hingewiesen, daß in unserem Land die Zahl der Autos schneller wächst als die Zahl der Neugeborenen. Wir haben mit dem neuen Familienleistungsausgleich einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Unterstützung unserer Familien geleistet. Aber wir sind bei diesem Thema insgesamt weiter gefordert, etwa bei der Frage der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der Frage besserer Möglichkeiten der Kinderbetreuung und bei der Frage größerer Flexibilität bei der Arbeitszeitregelung. Wir müssen alles tun, damit die Familie wieder stärker Rückhalt bekommt, damit wieder mehr junge Menschen bewußt ja zum Kind und zur Gründung einer Familie sagen. Liebe Freunde, dies ist ein Herzstück christlich-demokratischer Politik.

(Beifall)

In der Innenpolitik stehen wir zum starken Staat, der die Kriminalität energisch bekämpft. Wir setzen uns ein für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land, seien es Christen oder Muslime, Deutsche oder Ausländer, Schwarze oder Weiße. Wir stehen zum Asylrecht, das die Aufnahme politisch Verfolgter sichert und den ungebremsen Zustrom in unser Land wirksam begrenzt. Liebe Freunde, wir stehen an der Seite Manfred Kanthers, der das Asylrecht vor Mißbrauch schützt und konsequent umsetzt.

(Beifall)

Nach einer langen und gründlichen Diskussion haben wir die Soziale Marktwirtschaft in unserem neuen Grundsatzprogramm zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt. Wir werden alles tun, um sie Schritt für Schritt mit Leben zu füllen.

Eine der wichtigsten Umweltaufgaben ist die Reduzierung der Treibhausgase. Wer die Schöpfung bewahren will, der muß hier konkrete Maßnahmen ergreifen. Hohe Wirkung kann eine europaweite CO2-Steuer entfalten. Liebe Freunde, wir wissen aber auch, wie schwierig es in Europa ist, und der Aufheizung des Klimas können wir auch nicht allein durch markige Appelle begegnen. Auch deshalb müssen wir eine aufkommensneutrale Lösung auf nationaler Ebene vorbereiten, wenn wir in Europa nicht durchdringen. Denn es wäre verantwortungslos, der weiteren Aufheizung unseres Klimas tatenlos zuzusehen.

Liebe Freunde, in den vergangenen Monaten konnten wir überzeugende Wahlsiege erringen. In der Freien und Hansestadt Bremen stellen wir mit Ulrich Nölle den stellvertretenden Regierungschef. Seine Arbeit hat schon in kürzester Zeit überzeugt, denn vor wenigen Wochen legte die CDU bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven 10 Prozentpunkte zu.

(Beifall)

Zum erstenmal in der Geschichte dieser Stadt stehen wir auf Platz 1. Darauf sind wir stolz. Glückwunsch an Ulrich Nölle und die seinen!

(Beifall)

Für die bevorstehenden Landtagswahlen können wir optimistisch sein. Wir vertreten eine überzeugende Politik, und wir haben starke Kandidaten. Im Gegensatz dazu ist bei den Sozialdemokraten die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der SPD-Führungsriege unübersehbar. Die Bilder von den Chaostagen in Hannover sprechen eine deutliche Sprache. Sie haben einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß Gerhard Schröder zu allem möglichen fähig ist, nur nicht dazu, ein Land zu regieren, liebe Freunde. Seine Niedersachsenbilanz ist niederschmetternd.

(Beifall)

Die Landesfinanzen in Niedersachsen sind ruiniert, die Investitionen auf einen Tiefpunkt gesunken. Und der Mann, der dafür verantwortlich ist, nennt sich Wirtschaftsexperte.

Und was macht Lafontaine? Er sägt bereits wieder kräftig am Stuhl des Vorsitzenden. Zwiebracht, dein Name sei SPD.

(Beifall)

Den Fernsehspot von der majestätisch dahinschreitenden Troika müßte man heute wohl in einer Boxbude drehen.

(Beifall)

Die SPD heute, sie ist so solidarisch wie Schröder und so seriös wie Lafontaine. Vom Dritten im Bunde möchte ich gar nicht reden. Vor einem Jahr haben die drei gemeinsam den Anspruch erhoben, unser Land zu regieren. Das ist heute schwer vorstellbar. Was ist Deutschland erspart geblieben durch den Wahlsieg der Union!

Jetzt versuchen einige, Frau Simonis hochzureden. Das ist dieselbe Frau Simonis, die hemmungslos den roten Socken von der PDS Avancen macht. Das ist eine unverhohlene Abkehr von der Gemeinsamkeit der Demokraten und eine Schande für die demokratische Tradition der SPD.

(Beifall)

Kurt Schumacher hätte solche Leute noch aus der Partei ausschließen lassen. Heute bekleiden sie Führungspositionen. Nichts zeigt deutlicher den moralischen Niedergang der Sozialdemokraten als dieser Bruch mit ihren eigenen Grundsätzen.

(Beifall)

Der ruhmlose Untergang des Sozialismus hat die programmatische Auszehrung der SPD beschleunigt. Der Personalstreit bei den Sozialdemokraten ist Ausdruck eines inhaltlichen Vakuums. Der ständige Wechsel im Amt des SPD-Bundesgeschäftsführers ist der untaugliche Versuch, an Symptomen zu kurieren. Ich erlebe nach Karl-Heinz Blessing und Günter Verheugen mit Franz Müntefering nun den dritten Kontrahenten in meiner Amtszeit. Dieses Personalkarussell kann das programmatische Defizit der SPD nicht füllen.

Die SPD ist offensichtlich nicht in der Lage, ihre Inhalte neu zu überdenken. Vor dem Hintergrund der dramatischen Umwälzungen in der Welt funktioniert die sozialdemokratische Grundidee nicht mehr, die ja immer davon ausging, daß es hinter unserer Gesellschaftsordnung noch eine lohnenswerte Utopie vom „ehrlichen Sozialismus“ gebe, der in der Realität zwar schwer umzusetzen, jedoch als Ziel eigentlich erstrebenswert sei. Diese Idee der Sozialdemokratie, die über Jahrzehnte die Flügel beisammengehalten hat, ist gescheitert.

In der ganzen Welt findet eine massive Abkehr von dem Versuch statt, auf der Grundlage der sozialistischen Theorie eine humane Gesellschaftsordnung zu gestalten. Kein verantwortlicher Politiker setzt heute noch auf die Fortsetzung dieser Ideologie. Liebe Freunde, vom Sozialismus haben die Menschen überall auf der Welt die Nase gestrichen voll. Sie wollen eine Politik für die Zukunft und nicht den ideologischen Schrott des 19. Jahrhunderts.

(Beifall)

Die Grünen profitieren ganz unmittelbar von dieser Schwäche der SPD. Sie saugen sie regelrecht aus. Dabei gehen sie nach der Gemischtwarenladen-Strategie vor: Es ist für jeden etwas dabei, für den freundlichen Fahrradweg-Verfechter ebenso wie für den fundamentalistischen Linken. Wer genauer hinschaut, stellt aber fest, das einzige, was die Grünen eint, ist, daß sie alles blockieren, was Zukunft bedeutet: Die Verkehrsinfrastruktur von morgen - Blockade; Nutzung moderner Technologien - Blockade; Anwendung von Forschungsergebnissen - Blockade.

Mit solchen Leuten hat sich Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen eingelassen. Ich nenne das ein Bündnis gegen die arbeitenden Menschen und gegen die Zukunftsfähigkeit des großen Industrielandes NRW.

(Beifall)

Deutschland kann sich rot-grüne Koalitionen nicht leisten, nicht im Bund und nicht in den Ländern. Am Sonntag sind Wahlen in Berlin. Der unvergessene Axel Springer hat gesagt: Was hier politisch geschieht, geschieht für Deutschland. Hier von Karlsruhe aus fordern wir die Wähler in Berlin auf: Lassen Sie nicht zu, daß Rot-Grün die Aufwärtsentwicklung in der Hauptstadt kaputtmacht!

(Beifall)

Lassen Sie nicht zu, daß die kommunistische PDS noch einmal Macht über Menschen bekommt!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben in Magdeburg um der Macht willen ihre Grundsätze über Bord geworfen. Sie werden es wieder tun, wenn die Wahlergebnisse danach sind. Berlin braucht eine starke CDU und eine starke Mehrheit für Eberhard Diepgen.

(Beifall)

Im März sind wir dann in drei weiteren Ländern gefordert: In Baden-Württemberg müssen wir den sozialdemokratischen Klotz am Bein loswerden. Wir kämpfen für eine eigene Mehrheit für Erwin Teufel.

(Beifall)

In Schleswig-Holstein ist es höchste Zeit für einen Wechsel. Wir setzen auf Ottfried Hennig.

(Beifall)

Rheinland-Pfalz, liebe Freunde, das ist christlich-demokratisches Stammland. Das wollen wir zurückerobern. Wir setzen auf Johannes Gerster.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine aktuelle Studie vorgelegt, die der Frage nachgeht, aus welchen Motiven heute jemand Mitglied der CDU wird. Die repräsentative Umfrage unter 3 500 CDU-Mitgliedern in West- und Ostdeutschland zeigt, daß sich die Erwartungen unserer Mitglieder verändert haben. Sie möchten bei wichtigen Entscheidungen gefragt werden. Bemerkenswert ist darüber hinaus die große Aufgeschlossenheit für offene Formen der innerparteilichen Willensbildung. Der neue Mitgliedertyp ist selbstbewußt, problemorientiert und kritisch gegenüber herkömmlichen Formen der Parteiarbeit. Ich weiß, das wird mancher unbequem finden, und es wird auch die politische Willensbildung in unseren Parteigliederungen nicht erleichtern. Wenn wir aber einer für uns kritischen Entwicklung, daß nämlich die Zahl unserer Mitglieder seit Jahren kontinuierlich zurückgeht, wehren wollen, dann müssen wir hier etwas tun.

Die Studie kommt zu dem Schluß: Wenn die Volkspartei CDU ihre demokratisch-zentralen Funktionen der Integration sowie der Gewinnung von politischem Führungsnachwuchs auch in Zukunft erfüllen will, dann muß sie diese neuen Wünsche und Erwartungen der Menschen aufnehmen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

Mit anderen Worten: Die neuen Mitglieder fordern mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrechte als bisher. Sie sind dafür aber auch gewillt, sich intensiv zu engagieren.

Insgesamt zeigt die Studie, daß vor allem die Maßnahmen, die den Mitgliedern größere Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten einräumen und die Partei weiter öffnen, von unseren

Mitgliedern befürwortet werden. Unsere Reform hat ein Ziel: Wir wollen, daß die Mitglieder der CDU Deutschlands einen entscheidenden Vorsprung haben. Sie sollen für ihr Engagement, das sie einbringen, auch mehr mitreden und mitentscheiden können als die Bürger, die nicht in einer Partei engagiert sind.

(Beifall)

Wenn wir einmal schauen, in welchen unserer Kreisverbände die Mitgliederentwicklung denn positiv ist, dann ist das fast überall dort der Fall, wo Kandidaten direkt von den Mitgliedern nominiert werden,

(Zustimmung)

ob für Kommunalwahlen, für Landtag oder Bundestag.

Unterschätzen wir auch nicht den mobilisierenden Effekt. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat das bei der Auswahl ihres Spitzenkandidaten erlebt. Liebe Freunde, wir sollten jetzt den Mut haben und auf diesem Parteitag die Möglichkeit der Mitgliederbefragung in unserer Satzung verankern.

(Beifall)

Nun wird gegen die Mitgliederbefragung das Argument eingebracht, man müsse ja nur zu den Sozialdemokraten hinüberschauen und sehen, welche kläglichen Ergebnisse eine solche Befragung auch hervorbringen kann. Ich glaube, man überfrachtet aber den derzeitigen Amtsinhaber bei der SPD deutlich, wenn man ihn zum Kronzeugen für das Nichtfunktionieren einer solchen Regelung machen will. Erinnern wir uns, liebe Freunde: Nach dem unrühmlichen Abgang von Björn Engholm war bei den Sozialdemokraten die totale Ratlosigkeit ausgebrochen. Dann haben sie die Mitgliederbefragung in Gang gesetzt, und zu unserer großen Verwunderung haben sich nicht nur über 60 % der Mitglieder beteiligt, sondern dies hat auch die Opposition wieder so auf Trab gebracht, daß wir bei der Bundestagswahl schwer kämpfen mußten. Wir alle erinnern uns daran, daß es ein schönes, aber auch ein knappes Ergebnis war. Für mich ist dieser Blick über den Zaun also eher ein Beleg dafür, daß die Beteiligung der Mitglieder auch zur Mobilisierung in der Partei und zur Stärkung der eigenen Kräfte beiträgt. Liebe Freunde, wir sollten keine Angst vor diesem Schritt haben!

(Beifall)

Manchmal wird gegen die Mitgliederbefragung auch das Argument angeführt, die Medien würden das Ergebnis entscheidend beeinflussen. Ich traue unseren Mitgliedern Urteilsvermögen und Standfestigkeit zu. Im übrigen ist eine von den Medien begleitete öffentliche Mitgliederbefragung auch ein guter Test für den darauffolgenden Wahlkampf.

Auch ein drittes Element unserer Reform ist auf die Stärkung der Mitgliederpartei CDU gerichtet. Ich spreche von der Möglichkeit der Gastmitgliedschaft. Wir wissen eben, daß viele Menschen sich heute schwertun, sich von vornherein dauerhaft festzulegen. Aber wir müssen uns darauf einstellen und ihnen einen schrittweisen Einstieg in die Unionsarbeit ermöglichen - über bestimmte politische Projekte, über die Möglichkeit der Gastmitgliedschaft. Auch die haben wir in einigen Verbänden mit guten Erfahrungen ausprobiert.

Ich bin davon überzeugt, daß dies ein attraktives Angebot für viele Bürgerinnen und Bürger ist und daß letztendlich die meisten derer, die als Gastmitglied zu uns kommen, bleiben werden und unseren Weg jahrzehntelang begleiten.

Liebe Freunde, unsere Modernität als Volkspartei entscheidet sich heute vor allem an zwei Kriterien: unserer Fähigkeit zum Wandel und der Zukunftsfähigkeit unserer geistigen Grundlagen. Nur wer selbst zum Wandel fähig ist, kann den Wandel der Gesellschaft verstehen und ihn als den Ausdruck ihrer Freiheitlichkeit ernst nehmen. Und nur wer sich auf seine geistigen Grundlagen verlassen kann, kann diesen Wandel mitgestalten, ohne von ihm mitgerissen zu werden.

Die Bürgerinnen und Bürger verlangen nach verbindlichen Werten und geistiger Orientierung. Sie wollen eine Gesellschaft, in der man sich sicher bewegen kann, in der soziale Gerechtigkeit gilt und die sich an klaren Werten und Maßstäben orientiert. Sie haben kein Verständnis für das blinde Festhalten an linken oder rechten Ideologien. Sie haben kein Verständnis für eine Gesellschaft, die ihre Soldaten als Mörder bezeichnet, in der das Recht des Sitzblockierers über dem Recht auf Freizügigkeit steht, und für Medien, die mit den Regeln des Anstands und der Moral brechen.

(Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine wertorientierte Gesellschaft, weil sie wissen, daß eine Gesellschaft, die Freiheit durch Beliebigkeit ersetzt und die Kreuze in Klassenzimmern als verfassungswidrig bezeichnet, an dem Ast sägt, auf dem sie selber sitzt.

(Beifall)

Wir Christliche Demokraten haben in den fünf vergangenen Jahrzehnten unsere Kompetenz zur Lösung von Problemen und die Zukunftsfähigkeit unserer geistigen Grundlagen unter Beweis gestellt. Ich bin ganz sicher: Wir werden die Programmpartei auch des kommenden Jahrhunderts sein. Wir setzen uns für die Würde und für die gleichen Rechte aller ein. Wir setzen uns für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein, die ein ökologisch verantwortbares und wirtschaftlich effizientes Arbeiten sichert.

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die ihre geistigen Wurzeln an den Werten und Traditionen des Christentums ausrichtet. Wir sind in den vergangenen Jahrzehnten oftmals und heftig dafür gescholten worden. Die Bilanz am Ende des 20. Jahrhunderts gibt uns recht. Deswegen glaube ich, daß wir optimistisch sein dürfen, daß die Erfolgsgeschichte der CDU Deutschlands auch im nächsten Jahrzehnt ihre Fortsetzung findet - zum Nutzen unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam auf dieser geistigen Grundlage unsere Zukunft gestalten. Und lassen Sie uns mit der Reform unserer Partei den Kreis weit öffnen für alle, die mit uns an den großen Zielen der CDU arbeiten wollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Annette Schavan**, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Generalsekretär für diese Rede, die seine Leidenschaft für eine moderne CDU deutlich gemacht hat, für eine CDU, die um ihre Traditionen weiß und jene Veränderungsbereitschaft praktiziert, die es ihr erlaubt, Traditionen auch in gutem Sinne und zukunftsfähig fortzusetzen. Herzlichen Dank, lieber Peter Hintze!

(Beifall)

Ich verbinde damit zugleich - ich denke, das ist eine gute Situation - den Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle für ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19.2 auf:

**BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN ANTRAG DES  
BUNDESVORSTANDS „REFORM DER PARTEIARBEIT“**

Ich gebe dazu das Wort an Bernd Neumann.

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren! Es wurde der Antrag über die Reform der Parteiarbeit aufgerufen. Das, was wir jetzt vereinbaren, ist besonders wichtig, damit wir die Debatte systematisch und konzentriert gestalten können. Zu diesem Bereich gehören alle Anträge mit dem Kennbuchstaben B. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 23 bis 60.

Meine Damen und Herren, dieser Gesamtantrag des Bundesvorstands ist in zwei große Abschnitte gegliedert. Im Teil I beschreibt der Antrag die politischen Ziele der Reform. Man könnte das als eine Art Präambel bezeichnen. Im Teil II werden die konkreten satzungsrechtlichen Konsequenzen benannt. Beides steht in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Die Kunst der Diskussion und auch der Beschlußfassung wird darin bestehen, daß der Parteitag nicht im ersten Teil Beschlüsse faßt, deren Konkretisierung er im zweiten Teil möglicherweise ablehnt. Um das zu verhindern, schlägt Ihnen das Tagungspräsidium vor, daß wir zunächst über den zweiten Teil des Antrags des Bundesvorstands Beschluß fassen. Das ist der Teil, der die klaren satzungsrechtlichen Konsequenzen, auf die es ankommt und die verbindlich sind, zieht.

Wenn wir das beschlossen haben, wird die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, den ersten Teil, der zusammenfaßt, was wir satzungsrechtlich beschlossen haben, diesen ersten Teil entsprechend der Beschlußlage zu überarbeiten.

(Beifall)

Ich habe das langsam vorgetragen und gehe davon aus, daß die Absicht, die das Tagungspräsidium verfolgt, klar ist. Wir beginnen gleich die Diskussion über den satzungsrechtlichen Teil. Wir beginnen mit dem Antrag B 36. Der allgemeine Teil, in dem sich die satzungsrechtlichen Änderungen wiederfinden, wird entsprechend der Beschlüsse überarbeitet.

Ich möchte jetzt darüber abstimmen. Wer mit dem von mir jetzt für das Präsidium vorgeschlagene Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, daß Sie dem von uns vorgeschlagenen Verfahren einstimmig zugestimmt haben.

Damit komme ich zu den Statutenänderungen, dieser Teil umfaßt eine Reihe von Punkten, die sogenannte Schnuppermitgliedschaft, die Mitgliederbefragung und das Frauenquorum. Wir gehen jetzt so vor, wie es Ihre Broschüre vorsieht, nämlich in der Reihenfolge der Punkte. Im Hinblick auf die Effizienz der Debatte - es sollen möglichst viele reden -, schlage ich vor, daß wir jetzt keine allgemeine Aussprache über alles führen, sondern daß wir die Aussprache jeweils zu den Punkten führen, die ich aufrufe.

(Beifall)

Natürlich gibt es eine Aussprache über das Frauenquorum. Diese kann auch grundsätzlich sein. Sie wird aufgerufen, wenn wir diesen Punkt behandeln. Kann ich auch hier Einverständnis erzielen? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch hier ist Einstimmigkeit erzielt worden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es entsprechend diesem Verfahren sehr hilfreich, nein zwingend ist, wenn Sie auf Ihren Wortmeldezettel, den Sie abgeben, immer gleich den Punkt schreiben, zu dem Sie sprechen wollen. Es haben bereits einige Damen und Herren ihre Wortmeldung abgegeben, sie haben wahrscheinlich nicht den Punkt, zu dem sie sprechen wollen, darauf geschrieben, weil sie das Verfahren noch nicht kannten. Ich werde sie gleich fragen, ob es der Punkt ist, zu dem sie sprechen wollen. Ist er es nicht, dann werden sie nicht untergebuttert, sondern sie erhalten das Wort, wenn wir den entsprechenden Punkt aufrufen.

Ich rufe jetzt die erste Statutenänderung auf. Das ist der Antrag des Bundesvorstands B 36. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 36. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Liegt hierzu eine Wortmeldung vor? - Das ist nicht der Fall.

Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag B 36 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist er so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 37 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 36. Hierzu gehören die Anträge B 38, B 39 und B 41. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlags, der in der Broschüre auf Seite 37 zu finden ist. Wenn ich das richtig sehe, liegen hierzu keine Wortmeldungen vor.

Ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 37, B 38, B 39 und B 41. Wer der jetzt neu vorliegenden Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist auch dieser Vorschlag angenommen.

Ich rufe den Antrag B 42 des Bundesvorstands auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 38. Dazu gehören die Anträge B 43 bis B 56.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages, der ebenfalls auf der Seite 38, in der rechten Spalte, zu lesen ist. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Dann kann ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 42 bis B 56 abstimmen lassen.

Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Bei ganz wenigen Enthaltungen und einer Reihe von Gegenstimmen ist dieser Antrag ebenfalls angenommen.

Ich rufe dann den Antrag des Bundesvorstands B 57 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 40. Hier geht es um die Mitgliederbefragung. Dazu gehören die Anträge B 58 bis B 69 und ein inzwischen vorliegender Initiativantrag B 166, auf Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge II zu finden.

Zu diesem Komplex habe ich jetzt fünf Wortmeldungen vorliegen. Als erstem gebe ich Herbert Reul, Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, das Wort. Ich darf die weiteren schon vorlesen: als nächster dann Professor Rupert Scholz, dann Norbert Blüm, dann Albert Eggers, dann Klaus-Peter Hesse und Angolf Merkel - Angela Merkel, Entschuldigung! Ich konnte die Schrift nicht entziffern, liebe Frau Merkel.

(Erneute Heiterkeit)



Herr Reul, Sie haben das Wort.

**Herbert Reul:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben gestern beraten und auch lange ein Papier über die Zukunft der CDU diskutiert. Darin ist formuliert, daß die CDU Deutschlands den Anspruch erhebt, Zukunftsforum Deutschlands zu sein. Zukunftsforum, das heißt ja dann wohl so etwas wie Werkstatt, wie Ideenschmiede, wie Diskussionsforum, also etwas, wo möglichst viele Menschen an der Entscheidungsfindung beteiligt werden sollen, am Nachdenken über die Antworten für Zukunft. Der Antrag des Bundesvorstandes, der jetzt zur Abstimmung vorliegt, zieht daraus auch die Konsequenzen und schlägt vor, daß wir bei Personal- und Sachfragen Mitglieder unter bestimmten Bedingungen an der Entscheidungsfindung stärker beteiligen sollen. Er zieht im übrigen auch die Konsequenz daraus, daß in unserer Gesellschaft die Menschen in einem stärkeren Maße daran interessiert sind und nachfragen, beteiligt zu werden.

Nun gibt es auch in unserer Partei das Gegenargument: Das interessiert die Menschen ja nur dann, wenn ihre eigenen Interessen betroffen sind; nur dann wollen sie mitwirken und sich um ihre Interessen kümmern, sonst sind sie gar nicht interessiert. Das ist falsch. Es gibt in dieser Gesellschaft neben denen, die sich in Bürgerinitiativen nur für ihr eigenes Interesse einsetzen, auch eine Menge Menschen, auch junge Menschen, die sich einsetzen für Aktivitäten in der Dritten Welt, für Umweltinitiativen und auch für im ersten Moment so belanglos erscheinende Aktivitäten wie Jugendfeuerwehren und anderes. Es gibt eine Menge Menschen, die sich einbringen für die Gemeinschaft.

Als wir gestern darüber diskutiert haben, daß diese Gesellschaft zu stark in Einzelinteressen auseinanderdriftet, war unsere Antwort ja nicht: Deshalb werden die Menschen in Zukunft nicht mehr beteiligt, wir trauen Ihnen nichts mehr zu, der Staat soll alles organisieren. Vielmehr haben wir alle gestern von unseren Gästen, aber auch von unseren Repräsentanten gehört, daß wir als CDU darauf setzen, den Menschen etwas zuzutrauen, daß wir das Prinzip Verantwortung wieder stärken wollen, daß wir die Selbständigkeit fördern wollen, daß diese Gesellschaft dringend Menschen braucht, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und an Zukunftsgestaltung mitwirken. Darum frage ich: Warum eigentlich nicht diejenigen, die in der Partei Mitglied geworden sind, an Entscheidungsprozessen beteiligt?

Ich bin leidenschaftlich für das Prinzip der repräsentativen Demokratie, und ich bin absolut gegen jeden Versuch, das durch ein System der direkten Demokratie zu ersetzen. Das ist eine große Errungenschaft der deutschen Geschichte.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, weil ich dafür bin, weil ich für das repräsentative System bin, bin ich auch dafür, daß wir den Menschen Möglichkeiten eröffnen, unter festgelegten Kriterien und zu bestimmten Bedingungen auch beteiligt zu werden. Deshalb bin ich z.B. unter klaren Vorschriften für Bürgerbeteiligung in Kommunen. Deshalb bin ich dafür, daß wir in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ein Volksbegehren realisieren können - übrigens beim Volksbegehren Ko-op, als es um die Ko-op-Schule ging, 1978, mit einschlägig gutem Erfolg. Es war gut, daß wir ein solches Instrument in unserer Landesverfassung hatten. Ich bin dafür, daß die Menschen, die sich in der Partei als Mitglied bekennen, erst recht die Chance haben, beteiligt zu werden.

(Beifall)

Wie will ich denn sonst Menschen gewinnen, sich in Parteien zu engagieren? Doch wohl nicht mit dem Hinweis: Werde Mitglied in einer Partei, dann bekommst du bessere Informationen. Wir haben gestern gehört, daß das nicht mehr der Stand der Dinge ist. An Informationen mangelt es heute nicht mehr. Nein, ich muß den Mitgliedern schon etwas Besonderes anbieten, wenn sie bereit sein sollen, sich in einer Partei zu engagieren. Sie brauchen mehr Chancen der Mitwirkung und Mitbeteiligung.

Das hat nichts mit direkter Demokratie zu tun, nichts mit dem Untergang des Abendlandes, sondern damit, daß wir unseren Mitgliedern etwas zutrauen, daß wir sie nicht davon abhalten wollen, sich an Entscheidungen, die spannend sind, zu beteiligen.

Helmut Kohl hat am ersten Tag einen Begriff genannt, den ich ganz wichtig fand. Er hat gesagt: Wir müssen weg von der Zuschauerdemokratie. Ich füge hinzu: Wir müssen zu einer Mitmachdemokratie kommen. Die Menschen müssen die Chance haben, beteiligt zu werden. Die Parteien werden als Clearing-Stelle in dieser Gesellschaft gebraucht, als die Stelle, die zusammenführt und Interessenausgleich organisiert. Bei den 50-Jahr-Feiern höre ich jeden Tag, daß das vor 50 Jahren die Errungenschaft dieser Union gewesen ist. Dann bitte ich aber auch darum, daß diejenigen, die Mitglied in dieser unserer Partei sind, bitte auch die Chance haben, durch Abstimmung beteiligt zu werden, daß nicht andere über sie hinweg entscheiden.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen - darauf ist eben schon hingewiesen worden - fernab aller theoretischen Betrachtungen ganz konkrete Erfahrungen, und die möchte ich Ihnen doch vorstellen. Wir haben unseren Spitzenkandidaten in einer Abstimmung aller Mitglieder ausgewählt, und ich kann Ihnen nur sagen: Das war eine außerordentlich gute, eine außerordentlich positive Erfahrung.

Ich bin nicht bereit, deshalb, weil die SPD die Regeln der Mathematik nicht beherrscht und weil es bei Scharping schief läuft, unsere positiven Erfahrungen in den gleichen Sack zu packen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben eine hohe Steigerung der Bekanntheit unserer Kandidaten erreicht, haben ein hohes öffentliches Interesse an unserer Politik erzielt. Wir haben eine ungeheuer starke Mobilisierung unserer Mitgliedschaft erreicht. 44 % der Mitglieder haben sich an dieser Abstimmung beteiligt. Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist dadurch lebendig geworden. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich war froh, daß es so gewesen ist. Das hat uns bei den Wahlkämpfen sehr geholfen. Die Mitglieder, die mit abgestimmt haben, waren nachher auch ein Stück moralisch verpflichtet, sich an dem Wahlkampfprojekt zu beteiligen. Sie fühlten sich verantwortlich für das, was da passiert ist, fühlten sich verantwortlich auch dafür, daß die nächste Etappe erfolgreich gestaltet wird. Es war konsensbildend, es hat die Truppe zusammengeführt, hat die CDU schlagkräftig gemacht und am Ende eine hohe Gemeinsamkeit bewirkt. Deshalb sage ich Ihnen: Es war ein gelungener Versuch, nicht theoretisch, nicht abstrakt, sondern ganz konkret, und es hat uns sehr, sehr gut getan, und zwar nicht theoretisch, sondern praktisch. Deshalb bitte ich, daß diese Möglichkeit, Mitglieder zu beteiligen, in Zukunft den Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen weiterhin, aber auch den Mitgliedern in anderen Landesverbänden zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall)

Wissen Sie, bei manchen Debatten, die wir in diesen Tagen führen und in denen ich höre, es sei der Untergang der Demokratie, wenn wir unter kontrollierten Bedingungen Mitgliedern die Mitwirkung ermöglichen, verstehe ich die Welt nicht mehr. Das muß ich wirklich sagen. Es

geht doch nicht darum, daß wir jeden Tag von morgens bis abends über jeden Kleinkram abstimmen, sondern es gibt eine klare Bedingung - ich bitte, den Text genau zu lesen -: Der Vorstand muß mit absoluter Mehrheit - das ist ein Riesenquorum - das auf den Weg bringen. Das kann nicht bei jedem Kleinkram passieren, es wird auch nicht jeden Tag passieren, weil die Mitglieder dann nicht mehr mitmachen werden.

Jeder Vorstand wird sich das sorgfältig überlegen und dieses Instrument nur sehr sorgfältig einsetzen.

Manchmal habe ich bei der Debatte in diesen Tagen den Eindruck, daß die Leute denken, wir hätten überhaupt keine Probleme mit unserer Mitgliederschaft. Bei uns zumindest stehen die Leute nicht um 5 Uhr vor den Kreisgeschäftsstellen, um Mitglied zu werden und in der CDU mitzumachen. Ich habe eher den Eindruck, wir müssen uns um Mitglieder richtig bemühen, wir müssen uns kümmern, wir müssen uns sorgen. Wir müssen einmal darüber nachdenken, ob wir nicht etwas verändern müssen, nicht nur in der allgemeinen Gesellschaft, sondern auch bei uns.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Wir sollten nicht nur darüber schwätzen, was andere besser machen sollen, sondern selber etwas besser machen. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herbert Reul. - Meine Damen und Herren, wie es nicht anders zu erwarten war, gibt es inzwischen eine Vielzahl von Wortmeldungen. Zu diesem Punkt haben wir allein zehn Wortmeldungen. Zu dem Thema Frauenquorum liegen inzwischen schon 36 Wortmeldungen vor.

Nun ist es immer unklug, von oben herab den Vorschlag zu machen, sich zu konzentrieren. Aber ich möchte das trotzdem tun, weil ich glaube, daß das im Interesse von allen ist.

Zu diesem Punkt, Mitgliederbefragung, haben wir jetzt noch neun weitere Wortmeldungen vorliegen. Kann ich davon ausgehen, daß wir nach diesen Beiträgen den Punkt schließen und abstimmen können?

(Beifall)

- Ich bedanke mich; das war eindeutig.

Dann habe ich die große Bitte, daß, nachdem der Antrag ausführlich begründet wurde - das war auch sinnvoll -, die anschließenden Redner sich auf eine Redezeit von ein paar Minuten beschränken. Ich möchte zwar nicht zur Geschäftsordnung greifen, aber ich schlage das vor und hoffe, daß Sie einverstanden sind.

(Beifall)

- Danke schön. - Als nächster hat Professor Scholz das Wort.

**Prof. Dr. Rupert Scholz:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Reul hat ein bewegendes Bekenntnis für das, was wir alle wollen, abgegeben: mehr Mitgliederengagement, mehr Transparenz, mehr Chancen für das einzelne Mitglied. Alles das ist vorbehaltlos zu unterstreichen. Trotzdem spreche ich gegen diesen Antrag, und ich will das deutlich machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, man muß sich einmal überlegen: Wir können Mitglieder jederzeit befragen; das ist auch nach der jetzigen Satzung möglich.

(Beifall)

Wenn man so etwas ausdrücklich, auch mit großem Aplomb, in die Satzung hineinnimmt, muß man sich zunächst einmal die Frage stellen: Gibt es eigentlich Defizite, laufen wir einem Zeitgeist nach, oder ist das Kosmetik?

Auszuschließen ist auf jeden Fall der Zeitgeist; denn die Union ist glücklicherweise, wie auch der gestrige Tag gezeigt hat, nicht die Partei des Zeitgeistes.

(Beifall)

Also bleibt die Frage übrig: Sind wirkliche Defizite vorhanden? Ist es wirklich sinnvoll, eine derartige Regelung mit diesem Anspruch, der zumindest den Anschein eines Defizits enthält, hier zu verabschieden und satzungsmäßig ausdrücklich aufzunehmen? Liebe Freunde, ich habe massive Zweifel, daß das sinnvoll ist.

Der Freund Reul hat zu Recht kritisiert und hervorgehoben - das hat auch der Bundeskanzler bereits gesagt -: Wir wollen keine Zuschauerdemokratie. Nur, wenn wir an die Stelle der Zuschauerdemokratie die Demoskopendemokratie setzen, hat sich nicht viel geändert.

(Beifall)

Ich will hier nicht ironisch werden, sondern ich will nur auf folgendes hinweisen: Schauen wir doch einmal auf die anderen Parteien, schauen wir auf das Debakel des Herrn Scharping. Schauen wir aber vor allem - das ist noch viel relevanter - auf das, was sich zur Zeit in der FDP mit der Befragung dessen abspielt, was man dort in einer schon verfälschenden Weise „großen Lauschangriff“ nennt.

Dies zeigt genau genommen, daß die Entscheidungsträger, also diejenigen, die im Bundestag darüber zu entscheiden haben, in einer Frage, bei der sie nicht entscheidungsfähig sind, bei der sie in Wahrheit nicht in der Lage sind, ihre Verantwortung zu tragen, die Verantwortung abwälzen, unter dem Motto: Jetzt dürfen die Mitglieder ran.

(Beifall)

Das ist in Wahrheit Scheindemokratie.

Ich glaube, die Stärke der Union hat immer auch darin gelegen, daß wir immer um Verantwortung und Entscheidungsfähigkeit gewußt haben. Verantwortung bedingt Entscheidungsfähigkeit, und Entscheidungsfähigkeit bedingt auch die Fähigkeit zur Verantwortlichkeit, die Verantwortung zu übernehmen.

Wer hier und da bereit ist, die Flucht aus der Verantwortung anzutreten - das zeigt die SPD, und das zeigt leider auch die FDP; von den Grünen rede ich hier überhaupt nicht -, schlägt einen Sargnagel in die eigene Demokratiefähigkeit.

(Beifall)

Das ist doch auch der Grund, weshalb wir uns nach harten Kämpfen bei der Grundgesetzreform durchgesetzt haben. Daß die Plebiszite - natürlich jetzt andere Formen, bis zur Entscheidung hin - nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, war die Position der Union, und sie ist verstanden worden. Dabei standen wir in der Reformdebatte genau genommen alleine.

Aber wir haben uns durchgesetzt, und heute redet niemand mehr ernsthaft über dieses Thema. Denn unsere Argumente können nicht einfach vom Tisch gewischt werden.

Zurück zur Frage: Ist es wirklich sinnvoll, daß wir dies in dieser Form in unsere Parteisatzung hineinschreiben? Ich glaube, liebe Freunde, es ist zuviel Aufwand, zuviel Wind. Es wird im Anschein etwas erweckt, was in Wahrheit nicht defizitär ist.

Dann bleibt meine eingangs zugegebenermaßen polemische Formulierung: Dann bleibt es Kosmetik. Ich glaube, die sollten wir uns ersparen.

Ich glaube - da schließe ich mich Herrn Reul voll an -, daß wir uns um unsere Mitglieder zu bemühen haben. Ich finde es großartig, daß wir die Gastmitgliedschaft vorsehen. Das sind richtige Schritte; wir müssen die Partei öffnen. Aber im übrigen geht es darum, daß wir nicht Schlachten von gestern nachlaufen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Norbert Blüm das Wort.

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Stichwort dieses Parteitages heißt „Zukunft“. Das Kennwort des gestrigen Tages war „Wandel“.

Nun verstehe ich unter „Wandel“ nicht, daß wir tabula rasa machen. Wir bleiben die große soziale christliche Volkspartei.

Aber im Zugang zu den Menschen hat sich doch vieles verändert. Wir können doch nicht sagen: Die Welt verändert sich, und wir bleiben die Alten. Das halte ich für einen Widerspruch.

(Beifall)

Wer mit bewegen will, der muß auch mit bewegt sein.

Liebe Freunde, es ist nicht so, daß wir unter einem ungeheuren Mitgliederandrang leiden würden. Alle großen Organisationen, die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, die Parteien, die Gewerkschaften, leiden unter Mitgliederschwund.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder schimpfen wir hinter den Mitgliedern her, die uns verlassen haben, oder wir fragen uns: Wie machen wir die Parteimitgliedschaft interessanter? Die Partei allein als Servicestation wird nicht interessant sein.

Wer gegen plebiszitäre Elemente ist, wer diese zurückdrängen will, der muß die Parteien öffnen, der muß den Mitgliedern mehr Mitspracherecht geben.

(Beifall)

Auf zwei Hochzeiten kann man nicht tanzen: Man kann nicht einerseits gegen plebiszitäre Elemente sein und andererseits die Parteien im eigenen Saft schmoren lassen.

Das Gesetz aller Großorganisationen ist - das muß man wissen -, daß sie in Gewohnheiten erstarren. Deshalb brauchen alle Großorganisationen, selbst die Kirchen, ab und zu einen Vitalitätsstoß. Ich bin dafür, daß sich die CDU als offene, frische mitgliederstarke Partei darstellt.

Der Verweis auf die SPD ist nun wirklich falsch, lieber Kollege Scholz: Aus einer lahmen Partei kannst du keinen frischen Kandidaten bekommen, sowenig wie du aus einem Kühlschrank warme Semmeln kriegen kannst.

(Heiterkeit)

Das hängt doch von der Partei ab.

Das, was wir jetzt schon können, ist in dieser Satzungsbestimmung sogar mit einer Bedingung versehen worden, nämlich mit der Bedingung der absoluten Mehrheit. Ein Vorstand, der sich nicht selber umbringen will, der wird das Instrument ganz sparsam einsetzen. Er wird sich nämlich hüten, Mitgliederbefragungen zu inszenieren, wenn dort niemand mitmacht. Deshalb: Für so klug halte ich schon den Vorstand schon, daß er so etwas nicht inflationär macht.

Seid jetzt nicht so ängstlich! Gebt Euren Herzen einen Stoß! Macht die Tür auf, macht die Fenster auf! Das hohe Roß war nie das Transportmittel der CDU. Geht zu Fuß und laßt die Mitglieder mehr mitreden! Das ist mein Appell.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Albert Eggers aus Hessen das Wort. Ihm folgt Klaus-Peter Hesse aus Hamburg. Ich bitte die Redner, sich jeweils rechtzeitig zum Mikrophon zu begeben.

**Albert Eggers**: Liebe christlich-demokratische Freunde! Ich wende mich an diejenigen, die den Vorschlag des Bundesvorstandes betreffend Mitgliederbefragung kippen wollen. Ich möchte sie bitten, falls sie diese Meinung haben, sie noch einmal zu überdenken. Ich gehöre zu denjenigen, die seit 25 Jahren ehrenamtlich in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands arbeiten. Ich habe eine ganze Reihe von ehrenamtlichen Ämtern durchlaufen, war Fraktionsvorsitzender in der Stadt, war im Kreisvorstand und was es so alles gibt. Ich spreche hier aber nicht für mich, sondern für meinen Kreisverband Schwalm-Eder in Nordhessen, der auf einem Kreisparteitag am 16. Oktober 1993 bereits wichtige Beschlüsse im Blick auf den Bundesparteitag in Hamburg und das dort zur Beratung anstehende Grundsatzzprogramm gefaßt hat. Dort steht z. B., daß den ehrenamtlichen Mitgliedern in allen maßgeblichen Gremien der Partei - auch auf Landes- und Bundesebene - eine angemessene Mitgestaltungsmöglichkeit eingeräumt werden sollte und daß in wichtigen Angelegenheiten der Partei eine Befragung aller Mitglieder sicherzustellen ist.

Liebe Freunde, es ist für mich ein großartiges Gefühl, festzustellen, daß sich der Kreis vom Beschluß des Kreisparteitages zum Vorschlag des Bundesvorstandes schließt, und zu erleben, wie lebendig, wach und reformoffen unsere Christlich Demokratische Union Deutschlands ist. In ihr in dem Sinne, wie es der Bundesvorstand vorschlägt, mitzuarbeiten ist nicht nur eine Freude, sondern auch eine Ehre.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als ich eben hier zum Rednerpult gehen wollte, wurde ich von einem Ordner gestoppt. Er sagte mir: Hören Sie mal, wo wollen Sie denn hin? - Ich sagte: Ich will sprechen. - Seine Antwort: Ach so, Sie wollen sprechen. - Er kannte mich nicht. Meine Damen und Herren, es besteht die Gefahr, daß wir uns zu sehr verkopfen, daß nur noch „die da oben“ sprechen und „die da unten“ allenfalls noch auf der unteren Ebene mitentscheiden dürfen.

(Beifall)

Ich will nicht auf die Argumente eingehen, die von unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen schon vorgetragen worden sind. Diese Argumente waren überzeugend. Herr Scholz, ei-

nes möchte ich aber noch sagen. Wenn Sie sagen, wir brauchten diese Satzungsänderung nicht, weil die entsprechenden Möglichkeiten bereits heute gegeben seien, dann kann ich nur entgegnen: Ein solches Argument ist geradezu umwerfend. Ich habe schon als Konfirmand gelernt: Wer im Kleinen treu ist, der ist auch im Großen treu. Wer aber im Kleinen untreu ist, der ist auch im Großen untreu. Das heißt, wer die Demokratie von unten nach oben nicht möchte, dessen Demokratieverständnis möchte ich auch ganz oben in Frage stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, uns wird das Argument entgegengehalten, daß der Aufwand zu groß sei. Es wird gefragt: Wie soll das laufen? Es heißt weiterhin: Man sieht ja, was bei der SPD dabei herausgekommen ist. - Liebe Freunde, wenn schlechte Beschlüsse eines Gremiums Anlaß sind, das gesamte Gremium in Frage zu stellen, dann könnten wir ebenso den Bundestag mit seiner Beschlußfassung in manchen Fragen in Frage stellen. Ich erinnere nur an das Diätengesetz.

Es geht um einen echten Motivationsschub. Bisher wenden wir uns an unsere Mitglieder immer nur, wenn es gilt, Beitragserhöhungen zu kassieren, wenn es gilt, Informationsmaterial von Haus zu Haus zu verteilen, und wenn es gilt, Plakate zu kleben. Jetzt haben wir zum erstenmal den Willen unserer Partei deutlich formuliert: Ihr Mitglieder, eure Meinung interessiert uns! Wir wollen wissen, wie ihr denkt und was ihr zu bestimmten Punkten meint. - Das ist eine großartige Geste der Offenheit gegenüber den Mitgliedern vor Ort.

(Beifall)

Ich verstehe diesen Antrag als ein Ganzes. Wenn wir anfangen würden, aus diesem Antrag bestimmte Teile herauszubrechen, bestimmte Steine herauszunehmen, dann würde er in sich zusammenfallen und ausgehöhlt werden.

Meine lieben christlich-demokratischen Freunde, ich appelliere an Sie: Stimmen Sie diesem Paket von Anträgen des Bundesvorstandes zu. Ich meine, damit haben wir eine Grundlage, um vor unsere Mitglieder zu treten und zu sagen: Die CDU ist, was sie sein wollte, jetzt auch im Satzungsrecht, nämlich eine bürgermahe, offene Partei.

(Beifall)

Zum Schluß stelle ich die Frage: Was wird, wenn die Mehrheit diesen Antrag kippen sollte? Ich kann Ihnen nur sagen: Das würde bedeuten, daß ich dann zu dem Kreisparteitag - ich bin Vorsitzender der Grundsatzkommission, die wir dort gebildet haben - zurückkehren und dort sagen müßte: Liebe Freunde, eure Meinung ist oben leider nicht gefragt.

Mich persönlich betreffend müßte ich sagen: Ich wäre sehr traurig, und ich wäre zornig.

(Zurufe)

- Wieso? Ich muß das noch kurz anschneiden. Aus welchen Mitgliedern setzt sich denn die Bundesdelegiertenversammlung zusammen? Wie viele von denen, die Helmut Kohl als ehrenamtliche Leistungsträger der Partei bezeichnet hat - das sind diejenigen, die ihren Beruf ausüben und daneben in der Freizeit Politik machen -, sitzen denn hier in diesem Gremium?

(Eine große Zahl von Delegierten  
gibt ein Handzeichen)

- Wunderbar! Das ist prima. Ich hoffe, daß wir uns auch einmal zusammenfinden und uns über diese Fragen unterhalten.

Noch einmal: Ich bitte Sie ganz herzlich: Sagen Sie ja zu diesem großartigen Entwurf. Das wäre eine große Stunde für die Christlich Demokratische Union, wie ich sie verstehe.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich wollte den Redner jetzt nicht unterbrechen, bitte die nachfolgenden Redner aber, sich vielleicht doch zu konzentrieren, weil ich den Eindruck habe, daß sich die Argumente wiederholen.

(Beifall)

Als nächster spricht Herr Hesse. Er ist Landesvorsitzender der Jungen Union in Hamburg. Nach ihm kommt Frau Ministerin Merkel zu Wort.

**Klaus-Peter Hesse**: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich werde mich kürzer fassen.

(Beifall)

Ich glaube, daß man das Relevante auch kürzer vortragen kann und vortragen sollte, da wir, wie ich meine, alle wissen, worum es geht.

Vor einem Jahr haben wir auf dem Bundesparteitag in Hamburg unser Grundsatzprogramm beschlossen. Es ist, wie damals gesagt wurde, eine Grundlage für die Politik im 21. Jahrhundert. Wie Sie sicherlich wissen, befaßt sich unser Grundsatzprogramm auch mit der Parteireform. Einen Beschluß hierzu möchte ich gerne zitieren, damit er den Rednern und dem Parteitag bei den kommenden Diskussionen und dann, wenn es um die Abstimmung geht, noch im Gedächtnis ist. In bezug auf die Parteireform als ständige Aufgabe ist auf Seite 76 des Grundsatzprogramms eine sehr deutliche Aussage zu lesen:

Wir wollen neue Wege der innerparteilichen Demokratie beschreiten. Insbesondere soll angestrebt werden, daß sich alle Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung direkt beteiligen können. Meiner Meinung nach ist dieses Zitat sehr eindeutig. Oder sollte unser Grundsatzprogramm heute, ein Jahr nach unserem Bundesparteitag nicht mehr gelten?

Meine Damen und Herren, wir haben die Bundestagswahl gewonnen. Wir haben den erfolgreichsten Bundeskanzler der Nachkriegsgeschichte. In der öffentlichen Meinung stehen wir so gut da wie nie. Auf diesen Lorbeeren und auf dem Erfolg unseres Bundeskanzlers dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Wir als Delegierte des Bundesparteitages ebenso wie alle Mitglieder der CDU Deutschlands müssen jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Wir müssen unsere Partei weiterentwickeln, hin zu einem Dienstleistungsunternehmen für unsere Mitglieder.

Nur Idealismus reicht den Mitgliedern und Interessierten bei der großen Auswahl an Freizeitgestaltung heutzutage nicht mehr. Sie brauchen ein vielseitiges und interessantes Angebot. Dafür sind wir verantwortlich.

Gerade junge Menschen, zu denen ich mich noch zähle, überlegen sich heute sehr intensiv, ob sie sich politisch engagieren sollen. Wir alle beklagen, daß sich zu wenige engagieren. Wer guten politischen Nachwuchs möchte, muß diesen jungen Kräften von Anfang an ein Betätigungsfeld geben; sonst kommen sie nicht mehr zu uns oder verlassen uns schon nach



kurzer Zeit. Damit dies nicht passiert, müssen innerparteiliche, kontroverse Diskussionen nicht nur auf allen Ebenen und zu allen Themen durchgeführt werden. Nein, wir brauchen auch die Möglichkeit, daß Mitglieder zu wichtigen Themen direkt befragt werden können und somit das Gefühl bekommen, an der Meinungsfindung unserer Partei direkt teilzunehmen.

(Beifall)

Die Hamburger CDU hat diese Möglichkeit bereits in ihre Satzung aufgenommen. Ich erwarte dort schon bald unsere erste Mitgliederbefragung, die unsere positiven Erwartungen erfüllt.

Natürlich - darauf wurde schon hingewiesen - kann eine Mitgliederbefragung auch ein Ergebnis bringen, welches sich später als falsch herausstellt. Dies kann aber auch bei den durch die politischen Gremien getroffenen Entscheidungen passieren. Woher kommt eigentlich die Angst, daß unsere Mitglieder plötzlich so aktiv werden und zu allen anstehenden Fragen und Aufgaben mitentscheiden wollen? Freuen wir uns doch, wenn wir durch die Mitgliederbefragung tatsächlich etwas mehr Schwung an der Basis bekommen.

Ich bin überzeugt, daß die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und die Bundesgeschäftsstelle weiterhin gute Arbeit leisten werden, ohne von einer Lawine von Mitgliederbefragungen präjudiziert und behindert zu werden.

Lassen Sie uns heute uns hier ein Stück von unserem Kuchen an die Mitglieder abgeben! Stimmen Sie im Sinne unseres Grundsatzprogramms, das vor einem Jahr beschlossen wurde, für die Mitgliederbefragung und damit für den Antrag des Bundesvorstandes. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächste spricht Frau Merkel, dann Frau Hartfelder, Herr Wulff, Herr Vogel und Herr Escher. Die folgenden Redner können sich überlegen, ob nicht der eine oder andere Beitrag schon geleistet worden ist. Dann wäre es möglich, daß die Wortmeldung zurückgezogen wird.

(Beifall)

**Dr. Angela Merkel**: Herr Präsident! Liebe Freunde! Auch ich will mich bemühen, es kurz zu machen.

Ich will erstens sagen: Ich finde es richtig, daß wir dieses Thema auf dem Parteitag im Zusammenhang mit der Parteireform diskutieren; denn viele andere Parteien haben sich bis auf die Bundesebene für dieses Mittel entschieden. Die CDU muß sich dazu eine Meinung bilden; das ist klar.

Zweitens. Wir fangen nicht bei Null an. Ich kann für mich und meinen Landesverband sagen, daß wir alle in Mitgliederversammlungen als Kandidaten für den Bundestag und den Landtag direkt gewählt worden sind. Das ist richtig so. Ich finde es ganz hervorragend.

(Beifall)

Ich bin dafür - das möchte ich deutlich sagen -, daß gerade in Sachfragen auf Kreisebene Befragungen durchgeführt werden, daß es Bürgerentscheide in der Kommune gibt. Dies haben wir in unserer Landesverfassung mit Stimmen der CDU verankert, und zwar zu vernünftigen Bedingungen. Auch das ist richtig.

Die Frage, die wir jetzt diskutieren, heißt aber doch: Wie sieht es mit Sach- und Personalentscheidungen auf der Bundesebene aus? Wollen wir das Signal setzen: Wir sind für Sachentscheidungen auf Bundesebene durch Mitgliederbefragungen?

Liebe Freunde, da bin ich der Meinung, daß die Sachfragen an vielen Stellen nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten sind.

(Beifall)

Genau dies war doch der Grund dafür, daß die CDU immer gesagt hat: Wir wollen keine Volksentscheide im Grundgesetz. Es kann sich nicht auf ein einfaches Ja oder Nein reduzieren. - Dann aber können wir doch jetzt nicht sagen: Wir können das; die Leute aber, die nicht CDU-Mitglieder sind, können das nicht. Ich halte das für keine redliche Argumentation.

(Beifall)

Deshalb stellt sich die Frage: Welches Signal soll von diesem Parteitag ausgehen?

Lieber Norbert Blüm, wir sind doch keine lahme Partei, weil wir uns für ein bestimmtes Verfahren nicht entschieden haben. Wir haben gestern über die Zukunft diskutiert. Diese Diskussionen müssen wir in die Kreisverbände bringen. Die Menschen müssen wissen, wofür wir stehen. Sie müssen wissen, daß wir uns um die Zukunft kümmern. Dann werden die Menschen zu uns kommen.

(Beifall)

Abschließend möchte ich unsere Schwesterpartei beispielhaft ansprechen, die weiter von einer Mitgliederbefragung entfernt ist als wir. Diese Schwesterpartei aber hatte in den letzten zwei Jahren steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen, weil die Leute wissen, wofür die CSU steht. Das will ich auch für die CDU.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächste hat die Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Frau Carola Hartfelder, das Wort, anschließend Herr Christian Wulff aus Niedersachsen.

**Carola Hartfelder**: Sehr geehrter Herr Neumann! Liebe Freunde! Ich sage ganz wenig, weil die Debatte sonst meiner Ansicht nach sehr lang wird und ich den Eindruck habe, daß eigentlich jeder einzelne weiß, was er will.

Ich möchte zu dem, was Rupert Scholz gesagt hat, noch einen Gedankengang nachschließen. Rupert Scholz sprach davon, daß wir damit Entscheidungs- und Verantwortungsebene trennen. Auch ich meine das. Ich füge hinzu: Daß wir eine Entscheidung treffen, die in der Verantwortungsebene nicht mehr korrigierbar ist, ist bisher nicht CDU-Politik gewesen. Wir haben uns immer die Möglichkeit offengehalten, einen beschrittenen Weg zu verändern, wenn wir festgestellt haben, daß er nicht ganz der richtige ist. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster spricht der Landesvorsitzende der CDU Niedersachsen Christian Wulff, dann Bernhard Vogel und Klaus Escher. - Nach diesen Wortmeldungen ist die Debatte beendet, so wie wir es vorhin beschlossen haben.

**Christian Wulff:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich weiß jeder, wie er abstimmen möchte; jeder kennt die Argumente. Trotzdem ist ein Bundesparteitag ein Forum, auf dem Meinungen geäußert und bestimmte Meinungen auch deutlich zurückgewiesen werden müssen.

Meinem Demokratieverständnis entspricht es nicht, wenn Herr Scholz hier sagt: Partei, Fraktionen, Bundestagsfraktionen würden Entscheidungen abwälzen, wenn sie die Mitglieder, die Parteitage, die Partei befragen. Für mich erschöpft sich parlamentarische Demokratie nicht darin, Herr Scholz, daß wir alle vier oder fünf Jahre Abgeordnete nominieren, von mir aus in Urwahlen, dann aber sagen: Jetzt machen sie vier, fünf Jahre, was sie wollen. Das ist für mich nicht das Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

(Beifall)

Es stimmt einfach nicht, wenn Sie sagen, in unserem Land würde nicht über plebiszitäre Elemente diskutiert. Sie müssen im Urlaub gewesen sein, als Bayern vor wenigen Tagen über kommunale plebiszitäre Elemente abgestimmt hat, Herr Scholz.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger repräsentativer Demokratie, wie Sie alle hier im Saal. Ich halte es aber für abenteuerlich, wenn Angst vor der Partebasis, vor den Mitgliedern, Platz greift.

(Beifall)

Es geht darum, ob wir unsere Mitglieder befragen, nicht abstimmen lassen, welche Meinung sie haben. Wer seinen Mitgliedern nicht traut, dem trauen auch die Mitglieder und die Bürger nichts zu.

(Beifall)

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat vorgeschlagen, daß der Bundesvorstand der CDU Deutschlands mit dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl in Zukunft bei absoluter Mehrheit der satzungsrechtlichen Mitglieder entscheiden darf, ob, wie, wann und wozu befragt wird. Meine Damen und Herren, es ist doch nicht der Untergang repräsentativer Demokratie, wenn das Repräsentativorgan diese Entscheidungsbefugnisse hat.

(Beifall)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen: Ich kenne die Delegierten, die in Essen gesagt haben: Jetzt haben wir etwas beschlossen; wir heften das ab. Der Schaden geht an uns vorbei, wenn wir nichts tun. - Ich habe hier im Saal eben die Delegierten gesehen, die leidenschaftlich geklatscht haben, als gesagt wurde: Wir dürfen das Instrument der Mitgliederbefragung nicht einführen. Die gleichen, die da leidenschaftlich geklatscht haben, haben anschließend applaudiert, als es hieß: Wir können das ja schon jetzt einführen.

Meine Damen und Herren, wir können es jetzt in die Satzung aufnehmen, damit wir es in Zukunft, wenn es angebracht ist und eine Mehrheit findet, auch anwenden können. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Als nächster spricht der Ministerpräsident des Landes Thüringen, Bernhard Vogel.

**Dr. Bernhard Vogel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wer mich kennt, weiß, daß ich selten Anträgen des Bundesvorstands widerspreche. Ich habe mich gemeldet, um zu sagen, daß ich in diesem Fall gegen den Antrag des Bundesvorstands stimmen werde.

(Beifall)

Ich habe mich gemeldet, um ausdrücklich dafür zu appellieren: Mit meinem Demokratieverständnis hat das gar nichts zu tun. Man kann anderer Meinung sein als ich und trotzdem ein gesundes Demokratieverständnis haben. Man kann auch der Meinung von Frau Kollegin Merkel oder von Herrn Kollegen Scholz sein und ein gesundes Demokratieverständnis haben.

(Beifall)

Was mich betrifft, so habe ich nicht Angst vor den Mitgliedern oder hege Mißtrauen ihnen gegenüber. Meine Angst ist vielmehr, daß wir nur einer Mode folgen.

(Beifall)

Man „trägt“ zur Zeit gerade Mitgliederbefragung. Die FDP trägt dies, die SPD trägt dies - und jetzt dürfen wir, um Himmels willen, nicht heimkommen, wenn nicht auch wir die modische Kleidung mitbringen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es werden doch nicht die Rechte der Mitglieder geschwächt. Vielmehr wird die Entscheidungskraft der von den Mitgliedern gewählten Gremien geschwächt. Das ist meine Sorge.

(Beifall)

Erst wählen wir Kreis-, Landes- und Bundesvorstände, und dann trauen wir ihnen nicht zu, in Sachfragen die richtigen Entscheidungen zu treffen.

(Zustimmung)

Wie soll denn das auf Bundesebene - ich spreche nur von der Bundesebene - praktisch gehen? Die FDP stimmt ab und kommt zu dem Ergebnis, den Lauschangriff abzulehnen, und dann stimmen wir ab und kommen zu dem Ergebnis, den Lauschangriff zuzulassen. Wie machen wir dann in der Koalition weiter?

Das gilt auch für andere Fragen. Also, wir sollten überlegen, wie wir die Führungskraft dieser Partei stärken, und nicht, wie wir sie schwächen.

(Beifall)

Ich bin gegen plebiszitäre Elemente, auch in dieser Frage, aber ich bin nicht gegen Personalentscheidungen in dieser Form. Sollte es im nächsten Jahrtausend einmal um eine streitige Personalentscheidung an der Parteispitze gehen

(Heiterkeit)

- wir müssen ja langfristig denken -,

(Heiterkeit und Beifall)

dann darf in der Entscheidung zwischen zwei Männern, zwei Frauen oder einem Mann und einer Frau nicht das Beispiel Scharping stilbildend sein. Denn sie haben leider nicht zu Ende

gedacht. Sie haben jemanden zum Vorsitzenden gemacht, gegen den die Mehrheit war. Daß sie das nicht durchdacht haben, müssen sie jetzt austragen.

(Beifall)

Beispielgebend muß die Situation der CDU in Nordrhein-Westfalen sein: Sie hat in der Tat eine glänzende Vorstellung abgegeben, eine glänzende Personalentscheidung getroffen. Deshalb haben Kurt Biedenkopf, Volker Rühle, ich und 27 andere Delegierte beantragt, die Mitglieder zu befähigen, in Personalfragen einen Beschluß fassen zu können, wenn der Bundesvorstand so entscheidet - nicht aber in Sachfragen.

Den Weg in das 21. Jahrhundert zu führen, heißt nicht, den Finger herausstrecken und zu prüfen, woher der Wind weht. Wir müssen auch zu einer Sache, die gerade Mode ist, einmal nein sagen. Morgen trägt man wieder etwas anderes, und dann wird sich bestätigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Als nächster hat Klaus Escher das Wort.

**Klaus Escher:** Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß die Demokratie darunter leiden würde, wenn wir ein paar Entscheidungen mehr nach dem Motto „Ja oder Nein?“ treffen würden, anstatt ein beherztes „Vielleicht“ und ein „Sowohl-als-auch“ abzugeben.

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel, bei dem ich mir sehr gut vorstellen könnte, daß wir über eine Mitgliederbefragung Bewegung in eine Diskussion bekommen könnten, die seit zehn Jahren von Funktionären der Gewerkschaften und teilweise auch von Funktionären der Unternehmen blockiert wird. Ich fände es positiv, wenn diese Partei in der Diskussion um den Landenschluß einmal nicht die Funktionäre, sondern die Verbraucher - sprich: die Parteimitglieder - fragen würde. Ob dies weniger Demokratie ist, als wenn wir ein paar Leuten, die in Funktionärsverbänden sitzen und ihre Interessen ventillieren, widersprechen, möchte ich in Zweifel ziehen. Ich bin dafür, in Fragen, in denen es offensichtlich zu wenig Bewegung gibt, die Mitglieder zu befragen.

Herr Scholz, ich gebe Ihnen recht, daß diese Mitgliederbefragung bereits jetzt schon möglich ist. Genau deswegen bin ich dafür, daß wir diese Möglichkeit in die Satzung aufnehmen. Diese Möglichkeit sollte ein satzungsrechtliches Instrument darstellen.

Jetzt schildere ich Ihnen einmal meine Erfahrungen bei dem Versuch, für diese Partei, deren Altersdurchschnitt eine uns alle besorgende Entwicklung nimmt, junge neue Mitglieder zu gewinnen: Mir wird nicht die Frage gestellt, was wir denn da machen, sondern gefragt, was wir als Mitglieder in dieser Partei entscheiden können. Die Mitglieder wollen nicht nur Beiträge zahlen, sie wollen Beiträge leisten. Das muß für die Weichenstellung in dieser Diskussion entscheidend sein.

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung: Wir hängen hier nicht die Fähnchen in den Wind in dem Sinne, daß wir diese Woche diese modische Richtung und die nächste Woche jene modische Richtung vertreten. Durch die Mitgliederbefragung können wir Vertrauen in diejenigen, die sich parteipolitisch engagieren, stärken. Es geht hier nicht darum, einer Mode hinterherzurennen, sondern darum, eine attraktive, moderne Partei zu sein, die sich über die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder in Personal- und Sachfragen definiert.

Der Tag gestern war ermutigend, aber die Wirkung des Lichts, das auf den gestrigen Tag fällt, hängt auch damit zusammen, wie beherzt und mutig wir heute sind. Deswegen: Blicken wir nach vorne und sagen ja zu einer aktiven Mitgliedschaft!

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Zum Abschluß gebe ich noch einmal Generalsekretär Peter Hintze das Wort.

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, die Antragskommission hat diesen Antrag gründlich beraten und schlägt Ihnen vor, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen.

(Beifall)

Nun haben wir kräftig diskutiert und heftig Argumente ausgetauscht. Sowohl bei Pro als auch bei Contra steckte eine Menge Plausibilität - wie immer viel Plausibilität im Spiel ist, wenn man gute, berechnete oder weniger berechnete, Argumente gegen eine Veränderung ins Feld führt. Denn das, was wir haben, wissen wir, und das, was wir bekommen, wissen wir nicht so genau. Deswegen ist es ganz typisch, daß wir über die wirklichen Veränderungen heftig streiten. Das an sich ist keine schlechte Sache.

Aber, liebe Freunde, mir ist in der Beratung ein Aspekt deutlich zu kurz gekommen: Diejenigen, die befürchten haben, das Gesicht unserer Partei verändere sich, wenn wir den Mitgliedern mehr Rechte geben, haben leider nicht gesagt, was wir denn tun können, um mehr Menschen für unsere Arbeit zu gewinnen.

(Beifall)

Es gibt Aufsätze auch von mir geschätzter Leute, in denen die Meinung vertreten wird: Nun gut, in Zukunft wird die CDU dann eben keine Mitgliederpartei mehr sein. Diejenigen, die politische Funktionen in der Partei haben - wir hier oben -, kämen im Zweifelsfalle auch ohne Mitglieder aus; kleinere Parteien führten das vor.

Liebe Freunde, ich glaube, das kann nicht der Weg unserer CDU sein.

(Zustimmung)

Wir haben auf die Rückwand dieses Saales geschrieben: „Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“. Ich möchte auf diesem Weg mit unseren Mitgliedern gehen, auch mit neuen Mitgliedern, die zu uns stoßen. Ich möchte den Mitgliedern nicht von diesem Parteitag aus mitteilen, daß mich ihr Urteil in wichtigen Fragen nicht interessiert. Daß wir eine Führung haben, die Fragen so formuliert, daß darauf klare Antworten möglich sind, daran habe ich keinen Zweifel. Ich bitte Sie, dem Votum der Antragskommission zuzustimmen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Damit es nachher keine Diskussion über das Verfahren gibt, möchte ich jetzt etwas dazu sagen.

Es steht der Antrag des Bundesvorstandes B 57 zur Abstimmung. Verbunden damit sind eine Reihe weiterer Anträge, nämlich die Anträge B 58 bis B 69 und der Initiativantrag B 166, zu dem als letzter Herr Ministerpräsident Vogel gesprochen hat.

Der Vorschlag der Antragskommission sieht wie folgt aus: Wir stimmen als erstes über den Antrag des Bundesvorstandes ab, zu dem die Anträge B 58 bis B 69 gehören, die in unter-

schiedlicher Weise, aber immer in Verbindung mit dem Antrag des Bundesvorstandes - generelle Mitgliederbefragung - Vorschläge machen. Wenn der Antrag des Bundesvorstandes eine Mehrheit findet, erübrigen sich alle weiteren Anträge. Wenn der Antrag des Bundesvorstandes keine Mehrheit findet, sind die Anträge B 58 bis B 69 logischerweise auch erledigt, weil sie sich auf, wie gesagt, diesen Kernantrag beziehen. Anders ist es - so sieht es die Antragskommission - mit dem Antrag B 166, der eine Mitgliederbefragung vorsieht, die sich aber nur auf Personalentscheidungen bezieht. Von der Logik her würde, wenn der Antrag des Bundesvorstandes nicht angenommen wird, dann über den Antrag B 166 abgestimmt werden müssen. Wer mit dem von mir geschilderten Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag B 57 des Bundesvorstandes. Für eine Satzungsänderung - dies ist eine - ist die absolute Mehrheit notwendig. Das heißt, bei 1 000 Delegierten, die der Bundesparteitag hat, sind 501 Ja-Stimmen nötig. Mein Vorschlag ist - wir könnten das in offener Abstimmung machen, aber aufgrund der Debatte und des Beifalls wird es schwer auszuzählen sein -, von vornherein die schriftliche Form der Abstimmung zu wählen.

(Beifall)

Das würde bedeuten, daß wir die drei Blöcke mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ nehmen. Ich bitte aber, noch nicht tätig zu werden, denn es liegt eine Meldung zur Geschäftsordnung vor.

**Friedhelm Müller:** Herr Präsident! Ich habe Bedenken gegen Ihr Verfahren. Es liegen auch noch Anträge bezüglich „Wer trägt die Kosten?“ vor. Das kann man meiner Meinung nach jetzt nicht damit in einen Topf werfen. Wenn der Antrag des Bundesvorstandes durchkommt, ist immer noch darüber zu beraten, wer nun die Kosten trägt.

(Vereinzelt Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Ich möchte dazu der Antragskommission das Wort geben.

**Peter Hintze, Antragskommission:** Liebe Freunde! Falls wir dem Antrag zustimmen, können wir diese Frage in Ruhe klären. Für uns im Bundesvorstand ist sie aber klar. Die Ebene, die eine Mitgliederbefragung macht, bezahlt sie. Wenn also Angela Merkel - sie hat davon gesprochen, daß sie das auf Kreisebene positiv erlebt hat - eine Befragung auf Kreisebene durchführt, bezahlt sie der Kreisverband. Wenn es der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern macht, der auch aktive Mitglieder braucht, bezahlt es der Landesverband. Wenn wir es machen, bezahlen wir die Kosten. Darüber brauchen wir kein langes Palaver.

(Beifall)

**Friedhelm Müller:** Herr Hintze, das ist wunderbar. Aber das, was die Antragskommission empfiehlt, entspricht nicht dem, was Sie gesagt haben.

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren, es ist doch ganz einfach. Ich wiederhole den Vorschlag der Antragskommission - wir müssen irgendwie weiterkommen - und lasse darüber abstimmen. Wenn es eine Mehrheit gibt, verfahren wir so. Sind Sie damit einverstanden, daß wir das so machen? - Es gibt keine andere Möglichkeit. Der Vorschlag der Antragskommission zum Verfahren lautet, jetzt über den Antrag des Bundesvorstandes abzustimmen. Wie auch immer diese Entscheidung ausfällt, sind damit die dazugehörigen An-

träge B 58 bis B 69 erledigt und nicht angenommen. Danach wird über den Antrag B 166 abgestimmt. Das ist der Antrag, der eine eingeschränkte Mitgliederbefragung vorsieht. Dies ist der Vorschlag. Demokratischer können wir gar nicht vorgehen. Ich frage Sie: Wer ist mit diesem Verfahren einverstanden? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen ist das so akzeptiert.

Jetzt wird vorgeschlagen, bevor wir die schriftliche Form der Abstimmung suchen, vielleicht in einem ersten Meinungsbild die Abstimmung offen vorzunehmen.

(Beifall)

Sollte das Ergebnis für das Präsidium dann nicht ganz klar erkennbar sein, ist es kein Problem, dann sofort zur schriftlichen Abstimmung zu kommen.

Ich komme erstmalig zur Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes. Wer von Ihnen diesem Antrag zustimmt, den bitte ich, aufzustehen und die Stimmkarte in die Hand zu nehmen. - Ich bitte Platz zu nehmen. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich, sich ebenfalls zu erheben. - Ich bitte Platz zu nehmen. Es ist vom Präsidium her nicht zu übersehen,

(Widerspruch)

welches die Mehrheit ist. Ich halte es deshalb für sinnvoll, jetzt eine schriftliche Abstimmung vorzunehmen. Nehmen Sie bitte den Kartenblock mit den drei verschiedenen Farben, und zwar Nummer 1 - nur sie ist gültig -, mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“. Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Auszähler, die Stimmen einzusammeln.

Darf ich fragen, ob alle ihre Stimmkarten abgegeben haben. - Haben alle ihre Stimmkarten abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

- Dann geben Sie doch bitte ihre Stimmkarten ab.

Darf ich noch einmal fragen: Haben alle ihre Stimmkarten abgegeben? - Das ist der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen, und ich werde in wenigen Minuten das Ergebnis bekanntgeben. Ich unterbreche solange die Sitzung.

(Unterbrechung von 10.52 bis 10.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir zum einen das Ergebnis bekanntgeben und zum anderen in der Beratung fortfahren können.

Abgegebene Stimmen 760, ungültig 5, Enthaltungen 7. Ja 331, nein 417.

(Beifall)

Damit hat der Antrag das nötige Quorum von 501 Stimmen nicht erreicht und ist abgelehnt.

(Beifall)

Ich komme nun, wie wir es vorhin vereinbart haben, zu dem Initiativantrag B 166 auf Seite 2 der Sammlung II der Initiativanträge. Ich will das noch einmal sagen, hier geht es ebenfalls um die Mitgliederbefragung, aber sie soll nur in Personalfragen angewendet werden können.

Ich mache erst einmal den Versuch - vielleicht sparen wir dadurch Zeit -, das in offener Abstimmung zu klären. Wenn das dann nicht zu erkennen ist, würden wir ebenfalls schriftlich ab-



stimmen müssen. Wer diesem Antrag B 166 seine Zustimmung gibt, den bitte ich, sich zu erheben und die Stimmkarte hochzuhalten. - Ich bitte um die Gegenstimmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hier oben - Sie unten konnten das wahrscheinlich ebenso übersehen - ist sich einig, daß das erste, die Zustimmung, die ganz klare Mehrheit hatte.

(Beifall)

Bei der guten Präsenz stelle ich hiermit fest, daß damit auch die Mehrheit, die nötig ist, erreicht worden und der Antrag angenommen worden ist.

(Beifall - Vereinzelter Widerspruch)

Nun fahren wir in den Beratungen fort. - Ich rufe den Antrag B 70 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 42. Dazu gehören die Anträge B 71 und B 72. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Haben wir eine Wortmeldung vorliegen? - Offenbar nicht. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 70 bis B 72 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich komme dann zu dem Antrag B 73 des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 42. Dazu gehört der Antrag B 74. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag B 75 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 43. Dazu gehört der Antrag B 76. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 77 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 43. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? Ich bitte um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 78 auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 43. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse also über die Empfehlung der Antragskommission zu B 78 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist auch dieser Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zu dem zweiten Schwerpunkt des Parteitages, dem Antrag des Bundesvorstandes B 79 zum Frauenquorum. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 44f. Dazu gehören die Anträge B 80 bis B 107. Ich frage jetzt nicht, ob das Wort gewünscht wird, denn, meine Damen und Herren, es wurde nicht nur gewünscht, sondern inzwischen liegen mir mehr als 40 Wortmeldungen vor.

(Zustimmung und Unruhe)

Mein erster Vorschlag ist, daß sich alle Redner kurz fassen,

(Beifall)

weil wir ja auch schon auf dem letzten Parteitag und in der Partei selbst sehr ausführlich debattieren konnten.

Mein zweiter Vorschlag: Wir lassen die Debatte einmal angehen, und dann werde ich Sie zischendurch fragen, ob Sie der Meinung sind, daß sozusagen alle Argumente vorgetragen worden sind. Sollten Sie dann dieser Meinung sein, würde ich darüber abstimmen lassen, und wenn das so ist, können wir über den Antrag selbst abstimmen.

(Zustimmung)

Ich finde, das ist ein ganz intelligentes Verfahren.

Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt als erster der Bundesministerin Claudia Nolte das Wort; danach Rita Süßmuth und Erwin Teufel.

**Claudia Nolte:** Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist wichtig, daß wir uns hier heute darüber verständigen und darüber diskutieren, wie wir es schaffen, daß mehr Frauen in der CDU mitarbeiten, und wie sie in Ämter und Mandate kommen. Noch wichtiger ist es, daß wir heute eine positive Entscheidung zugunsten von Frauen treffen.

(Beifall)

Wenn wir auch in Zukunft unser Land erfolgreich gestalten wollen, können wir auf das Mittun und Mitdenken von Frauen nicht verzichten.

(Zustimmung)

Da schöne Worte allein nicht ausreichen, bin ich davon überzeugt, daß wir die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen verbindlichen Regelungen brauchen, um Frauen mehr Chancen in unserer Partei einzuräumen.

(Beifall)

Zumindest haben die bisherigen Beschlüsse und Appelle nicht zum erwünschten Erfolg geführt.

Deshalb sage ich ein Ja zum Quorum und werbe für den vorliegenden Antrag. Er trägt den Bedenken, die am Anfang geäußert worden sind, Rechnung, und er macht unmißverständlich klar: Die CDU will mehr Frauen in politischer Verantwortung.

(Beifall)

Lassen Sie es mich an dieser Stelle klar sagen: Das gestrige Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Quotenregelung im öffentlichen Dienst in Bremen berührt den hier vorliegenden Antrag in keiner Weise.

(Zustimmung)

Wer dieses Urteil zum Vorwand nimmt, um gegen unser Quorum zu stimmen, der betreibt ein Ablenkungsmanöver.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich sage aber genauso klar: Das Quorum reicht nicht. Für mich ist ganz entscheidend, daß das mehr Beachtung findet, was wir Frauen inhaltlich einzubringen haben. Die Themen, die uns wichtig sind, müssen mehr beachtet werden. Es tut unserer Partei gut, wenn sich Frauen in alle Politikbereiche einbringen.

(Zustimmung)

Denn nicht nur Wirtschaft, nicht nur Wissenschaft und Kultur, nein, auch Politik kann es sich nicht leisten, auf Frauen zu verzichten.

(Zustimmung)

Damit Frauen sich politisch beteiligen können, müssen auch organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden, die frauen- und familienfreundlicher sind. Frauen stehen mehr als Männer vor der Herausforderung, Familie, Erwerbstätigkeit und politische Arbeit miteinander zu vereinbaren. Wenn wir mehr Frauen in der Politik brauchen, müssen wir auch selber mehr Beiträge zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik leisten.

(Beifall)

Wir haben genügend Möglichkeiten, das zu fördern. Wir haben ja genug über Parteireform gesprochen. Dann lassen Sie uns auch über Fragen wie die reden, wann, zu welchen Zeiten, und in welchen Formen wir Parteiveranstaltungen durchführen.

Wir müssen gezielt auf Frauen zugehen und sie ansprechen. Deshalb sollten wir in diesem Zusammenhang auch einmal neu über die Frage des Familientarifs beim Mitgliederbeitrag nachdenken.

Liebe Freunde, in den fünfziger Jahren warb die CDU mit den Slogan: Vater, Mutter, Tochter, Sohn, alle wählen die Union. Das soll auch für die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gelten. Lassen Sie uns den Spruch erweitern: Vater, Mutter Tochter, Sohn machen mit in der Union. In diesem Sinne: Stimmen Sie für das Quorum.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich gebe dem Parteivorsitzenden das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, bei genauer Betrachtung des Szenarios des Parteitags ist für jedermann erkennbar - das ist wegen der Distanz, die viele heute noch zurücklegen müssen, nicht ganz unverständlich -, daß sich die Reihen zu lichten beginnen. Ich muß als Parteivorsitzender darauf bestehen, daß wir diese wichtige Entscheidung in einer guten Besetzung treffen.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin der letzte, der die Diskussion abwürgen will. Aber ich frage mich, und ich frage Sie, ob es wirklich klug ist, jetzt noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen zuzulassen. Sollten wir nicht besser sagen, daß jetzt für jede Seite nur noch drei oder vier reden und wir dann zur Abstimmung kommen?

(Beifall)

Aber das bedeutet dann auch, daß niemand mehr die Ausrede hat, es dauert zu lange. Bleiben Sie bitte alle hier.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren, ich habe Ihren Beifall zum Vorschlag des Bundeskanzlers, jeweils etwa drei Redner zu Wort kommen zu lassen, die dafür und dagegen reden, entnommen, daß Sie mit dem Verfahren einverstanden sind.

(Beifall)

Dann verfahren wir so. Für mich ist es jetzt natürlich nicht einfach, festzustellen, wer die drei sind, die jeweils dafür oder dagegen sprechen. Das Objektivste ist natürlich immer, wenn wir versuchen, in der Reihenfolge der abgegebenen Wortmeldungen - ein anderes Kriterium habe ich nicht - vorzugehen.

Ich bitte Sie: Haben Sie großes Vertrauen in das Präsidium. Ich glaube, daß jeder die Argumente so gut kennt, daß er sich nicht beschweren würde, wenn nun einer, der reden sollte, jetzt nicht mehr reden kann. Ich bitte wirklich um Nachsicht. Aber eine Abstimmung bei voller Präsenz bestätigt dieses Verfahren. - Als nächste erhält Rita Süßmuth das Wort.

(Beifall)

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das, über das wir heute entscheiden, ist keine Zeitgeistfrage, sondern eine Zukunftsfrage.

(Beifall)

Der gestrige Tag war für uns alle ein besonders ermutigender Tag. Er machte nicht Angst vor der Zukunft, sondern Mut zur Zukunft, keine Endstimmung, sondern Aufbruchstimmung. Das Wort von Professor Frühwald: „So viel Anfang war noch nie“, bedeutet, daß wir einen Zuwachs an menschlicher Kraft, an menschlicher Intelligenz, Weisheit und Verantwortung haben.

Dazu gehört jeder, Männer wie Frauen. Ich erinnere daran: Es sollte ein Jahrhundert des Kindes werden. Papst Johannes XXIII. sagte: Was die Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert war, ist die Frauenfrage im 20. Jahrhundert. Gehen wir nicht in das nächste Jahrhundert mit einer Ausgrenzung und Benachteiligung, sondern mit der Beteiligung von Frauen.

(Beifall)

Gehen wir von diesem Parteitag mit dem Wissen, daß die Probleme in der Welt und bei uns ohne Frauen nicht lösbar sind.

(Beifall)

Das hat die Weltbevölkerungskonferenz gezeigt, das hat Peking gezeigt. Wo wären die Kinder, die Familien und die Menschen, wenn die Frauen nicht den wichtigsten Part zu ihrer Stützung und auch zum wirtschaftlichen Überleben leisteten?

(Beifall)

Es geht in diesen Tagen nicht nur um ein Mehr an technischem Wissen, sondern auch um ein Wachsen in Menschlichkeit, um ein Miteinander und Füreinander. Wir brauchen eine Gesellschaft der Fürsorglichkeit.

(Beifall)

Deswegen wiederhole ich: Nehmt die Sichtweisen und Erfahrungen mit hinein in die Politik. Die Zukunft gehört der Kooperation, nicht der Konfrontation, dem Miteinander der Kulturen, nicht dem Gegeneinander der Kulturen, der Stärkung der kleinen Lebenswelten.

(Beifall)

Wie lange haben wir Frauen gesagt: Groß ist noch lange keine Größe; groß ist, was menschenverträglich ist.

(Beifall)

Deswegen stehe ich hier und sage: Wir haben es mit der Selbstverpflichtung nicht erreicht. Ich möchte, daß wir eine Partei der Zukunft sind, die hier herausgeht und sagt: Selbstverständlich beteiligen wir die Frauen. Was wir nicht durch Selbstverpflichtung geschafft haben, werden wir für eine Zeitlang über verpflichtende Regelungen machen.

Manche sagen: Die Frauen können das allein. Natürlich können es einige Frauen allein. Aber wenn wir so bei der deutschen Einheit gehandelt hätten, dann könnten es einige allein, aber nicht alle.

(Beifall)

Es ist eine Frage von Solidarität zwischen Frauen und Männern, ob wir das gemeinsam schaffen.

(Beifall)

Es ist eine Frage, bei der es nicht nur um das Individuelle geht, um das, was ich allein kann. Machen wir uns überhaupt zu eigen: Niemand kann etwas allein und nur aus eigener Kraft. Wir brauchen die Gemeinschaft und das Gemeinsame zwischen Frauen und Männern.

(Beifall)

Lassen Sie mich mit ein wenig Heiterkeit sagen: Es gibt die Frage, ob die Quote unqualifizierte Frauen bevorzugt. Sind die Männer heute 6- bis 7fach schlauer? Ich denke, darüber sollten wir wirklich nicht mehr reden.

(Beifall)

Meine Abschlußbemerkung: Deutschland schaut in diesen Tagen mit großem Interesse nach Karlsruhe und schaut darauf, was wir in bezug auf die Frauen entscheiden. Die Frauen schauen auf uns.

(Beifall)

Haben wir den Mut zu einem weiteren Schritt. Ich sage allen Männern und den Frauen, die meinen, da würde etwas abgegeben: Die Erfahrungen mit Ihren Frauen zu Hause, mit Ihren Müttern, Partnern und Töchtern zeigen Ihnen: Gebt ihnen die Chance zu gestalten, Ihr gewinnt mehr, als Ihr abgibt.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster erteile ich Erika Steinbach aus dem Landesverband Hessen das Wort.

**Erika Steinbach**: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde im Saal! Auf dem Weg in das 21. Jahrhundert: Wir haben darüber gestern eine sehr fruchtbare Diskussion geführt. Die Themen, die wir heute kontrovers diskutieren, sind keine Themen für den Weg in das 21. Jahrhundert. Das muß man sagen. Das Thema Frauenquote ist ein Thema von gestern, es ist kein Thema von morgen.

(Beifall)

Um es mit einem modischen Wort zu sagen: Ich muß mich hier hinstellen und mich outen. Ich bin ein Kanzlerfan, obwohl ich seit wenigen Tagen weiß, daß das in unserer Partei etwas ganz schlimmes ist. Dennoch: Ich bin ein Kanzlerfan und eine Quotengegnerin. Das ist fast genauso schlimm.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung: Die CDU hat eine Politik für Frauen in den vergangenen Jahren gemacht, die besser war als die aller anderen Parteien.

(Beifall)

Wir haben mit Hilfe der Bundesregierung und mit Hilfe der Frauenunion durchsetzen können, daß Erziehungszeiten auf die Rentenjahre angerechnet werden. Das war eine epochale Entscheidung für die Frauen. Keine andere Partei hat das fertiggebracht.

(Beifall)

Wir haben wichtige Frauen in wichtigen Ämtern. Ich stimme zu: Es könnten noch mehr sein. Hier wird immer angeführt, wir hätten prozentual zuwenig weibliche Bundestagsabgeordnete. Auch das ist richtig. Aber, meine lieben Freunde, ich weiß aus meinem hessischen Landesverband: Wir hatten bei der Listenaufstellung zum Deutschen Bundestag mehrere Wahlkreise frei und zu vergeben. Leider - das mag man bedauern - hat nicht eine einzige Frau kandidiert. Da liegt das Problem.

(Widerspruch und Beifall)

Wir müssen motivieren. Eine Quote hilft da nicht weiter. Weiterhilft, daß wir unseren Frauen Mut machen, daß wir sagen: Trau dich dazu, du kannst es!

(Beifall)

Es gehört natürlich auch dazu, daß wir als Frauen bereit sind zu kämpfen. Ich habe meinen Weg in den Bundestag innerhalb der Partei natürlich mit einer Kampfkandidatur angegangen. Das stärkt natürlich auch für den Kampf mit dem politischen Gegner. Mein Gegner im Wahlkampf war zum Beispiel Joschka Fischer. Da braucht man am Ende schon einige Kampfkraft.

(Beifall)

Liebe Freunde, das Thema Quote ist ein alter, armer, abgedroschener Gaul. Überlassen wir das den Grünen, überlassen wir das der SPD,

(Beifall und Widerspruch)

und geben wir diesem armen Pferd das Gnadenbrot auf einer grünen Wiese!

(Heiterkeit und Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, in Abstimmung mit dem Parteivorsitzenden haben wir uns entschieden, insgesamt - ganz fair - vier dafür und vier dagegen vortragen zu lassen. Ich bitte auch meine Kollegen aus den höheren Chargen, auch die Minister, um Nachsicht, wenn ich sie hier nicht unbedingt vordergründig berücksichtige, sondern auch Wortmeldungen aus dem Plenum berücksichtige.

(Beifall)

Ich gebe jetzt das Wort Frau Ursula Höing aus dem Landesverband Hannover.

**Ursula Höing:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz einen Kommentar zitieren, der - Sie werden es gleich selber hören - schon etwas älter ist:

**Frauenquote wird zum Bumerang**

Ein Stück Fortschritt für die Frauen sollte sie sein. Geworden ist daraus - und das in kürzester Zeit - ein Bumerang: die Quotenregelung, mit der die SPD den Frauen Spitzenpositionen in der Partei sichert. Ganz offen spricht beispielsweise schon die Abgeordnete Ursula Seiler-Albring von der Quotenfrau, die von Anfang an als zweitrangig eingestuft wird, also eine Karriere zweiter Klasse gemacht hat, im Gegensatz zur Nichtquotenfrau, die es aus eigener Kraft und aus Sachkenntnis geschafft habe. Die Quotenregelung sei also kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt in eine andere Form von Diskriminierung. Besonders diejenigen Männer werden sich dieser Diskriminierung bedienen, die sich auf dem Weg nach oben bisher schon immer so breit wie möglich gemacht haben, um den nachdrängenden Frauen das Auf- oder gar Überholen unmöglich zu machen. Wirklich ein Trauerspiel!

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich meine, wir müssen es vielleicht so anfassen: Wir müssen eine andere Politik anbieten, in der die Beschäftigung mit der Politik, Aktivitäten in und für die Politik zu erstrebenswerten Grundwerten im Leben einer Deutschen/eines Deutschen werden. Dazu bedarf es keiner Quote, keines Quorums, dazu bedarf es nur eines: gemeinschaftliches Wollens aller, die heute Politik gestalten. Wir in der CDU haben dieses Wollen, die Kraft und die Fähigkeit dazu.

Wenn vorhin von Mode die Rede war: Grün trägt Quote, SPD trägt Quote - die CDU bitte schön nicht! - Danke.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Als nächste hat das Wort Annette Widmann aus dem Landesverband Baden-Württemberg, es folgt dann Andreas vom Scheidt.

**Annette Widmann,** (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst ein Wort zu meiner Vorrednerin sagen. Ich finde es sehr richtig, wenn sie sagt, wir müssen eine Politik machen, die Frauen anspricht. Nur frage ich mich: In welchem Gremium der CDU wird zum Beispiel das Thema Sicherheit von Frauen in Parkhäusern behandelt, wenn nicht Frauen dieses auf die Tagesordnung setzen?

(Beifall)

Ich denke, die grundsätzliche Frage, warum es wichtig ist, Frauen stärker in den Entscheidungsprozeß unserer Partei und in die Parlamente einzubinden, ist heute eigentlich nicht mehr das Thema. Denn wenn sich diese Frage für uns heute noch stellt, dann haben wir doch die Zukunft schon heute verloren.

(Beifall)

Ich möchte ein paar Argumente, die seit gestern abend in der Diskussion sind und hauptsächlich rechtliche Probleme betreffen, ansprechen. Ich glaube, es ist eine Scheindiskussion, die hier geführt wird. Laufbahnverordnungen im öffentlichen Dienst sind mit autonomen innerparteilichen Regelungen bei Wahlen nicht vergleichbar.

(Beifall)

Das EuGH-Urteil ist deshalb auf unsere Quorums-Debatten erstens nicht zu übertragen, und es ist zweitens schlicht falsch und wird auch der Aufgabe, die unsere Partei hat, nämlich der Aufgabe, zukunftsfähig zu bleiben und partnerschaftlich zu arbeiten, in keiner Weise gerecht.

(Beifall)

Ich hätte ja Verständnis für eine solche Diskussion, wenn zum Beispiel eine Regelung vorgeschlagen würde, daß in Wahlkreisen, die frei werden, grundsätzlich nur noch Frauen kandidieren dürfen, bis der Anteil der Frauen in den Parlamenten 50 % erreicht hat. Solche Regelungen würden auch wir ablehnen, denn das ist die Politik der SPD, aber nicht unsere.

(Beifall)

Wahlen in Parteien sind grundsätzlich etwas anderes als Berufungen, Einstellungen oder Beförderungen im öffentlichen Dienst. Objektive, nachprüfbare Kriterien hinsichtlich der Qualifikation für Ämter und Mandate gibt es bei Wahlen nicht. Oder wie Professor Benda einst in Stuttgart sagte: Demokratie ist die Freiheit, auch vermeintlich unqualifizierte Bewerber oder Bewerberinnen wählen zu können.

(Heiterkeit und Beifall)

Nachgeprüft wird unser Kandidatentableau von den Wählerinnen und Wählern draußen. Wie die Wählerinnen, vor allem die jungen, draußen entschieden haben, ist uns ja bewußt. Das war keine Bestätigung unseres Kandidatentableaus.

(Beifall)

Im übrigen habe ich auch noch niemanden gehört, der sich darüber beklagt hat, daß er bereits bisher bei Wahlen ja Männer oder Frauen wählen muß, die er gar nicht will. Denn wenn ich die Gültigkeit eines Stimmzettels haben will, dann muß ich bereits heute Männer oder Frauen wählen, von denen auch ich nicht überzeugt bin. Ich muß es trotzdem tun.

(Beifall)

Quoren sind keine starren Quoten. Sie sind ergebnisbeeinflussend im Sinne einer Mindestabsicherung, sie sind immer aber auch ergebnisoffen. Sie sind ein Instrument, das eine stärkere Beteiligung von Frauen gewährleistet, aber kein unbedingter und starrer Automatismus, weil sie die Freiheit der Auswahl beibehalten. Im Grunde wird der vorgelegte Antrag ja unserem in Bonn gefaßten Grundsatz nicht mal in vollem Umfang gerecht. Wir werden im Ergebnis nicht unbedingt ein Drittel an Mandaten und Ämtern für Frauen bekommen. Es wird sich irgendwo zwischen 17 und 33 % einspielen. Auch damit ist schon die Flexibilität ausgedrückt. Regelungen und Verfahren sind immer dann angebracht und sinnvoll, wenn das freie Spiel der Kräfte versagt.

Unsere Selbstverpflichtung von Essen hat es in der Summe leider nicht geschafft, unsere Partei in der Frage der Frauenbeteiligung entscheidend zu bewegen. Positive Anreize und Verfahren z. B. im Umweltschutz sind anerkannt. Warum sollen sie in der CDU, wenn es um Frauen geht, auf einmal nicht mehr rechtens sein?

(Beifall)

Schauen wir uns einmal den gesellschaftspolitischen Bereich an: Spitzensportler wirken sich motivierend für den Breitensport aus und fördern die Attraktivität einer bestimmten Sportart. Da gehen wir selbstverständlich mit Vorbildfunktionen um.



Die CDU könnte auch wieder Vorreiter bei den Frauen werden, wenn wir unsere Frauen, ihre Sichtweisen und Erfahrungen in innerparteiliche Entscheidungen und damit auch nach außen sichtbar machen.

(Beifall)

Ich bitte Sie sehr eindringlich darum: Setzen Sie heute ein positives Zeichen nach draußen. Die Frauen in der Partei sind höchst motiviert, gerade auch in Baden-Württemberg, wo wir sehr viele Bewerberinnen als Erst- und Zweitkandidaten für die Landtagswahl haben. Enttäuschen Sie diese nicht. Setzen Sie ein Zeichen für unsere Unionsfrauen, aber auch für die Frauen, die wir für die Union noch gewinnen wollen; denn darauf kommt es an.

(Beifall)

Wir haben kompetente Frauen. Nutzen wir die Kompetenz! Dann werden wir die Zukunft auch gewinnen!

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Annette Widmann, die gerade geredet hat, noch herzlich dazu gratulieren, daß sie am Wochenende zur neuen Vorsitzenden der Frauen-Union Baden-Württemberg gewählt worden ist. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich möchte Ihnen die noch folgenden drei Redner nennen. Ich weiß, daß ich dann böse Blicke von hier oben, von allen Seiten bekomme, weil ich nur noch drei berücksichtigen kann, und die Delegierten im Saal sind rein zahlenmäßig stärker als das Präsidium hier oben.

Als nächster kommt Andreas vom Scheidt, dann Otfried Hennig aus Schleswig-Holstein und zum Schluß Renate Breuning aus Baden-Württemberg. Vor der Abstimmung wird dann der Parteivorsitzende noch einmal das Wort ergreifen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte jetzt Herrn vom Scheidt um seinen Beitrag.

**Andreas vom Scheidt**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Tun wir einmal ganz kurz so, als wären keine Pressevertreter anwesend. Dann haben wir vielleicht einen klareren Blick und haben keine Angst vor Schlagzeilen.

Der 6. Parteitag hat uns den Auftrag gegeben, das Thema Frauenförderung an der Basis zu diskutieren. Mein Kreisverband hat seine Hausaufgaben erledigt. Wir haben in allen Gliederungen, in den Vereinigungen und mit unseren Frauen das Thema Frauenförderung diskutiert. Wir haben auch das Thema Frauenquote sowie das Quorum als Möglichkeiten diskutiert.

Meine Damen und Herren, wir haben vorhin über die Frage der Mitgliederbeteiligung diskutiert. Wir haben unsere Mitglieder beteiligt, und das Ergebnis war eindeutig: Auf keiner Ebene und bei keiner Diskussion gab es eine Mehrheit für die Einführung der Frauenquote. Dieses müssen wir berücksichtigen.

(Beifall)

Im Ergebnis der Diskussionen im Vorfeld unseres Kreisparteitages hat der Kreisparteitag dann einen Antrag beschlossen, den Sie in Ihrer Vorlage unter B 4 finden. Diesen Antrag vertrete ich hier.

Das Quorum ist nach Auffassung der Mitglieder, auch nach meiner persönlichen Auffassung, kein geeignetes Mittel, um Frauen zu fördern, um Frauen in Ämter und Mandate zu bringen. Männer wählen Frauen, Frauen wählen nicht immer Männer.

(Widerspruch)

- Halt! Frauen wählen nicht immer Frauen. - Männer wählen Frauen, Frauen wählen nicht immer Frauen. Ich glaube, das kann man deutlich an den Wahlergebnissen ablesen, auch außerhalb unserer Partei.

Liebe Freunde, eine Entscheidung heute gegen das Quorum heißt nicht, daß wir uns gegen Frauen entscheiden.

(Beifall)

Vielmehr entscheiden wir uns für die Frauen in der CDU, die sich bisher engagiert haben. Wir dürfen diese Arbeit der Frauen, die an unserer Seite mit uns für die CDU arbeiten, nicht durch ein Quorum verdecken.

(Beifall)

Bei allen Diskussionen ist deutlich geworden, daß Handlungsbedarf besteht. Handlungsbedarf besteht aber aus meiner Sicht nicht darin, daß wir unsere Satzung ändern. Vielmehr müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob wir in unseren politischen Inhalten auf die jungen Frauen ausreichend eingehen oder ob wir hier Handlungsbedarf haben. Es wäre sinnvoller, unsere Kraft dort einzusetzen als hier in der Diskussion für eine Satzungsänderung. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat **Ottfried Hennig** das Wort, Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein und im Frühjahr dort auch Spitzenkandidat für uns.

**Dr. Ottfried Hennig** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreunde! Liebe Gäste! Was wir jetzt zu entscheiden haben, ist in keiner Weise eine Rechtsfrage. Es geht um ein politisches Signal, das am Schlußtag, am wichtigsten Tag, das Echo dieses Tages bestimmend von diesem Parteitag ausgehen muß.

(Beifall)

Darüber entscheidet kein Europäischer Gerichtshof, sondern darüber entscheiden allein wir, die gewählten Delegierten der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Wir haben jetzt eine politische und psychologische Weichenstellung vorzunehmen. Wir wollen, daß Frauen uns vertrauen, und zwar in größerer Zahl als bisher. Wir wollen zeigen, daß wir es ernst meinen, daß wir glaubwürdig sind und daß wir gleiche Rechte und gleiche Chancen auch in unserer eigenen Partei nun endlich durchsetzen wollen. Darum geht es.

(Beifall)

Wir haben qualifizierte, kompetente, sachkundige und engagierte Frauen, und zwar viel mehr als 13,9 %. Das ist doch wohl die Wahrheit, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Ich bin eigentlich kein Freund von Zahlenspielerereien. Deswegen haben wir in Schleswig-Holstein gehandelt. Wir haben unsere Landtagskandidaten aufgestellt. Wir haben bei 45 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten 16 Frauen aufgestellt. Das ist nach Adam Riese mehr als ein Drittel.

(Beifall)

Deswegen könnten wir uns eigentlich bequem zurücklehnen und sagen: Wir haben das ja gemacht.

Aber alle diejenigen, die jetzt klatschen, bitte ich, auch darüber nachzudenken, wie das bei uns in der Fläche aussieht, ob wir uns wirklich in allen Landesverbänden, in allen Kreisverbänden, in allen Ortsverbänden bequem zurücklehnen können. Ich kann das nicht entdecken.

(Vereinzelt Beifall)

Solange im wichtigsten Parlament in Deutschland, im Deutschen Bundestag, nur 13,9 % Frauen bei uns vertreten sind, ist die Sache nicht in Ordnung.

(Beifall)

Dann wählen uns die jungen Frauen nicht in ausreichender Zahl. Dies kann nicht so bleiben. Wir hampeln jetzt seit zehn Jahren, seit Essen, damit herum. Heute muß gesprungen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen in allen Teilen unserer Partei frauenfreundlicher werden, und zwar dauerhaft. Ich glaube, daß wir das auch schaffen können. Was wir heute beschließen, ist nur dafür gedacht, um für eine Übergangszeit diejenigen, die bisher nicht ihre Schularbeiten in ausreichender Form gemacht haben, mit einem bißchen sanften Druck anzuschieben, damit es auch dort vorangeht.

Liebe Freunde, Frauen sind liebenswert,

(Beifall)

Frauen sind konstruktiv, Frauen können zuhören, und Frauen sind normalerweise sanft.

(Zurufe: Oh!)

Bis auf eine einzige - deswegen gab es auch nur einen Pfiff an dieser Stelle -, und das ist die, mit der ich es zu tun habe, und zwar nicht bei mir zu Hause, sondern in der Staatskanzlei. Sie ist weder liebenswert, noch ist sie sanft, noch kann sie zuhören.

(Beifall)

Deswegen möchte ich, daß sie die erste Oppositionsführerin in Deutschland wird. Auch das ist eine ganz wichtige Karriere, die ich ihr verschaffen möchte.

(Beifall)

Als letztes ein politisches Argument, über das ich Sie wirklich einmal herzlich nachzudenken bitte. Eberhard Diepgen hat in vier Tagen die alles entscheidende Wahl in Berlin. Glauben Sie wirklich, daß wir vier Tage zuvor ein negatives Signal von Karlsruhe ausgehen lassen dürfen, das in Berlin in bestimmter Weise mißverstanden werden kann?

(Beifall)

Das darf nicht sein. Ich bitte Sie, von Karlsruhe das Signal ausgehen zu lassen, daß wir entschlossen sind, Länderregierungen zu kippen, die von der SPD gestellt oder mit gestellt werden, damit Eberhard Diepgen, Erwin Teufel, Johannes Gerster und Ottfried Hennig mit wesentlich mehr Frauenstimmen gewählt bzw. wiedergewählt werden können. Liebe Parteifreunde, dieses politische Signal müssen wir von diesem Parteitag ausgehen lassen.

(Beifall)

Lassen Sie diesen wichtigen Bundesparteitag mit einem Erfolg zu Ende gehen. Lassen Sie unseren Bundesvorstand, lassen Sie unsere Frauen-Union nicht im Regen stehen. Helfen Sie, daß dieses wichtige positive Signal gegenüber den jungen Frauen und den Frauen insgesamt von diesem Parteitag ausgeht. Seien Sie klug und folgen Sie Ihrem Verstand, aber bitte auch Ihrem frauenfreundlichen Gefühl. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nach der nächsten Wortmeldung haben vier Rednerinnen bzw. Redner für und vier gegen die Quotenregelung gesprochen. Die Zahl derjenigen, die dafür ist, ist allerdings ungleich größer. Bei den Wortmeldungen ergibt sich ein Verhältnis von 85 zu 15 zugunsten derjenigen, die dafür sind. Ich finde es aber trotzdem fair, daß wir die Vertreter der beiden Positionen gleichgewichtig haben reden lassen. - Jetzt hat Frau Renate Breuning das Wort.

**Renate Breuning**: Meine Damen und Herren! Ich bin froh, daß nach dem Frauenkenner von eben jetzt wieder eine Frau sprechen darf.

(Beifall)

Wenn man die Diskussion der letzten Tage in der Öffentlichkeit verfolgt hat, könnte man meinen, die CDU, unsere Partei, stehe und falle mit dem Frauenquorum. So wurde dieses Thema hochgezoomt.

(Beifall)

Ich bin auch sicher, daß es der Autorität des Vorstandes keinen Abbruch tun wird, wenn Sie dieses Quorum heute ablehnen.

(Beifall)

Den Frauenbericht des Generalsekretärs habe ich mir in den Nächten hier auf dem Parteitag in Karlsruhe zu Gemüte geführt.

(Zurufe)

- Ich nehme an, ich bin da die große Ausnahme.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich konnte an dem gesammelten Zahlenmaterial feststellen, daß es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Anteil von Frauen in Vorstandsämtern und mit politischen Mandaten und dem Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft gibt. Im Gegenteil. In der Jungen Union stelle ich z. B. fest, daß etwa ein Drittel derjenigen, die Vorstandsämter bekleiden, weiblich ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Jungen Union stagniert aber seit Jahren bzw. ist sogar rückläufig. Es ist also nicht so, daß es wie bei Spitzensportlern eine Sogwirkung gibt.

In dem uns vorliegenden Leitantrag heißt es: Die Partei hat ein Defizit an jungen Leuten. Man muß sie thematisch ansprechen, für die Arbeit gewinnen. Die Partei hat ein Defizit an Vertre-

tern verschiedener Berufsgruppen. Man muß sie thematisch ansprechen, für die Arbeit gewinnen. Die Partei hat ein Defizit an Frauen. - Warum spricht man sie nicht thematisch an?

(Beifall)

Ich denke, Frauenthemen so zu behandeln, daß sie Frauen interessieren, daß Frauen bereit sind, mitzuarbeiten, ist ungleich schwerer als ein Quorum einzuführen und vorzuschreiben: Wählt einfach soviel Frauen! - Vorhin wurde von der Vertreterin aus Hessen schon gesagt, wie sie sich hat durchkämpfen müssen, um ihr Bundestagsmandat zu erringen. Wir wissen alle: In jedem politischen Gremium braucht man eine gewisse Durchsetzungskraft. Wenn Frauen sich noch nicht einmal parteiintern durchsetzen müssen, wo sollen sie dann das Rüstzeug erwerben, sich woanders durchzusetzen?

(Vereinzelt Beifall und Widerspruch)

Herr Professor Frühwald hat gestern gesagt, Schwierigkeiten solle man nicht wegräumen; an Schwierigkeiten könne man wachsen. Das gilt auch für unser Thema.

Lassen Sie mich abschließend eine ganz persönliche Bitte äußern. Meine Damen und Herren, gönnen Sie Frauen auch das befriedigende Gefühl, nach einer Wahl gewählt worden zu sein, weil man ihnen die Fähigkeiten zutraut, nicht aber, weil man sie wählen mußte. Stimmen Sie gegen das Quorum.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Zum Abschluß und vor der Abstimmung möchte ich unserem Parteivorsitzenden das Wort erteilen.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich denke, Sie haben zu Recht einen Anspruch darauf, daß ich in dieser für uns und auch für mich persönlich sehr wichtigen Frage noch einmal meine Position deutlich mache. Ich bin einer, der über viele Jahrzehnte hindurch diese Frage mitdiskutiert hat, der als ganz junger Politiker am Wegesrand stand, als große Frauenpersönlichkeiten die CDU in der Nachkriegszeit mit prägten. Ich nenne Helene Weber, Christine Teusch, Elisabeth Schwarzhaupt und Aenne Brauksiepe, der ich von hier aus in Erinnerung an viele gute Taten, die sie für unsere Partei vollbracht hat, gerne einen Gruß senden möchte.

(Beifall)

Ich habe mich enorm gefreut - sehr vielen hier im Saal geht es sicherlich ebenso -, als Petra Roth Oberbürgermeisterin von Frankfurt wurde

(Beifall)

und Otti Geschka in Rüsselsheim, Margret Härtel in Hanau und erst kürzlich Gudrun Heuteblum in Lörrach dieses Amt übernommen haben.

(Beifall)

Das waren großartige Erfolge. Diese Erfolge zeigen auch, wie wichtig es ist, daß wir für herausgehobene Positionen und Funktionen Frauenpersönlichkeiten herausstellen. Es zeigt aber auch, daß Frauen, die eine solche Chance eingeräumt bekommen, diese Chance nutzen können.

Ich blicke jetzt einmal auf den Essener Parteitag zurück, den Heiner Geißler und ich ganz bewußt zu diesem Thema besonders vorbereitet hatten. Vor zehn Jahren war ich selbst, so wie ich jetzt vor Ihnen stehe, strikt gegen eine Quotenregelung, weil ich glaubte, daß wir nach eingehender Debatte auf dem Parteitag in Essen und nach vielen Diskussionen im Anschluß an diesen Parteitag ohne eine solche Regelung auskommen könnten. Heute muß ich Ihnen sagen: Ich habe mich getäuscht. Das, was ich für notwendig, für essentiell für unsere Partei halte, haben wir in diesen zehn Jahren nicht erreicht.

(Beifall)

Man kann sicherlich manches Argument gegen eine Quotenregelung anführen. Ich weiß, daß sich Frauen aus unserer Mitte zum Teil auch gegen erbitterte Widerstände in dieser Männergesellschaft - zum Beispiel in Kreisvorständen - durchgesetzt haben. Ich weiß auch, daß wir es nicht nur in unserer Partei, sondern in der deutschen Gesellschaft insgesamt mit einem eigenartigen Zustand zu tun haben. Sie brauchen nur einmal die Vorstandsetagen der deutschen Wirtschaft zu betrachten. Blicken Sie einmal auf die Banktürme in Frankfurt. Führen Sie sich einmal vor Augen, wie wenig sich die Situation bei den Berufungen auf Lehrstühle von ordentlichen Professoren an deutschen Universitäten in den letzten 30 Jahren zugunsten der Frauen verändert hat. Hier zeigt sich, daß in der Gesellschaft eine Entwicklung im Gange ist, die jedenfalls nach meiner Überzeugung nicht in einer vernünftigen Weise in das 21. Jahrhundert führt.

(Beifall)

Deswegen bin ich nachdrücklich dafür, liebe Freunde, daß wir heute diesen Beschluß fassen. In den zehn Jahren nach Essen ist der Durchbruch nicht zustande gekommen.

Wir haben vielerorts beachtliche Erfolge. Ich kann verstehen, daß diejenigen, die in den Kreis- bis hin zu den Landesverbänden ohne solche Satzungs Voraussetzungen zum Ziel gelangten, sagen: Wir brauchen dies nicht. Denken Sie aber doch bitte eine Minute darüber nach: Ihr Kreis-, Bezirks- oder Landesverband ist nicht die CDU Deutschlands. Hier gibt es enorme Unterschiede. Das beginnt bei der Parteiarbeit vor Ort und setzt sich bei den jeweiligen Wahlkörperschaften, bei Kommunal- und Landtagswahlen fort.

Nach langen Überlegungen und vielen Diskussionen haben wir jetzt diesen Vorschlag gemacht, ein Vorschlag, der sich auf die nächsten vier Jahre beschränkt. Diese vier Jahre führen uns zu dem Wechsel des Jahrhunderts, von dem in diesen Tagen zu Recht so viel die Rede war.

Es steht jetzt nicht der Parteivorsitzende vor Ihnen, sondern der Helmut Kohl, der der Partei vier Jahrzehnte lang gedient hat und noch dienen will, der in vielen Funktionen immer wieder darauf hingewiesen hat - manchmal mit Erfolg, manchmal ohne diesen -, daß wir qualifizierte, tüchtige Frauen in Ämter bringen müssen. Ich bin nicht der Meinung, daß Frauen nur Frauen wählen - ich halte diesen Satz für unsinnig.

(Beifall)

Aber ich sage klar und deutlich - und das ist nicht nur auf den heutigen Tag bezogen, sondern auf die vor uns liegende Zeit, die wir gestalten wollen -: In einem dramatischen Veränderungsprozeß des Denkens nicht zuletzt der jungen Generation in unserem Volk ist es richtig, diesen Schritt zu tun. So bitte ich Sie - das richtet sich ganz persönlich an einen jeden und eine jede von Ihnen - zuzustimmen.

(Beifall)

Auf dem Weg  
in das  
21. Jahrhundert  
**CDU**





n Weg  
las  
hundert  
DU

  
**SICHER IN DIE ZUKUNFT**  
**CDU**

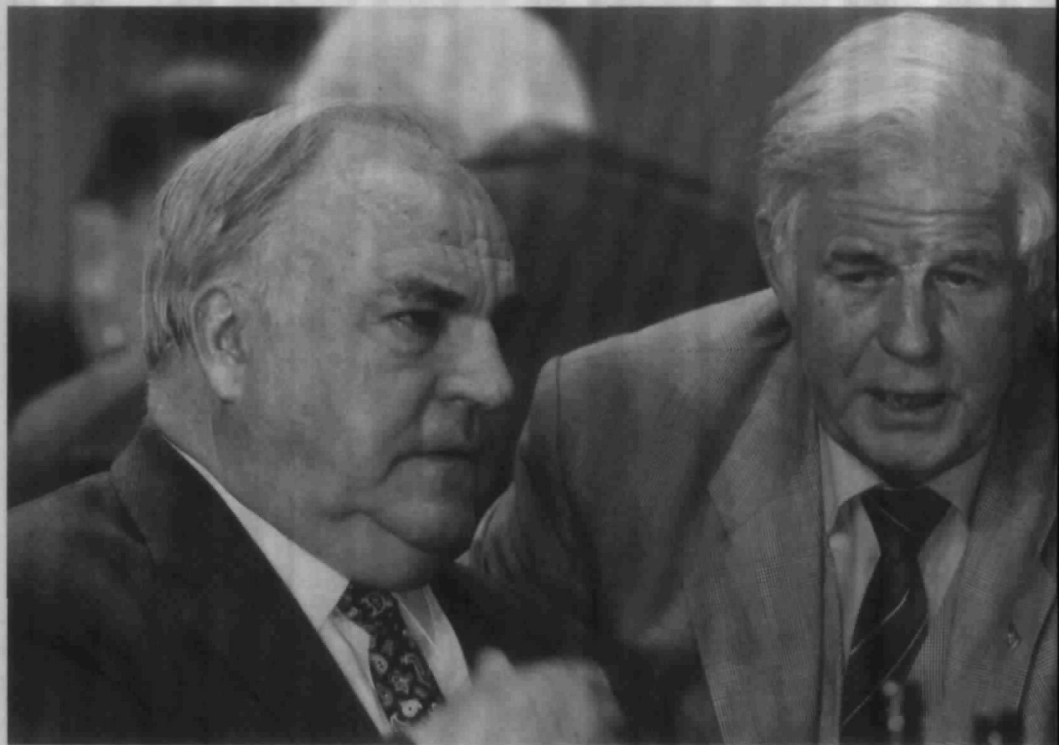


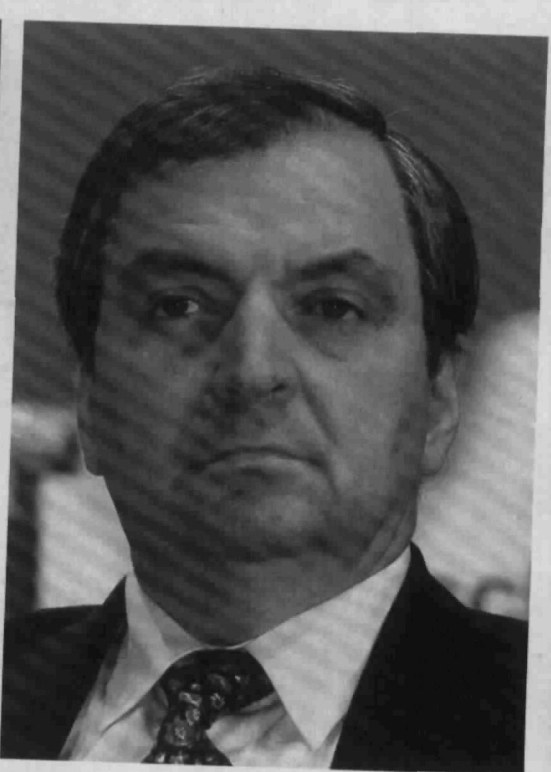














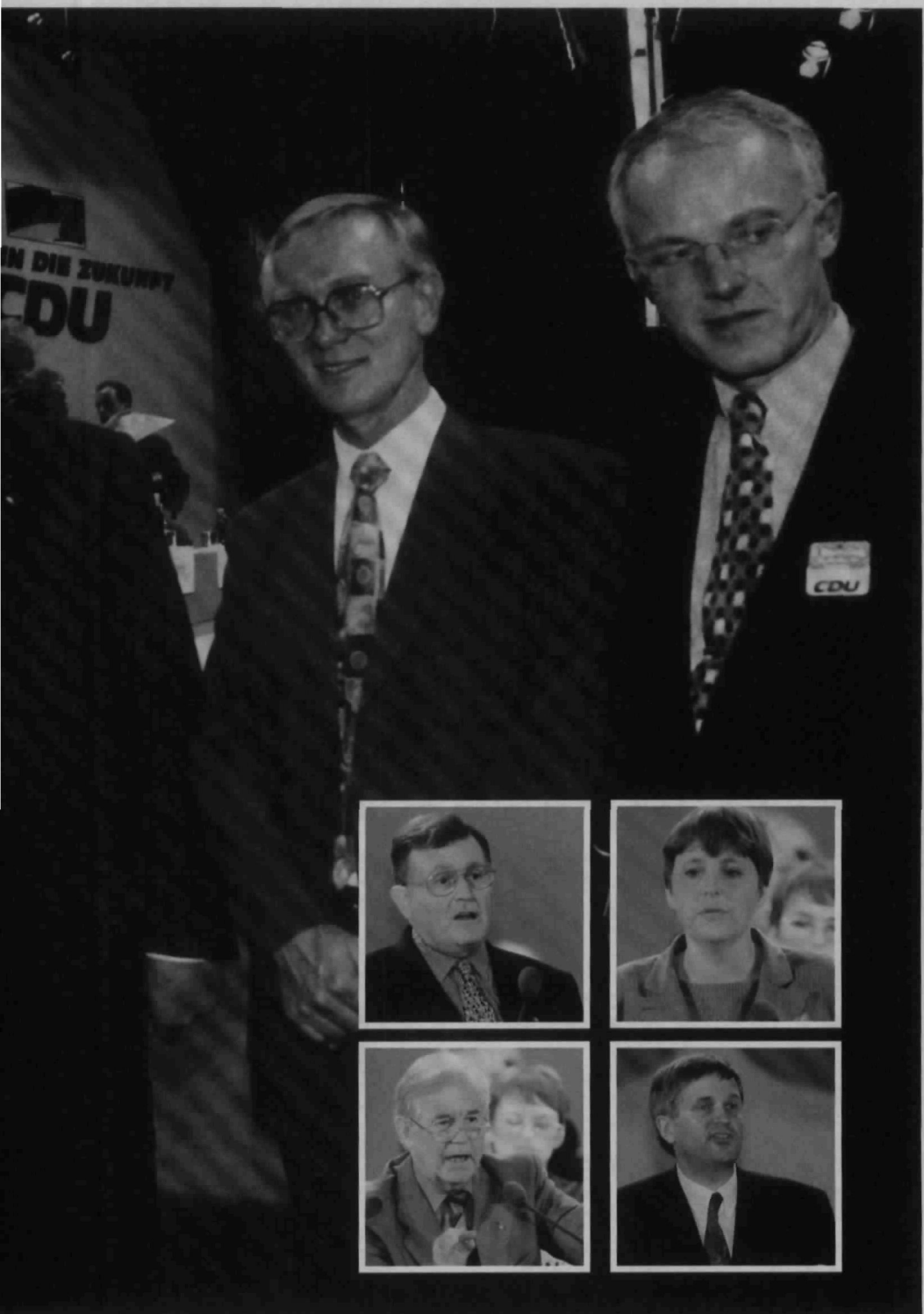














# Die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**









**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Es liegen mir zwei Geschäftsordnungsanträge vor, die das Verfahren betreffen. Der erste Antrag bezieht sich darauf, daß gewünscht wird, über Antrag Nr. B 79 - hier geht es um § 15 - abschnittsweise abzustimmen.

(Beifall)

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, dies nicht zu tun, weil alles in einem engen Zusammenhang steht.

(Beifall)

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Frage, ob geheim abgestimmt werden soll. Darauf komme ich gleich zurück.

Ich lasse jetzt zunächst über die Frage, ob abschnittsweise oder über den Gesamtkomplex abgestimmt werden soll, abstimmen. Der Geschäftsordnung entsprechend lasse ich zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer also der Antragskommission folgen will -

(Zurufe)

- Habe ich irgend etwas übersehen? Möchte jemand zur Geschäftsordnung sprechen? - Kommen Sie doch bitte an eines der Mikrophone. Ich bitte Sie, für das Protokoll Ihren Namen zu nennen. Sie haben das Wort.

**Klaus E. Eitner:** Herr Tagungspräsident! Ich halte es eigentlich für normal, daß, wenn ein Geschäftsordnungsantrag gestellt wird, in zwei Sätzen eine Begründung abgegeben werden darf. Ich möchte deswegen für den Kreisverband Bonn begründen, warum wir um abschnittsweise Abstimmung bitten.

Es gibt viele Delegierte, die zu fünf dieser sechs Abschnitte ja sagen können, zu einem aber nicht. Ich finde, wir sollten die Möglichkeit haben, dieses differenzierte Meinungsbild hier auch zum Ausdruck kommen zu lassen.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Gut, ich schlage vor, jetzt ganz fair zu verfahren. Ich möchte deshalb jetzt auch jemanden von der Antragskommission bitten - Renate Hellwig geht bereits zum Pult - zu sagen, warum eine Gesamtabstimmung präferiert wird.

**Dr. Renate Hellwig:** Meine Damen und Herren! Wir waren uns in der Antragskommission einig, daß es hier nicht um ein Sowohl-Als-Auch, sondern um ein Entweder-Oder geht. Ich bin der Meinung, daß dies der ganze Parteitag so sieht.

Damit nicht diejenigen, die nur zu den unverbindlichen Punkten ja sagen und das Entscheidende ablehnen wollen, ein schein gutes Gewissen haben, sind wir für eine ehrliche Abstimmung, und zwar für eine Abstimmung über den gesamten Antrag.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Einer hat dafür gesprochen, ein anderer dagegen.

Nun komme ich zu dem Satz, den ich schon begonnen hatte: Wer dem Vorschlag der Antragskommission, über § 15 - Antrag Nr. B 79 - insgesamt und nicht abschnittsweise abzu-

stimmen, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist beschlossen, daß wir insgesamt abstimmen.

Es liegt noch ein zweiter Geschäftsordnungsantrag vor. Dazu wurde mir gesagt, daß, wenn ich das vortrage, auf eine Begründung verzichtet werden kann; das muß aber nicht so sein. Der Antrag sieht vor, geheim abzustimmen.

(Zurufe)

- Dies ist ein wirklich wichtiger Punkt. Jeder weiß, worum es geht. Deshalb möchte ich noch einmal sagen: Es gibt drei Möglichkeiten der Abstimmung. Wenn man nicht geheim abstimmt, gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann offen abstimmen. Das würden wir tun, wenn keine geheime Abstimmung verlangt wird. Wenn dies ein klares Bild ergibt, ist die Entscheidung gefallen. Ergäbe sich kein klares Bild, müßten wir, wie auch vorhin, die schriftliche Form der Abstimmung wählen; dies wird mit den drei farbigen Stimmkarten praktiziert.

Die dritte Möglichkeit der Abstimmung ist folgende: Würde geheime Abstimmung verlangt, würden wir den anderen Zettel benutzen, den wir schon gestern verwandt haben. Es bestünde auch die Möglichkeit, Kabinen zu benutzen. Das ist der Vorgang der geheimen Wahlen.

Ich lasse zunächst einmal eine Klärung darüber herbeiführen - das entspricht der Logik -, ob wir geheim abstimmen. Wenn eine geheime Wahl gewünscht wird, dann müßten dem mindestens 25 % der Anwesenden zustimmen. Darüber möchte ich jetzt eine Entscheidung herbeiführen. Möchte vorher noch jemand dafür oder dagegen sprechen? - Ich glaube, jedem ist klar, worum es geht.

Jetzt stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auf geheime Wahl zur Abstimmung. Wer für eine geheime Abstimmung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen? - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen die geheime Wahl gestimmt worden.

(Beifall - Zurufe)

- Von allen Seiten höre ich Zurufe: zur Geschäftsordnung. Möchte jemand etwas zur Geschäftsordnung sagen? - Herr Kollege, nennen Sie bitte zuerst Ihren Namen.

**Thorsten Thümler:** Sehr geehrter Herr Neumann! Ich weiß, daß dieses Thema sehr sensibel ist. Ich meine, daß sich ein Viertel der hier im Saal Anwesenden - dies wäre das Erfordernis der Satzung - für eine geheime Abstimmung ausgesprochen hat.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Liebe Freunde, das Tagungspräsidium ist einmütig der Meinung, daß das Viertel nicht erreicht war. Ich darf das als Tagungspräsident zwar nicht sagen, aber ich tue es trotzdem: Ist es denn nicht möglich, daß wir uns offen zu unserer Meinung bekennen?

(Beifall)

Das Präsidium ist dazu da, daß es Entscheidungen trifft. Es besteht Einmütigkeit im Tagungspräsidium, daß das nötige Quorum nicht erreicht war.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es gibt gar keinen Grund zur Aufregung. Es möchte noch jemand dringend zur Geschäftsordnung sprechen. - Bitte, Sie haben das Wort.

**Hartmut Schauerte:** Herr Tagungspräsident, ich glaube, es geht denen, die die Stimmkarte für eine geheime Abstimmung gehoben haben, nicht nur darum, geheim abzustimmen. Es ist schwierig, im Plenum die entsprechende Mehrheit festzustellen. Ich glaube, wir kämen zu einer Lösung, wenn wir in dieser schwierigen Frage schriftlich abstimmen würden. Dann hätten wir ein klares Ergebnis und würden Sie nicht in die Schwierigkeit bringen, diese Entscheidung alleine treffen zu müssen.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren, der Streit in der Sache ist viel wichtiger als die Meinungsverschiedenheiten zur Geschäftsordnung.

(Beifall)

Um das jetzt zu entkrampfen und damit ich mir nicht den Unwillen von 23 % oder wieviel Prozent auch immer zuziehe, mache ich, damit wir nicht noch länger diskutieren, den Vorschlag: Wir stimmen darüber jetzt noch einmal per Kartenzeichen ab. Es hat ja keinen Zweck, wenn das Ergebnis anschließend angezweifelt wird. Das haben wir nicht nötig.

(Zustimmung)

Es ist schwierig, wenn von allen Seiten gut gemeinte, aber unterschiedliche Ratschläge gegeben werden.

Noch einmal: Es wurde der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt. Darüber habe ich offen abstimmen lassen. Es wurde angezweifelt, ob nicht doch die 25 % Zustimmung erreicht worden sind. Um die Geschäftsordnungsdebatte nicht noch länger zu führen, schlage ich jetzt vor, daß wir über das, worüber wir eben offen abgestimmt haben, jetzt mit diesen Stimmkarten abstimmen.

(Beifall und Unruhe)

Ich erteile noch einmal dem Kollegen, der sich da hinten meldet, das Wort.

**Hartmut Schauerte:** Herr Vorsitzender! Wenn ich die Antragsteller, die geheime Abstimmung wollten, richtig verstanden habe, kommt es ihnen ausschließlich darauf an, sofort schriftlich in der Sache abzustimmen. Dann gibt es keinen Streit mehr. Das möchte ich Ihnen empfehlen.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Das ist ein weiterer Vorschlag. Vorhin ging es ja um die Frage, ob geheim oder nicht geheim abgestimmt wird. Dann lasse ich jetzt noch einmal über den letzten Geschäftsordnungsantrag abstimmen, der lautete, sofort in der Sache mit diesen Stimmkarten abzustimmen.

(Beifall)

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei ein oder zwei Gegenstimmen ist dieses Verfahren jetzt so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache. Zur Abstimmung steht der Antrag B 79 des Bundesvorstandes. Damit zusammen hängen die Änderungsanträge B 80 bis B 107. Die Antragskommission empfiehlt, diesem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen und die von mir genannten Änderungsanträge abzulehnen.

Wir benutzen die farbigen Zettel, auf denen die Nummer 2 steht. Ich eröffne die Abstimmung und bitte, mit der Stimmauszählung zu beginnen.

Hat inzwischen jeder sein Stimmkärtchen abgegeben? - Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 12.09 bis 12.22 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich möchte die unterbrochene Sitzung fortsetzen und Ihnen das Ergebnis bekanntgeben: Abgegebene Stimmen 821, ungültig 31, Enthaltungen 6, ja 496, nein 288. - Ich gebe dem Parteivorsitzenden das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, Demokratie ist eine schwierige Sache, und zur Demokratie gehört geheime Abstimmung. Wir haben das Quorum von 501 um genau fünf Stimmen nicht erreicht. Das ist entschieden, und ich halte auch nichts davon, daß wir darüber hin- und herreden, ob denn bei den 31 ungültigen Stimmen nun der oder jener nicht genau geguckt hat, denn die meisten dieser Stimmen sind auf falschen Stimmzetteln. Auch das gehört zur Demokratie. Wir haben vorhin darüber gesprochen.

Ich sage ganz einfach: Obwohl das Votum eine klare Mehrheit zum Ausdruck gebracht hat, ist trotzdem das notwendige Ergebnis für heute nicht erreicht. Ich will ankündigen, daß wir auf dem nächsten Parteitag den gleichen Antrag wieder einbringen.

(Beifall)

Wir haben zwölf bis vierzehn Monate Zeit. Bis dahin sind Kandidatenaufstellungen, sind Wahlen in den Kreisverbänden. Da können all jene, die meinen, daß man heute nicht hätte zustimmen müssen, durch tatkräftige Hilfe mitwirken.

Lassen Sie uns jetzt nicht wegen dieser fünf Stimmen - auch ich habe andere Erwartungen gehabt - die Stimmung verdrießen. Liebe Freunde, das Leben geht weiter, und das nächste Mal wird das Quorum erreicht, das verspreche ich Ihnen.

(Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können jetzt zügig weitermachen in der Beratung der restlichen Anträge. Ich schlage Ihnen vor, daß wir entsprechend dem Antragsbuch verfahren, und dort, wo Querverweisungen zu § 15 Frauenquorum waren, sagen wir es dann, denn diese Querverweisungen sind jetzt praktisch mit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag B 108. Sie finden den Antrag in der Sammlung auf Seite 49. Es geht um die Auslandsmitgliedschaft. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf Sie um das Kartenzeichen bitten. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die notwendige Mehrheit erreicht.

Wir kommen zum Antrag B 109. Den finden Sie auf Seite 49. Auch da wird von der Antragskommission Annahme empfohlen. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit haben wir auch hier die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Antrag B 110. Dieser Antrag war eine Konsequenz des Antrages 79 und hat sich damit erledigt, weil das Quorum nicht erreicht worden ist.

Wir kommen zum Antrag B 116. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Darf ich um das Kartenzeichen bitten, wer der Antragskommission zustimmt? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 117. Den finden Sie auf Seite 51. Dazu gehören die Anträge B 118 und B 119. Die Antragskommission empfiehlt Annahme eines neuen Formulierungsvorschlages, der ausgedruckt ist. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit auch einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 120. Den finden Sie auf Seite 52 des Antragsheftes. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Das betrifft das Weisungsrecht des Generalsekretärs. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir können abstimmen. Wer der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es gab zwei oder drei Gegenstimmen, aber trotzdem die notwendige Mehrheit. So beschlossen.

Wir kommen zu Antrag B 121. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, die Annahme empfiehlt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 122, auch auf Seite 52. Auch hier wird das Wort nicht gewünscht. Können wir darüber abstimmen? - Wer der Antragskommission zustimmt, die Annahme empfiehlt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Wir kommen Antrag B 123, Seite 52 ff. Dazu gehört Antrag B 124. Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer der Antragskommission zustimmt. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit bei einigen Enthaltungen und einer Nein-Stimme mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 125 sowie zum Antrag C 70 betreffend die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 53 und 88. Es geht um den Namen dieser Vereinigung. Wir wollen die Wirtschaftsvereinigung und die Mittelstandsvereinigung zusammenführen. Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag B 126, Seite 53 im Antragsheft. Dazu gehört noch der Antrag B 127. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer für die Annahme stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag B 128 auf der Seite 54 des Antragsbuches. Dies wäre eine fortfolgende Regelung aus dem Antrag B 79 gewesen, also Frauenquorum, und hat sich damit erledigt. Dazu gehören die Anträge B 129 bis B 138. Sie sind damit auch alle erledigt.

Wir kommen jetzt zum Antrag B 139 auf Seite 56 des Antragsheftes. Das betrifft eine formale Frage, und es gibt keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag B 140. Er ist auch erledigt, weil auch das eine Konsequenz des Frauenquorums betrifft.

Damit kommen wir zum Antrag B 142 auf Seite 56. Dazu gehören die Anträge B 40 sowie B 143 bis 163. Wortmeldungen? - Keine. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - 1 Enthaltung. Damit ist die notwendige Mehrheit erreicht.

Wir rufen den Antrag B 164 auf. Sie finden ihn auf Seite 60 des Antragsheftes. Keine Wortmeldungen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag B 165, auch auf Seite 60. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen B 1 bis B 6; das waren die einführenden Teile des Papiers, die wegen des Satzungsrechts zurückgestellt worden sind. Für diese Anträge B 1 bis B 6 wird Annahme empfohlen. Wir stimmen darüber ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir diesen Teil der Anträge abgeschlossen.

Jetzt haben wir eine ganze Reihe von C-Anträgen vorliegen. Welche Möglichkeiten, diese Anträge zu behandeln, haben wir jetzt? Ich möchte Ihnen die Alternativen darstellen, und dann können wir miteinander entscheiden.

Bei den C-Anträgen gibt es als Empfehlung der Antragskommission durchweg: Annahme oder Verweisung an die Bundestagsfraktion. Ich habe im ganzen Bereich der C-Anträge keine Ablehnung gesehen. Die Antragsteller werden mir das bestätigen können. - Auch die Antragskommission bestätigt es.

Dies würde die Möglichkeit eröffnen, wenn Sie einverstanden sind, in einem summarischen Verfahren zu beschließen, daß wir bei allen Anträgen der Antragskommission folgen. Das könnten wir jetzt miteinander beschließen und hätten dann alle C-Anträge verabschiedet.

(Zustimmung)

Das wäre eine Möglichkeit.

Nun gibt es diverse Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen, aber ich vermute, das alles sind Wortmeldungen von Antragstellern, die im Sinne der Anträge sprechen wollen. Da wir aber den Anträgen stattgeben oder sie zuständigkeitshalber an die Fraktion verweisen, stellt sich die Frage, ob diese Wortmeldungen aufrechterhalten werden.

(Zurufe: Nein! - Ja!)

Ich würde meinen, daß wir darauf verzichten können.

Jetzt frage ich alle Freunde, die eine Wortmeldung abgegeben haben - sie wissen ja, wer jetzt gemeint ist -, wer noch etwas sagen möchte. - Wenn das nicht der Fall ist, können wir dieses summarische Verfahren anwenden. - Doch eine Wortmeldung? Bitte.

**Hildegard Müller:** Meine Damen und Herren! Es geht um den Antrag C 44 der Jungen Union zur Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir halten es für notwendig, daß dieser Antrag nicht an die Bundestagsfraktion verwiesen wird, sondern schlagen vor, ihn in eine besondere Projektgruppe zu geben. Das möchte ich kurz begründen.

Die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme wird von der Jungen Union mit besonderem Interesse betrachtet. Als Vertretung der Jugend sehen wir hier die besondere Verantwortung des Staates seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber; aber auch nur langfristig tragfähige Systeme garantieren eine positive Entwicklung unseres Staates im Interesse insbesondere der Schwächeren.

Speziell die Überalterung der Bevölkerung, technischer Fortschritt und Rationalisierungen, die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft erfordern in hohem Maße Veränderungen und gefährden die Finanzierbarkeit und Tragfähigkeit unseres Sozialsystems. Die Antwort auf die Frage, wie sicher die Renten sind, schulden wir der Generation, die heute ins Erwerbsleben eintritt. Im Jahre 2010 nähert sich die Zahl der Rentempfänger der der Beitragszahler an. Schon heute glauben nur etwa 10 % der jungen Bevölkerung, später aus diesem System selbst noch eine Rente zu beziehen. Wir glauben nicht daran, daß unsere Rente sicher ist. Herr Blüm, auch Sie können uns dies heute nicht versprechen.

(Zustimmung)

Diskussionen über das Rentensystem und dessen Veränderung sind also notwendig; die Zeit dazu ist angebrochen. Mögliche Reformen müssen rechtzeitig begonnen werden. Die Rente darf nicht länger zum Tabuthema erklärt werden, sondern die Chance zur Umgestaltung kann und muß so lange genutzt werden, wie eine Umgestaltung sozialverträglich erfolgen kann.

(Zustimmung)

Die Junge Union fordert deshalb die Einsetzung einer Projektgruppe, die mit Mitgliedern aus Partei, Wissenschaft und Wirtschaft besetzt ist. Ein gesamtgesellschaftlicher Dialog in dieser Frage ist notwendig. Die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnen wir demnach ab und fordern statt dessen die Überweisung an diese Projektgruppe. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wir bleiben bei der Empfehlung der Antragskommission. Sie selber haben ja gesagt, daß es im Deutschen Bundestag entschieden werden muß. Deswegen ist die Verweisung an die Fraktion richtig.

Wir müssen über diesen Antrag jetzt gesondert abstimmen, weil gegen die Empfehlung gesprochen worden ist. Wer dem Antrag der Antragskommission - Verweisung an die Fraktion - folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dem Antrag der Antragskommission ist mit Mehrheit gefolgt worden.

Nun habe ich eine weitere Wortmeldung vom RCDS. Bitte schön, Herr von Heyden.

**Wichard von Heyden:** Ich spreche zum Antrag C 89, der von Ole von Beust und Christian Wulff unterstützt wird. Es geht um die Ausbildungsförderung. Angesichts der knappen Zeit spreche ich mich auch dafür aus, den Antrag, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat, in die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ich bitte aber die Fraktion, das dann wirklich noch einmal ernsthaft zu diskutieren und die Argumentation der jungen Leute innerhalb der Christ-

demokratie dementsprechend auch ernst zu nehmen und gegebenenfalls einen neuen Beschluß zu fassen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Heyden. Damit unterstützen Sie das Votum der Antragskommission. Dann können wir dem auch so folgen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen; vielen Dank.

Jetzt mache ich es so, daß ich die Freunde, die sich zu Wort gemeldet haben und unbedingt noch sprechen möchten, drannehme, und dann gehen wir in das summarische Verfahren. Ich bitte, sich jeweils ganz kurz zu fassen. Herr Helmut Sauer!

**Helmut Sauer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um den Antrag C 8. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen, die jedoch in dieser Zielrichtung bereits hervorragend und in unserem Sinne arbeitet. Es geht darum, die Anträge von SPD, GRÜNEN und PDS abzulehnen, die ostdeutsche Kulturarbeit zu streichen oder zu kürzen.

Uns geht es mit diesem Antrag darum, daß auch unsere Länderparlamente, unsere Fraktionen in den Landtagen und auch in den kommunalen Parlamenten die ostdeutsche Kulturarbeit sowie die Betreuung der Vertriebenen und die Patenschaften weiter aufrechterhalten. Dieser Antrag ist auch nicht kostenträchtig - es geht hier nicht um Geld, sondern lediglich um die Erfüllung des Gesetzesauftrages -, und deswegen bitten wir, ihn anzunehmen und ihn nicht an die Fraktion zu überweisen, die hervorragend arbeitet.

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, auch wenn die Fraktion für ihre Arbeit ausdrücklich gelobt worden ist, bleibt die Antragskommission bei ihrer Empfehlung „Verweisung“. Dies kann von der Fraktion aus weiter verfolgt werden, und wir bleiben also bei der Bitte, der Antragskommission zu folgen.

Wer dem Votum der Antragskommission „Überweisung in die Fraktion“ folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag der Antragskommission mit Mehrheit angenommen.

Ich möchte jetzt die Frage eines Freundes, Hans-Hermann Ott, beantworten, der gefragt hat: Was passiert mit den Anträgen, die in die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Ich habe ihm gesagt, ich werde das öffentlich erklären.

Diese Anträge kommen natürlich in das ganz normale parlamentarische Verfahren, sie werden in den Arbeitsgruppen mitberaten. Der Antragsteller erhält Nachricht, und der Generalsekretär gibt auf jedem Parteitag einen Bericht über die Anträge ab. Er liegt in der Mappe, so daß jeder verfolgen kann, was passiert. Die Anträge versanden nicht, sondern sie werden ordnungsgemäß bearbeitet. Wenn Sie einen Beschluß fassen, der die Bundestagsfraktion betrifft, dann wird er auch dorthin geschickt. Damit dürfte die Frage des Freundes Ott beantwortet sein.

Wir haben jetzt eine Wortmeldung von Herrn Rolf Kurz zum Antrag C 60, zum Ladenschluß.

**Rolf Kurz**: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich spreche zur eigentlichen nationalen Frage, zum Ladenschlußgesetz. In Ihrer Vorlage ist bereits eine Empfehlung der Antragskommission enthalten. Im Großen und Ganzen ist diese Vorlage ordentlich formuliert.



Ich hätte mir nur gern gewünscht, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß man sie sprachlich etwas bereinigt und kürzer faßt, und zwar, wenn dies möglich wäre, so: „Der 7. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, das Ladenschlußgesetz so weiter zu entwickeln, daß der Einzelhandel auf die Wünsche...“ Dann folgt der übliche Text. Der Begriff Liberalisierung würde entfallen. Ich bitte, daß der Parteitag dieser Anregung folgt und die Vorlage kürzer faßt, damit das auch in der Öffentlichkeit richtig verstanden wird.

(Vereinzelter Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Wir schlagen vor, daß wir bei der Empfehlung der Antragskommission bleiben und daß wir keine Änderungen vornehmen. In dieser Beratungssituation halte ich etwas anderes für wenig praktikabel. Ich schlage vor, der Antragskommission zu folgen.

Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltungen und Neinstimmen angenommen.

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Hubert Hüppe vorliegen.

**Hubert Hüppe**: Ich wollte keinen Geschäftsordnungsantrag stellen, aber ich bitte noch einmal den Bundesvorstand und die Antragskommission, darüber nachzudenken, ob es richtig sein kann, daß wir so viele kontroverse Themen nicht hier diskutieren oder wenigstens an den Bundesvorstand überweisen, sondern der Bundestagsfraktion übergeben.

(Beifall)

Ich denke, wir sind der Parteitag der CDU. Wir haben die Aufgabe, darüber zu diskutieren, was wir wollen. Wir wollen auch Aufträge an unsere Fraktion übergeben und nicht nur sagen: Denkt einmal darüber nach. Es wäre auch für die Antragsteller viel besser, daß die Dinge hier beschlossen werden. Wenn das aus Zeitmangel nicht der Fall ist, sollte man darüber nachdenken, ob man es an den Bundesvorstand weitergibt.

Wir haben als CDU eine eigene Meinung, die sollten wir Parteitagsdelegierte uns auch nicht nehmen lassen.

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Lieber Hubert, dafür habe ich Verständnis. Deshalb habe ich im Vorfeld gefragt, wollen wir nach dem Verfahren vorgehen. Wer Bedenken hat und seinen Antrag vertreten will, kann das ja machen. Wir haben dann beschlossen, wir bleiben dabei, wenn jemand gegen einen Antrag reden will, dann machen wir Einzelabstimmungen. Alle anderen Anträge, über die nicht gesprochen worden ist, fallen in das summarische Verfahren. Da jetzt kein konkreter Antrag gestellt worden ist, fällt er in das summarische Verfahren, wie wir es beschlossen hatten.

Es gibt eine Wortmeldung von Ministerpräsident Erwin Teufel zum Antrag C 83.

**Erwin Teufel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag C 83 lenken. Wir wären gerade nahe dabei gewesen, ihn schlicht und ergreifend unter Verschiedenes summarisch abzustimmen. Dort wird eine CO<sub>2</sub>-Energiesteuer gefordert.

Ich kann nur sagen, daß wir in Baden-Württemberg mehr als 20 % höhere Energiepreise haben als im übrigen Deutschland und 40 % höhere Strompreise als in Frankreich. Ich bin des-

halb außerordentlich dankbar, daß der Kohlepfennig weggefallen ist und die Energieversorgungsunternehmen unseres Landes nun zum 1. Januar 1996 die Strompreise für die privaten Haushalte um 8 % und die Strompreise für die Unternehmen unseres Landes um 14 % senken können.

Bisher hatten wir einen riesigen Standortnachteil, der auch fortbesteht, der aber gegenüber dem benachbarten Elsaß, in das wichtige Betriebe gegangen sind, verringert wird. Wichtige Standortentscheidungen sind gegen unser Land gefallen, nicht nur wegen der höheren Lohnstückkosten, sondern auch wegen der höheren Energiepreise.

Ich möchte nicht, daß wir eine Negativentscheidung zum Thema einer europäischen CO<sub>2</sub>-Steuer, wenn es sich um eine echte CO<sub>2</sub>-Steuer handelt und wenn sie unsere Wirtschaft in Zukunft nicht einseitig belastet, treffen. Ich möchte, daß wir auf gar keinen Fall unter Punkt Verschiedenes bei schwacher Präsenz ohne Diskussion pauschal die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer beschließen.

(Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich erteile dem Generalsekretär für die Antragskommission das Wort.

**Peter Hintze**, Antragskommission: Liebe Freunde, jetzt haben wir für die Ausharrenden am Schluß des Parteitages noch einmal eine kleine Kontroverse, von der ich hoffe, daß sie sich in der Sache leicht auflösen läßt. Der Antrag, den Ihnen die Antragskommission zur Annahme empfiehlt, hat folgende drei Elemente:

Erstens. Wir müssen die Zielsetzung bei der Reduzierung des Treibhausgases CO<sub>2</sub>, die wir uns selbst auferlegt haben, erreichen.

(Beifall)

Zweitens. Damit es nicht zu dem von Erwin Teufel befürchteten Wettbewerbsnachteil kommt, müssen wir das auf der europäischen Ebene gemeinsam angehen und uns energisch einbringen. Das wäre das erste wichtige politische Signal dieses Parteitags zu dieser Frage.

Drittens. Wir fordern unsere Bundestagsfraktion auf - der stellvertretende Vorsitzende, Hans-Peter Repnik, leitet die entsprechende Kommission - inhaltlich bei uns in Deutschland an diesem Thema weiterzuarbeiten. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

(Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Generalsekretär. Das Wort hat der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Hans-Peter Repnik.

**Hans-Peter Repnik**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, der Antrag steht nicht im Gegensatz zu dem, was Erwin Teufel vorgetragen hat. Wir in der Bundestagsfraktion haben uns dieses Themas angenommen. Professor Markl hat gestern in einer sehr klugen Analyse die Situation dargestellt und entsprechende Prognosen aufgeworfen.

Die Konferenzen von Rio und Berlin haben gezeigt, daß es insgesamt einen Handlungsbedarf gibt, und die Bundesregierung und Bundeskanzler Helmut Kohl haben sich ins Wort begeben. Die Frage ist, wie wir das Wort einlösen.

Bei uns steht vor der Klammer: Alles, was in diesem Zusammenhang geschieht, muß aufkommensneutral sein. Die Steuern und Belastungen sind so hoch, daß nicht zusätzliche

Steuern kommen dürfen. Die Maßnahmen müssen ökonomisch wirksam und wirtschaftsverträglich sein.

So, wie der Antrag vorliegt, wie er formuliert ist, werden wir auch diesen Vorgaben nachkommen. Ich bitte nachdrücklich darum: Wenn wir dem Parteitagmotto „Zukunft sichern“ gerecht werden wollen, daß wir nicht nur die ökonomische, sondern auch die ökologische Situation mit einbeziehen. Stimmen Sie bitte diesem Antrag zu. Das ist auch das Votum der Antragskommission.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Nach diesen beiden Erklärungen kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es gab eine Gegenerklärung und zwei Erklärungen für den Antrag. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags.

Ich darf nun über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Neinstimmen und Enthaltungen ist der Antrag mit der notwendigen Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben jetzt keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Ich muß noch eine kleine Korrektur anbringen: Ich hatte gesagt, es gibt bei den C-Anträgen keine Ablehnung, aber bei erneuter Durchsicht habe ich gesehen, daß es drei Anträge von Hamburg-Altona auf den Seiten 88/89 gibt, bei denen die Antragskommission die Ablehnung empfiehlt. Nur damit das klargestellt ist!

Ich schlage Ihnen nun vor, daß wir über alle C-Anträge in dem pauschalen Verfahren abstimmen und der Antragskommission folgen. - Herr Jäger.

**Claus Jäger:** Vorsitzender, auch ich hatte mich zur Einleitung Ihres jetzigen Verfahrens damit abgefunden - wie viele andere -, daß über Anträge jetzt nicht mehr weiter gesprochen wird, sondern die pauschale Überweisung erfolgt. Danach aber hat sich ja eine ganz muntere Diskussion über eine Anzahl von Anträgen entwickelt. Ich habe mich deswegen in der Zwischenzeit erneut zu Wort gemeldet; vielleicht lag Ihnen die Wortmeldung noch nicht vor. Das bedeutet, daß auch zu einem Antrag gesprochen werden müßte, der vom Kreis Hochsauerland unter der Nummer C 33 eingereicht worden ist, weil er ein ganz wichtiges und entscheidendes politisches Anliegen darstellt, von dem dieser Parteitag mindestens Kenntnis nehmen muß. Ich möchte also darum bitten, dazu ein paar Worte sagen zu dürfen.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Herr Jäger, bevor ich Ihnen das Wort zur Sache gebe, darf ich noch sagen: Ihre Wortmeldung liegt neu da. Jetzt müssen wir das klären, damit dieses Verfahren nicht so weitergeht. Sie bekommen das Wort, aber ich möchte fragen: Ist der Parteitag damit einverstanden - ich habe jetzt noch die Wortmeldung von Herrn Jäger und eine Wortmeldung von einem Herrn Mitsch vorliegen -, daß wir keine weiteren Wortmeldungen mehr zulassen? Denn sonst kann ich die Anträge einzeln durchberaten lassen, und wir haben überhaupt keinen Erfolg gehabt. Wir sollten also damit jetzt die Rednerliste zu den Anträgen schließen. Ich habe sonst keine Wortmeldungen mehr.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Jetzt hat Herr Jäger das Wort zu dem Antrag C 33. Herr Mitsch hatte allgemein eine Frage zur Reform der Parteiarbeit. Das haben wir aber eigentlich abgeschlossen. Ich bitte Herrn Mitsch zu mir auf die Bühne. - Herr Jäger, Sie haben jetzt zu dem Antrag C 33 das Wort.

**Claus Jäger:** Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Die Frage des Eintretens der Union für die Rechte der Frauen war ja heute ein wichtiges und großes Thema dieses Tages. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Union vieles für die Frauen getan hat. Aber es gibt einen Bereich, in dem die Union noch nicht genug für die Frauen getan hat.

Im Vertrag zur deutschen Einheit war dem Gesetzgeber aufgegeben worden, ein Gesetz zu machen, das die Frauen und das Leben ihrer ungeborenen Kinder besser schützt, als es in den beiden getrennt gewesenen Teilen Deutschlands bisher der Fall ist. Soweit es das Strafrecht betrifft, ist diese Entscheidung gefallen. Ich will dazu jetzt nichts mehr sagen; darauf bezieht sich auch der Antrag nicht.

Der Antrag hat etwas ganz anderes zum Ziel. Er hat das Ziel, zu erreichen, daß Frauen eine Lebensperspektive mit dem Kind - so hat es ja auch das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich vorgeschrieben - erhält. Wir alle wissen, daß es viele Frauen gibt, die diese Lebensperspektive mit dem Kind nicht sehen, weil es ihnen an ganz bestimmten Unterstützungen und Hilfen fehlt.

Eine dieser Hilfen hatten unser Freund Hüppe und über 50 seiner Freunde im Deutschen Bundestag in seinem Gesetzentwurf vorgeschlagen. Weil aber dieser Gesetzentwurf in seinem Schwerpunkt natürlich das Strafrecht behandelt hat und dort in der Minderheit geblieben ist, ist auch dieser sozialpolitische Teil, der mit dem Strafrecht zunächst nichts zu tun hat, unter den Tisch gefallen.

Ich bin der Meinung, die Union muß sich dieser Frage erneut stellen. Sie betrifft nämlich die von unserem Freund Manfred Carstens, früher Staatssekretär im Finanzministerium, jetzt im Verkehrsministerium, in die politische Diskussion gebrachte Vorziehung der jugendhilfe-rechtlichen Pflegeobhut für Kinder, die noch nicht geboren sind, so daß also Frauen, die aus sozialen Gründen sagen, sie können das nicht machen oder brauchen eine gewisse Zwischenfrist, um sich entscheiden zu können, in die Lage versetzt werden, diese Pflegeobhut für ihr Kind zu erhalten und sie dann später zu überführen in die eine oder andere Form der Selbsterziehung oder der Weitergabe infolge einer Adoption, der Weitergabe in ein Dauerpflegeverhältnis oder der Weitergabe an Verwandte oder was immer das auch sein kann.

Meine Freunde, mir ist klar - und das war wohl auch nicht die Absicht der Antragsteller -, daß der Parteitag das heute jetzt nicht in einem Schwung am Ende seiner Tagesordnung beschließt. Ich habe mich nur deswegen gemeldet, damit die Freunde in der Bundestagsfraktion und auch die führenden Damen und Herren der Bundesregierung, die ja hier anwesend sind - nehmen wir mal unseren Freund Norbert Blüm, der sich immer erfolgreich für die Schwachen in unserer Gesellschaft eingesetzt hat und einsetzt -, den Ernst dieses Anliegens mit nach Bonn nehmen, sich um diese Frage kümmern und sie sachgerecht entscheiden. Das ist mein Anliegen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Antrag C 33 zu einem wichtigen Punkt der Punkte machen würden, die an die Fraktion überwiesen werden. - Danke schön.

(Beifall)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. Das Anliegen ist angekommen; wir werden es auch aufgreifen. Es ist eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen da, die sich dieser Sache annehmen, sie in der Fraktion umsetzen.

Ich schlage vor, der Empfehlung der Antragskommission zur Überweisung an die Fraktion zu folgen. Das war ja auch der Wunsch von Herrn Jäger. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Bei zwei, drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Empfehlung, die die Antragskommission ausgesprochen hat, angenommen.

Ich habe jetzt nur noch eine Wortmeldung, die mit den Anträgen nichts zu tun hat. Ich kann also nun pauschal abschließen.

Wer dafür stimmt, daß wir bei allen Anträgen im C-Bereich der Empfehlung der Antragskommission folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen. Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Mitsch für zweieinhalb oder drei Sätze noch das Wort.

**Alexander Mitsch:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Stunden haben wir sehr intensiv über Neuerungen in unserer Parteiarbeit diskutiert und beraten. Und es ist und war unstrittig, daß interessierte Mitglieder die Chance haben müssen, sich an Entscheidungen der Partei zu beteiligen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, als Delegierte am Bundesparteitag teilzunehmen.

Abgesehen von dem hohen finanziellen Aufwand besteht für viele unserer ehrenamtlichen Leistungsträger ein weiteres Hindernis, dieses Recht auszuüben. Dadurch, daß die Parteitage immer unter der Woche, also an Regelarbeitstagen, stattfinden, sind Arbeitnehmer, eine für uns wichtige Gruppe, gezwungen, einen Teil ihres Jahresurlaubs hierfür einzuplanen. Ich halte diesen Zwang für nicht mitgliederfreundlich. Wenn wir wollen, daß nicht mehrheitlich Abgeordnete, Regierungsmitglieder und hauptamtliche Parteifunktionäre ihr Delegiertenrecht wahrnehmen, sollten wir das Wochenende als Parteitagstermin mit einbeziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kenne das Gegenargument, daß das Wochenende der Familie vorbehalten sein soll. Dem steht aber entgegen, daß auch Urlaubstage normalerweise nicht für Parteitage gebraucht, sondern für die Familie genutzt werden. Ich möchte daher die Parteiführung an einen Beschluß des Bundesparteitages von 1975 erinnern und herzlich darum bitten, daß Bundesparteitage demnächst bereits am Samstag beginnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Erwin Teufel,** Tagungspräsidium: Ich danke für diesen Diskussionsbeitrag. - Meine Damen und Herren, wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr und die Sachpunkte der Tagesordnung bearbeitet. Gestatten Sie mir wenige Sätze, bevor ich zum Tagesordnungspunkt 20 komme.

Ich möchte gerne allen danken, die zum erfolgreichen Verlauf dieses Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Ich danke der Parteiführung, dem Bundesvorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer für die ausgezeichnete inhaltliche Vorbereitung dieses Parteitages.

(Beifall)

Ich danke allen Delegierten, die durch ihr tatkräftiges Engagement diesen Parteitag entscheidend mitgestaltet haben. Mein Dank gilt auch allen meinen Kolleginnen und Kollegen im

Tagungspräsidium für die gute Arbeit. Ganz besonders danke ich den Freunden Neumann und Kauder, daß sie uns sehr gut über die Klippen vieler Anträge geführt haben.

Ich bedanke mich bei den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die Aufmerksamkeit und die Berichterstattung über unseren Parteitag.

Vielen Dank sage ich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kongreßzentrums in Karlsruhe, die uns in den letzten Tagen Tag und Nacht unterstützt haben und die uns sehr gut bewirten haben.

(Beifall)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei der Karlsruher Polizei, die einen Rund-um-die-Uhr-Einsatz in ausgezeichneter Weise geleistet hat.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einen persönlichen Dank aussprechen: Ich danke dem Gesamteinsatzleiter der Polizei, Herrn Leitenden Polizeidirektor August Greiner, der seine Aufgabe sehr gut erledigt hat und mit dem heutigen Tag in den wohlverdienten Ruhestand geht.

(Beifall)

Er hat in dieser Stadt nicht nur diesen Bundesparteitag, sondern viele Großeinsätze, auch viele Kundgebungen des Bundeskanzlers, mit Bravour gemeistert. Ich wünsche Ihnen, Herr Greiner, alles Gute für die Zukunft.

Ich danke auch allen Sicherungskräften und allen Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes recht herzlich.

(Beifall)

Schließlich danke ich allen Sponsoren und Ausstellern. Sie haben uns mit ihren Präsentationen einen umfangreichen Eindruck über zukunftsweisende Technologien und Innovationen vermittelt. Das Engagement der Aussteller und Sponsoren war uns eine große Unterstützung dieses Parteitages.

Schließlich gilt mein herzlicher Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer CDU-Bundesgeschäftsstelle für die großartige Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages. Ganz herzlichen Dank jeder einzelnen und jedem einzelnen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich hoffe, Sie haben sich drei Tage in Karlsruhe und in Baden-Württemberg wohlfühlt. Ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute für die Zukunft!

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 20 auf:

**SCHLUSSWORT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,  
BUNDESKANZLER DR. HELMUT KOHL**

Ich erteile das Wort unserem Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind jetzt an das Ende dieses wichtigen Karlsruher Parteitages gekommen. Erwin Teufel hat vielen gedankt. Ich will jetzt auch einmal ihm und der baden-württembergischen Partei für die Hilfe und Unterstützung danken,

(Beifall)

für all das, was wir in diesen zweieinhalb Tagen hier in Karlsruhe in Anspruch nehmen konnten.

Lieber Erwin Teufel, grüßen Sie noch einmal sehr herzlich unseren Freund und Oberbürgermeister Gerhard Seiler.

(Beifall)

Es ist eine wirkliche Freude, mit dem Bundesparteitag in Städten zu tagen, wo wir die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister stellen.

(Beifall)

Dieser Vorgang ist, denke ich, auch noch zu erweitern.

Ich will von mir aus ein herzliches Wort auch an Peter Hintze, Hans-Joachim Reck und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses richten.

(Beifall)

Es ist ja immer so: Wenn eine Sache gut läuft, waren es alle, wenn irgend etwas schiefgeht, waren es immer nur wenige. Da ich in vielen Jahren auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt habe, weiß ich, wie wichtig es ist, hier noch einmal zu sagen, daß dies eine gewaltige organisatorische Leistung gewesen ist. Daß wir ganz selbstverständlich viele Dienste hier in Anspruch nehmen können, hat damit zu tun, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Adenauer-Hauses ihre Pflicht in einer besonders beeindruckenden Weise leisten. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Da der Montag abend, wie ich weiß und in vielen Gesprächen gehört habe, uns allen gefallen hat, mir ganz besonders,

(Beifall)

will ich auch von mir aus denen, die sich um diesen Abend besonders bemüht haben, den Sponsoren, aber auch den vielen aus der Partei, die geholfen haben, speziell hier aus Baden und von der anderen Rheinseite, aus der Pfalz, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall)

Die CDU hat 50. Geburtstag gefeiert. Wir haben mit einer ganz selbstverständlichen Freude dieses Ereignis gefeiert. Wir hatten die Möglichkeit, mit guten Freunden - nicht nur im Sinne von Parteifreunden -, die viele von uns in einem langen Leben gewonnen haben, zusammenzusitzen, Erinnerungen auszutauschen und gemeinsam miteinander zu feiern.

Wir haben gestern - das will ich besonders hervorheben - einen ganz großartigen Tag hier erlebt.

(Beifall)

Wir haben zusammen über die Zukunft gesprochen, über die Zukunft Deutschlands und die Zukunft Deutschlands im vereinten Europa.

Wir haben dabei auch Gäste gehabt. Meine Damen und Herren, wenn Sie einmal in Ruhe - das ist mein Wunsch - die Vita, die Lebensläufe der einzelnen, die mit uns diskutiert haben, nachlesen, werden Sie mir zustimmen, daß ich mit Stolz sagen kann: Wir haben mit die besten Köpfe aus unserem Land hier zu Gast gehabt.

(Beifall)

Sie waren bei uns und haben mit großem Engagement zu uns gesprochen. Der eine oder andere, der nicht unserer politischen Gemeinschaft angehört und der zum erstenmal auf einem CDU-Parteitag war, hat vielleicht ein völlig neues CDU-Gefühl mit nach Hause genommen.

(Beifall)

So hat sich diese Veranstaltung zu einer Werbung nach allen Seiten entwickelt. Aber das war nicht das Wichtigste. Wir selbst haben dabei die Chance gehabt, dazuzulernen, zuzuhören, ein Stück Nachdenklichkeit zu gewinnen.

Deswegen danke ich noch einmal ganz herzlich denen, die in zum Teil mühsamer Kleinarbeit die Vorarbeiten geleistet haben, nämlich Jürgen Rüttgers und Anton Pfeifer, für ihre kluge Vorbereitung.

(Beifall)

Wir haben hier heute auch wichtige Abstimmungen und wichtige Diskussionen zu bedeutenden Themen gehabt. Natürlich gibt es immer, wenn es zu KampfAbstimmungen kommt, Gefühle der Erleichterung bei denen, die gewonnen haben, und Gefühle der Nichterleichterung bei denen, die für ihr Ziel keine Mehrheit bekommen haben. Aber, liebe Freunde, so ist das eben in einer demokratischen Partei.

Lassen Sie sich nicht dadurch verdrießen, wenn morgen in den Zeitungen steht: Es hat an fünf Stimmen gefehlt. Das ist zwar wahr, aber das ist der Wille der Delegierten gewesen. Das habe ich zu respektieren, und das ist für mich ganz selbstverständlich.

(Beifall)

Aber umgekehrt ist es das freie Recht der Delegierten, auch des Delegierten Helmut Kohl als gewählter Bundesvorsitzender, zu sagen: Dann probieren wir es auf dem nächsten Parteitag eben noch einmal. Das verspreche ich Ihnen ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Im übrigen ist es mein Wunsch, daß, wenn Sie jetzt nach Hause gehen, Kreisparteitag, Bezirksparteitage und Landesparteitage haben, wir im nächsten Jahr, wenn der Bundesvorstand zu wählen ist, diese Wahl so einrichten, daß wir erst den Bundesvorstand wählen und anschließend die Satzungsänderungen angehen. Dann will ich einmal all diejenigen sehen, die sagen: Wir brauchen das nicht.

Es gibt also eine Menge Überlegungen, die mir und Ihnen allen für das nächste Jahr einfallen. Das Wichtigste ist mir dies: Was immer wir heute als Position bezogen haben, was immer wir heute gedacht und wie immer wir heute auch abgestimmt haben - ich hoffe, alle haben begriffen, daß wir nicht auf jenem Stand verbleiben dürfen, den wir schon vor zehn Jahren für unbefriedigend erklärt haben. In dieser Hinsicht muß eine Änderung erfolgen, und zwar so schnell wie möglich, überall wo Christliche Demokraten in Deutschland Kandidaten in der Partei oder für politische Ämter aufzustellen haben.

(Beifall)

Für mich ist dieser Parteitag ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte unserer Partei. Ich denke dabei vor allem an die Zukunftsforen des gestrigen Tages und an den Antrag, den wir zur Europapolitik verabschiedet haben. Wir wollen all dies möglichst rasch in die Partei eintragen. Mein Wunsch und mein Appell an Sie ist, daß wir die zwölf Monate bis zum Partei-



tag im nächsten Jahr nutzen, um weiter an diesen Themen zu arbeiten. 1997 werden wir endgültig über ein Wahlprogramm entscheiden, das die CDU Deutschlands in die Abstimmung mit der CSU für die Bundestagswahl 1998 einzubringen hat. Ich will es noch einmal sagen: Die Wahlperiode, die im Jahre 1998 beginnt, reicht bis zum Jahre 2002. Wir überschreiten die Schwelle eines Jahrhunderts und eines Jahrtausends. Wir haben einen weiten Horizont vor uns. Bei aller Notwendigkeit zur Demut vor der Geschichte können wir auf Grund der Arbeit aus 50 Jahren durchaus auch mit berechtigtem Stolz sagen: Wir erarbeiten uns das Rüstzeug, um auch an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten.

Dazu brauchen wir nicht nur die eigene Partei. Dazu brauchen wir die Zustimmung von vielen Männern und Frauen in Deutschland. Diese Zustimmung gewinnen wir nicht, weil die anderen vielleicht schlechter sind, sondern weil die Menschen im Land überzeugt sind: Wir sind wirklich die Besseren. Wir haben die besseren Konzepte. Wir haben die besseren Persönlichkeiten in den einzelnen Ämtern anzubieten. Und vor allem: Wir sind eine offene Volkspartei. Das wollen wir bleiben, auch wenn Diskussion und Abstimmung manchmal schwierig zu ertragen sind.

So rufe ich Ihnen zu: Lassen Sie uns aufbrechen! Ich werde morgen oder übermorgen noch in Berlin vor der dortigen Wahl und danach - wie viele andere übrigens auch - vor den Landtagswahlen am 24. März in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein tätig sein. Wir haben gute Chancen, aber die Wahlen sind überhaupt noch nicht gewonnen. Es gilt hart zu kämpfen. Es gibt vor allem keine Ausrede: Wir können diese Wahlen nur gewinnen, wenn wir vor Ort zu den Menschen gehen, um ihr Vertrauen werben und es durch Offenheit erwerben. Vor allem müssen wir eins wissen: Wir werden die Wahlsiege und überhaupt die Zukunft nur aus jenem selbstverständlichen Wir-Gefühl als Christdemokraten erringen, das wir 50 Jahre im Auf und Ab unserer Geschichte zu leben versucht haben, aus jener Freundschaft und Kameradschaft, die ich persönlich, aber auch mancher andere vor allem am Montag abend in so eindrucksvoller Weise verspürt hat.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimkehr.

Wir werden unseren Parteitag, wie es der Tradition entspricht, mit dem Lied der Deutschen „Einigkeit und Recht und Freiheit“ beschließen.

(Die Anwesenden erheben sich und  
singen die Nationalhymne -  
Beifall)

**Erwin Teufel**, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß: 13.16 Uhr)

## **ANHANG**

### **Beschlußprotokoll des 7. Parteitages der CDU Deutschlands 16.-18. Oktober 1995 in Karlsruhe**

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8.1 Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8.2 Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Wahlen
- 10.1 Wahl eines Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 10.2 gegebenenfalls:  
Nachwahl eines Mitgliedes des Präsidiums der CDU Deutschlands
- 11.1 Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
- 11.2 Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
12. Antrag des Bundesvorstandes:  
„Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“
- 12.1 Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes:  
„Die Europäische Union voranbringen - Leitsätze der CDU Deutschlands“
- 12.2 Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes:  
„Die Europäische Union voranbringen - Europäische Leitsätze der CDU Deutschlands“
13. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XI. EVP-Kongreß in Madrid

- 14.1 Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 14.2 Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 15. „Die Tagesordnung der Zukunft - Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“
  - 15.1 Einführung
  - 15.2 Referate
  - 15.3 Plenumsdiskussion
  - 15.4 Foren
  - 15.5 Berichte aus den Foren
  - 15.6 Aussprache zu den Berichten aus den Foren
- 16. Sonstige Anträge
- 17. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1993 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
- 18. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 19. Antrag des Bundesvorstandes: „Reform der Parteiarbeit“
  - 19.1 Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes: „Reform der Parteiarbeit“
  - 19.2 Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes: „Reform der Parteiarbeit“
- 20. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 16.10.1995 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

<b>Tagungspräsident:</b>	Erwin Teufel MdL LV Baden-Württemberg
<b>Besitzer:</b>	
LV Baden-Württemberg:	Volker Kauder MdB Dr. Annette Schavan Gerhard Weiser MdL
LV Berlin:	Dr. Hanna-Renate Laurien MdA
Brandenburg:	Carola Hartfelder MdL
LV Bremen:	Bernd Neumann MdB
Hamburg:	Dirk Fischer MdB
LV Hessen:	Petra Roth Inge Velte MdL
LV Mecklenburg-Vorpommern:	Renate Holznagel MdL

CDU in Niedersachsen:	Christian Wulff MdL
LV Braunschweig:	Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB
LV Oldenburg:	Manfred Carstens MdB
LV Nordrhein-Westfalen:	Dr. Helmut Linsen MdL
	Herbert Reul MdL
	Elke Wülfing MdB
LV Rheinland-Pfalz:	Johannes Gerster
	Josef Rosenbauer
LV Saar:	Peter Jacoby MdB
LV Sachsen:	Maria Michalk
LV Sachsen-Anhalt:	Marion Fischer MdL
LV Schleswig-Holstein:	Dr. Ottfried Hennig MdL
LV Thüringen:	Johanna Arenhövel MdL
Evangelischer Arbeitskreis:	Christine Lieberknecht MdL
Frauen-Union:	Irmgard Karwatzki MdB
Junge Union:	Klaus Escher
Kommunalpolitische Vereinigung:	Meinrad Belle MdB
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung:	Klaus E. Bregger
Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung:	Helmut Sauer
Senioren-Union:	Dr. Bernhard Worms
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft:	Hermann Mühlbeyer MdL
EVP-Fraktion:	Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
	Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Zu TOP 4:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs.3 GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Peter Hintze MdB
<b>Stellv. Vorsitzender:</b>	Hans-Joachim Reck
<b>Weitere Mitglieder:</b>	
LV Baden-Württemberg:	Dr. Renate Hellwig MdB
	Volker Kauder MdB
	Hans-Peter Reppnik MdB
LV Berlin:	Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdB

LV Brandenburg:	Anne-Karin Glase MdEP
LV Bremen:	Bernd Neumann MdB
LV Hamburg:	Birgit Schnieber-Jastram MdB
LV Hessen:	Hannelore Rönsch MdB Roland Koch MdL
LV Mecklenburg-Vorpommern: CDU in Niedersachsen:	Dr. Angela Merkel MdB Rudolf Seiters MdB Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP R. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
LV Nordrhein-Westfalen:	Karl Lamers MdB Dr. Reinhard Göhner MdB Regina van Dinkerhoff MdL Herbert Reul MdL Dr. Jürgen Rüttgers MdB
LV Rheinland-Pfalz:	Dr. Maria Böhmer MdB Christoph Böhr MdL
LV Saar:	Doris Pack MdEP
LV Sachsen:	Dr. Fritz Hähle MdL Friederike de Haas MdL Carmen Stange MdL
LV Sachsen-Anhalt:	Brita Schmitz-Hübisch MdL
LV Schleswig-Holstein:	Claudia Nolte MdB
LV Thüringen:	Klaus Escher
Junge Union:	Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Frauen-Union:	
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft:	Rainer Eppelmann MdB
Kommunalpolitische Vereinigung:	Jochen-Konrad Fromme
Mittelstands- und Wirtschafts- vereinigung:	Klaus E. Bregger
Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung:	Helmut Sauer
Senioren-Union:	Dr. Bernhard Worms
Wirtschaftsrat:	Dr. Dieter Murmann

#### **Zu TOP 5:**

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

<b>Vorsitzender:</b>	<b>Raimund Gründler</b> Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Baden-Württemberg
<b>Besitzer:</b>	<b>Wulf Rüdiger Brocke</b> Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Hamburg

**Günther Feldhaus**  
Landesgeschäftsführer  
des Landesverbandes Oldenburg

**Andreas Minschke**  
Landesgeschäftsführer  
des Landesverbandes Thüringen

**Bernd Reisener**  
Landesgeschäftsführer  
des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

**Friedrich Claudius Schlumberger**  
Leiter der Hauptabteilung Organisation  
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Zu TOP 6:** In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:** Hans-Joachim Woelke  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Stellv. Vorsitzender:** Martin Fernbach  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Besitzer:**

Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer KV Vogelsberg
Bernhard Albrecht	Kreisgeschäftsführer KV Bonn
Marlis Badelt	Landesverband Brandenburg
Waldemar Bartels	Kreisgeschäftsführer KV Gifhorn
Renate Baum	Kreisgeschäftsführerin KV Enzkreis-Pforzheim
Detlev Bendel	Kreisgeschäftsführer KV Wiesbaden
Hans Bender	Kreisgeschäftsführer KV Siegen-Wittgenstein
Mechthild Besserer	Kreisgeschäftsführerin KV Lahn-Dill
Cornelia Bischof	Landesverband Sachsen
Georg Brokelmann	Kreisgeschäftsführer KV- Stade
Georg Brummundt	Kreisgeschäftsführer KV Minden-Lübecke
Karl-Heinz Enderes	Kreisgeschäftsführer KV Rhein-Sieg
Rolf Figula	Kreisgeschäftsführer KV Verden/Aller
Paul Frech	Kreisgeschäftsführer KV Ennepe-Ruhr
Brigitte Hasche	Kreisgeschäftsführerin KV Lüchow-Dannenberg
Harald Hempel	Kreisgeschäftsführer KV Potsdam-Mittelmark
Arno Hildebrand	Kreisgeschäftsführer KV Bielefeld
Heinz Werner Janßen	Kreisgeschäftsführer KV Emden

Hans-Josef Kampe	Kreisgeschäftsführer KV Viersen
Karl-Ferdinand Kinting	Kreisgeschäftsführer KV Aachen
Rolf Klostermann	Kreisgeschäftsführer KV Münster
Roswitha Machel	Kreisgeschäftsführer KV Uelzen
Gerhard Martin	Kreisgeschäftsführer KV Eichsfeld
Heinrich A. Mikus	Kreisgeschäftsführer KV Mülheim/Ruhr
Gerd Ozimek	Kreisgeschäftsführer KV Düsseldorf
Kerstin Pöhl	Kreisgeschäftsführerin KV Wetterau
Hans-Georg Pelzer	Kreisgeschäftsführer KV Neuss
Gerhard Quast	Kreisgeschäftsführer KV Goslar
Dieter Ramm	Kreisgeschäftsführer KV Güstrow
Waltraud Reiss	Kreisgeschäftsführerin Karlsruhe-Land
Dieter Richter	Kreisgeschäftsführer KV Elbe-Elster
Siegbert Schrader	Kreisgeschäftsführer KV Göltzschtal
Günter Schulze	Kreisgeschäftsführer KV Unna
Margrit Seehaus	Kreisgeschäftsführerin KV Dahme-Spreewald
Peter Seufert	Kreisgeschäftsführer KV Rhein-Neckar
Thomas Spiiker	Kreisgeschäftsführer KV Oberhausen
Günther Weber	Kreisgeschäftsführer KV Koblenz
Peter Wettenmann	Kreisgeschäftsführer KV Biberach
Marco Wirtz	Kreisgeschäftsführer KV Duisburg
Hermann J. Wolff	Kreisgeschäftsführer KV Köln

**Zu TOP 8.1/2:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Partelvorsitzenden**, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht war 1 Anlage beigefügt.

**Zu TOP 9:** **Bericht der Mandatsprüfungskommission:**  
Die Mandatsprüfungskommission des 7. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete am Montag, den 16. Oktober 1995, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.50 Uhr von den 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten des 7. Parteitages 911 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Raimung Gründer      gez. Günther Feldhaus  
gez. Andreas Minschke      gez. Bernd Reisener  
gez. F.C.Schlumberger

Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Mandatprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 10:**      Wahlen

**Zu TOP 10.1:**      Wahl eines **Stellvertretenden Vorsitzenden** der CDU Deutschlands:

Es wurde gewählt: **Christoph Bergner**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	753
Enthaltungen:	23
Ungültig:	3

Gültige Stimmen:	727
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	364
Ja:	689
Nein:	38

**Zu TOP 10.2.:**      Nachwahl eines **Mitglieds des Präsidiums** der CDU Deutschlands

Es wurde gewählt: **Rainer Eppelmann**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	660
Enthaltungen:	11
Ungültig:	—

Gültige Stimmen:	649
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	325
Ja:	618
Nein:	31

**Zu TOP 11.1/2:**      Der 7.Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 12.1/12.2:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Antrag des Bundesvorstandes „**Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:



(Der Wortlaut der Anträge A 1 - A 80 und A 81 - A 83 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 7. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge I und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag A 1
- Annahme von Antrag von Antrag A 2 idF der AK
- Annahme von Antrag A 3 idF der AK
- Annahme von Antrag A 4 idF der AK
- Annahme von Antrag A 5
- Ablehnung von Antrag A 6
- Überweisung von Antrag A 7 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag A 8 idF der AK
- Annahme von Antrag A 9 idF der AK
- Annahme von Antrag A 10
- Antrag A 11 wurde zurückgezogen.
- Ablehnung von Antrag A 12
- Annahme von Antrag A 13
- Annahme von Antrag A 14 idF der AK
- Überweisung von Antrag A 15 an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- Annahme von Antrag A 16 idF der AK
- Annahme von Antrag A 17
- Überweisung von Antrag A 18 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag von Antrag A 19
- Annahme von Antrag A 20 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A 21
- Ablehnung von Antrag 22'
- Annahme von Antrag A 23 idF der AK
- Annahme von Antrag A 24 idF der AK
- Annahme von Antrag A 25 idF der AK
- Annahme von Antrag A 26 idF der AK
- Annahme von Antrag A 27 idF der AK
- Annahme von Antrag A 28 idF der AK
- Annahme von Antrag A 29 idF der AK
- Annahme von Antrag A 30 idF der AK
- Annahme von Antrag A 31 idF der AK
- Annahme von Antrag A 32 idF der AK
- Annahme von Antrag A 33 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A 34
- Annahme von Antrag A 35 idF der AK
- Annahme von Antrag A 36 idF der AK
- Annahme von Antrag A 37 idF der AK
- Annahme von Antrag A 38 idF der AK
- Annahme von Antrag A 39 idF der AK
- Annahme von Antrag A 40 idF der AK

- Annahme von Antrag A 41 idF der AK
- Überweisung von Antrag A 42 an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- Annahme von Antrag A 42 idF der AK
- Annahme von Antrag A 43 idF der AK
- Annahme von Antrag A 44 idF der AK
- Annahme von Antrag A 45 idF der AK
- Annahme von Antrag A 46 idF der AK
- Überweisung von Antrag A 47 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag A 48 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A 49
- Überweisung von Antrag A 50 an die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
- Ablehnung von Antrag A 51
- Annahme von Antrag A 52
- Überweisung von Antrag A 53 an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- Annahme von Antrag A 54
- Annahme von Antrag A 55
- Annahme von Antrag A 56 idF der AK
- Annahme von Antrag A 57 idF der AK
- Annahme von Antrag A 58 idF der AK
- Ablehnung von Antrag
- Annahme von Antrag A 60 idF der AK
- Annahme von Antrag A 61 idF der AK
- Annahme von Antrag A 62 idF der AK
- Annahme von Antrag A 63 idF der AK
- Annahme von Antrag A 64 idF der AK
- Annahme von Antrag A 65 idF der AK
- Annahme von Antrag A 66 (die Ziffernfolge im Europa-Programm ist jeweils um 1 erhöht)
- Erledigung von Antrag A 67
- Ablehnung von Antrag A 68
- Ablehnung von Antrag A 69
- Ablehnung von Antrag A 70
- Annahme von Antrag A 71
- Überweisung von Antrag A 72 an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- Annahme von Antrag A 73 idF der AK
- Annahme von Antrag A 74 idF der AK
- Annahme von Antrag A 75 idF der AK
- Annahme von Antrag A 76 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A 77
- Annahme von Antrag A 78 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A 79
- Ablehnung von Antrag A 80
- Annahme von Antrag A 81 idF der AK
- Annahme von Antrag A 82 idF der AK
- Annahme von Antrag A 83 idF der AK

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht. Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.

In der Schlußabstimmung wurde der Beschluß „Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“ in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Die endgültige Fassung des Beschlusses „Die Europäische Union voranbringen - Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands“ ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 7. Parteitages der CDU Deutschlands.

**Zu TOP 13:** Die Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU Deutschlands zum XI. EVP-Kongreß 1995 in Madrid hatte folgendes Ergebnis:

**Ordentliche Mitglieder:**

Monika Beck MdL  
Dr. Arnold Fuchs  
Meinhard Füllner MdL  
Frieder Fundis  
Michael Gahler  
Torsten Geerds MdL  
Klaus-Dieter Götz  
Traute Grundmann MdL  
Martin Habermann MdL  
Dr. Sigmund Heller  
Dr. Heinrich Hoffschulte  
Dr. Eilke Hofmann  
Dr. Bernd Huck  
Ilka Keller MdL  
Dr. Egon Klepsch  
Klaus-Dieter Kühnrich MdL  
Dr. Albrecht Magen  
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer  
Dr. Horst Metz MdL  
Prof. Dr. Horst Posdorf MdL  
Thomas Röwekamp MdBB  
Volker Schlimpf MdL  
Patrick Warnking  
Hartmut Ziehlike

**Stellvertreter:**

Klaus Bürger MdBB  
Dieter Ernst  
Wilhelm Hogrefe MdL  
Rainer Kliche  
Bernhard Peitz  
Birgit Pohl  
Karl Rauber MdL  
Heribert Scharrenbroich  
Jürgen Wahl  
Konrad Wilczek

**Zu TOP 14.1/2:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB**, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht war 1 Anlage beigefügt.

**Zu TOP 15/  
15.1 - 15.6:**

Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nimmt den Einführungsvortrag von Bundesminister **Dr. Jürgen Rüttgers MdB** in das Thema „Die Tagesordnung der Zukunft - Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“

sowie die Fach-Referate

von **Prof. phil. Wolfgang Frühwald**: „Aufbruch in das 21. Jahrhundert - Fortschritts- und Modernitätsverständnis in Deutschland „,

**Prof. Dr. phil. Ludger Kühnhardt**: „Glück - Sicherheit - Verantwortung - Freiheitserwartungen im vereinten Deutschland“

und von **Prof. Dr. rer. nat. Hubert Markl**: „Gegenwart der Zukunft - Herausforderungen für morgen“

zustimmend zur Kenntnis.

Ebenfalls nimmt er folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis:

Generalsekretär **Peter Hintze MdB** zum Parteitags-Forums 1: „Die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung“,

Ministerpräsident **Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL** zum Forum 2: „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“,

Ministerpräsident **Erwin Teufel MdL** zum Forum 3: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“

und von Bundesministerin **Dr. Angela Merkel MdB** zum Forum 4: „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept“

Den Wortlaut des Einführungsvortrages, der Fachreferate und der Berichte enthält das Wortprotokoll dieses Parteitages.

**Zu TOP 16:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Sonstigen Anträge** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

Der Wortlaut der Anträge C 1 - C 89 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 7. Parteitages der CDU Deutschlands oder zusammen mit den Initiativanträgen von minde-

stens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge II und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.

- Annahme von Antrag C 1 idF der AK und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 2 idF der AK
- Annahme von Antrag C 3 idF der AK und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 5 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag C 6 idF der AK.
- Annahme von Antrag C 7 idF der AK
- Überweisung von Antrag C 8 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 9 an den BFA Bildung, Forschung und Kultur
- Annahme von Antrag C 10
- Überweisung von Antrag C 11 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Antrag C 12 wurde zurückgezogen.
- Überweisung von Antrag C 13 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 14 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 15 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 16 idF der AK
- Ablehnung von Antrag C17 und stattdessen Annahme einer Beschlüßvorlage der AK
- Ablehnung von Antrag C 18
- Überweisung von Antrag C 19 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 20 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 21 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 22 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 23 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 24 idF der AK und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 25 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 26 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 27 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag C 29 durch Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 30 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 31 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- Überweisung von Antrag C 33 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 34 idF der AK
- Annahme von Antrag C 35 idF der AK
- Überweisung von Antrag C 36 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 37 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 38 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 39 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C 40 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Überweisung von Antrag C 41 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 42 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 43 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 44 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 45
- Annahme von Antrag C 46
- Annahme von Antrag C 47
- Überweisung von Antrag C 48 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 49 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 50 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 51
- Überweisung von Antrag C 52 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 53 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 54 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 55 idF der AK
- Überweisung von Antrag C 56 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 57 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 58 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 59 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 60 idF der AK
- Überweisung von Antrag C 61 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 62 idF der AK
- Annahme von Antrag C 63 idF der AK
- Annahme von Antrag C 64 idF der AK
- Überweisung von Antrag C 65 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 66 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 67 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Antrag C 68 wurde zurückgezogen.
- Überweisung von Antrag C 69 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag C 70
- Antrag C 71 wurde zurückgezogen.
- Überweisung von Antrag C 72 an den Bundesvorstand
- Ablehnung von Antrag C 73
- Ablehnung von Antrag C 74
- Ablehnung von Antrag C 75
- Überweisung von Antrag C 76 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C 77 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag C 78
- Ablehnung von Antrag C 79
- Überweisung von Antrag C 80 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 81
- Überweisung von Antrag C 82 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 83
- Überweisung von Antrag C 84 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C 85 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C 86 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Überweisung von Antrag C 87 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C 88
- Überweisung von Antrag C 89 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht. Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 7. Parteitages der CDU Deutschlands.

**Zu TOP 17:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Rechenschaftsbericht 1993** gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 18:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des **Generalsekretärs, Peter Hintze MdB**, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 3 Anlagen beigelegt.

**Zu TOP 19/19.1:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die **Einführungs-Rede des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB**, zu dem Antrag des Bundesvorstandes „**Grundsätze für eine Reform der Parteilarbeit - Änderungen des Satzungsrechts der CDU**“ zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 19.2:** Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Antrag des Bundesvorstandes „**Grundsätze für eine Reform der Parteilarbeit - Änderungen des Satzungsrechts der CDU**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

Der Wortlaut der Anträge B 1 - B 166 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 7. Parteitages der CDU Deutschlands oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge II und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.

- Überweisung von Antrag B 1 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag B 2 an den Bundesvorstand
- Ablehnung von Antrag B 3
- Ablehnung von Antrag B 4
- Überweisung von Antrag B 5 an den Bundesvorstand
- Ablehnung von Antrag B 6
- Annahme von Antrag B 7
- Annahme von Antrag B 8 idF der Bundesgeschäftsstelle

- Annahme von Antrag B 9 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Annahme von Antrag B 10 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Annahme von Antrag B 11 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Ablehnung von Antrag B12
- Annahme von Antrag B 13 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Annahme von Antrag B 14 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Annahme von Antrag B 15 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Ablehnung von Antrag B 16
- Ablehnung von Antrag B 17
- Ablehnung von Antrag B 18
- Ablehnung von Antrag B 19
- Ablehnung von Antrag B 20
- Annahme von Antrag B 21 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Ablehnung von Antrag B 22
- Annahme von Antrag B 23 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Ablehnung von Antrag B 24
- Ablehnung von Antrag B 25
- Ablehnung von Antrag B 26
- Ablehnung von Antrag B 27
- Ablehnung von Antrag B 28
- Annahme von Antrag B 29 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Annahme von Antrag B 30 idF der Bundesgeschäftsstelle
- Ablehnung von Antrag B 31
- Annahme von Antrag B 32 idF der AK
- Ablehnung von Antrag B 33
- Annahme von Antrag B 34 idF der AK
- Annahme von Antrag B 35
- Annahme von Antrag B 36
- Annahme von Antrag B 37 idF der AK
- Erledigung von Antrag B 38
- Ablehnung von Antrag B 39
- Erledigung von Antrag B 40
- Annahme von Antrag B 41 idF der AK
- Annahme von Antrag B 42 idF der AK
- Annahme von Antrag B 43 idF der AK
- Annahme von Antrag B 44 idF der AK
- Annahme von Antrag B 45 idF der AK
- Ablehnung von Antrag B 46
- Ablehnung von Antrag B 47
- Ablehnung von Antrag B 48
- Ablehnung von Antrag B 49
- Ablehnung von Antrag B 50
- Erledigung von Antrag B 51
- Erledigung von Antrag B 52
- Ablehnung von Antrag B 53
- Ablehnung von Antrag B 54



- Erledigung von Antrag B 55
- Ablehnung von Antrag B 56
- Ablehnung von Antrag B 57  
(331 ja, 417 nein, 7 Enthaltungen, 5 ungültig)
- Ablehnung von Antrag B 58
- Ablehnung von Antrag B 59
- Ablehnung von Antrag B 60
- Ablehnung von Antrag B 61
- Ablehnung von Antrag B 62
- Ablehnung von Antrag B 63
- Ablehnung von Antrag B 64
- Ablehnung von Antrag B 65
- Ablehnung von Antrag B 66
- Ablehnung von Antrag B 67
- Ablehnung von Antrag B 68
- Ablehnung von Antrag B 69
- Annahme von Antrag B 70
- Ablehnung von Anträge B 71
- Ablehnung von Antrag B 72
- Annahme von Antrag B 73
- Ablehnung von Antrag B 74
- Annahme von Antrag B 75
- Ablehnung von Antrag B 76
- Annahme von Antrag B 77
- Annahme von Antrag B 78
- Ablehnung von Antrag B 79  
(496 ja, 288 nein, Enthaltungen 6, ungültig 31;  
keine satzungsändernde Mehrheit)
- Erledigung von Antrag B 80
- Erledigung von Antrag B 81
- Erledigung von Antrag B 82
- Erledigung von Antrag B 83
- Erledigung von Antrag B 84
- Erledigung von Antrag B 85
- Erledigung von Antrag B 86
- Erledigung von Antrag B 87
- Erledigung von Antrag B 88
- Erledigung von Antrag B 89
- Erledigung von Antrag B 90
- Erledigung von Antrag B 91
- Erledigung von Antrag B 92
- Erledigung von Antrag B 93
- Erledigung von Antrag B 94
- Erledigung von Antrag B 95
- Erledigung von Antrag B 96
- Erledigung von Antrag B 97

- Erledigung von Antrag B 98
- Erledigung von Antrag B 99
- Erledigung von Antrag B 100
- Erledigung von Antrag B 101
- Erledigung von Antrag B 102
- Erledigung von Antrag B 103
- Erledigung von Antrag B 104
- Erledigung von Antrag B 105
- Erledigung von Antrag B 106
- Erledigung von Antrag B 107
- Annahme von Antrag B 108
- Annahme von Antrag B 109
- Erledigung von Antrag B 110
- Erledigung von Antrag B 111
- Erledigung von Antrag B 112
- Erledigung von Antrag B 113
- Erledigung von Antrag B 114
- Erledigung von Antrag B 115
- Annahme von Antrag B 116
- Annahme von Antrag B 117 idF der AK
- Annahme von Antrag B 118 idF der AK
- Annahme von Antrag B 119 idF der AK
- Annahme von Antrag B 120
- Annahme von Antrag B 121
- Annahme von Antrag B 122
- Annahme von Antrag B 123
- Ablehnung von Antrag B 124
- Annahme von Antrag B 125
- Annahme von Antrag B 126
- Ablehnung von Antrag B 127
- Erledigung von Antrag B 128
- Erledigung von Antrag B 129
- Erledigung von Antrag B 130
- Erledigung von Antrag B 131
- Erledigung von Antrag B 132
- Erledigung von Antrag B 133
- Erledigung von Antrag B 134
- Erledigung von Antrag B 135
- Erledigung von Antrag B 136
- Erledigung von Antrag B 137
- Erledigung von Antrag B 138
- Annahme von Antrag B 139
- Annahme von Antrag B 140
- Ablehnung von Antrag B 141
- Annahme von Antrag B 142 idF der AK
- Erledigung von Antrag B 143

- Erledigung von Antrag B 144
- Erledigung von Antrag B 145
- Annahme von Antrag B 146 idF der AK
- Erledigung von Antrag B 147
- Erledigung von Antrag B 148
- Erledigung von Antrag B 149
- Erledigung von Antrag B 150
- Erledigung von Antrag B 151
- Erledigung von Antrag B 152
- Erledigung von Antrag B 153
- Erledigung von Antrag B 154
- Erledigung von Antrag B 155
- Erledigung von Antrag B 156
- Erledigung von Antrag B 157
- Erledigung von Antrag B 158
- Erledigung von Antrag B 159
- Erledigung von Antrag B 160
- Erledigung von Antrag B 161
- Erledigung von Antrag B 162
- Erledigung von Antrag B 163
- Annahme von Antrag B 164
- Annahme von Antrag B 165
- Annahme von Antrag B 166

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht. Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 7. Parteitages der CDU Deutschlands.

# Die Europäische Union voranbringen

## Europapolitische Leitsätze der CDU Deutschlands

1. Die europäische Einigung ist unverzichtbarer Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert können wir Europäer die großen Aufgaben und Herausforderungen nur gemeinsam und in enger Zusammenarbeit bewältigen. Die CDU als die deutsche Europapartei tritt dafür ein, den Prozeß der europäischen Einigung zielstrebig und bürgernah voranzubringen und sie dadurch unumkehrbar zu machen.

Mit unserem Bekenntnis zur europäischen Einigung verbinden wir eine klare Absage an überholten Nationalismus und an jede Form von nationalem Hegemonialstreben, deren furchtbare Folgen an den Kriegsschauplätzen in Europa abzulesen sind. Die europäische Einigung ist die einzige Möglichkeit, die nationale und kulturelle Identität jedes europäischen Volkes zu wahren und zugleich Konflikte auf friedliche und demokratische Weise zu lösen. Deshalb wollen wir die Menschen in Deutschland für die europäische Idee gewinnen.

### I. Die Europäische Union vertiefen

2. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit, zur Sicherung ihrer demokratischen Legitimität und zur Erhöhung der Transparenz europäischen Handelns wie auch zur Vorbereitung auf die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten muß die Europäische Union vertieft werden. Dies ist Aufgabe der Regierungskonferenz 1996.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen in gleicher Weise an der fortschreitenden europäischen Integration teilnehmen können, jedoch darf die Verweigerung einzelner Mitgliedstaaten Integrationsfortschritte nicht aufhalten.

### Außen- und sicherheitspolitisch wirksamer handeln

3. Der politische Wille, gemeinsam zu handeln, ist die entscheidende Voraussetzung für eine europäische Außenpolitik. Das bisherige Entscheidungsverfahren zur Herstellung dieses gemeinsamen politischen Willens muß weiterentwickelt werden. Deshalb sollten Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die keine militärischen Auswirkungen haben, mit qualifizierter (doppelter) Mehrheit entschieden werden (d.h. einer Mehrheit der Staaten und einer Mehrheit der Bevölkerung, die diese Staaten vertreten). Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die militärische Auswirkungen haben, insbesondere über den Einsatz militärischer Mittel, sollten derart entschieden werden, daß einerseits eine Minderheit von Staaten die Mehrheit am gemeinsamen Handeln nicht hindern und andererseits kein Land gegen seinen Willen zum gemeinsamen Handeln verpflichtet werden kann. Die Solidarität der nichtteilnehmenden Staaten muß dabei auch in der gemeinsamen Finanzierung ihren Ausdruck finden.

4. Die bei der Kommission, aber auch beim Rat, bei der WEU sowie bei den Mitgliedstaaten vorhandenen Kapazitäten zur Analyse und Planung sowie zur Überwachung der Durchführung von Ratsentscheidungen müssen in einer dafür geeigneten ständigen Instanz zusammengeführt werden. Diese soll die Aufgabe wahrnehmen, dem Rat in enger Abstimmung mit der Kommission rechtzeitig geeignete Vorschläge zur Durchführung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorzulegen und die Durchführung der Entscheidungen des Rates sicherzustellen sowie eine geschlossene Außenvertretung der Union zu gewährleisten.
5. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muß künftig auch als integralen Bestandteil eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und Verteidigung einschließen. Die Europäische Union muß ihren eigenständigen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa leisten können. Mittelfristig wollen wir dafür die WEU als „europäischen Pfeiler“ der Atlantischen Allianz in die Europäische Union integrieren. Bis dahin soll der Europäische Rat die Richtlinienkompetenz für Fragen der europäischen Verteidigung erhalten, so daß die WEU aufgrund der politischen Vorgaben der EU tätig werden soll. Die NATO bleibt unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit.
6. Die Stärkung der europäischen Verteidigungsidentität muß einhergehen mit dem Ausbau einer umfassenderen transatlantischen Bindung auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Sicherheit, Wissenschaft und Kultur. Notwendig ist eine abgestimmte transatlantische Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen.

#### **Innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit verbessern**

7. Die Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen, in dem die Freizügigkeit des Wohnens, Arbeitens und Wirtschaftens gewährleistet ist, erfordert, daß auch die Rechts- und Innenpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiter und enger zusammengeführt und die rechtsstaatlichen Gemeinschaftsstrukturen durch Harmonisierung weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch die schrittweise sektorale Einbeziehung der Innen- und Rechtspolitik in das Gemeinschaftsverfahren.
8. Die Europäische Union soll die Regelungsbefugnisse für das gemeinschaftliche Zutritts- und Zuwanderungsrecht sowie das Visa-, Asyl- und Flüchtlingsrecht übertragen bekommen.
9. EUROPOL muß im Bereich schwerwiegender Formen internationaler Kriminalität zu einem europäischen Kriminalamt mit eigenen operativen Befugnissen ausgebaut werden. EUROPOL soll der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlamentes sowie der gerichtlichen Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes unterliegen. Die nationalen Polizeibehörden müssen die Befugnis erhalten, erweitert grenzüberschreitend in Ermittlung und Fahndung tätig werden zu können.
10. Die Sicherheit, die eine gemeinsame Innen- und Rechtspolitik schafft, darf nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union halt machen. Der Schengen-Prozeß ist mit dem Ziel der Sicherung der Außengrenzen der Partnerländer schrittweise auszudehnen und diese „Sicherheitspartnerschaft“ auch solchen Ländern anzubieten, die noch nicht Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind. Zusammen mit den EFTA-Staaten sowie den assoziierten Staaten in Mittel- und Osteuropa und im europäischen Mittelmeerraum wollen wir einen Europäischen Sicherheitsraum schaffen, in dem die EU-Regelungen möglichst vollständig angewendet werden.

## **Das Subsidiaritätsprinzip stärken**

11. Das Subsidiaritätsprinzip ist eine politische Leitidee für die Europäische Union. Es garantiert Bürgernähe und den Erhalt der regionalen Vielfalt Europas. Die Stellung der deutschen Länder im föderativen Aufbau muß erhalten bleiben. Wir setzen uns für den verstärkten Ausbau der regionalen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein.

Das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages ist fortzuentwickeln. Die Europäische Union soll nur dann tätig werden, wenn die zu bewältigenden Aufgaben auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend gelöst werden können. Insbesondere sind Anzahl und Umfang von Verordnungen und Richtlinien zu verringern. Auch der Europäischen Union vertraglich zugewiesene Zuständigkeiten müssen darauf überprüft werden. Im Verfahrensrecht sollten nur dann Verordnungen erlassen werden, wenn das Regelungsinstrumentarium der Richtlinie nicht ausreichend ist.

## **Institutionelle Reformen durchführen**

12. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiterentwickelt werden, damit es künftig zu einem neben dem Rat gleichberechtigten Gesetzgeber wird. Die gegenwärtig unterschiedlichen Gesetzgebungsverfahren müssen reduziert sowie einheitlicher und effizienter ausgestaltet, das Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Parlament muß der Regelfall werden. Das Europäische Parlament soll ein eigenes Initiativ-Recht erhalten. In den intergouvernementalen Politikbereichen muß das Europäische Parlament stärker an der Entscheidungsfindung und Beratung beteiligt werden.

13. Die Führung des Rates sollte durch größere Kontinuität gestärkt werden.

Entsprechend der Funktion des Rates als Gesetzgeber sollte eine qualifizierte Mehrheit des Rates das Recht haben, Vorschläge zur Rechtsetzung einzubringen.

Entscheidungen im Rat sollten bei der gemeinschaftlichen Rechtsetzung in der Regel mit Mehrheit getroffen werden. Dies könnte bei Vorliegen einer spezifischen Mehrheit auch für Vertragsänderungen und für das Inkrafttreten von Beitritten gelten. Finanz- und Steuerfragen sollten bis auf weiteres einstimmig entschieden werden. Ziel muß sein, auch in diesen Fragen das Mehrheitsprinzip einzuführen.

14. Die demokratische Legitimation der Europäischen Kommission als maßgeblichem ausführenden Organ der Europäischen Union muß weiter gestärkt werden.

## **II. Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden**

15. Der integrierte europäische Wirtschaftsraum ist für Deutschland besonders wichtig; mehr als zwei Drittel unserer Exporte gehen in die Europäische Union. Wir setzen uns daher für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ein. Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Währung bleibt die dauerhafte Erfüllung der strengen Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages. Die Sicherung einer dauerhaft integrierten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten im europäischen Währungsgebiet ist Voraussetzung für eine funktionierende Währungsunion.

16. Unser Leitbild für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Europäischen Union ist die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Wir wollen gemeinsam die Strukturpro-

bleme der europäischen Staaten lösen, Bürokratie abbauen, Deregulierung und Privatisierung beschleunigen und damit insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit steigern und die Attraktivität des Standortes Europa verbessern.

17. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist der Ausbau der Infrastruktur über die Mitglieder hinaus. Die transeuropäischen Netze für Verkehr, Energie und Telekommunikation müssen gemeinsam konzipiert und ausgebaut werden.
18. Unsere Bemühungen, die wirtschaftliche Stabilität Europas zu sichern, müssen gleichzeitig dem Schutz der Umwelt Rechnung tragen. Wir fordern deshalb zur Verwirklichung einer europäischen Umwelt-Union eine EU-weite Angleichung der Umweltgesetze auf hohem Niveau sowie eine europaweit einheitliche Kontrolle und Bestrafung bei Verstößen. „Nachhaltige Entwicklung“ sollte Aufgabe der Gemeinschaft und ein Ziel der Union werden. Beim Integrationsprinzip sollte klargestellt werden, daß die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitik einbezogen werden müssen.
19. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt weiterhin eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. Besonders wichtig ist für sie die Verwirklichung der Währungsunion. Gleichzeitig müssen der eingeschlagene Weg der EU-Agrarpolitik zur Marktentlastung und Einkommenssicherung einschließlich der dauerhaft sicheren Ausgleichszahlungen und der Honorierung der Umwelleistungen der Landwirtschaft konsequent weiterverfolgt und Wettbewerbsverzerrungen in der Europäischen Union abgebaut werden. Wir wollen, daß unsere auf Nachhaltigkeit ausgerichtete bäuerliche Landwirtschaft einschließlich der flächengebundenen tierischen Veredlung eine Zukunft in Europa hat.
20. Wir setzen uns ein für ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa. Wir wollen die Europäische Sozialcharta EU-weit verwirklichen. Wir treten dafür ein, die Kräfte Europas zu bündeln für Innovationen, wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und zukunftssichere Arbeitsplätze.

### **III. Die Europäische Union erweitern**

21. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Nachkriegsordnung hat sich erstmals die Möglichkeit einer friedlichen Einigung der Völker Europas eröffnet. Zu Recht fordern die Staaten Mittel- und Osteuropas Teilhabe an der im Westen durch die europäische und transatlantische Integration erreichten Stabilität, Prosperität und Sicherheit. Dies entspricht in besonderer Weise dem deutschen und auch dem gesamteuropäischen Interesse.
22. Wir setzen uns dafür ein, daß erste mittelosteuropäische Staaten, die die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen, um das Jahr 2000 in die Europäische Union aufgenommen werden, wobei diesen Ländern wie bisher Übergangsfristen für bestimmte europäische Politikbereiche eingeräumt werden können. Anderen mittel- und osteuropäischen Staaten sind zugleich glaubwürdige Perspektiven für einen späteren Beitritt aufzuzeigen. Bis zu ihrem Beitritt ist die Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern und der Europäischen Union weiter auszubauen.

23. Zwischen der Erweiterung der Europäischen Union und der Erweiterung der westlichen Verteidigungsorganisationen NATO und WEU besteht ein enger Zusammenhang. Um für jedes Mitglied der Europäischen Union denselben sicherheitspolitischen Status gewährleisten zu können, streben wir an, daß alle EU-Mitglieder auch NATO-Mitglieder und WEU-Mitglieder werden. Dabei kann die Integration in die NATO einer EU-Mitgliedschaft vorausgehen.
24. Sicherheit und Stabilität in Europa können nur mit und nicht gegen Rußland geschaffen werden. Ein gefestigtes, demokratisches Rußland ist eine der Grundvoraussetzungen für eine gesamteuropäische Friedensordnung. Deshalb wollen wir den Aufbau einer umfassenden und ausgewogenen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO einerseits und Rußland andererseits, die der europäischen Sicherheit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Stabilität dient und die Rußlands Stellung in Europa, seinem historischen Rang und seiner Würde gerecht wird. Für die umfassende sicherheitspolitische Partnerschaft mit Rußland kommt der OSZE eine besondere Bedeutung zu.



# Reform der Parteiarbeit

## I. Grundsätze für eine Reform der Parteiarbeit

### Präambel

1. Die CDU tritt an, um den Aufbruch Deutschlands in das 21. Jahrhundert vorzubereiten. Die Umwälzungen der vergangenen Jahre, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen erfordern von uns neue Antworten auf neue Fragen. Das gilt für unsere Politik. Das gilt gleichermaßen für unsere Parteiarbeit.

Die CDU ist die Partei der Zukunft. Im vergangenen Jahr hat die CDU auf dem Hamburger Parteitag ein neues Grundsatzprogramm beschlossen; auf dieser Grundlage stellt sie sich jetzt programmatisch auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ein. Zugleich gilt es, auch die Formen und Strukturen unserer Parteiarbeit zu erneuern. Inhaltliche und organisatorische Erneuerung müssen eine Einheit bilden. Sie müssen ineinandergreifen, damit die CDU als moderne Volkspartei weiter erfolgreich sein kann.

Durch eine moderne, effektive und bürgernahe Parteiarbeit wollen wir das Profil der CDU schärfen. Wir haben alle Chancen, auch im neuen Jahrhundert die führende politische Kraft in Deutschland zu sein - als große Volkspartei der Mitte, als starke Mitgliederpartei, als engagierte Bürgerpartei.

### Die CDU als große Volkspartei der Mitte

2. Die CDU ist die politische Heimat für Frauen und Männer aus allen Regionen und Gruppen unseres Volkes. Als große Volkspartei der Mitte entfaltet die CDU eine starke integrative Kraft. Sie trägt damit maßgeblich zur Stabilität unseres demokratischen Gemeinwesens bei.

In einer Volkspartei muß sich die Vielfalt unserer Gesellschaft angemessen widerspiegeln. Wenn wichtige Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert sind, büßt eine Volkspartei an Integrationskraft ein. Wir müssen deshalb ständig bemüht sein, durch eine ausgewogene Struktur in der Mitgliedschaft der CDU und durch eine entsprechende Zusammensetzung von Parteivorständen und Fraktionen dem Anspruch der Volkspartei gerecht zu werden.

- Wir wollen vor allem auch junge Menschen davon überzeugen, sich durch parteipolitisches Engagement dauerhaft für die demokratische Ordnung und die Anliegen ihrer Mitmenschen einzusetzen. Dazu werden wir Jugendliche durch die Themen unserer politischen Arbeit wie auch durch eine gezielte Mitgliederwerbung verstärkt zur Mitarbeit in der CDU auffordern.
- Auch die verschiedenen Berufsgruppen müssen in der CDU ausgewogen vertreten sein. Wir werden deshalb unsere Anstrengungen verstärken, um noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den gewerblichen, technischen und sozialen Berufen, aber auch Selbständige und Vertreter von Kunst und Kultur für die CDU zu gewinnen.
- Die CDU hat sich zum Ziel gesetzt, auch in der Parteiarbeit die Gleichstellung von Frauen und Männern durchzusetzen. Wir wollen deshalb, daß erheblich mehr Frauen als

bisher die Möglichkeit erhalten, Verantwortung zu übernehmen. Unsere Politik gewinnt an Vielfalt und Überzeugungskraft, wenn sie von den Lebenserfahrungen und Perspektiven der Frauen ebenso geprägt ist wie von den Sichtweisen der Männer.

- Die CDU fordert, die Bemühungen um eine Parlamentsreform mit Nachdruck voranzutreiben. Dadurch müssen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, die Übernahme politischer - insbesondere auch parlamentarischer - Verantwortung mit der beruflichen Tätigkeit oder der Arbeit für die Familie in Einklang zu bringen. Vor allem in den Landes- und Kommunalparlamenten, aber auch im Bundestag muß die Arbeit gestrafft und zugleich stärker auf die politischen Schwerpunkte konzentriert werden. Die Arbeit in der Partei und in den Fraktionen muß so organisiert werden, daß die Verbindung von Politik, Beruf, Familie und Freizeit erleichtert wird.
- Es fördert die personelle Erneuerung und stärkt den Charakter der CDU als Volkspartei, wenn möglichst viele Mitglieder in die Verantwortung einbezogen werden. Deshalb muß darauf hingewirkt werden, daß Ämter und Mandate auf viele Schultern verteilt werden. In Zukunft soll die Zahl der Vorstandsämter in der Partei, die ein Parteimitglied gleichzeitig ausübt, auf drei begrenzt sein. Die Zahl der Vorsandsämter in den Vereinigungen wird auf die Zahl der Vorstandsämter in der Partei nicht angerechnet.
- Die CDU will die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker in ihre Parteiarbeit einbeziehen. Es gilt, die Kontakte mit Ausländerbeiräten und Vereinen von Ausländern zu vertiefen. Anliegen und Probleme von Ausländern müssen mehr als bisher Eingang in unsere politische Arbeit finden. In den Kreisverbänden der CDU sollte grundsätzlich ein Mitglied des Kreisvorstandes die Funktion eines Ausländerbeauftragten übernehmen.

In Zukunft werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Europäischen Union in Deutschland an Kommunalwahlen teilnehmen können. Die CDU muß dieser Tatsache Rechnung tragen - auch dadurch, daß ausländische Mitbürger als Kandidaten aufgestellt und aussichtsreich plaziert werden.

### **Die CDU als starke Mitgliederpartei**

3. Die CDU hat sich in den fünfzig Jahren seit ihrer Gründung zu einer starken Mitgliederpartei entwickelt. Die breite Mitgliederbasis ist das Fundament unseres politischen Erfolges. Die Mitglieder der CDU bilden das lebenswichtige demokratische Wurzelwerk unserer Partei, sie sorgen dafür, daß die Politik der CDU lebendig, bürgernah und gesprächsoffen bleibt. Die CDU muß auch in Zukunft eine starke Mitgliederpartei sein, um im 21. Jahrhundert ihre führende politische Rolle behaupten zu können.

Dies gilt gleichermaßen für die neuen wie für die alten Bundesländer. Deshalb werden wir eine besondere Anstrengung unternehmen, um die Parteiarbeit auch in den neuen Ländern organisatorisch und personell auf ein festes Fundament zu stellen.

Die CDU ist überzeugt, daß die dauerhafte Mitwirkung in einer demokratischen Partei die beste Form politischen Engagements darstellt. Dafür werben wir, und davon wollen wir noch mehr Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Um neue Mitglieder zu gewinnen, wollen wir mögliche Hemmschwellen abbauen und die Parteiarbeit noch mehr als bisher für interessierte Bürger öffnen.

Wer in die CDU eintritt, will vor allem politisch gestalten. Attraktiv ist Parteiarbeit dann, wenn sie den Mitgliedern breiten Raum gibt, eigene Themenstellungen in die Parteiarbeit einzubringen und an wichtigen Sach- und Personalentscheidungen mitzuwirken. Wir wollen deshalb die Mitwirkungsrechte der Parteimitglieder stärken.

- Es sollen künftig Mitgliederbefragungen bei Personalentscheidungen möglich sein. Sie können dazu beitragen, in der Mitgliedschaft einen starken mobilisierenden Impuls auszulösen und für Entscheidungen eine breite Akzeptanz zu finden.
- Für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die der CDU nahestehen, wird die Möglichkeit einer einjährigen Gastmitgliedschaft eröffnet. Sie soll eine Entscheidung für dauerhaftes politisches Engagement erleichtern und schrittweise an die Vollmitgliedschaft in der CDU heranführen.
- Mitgliederversammlungen und Parteitage sollten so organisiert werden, daß sie für Parteimitglieder und politisch interessierte Bürger möglichst attraktiv sind. Regularien und die Berichte von Amts- und Mandatsträgern dürfen nicht den größten Teil der Versammlungsdauer beanspruchen. Der Schwerpunkt muß auf dem offenen Meinungsaustausch der Parteimitglieder liegen. Grundsätzlich sollen Mitgliederversammlungen stärker als bisher für politisch interessierte Bürger geöffnet werden.
- Mit flexiblen und offenen Formen der Parteiarbeit muß die CDU den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Die CDU muß deshalb auch Möglichkeiten für eine nur begrenzte Mitwirkung eröffnen. Gerade Arbeitsgruppen zu einem fest umrissenen Thema können Kontakte zu Personen oder Gruppen schaffen, die sonst nicht den Weg zur CDU finden. Kompetente und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die nicht der CDU angehören, die unserer Arbeit aber wichtige Impulse geben können, müssen in Arbeitskreisen und Projektgruppen der Partei stärker einbezogen werden. Dies gilt auch für die Landes- und Bundesfachausschüsse. Solche flexiblen Formen der Mitarbeit können einen Zugang zur parteipolitischen Arbeit erschließen, der an eine Mitgliedschaft in der CDU heranführt.

#### **Die CDU als engagierte Bürgerpartei**

4. Der politische Erfolg der CDU erwächst ganz wesentlich aus ihrer Nähe zu den Bürgern. Je enger der Kontakt zu den Bürgern ist, je intensiver der Dialog, um so stärkeren Zuspruch findet unsere politische Arbeit. Die CDU genießt Vertrauen in dem Maße, in dem sie ihre Politik im Gespräch mit dem Bürger erarbeitet und begründet.

Die CDU will Bürgerpartei sein - eine Partei von Bürgern für die Bürger. Dazu gehört, daß wir die Wünsche und Hoffnungen, die Sorgen und Ängste der Menschen genau kennen. In unserem Einsatz für die Anliegen der Bürger - angefangen bei den vermeintlich „kleinen“ Problemen des Alltags - dürfen wir uns von niemanden übertreffen lassen. Wir wollen das Gesprächsnetz mit den Bürgern dichter knüpfen; Lücken, die aufgerissen sind, wollen wir so schnell wie möglich schließen. Die CDU muß dort präsent sein, wo die Bürger leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Nicht zuletzt muß sie alle Möglichkeiten der modernen Kommunikation nutzen.

- Immer weniger Bürger kommen zu Parteiversammlungen und Sprechstunden. Um so mehr muß die CDU zu den Bürgern gehen. Auch außerhalb von Wahlkämpfen ist es notwendig, den Bürgern vor Ort regelmäßige Gesprächsangebote zu unterbreiten: durch Informationsstände, Verteilaktionen, Nachbarschaftstreffen, Präsenz bei Bürger-

festen und anderen Veranstaltungen. Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros sollten - wo möglich - als Bürgerbüros eingerichtet werden, die zur Begegnung und zum Gespräch einladen.

- Die CDU muß zugleich den Kontakt in den sogenannten „vorpolitischen Raum“ verstärken. Mitglieder der CDU, vor allem auch Amts- und Mandatsträger unserer Partei, müssen in den Vereinen und Verbänden vertreten sein. Die Kirchen sind unsere Glaubensheimat; dies muß sich auch in der engagierten Mitwirkung von CDU-Mitgliedern in den Gremien der Kirchen widerspiegeln. Die CDU muß ihre Zusammenarbeit mit den für das Gemeinwohl engagierten Bürgern und den aktiven Mitgliedern von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen intensivieren.
- Um mehr Freiraum für den regelmäßigen Dialog mit den Bürgern zu schaffen, muß die Gremienarbeit gestrafft werden. Wir müssen der Gefahr begegnen, daß die Partei sich zuviel mit sich selbst beschäftigt. Wo möglich, sollten Sitzungen und Versammlungen mit festen Schlußterminen versehen werden. Die Möglichkeiten, Sitzungen unterschiedlicher Gremien bei gleicher Thematik zusammenzulegen, sollten stärker genutzt werden.
- Die Erwartungen der Bürger an die politische Informationsvermittlung sind heute in starkem Maße vom Fernsehen geprägt. Die CDU hat deshalb in den vergangenen Jahren eine Vielzahl moderner Veranstaltungsformen entwickelt, die als attraktive Alternativen zur traditionellen Vortragsveranstaltung wesentlich stärker genutzt werden. Talk-Shows und Streitgespräche können politische Informationen auf ebenso informative wie unterhaltsame Weise vermitteln. Kulturelle Beiträge können eine politische Veranstaltung auflockern und beleben.
- Die CDU muß das reiche Angebot an Informationsmitteln zur zielgenaueren Ansprache von Wählergruppen nutzen. Die neuen Medien der Informationsgesellschaft wie PC-Disketten und CD-Rom werden auch als Träger politischer Informationen immer wichtiger. Schon heute eignen sie sich, um vor allem jüngere Menschen zu erreichen, die die klassischen Parteibroschüren nicht mehr zur Hand nehmen. Die CDU muß deshalb den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und ihre Kommunikationsformen an die technologische Entwicklung anpassen.
- Auf der einen Seite lockern sich gesellschaftliche Bindungen, auf der anderen Seite suchen die Menschen mehr denn je nach Sicherheit und Geborgenheit. Die CDU muß diesem Bedürfnis entgegenkommen. Sie muß mehr sein als ein moderner politischer Dienstleistungsbetrieb: Sie muß auch Gemeinschaft bieten. Zur Parteiarbeit gehören deshalb auch gesellige Veranstaltungen, etwa Angebote zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Die Organisation von Kulturveranstaltungen bietet den Vorteil, daß sie zugleich Kontakte in den wichtigen gesellschaftlichen Bereich von Kunst und Kultur erschließt. Soziales und humanitäres Engagement bildet eine menschlich wie politisch wichtige Bereicherung unserer Parteiarbeit. Es ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses als Christliche Demokraten und trägt uns Anerkennung auch bei solchen Bürgern ein, die uns politisch nicht nahestehen.

## **CDU - Partei der Zukunft**

5. Mit dem Karlsruher Parteitag nimmt die Christlich Demokratische Union Deutschlands das 21. Jahrhundert in den Blick. Es geht darum, die Partei inhaltlich und organisatorisch auf

die Zeit nach der Jahrtausendwende vorzubereiten. Damit bekräftigen wir den Anspruch, als moderne und bürgernahe Volkspartei Deutschland in die Zukunft zu führen.

Dabei können die Beschlüsse der Bundespartei nur den Rahmen festlegen und Anstöße geben. Patentrezepte für eine moderne und bürgernahe Parteiarbeit, die an jedem Ort und zu jeder Zeit gleichermaßen Gültigkeit besäßen, gibt es nicht. Unsere Arbeit als Partei muß so vielfältig und so farbig sein wie die Gesellschaft, in der wir wirken. Entscheidend sind Einsatzfreude und Ideenreichtum der Mitglieder vor Ort. Die gesamte Partei ist aufgerufen, die Fortentwicklung und Modernisierung unserer Parteiarbeit - inhaltlich und organisatorisch - als fortdauernde Aufgabe zu begreifen.

## **II. Änderungen des Satzungsrechts der CDU-Bundespartei**

### **A. Änderungen des Statuts der CDU**

#### **6. § 2 (Name):**

Neufassung: Die Partei führt den Namen Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), ihre Landes-, Kreis- und Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände sowie ihre Ortsverbände zusätzlich ihre entsprechenden Namen.

#### **7. § 4 (Mitgliedschaftsvoraussetzungen):**

Einfügung eines Absatzes 3 (neu)

(3) Wer nicht Mitglied einer Partei oder einer mit der CDU sonst konkurrierenden Gruppierung ist, der CDU nahesteht und sich ihren Grundwerten und Zielen verbunden weiß, kann auf schriftlichen Antrag durch Beschluß des zuständigen Kreisvorstandes den Status eines Gastmitgliedes erhalten. Ein Gastmitglied kann an allen Mitgliederversammlungen teilnehmen und hat dort Rede-, Antrags- und Vorschlagsrecht. An Wahlen und Abstimmungen können Gastmitglieder nicht teilnehmen. Die Gastmitgliedschaft ist grundsätzlich beitragsfrei und endet nach Ablauf eines Jahres automatisch, falls nicht das Gastmitglied vorher der CDU beiträgt. Gastmitglieder sollen entsprechend ihren Möglichkeiten durch freiwillige Zuwendungen zur Finanzierung der Parteiarbeit beitragen.

Absatz 3 (alt) wird zu Absatz 4 (neu).

#### **8. § 6 (Mitgliedsrechte):**

Einfügung des folgenden neuen Absatzes:

(3) Parteimitglieder sollen nicht mehr als 3 Vorständen in der Partei - gleichgültig auf welcher Organisationsstufe - gleichzeitig angehören. Vorstandsämter in den Vereinigungen werden hierauf nicht angerechnet.

#### **9. § 6a (Mitgliederbefragung):**

Mit der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder kann der Bundesvorstand in Personalfragen eine Mitgliederbefragung beschließen.

## **10. § 8 (Beendigung der Mitgliedschaft):**

Anfügung eines neuen Satzes 3:

Der zuständige Kreisvorstand kann mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder eine Aufnahme-Entscheidung widerrufen, wenn das betreffende Mitglied in seinem Aufnahmeantrag oder sonst zu entscheidungserheblichen Fragen schuldhaft falsche Angaben gemacht oder wesentliche Umstände verschwiegen hat. Das Mitglied kann gegen den Widerruf der Aufnahme-Entscheidung innerhalb von einem Monat Beschwerde an den zuständigen Landesverband einlegen, über die der Landesvorstand endgültig entscheidet.

## **11. § 9 (Austritt):**

Neuformulierung des 1. Halbsatzes von Satz 1 im Absatz 2:

(2) Als Erklärung des Austritts aus der Partei ist zu behandeln, wenn ein Mitglied mit seinen persönlichen Mitgliedsbeiträgen sowie mit etwaigen Sonderbeiträgen länger als 9 Monate im Zahlungsverzug ist, innerhalb dieser Zeit mindestens zweimal schriftlich gemahnt wurde und anschließend auf eine dritte als Einschreibebrief erfolgte Mahnung ...

Absatz 3 wird zu § 22 Abs. 1 Satz 2.

## **12. § 12 (Parteischädigendes Verhalten):**

Neuformulierung von Ziffer 1:

1. zugleich einer anderen Partei innerhalb des Tätigkeitsgebietes der CDU oder einer anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppe oder deren parlamentarischen Vertretung angehört;

## **13. § 13 (Zahlungsverweigerung):**

Neufassung:

Erheblich gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer seinen Pflichten als Mitglied beharrlich dadurch nicht nachkommt, daß er über einen längeren Zeitraum trotz Zahlungsfähigkeit und trotz Mahnung seine persönlichen monatlichen Mitgliedsbeiträge oder seine etwaigen weiteren, satzungsrechtlich festgelegten monatlichen Beiträge als Amts- oder Mandatsträger der CDU (Sonderbeiträge) nicht entrichtet.

## **14. Hinter § 14 wird folgender neuer Abschnitt C. eingefügt:**

C. Gleichstellung von Frauen und Männern

Die bisherigen Abschnitte C. bis G. werden zu den neuen Abschnitten D. bis H.

## **15. § 15 (Organisationsstufen) alt = § 16 (neu):**

In Absatz 1 Einfügung folgender neuen Ziffer 5:

5. die Ortsverbände.

## **16. § 18 (Kreisverbände):**

Anfügung eines neuen Absatzes 7:

(7) Der Bundesvorstand beschließt mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder auf gemeinsamen Vorschlag des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs über Errichtung, Tätigkeitsgebiet, Bezeichnung und parteiorganisatorische Zuordnung der Auslandsverbände.

de der CDU. Er koordiniert, soweit erforderlich, die Zusammenarbeit der Auslandsverbände untereinander sowie mit der Bundespartei und den jeweils zugeordneten Landesverbänden. Die Satzungen der Auslandsverbände und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch den Generalsekretär.

#### **17. § 21 (Berichtspflichten):**

Neufassung:

In regelmäßigen Abständen berichten die Kreisverbände den Landesverbänden und die Landesverbände der Bundespartei über alle für die Parteiarbeit wesentlichen Vorgänge, insbesondere über die Mitgliederbewegung. Die näheren Einzelheiten hinsichtlich Zeiträumen, Inhalten und Gliederung der Berichte bestimmen die Bundespartei sowie die Landesverbände für die ihnen jeweils zuzuleitenden Berichte.

#### **18. § 22 (Nachweis und Anerkennung der Mitgliederzahl, Zentrale Mitgliederdatei/ZMD, Datenschutz):**

In Absatz 1 Anfügung folgenden neuen Satzes 2 :

Alle Veränderungen in der Mitgliedschaft sind von der zuständigen Kreisgeschäftsführerin bzw. vom zuständigen Kreisgeschäftsführer oder einem dazu vom Kreisvorstand benannten Beauftragten unverzüglich bei der Zentralen Mitgliederkartei zu melden.

Anfügung eines neuen Absatzes 3:

(3) Die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Nutzung aller Mitgliederdaten der Zentralen Mitgliederkartei ist nur für Zwecke der Arbeit der Partei sowie ihrer Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen zulässig. Für den Datenschutz in der CDU gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß. Die Landesverbände erlassen eine entsprechende Verfahrensordnung.

#### **19. § 26 (Weisungsrecht des Generalsekretärs):**

Neufassung:

Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen zum Deutschen Bundestag sowie zum Europäischen Parlament sind die nachgeordneten Gebietsverbände, die Vereinigungen und die Sonderorganisationen an die Weisungen des Generalsekretärs gebunden.

#### **20. § 28 (Zusammensetzung des Bundesparteitages):**

Die Absätze 1 (alt) und 2 (alt) werden zum Absatz 1 (neu) zusammengefaßt und erhalten folgende Neufassung:

(1) Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus 1000 Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden, den Delegierten der Auslandsverbände und den Ehrenvorsitzenden. Von den 1000 Delegierten der Landesverbände werden 200 im Verhältnis der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die einzelnen Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands abgegebenen Zweitstimmen, 800 im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände entsandt. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Landesverbände erfolgt bei allen Bundesparteitagen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Maßgeblich für die Verteilung der Delegiertensitze ist die Mitgliederzahl, die nach § 22 dieses Statuts sechs Monate vor dem Bundesparteitag festgestellt wird.

Neuer Absatz 2:

(2) Die vom Bundesvorstand anerkannten Auslandsverbände entsenden ungeachtet ihrer Mitgliederzahl jeweils einen Delegierten zum Bundesparteitag.

**21. § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages):**

Anfügung an Absatz 5:

, die jeweils Bestandteile des Statuts sind.

**22. § 34 (Zuständigkeiten des Bundesvorstandes):**

In Absatz 4 Satz 1 wird angefügt:

; in den Fachausschüssen und in Arbeitskreisen kann auch mitarbeiten, wer nicht der CDU angehört.

Neufassung von Absatz 5:

(5) Der Bundesvorstand wirkt bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften mit. Der Bundesvorstand ist insbesondere neben dem zuständigen Landesvorstand berechtigt, nach § 21 Abs. 4 Bundeswahlgesetz und § 10 Abs. 4 Europawahlgesetz gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung über die Bewerber-Aufstellung Einspruch zu erheben.

**23. § 38 (Bundesvereinigungen):**

Die Ziffern 5 (alt) und 6 (alt) werden mit Wirkung ab 1. April 1995 zusammengefaßt zur Ziffer 5 (neu):

5. Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Die Ziffern 7 (alt) und 8 (alt) werden zu Ziffern 6 (neu) und 7 (neu).

**24. § 39 (Zuständigkeiten der Vereinigungen):**

Neufassung von Absatz 2:

(2) Ihr organisatorischer Aufbau soll dem der Partei entsprechen. Sie haben eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Generalsekretär bedarf. Der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt.

**25. § 50 (Widerspruchsfreies Satzungsrecht):**

Anfügung von Satz 2 (neu):

Soweit diese Satzungen keine Regelungen treffen, sind die jeweils gültigen entsprechenden Bestimmungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung (FBO), der Parteigerichtsordnung (PGO) und der Geschäftsordnung der CDU (CDU-GO) sowie die auf deren Grundlage jeweils beschlossenen rechtlichen Regelungen unmittelbar anzuwenden.

**B. Änderung der Finanz- und Beitragsordnung (FBO)**

**26. § 7 (Mitgliedsbeiträge):**

In Absatz 3 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

Der Landesverband kann durch Satzungsbestimmung allgemein jungen Mitgliedern bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die ohne nennenswertes eigenes Einkommen sind, für die Dau-



er des ersten Jahres der Mitgliedschaft die persönlichen monatlichen Beiträge erlassen. Die Verpflichtung der Kreisverbände, für solche Mitglieder Beitragsanteile an den Landesverband und an die Bundespartei abzuführen, entfällt für die Dauer der beitragsfreien Mitgliedschaft. Sonderbeiträge werden von dem Erlaß des persönlichen Mitgliedsbeitrages kraft Satzung nicht betroffen.

### **C. Änderungen der Geschäftsordnung der CDU (GO-CDU)**

#### **27. § 1 (Geltungsbereich):**

Anfügung eines neuen Satzes 2:

Sie ist Bestandteil des Statuts der CDU.

#### **28. § 6 (Antragsrechte):**

In Absatz 1 Neufassung von Ziffer 5:

5. Die jeweiligen Vorstände der CDU-Bezirks- und Kreisverbände sowie der CDU-Auslandsverbände, ...

## **Sonstige Beschlüsse**

### **Beschluß C 1**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bessere Voraussetzungen für sozial abgesicherte Arbeitsplätze im Haushalt zu schaffen.

### **Beschluß C 2**

Der 7. Parteitag der CDU Deutschlands fordert Unternehmen und Verwaltungen auf, auch künftig ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ausbildung kann nicht nur unter kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine Voraussetzung für die Sicherung des Standortes Deutschland. Wer heute keine qualifizierte Ausbildung hat, dem droht morgen Arbeitslosigkeit. Wer nicht genügend ausbildet, gefährdet die Zukunft des Standortes Deutschland.

Die Ausbildungsleistung des Handwerks und der kleineren Betriebe war bislang vorbildlich. Auch die tarifvertraglichen Regelungen für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen in der chemischen Industrie sind nachahmenswert.

Die CDU Deutschlands fordert alle Tarifpartner auf, durch ähnliche tarifvertragliche Regelungen für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen Sorge zu tragen und damit ihrer Verantwortung für die junge Generation nachzukommen.

### **Beschluß C 6**

Der 7. Parteitag bittet die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei der anstehenden Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes auch einen Ersatz für die Regelung des 1997 auslaufenden § 249 h AFG zu schaffen.

### **Beschluß C 7**

Der 7. Parteitag bittet die Bundesregierung, sich in den zuständigen internationalen Gremien dafür einzusetzen, daß möglichst bald ein Internationales Jahr der Vertriebenen und Flüchtlinge unter dem Motto „Menschenrechte achten, Vertreibung ächten“ ausgerufen wird.

### **Beschluß C 10**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Gesetzesinitiative zur besseren steuerlichen Förderung von Kultursponsoring zu ergreifen. So könnten z.B. Spendenzahlungen an gemeinnützige Kultur- und Kunstvereine sowie Stiftungen in doppelter Höhe steuerwirksam geltend gemacht werden.

### **Beschluß C 17**

Der 7. Parteitag begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen bilateraler Kontakte zu anderen Staaten die gemeinsame Geschichte - einschließlich Unrecht und Vertreibung - aufzuarbeiten.

### **Beschluß C 34**

Der 7. Parteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Modelle zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in Gesetzgebungsinitiativen umzusetzen. Dabei sollen die Regelungsbezugnis der Tarifpartner für Arbeitnehmer-Kapitalbeteiligungen gestärkt und die Instrumente

der Investitionsförderung auch für eine Förderung von Mitarbeiter-Beteiligungen geöffnet werden. Hierbei muß der Grundsatz der beiderseitigen Freiwilligkeit gewährleistet sein.

### **Beschluß C 35**

Eine partnerschaftliche Gesellschaft muß gerade auch im Miteinander der Generationen ihren Ausdruck finden. Wir brauchen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen. Jüngere Generationen bauen auf ihrem Lebenswerk auf. Die CDU ist Anwalt der Interessen der Senioren. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung älterer Menschen.

Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ein aktives Leben im Alter verbessern und die Voraussetzungen für Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausweiten. Den Senioren muß die Chance geboten werden, sich ihrem Leistungsvermögen entsprechend in allen Lebensbereichen einzubringen. Wir wollen den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen dahingehend fördern, daß sie die Partnerschaft mit den Älteren praktizieren.

Die Zukunftschancen unseres Wirtschaftsstandorts liegen auch in der realistischen Einschätzung und Nutzung der Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen der älteren Mitbürger. Diese Zukunftschancen lassen sich nur ausschöpfen, wenn die Bedürfnisse und Belastungen berücksichtigt werden, gleichzeitig aber die vielfältigen Potentiale alter Menschen sinnvoll genutzt werden - zum Wohl der Älteren selbst wie der Gesellschaft. Ohne das Engagement der älteren Bürger können wir die Aufgaben der Zukunft nicht meistern. Gerade ältere Menschen haben eine Fülle von Kenntnissen und Erfahrungen, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

### **Beschluß C 45**

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden gebeten, den § 75 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) ersatzlos zu streichen und statt dessen ein „Seniorenförderungsgesetz“ dem Gesetzgeber zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Es soll kein neues Leistungsgesetz geschaffen werden, sondern ein Rahmengesetz, das die rechtlichen und fachlichen Anforderungen an Hilfen, Dienste und Einrichtungen zusammenfaßt, daß diese Senioren besser verfügbar gemacht werden können. Das vorhandene Hilfesystem soll dadurch weiterentwickelt werden.

### **Beschluß C 46**

Bund und Länder werden aufgefordert, so rasch wie möglich ein Gesetz mit bundeseinheitlichen Regelungen über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz) zu verabschieden.

### **Beschluß C 47**

Die Länder werden aufgefordert, in Erfüllung von Art. 1 § 9 des Pflegeversicherungsgesetzes die Investitionskosten für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen vollständig zu übernehmen.

### **Beschluß C 51**

Die Delegierten des Parteitages fordern Bund, Länder und Gemeinden auf, die Hospizarbeit ideell und materiell zu unterstützen. Soweit notwendig sollte der Gesetzgeber rechtlich verbindlich regeln, daß die Leistungen der Hospize innerhalb der sozialen Sicherungssysteme vergütet werden.

## **Beschluß C 55**

Die CDU lehnt die Einführung einer Citymaut ab.

## **Beschluß C 60**

Der 7. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, das Ladenschlußgesetz zu liberalisieren. Das Ladenschlußgesetz soll so weiterentwickelt werden, daß der Einzelhandel auf die Wünsche von Kunden flexibel reagieren kann und zugleich die berechtigten Interessen des Einzelhandels und der dort Beschäftigten gewahrt bleiben. Die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen soll auch in Zukunft grundsätzlich sichergestellt sein.

## **Beschluß C 70**

1. In § 38 (Bundesvereinigungen) Statut der CDU werden die Ziffern 5 (alt) und 6 (alt) zur folgenden neuen Ziffer 5 zusammengefaßt: „5. Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU,“ die Ziffern 7 (alt) und 8 (alt) werden zu Ziffern 6 (neu) und 7 (neu).
2. Die in Ziffer 1 enthaltenen Änderungen von § 38 Statut treten rückwirkend mit Ablauf des 31. März 1995 in Kraft.
3. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist Rechtsnachfolgerin der Bundes-Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und übernimmt unmittelbar deren Rechte und Verpflichtungen. Gleiches gilt für die jeweiligen Landes-, Bezirks- und Kreisvereinigungen.
4. Sobald und soweit auf Landes- und Kreisebene Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigungen zusammengeführt werden, gilt Ziffer 3 Satz 1 entsprechend. Das zum Zeitpunkt der jeweiligen Zusammenführung vorhandene Vermögen der Landesverbände der Wirtschaftsvereinigungen der CDU wird der MIT-Bundesvereinigung zugeführt und zweckgebunden verwaltet. Die Vermögen der Kreisvereinigungen der Mittelstandsvereinigungen der CDU/CSU und der Kreisvereinigungen der Wirtschaftsvereinigung der CDU werden vor Ort zusammengeführt.
5. Die rechtswirksame Konstituierung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU erfolgt mit Ablauf des 31. März 1995.

## **Beschluß C 78**

Die seit dem 01.01.1994 geltenden Bestimmungen des Parteienfinanzierungsgesetzes, nach dem die Kreisverbände alle Spender auf Orts- oder Kreisebene mit der Abgabe des jährlichen Rechenschaftsberichtes melden müssen, darf keinesfalls dazu führen, daß diese Spender von Mitarbeitern oder Beauftragten der Bundespartei/Landesparteien gezielt zu Spenden an die Bundes-/Landesparteien aufgefordert werden.

## **Beschluß C 81**

Das Steuerrecht in der Bundesrepublik Deutschland bedarf der grundlegenden Reform und der Vereinfachung. Die notwendige Reform muß drei wesentliche Elemente enthalten:

1. Das Steuerrecht muß zur Verbesserung der Transparenz und zur Entlastung von Bürgern, Unternehmen, steuerlichen Beratern und Verwaltung grundlegend vereinfacht werden.
2. Die Unternehmenssteuerreform, insbesondere die längst überfällige Gewerbesteuerreform, muß entschlossen vorangetrieben werden.

3. Die Steuerreform sollte bei der Einkommensteuer als der vom Aufkommen und von der Zahl der betroffenen Bürger her wichtigsten Steuer in Deutschland beginnen.
4. Alle diese Maßnahmen müssen neben der Vereinfachung mittelfristig auch dem Ziel der Entlastung von Steuern und Abgaben dienen.

### **Beschluß C 83**

#### **Steuerreform - Einführung einer CO<sub>2</sub>-Energiesteuer**

Die CDU Deutschlands bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

Die Bundesregierung hat sich in Rio und Berlin konkret zu einem Abbau der Treibhausgas- /CO<sub>2</sub> in Höhe von 25 % bis zum Jahr 2005 verpflichtet. Weil wir uns diesem Ziel und der Zusage verpflichtet fühlen, muß jetzt gehandelt werden.

Wir bauen dabei auf den bisherigen Maßnahmen auf, einschließlich der von der Industrie eingegangenen Selbstverpflichtungen.

Diese Selbstverpflichtung erfaßt nicht alle Bereiche und kann für sich allein das Ziel nicht erreichen. Deshalb muß eine CO<sub>2</sub>-Energiesteuer ergänzend eingeführt werden.

Wünschenswert ist die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Energiesteuer im Rahmen der EU. Hierzu sollte die Sitzung des ECOFIN-Rates am 23. Oktober genutzt werden.

Wir appellieren an die Mitglieder der CDU/CSU im Europäischen Parlament und die Vertreter der Bundesregierung am 23. Oktober auf eine Einigung zur CO<sub>2</sub>-Energiesteuer gemäß dem Vorschlag der Kommission zu drängen. Der erneute Verhandlungsvorstoß in der EU ist alsbald auf seine Erfolgsaussichten zu überprüfen, um ggfs. mit der Einleitung von Maßnahmen auf nationaler Ebene zu beginnen.

Der CDU-Bundesparteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, auch während einer weiteren innereuropäischen Verhandlungsrunde mit der Erarbeitung konkreter Konzepte zur aufkommensneutralen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Energiesteuer sowie zur Überprüfung ökologisch kontraproduktiver Subventionen und zur Schaffung neuer steuerlicher Anreize für umweltgerechtes Verhalten fortzufahren.

Die steuerlichen Veränderungen dürfen nicht zu einer Erhöhung der Staatsquote führen, sie müssen aufkommensneutral sein. Ziel muß es sein, die steuerlichen Bedingungen für die Wirtschaft und damit die Rahmenbedingungen für umweltfreundliche Innovationen und Investitionen zu verbessern.

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Kernstück der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, mit dem die Union zugleich Glaubwürdigkeit beim Werben um ökologisch orientierte Wählerinnen und Wähler und eigene Reformkraft unter Beweis stellen kann. Vor allem aber geht es um den glaubwürdigen Einsatz zum Schutz des Klimas und zur Bewahrung der Schöpfung.

### **Beschluß C 88**

Der Bundesparteitag spricht sich dafür aus, die geplante Rechtschreibreform solange zu vertagen, bis ein umfassender gesellschaftlicher Diskussionsprozeß darüber geführt werden konnte.

Darüber hinaus werden die Verantwortlichen aufgefordert, staatsvertragliche Regelungen dahingehend zu schaffen, daß Reformen der deutschen Sprache zur Beratung in den Länderparlamenten vorgelegt werden müssen.



## **FOREN**

**Zusätzlich zur Tagesordnung fanden  
am Dienstag, dem 17. Oktober 1995,  
vier Foren statt.**

## Forum 1

### Die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung

Beginn: 14.10 Uhr

**Vorsitzender Peter Hintze:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Schavan! Sehr geehrte Frau Professor Schipanski! Sehr geehrter Herr Professor Biser! Sehr geehrter Herr Professor Schröder! Liebe Freunde!

Worin unterscheidet sich die Zukunft von der Gegenwart? Wie können wir das, was kommt, beeinflussen und gestalten? Diese Fragen wollen wir in unserem Forum auf die geistig-kulturelle Entwicklung in unserem Land, in Europa und in der Welt beziehen. Das ist um so wichtiger, als allzuoft die Zukunftsdiskussion auf die technisch-wirtschaftliche Perspektive verkürzt wird. Es gibt aber auch die Fragestellung - und die ist mindestens ebenso wichtig -: Was für geistige Folgen und was für kulturelle Folgen hat das, und welches Handeln der Politik ist hier gefragt?

Wenn man die öffentliche Diskussion über die Zukunftsentwicklung unserer Gesellschaft aufmerksam verfolgt, so wird man unschwer feststellen können, daß wir auf dem Weg zu einer neuen Wertedebatte sind. Der Ruf nach neuen Werten oder nach der Wiederbelebung von alten Werten, nach Tugenden und Traditionen wird angesichts der Geschwindigkeit der Umbrüche lauter und deutlicher.

Wir leben ja in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, bei denen nahezu alles im Fluß ist. Die rasanten technologischen Entwicklungen, die immer schnellere Erneuerung des Wissens und die Internationalisierung von Wissenschaft und Wirtschaft, von Medien und Gesellschaft tragen dazu bei, daß das Gesicht unserer Gesellschaft immer neue Konturen erhält. Professor Frühwald sprach in seinem Vortrag von der unglaublichen Beschleunigung aller Modernisierungsvorgänge, von der mit- und manchmal auch fortreißenden Zeit.

Daraus erwachsen bei vielen Menschen Bedrohungsgefühle und Zukunftsängste. Es gibt so etwas wie eine tiefsitzende Verunsicherung, und es gibt auch so etwas wie eine politische Instrumentalisierung dieser Verunsicherung. Die Parteien im linken Spektrum versuchen, sich ihrer zu bedienen.

Aber es gibt auch ernsthafte Anfragen, Unsicherheiten, die jeder vielleicht ein kleines Stück in sich spürt: Wenn alles in Bewegung ist, was wird dann morgen noch von dem gelten, was wird noch von dem erhalten sein, was uns heute wichtig ist? Welche Werte werden unsere Maßstäbe prägen? In welchen sozialen Bindungen und unter welchen Bedingungen werden wir leben? Ist das wahr, was Stephen Hawking in seiner „Kurzen Geschichte der Zeit“ beschrieben hat, daß sich die Welt im Prozeß fortschreitender Unordnung befindet, wo alles immer weiter auseinanderstrebt und der Zusammenhalt immer mehr verlorengeht?

Wer sich Gedanken über die geistig-kulturelle Dimension der Zukunft macht, wer die Frage stellt, was öffentliche Verantwortung ist, was politische Verantwortung ist und was im Bereich von Bildung und Erziehung geschehen kann, der muß sich dem stellen.

Auffällig ist - und das ist in Deutschland besonders ausgeprägt -, daß die allgemeine Bewertung des Wandels im Zuge der bereits erwähnten Wertedebatte eindeutig negativ ausfällt.



Der Trend der Individualisierung wird für die zunehmende Vereinsamung und die Auflösung traditioneller Milieus verantwortlich gemacht. Die Krise der Familie, die hohe Scheidungsrate und die allgemein konstatierte soziale „Verrohung“ werden auf die Schnellebigkeit unserer Gesellschaft, auf die Geschwindigkeit der Veränderungen zurückgeführt. Ellenbogenmentalität und andere negative Begleiterscheinungen werden als Kennzeichen einer Gesellschaft im Wandel bezeichnet.

Ich glaube - und möchte das ein bißchen provokativ an den Anfang unserer Überlegungen und Beratungen stellen -, daß an diesem Punkt der allgemeinen Zeitdiagnose widersprochen werden muß. Bei allem Verständnis dafür, daß die kritischen Anteile des Wandels - die wir heute auch herausarbeiten wollen - hervorgehoben werden, halte ich es für falsch, den gesellschaftlichen Wandel an sich zu kritisieren und ihn als Quelle für jede Fehlentwicklung verantwortlich zu machen. Natürlich stellt gesellschaftlicher Wandel eingefahrene Denkmuster und Lebensweisen in Frage, und zwangsläufig kann diese Infragestellung Verunsicherung hervorrufen. Das Wesentliche des Wandels ist aber - auch das klang heute schon in den drei Vorträgen an, die wir hier im Forum auch noch mit besprechen wollen -, daß er in unserer Gesellschaft zu mehr Freiheit geführt hat.

Die Frauen sind heute nicht mehr auf bestimmte Rollenklischees endgültig festgelegt. Fast wäre ich geneigt, diesen Satz ein wenig zu widerrufen; wir werden ja morgen auch noch darüber sprechen, ob das schon ganz erreicht ist. Aber wir sind zumindest auf dem Wege. Auch die Männer haben eine größere Auswahl in bezug auf ihre persönliche und berufliche Lebensplanung. Generell ist es leichter geworden, bestimmte Ausgangssituationen zu überwinden und im persönlichen wie im beruflichen Sinne „aufzusteigen“.

Es entspricht daher einem rückwärtsgewandten Kulturpessimismus, die Negativseite des gesellschaftlichen Wandels überzubewerten und unsere Zukunft in der Vergangenheit zu suchen. Natürlich darf die Negativseite des Wandels nicht verdrängt werden. Wir müssen sie ernst nehmen, aber es wäre falsch, sie zum Argument gegen Wandel und Mobilität zu machen. Die Negativseite ist - das wissen wir - der Preis unserer Freiheit.

Wer zur Freiheit ja sagt - und dies ist das politische Credo unserer Demokratie -, der muß deshalb auch zu einer Gesellschaft im Wandel ja sagen, die immer eine Gesellschaft sein wird, die alte Werte und Tabus in Frage oder zumindest auf den Prüfstand stellt. Das heißt nicht, daß wir zu allem, was wir an Entwicklungen beobachten, Ja und Amen sagen müssen. Gerade für uns als christlich-demokratische Volkspartei ist es eine Pflicht, dort, wo Grenzen der Moral und des guten Geschmacks überschritten werden, zu protestieren, gegenzusteuern und dafür zu sorgen, daß die Entwicklung zum Besseren gedehlt. Aber das Ja zur Freiheit bedeutet auch, daß wir bereit sein müssen, den Preis der Freiheit zu zahlen und den Wandel in der Gesellschaft anzunehmen.

Wir sind die Volkspartei der Mitte, und es entspricht unserem Selbstverständnis und unserer Zielsetzung, zu integrieren, unterschiedliche Interessen zu bündeln, Konsense zu erstreiten und das „bonum commune“ herzustellen und zu sichern. Wenn wir diesen Auftrag erfüllen wollen, müssen wir sehr differenziert die gesellschaftlichen Strömungen wahrnehmen und Zielvorstellungen entwickeln, die zur Gestaltung des Wandels beitragen.

Wir haben das in unserem Grundsatzprogramm in Hamburg versucht und zum erstenmal in unserer Geschichte ein gesellschaftliches Leitbild geschaffen, das uns dabei Maßstab und Orientierung sein kann. Dieses Leitbild ist die freie und verantwortliche Gesellschaft. Sie soll

der Verwirklichung unserer Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit dienen und darüber hinaus die Werte Verantwortung und Gemeinsinn wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rücken.

Wenn wir auf uns selbst schauen, auf die CDU, so können wir im Blick auf unsere Fragestellung nach der geistig-kulturellen Entwicklung konstatieren, daß sich die Zukunft und Modernität der Volksparteien heute vor allem an zwei Kriterien entscheidet: erstens an ihrer Fähigkeit, den Wandel zu gestalten, und zweitens an der Glaubwürdigkeit ihrer geistigen Grundlagen. Nur wer selbst zum Wandel fähig ist, kann den Wandel der Gesellschaft als Ausdruck ihrer Freiheitlichkeit ernst nehmen und annehmen. Und nur wer auf feste geistige Grundlagen bauen kann, kann den Wandel mitgestalten und ist ihm nicht schicksalhaft ausgeliefert.

Heute morgen wurde es angesprochen: Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und nicht für alle Zeiten gesichert sind. Zu der besonderen Selbstverpflichtung der CDU gehört es, die christlich geprägten Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken. Für uns Christliche Demokraten bedeutet dies, daß wir trotz Entkirchlichung und Säkularisierung das christlich-demokratische Profil unserer Partei weiter pflegen und ständig lebendig halten müssen. Wir müssen in unserer Politik deutlich machen, daß die christliche Ethik zur Selbstverständlichkeit unseres Handelns gehört, und wir müssen deutlich machen, daß eine am Christlichen orientierte Politik eine an der Freiheit orientierte Politik ist, die den Wandel bejaht.

Im Unterschied zu manchen Zeitgenossen tun wir dies nicht resignierend, sondern in der Überzeugung, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist. In diesem Sinne wollen wir den Wandel in unserer Gesellschaft als Ausdruck ihrer Freiheit annehmen und ihn auf der Basis unserer Überzeugungen mitgestalten.

Die CDU ist - vielleicht spüren Sie das mit mir - dazu in dieser Zeit besonders gefordert, denn gerade wir Christliche Demokraten können bei der Diskussion über die geistig-kulturelle Entwicklung unseres Landes die Meinungsführerschaft beanspruchen. Nach dem ruhmlosen Scheitern der Ideologien des 19. Jahrhunderts ist nämlich vielen deutlich geworden, daß eine am christlichen Verständnis vom Menschen orientierte Politik, die in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung steht, in besonderer Weise befähigt ist, den Wandel in Staat und Gesellschaft auf humane und sozial verträgliche Weise zu gestalten.

Darüber wollen wir jetzt auf unserem Podium sprechen, und ich freue mich, Ihnen hierfür vier hochinteressante Gesprächsteilnehmer vorstellen zu dürfen.

Zunächst begrüße ich in unserer Mitte herzlich Frau Ministerin Dr. Annette Schavan aus dem Land Baden-Württemberg.

(Beifall)

Ich glaube, daß Sie alle sie gut kennen. Für die, die sie doch nicht ganz so gut kennen: Frau Dr. Annette Schavan hat Erziehungswissenschaften, Philosophie und Katholische Theologie studiert, sie war in der Spitze unserer Partei als Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union tätig, sie ist Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und, wie erwähnt, seit Sommer dieses Jahres Ministerin für Kultus und Sport in Baden-Württemberg.

Wir haben heute einen Dialog, der Geisteswissenschaften, Kulturwissenschaften und technische Fächer zueinanderführt. Ich freue mich, auf unserem Podium die Rektorin der Technischen Universität Ilmenau begrüßen zu können, Frau Professor Dagmar Schipanski.

(Beifall)

Frau Professor Schipanski hat in Magdeburg Angewandte Physik studiert und ist die erste Frau in der Bundesrepublik Deutschland, die an der Spitze einer Technischen Universität steht. Sie hat einen Lehrstuhl für Festkörperelektronik und ist Mitglied des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler sowie Mitglied des Wissenschaftsrates. Sie wird auf unserem Podium insbesondere die Fragen des Zusammenhangs von Technik und Ethik behandeln.

Ich freue mich, daß auch eine wichtige Persönlichkeit, die in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aktiv ist, hier heute zu uns gekommen ist. Ich begrüße in unserer Mitte Herrn Professor Richard Schröder.

(Beifall)

Professor Richard Schröder hat Evangelische Theologie und Philosophie studiert. Er war Gemeindepfarrer im geschichtsträchtigen Mansfelder Land. Er hat sich in der DDR in der demokratischen Bewegung der friedlichen Revolution engagiert, er war Mitglied der Verfassungskommission des „Runden Tisches“ und Mitglied der frei gewählten Volkskammer. Dort war er Vorsitzender der SPD-Fraktion, und er war auch für kurze Zeit Mitglied des gemeinsamen Deutschen Bundestages. Heute hat er einen Lehrstuhl für Philosophie und Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität inne, und zwar seit 1991. Er beschäftigt sich sehr stark mit den Fragen des Zusammenfindens in Deutschland. Wir wollen ihn heute auch fragen, wie das mit dem Zusammenfinden in Deutschland im Blick auf die sehr unterschiedliche Entwicklung hinsichtlich unserer Fragestellung ist. Er hat mehrere interessante Bücher geschrieben, darunter eines mit dem Titel „Deutschland, schwierig Vaterland“. Darin setzt er sich unter anderem mit dem Begriff der Nation auseinander. Wir freuen uns, heute zu diesem Thema etwas von ihm zu hören.

Last but not least begrüße ich in dieser Runde recht herzlich Herrn Professor Eugen Biser.

(Beifall)

Professor Eugen Biser ist einer der ganz herausragenden führenden katholischen Theologen. Er hat gerade in diesem Jahr seinen anthropologischen Entwurf veröffentlicht; eine ganze Kette von Veröffentlichungen schließt sich daran an. Professor Biser ist Emeritus und hatte den Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie an der Universität München inne. Er hat sich, lange bevor wir auf das Thema unseres Parteitages gekommen sind, schriftlich und mündlich zu der Frage geäußert, wie Christen zur Zukunft stehen, insbesondere auch dazu, wie sie zur Zukunft stehen sollten. Wir sind sehr interessiert, zu diesem Thema etwas von ihm zu hören.

Ich freue mich nun auf ein spannendes Forum. Wir wollen hier oben auf dem Podium eine Runde durchführen und dann Ihnen allen Gelegenheit geben, mit zu fragen und zu diskutieren. Ich darf Frau Ministerin Dr. Schavan bitten, unsere Runde zu eröffnen.

(Beifall)

**Dr. Annette Schavan:** Meine Damen und Herren, Sie alle haben heute schon ziemlich viel zugehört. Deshalb lege ich provokant eine Uhr vor mich, damit mein Beitrag wirklich kurz bleibt, denn wir wollen nach dieser ersten Runde ja möglichst bald ins Gespräch kommen.

Es hat vor einiger Zeit eine Umfrage unter Deutschen mit der Frage gegeben, wem oder was die Gestaltung der Zukunft am ehesten anvertraut werden könne. Die Antwort war eindeutig: Die überragende Mehrheit der Deutschen traut dies am ehesten der Technik und der Naturwissenschaft zu. Es waren lediglich 4 %, die es den Kirchen zutrauten.

Solche Einschätzungen haben, wie mir scheint, weniger mit Werteverlust oder Bindungsverlust oder all den Verlusten zu tun, die wir rhetorisch manchmal heraufbeschwören, sondern eher mit konkreten Erfahrungen von konkreten Menschen, und damit verbinde ich meine These zum Einstieg in unser Gespräch: Am Anfang von Überlegungen über die geistig-kulturelle Dimension von Zukunftsgestaltung stehen nicht Programme, stehen nicht Strategien, sondern Menschen, konkrete Menschen mit generationenspezifischen Erfahrungen.

Wenn ich mir die Erfahrungen meiner Eltern und Großeltern aus deren Erzählungen vor Augen führe, dann waren für beide Generationen deren Jugenderfahrungen von Krieg, Zerstörung, Gewalt und Hunger prägend. Das hat deren weiteres Leben mitgeprägt. Das wird ganz besonders deutlich, wenn sie älter werden und zu erzählen beginnen. Dann waren das Erfahrungen von Solidarität unter Menschen und in kleinen Lebenskreisen zu Zeiten von Aufbau und Not. Dann waren das Erfahrungen einer weitgehenden Identität von christlich-kirchlichem Leben und bürgerlichem Leben, und dann waren das auch Erfahrungen, bei denen eine Rolle spielte - das hängt mit dem vorher Gesagten zusammen -, daß es für individuelle Entscheidungen, für die eigenen Entscheidungen eine Rückendeckung durch - ich nenne es einmal pauschal so - Sitte und Tradition gegeben hat. Das alles gilt, gewiß mit regionalen Verschiedenheiten und Besonderheiten, noch gut bis in die 60er Jahre hinein.

Der Bundeskanzler hat gestern eine für diesen Zusammenhang wichtige Zahl genannt, nämlich die Zahl, daß zwei Drittel der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind. Das heißt, ihnen können weder diese Erfahrungen noch die Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit wirklich bewußt und präsent sein. Für sie ist das im wesentlichen Geschichte.

Ihre Erfahrungen sind ganz andere als die eben genannten. Ihre Erfahrungen - auch meine, die Erfahrungen meiner Generation und der nachfolgenden - sind das Leben in einer Gesellschaft des Wohlstandes und wachsender Wahlmöglichkeiten, das Leben in einer Gesellschaft, die glaubhaft schon seit vielen Jahren versichert, für alles Vorsorge getroffen zu haben, und zwar professioneller und also besser, als Einzelne oder kleine Lebenskreise das tun könnten.

Das sind Erfahrungen in einer Kultur, in der es die genannte Identität von christlichem und bürgerlichem Leben so nicht mehr gibt und in der auch Traditionen einen anderen Stellenwert haben. Wir haben immer in einer enttraditionalisierten Gesellschaft gelebt, in einer Gesellschaft, in der nach wie vor Tradition Schicksal des Menschen ist, aber nicht die eine Tradition, die alles umfaßt und einen Alleinvertretungsanspruch erheben könnte, sondern die Palette von Traditionen, die je um Zustimmung werben und bei der jede und jeder einzelne von uns in der Situation ist, sich entscheiden zu müssen, und das heißt immer, Argumente und Erfahrungen haben zu müssen, um sich entscheiden zu können.

Das ist schließlich das Leben in einer Kultur, die dem Einzelnen immer mehr zumutet, eine Eigenständigkeit, eine Stärke der Persönlichkeit zu besitzen, wie sie zuvor - eben weil Rücken- deckung durch Sitte und Tradition gegeben war - so nicht vorgekommen ist.

Menschen haben, so behaupte ich, Individualität, über die heute öffentlich so viel lamentiert wird, nicht gewählt. Wir Jüngeren haben uns das, was uns jetzt vorgehalten wird, nicht ausgesucht. Individualität gehört vielmehr, so hat man uns gesagt, zu den Fortschrittsexponenten schlechthin; ja, sie war noch bis vor kurzem - unausgesprochen, aber faktisch so gelebt - der Erfolgsschlager schlechthin. Denn wir dürfen nicht vergessen: Diese heute so oft beklagte Individualität hat eben jene Mobilität und Flexibilität usw. hervorgebracht, die immer da ins Feld geführt wird, wo es um die erfolgreiche Gesellschaft geht, um die Gesellschaft, die ihren Wohlstand weiter vermehrt. Diese Gesellschaft braucht Menschen, die beweglich sind, die ständig neugierig auf das Neue sind, die sich möglichst nicht so durch Bindungen festmachen, daß sie diese Beweglichkeit nicht zeigen könnten.

Nachdem die Menschen sich nun so verhalten, wie diese Gesellschaft es ihnen abverlangt, kommt ein neuer Schlager - eigentlich ein alter -, nämlich die Suche nach Gemeinsinn, nach Solidarität, nach Bindung. Damit Sie mich nicht mißverstehen: Das ist gut so, das ist ein guter alter Schlager, das ist eine Tradition, ohne die Menschen vermutlich nicht wirklich leben können und leben wollen. Nur sage ich aus dem Blickwinkel derer, für die die Nachkriegszeit Geschichte ist: Wir haben uns das alles nicht ausgesucht, sondern all das, was wir heute beklagen, ist ein Stück Erfolgsgeschichte.

Nun stehen wir in der Aufgabe - und das betrifft die geistig-kulturelle Dimension von Zukunftsgestaltung -, wieder zusammenzubinden, was auseinandergeraten ist. Dazu reichen nicht Programme und reicht vor allem keine öffentliche Rhetorik, dazu brauchen Menschen wieder Erfahrungen.

Erstens brauchen sie die Erfahrung, daß wir nicht einfach nur Pluralität und Individualität weiter leben, sondern daß wir in aller Pluralität und Liberalität neue Instrumente und Wege der Verständigung finden. Dieser Gesellschaft sind Prinzipien und Instrumente der Konsensfindung abhandengekommen. Konsens war einmal eine relativ selbstverständliche Größe. Sie muß jetzt erarbeitet werden, von jeder Generation neu. Das gehört für mich wesentlich zu der geistig-kulturellen Dimension.

Zweitens. Menschen brauchen Erfahrungen von Strukturen, die nicht nur Individualität, sondern auch den Blick auf das Ganze befördern. Ich behaupte, nicht individuelle Egoismen verhindern den Blick auf das Ganze, sondern das immer noch vorhandene Signal vielfacher Strukturen, die sagen: Wir können das besser; was ein einzelner einbringen kann, ist immer unprofessionell gegenüber dem, was die großen Strukturen und Institutionen - bei aller Krise, die sie auch heraufbeschwören - letztlich doch leisten können.

Schließlich brauchen Menschen heute Erfahrungen einer Bildung - Sie werden verstehen, daß ich das einbringe -, die im wirklichen und guten Sinne Biographiestärkung bedeutet, nicht nur Wissen, nicht nur Qualifikation, nicht Gleichsetzung von Bildung und Akademischem, sondern eine Bildung, die den Zusammenhang von Wissen und Können, von Einsicht und Erkenntnis herzustellen vermag. Das muß eine Bildung sein, die mehr als je zuvor Zusammenhänge herstellen lernt. Das muß eine Bildung sein, ein Bildungssystem sein, das stärker, als wir das leisten, die wirklich Begabten und Leistungsstarken auch ausreichend fördert und sie nicht vor lauter Unterforderung in eine - auch rhetorische - Larmoyanz hineinkommen läßt,

und ein Bildungssystem, das genauso - das ist mir heute mittag noch einmal in den Sinn gekommen, nachdem ich den Vormittag Revue passieren ließ - mit der elenden Gleichsetzung von Bildung, Begabung und Klugheit als rein Akademischem, als Neigung oder Fähigkeit zu Theorie, Modell und Abstraktion, aufhört. Die Bildungspolitik muß diejenigen in den Blick nehmen - und das ist ein möglicherweise größer werdender Teil der jungen Menschen -, die heute noch das Signal bekommen: Du bist letztlich als unqualifiziert definiert. Wir brauchen also eine andere Form der Motivation, zu lernen, eine andere Form der Bildung, als wir sie ihnen möglicherweise bislang geben.

Schließlich brauchen Menschen Erfahrungen für das, was mehrfach schon zitiert worden ist: was es denn heißt, von Voraussetzungen zu leben, die wir nicht selbst schaffen können. Weil ich mich kurz fassen wollte, fange ich damit jetzt nicht an, weil man darüber ganz furchtbar lange sprechen kann. Da gibt es ganz viele schöne und richtige Sätze, aber ich bin überzeugt: Die Menschen reagieren nicht mehr auf Rhetorik, die Menschen richten sich nicht nach dem, was wir ihnen über diese Voraussetzungen sagen, sondern sie richten sich nach dem, was sie erleben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Ich bitte nun Herrn Professor Schröder, der ja - um an Frau Dr. Schavan anzuknüpfen - ein ganz unterschiedliches Erleben mit einzubringen hat, aus seiner Sicht zu dieser Frage zu sprechen.

**Prof. Dr. theol. Richard Schröder:** Lassen Sie mich am Anfang tatsächlich zum Thema „Nation“ etwas sagen. Ich habe mir dieses Thema nicht ausgewählt, um irgendeinen alten Hut wieder hervorzuziehen, sondern es ist mir so gegangen, daß ich mir Ende 1990 - die Volkskammer-Zeit war zu Ende, und ich hatte etwas mehr Zeit - gesagt habe: Du mußt doch einmal aufschreiben, was wir, wo wir jetzt vereint sind, eigentlich mit diesem „wir“ meinen. Ich habe dann den Versuch gemacht, das zu artikulieren, und habe festgestellt - das hatte sich vorher schon angedeutet -, daß die, sagen wir einmal, eher naive und unbefangene Beschreibung dessen, was für unsereinen mit der zurückgewonnenen Einheit Deutschlands verbunden ist, bei vielen Westdeutschen - quantifizieren will ich das nicht, aber jedenfalls bei einigen Westdeutschen -, die den Stift in der Hand und das Ohr an Zeitungen haben, auf Mißfallen gestoßen ist.

Aber nach wie vor bin ich der Meinung - und ich glaube, daß diese meine Meinung im Osten verhältnismäßig mehr Zustimmung findet als im Westen -, daß wir auch in der Zukunft nicht richtig vorankommen werden, wenn wir uns nicht darüber verständigen, was das heißt: Wir sind ein Volk.

Wir brauchen ja ein solches Zusammengehören der Deutschen gar nicht neu zu erfinden. Ich möchte daran erinnern, daß diejenigen, die die DDR verlassen wollten und konnten, selten nach Australien gegangen sind, auch gar nicht so oft in die Schweiz oder nach Österreich, wo sie ja das Problem mit dem Englischen nicht hätten, sondern nach Westdeutschland. Auch umgekehrt gibt es keine separatistischen Tendenzen; ich suche jedenfalls vergebens die Flugblätter, die aufrufen, nun endlich die Segnungen der Zweistaatlichkeit wieder über uns kommen zu lassen. Insofern muß man doch schlicht und ergreifend sagen: Es gibt offenbar eine erhebliche relevante Substanz des Zusammengehörenwollens - in allem Streit.

Wir können außerdem auf ein solches Zusammengehören schon deshalb nicht verzichten, weil alles andere den Umgang mit unseren Nachbarn und anderen Völkern ganz ungemein

erschweren würde. Wir würden gewissermaßen unser kollektives Gedächtnis tilgen, wir könnten uns sozusagen aus unserer Geschichte davonestehlen. Wenn es dann zu einem substantiellen Dialog mit Polen oder mit Juden kommt und wenn da auch alte Rechnungen aufgemacht werden - das ist ja auch ganz berechtigt -, dann sagen wir etwa: Tut mir leid, ich bin Europäer. - Da fühlen die sich gekränkt, und zwar ganz zu Recht. Sie fühlten sich gekränkt und würden das als eine Flucht empfinden.

Auch im Blick auf das Vorantreiben der inneren Einheit brauchen wir, denke ich, diese Erinnerung an die gemeinsame Geschichte. Ich biete die kurze Formel an: Die Einigungskosten sind verspätete Kriegsfolgelasten. Wenn wir dieses Argument, daß die Einigungskosten verspätete Kriegsfolgelasten sind, nicht gebrauchen wollen, dann ist es tatsächlich nicht ganz einfach, auf die Frage zu antworten: Warum fließt soviel Geld in den Osten und nicht vielmehr nach Indien? Da wird es doch nötiger gebraucht! Damit will ich nichts dagegen gesagt haben, daß auch eine Unterstützung des vereinten Deutschland nach Indien hin selbstverständlich notwendig ist.

Mir scheint also, wir brauchen um das Wort „ein Volk“ oder um das Wort „Nation“ keinen Bogen zu machen. Es besteht dann sowieso die Gefahr, daß die Falschen sich das vornehmen. Wir können als eine brauchbare - übrigens auch für einen Sozialdemokraten brauchbare - Beschreibung dessen, was mit „Nation“ gemeint ist, sagen: Es ist eine Solidar- und Haftungsgemeinschaft. Wir sind als Deutsche nichts Besonderes, aber auf Grund unserer Geschichte und Kultur doch immerhin etwas Bestimmtes. Was uns als Deutsche verbindet, sind vor allen Dingen die Aufgaben, die wir auch tatsächlich nur als Deutsche lösen können. Es gibt Aufgaben, die kann ich nur in dem „wir“ meiner Familie lösen, und es gibt auch Aufgaben, die können nur auf der Ebene des „wir“ der Menschheit gelöst werden, wozu beispielsweise die oft besprochenen Umweltprobleme gehören, die ja bekanntlich vor Grenzen nicht haltmachen. Aber es gibt eben auch einen Kreis von Aufgaben, die nur wir als Deutsche lösen können, und auf dieses Feld muß sich diese Wir-Identität beziehen. Das soll beileibe kein „wir“ sein, das das „ich“ verschlingt. Die Gefahr benennen heißt aber auch immer, sie vermeiden zu können. Es soll beileibe auch nicht das einzige „wir“ sein, in dem wir leben. Eben habe ich schon eine Struktur konzentrischer Wir-Identitäten benannt. Da sind die Familie, die Region, das Bundesland, die Bundesrepublik und Europa, und dann käme noch der Planet selber.

Daneben gibt es auch Wir-Identitäten, die quer dazu verlaufen - und es ist gut, daß es sie gibt -: wir Christen, aber auch wir Ärzte usw. Man soll keines dieser „wir“ gegen das andere auspielen. Wir müssen aber lernen, daß das Zauberwort „Identität“ kein Selbstverständnis im Singular meint, sondern ein Geflecht, und die Kunst des Lebens besteht darin, daß man diesen verschiedenen Bindungen und Verflechtungen sozusagen das angemessene Gleichgewicht verschafft. Der Nationalismus ist einfach die Unsitte, das eine „wir“ gegen andere auszuspielen.

Selbstverständlich muß das „wir“, das uns als Deutsche verbindet, ein offenes „wir“ sein. Wir sollten es weder durch Blut noch durch Boden definieren. Dieses „offen sein“ bezieht sich zum einen - wie es übrigens in unserer Geschichte doch zumeist auch gewesen ist, namentlich in der östlichen Geschichte - auf solche, die dazukommen: integrationsfähig und integrationsbereit sein. Zum anderen bezieht sich diese Offenheit darauf, daß das europäische „wir“ nach und nach - das wird sicher kein plötzlicher Prozeß sein - stärker wird und daß vielleicht - ich weiß nicht, ob das in ein oder zwei Generationen der Fall sein könnte - von so etwas wie

einer europäischen Nation geredet werden kann. Wir müssen, so denke ich, alles das, was in diese Richtung geht, unterstützen, dürfen aber nicht das eine gegen das andere ausspielen.

Wie steht es denn nun intern im Blick auf das Zusammengehören, oder gibt es relevante Differenzen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen in geistig-kultureller Hinsicht? Dazu will ich erstens sagen: Wir müssen das Thema etwas herunterstufen. Die Idee einer sozialistischen Kultur speziell für die DDR, das ist ein Wunschtraum der SED gewesen, das ist keine Wirklichkeit gewesen. Wenn wir das an der hohen Kultur dokumentieren wollen, können wir sagen: Konzertprogramme im Osten und Konzertprogramme im Westen, so sehr viel hat sich das auch nicht genommen. In der Nähe des Weihnachtsfestes war es das Weihnachtssoratorium, und in der Karwoche waren es die Matthäus- und die Johannes-Passion. Das ist auch im Osten üblich gewesen, und es ist nicht nur von Christen besucht worden.

Höchstens im Blick auf die Literatur gab es etwas Spezifisches. Schriftsteller wie Christa Wolf und alle möglichen anderen waren sehr beliebt, und es hat sich dort eine spezifische Lesekultur entwickelt, die, glaube ich, vom Westen aus nur begrenzt nachempfunden werden kann, nämlich die Freude an den Andeutungen. Es ist eine Andeutungsliteratur gewesen. Das hat leider auch zur Folge, daß sich der damalige Rang unter den neuen Verhältnissen nicht einfach fortsetzen läßt, sondern mit zu dem Erinnerten gehört, Andeutungen über das, was eigentlich nicht gesagt und eigentlich nicht thematisiert werden sollte. Da hat man - beispielsweise im Kabarett, aber auch bei Theaterstücken - auf bestimmte Sätze geachtet, denen man einen kritischen Hintersinn entlocken konnte, etwa bei Schiller. Dies ist ein spezifisches intellektuelles DDR-Vergnügen gewesen, an das ich mit einer gewissen Wehmut zurückdenke.

Wiederum anders ist es, wenn man an das denkt, was die Jugend an Musik hören wollte. Die Beatles und alles, was danach noch kam, na ja, wenn es das nicht zu kaufen gab, wurde es eben aufgenommen. In der Ulbricht-Phase ist es noch so gewesen, daß einer meiner Mitschüler nach Hause geschickt wurde, weil er von seinen Verwandten ein paar Jeans aus Amerika bekommen hatte, und da hieß es: So etwas trägt man hier nicht. Aber unter Honecker hat die DDR Jeans produziert, wobei die Jugendlichen dann aber den feinen Unterschied zwischen echten und nicht echten Jeans eingeführt haben.

Was es an Unterschieden gibt, liegt auf einem anderen Feld. Ich meine das Feld der persönlichen Prioritätensetzungen im Leben. Da kann man eine Reihe von Unterschieden festmachen: Für die Ostler haben Familie, Kinder und der Freundeskreis immer noch einen erheblich höheren Rang, als es im Westen der Fall ist. Das ergibt sich eindeutig, wenn man die Leute befragt. Selbstverwirklichungswerte und die Karriere spielen nicht dieselbe Rolle wie im Westen. Auch der soziale Status hat nicht dieselbe Bedeutung wie im Westen. Erklären kann man das als eine Folge der zerstörten Öffentlichkeit in der Diktatur, als Rückzug ins Private. Damit hat das sicher etwas zu tun. Man kann auch noch anmerken, daß den Ostdeutschen deshalb bestimmte Fähigkeiten, die wünschenswert sind, fehlen, so die Fähigkeit zur Selbstdarstellung.

Trotzdem möchte ich den Ostdeutschen nicht empfehlen: Werdet wie die Westdeutschen. Vor allem finde ich es immer mißlich, wenn erklärt wird: Ja, denen fehlt noch ein Modernisierungsschub. Durch diese schöne soziologische Formel wird uns heimlich das zur Norm gemacht, was im Westen normal ist. Ich denke, die Ostdeutschen können an dieser Stelle ein bißchen selbstbewußter sein, und sie müssen sich zwar nicht, was es auch sehr verbreitet



gibt, als die besseren Menschen fühlen, aber es sind doch nicht alle Tendenzen, die in der westlichen Gesellschaft dominant sind, unbedingt nachahmenswert.

(Beifall)

Zwei solcher Spezifika möchte ich noch nennen. Das eine ist eine sehr hohe Gerechtigkeitserwartung, allerdings nach einem Gerechtigkeitsverständnis, das sich in einem hohen Maß am Gleichheitsideal orientiert und dessen Schattenseite eine hohe Anfälligkeit für Sozialneid ist; das muß ich dazu kritisch auch gleich sagen.

Was die Ostdeutschen zweitens mitbringen - sicherlich auch eine Folge diesmal nicht der Diktatur, sondern der Mangelwirtschaft -, was zu den Positiva zu rechnen ist, ist das hohe Improvisationstalent. Mit dessen Hilfe konnten sie offenbar in den zurückliegenden fünf Jahren einen Umstellungsprozeß bewältigen, von dem wir nicht wissen, ob die westdeutsche Gesellschaft ihn ebenso hätte hinter sich bringen können.

Während ich jetzt das Bild von den Ostdeutschen schildere, die ihre eigenen Wertprioritäten und auch ihre eigene Lebendigkeit haben, muß ich zum Schluß nun doch noch eine andere Seite aufmachen. Es gibt ein erhebliches, ein gewaltiges Orientierungsdefizit im Osten, wenn auch nicht für alle gleichermaßen. Ich nenne hier einmal die Gruppe, bei der das am offensichtlichsten ist: die Kinder von Funktionären, für die ihre Eltern an Respekt verloren haben. Es sind die Kinder von Funktionären, die inzwischen sagen: Das, wozu meine Eltern mich erzogen haben, war alles Lug und Trug. Wenn der Vater IM war, kann das dieselbe Funktion haben.

Wie groß diese Gruppe ist, kann ich nicht mit Zahlen benennen, aber bei aller Einigungseuphorie sollten wir nicht übersehen, daß es hier Menschen gibt, für die die Einigung mit einem Zerbrechen der bisherigen Orientierungskordinaten verbunden gewesen ist. Die Reaktionen sind verschieden; einige der Betroffenen gehen in Richtung „no future“, andere sagen: Alles ist relativ, jetzt ist alles erlaubt. Auch das gibt es.

Mit erheblichem Abstand von dieser Gruppe nenne ich die Gruppe der Lehrer, und zwar deshalb, weil wir dort, wo es im besonderen nötig wäre, die geringste Durchmischung haben.

(Zuruf: Richtig!)

Was die Richter betrifft, was die Hochschulen betrifft, so hat eine enorme Ost-West-Durchmischung stattgefunden, wobei ich diesen Effekt der Durchmischung gar nicht so verstehe, daß immer die Westdeutschen sagen, was richtig ist, sondern so, daß Gesprächssituationen entstehen.

(Beifall)

Ich weiß gar nicht recht, was man da tun kann, aber es müßte jedenfalls - das soll mein letztes Wort sein - Augenmerk darauf gerichtet werden, daß auch in der Lehrerschaft Gesprächssituationen entstehen. Es darf nicht sein, daß man dort sozusagen halb schweigend im eigenen Saft weiterschmort.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Herr Professor Schröder! - Sie alle haben wohl mit verspürt, daß in diesem Beitrag Fragen angesprochen worden sind, die - bei aller Notwendigkeit der äußeren Gestaltung des Einigungsprozesses in wirtschaftlichen Fragen und

allem, was damit zusammenhängt - nicht auf der Strecke bleiben dürfen. Ich finde es schön, Herr Professor Schröder, daß Sie das hier in unser Forum einbringen, und wir werden gleich Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Nun von der Theologie zur Technik: Frau Professor Schipanski stellt sich zur geistig-kulturellen Zukunftsentwicklung die Fragen: Wie ist es mit dem Verhältnis von technologischer Innovation und ethischer Verantwortung, und wie ist es mit der Geschwindigkeit der Erfahrungserneuerung bei der technologischen Information? Kommt unsere Geschwindigkeit in der ethischen Begriffsbildung mit, oder bleibt sie auf der Strecke? Ist das überhaupt vermittelt? Wie würden Sie die Sensibilität für diese Frage beschreiben, oder würden Sie sagen, daß sie möglicherweise ganz irrelevant ist? Und wie sind die Interdependenzen? Ist da erst die technische Entwicklung, und versucht die ethische Verantwortung des Forschers dann, dem nachzukommen, oder gibt es auch umgekehrte Zusammenhänge? - Bitte.

**Prof. Dr.-Ing. Dagmar Schipanski:** Meine Damen und Herren! Ich habe als erstes heute vormittag etwas erstaunt geschaut, als ich mich als einziger Techniker unter vier Theologen wiederfand, der mit über die geistig-kulturellen Dimensionen für das nächste Jahrtausend beraten soll. Da ich aber glaube, daß die Technik doch wesentlich unser Leben mitbestimmt, ist es notwendig, von seiten der Technik zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Deshalb habe ich mich gefreut, daß ich als einziger Technik- und Naturwissenschaftler zu dieser Diskussionsrunde eingeladen worden bin und meine Sicht einbringen kann. Ob ich all diese Dimensionen jetzt in einem kurzen Statement von zehn Minuten erfassen kann, die Sie angesprochen haben, Herr Hintze, glaube ich kaum. Wir haben aber heute vormittag drei Vorträge gehört, die viele dieser Fragestellungen, die Sie jetzt genannt haben, angerissen haben.

Ich möchte von der Geschichte ausgehen. Die Technik hat die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ganz entscheidend geprägt, nicht nur der Bundesrepublik, ich glaube, der Menschheit allgemein. Wenn Sie in die Geschichte schauen, dann reden wir von Steinzeit, reden von Eisenzeit; wir reden vom Atomzeitalter. Kennzeichnend sind immer bestimmte technische Entwicklungen, die die Lebensumstände der Menschen bestimmten. Mit diesen Charakteristika, die durch die Technik bestimmt waren, sind Kulturen und Weltbilder verbunden gewesen, die entstanden sind, die untergegangen sind, die aber in ihrem geistigen Inhalt immer den naturwissenschaftlich-technischen Erfindungsstand widerspiegeln.

Wenn man die Technikgeschichte verfolgt, so sieht man meiner Meinung nach, daß die Technikentwicklungen, wie es heute früh schon anklang, eigentlich vorangetrieben worden sind durch den Urtrieb des Menschen, zu sehen, was die Welt im Innersten zusammenhält, so wie es Goethe schon formulierte. Die Erfindung an sich, die ein Wissenschaftler macht, ist ja weder gut noch böse. Sie ist ein Meilenstein auf dem Weg, daß wir die Urzusammenhänge der uns umgebenden Welt erkennen wollen. Jedoch können diese Entdeckungen und Erfindungen von der Gesellschaft genutzt werden. Sie können zum Nutzen, aber auch zum Verderben der Menschheit eingesetzt werden. Das hängt eigentlich vom verantwortlichen Umgang nicht nur der Wissenschaftler mit ihren Erfindungen ab, sondern vom verantwortlichen Umgang aller sie umgebenden Menschen, also vom verantwortlichen Umgang der Gesellschaft mit diesen Erfindungen, ob sie eine friedliche Entwicklung voranbringen oder ob sie selbst, wie bei der Atombombe von Hiroshima, zum Verderben eingesetzt werden.

Hier ist meiner Meinung nach der wechselseitige Zusammenhang von Technik und Ethik in sich gegeben, dem sich kein Wissenschaftler, kein Politiker, kein Wirtschaftler und auch kein

Nutzer einfach entziehen kann. Der verantwortungsbewußte und auch verantwortungsvolle Umgang mit der Technik, das ist eigentlich das Gebot eines jeden Zeitalters, und das ist das, was wir heute der Jugend vermitteln und was wir selbst akzeptieren und für uns mehr verinnerlichen sollten.

Es erscheint mir persönlich verhängnisvoll, daß die meisten technischen Entwicklungen ihren Höhepunkt im Anschlag und in der Schnelle der Entwicklung eigentlich durch kriegerische Auseinandersetzungen bekommen haben. Wir sind jetzt das erste Mal in einem Zeitalter, in dem die Chance gegeben ist, daß wir in einem friedvollen Miteinander die technische Entwicklung sehr schnell vorantreiben können.

Heute früh ist wiederholt darüber geredet worden, wie schnell im Moment die technische Entwicklung vor sich geht. Die Nutzung dieser Erfindungen liegt also in unserer Hand, und ich glaube, daß es durch die Politik gegeben sein muß, diese Erfindungen schneller zu nutzen, schneller in die Wirtschaft überzuführen. Das wäre meine Bitte an die Politik: Regelungen und Rahmenbedingungen, damit wir das wirtschaftlich besser nutzen können.

Es erscheint mir andererseits töricht, wenn man bestimmte Entwicklungen einfach ausklammert und sagt, die nutzen wir jetzt nicht. So erscheint mir nicht sinnvoll der Ausstieg aus der Kernforschung, wenn man bedenkt, daß gerade die Kernenergie im Osten dieser Welt eingesetzt wird, daß sie in nicht sicheren Reaktoren eingesetzt wird, daß wir über ein Wissen verfügen, das wir meiner Meinung nach sinnvoll für die Menschen einsetzen können, indem wir es weiterentwickeln und anderen zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Es ist ein Kopf-in-den-Sand-Stecken, wenn man meint, wenn wir uns aus der Atompolitik zurückziehen, daß es dann auch andere tun. Das ist nicht der Fall. Es hilft nicht, ein Kernforschungszentrum umzufunktionieren in ein Forschungszentrum für Umwelt, wenn die Umwelt von anderer Seite wesentlich mehr zerstört werden kann.

Da wir über Werte reden wollen, möchte ich noch sagen, daß es für mich sehr wesentlich ist, daß man der Jugend als Grundwert die Verantwortung für das eigene Handeln vermittelt.

(Beifall)

Das mag Ihnen eigenartig erscheinen, aber es gehört mit dazu, daß man für das, was man getan hat, wo man sieht, daß es richtig ist, auch einsteht ohne die Unterstützung einer Lobby oder daß man sich gegenüber einer bestimmten anderen Menge behauptet.

Mich persönlich hat sehr betroffen gemacht, als ich zwei Jahre nach der Einheit mit einem jungen Physiker sprach, der zu mir sagte: Die Einheit Deutschlands hat mein Experiment zerstört; ich habe jetzt zwei Jahre lang kein Geld bekommen. Da scheint mir ein einzelnes Ergebnis aus dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung gerissen, was nicht sein darf.

Man sollte insgesamt die Wissenschaft und die Forschung so vorantreiben, daß man das Gesamtwohl im Auge behält. Das kann man nicht nur den Politikern zuschieben und sagen, die Politiker sollen das leisten, das muß auch jeder für sich selbst leisten. Es muß jeder für sich selbst verantworten können: Wie teuer ist meine Forschung, welchen Nutzen bringt sie im Moment, ist es so wesentlich, daß ich das Ergebnis ein Jahr früher oder später habe? Es klingt für Sie vielleicht provokant, aber ich glaube schon, daß wir in ganz Deutschland die Ver-

antwortung für beide Teile Deutschlands haben. Wir wollen den Osten nicht auf Kosten des Westens entwickeln, das ist richtig, aber wir können ihn auch nicht einfach hintanstellen und sagen, die Einheit ist jetzt vollendet, und nun sehen wir einmal, wie es weitergeht. So ist das nicht. Gerade in der Hochschullandschaft bedarf es noch erheblicher Investitionen im Osten Deutschlands.

(Beifall)

Da wir uns hier über das einundzwanzigste Jahrhundert unterhalten wollen, möchte ich noch dazusagen, was der derzeitige Stand der technischen Entwicklung für das einundzwanzigste Jahrhundert bedeutet. Wir reden über die Informationsgesellschaft. Die Biotechnologie wird die weitere Herausforderung des nächsten Jahrhunderts sein. Wenn wir beide Technologien betrachten, dann möchte ich ganz einfach daran erinnern, was heute früh gesagt wurde: Wissen ohne Charakter ist schädlich.

(Beifall)

Das bedeutet also, auch für diese beiden Entwicklungen ist die Verantwortung gefragt und ist eine Wertesetzung gefragt, besonders bei der Informationsgesellschaft. Sie haben eine Riesenfülle von Informationen, die wir in der Zukunft zu verarbeiten haben. Verarbeiten klingt schon nicht gut. Ich möchte sagen, wir haben sie zu bewerten. Es wird so sein - ich sage es ganz provokant -, wenn über die neuen Medien die alten Nachrichten gebracht werden, dann haben wir die Medien nicht sinnvoll genutzt. Wir müssen probieren, diese neuen Medien sinnvoll für neue Anwendungen für uns zu erschließen, damit das Miteinander in der Gesellschaft günstiger gestaltet werden kann. Es kann nicht so sein, daß wir einfach die jetzigen Zeitungsmeldungen über das Internet verbreiten, sondern es sollte dann auch wirklich ein qualitativer Sprung sein. Das ist etwas, was in den Schulen vermittelt werden muß. Es muß vermittelt werden: „Was ist Wert?“ Eine Information an sich ist kein Wert.

(Beifall)

Sie gestatten mir ein letztes Wort, da ich von seiten der Technik spreche, zur Technikakzeptanz. Ich komme aus dem Osten Deutschlands, in dem wir jahrelang von der Technikentwicklung abgeschnitten waren. Es ist doch nicht so, daß wir aus mangelnder Technikakzeptanz einen rüttelnden Trabant gefahren haben. Es ist einfach so, daß wir von gewissen Entwicklungen abgeschnitten waren, diese Entwicklungen nur noch verfolgen konnten. Lassen Sie mich Ihnen aus dieser Sicht heraus vermitteln, die Technik entwickelt sich weiter, und sie entwickelt sich größtenteils zum Wohle von uns. Man sollte die Technik annehmen, man sollte sie für sich nutzen, man sollte keinen Horror vor der Technik haben, denn wenn Sie die Geschichte verfolgen, wie ich es sagte, von der Steinzeit bis jetzt, immer hat die Technik geholfen, die Lebensumstände des Menschen angenehmer zu machen. Das heißt also, das Problem der Technikakzeptanz sollte man einfach dadurch abzubauen versuchen, daß man sich bewußt wird, mit welcher Technik wir leben und daß wir diese Technik ständig für uns einsetzen, ohne sie innerlich zu verteufeln.

Um noch einmal zu dem Problem zu kommen, was Herr Schröder vorhin ansprach. Als die Wende kam, haben wir unsere Jugend in die Freiheit entlassen, in eine neue Welt, die mit neuer Technik vollgestopft war. Mit der Freiheit wußte die Jugend nichts anzufangen, davon sprechen die frühen Krawalle oder die starken Konzentrationen auf rechts oder auf links, aber die Technik hat sie sofort angenommen. Diese Technikakzeptanz, die bei uns noch vorhanden ist, ist etwas, was man auf den Westen übertragen könnte.

Um den Kreis zu schließen zu dem, was ich anfangs sagte, ich sitze nur unter Theologen hier. Als die Wende war und für viele von unseren Studenten, Professoren und Mitarbeitern wirklich eine Welt zusammengebrochen ist, haben relativ viele gefragt: Was von unseren Werten bleibt denn außer den technischen Erfindungen? Im ersten Moment, in den ersten Jahren, als sich alles neu zusammenrüttelte, konnte ich dann auch nur sagen: Die Zehn Gebote, die sind geliebt.

Es gibt noch andere Grundwerte, auf die wir uns besinnen sollten, die wir aber vermitteln müssen, die wir einer Jugend vermitteln müssen; die darauf wartet, daß ihr solche Werte gesagt werden. Aus meiner Sicht möchte ich Ihnen sagen, die geistig-kulturelle Dimension der Freiheit und der Verantwortung der Freiheit in Einklang mit Technik und Umwelt, das ist das, was wir für das nächste Jahrtausend brauchen.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Frau Professor Schipanski. Ich möchte nun Herrn Professor Biser bitten, zu uns zu sprechen. Er hat vor einigen Jahren in einem Buch Zukunftsunfähigkeit diagnostiziert und sich mit der Fähigkeit der Menschen auseinandergesetzt, sich zur Zukunft einzustellen, sie anzunehmen, sie positiv zu gestalten. Ich bitte ihn jetzt um seinen Beitrag für uns.

**Prof. Dr. phil. Dr. theol. Eugen Biser:** Vielleicht zunächst ein Wort an Sie, die Vertreterin der Naturwissenschaft. Ich sehe in der Technik praktizierte Aufklärung. Das ist für mich außerordentlich wichtig für das Verhältnis zum Islam. Vielleicht können wir dem Islam zu der ihm nötigen Portion Aufklärung auf dem Umweg über die Technik verhelfen.

(Beifall)

Nun aber zu meiner eigenen Problematik. Ich wollte zunächst eine Frage mit Ihnen diskutieren, warum sich die CDU überhaupt um die Zukunft Gedanken macht. Das ist gar nicht selbstverständlich.

Ein ganz großer Christ war bekanntlich Augustinus, aber über die Zukunft hat er sich keine Gedanken gemacht und gar nicht machen können, denn dafür steckte er noch viel zu tief in der Antike. Unter der Zukunft verstand er das Greisenalter der Welt, und Greisenalter bedeutete für ihn Verhärtung, Verschleimung, Versteinerung. Deswegen erhoffte er sich von der Zukunft überhaupt nichts mehr, und seine Zeit war auch so geartet. Aber daß wir im Unterschied zu Augustinus vielleicht die besseren Christen sind, das bringt es mit sich, daß wir nach der Zukunft fragen, denn unsere abendländische Welt ist, Gott Lob und Dank, tiefer vom Christentum geprägt, als den meisten, auch den meisten Politikern, bewußt ist. Dazu gehört, daß wir in der Perspektive stehen, ob wir das wollen oder nicht, die Jesus, aber nicht nur er, sondern die Propheten des Alten Testaments bereits veröffentlicht haben, und das war eine ausgesprochene Zukunftsperspektive. Daß also die CDU die Frage nach dem einundzwanzigsten Jahrhundert stellt, das ist eigentlich ein Eingeständnis, daß sie eine christliche Partei ist, und dazu möchte ich sie beglückwünschen.

(Beifall)

Das macht aber nun ganz große Schwierigkeiten. Herr Hintze hat mich heute morgen auf ein Wort angesprochen, das aber nicht von mir stammt, sondern von dem französischen Literaten und Philosophen Paul Valéry, daß der moderne Mensch mit dem Rücken zur Zukunft lebt,

daß er also zukunftsunfähig ist. Wenn wir uns fragen, warum das so ist, und ich denke, das ist so, dann gibt es nur eine Antwort: weil der heutige Mensch zutiefst an der Angst leidet. Angst ist wesentlich Angst vor Veränderung. Es gibt noch ganz andere Wurzeln der Angst. Wenn ich zwei oder drei weitere nennen darf, dann muß ich sagen, elementare Angst hat jeder vor sich selbst. Angst haben wir aber auch vor den Mitmenschen, und Angst hat der durchschnittliche Mensch gemeinhin vor Gott. Das sind die eigentlichen Pfahlwurzeln der Angst. Dazu kommt generell Angst vor Veränderungen, und deswegen erschreckt uns alles, was das uns bekannte Konzept der Wirklichkeit zum Guten oder zum Unguten hin verändert, und meistens ist es ja bekanntlich das Ungute.

Die Frage ist: Was kann hier geschehen? Die Antwort ergibt sich aus der Problematik, die Paul Valéry angesprochen hat: Es darf nicht dabei bleiben, daß wir mit dem Rücken zur Zukunft leben, es darf nicht bei unserer Zukunftsunfähigkeit bleiben. Deswegen erhebt sich die Frage: Was kann dagegen geschehen? Ich denke, die Antwort ist bereits gegeben: Es muß gelingen, uns die Angst aus der Seele zu nehmen. Nun werden die meisten von Ihnen fragen: Ist das eine Aufgabe der Politik? Das ist doch eine Aufgabe der Kirchen. Aber ich muß leider feststellen, daß sich die Kirchen in unserer Zeit gegenseitig und innerlich blockieren, so daß sie zu ihrer ureigenen Mission nicht kommen.

(Beifall)

Eine der großen Verheißungen der letzten Jahrzehnte war die der ökumenischen Bewegung. Aber ich sage nichts Ungebührlisches, wenn ich sage, daß sie stagniert. Alle reden davon, und keiner tut etwas, wenigstens nichts Effektives.

(Beifall)

Aber das Schlimmere ist, daß sich die Kirchen innerlich selbst blockieren. Ich sehe eine der schlimmsten und schwierigsten Blockaden darin, daß sich die Kirchen verwechseln mit moralischen Anstalten.

(Beifall)

Schiller hat aber gesagt, moralische Anstalt, das ist Theater, nicht die Kirche. Die Kirche hat eine Moral, sie ist aber keine Moral. Deswegen sollte sie sich langsam zurückbewegen zu ihrer ureigenen Aufgabe. Dann würde sie entdecken, daß zu ihren ganz spezifischen Aufgaben die Angstüberwindung des Menschen gehört, denn die Angst ist wurzelhaft gegeben in unserer Todverfallenheit, und weil das Christentum die einzige Religion ist, die es mit dem Tod aufgenommen hat - keine andere Weltreligion hat sich das auch nur einfallen lassen -, die dieses fürchterlichste Problem auf die Hörner genommen hat durch den Glauben an die Auferstehung Jesu und die damit gegebene Garantie unserer eigenen Auferstehung. Deswegen hat die Kirche auch substantiell die Möglichkeit, die Angst zu überwinden.

Wenn sich aber die Kirchen blockieren, dann muß irgendeine andere Institution in die Bresche treten, und da gilt dann das Subsidiaritätsprinzip einmal in einer ganz neuen Form. Selbstverständlich will ich nicht sagen, daß die Politiker predigen sollen, obwohl Herr Hintze das natürlich auf glänzende Weise könnte.

(Heiterkeit und Beifall)

Er hat auch die volle Qualifikation, aber ich denke, die Politiker sind gut beraten, wenn sie den Menschen wieder den Glauben an sich selbst, den Glauben an ein mitmenschliches Zusam-

menleben und den Glauben an eine menschlich-garantierte Zukunft vermitteln. Das könnte die Politik.

Allerdings stehen da große Schwierigkeiten im Weg. Ich möchte nicht verhehlen, worin ich die größte Schwierigkeit sehe. Sie hängt eng zusammen mit dem, was vorhin von Herrn Schröder gesagt worden ist. Es ist zunächst einmal festzustellen, daß das größte Geschenk an unsere deutsche Welt die Wiedervereinigung von 1989 und 1990 gewesen ist. Heute morgen ist, Gott Lob und Dank, einmal vom Gottesgeschenk der Wiedervereinigung die Rede gewesen, und ich muß gestehen, daß mir das aus der Seele gesprochen war.

(Beifall)

Allerdings wissen Sie auch, daß das Hochgefühl der Dankbarkeit sehr rasch abgeflaut ist. Zunächst hat man staunend wahrgenommen, was uns die Wiedervereinigung gebracht hat. Dann ist vom Saargebiet plötzlich die Gegenrechnung aufgemacht worden, und dann ist nur noch gefragt worden, was sie uns gekostet hat. Meine Damen und Herren, die Wiedervereinigung kann uns noch so viel kosten, niemals kann sie so viel kosten, wie uns die Fortsetzung des Ost-West-Konflikts ganz bestimmt gekostet haben würde.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen möchte ich nicht verhehlen, daß ich diese Wiedervereinigung wörtlich als ein Gottesgeschenk empfinde, wortwörtlich, denn sie überwand die tiefste Zäsur in der europäischen Geschichte, die mir bekannt ist, eine sanfte Revolution von einem Tiefgang ohnegleichen, aber eine Revolution ohne Führer, ohne Programm, ohne Strategie, selbstverständlich getragen von einer breiten Volksbewegung und von vielen, die sich bis zum Opfer des Lebens dafür eingesetzt haben - das soll nicht vergessen werden -, aber etwas völlig Atypisches, und die Krone dessen bestand darin, daß hierzulande kein Tropfen Blut geflossen ist, während sämtliche anderen Revolutionen von Strömen von Blut begleitet waren. Deswegen ein wirkliches Gottesgeschenk, und ich denke, dafür sollte bei uns eine neue Dankbarkeit entwickelt werden.

(Beifall)

Das ist aber nur möglich, wenn eine Voraussetzung gegeben ist, und die besteht in der Überwindung der sozialen Kälte, die sich in den letzten fünf Jahren nach meinem Eindruck bei uns breitgemacht hat. Das wird ein großes Kapitel sein, das ich ebenfalls der CDU ins Stammbuch schreiben und ans Herz legen möchte, weil offensichtlich die inneren Blockaden die Kirche hindern, daß von dorthier etwas Effektives in dieser Richtung geschieht.

Heute morgen ist sehr richtig gesagt worden, es gibt bei uns einen neuen Individualismus, alles konzentrierte sich auf das Selbstsein und das Eigeninteresse des Menschen, und deswegen sei das Interesse an der Mitmenschlichkeit gewichen. Das hängt aber wiederum zusammen mit der Angst. Die Angst isoliert den Menschen, die Angst wirft den Menschen auf sich zurück, die Angst zerfrißt den Glauben an den eigenen Selbstwert. Deswegen muß auch in diesem Interesse die Angst in unserer Gesellschaft überwunden werden, wenn etwas Effektives zur Überwindung dieser sozialen Unterkühlung geschehen soll und wenn tatsächlich bei uns das um sich greifen sollte, was ich Ihnen allen als das große Desiderat ans Herz legen möchte, eine neue Kultur der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das uns mit der Wiedervereinigung der Deutschen gemacht worden ist.

Dazu gehört übrigens nach meinem Verständnis auch eine tiefere Reflexion dessen, was in den letzten vierzig fürchterlichen Jahren in den Ostgebieten geschehen ist. Wir sehen die fürchterliche Umweltzerstörung, die dort getrieben worden ist. Ich brauche nichts zu schildern vom wirtschaftlichen Ruin und ähnlichem. Aber es ist nach meinem Verständnis - und da bin ich Herrn Schröder so dankbar - noch viel zu wenig nachgedacht worden über die Beschädigung des Menschen, dieser Menschen, die einer kollektiven Hospitalisierung unterzogen wurden, einem Wohlbefinden auf Sparflamme, wenn ich so sagen darf, das sie jetzt allerdings schmerzlich vermissen. Sie sind sozusagen in eine Kaltzone hineingeschleudert worden aus einem relativen Wohlbehagen, und das hängt damit zusammen, daß ihnen der Glaube an ihr eigenes Menschsein gebrochen war. Dort müßte nach meinem Verständnis der Anfang gemacht werden. Die Menschen müssen wieder Mut zu sich selbst, den Glauben an sich selbst vermittelt bekommen, dann sind sie auch in der Lage, sich mitmenschlich zu engagieren.

Lassen Sie mich zu Ende kommen, indem ich etwas sage, was gleichzeitig mit einer Kritik verbunden ist. Es wurde heute morgen aber schon angesprochen. Wir haben im Zusammenhang mit dem Fall des Eisernen Vorhangs etwas erlebt, was alle Theoretiker nicht vorauszuwagen wagten, nämlich den vollkommenen Bankrott des kommunistischen Systems und damit das Ende der roten Utopie. Einer der großen Theoretiker unserer Zeit, Joachim Fest - er hat gerade eben eine glanzvolle Neuauflage seines großartigen Hitler-Buches erleben dürfen -, sagte: Großartig, daß das gekommen ist, denn jetzt wird es bei uns wieder vernünftig und nüchtern. Ich habe ihm aber sofort vorgeworfen: Wer dem Menschen das Träumen verbietet, der entzieht ihm die Kraft zur Hoffnung, und wer ihm die Kraft der Hoffnung entzieht, der schlägt ihn nieder zu dem, was Herbert Marcuse die Eindimensionalität des Menschen genannt hat. Er degeneriert ihn praktisch zu einer Marionette.

Der Mensch ist nur in dem Maße Mensch, wie er hofft. Deswegen brauchen wir eine neue Utopie. Das ist mein Votum, auch wenn es ganz verwegen klingt, denn es kann natürlich auch nicht die grüne Utopie sein. Die hat sich zu sehr und auch nach den Auskünften der heutigen Referenten als unmöglich erwiesen. Wir brauchen eine Alternative, eine dritte Utopie. Das kann im Grunde keine andere als jene sein, der wir eigentlich unser ganzes Christsein verdanken, es ist die Utopie Jesu.

Ich wiederhole aber vorhin Gesagtes: Das kann nicht die Aufgabe der Politiker sein, hier die Kirche zu imitieren. Sie kann nur in die Bresche der Kirche springen und im Rahmen politischer Möglichkeiten das kompensieren, was die blockierten Kirchen zu meinem großen Schmerz heute nicht zu leisten vermögen. Ich sehe hier wirklich eine neue Subsidiarität angesagt, wie vorhin schon angedeutet, und die Frage ist: Was könnte hier eigentlich geschehen?

Ich möchte ganz zum Schluß noch einen Vorschlag machen. Der amerikanische Soziologe Huntington sagte: Die Zukunft der Menschheit wird nicht im Zeichen politischer und ökonomischer Konflikte stehen, sondern im Zeichen des Zusammenpralls der Zivilisationen. Vor allen Dingen wird es die islamische und die westlich-christliche sein, auch die säkularisierte westlich-christliche, die aufeinanderprallen werden. Ich denke, an dieser Stelle könnten wir nachfassen und einhaken. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, erstens, daß keine Juden, die bei uns leben, unglücklich sind und sich unglücklich fühlen müssen, weil sie unter Deutschen leben. Es ist leider noch weitgehend so, aber das ist das allererste, was wir unseren jüdischen Mitbürgern schuldig sind. Und es müssen Anstrengungen unternommen



werden, daß wir mit den islamischen Ansprechpartnern, die es tatsächlich gibt, in ein konstruktives Gespräch kommen.

Ich bin gestern abend in der glücklichen Lage gewesen, mit Frau Laurien ein paar Worte darüber wechseln zu können. Wir haben uns einen Zukunftstraum ausgedacht, nämlich daß auf der Museumsinsel in Berlin ein neuer Areopag mit dem Ziel der Zusammenführung dieser Zivilisationen entstehen möge, daß hier Vertreter der unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen sich zusammensetzen und sich fragen: Was können wir tun, um den drohenden Zusammenprall zu vermeiden und zu einem friedlichen Miteinander zu gelangen?

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Professor Biser. - Alle, die Lust haben, gleich in der Debatte mitzumachen, eine Frage zu stellen oder einen Beitrag zu leisten, mögen bitte einen kleinen Zettel bei Frau Niebergall abgeben, die sie dann sammelt.

Ich möchte, bevor wir ins Plenum gehen, eine Frage an die Runde richten, die sich aus den vier Beiträgen ergeben hat. Wir haben jetzt eine Reihe von Notwendigkeiten markiert: Angstüberwindung, Bewertung, Wertsetzung bei der Entscheidung, welche Techniken wir etwa im Bereich der Biotechnologie einsetzen wollen, Aufarbeitung der Diktaturfolgen im Prozeß der Einheit, aber auch die Frage nach neuen Instrumenten bei der Konsensbildung. Mir ist aufgefallen, daß wir bei dem, was angesprochen wurde, kritisch beleuchtet haben, wo eine Institution etwa versagt hat, etwa die der Kirche, und ein bißchen um die Frage herumgesteuert sind: Wer soll denn nun welche Aufgaben wahrnehmen?

Es hat hier große Heiterkeit gegeben, als Professor Biser über Politiker und das Predigen sprach. Ich will das einmal provokant in den Raum stellen: Ich habe eher die These, daß im Zuge der Entkirchlichung, wie ich sie noch ein Stück weit erlebe und wie wir sie schmerzhaft erleben - wir hatten ja die große Hoffnung, daß in den neuen Ländern durch die Rolle der Kirche im Prozeß der demokratischen Revolution auch eine Rückentdeckung der Kirche für die Menschen da war -, die Politiker an die Stelle der Priester treten sollen - ich will da einmal zurückfragen -, weil der Mensch so etwas braucht.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble, den ich herzlich begrüße, der hier bei uns ist,

(Beifall)

hat in seinem Buch eine These aufgestellt, die öffentlich bewußt von einigen journalistischen Betrachtern mißverstanden wurde, als würde er eine solche Verknüpfung herstellen, daß die Politik praktisch die Position der Religion übernehmen soll.

Aber meine Frage jetzt an Professor Schröder, an Dr. Annette Schavan, an Frau Professor Schipanski, an Herrn Professor Biser ist: Wer soll denn diese von uns beschriebenen Aufgaben wahrnehmen? Wollen wir es bei der Politik festmachen, die es ja offensichtlich in dem Beschriebenen bisher nicht geschafft hat?

Da interessiert mich bei Professor Schröder die Frage der Aufarbeitung der Einheit, der Aufarbeitung der Diktaturfolgen. Ich finde das sehr wichtig. Ist das nur eine Frage, die die Menschen in den neuen Ländern angeht, dort die Regierungen? Geht uns das etwas an? Wo sind wir da gefordert?

Die Frage nach neuen Instrumenten der Konsensbildung. Wie kann das unter den Bedingungen, die wir jetzt haben, gehen?

Die Wertsetzung bei der Bewertung neuer, möglicherweise chancenreicher, aber auch riskanter Technologien: Wer soll sie vornehmen, wie soll das gehen? Durch Ethikkommissionen, wie gekannt, oder was stellen Sie sich vor, Frau Professor Schipanski?

Und noch einmal eine scharfe Rückfrage an Professor Biser: Was ist Aufgabe der Kirche, was Aufgabe der Politik in dem von Ihnen beschriebenen Zusammenhang? Wo kommt bei Ihnen der Ort von Bildung und Erziehung vor? Wo ist die Trennlinie zwischen dem Religiösen und dem Politischen? Wo ist zwischen dem Movens, was mich antreibt, und den konkreten Handlungsanweisungen eigentlich der Ort, wo das entschieden wird? - Prof. Schröder, wenn Sie vielleicht anfangen möchten.

**Prof. Dr. theol. Richard Schröder:** Politiker sollten in diesen Fragen, die man so allgemein mit Normen und Werten bezeichnet, ihre Überzeugung haben, ich kann aber kein Heil davon erwarten, daß sie die Prediger dieser ihrer Überzeugungen werden.

(Beifall)

Wer dafür zuständig ist? Vielleicht akzeptieren Sie das noch nicht als hinreichende Antwort, aber ich sage zuerst: Nicht der Staat, sondern die Gesellschaft. Ich meine damit nicht die in der Verfassung vorgesehenen Institutionen, sondern die Institutionen der Gesellschaft. Da ist die Literatur gefragt, da ist die Kunst gefragt, die Wissenschaft, die Philosophie, und nicht zuletzt, nicht mit einem Privileg, aber mit einer gewissen hervorgehobenen Stellung, sind hier die Kirchen gefragt. Ich teile das Urteil von Herrn Kollegen Biser vollständig, daß die Kirchen, wenn sie zur moralischen Anstalt werden und den nächsten Castor-Transport für zentraler halten als das Evangelium, ihre Aufgabe verfehlen.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf vielleicht noch ein Wort, ein bißchen entschuldigend, erklärend, über den von mir nicht gerade zu preisenden Zustand der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern sagen. Ich habe folgenden Vergleich. Man hat sich in eine wahrhaft schwierige Schachpartie vertieft: Was wird die andere Seite demnächst für einen Zug machen? Dann machen wir den Zug. - Man saß an demselben Brett, insofern war man Partner, aber man spielte eine Partie gegeneinander. Nun zieht da jemand das Schachbrett weg. Das ist die Situation der eigentümlichen Desorientierung. Das entschuldigt nichts, denn da muß irgendwann mal Schluß sein. Aber da gibt es Pfarrer, die trauern der Situation nach, daß sie im Herbst 1989 am runden Tisch saßen, und sie hatten sozusagen plötzlich beide Teile des Schachbrettes in der Hand, und nun sind sie wieder zurückgeworfen auf das, was ihres Berufes eigentlich ist. Darunter leiden manche noch heute. Man brauchte eigentlich einen Impuls, der den Pfarrern und Theologen wieder Mut macht zu dem, was eigentlich und immer ihres Amtes ist.

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank. - Frau Dr. Schavan.

**Dr. Annette Schavan:** Neue Instrumente der Konsensbildung. Zunächst schließe ich mich ganz dem an, was Herr Schröder gesagt hat. Es läßt sich nicht an irgendeine Instanz delegieren, auch die Frage der Konsensbildungsmöglichkeiten nicht. Diese Gesellschaft muß den Willen entwickeln, und zwar nicht nur in ihrer Rhetorik. Bei uns wird unglaublich viel von Verantwortung und Ethik geredet. Es hat noch nie so viele Bücher über Ethik gegeben, es hat

noch nie so viele Buchtitel gegeben, in denen das Wort Verantwortung vorkommt. Wir haben überhaupt keinen Mangel an Rhetorik über Werte und Grundhaltungen, und die Textbausteine sind in jedem Festvortragscomputer drin. Das ist diese eigentümliche Diskrepanz, die zugenommen hat, dieses unentwegte Lamentieren, daß wir das alles brauchen.

Auf der anderen Seite gibt es diese anscheinend doch vorhandene Unfähigkeit, Räume zu schaffen, in denen, ganz simpel gesprochen, gute Erfahrungen mit dem möglich werden, wovon wir sagen, daß es nötig sei. Das ist an sich ein ganz simpler Vorgang. Es geht um Handeln, es geht um die Schaffung von Räumen. Ich würde auch sagen, daß bei dieser Konsensbildung die Kirche nicht vorschnell aus ihrer Verantwortung entlassen werden darf. Herr Professor Biser hat zu Recht darauf hingewiesen, in dieser Gesellschaft gibt es sehr viel mehr Christentum oder sehr viel mehr vom Christentum Übernommenes, als wir das so gemeinhin formulieren. Das Christentum ist schon ganz schön eingedrungen in diese zwar auch in manchem säkularisierte, aber letztlich um bestimmte Traditionen wissende Gesellschaft.

Wir müssen jetzt Handlungsmöglichkeiten schaffen, Räume schaffen, in denen unsere ganze Rhetorik umgesetzt wird und deutlich wird: Diese Gesellschaft kommt nicht mehr zum Handeln, auch die Politik kommt nicht mehr zum Handeln, wenn sie nicht Konsens findet, wenn sie nicht die Diskussionsformen, Gesprächsformen entwickelt, bei denen sie an einen Punkt kommt, wo gesagt werden kann: Darauf einigen wir uns, und das wird durchgezogen, und das wird nicht kurz nach der Einigung wieder auf einem anderen Weg außer Kraft gesetzt. Ich glaube, das ist eine Frage für alle großen gesellschaftlichen Gruppen, das muß eine Willenserklärung dieser Gesellschaft werden.

Ich glaube zweitens, daß das natürlich auch etwas mit der Bildung zu tun hat. Auch da nützt die Rhetorik alleine nichts. Es nützt nichts, es immer wieder zu sagen. Wo geben wir Kindern und Jugendlichen immer wieder die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, mitzugestalten, Räume zu erfahren, in denen Werte und Grundhaltungen sichtbar und praktikierbar sind?

Wir wissen heute, daß die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen immer mehr in pädagogische Sonderwelten delegiert wird. Wir schaffen phantastische Kinderwelten, aber wir schaffen immer mehr diese Kinderwelten, in denen Kinder eigentlich nicht agieren können. Wir schaffen den Abenteuerspielplatz, an den das Abenteuer delegiert werden soll, d. h. wir schaffen Kunstwelten, in denen gar nichts eingeübt werden kann, von denen wir aber sagen, daß Kinder es im Blick auf Orientierung und Werte brauchen. Also als kurzer Satz auf Ihre Frage: Räume, in denen das gehandelt wird und gehandelt werden kann, wovon wir seit vielen Jahren ständig reden.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Frau Professor Schipanski.

**Prof. Dr.-Ing. Dagmar Schipanski:** Ihre Frage nach den Ethik-Kommissionen ist von mir schwer zu beantworten. Ich möchte etwas weiter ausholen und erst einmal sagen, daß ich glaube, daß dieser Staat eine ganze Reihe von Instrumentarien hat, die mit neuen Ergebnissen umgehen können und die auch neue Bewertungen vornehmen. Ich denke da nur an den Wissenschaftsrat, der sich erweitert um bestimmte Expertengremien, ich denke an die DFG und andere Wissenschaftsorganisationen. Es ist problematisch, das der Politik alleine zu überlassen, ebenso wie es problematisch ist, es den Wissenschaftlern allein zu überlassen.

Es gibt in diesem Staat eine ganze Menge bewährter Gremien, wo eine gesunde Mischung aus allen Teilen vorhanden ist, und man sollte einfach über die Zusammensetzung nachdenken.

Wovon ich aber überzeugt bin, ist, daß ein Gesetz gegen Biotechnologie oder daß ein Gesetz gegen bestimmte Dinge die Entwicklung als solche nicht verhindert, ganz im Gegenteil, sie reizt dazu, das Unerkannte, das Unerforschte zu durchdringen, und dann macht man es nicht hier, sondern macht es dort, wo man die Freiräume hat. Man tut sich damit keinen Gefallen. Man muß sich einfach damit auseinandersetzen, auf welche Weise auch immer.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank. - Lieber Herr Professor Biser.

**Prof. Dr. phil. Dr. theol. Eugen Biser:** Ich möchte vor allem Herrn Schröder und Frau Schavan zustimmen, es geht natürlich darum, konkret das werden zu lassen, was wir einigermaßen theoretisch versprochen haben. Dazu gehört natürlich auch die von Herrn Schröder angesprochene Einsicht, daß das, was ich als Desiderat in den Raum gestellt habe, die Aufgabe der Gesellschaft ist und gesellschaftlicher Gruppierungen, Initiativgruppen, in denen so etwas eingeübt werden könnte. Ich stimme auch vollkommen dem zu, was Frau Schavan gesagt hat.

Ich muß aber leider einen bitteren Wermutstropfen in diese Debatte gießen, nämlich hinsichtlich einer Technologie, die noch nicht angesprochen worden ist, das sind die Medien. Die Medien sind ja wohl das Ende des aktiven und schöpferischen Menschen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will es einmal anders ausdrücken. Sie verurteilen den Menschen zu einer eigentlich unnatürlichen Passivität, was sich schon daran zeigt, daß es dort eigentlich unerträglich ist, daß man am Abend zwei oder drei Stunden wie festgeleimt in seinem Sessel sitzt, um das Fernsehprogramm zu sehen. Das ist nicht human, das ist nicht dem Menschen angemessen. Er erstarrt zwar nicht gerade zur Salzsäule, aber zu etwas ähnlichem, und ist nur noch rezeptiv gefragt. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen, denn das ist eine Brachlegung der schöpferischen, der Initiativkräfte des Menschen. Zu einem voll gestalteten Menschsein gehört eben Aktivität, gehört auch das Experiment und gehört Initiative und gehören Einsatz und Leistung. Die Medien gewöhnen das dem Menschen systematisch ab, ganz zu schweigen von dem, was Hartmut von Hentig einmal als das eigentlich große Gespenst der Mediengesellschaft an die Wand geschrieben hat. Er sagte: Die Medien entfremden uns der originären Wirklichkeit.

(Beifall)

Das allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit: Das sind anthropologische Tatbestände, die schwer zu leugnen sind und die man halt mit ins Blickfeld nehmen müßte, wenn man solche Fragen angeht wie eben. Deswegen wäre wahrscheinlich eine Aufgabe der Politik auch eine vernünftige Medientherapie, also ein therapeutischer Umgang. Ich bin keineswegs der, der die Medien weghaben will. Das ist auch unmöglich. Die gehören integriert zu unserer Gesellschaft und werden das einundzwanzigste Jahrhundert noch viel stärker bestimmen, aber sie müssen therapeutisch angegangen werden.

In diesem Zusammenhang darf ich dann vielleicht doch noch eine Bemerkung zu dem machen, was Frau Schavan dankenswerterweise gesagt hat. Sie sagte: Unsere Gesellschaft ist

viel tiefer vom Christentum geprägt, als es uns gemeinhin bewußt ist. - Ich beklage ein gewisses Defizit in der Realisierung des „C“ bei der CDU.

(Beifall)

Wenn dieses Defizit behoben werden soll, wäre mein Vorschlag, daß man sich einmal von seiten der Parteispitze wirklich überlegt, was Frau Schavan gemeint hat: Welche Elemente der Demokratie gehen letztlich auf das Evangelium Jesu Christi und auf das Alte Testament zurück? Das ist nämlich eine ganze Menge! Das ist die Freiheit, die Freiheit der Rede, die Freiheit der Entscheidung, die Freiheit der Selbstbestimmung; das ist die Solidarität, und das ist vor allen Dingen die Toleranz. Allerdings hat es die Tragik der ganzen Geschichte dahin gebracht, daß diese Prinzipien den Kirchen von außen aufgezwungen werden mußten, nämlich durch die Vertreter der Aufklärung; die haben uns eigentlich erst die Bibel auf neue Weise und auf richtige Weise lesen gelehrt und haben uns entdecken gelehrt, daß Denkfreiheit und Toleranz urchristliche Prinzipien sind. - Aber dies nur als Vorschlag, daß das einmal systematisch aufgearbeitet wird; dann wäre die CDU hinsichtlich ihres „C“ in einem besseren Gewissen.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank! - Wir wollen jetzt die zahlreichen Teilnehmer zu Wort kommen lassen, die sich zu den Fragen, die auf dem Podium angesprochen worden sind, gemeldet haben.

Herr Professor Biser, was mir aufgefallen ist, als Sie auf das Thema „Medien“ zu sprechen kamen: Das Fernsehen ist nicht hinausgegangen. Ich hatte da erst die Sorge, daß Sie entgegen Ihrer Mahnung zu Anfang der Medienzukunft jetzt doch den Rücken zuwenden würden, aber Sie haben uns dann ja eher aufgefordert, uns aktiv damit auseinanderzusetzen.

Das Interessante bei unserer Grundsatzprogrammdiskussion war, daß eines der neuen großen Themen, die wir aufgegriffen haben, das Thema war, das Sie eben angesprochen haben. Herr Professor Frühwald hat heute gesagt: 15 000 Fernsehprogramme kommen auf uns zu. Da ging ein richtiges Gruseln durch den Saal. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber da braucht man ja erst einmal neue Möglichkeiten, überhaupt durchzukommen. Wir haben in unserer Grundsatzprogrammdiskussion schon die Frage gestellt bzw. zu beantworten versucht: Was ist die Medienethik, die da von uns gefordert ist? Und die muß sehr, sehr früh einsetzen, sehr früh im Elternhaus, schon im Kindergarten und dann in der Schule, und da sind viele gesellschaftliche Kräfte gefordert.

Jetzt haben wir eine Reihe von Wortmeldungen aus dem Plenum, und ich möchte diejenigen, die sich gemeldet haben, jetzt zu Wort kommen lassen. Wir sammeln eine Reihe von Beiträgen, und wenn das ein bißchen durcheinandergeschieht, finde ich das nicht tragisch, weil es der Zukunft innewohnt, daß sie sehr viele unterschiedliche Anfragen in sich birgt. - Nun also zu den Wortmeldungen; die erste kommt von Dr. Fritz Hähle. Bitte schön!

**Dr. Fritz Hähle:** Herr Generalsekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, das, was wir heute machen, hätten wir uns schon längst einmal gönnen sollen. Das ist ermutigend, und das ist erfrischend.

(Beifall)

Mir kommt es so vor, als hätte die CDU eine Art Quantensprung vollführt. Zugleich möchte ich aber warnen: Vielleicht geht uns eines verloren, was wir hätten auch tun sollen, nämlich ein wenig innehalten. Ich gebe zu, daß nach dem Gottesgeschenk der deutschen Einheit wenig Zeit war; da war alles aufgewirbelt wie Partikel in einem Glas Wasser, und jetzt beginnt es sich langsam wieder zu setzen. Gott sei Dank bekommen wir jetzt den Blick frei für das, was vor uns steht.

Mit dem Innehalten meine ich: Wir sollten uns auch einmal nach der Ortsbestimmung fragen, von der aus wir losmarschieren können. Dabei geht es ganz eindeutig - das ist heute schon gesagt worden - um die Wiederentdeckung der eigenen kulturellen Wurzeln. Wie Herr Professor Schröder meinte, gibt es ein Orientierungsdefizit einzelner. Ich möchte aber sagen, es gibt ein Orientierungsdefizit ganzer Völker, nachdem der Sozialismus weltweit zusammengebrochen ist.

Ich halte eine Aufklärung über den Zusammenhang der eigenen Kultur, die christliche Wurzeln hat, mit Freiheit, Demokratie und der allgemein als angenehm empfundenen Lebensart des Westens für unbedingt erforderlich. Ich behaupte nämlich, die meisten Menschen wissen das überhaupt nicht mehr, im Osten schon gar nicht.

Frau Schavan meinte, dieses Bewußtsein sei noch vorhanden. Ich kann das für das Gebiet der ehemaligen DDR nicht bestätigen. Ganz im Gegenteil, wir sind dort von der eigenen Geschichte, von den eigenen Wurzeln ganz bewußt abgeschnitten worden. Und man hat sehr wohl gewußt, was man damit tut!

Es gibt eine Vielzahl von jungen Leuten, die mit einer Kantate von Bach oder mit einem Bild von Lucas Cranach oder mit dem tieferen Sinn eines sakralen Bauwerks überhaupt nichts mehr anzufangen wissen. Im Westen ist das vielleicht dadurch noch etwas abgemildert, daß es in der Schule gelehrt wurde, nicht aber dadurch, daß der christliche Glaube nach wie vor so tief im Volk verwurzelt ist. Ich habe da meine Zweifel. Ich halte diese Aufklärung, die christliche Aufklärung, zunächst für notwendig - in Ost wie West.

Zweitens möchte ich sagen - auch wenn es rückwärtsgewandt klingt -, daß wir, um Zukunft zu gewinnen, erst einmal eine theoretische und geistige Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus brauchen. Die hat nämlich bis heute weder im Westen noch im Osten stattgefunden. Im Osten durfte das nicht sein, und dann kam die vielgepriesene Wende, und wir haben es versäumt, das zu tun. Im Westen hat man es nicht nötig gehabt; man hat eine ganz einfache Formel gefunden und hat gesagt: Wenn es euch hier nicht paßt, dann guckt nach dort drüben, wie schlecht es denen geht. - Das ist das einzige, was man zum Sozialismus zu sagen hatte.

Heute gibt es dieses Argument „Geht doch dort hinüber“ aber nicht mehr. Das Drüben gibt es nicht mehr, und deshalb ist es allerhöchste Zeit, daß wir uns erst einmal selbst klarmachen, daß die Idee des Sozialismus nie zu verwirklichen ist, weil sie vom Grundansatz her falsch ist. Aber warum, das kann wohl niemand aus dem Stand sagen. Wenn wir jedoch argumentieren wollen, müssen wir uns das gemeinsam erarbeiten und müssen es wissen. Dazu brauchen wir Leute wie die, die hier heute auf dem Podium sitzen, oder auch die, die uns heute schon hervorragende Vorträge im Plenum gehalten haben.

Es gibt auch eine moralische Dimension. Ich will noch ganz kurz sagen, was mich schon eine Weile umtreibt, nämlich warum ausgerechnet wir das Glück haben, zu dieser Wohlstandsge-

sellschaft zu gehören, und welche moralische Rechtfertigung es dafür angesichts des wachsenden Elends in der Welt in Zukunft geben wird. Wenn wir dann noch meinen, das stünde uns zu, und keine eigene Anstrengung beizutragen bereit sind, dann ist diese moralische Rechtfertigung natürlich überhaupt nicht mehr gegeben. Wir können in Zukunft nur noch zu dem begüterten Teil der Welt gehören, wenn wir Wissenschaft, Technik und Technologie nicht nur für uns einsetzen, sondern so, daß auch andere, die Ärmeren in der Welt, daran partizipieren können.

(Beifall)

Das kostet Anstrengung, und um genau diese Anstrengung geht es. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank an Herrn Dr. Hähle, der übrigens unser Fraktionsvorsitzender im Landtag in Sachsen ist. - Das Wort hat nun Doris Pack. Bitte schön!

**Doris Pack:** Ich bin Europa-Abgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union. - Zunächst möchte ich Herrn Professor Biser nur in einer Sache berichtigen: Erstens kam die Idee nicht aus dem Saargebiet, sondern aus dem Saarland,

(Heiterkeit)

und zweitens kam sie von einem egoistischen, die satte Welt goutierenden Menschen, und ich denke, den sollten wir nicht so ernst nehmen, daß wir ihn hier heute auch noch zitieren.

Lassen Sie mich nun zu zwei Punkten Stellung nehmen. Es wurde hier davon gesprochen, daß die Menschen heute Angst haben. Ich habe pro Monat etwa 200 Besucherinnen und Besucher aus meinem Wahlkreis in Straßburg oder in Brüssel, und ich stelle diese Angst bei den Besuchern in jeder ihrer Fragen und in jedem ihrer Beiträge fest. Sie ängstigen sich vor der Undurchschaubarkeit der Abläufe in der Politik, und sie machen das an Brüssel oder an Straßburg fest und denken eigentlich gar nicht darüber nach, daß das genauso für Bonn oder für die Hauptstadt gilt, die von ihrem kommunalpolitischen Umfeld auch weit entfernt ist.

Das heißt, wir stellen fest: Die Menschen haben Angst vor der Undurchschaubarkeit, und sie sind verunsichert. Wir stellen wiederum fest, daß durch die Medien - ohne daß ich jetzt Medienselbsteinschätzung betreibe - jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, die die Leute ängstigt, sei es die Gentechnik, sei es irgend etwas anderes. Es ist für die Menschen in einem kurzen Satz nicht begreifbar zu machen, aber es wird dann beschrieben, es wird dann beklagt, und die Menschen haben Angst. Diese Angst nimmt ihnen niemand. Auch die Politiker nehmen sie ihnen nicht; ja, es sind vielfach gerade Politiker, die diese Angst schüren.

(Zustimmung)

Deswegen sollten wir, so glaube ich, auch nicht die Politiker allein dafür verantwortlich machen, das wieder zu heilen, was zu heilen wäre. Aber wir brauchen Persönlichkeiten - ob es die jetzt in der Politik gibt, ob es sie in der Literatur gibt, ob es sie bei den Medien gibt, wo immer sie auch sind, ob es sie bei den Landwirten gibt oder bei den Ärzten -, Persönlichkeiten, die Mut haben, die etwas äußern und die auch etwas durchsetzen.

Lassen Sie mich dazu im Vorgriff auf morgen etwas sagen: Ich halte nicht sehr viel von Befragungen, weil das wiederum etwas ist, wo Männer und Frauen versuchen, sich von anderen die Entscheidung abnehmen zu lassen.

(Zustimmung)

Das ist meine ganz persönliche Meinung; ich werde mich morgen dazu nicht mehr melden.

Als Europa-Abgeordnete möchte ich noch ein anderes Problem ansprechen. Ich bin Herrn Schröder sehr dafür dankbar, daß er hier das Thema „Nation“ aufgegriffen hat. Schauen Sie, als ich anfang, Politik zu machen, und als ich mich gerade in der CDU engagierte, weil die Europapolitik mich interessierte, da konnte ich feststellen, daß wir alle von den Vereinigten Staaten von Europa redeten und glaubten, die Nation bräuchte man nicht mehr. Inzwischen, in den letzten fünf oder sechs Jahren, seit dem Fall der Mauer, seit dem Zusammenbruch Jugoslawiens und seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß die Nation wichtig ist, weil sie ein Stück Heimat darstellt,

(Zustimmung)

daß die Nation uns aber nicht hindert, Europa zu bauen, sondern daß ein gutes Nationalbewußtsein und ein sinnvolles Verständnis von Nation gerade den Weg ebnen, über die Grenzen hinweg gemeinsam dieses Europa zu bauen.

(Zustimmung)

Deswegen glaube ich, wir sollten vorsichtig sein, wenn wir den Menschen etwas von einem vereinigten Europa vorspiegeln. Wir sollten ihnen sagen, daß dieses Europa, das wir bauen, so etwas wie eine russische Puppe ist: Es ist von der kleinsten Gemeinde über die Region und über die Nation bis hin zu ganz Europa alles drin. Deshalb ist dieses Gebilde auch föderalistisch zu gestalten, und deshalb wünsche ich mir sehr, daß wir das beherzigen, was Herr Schröder sagte, und auch das beherzigen, was wir gestern auf dem Parteitag beschlossen haben. - Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Doris Pack! Bei der russischen Puppe hat mich als Kind immer verwundert, daß man von draußen nicht sieht, was drin ist. Ich denke, Sie haben Ihr Bild so gemeint, daß man bei Europa die Städte und die Regionen und das Land von außen noch erkennt, daß aber gleichwohl alles ineinander und zueinander gehört. In diesem Sinne wünschen wir uns da eine gläserne Puppe.

(Zustimmung)

Es sind jetzt einige Anfragen zur Geschäftsordnung gekommen, aber ich möchte hier keine Geschäftsordnungsdebatte führen; das wäre jetzt das Schrecklichste. Lassen Sie mich deshalb nur kurz folgendes sagen. Es gibt bei solchen Diskussionen immer zwei Wünsche. Der eine Wunsch ist: nur möglichst kurz fragen; der andere Wunsch ist: breit diskutieren. Ich schlage vor, wir versuchen, den Mittelweg zu gehen, daß bei der Flut von Wortmeldungen, die wir haben - was ich prima finde -, jeder sein Anliegen kurz auf den Punkt bringt, aber schon eine Position darstellt, ohne daß die Lust, in ein Koreferat zu verfallen, übermächtig wird; aber das ist ja bis jetzt auch noch nicht passiert. Können wir das so machen?

(Beifall)

- Gut, dann möchte ich jetzt Claus Jäger aufrufen.

**Claus Jäger:** Ich bin früheres Mitglied des Deutschen Bundestages und Delegierter hier beim Parteitag. - Herr Professor Biser stimme ich völlig in der Feststellung zu, daß ohne Überwindung der breiten Angst, die in vielen, ja, wahrscheinlich in uns allen sitzt, die Zukunft



nicht gemeistert werden kann. Ich stimme ihm auch darin zu, daß das für einen Christen nur in der Hoffnung und in der engen Verbindung mit unserem Herrn Jesus Christus, an den wir glauben, geht.

Aber da setzt dann die Frage für die Gesellschaft ein, denn die Entchristlichung der Gesellschaft ist ja heute noch viel mehr als bloß eine Entkirchlichung. Die ist auch schon stark, aber die Institution wird ja heute viel weniger in Frage gestellt als der wirkliche Bezug des Menschen zum jenseitigen Gott, der uns aus dem Diesseits zu sich holen will. Es laufen - ich sage es einmal als Katholik - viel mehr Leute in der Fronleichnamsprozession mit, als darunter noch solche sind, die glauben, daß Jesus Christus sie eines Tages, am Ende ihres Lebens, erlöst und ihnen ein ewiges Leben verheißt. Das ist die Wirklichkeit, und deswegen sage ich: Wenn wir diese Entchristlichung der Gesellschaft weiterhin hinnehmen, wenn wir als Christen nicht versuchen - auch dann, wenn wir in der Politik tätig sind -, dem entgegenzuwirken, dann werden wir mit den Zukunftsproblemen nicht fertig.

Dazu gehören dann, wie Frau Schipanski sagte, auch die Zehn Gebote, denn Christus sagt ja immer wieder: Wer mich liebt, hält meine Gebote. - Aber auch das hat sich doch aufgelöst. Wo sind denn noch die moralischen Fundamente, die z. B. unserem Normenkatalog im Strafrecht entsprechen? Wo sind sie denn noch? Wie sieht es damit denn aus? Der Fraktionsvorsitzende im Bundestag hat heute morgen davon gesprochen, wie es mit dem Respekt vor dem Eigentum aussieht, und davon, daß man bereits dabei ist, das Delikt des Diebstahls zu entkriminalisieren, damit man nicht mehr so viele Diebe anklagen muß.

Oder wie sieht es mit dem Respekt vor dem anderen in seinem geschlechtlichen Bezug aus? Das Wort „Ehebruch“ nimmt ja gar kein Mensch mehr in den Mund, obwohl es in den Zehn Geboten heißt: Du sollst nicht ehebrechen. - Aber das interessiert niemanden mehr; der Ehebruch ist gesellschaftsfähig geworden.

Oder wie sieht es mit dem Respekt vor dem Leben des anderen aus, wenn in einem Volk ein Viertel des menschlichen Nachwuchses im Mutterleib umgebracht wird, wenn 300 000 Kinder jedes Jahr sterben müssen? Wo ist da noch der Respekt vor dem fünften Gebot „Du sollst nicht töten“? Das ist doch weitgehend verlorengegangen und wird entschuldigt und entschuldigt.

Meine Damen und Herren, am 8. Mai haben wir alle das Schuldbekenntnis wiederholt und geistig vor uns wach werden lassen - für das Furchtbare, was in der Nazizeit geschehen ist. Aber Schuld ist immer nur individuell, und ich behaupte, daß es eines der größten Hindernisse für die Zukunft ist, daß wir diese individuelle Schuld, die ja jeder von uns für bestimmte Bereiche trägt, nicht mehr anerkennen; denn wer persönlich keine Schuld mehr anerkennt, der kann keine Vergebung finden, und wer keine Vergebung finden kann, der hat auch keine Zukunftsperspektive.

Aus diesem Problem heraus wächst doch auch das Kreuzifix-Urteil, weil keine wirkliche Vergebung mehr anerkannt wird. Der am Kreuz Hängende - der ja in der Presse und in den Medien heute schon mit Ausdrücken bedacht wird, die hier wiederzugeben mir einfach der Anstand verbietet - hat uns diese Vergebung durch seinen Tod verliehen, erwirkt und geschaffen, und wenn wir diese Vergebung nicht mehr annehmen wollen, nicht mehr annehmen können, weil wir keine Schuld mehr kennen, dann ist das Kreuz auch belanglos, dann kann man es auch wegtun.

Meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, wer Zukunft gewinnen will, der muß - das sage ich jetzt als Christ und Demokrat - die Zukunft in dem suchen, der für einen Christen die alleinige Zukunft ist, nämlich in Jesus Christus.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Claus Jäger. - Jetzt Frau Seitz, bitte.

**Ingeborg Seitz:** Ich bin Ehrenvorsitzende der Frauen-Union der CDU Hessen; das ist das letzte Amt, das ich noch habe. - Ich habe ein paar Fragen an die Referentinnen und Referenten. Zunächst zu Ihnen, Frau Schavan: Ich war auf der einen Seite ein bißchen irritiert und auf der anderen Seite eigentlich auch dafür dankbar - denn ich gehöre massiv zur Kriegsgeneration -, daß Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, dargestellt haben, daß Sie eigentlich keine Möglichkeit haben, zusammen mit unserer Generation zu denken, sondern daß Sie das, was für uns noch absolute Wirklichkeit ist, wie Geschichte betrachten. Nun, natürlich haben Sie das nicht erlebt; ich jedoch habe den Ersten Weltkrieg auch nicht erlebt, aber bei uns ist zu Hause viel darüber gesprochen worden, und ich kann Ihnen Teile davon beschreiben, als hätte ich es selbst erlebt. - Dies nur zu dieser Irritation. Auf der anderen Seite bin ich, wie gesagt, dankbar, daß Sie das so präzise ausgesprochen haben, weil man ja gelegentlich Schwierigkeiten bekommt, sich mit den Jüngeren überhaupt noch zu unterhalten.

Eines möchte ich hier aber nachfragen. Sie haben gesagt - und so habe ich das eigentlich nie empfunden -, der Individualitätsanspruch oder das Erreichen der Individualität sei der Erfolg. Da habe ich meine Bedenken!

Herr Professor Schröder, Sie haben etwas gesagt, was mich sehr gefreut hat. Ich bin gebürtige Magdeburgerin und bin erst mit 20 Jahren in den Westen gegangen. Nun, das ist jetzt auch schon sehr lange her. - Sie haben über die Problematik der Generationen vorgetragen, insbesondere der Jüngeren, wenn ihre Väter oder Mütter verantwortliche Positionen in diesem Bereich gehabt haben. Ich denke eigentlich - das habe ich jedenfalls immer angenommen -, daß dies viel mehr für die betroffene Generation gelten würde, weniger für die Kinder, denn die müßten den Schritt in die neue Welt eigentlich viel leichter tun können. Das wäre meine Anfrage an Sie.

Dann zu den Medien: Wissen Sie, ich habe auch viel gegen Medien, und ich finde es, wie Doris Pack schon gesagt hat, haarsträubend, daß sie heute mit großem Trara eine Sau durchs Dorf jagen; die Printmedien gehen dann auch gleich noch drauf, und zwei Wochen später ist es gar nicht mehr gewesen oder falsch gewesen. Aber es gibt doch eine hervorragende Möglichkeit: abschalten. Ich will Ihnen sagen, ich schalte jetzt, wo ich 25 oder 26 Programme kriegen kann, mehr ab, als ich je abgeschaltet habe, als ich nur drei kriegen konnte, weil ich da immer gedacht habe, ich verpasse etwas.

(Zustimmung)

Jetzt schaue ich mir die Programme an, und ich finde, es lohnt sich nicht. Früher habe ich gemeint, ich verpasse etwas.

Eine weitere Frage habe ich an Frau Schipanski. Es hat mir sehr gut gefallen, wie Sie hier klar zur Technik Stellung genommen haben, die bei uns durch die Grünen besonders verteufelt wird und die von der PDS jetzt allerdings auch angegriffen wird. Meinen Sie, daß Technik eine Chance böte, im Sinne der Solidarität und des Gemeinwohls zu denken? Glauben Sie, daß das ein besserer Weg wäre?

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Biser. Ich mache ja schon relativ lange Politik, und unsere ganze Aufregung bezog sich immer darauf, daß die Sozialisten - bei uns die Sozialdemokraten; Kommunisten hatten wir ja nicht mehr - so wunderschöne Bilder malen, Träume als nahe greifbar darstellen, daß die Menschen über diese Traumchancen beglückt sind und daß die bittere Enttäuschung folgte, wenn es nicht Wirklichkeit werden konnte. Und jeder normale Mensch konnte sehen, daß das nicht Wirklichkeit werden will!

Oder lassen Sie mich ein anderes Beispiel nehmen: das Feld der Arbeitswelt. Die Tarifverträge werden von den Tarifpartnern gemacht, und sie funktionieren nicht, weil die einen zu feige waren und die anderen zuviel gefordert haben. Wenn das jetzt schiefeht, dann wird gerufen: Die Politik muß das sofort ändern. - Dies geschieht, obwohl die Politik damit nichts zu tun hat, und deswegen meine ganz große Aufregung und Sorge, als Sie gesagt haben, die CDU müsse die Kirche auf Trab bringen. Nun haben wir ja oft gesagt, daß wir uns wie Wanderprediger vorkommen, aber dieses „auf Trab bringen“ in Richtung Kirche halte ich für hochgefährlich. Ich bin evangelisch, und mein Angriff auf meine eigene Kirche ist immer, daß sie sich politisch so engagiert, als wäre sie eine Partei, und zwar eben nur eine Partei, obwohl die Christen unterschiedlichen oder gar keinen Parteien angehören. Dazu hätte ich gern noch eine Auskunft.

(Zustimmung)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Ich habe jetzt eine kleine Bitte: Zwar spüre ich es in mir selber, daß wir alle mit vielen Fragen angefüllt sind, aber es wäre toll, wenn wir das, was uns am wichtigsten ist, hier zugespitzt ansprechen würden, weil ich sonst ein bißchen die Furcht habe, daß wir möglicherweise nicht durchkommen. - Jetzt Frau Koop, bitte.

**Karen Koop:** Ich bin Landesvorsitzende der Frauen-Union, Hamburg. Meine geistig-kulturellen Standpunkte möchte ich Ihnen jetzt nicht erläutern; da war das viel interessanter, was Sie, meine Damen und Herren, gebracht haben.

(Zustimmung)

Konkret möchte ich auf das kommen, was wir gestern und heute darüber gehört haben, was Bildungsprogramme und Bildungsinhalte betrifft, mit denen wir ja die nächste Generation befähigen sollen, sich in ihrer Umwelt zurechtzufinden.

Eines ist da, so denke ich, immer die Grundvoraussetzung: daß wir uns auch zu einer verantwortlichen Führung bekennen. Wir müssen nämlich das ausmerzen, was uns die 68er Generation, zu der ich auch gehöre - das muß ich bekennen, und ich war sogar ein leidenschaftlicher Vertreter dieser Gedankenrichtung, bevor ich in die CDU eingetreten bin; aber man wird ja weise im Alter -, hinterlassen hat. Diese Generation von Lehrern und Eltern hat ja mit einer Autoritätsverteufelung wirklich soviel Schaden angerichtet, daß es in der Jugend eine starke Verunsicherung gibt, die bis zur Führungsverweigerung geführt hat. Daß diese Verunsicherung in der Jugend herrscht, merke ich an meinem eigenen Sohn, der jetzt 19 ist, der aus der Schule kommt und der im Grunde genommen nach Führung schreit, die ich ihm natürlich gebe, die die Lehrer ihm aber verweigern.

Diesen Ängsten der jungen Leute begegnen wir dann mit einer geradezu hysterischen Überbehütung, im Grunde genommen mit einer Entmündigung, und Sie haben ja schon davon gesprochen, daß die Erfahrungsräume dann eben in die künstliche Welt verlagert werden, statt sich in dem abzuspielden, was wirklich existiert. Aber sagen Sie doch bitte einmal, wo ganz ge-

nau wir diese Erfahrungen konkret ermöglichen können, wo junge Leute die Möglichkeit haben, das tatsächlich zu üben, wenn wir sie auf die Art und Weise entmündigen und behüten, wie wir es doch in großem Rahmen tun.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist meines Erachtens, daß wir erst einmal bei uns selber anfangen und daß wir uns im Denken und Handeln als Vorbilder zeigen sollten, nämlich indem wir uns einer aktiven Erziehung nicht verweigern und Grenzen setzen und damit dann natürlich auch im Risikofall ein Repertoire im Verhalten ermöglichen. Von Ihnen möchte ich eigentlich einmal wissen, wie Sie es mit dieser Gretchenfrage der Autorität halten. Denn ich halte eine ganze Menge von einer natürlichen Autorität, aber eben nicht von einer bevormundenden und entmündigenden, sondern von einer, die auch Verantwortung zuläßt.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Frau Koop. - Ich schlage vor, wir wickeln jetzt noch drei Wortmeldungen ab, dann machen wir eine Runde auf dem Podium, und dann steigen wir in die weiteren Wortmeldungen ein. Von denen gibt es inzwischen eine ganze Flut. - Als nächster Herr Rahmann, bitte.

**Helmut Rahmann:** Ich meine, daß wir als Laien gefordert sind. Herr Professor Biser hat gesagt: Die Politiker können und sollen nicht anfangen zu predigen. - Da hat er sicher recht. Aber sie können etwas tun, und sie können ihre Verantwortung innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen. Das beginnt mit dem Schaffen von Räumen. Es wurde hier gesagt, man sollte nicht in der Rhetorik hängenbleiben, aber wir können, wie ich es in der Praxis seit Jahrzehnten erlebt habe, Räume schaffen, indem wir ökumenische Bibelkreise einrichten. Das ist Praxis! Da werden Gedanken ausgetauscht, da kommen Menschen zusammen, es werden Kontakte geschaffen, und vor allen Dingen werden die Gegengewichte gegen die Ängste geschaffen.

Sowohl bei Herrn Professor Biser als auch nachher in einem Kommentar stand die Angst, unter der die Menschen leiden, ganz im Vordergrund. Die Angst macht die Menschen unfrei. Die Angst verkrampft sie. Ich weiß das als alter Sportler. In Ihrer Leistung als Sportler sind Sie frei, wenn Sie keine Ängste haben; wenn Sie Ängste haben, ist es vorbei, dann sind Sie verkrampft.

Zu wenige Menschen spüren, daß in jeden von uns von Gott her das Urvertrauen hineingelegt ist, und dieses Urvertrauen will in jedem von uns lebendig werden. Das Urvertrauen gründet im Glauben an die unendlich lebende geistige Kraft Gottes, und diese Vorstellung von Gott, Heiligem Geist und geistiger Kraft kann auch von jedem Wissenschaftler akzeptiert werden. Ich bin weder Akademiker noch Wissenschaftler; ich spreche einfach als Bürger, der versucht hat, seine Verantwortung wahrzunehmen. So habe ich z. B., zusammen mit der evangelischen Kirche in Frankfurt zu je 50 % finanziert, ein Studentenwohnheim für Afrikaner gebaut; Stichwort: Zusammenleben von Afrikanern und Deutschen. Als Vizepräsident der Europäischen Akademie für Umwelt und Gesundheit habe ich jetzt in Frankfurt-Eschborn ein Asthma-Zentrum Rhein/Main für Kinder gegründet und gefördert, denn ich war selber Asthmatiker und bin dank richtiger Behandlung vollkommen frei von Beschwerden, obwohl ich uralt bin, wirklich uralt, nämlich 84 Jahre alt.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Recht herzlichen Dank für Ihren Beitrag! - Nun Frau Pilger, bitte.

**Irene Pilger:** Ich bin nicht, wie die meisten Sprecher bisher, im Bundestag oder im Europaparlament, sondern bin nur Vorsitzende der CDU-Fraktion im Kreistag von Waldeck-Frankenberg, der Ihnen wahrscheinlich unbekannt ist.

(Beifall)

Ich habe ein paar ganz konkrete Fragen, die sich vor allem an die Frau Ministerin richten. Frau Schavan, Sie haben in Ihrem sehr eindrucksvollen Statement unter anderem gesagt: Menschen richten sich nicht nach dem, was wir ihnen sagen, sondern nach dem, was sie erleben. - Ich überlege mir, ob das so ganz richtig ist. Heute reden wir vor allen Dingen über Ethik und Werte. Das ist zwar richtig, aber es hat uns noch keinen Schritt weitergebracht. Aber haben wir nicht auch und gerade mit Reden den bisherigen Erfolgsschlager „Individualität“ geschaffen? Ist das nicht in erster Linie durch Reden geschehen?

Ich komme aus dem Bundesland Hessen und bin Lehrerin an einem Gymnasium. Ich wäre verpflichtet gewesen - wenn ich mich denn daran gehalten hätte -, die Schüler in Konflikttheorie und in immer stärkerem Individualismus zu erziehen. Ich habe das nicht getan und habe mich dort also im Grunde erlaßwidrig verhalten. Aber gerade mit Reden ist das doch geschehen; wir haben den jungen Leuten doch eingeredet, daß sie vor allen Dingen den Konflikt suchen müssen und daß sie ihre Individualität ausleben sollen. Offensichtlich hat dieses Reden doch gewirkt; sonst wäre es nicht so weit gekommen.

Auch die Angst, die heute immer wieder angesprochen wurde, ist die nicht auch sehr häufig eingeredet worden? Anders ist es doch nicht vorstellbar, daß achtjährige Kinder sagen, ihre Hauptangst sei, daß in Zukunft die Umwelt zerstört werde. Das können diese Kinder ja gar nicht durchschaut haben. Diese Angst ist ihnen eingeredet worden,

(Zustimmung)

und deswegen sollten wir, so denke ich, die Macht der Rede und des Wortes nicht unterschätzen. Wir müssen sie nur stärker für uns, in unserem Sinne, nutzen.

Sie haben weiter mit Recht gesagt: Jetzt ist die Suche nach Gemeinsinn, Solidarität und Bindung wieder da. - Auch hier müssen wir uns fragen, warum. Wir sind froh, daß sie da ist, aber warum ist sie da? Ist sie deswegen da, weil man dieses Defizit spürt? Das wäre ja gut. Oder ist sie nicht vielleicht auch deswegen da, weil nun gewisse Leute, die bisher anders gepredigt haben, gemerkt haben, daß sich die schrankenlose Individualität auch gegen sie und ihre Privilegien richtet? Ist es nicht schlicht und einfach nur die Angst um die eigene Stellung? Ich kann das gleich etwas konkreter sagen: Mir ist aufgefallen, daß unmittelbar nach den schrecklichen rechtsradikalen Ereignissen plötzlich ein grüner Landtagsvertreter, der kurz vorher noch Werte verteufelt hatte, in einer Podiumsdiskussion sagte: Schuld an all dem ist die Schule, die keine Werte vermittelt hat. - Denn er hatte vielleicht das Gefühl, daß er jetzt irgendwo in Gefahr gerät.

Oder denken wir an Medienvertreter, die jetzt Bücher über Tugenden schreiben, nachdem vorher ihr eigenes Medium diese Tugenden verteufelt hat. Ich bin da sehr skeptisch, was jetzt das wirkliche Erkennen des Defizits, also dessen, was hier fehlt, anbelangt. Ich habe vielmehr das Gefühl, es ist einfach eine Handlung des „sich wehren“ oder vielleicht sogar nur eine Mode, und deswegen müßten wir auch hier sehr viel stärker einschreiten und unsere Werte klar machen.

Damit bin ich beim wichtigsten Punkt. Welche Werte darf ich in unserem Wertepluralismus denn überhaupt vermitteln? Das muß ich mich als Lehrer immer fragen. Darf ich in einem Bundesland, in dem der Justizminister bestimmte Dinge „entkriminalisiert“, die Werte vermitteln, die Frau Professor Schipanski so schön beschrieben hat, nämlich die Zehn Gebote? Darf ich denn überhaupt noch vermitteln „Du sollst nicht stehlen“? Darf ich denn in einer Mediokratie wie der unseren vermitteln „Du sollst kein falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten“? Darf ich das?

(Beifall)

Ich tue es, aber die Frage ist auch hier: Tue ich das nicht ein bißchen am Rande der Legalität?

Das betrifft übrigens auch die Rolle der Dankbarkeit, die Herr Professor Biser richtig angesprochen hat. Daß diese Rolle so gering ist, liegt doch im Grunde auch daran, daß wir Dankbarkeit nicht mehr vermittelt haben, daß wir Dankbarkeit vor allem nicht gelehrt haben. Dankbarkeit muß man nämlich auch lernen. Wenn man immer nur fordert und glaubt, alles stehe einem zu, kann man keine Dankbarkeit lernen.

Damit bin ich jetzt bei der wichtigsten Frage - das fehlte mir bisher eigentlich in unserer ganzen guten Diskussion -: Welche Werte gelten denn? Unter uns sind wir ja einig, aber wie wollen wir es denn schaffen, daß es einen mindestens mehrheitlichen Konsens in der Gesellschaft gibt - einen Gesamtkonsens bekommen wir sowieso nicht -, einen mehrheitlichen Konsens in der Gesellschaft für die Werte, von denen wir der Meinung sind, daß sie notwendig sind? Wie können wir das denn hinbekommen? Wie kann es uns gelingen, unsere Werte zu vermitteln und sie mehrheitsfähig zu machen? Ich glaube, da sollte unsere Diskussion und vor allem auch unsere Arbeit einsetzen.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Recht herzlichen Dank! - Als letzte in dieser Runde Frau Motschmann, bitte.

**Ellsabeth Motschmann:** Ich bin stellvertretende Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion in Bremen; endlich kann man das einmal fröhlich sagen.

(Beifall)

Ich habe eine Frage an Frau Ministerin Schavan. Frau Schavan, Sie haben gesagt, wir haben Konsense verloren. - Dem stimme ich zu. Sie haben weiter gesagt, jede Generation müsse heute neu diese Konsensfindung betreiben. - Da möchte ich ein Fragezeichen setzen. Muß es nicht Konsense - oder sagen wir lieber: Werte, Normen, Übereinkünfte - geben, die nicht jede Generation neu finden muß, sondern die wir auch schon ein Stück weit gefunden haben? Die Zehn Gebote sind ja z. B. so ein Konsens, den wir nicht neu finden müssen, sondern gefunden haben und auf dem wir aufbauen müssen. Übrigens können wir auch nur dann Zukunft gestalten, wenn wir ein Fundament haben, auf dem wir nicht immer wieder neu das Rad erfinden müssen.

Dann haben Sie gesagt, man sollte das nicht an Institutionen delegieren. - Das ist ja richtig; nur richten sich meine Hoffnungen schon ein Stück weit auf die großen Kirchen, darauf, daß sie dazu einen kraftvollen Beitrag leisten. Da liegt das Problem, allerdings nicht so sehr im Blick auf die katholische Kirche. Herr Professor Biser, Sie haben gesagt, daß die beiden sich blockieren, weil sie moralische Anstalten sind. Bei der katholischen Kirche ist das erkennbar,

aber ich muß Ihnen sagen, bei der evangelischen Kirche habe ich jeglichen Überblick verloren, für welche Moral sie nun eigentlich noch steht.

(Beifall)

Das ist das Problem; denn wenn wir hier darüber klagen, daß das „C“ in der CDU vielleicht nicht genug betont wird, dann sage ich: Zunächst einmal richten sich meine Erwartungen darauf, daß die evangelische Kirche treu zu dem „C“ steht, das sie doch eigentlich zu verkündigen hätte. Wenn ich dann sehe, daß eine Synodalpräsidentin in Hamburg die Segnung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften fordert, daß ein Bischof dazu sagt, das gehe so nicht, und daß ein weiterer Bischof sagt, das gehe vielleicht doch, wenn ich sehe, daß eine Pröpstin gewählt wird, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebt, daß der Propst sagt, so gehe das eigentlich nicht, und daß sie dann sagt „Vielleicht heirate ich doch“, wenn ich sehe, daß in Bremen von der evangelischen Frauenhilfe Christus aus der Satzung gestrichen wird, weil das ein „Herrschaftstitel“ ist, den man den Frauen heute nicht mehr zumuten könne, dann frage ich: Für welche Moral steht das eigentlich, und wo ist denn da die kraftvolle Orientierung dieser Kirche, die uns Wegweisung bringt, die uns hilft, den Weg zu finden, die gerade auch jungen Menschen hilft, den Weg zu finden?

Das ist das Problem: Die Kirchen in sich müssen zumindest eine klare Botschaft haben, aber sie ist leider so unklar geworden, und dadurch hat die Gesellschaft und haben natürlich auch wir Probleme. Das ist mein Appell, und ich kann nur sagen: Man nimmt ja von diesem Parteitag mehr geistliche Orientierung mit nach Hause als von manchem Gottesdienst in der Kirche.

(Heiterkeit und Beifall)

Insofern, Herr Hintze, Ihnen auch ein herzliches Dankeschön dafür, daß Sie soviel geistliche Orientierung und Wegweisung thematisch in diesen Parteitag hineingebracht haben.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Frau Motschmann! - Nun möchte ich die Teilnehmer des Podiums bitten, auf Fragestellungen zu reagieren, nicht jeder auf alles, aber auf die zentralen Punkte. Die meisten Fragen richteten sich an Frau Dr. Schavan, und deshalb bitte ich sie, anzufangen.

**Dr. Annette Schavan:** Frau Motschmann, ich beginne bei Ihnen: Ich stimme Ihnen darin zu, daß nicht jede Generation das Rad neu erfinden muß. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß sich stärker als in der Vergangenheit jede Generation das, was die Tradition an Werten und Grundhaltungen ausmacht, auch erarbeiten muß, weil sie nicht selbstverständlich hineinwächst. Wenn sie das nicht leistet, dann kommt es zu dem, worüber wir heute oft klagen, nämlich zum Traditionsbruch. Meine These, die dahintersteht, ist also einfach: Wer heute Traditionen bilden will, wer Traditionen fortsetzen will, der muß die neuen Voraussetzungen akzeptieren, und dann ist es für jede Generation ein Stück mehr Arbeit als früher.

(Zustimmung)

Nun zu Frau Seitz: Ich bin Ihnen für die Nachfrage dankbar, weil in der Kürze ja manchmal etwas mißverständlich wird. Was war mein Anliegen? Wenn wir ein Forum über die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung haben, dann ist das ja schon auch mit ein paar Vermutungen verbunden, etwa mit der Vermutung, daß wir stärker als bislang Menschen für den

Blick auf das Ganze etwa der Kultur ansprechen müssen, daß wir Menschen motivieren müssen, sich an diesem Ganzen von Traditionsbildung, Kultur und Zukunftsgestaltung zu beteiligen. Da war mir wichtig, auf folgendes hinzuweisen. Wenn wir heute Menschen motivieren wollen und wenn wir nach Erklärungen für manche Verschiedenheit der Generationen suchen, dann wirkt das unmittelbar von einer Generation Erlebte sehr viel nachhaltiger als das nicht unmittelbar Erfahrene auf die Motive des Handelns. Ich kann mir viel erzählen lassen, ich kann mich dann auch in die Situation meiner Mutter oder meiner Großmutter sehr hineinversetzen, aber das bleibt immer etwas anderes als das unmittelbare Erleben. Ich muß gestehen, ich merke das jetzt schon wieder im Unterschied zur nächsten oder zur übernächsten Generation: Für jede Art von Programm und Handlungsimpuls wirkt die eigene Erfahrung stärker, als wir es, wie ich glaube, in der Vergangenheit gedacht haben.

Deshalb sage ich: Wenn wir der Überzeugung sind, daß wir jetzt manches im Blick auf das 21. Jahrhundert auch aktiv tun müssen, dann werden wir die Menschen am ehesten erreichen, wenn wir uns sehr genau ihre unmittelbaren Erfahrungen vor Augen führen. Das heißt nicht, daß sich die Generationen nicht miteinander verständigen; sie müssen sich um so mehr miteinander verständigen, als sie aus so unterschiedlichen Blickwinkeln an die gleiche Sache herangehen. Das war mein Anliegen.

Damit hängt auch die Frage der Individualität zusammen. Es gibt darüber ja eine große öffentliche - so will ich es jetzt einmal nennen - Larmoyanz. Ich sage aber: Freiheit und Individualität sind ebenso wie Gemein Sinn und Solidarität Werte von Christen. Wir sollten nicht so tun, als wären Freiheit und Individualität Werte von einem anderen Stern. Die Individualität des Menschen hat etwas mit der Geschöpflichkeit zu tun, mit der Tatsache, daß jeder Mensch Geschöpf Gottes ist, daß er unverwechselbar ist, daß es nicht zweimal den gleichen Menschen gibt. Wir sollten uns nicht einreden lassen, daß damit irgend etwas verbunden sei, was uns ganz fern liegt und aus einer anderen Tradition kommt.

Natürlich weiß ich aber auch, daß es die Kehrseite der Medaille gibt, die da heißt: Wir haben uns in eine gesellschaftliche Situation hineinmanövriert, in der jedem und jeder suggeriert wird, er sei seines bzw. ihres Glückes Schmied, und es schlagen Individualität und Individualismus in Einsamkeit und Hilflosigkeit und durchaus auch in Ängste um. Ich habe klarzumachen versucht, daß sich die Generation, die die Individualität besonders als gesellschaftliche Realität erlebt hat, sie sich nicht ausgesucht hat. Individualität galt und gilt eigentlich immer noch als ein Erfolgsfaktor, ob mir das paßt oder nicht, ob ich das nachvollziehe oder nicht. Ich spitze das noch einmal zu, durchaus bewußt provozierend: Es ist doch für uns gerade das Problem, daß wir auf der einen Seite vom Menschen eine Eigenständigkeit und auch eine Unabhängigkeit erwarten, die enorm ist, und daß sich diese Unabhängigkeit auf der anderen Seite immer weniger mit den Werten verträgt, für die wir auch stehen.

Das heißt, wie bringen wir beides zusammen? Das, denke ich, ist geistig-kulturelle Dimension der Zukunftsgestaltung.

Ein letzter Satz. Wenn gefragt worden ist, was denn jetzt die Werte sind, möchte ich noch einmal an den Katalog erinnern, den Herr Professor Frühwald heute morgen am Anfang seiner Rede aufgezählt hat. Diese Umfrage hat ganz deutlich gemacht, die jetzt jungen Menschen sind nicht innerlich blockiert. Sie wissen sehr wohl, was Hilfsbereitschaft ist, was Treue ist, was Solidarität meint. Die Achtundsechziger werden bald sechzig Jahre. Das sind nicht mehr die jungen Lehrer. Das müssen wir uns abschminken. Da ist längst eine andere Lehrer gene-



ration. Die Achtundsechziger laufen auf die Pensionierung zu, wenn sie nicht schon pensioniert sind.

(Zurufe und Widerspruch)

Die jetzt Jungen haben in dem, was wir immer wieder formuliert haben, ein ausgeprägtes Bewußtsein. Wir haben die Zahlen von Herrn Frühwald gehört. Er hat geendet in der These, es war noch nie so viel Anfang. Wenn die Situation so ist, und ich habe es immer wieder so erfahren im Umgang mit jungen Menschen, dann ist es jetzt an der Zeit, daß wir ihnen auch Handlungsräume anbieten, in denen dies praktiziert werden kann, wovon sie sehr wohl überzeugt sind.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Frau Dr. Schavan. Bei der Frage, wann wo welcher Alters- und Jugendbegriff anzusetzen ist, ist etwas Unruhe im Plenum entstanden. Das spricht aber dafür, daß wir das Ganze wach und auch kritisch verfolgen. - Ich bitte Herrn Professor Biser, zu den an ihn gerichteten Fragen Stellung zu nehmen.

**Prof. Dr. phil. Dr. theol. Eugen Biser:** Ich möchte mir zunächst erlauben, auf das Votum von Frau Schavan einzugehen. Sie hat eine Lanze für die Jugend gebrochen. Ich möchte dem lebhaft zustimmen, denn wir ahnen nicht, mit welcher Jugend wir beschenkt sind. Ich habe noch bei meinem Einzug in München die Folgen der achtundsechziger Generation hautnah zu spüren bekommen, die überhaupt von Christentum und ähnlichem, von Religion nichts wissen wollte. Die heutige Jugend ist in meinem Verständnis substantiell religiös, sie weiß es nur nicht. Sie forscht nach dem Sinn ihres Lebens. Wer nach dem Sinn des Lebens sucht, sucht nach meinem Verständnis Gott, auch wenn ihm das nicht bewußt ist. Und sie hat uns zu einer neuen dimensional Erweiterung der Nächstenliebe verholfen. Den Jungen verdanken wir, daß auf die Behinderten Rücksicht genommen wird, daß es Behindertenrampen, Behindertentelefone gibt. Den Jungen verdanken wir die Rücksichtnahme auf die Leidenden der Dritten Welt, und den Jungen verdanken wir, daß sich die Nächstenliebe auch auf die Kreatur, auf die Natur, auf die vom Menschen mißhandelte Natur erstreckt. Das sind dimensionale Erweiterungen der Nächstenliebe, die man diesen jungen Menschen gar nicht hoch genug anrechnen kann.

(Beifall)

Das könnte eine Brücke sein auch für die CDU, die Kontakte zur nachwachsenden Generation noch intensiver zu gestalten, als es bereits geschehen ist.

Dann möchte ich auf das Votum aus Bremen eingehen. Wenn das so ist, wie Sie gesagt haben, ist das für mich eine realisierte Utopie. Ich habe nur in Form eines abstrakten Postulats gesagt, ob nicht die Politiker in die Bresche der blockierten Kirchen treten könnten. Aber wenn Sie dieser Tagung spirituelle Hilfe entnommen haben, ist das bereits in die Wirklichkeit übergegangen.

(Heiterkeit)

Dann kann ich nur glücklich sein darüber. Das aber nur als wirklich dankbare Zustimmung zu Ihrem Wort.

Ich möchte noch auf das Autoritätsproblem eingehen. Die Autorität ist wirklich das Grundproblem der achtundsechziger Revolte gewesen, aber sie hat eigentlich nur das zum Ausdruck

gebracht, was tief in der Gesellschaft steckte, nämlich eine allgemeine generelle Autoritätskrise. Diese Krise hat aber auch eine sehr positive Seite, nämlich daß Autorität differenzierter gesehen wird, als das früher der Fall war. Früher hat man einige Formen der Autorität sozusagen miteinander vermischt, heute wissen wir, daß es nicht nur die Autorität des Mächtigen gibt, der an die Macht gekommen ist, sondern auch die Autorität des Lehrers, der dadurch Autorität hat, weil er mehr zu sagen hat, und zwar im wesentlichen Sinn des Wortes. Das ist allerdings eine Autorität, an der man nicht festhalten darf, denn jeder Lehrer vergibt seine Autorität, weil er die Klasse am Ende auf sein Niveau zu heben sucht. Wenn er das erreicht hat, ist er glücklich und geht nach Hause, beschenkt von seinem Erfolg.

Es gibt zum dritten die Autorität dessen, der seinen Standpunkt vorlebt. Ich denke, das ist die allerwichtigste, die heute neu entdeckt werden muß.

(Beifall)

Für mich als Theologe ist die Frage der Glaubensvermittlung auch nicht mehr an Instruktionsmodelle geknüpft, sondern an die Frage des Vorgelebten und praktizierten Glaubens.

(Beifall)

Das gilt ganz generell, und deswegen sollten wir diese neuen Formen der Autorität, die es immer schon gegeben hat, die aber heute ganz anders ins Bewußtsein treten, als solche respektieren. Dann wäre vielleicht Ihr Problem wenigstens ein Stück weit lösbar.

**Vorsitzender Peter Hintze:** Schönen Dank, Professor Biser. - Frau Professor Schipanski.

**Prof. Dr.-Ing. Dagmar Schipanski:** Ich möchte in erster Linie auf ein Problem eingehen, das hier angesprochen worden ist. Ich möchte es ganz einfach die nicht bewältigte Vergangenheit der DDR nennen. Diese nicht bewältigte Vergangenheit, das Schweigen über die Vergangenheit der DDR, lebt in der DDR fort und führt zu sehr großen Spannungen in der Jugend und auch in der übrigen Bevölkerung. Ich möchte eigentlich das Forum dieses Parteitages nutzen, die Partei darauf aufmerksam zu machen, daß dort ein Riesenpotential ist, über das wir reden müssen, über das wir nicht miteinander schweigen dürfen.

(Beifall)

Ich habe in diesen fünf Jahren nach der Einheit gelernt, daß das Schweigen eigentlich das Schwierigste in den vierzig Jahren war. Deshalb möchte ich Ihnen das ganz deutlich sagen, daß wir daran krankten, daß wir jetzt aufgenommen worden sind, ohne daß wir sehr viel über diese Probleme reden können.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe mitgewirkt an der Einrichtung neuer philosophischer Fakultäten an der Universität Frankfurt/Oder, auch an der Universität Erfurt, die noch nicht gegründet ist. Wir haben uns aber Konzepte überlegt. Ich habe bei jeder dieser Universitäten einzubringen versucht, daß man dort die Stellen hat, an denen man sich mit der Geschichte der DDR auseinandersetzen kann, daß man das dort als den Schwerpunkt nimmt, weil nämlich die Erfahrungsträger unmittelbar um die Universitäten herum sitzen, weil man dort mit der Bevölkerung lebt. Da aber diese philosophischen Fakultäten in erster Linie von Westprofessoren eingerichtet worden sind, ist das Thema einfach verschwiegen worden. Mir wurde gesagt, es wird irgendwo ein kulturelles, ein geistiges Zentrum eingerichtet, in dem wird man sich damit beschäftigen. Ich appelliere einfach an Sie: Denken Sie daran, daß wir

diese Vergangenheit auch wissenschaftlich bewältigen müssen, nicht nur im Gespräch in den Parteien.

(Beifall)

Zu den Werten, zu denen ich schon relativ viel im ersten Statement gesagt habe. Die Lehrerin, die hier war, sagte: Ich weiß nicht, welche Werte ich vermitteln soll. Ihr möchte ich ganz einfach sagen: Sie sollten das vermitteln, was Sie als richtig empfinden.

(Beifall)

Denn das ist eigentlich, gestatten Sie mir, das Schlimmste, wenn man sich an eine Ideologie oder an irgend etwas anderes gebunden fühlt und gegen sich selbst arbeiten soll. Das ist das, was uns am meisten bedrückt hat, vierzig Jahre lang gegen sich selbst aufzutreten. Deshalb mein Appell an Sie: Leben Sie nach dem gesunden Menschenverstand und nach den Werten, die Ihnen das Christentum vorschreibt.

Ein letztes Wort, da ich darauf angesprochen worden bin, wieder zur Technik, was mein ureigenster Berufsgegenstand ist. Ich sehe es wirklich so, daß wir gewisse Kenntnisse, die wir in der Technik haben, und einen gewissen Vorsprung, den wir an technischen Kenntnissen haben, für andere Länder, für das Gemeinwohl einsetzen können. Ich glaube schon, daß das von unserer Seite eine Verantwortung gegenüber den Staaten ist, die im Ostblock sind. Wir haben vierzig Jahre lang mit diesen Leuten zusammengelebt, wir haben fast das gleiche Lebensniveau gehabt. Es ist für diese Staaten fast unmöglich - das wäre so etwas wie bei Munchhausen, daß man sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf herauszieht -, aus dem allgemeinen Dilemma herauszukommen.

Ich verbringe sehr viel meiner Zeit in der Slowakei, in Tschechien, in Rußland, um dort Hilfe zu leisten. Ich glaube aber, diese Hilfe kann man nicht nur bei der Hochschulumstrukturierung bringen. Wir sind auch gefragt, unsere Kenntnisse dort anzuwenden, ohne immer nur auf Profit zu achten. Das ist ganz wesentlich. Die Firmen nehmen dort schon ihren Platz ein. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank. Nun Professor Schröder, bitte.

**Prof. Dr. theol. Richard Schröder:** Daß es noch gar keine Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus gebe, das ist untertrieben. Ich denke, man kann sich schon auf ein paar kurze Formeln verständigen, die die Krankheiten des SED-Sozialismus benennen. Ich will das einmal versuchen. Ich habe mich da in meinem Buch auch schon versucht.

Im Blick auf die Planwirtschaft kann man das sehr kurz und plausibel zusammenfassen. Entscheidungsbefugnis läßt sich leichter konzentrieren als Kompetenz, und in diese Falle ist die Planwirtschaft geraten, indem dann an einer zentralen Stelle entschieden wurde, an der aber die notwendigen Daten für solch eine Entscheidung gar nicht unverändert ankommen konnten.

Grundsätzlicher, es gibt einen Denkfehler in der Anthropologie. Der Gedanke, man könne durch irgendwelche politischen oder ökonomischen Veränderungen die Zweideutigkeit und Fehlbarkeit des Menschen aus der Welt schaffen, ist der verführerische Grund für die Diktatur. Man muß daraus die Folgerung ziehen, daß jedes politische System sich dadurch ausweist, daß es mit der Fehlbarkeit und auch Verführbarkeit des Menschen so rechnet, daß sich der Schaden möglichst in Grenzen hält. Dem dienen Machtkontrolle und Machtteilung.

Der dritte Punkt, den ich nennen will, das ist die konstitutive Rechtsverachtung, indem die uns erklärt haben, das Recht sei ein Machtmittel, und das machen wir, wie wir wollen. Man muß dagegensetzen, daß keine Menschenwürde respektiert wird, ohne daß Rechte anerkannt werden.

Ich denke, die Gesamtkritik könnte als Auslegung dieser drei Sätze durchgeführt werden. Ich finde es sehr wichtig, daß sich das Übel kurz benennen läßt.

Ein anderer Punkt. Ich bitte die CDU-Mitglieder, daß sie von der SPD nicht einen so weiten Abstand nehmen, daß sie den Unterschied zwischen SPD und SED nicht mehr wahrnehmen können und das unter der Überschrift „Sozialismus“ zusammenfassen.

(Beifall)

Ich will nicht weiter darauf herumreiten, aber Schumacher hat seinerzeit durch sein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und durch seine Absage an eine Weltanschauungspartei den Graben zur SED so aufgerissen, daß der Name Sozialdemokratismus in der DDR ein Ketzername war. In den fünfziger Jahren ging man dafür ins Gefängnis, und in späteren Jahren wurde man immerhin noch heruntergestuft, wenn man die Sünde des Sozialdemokratismus beging.

Dann bin ich gefragt worden, warum ich an die Kinder von Funktionären erinnert habe und nicht gesagt habe, die Stützen des Systems hätten jetzt das größte Desorientierungsproblem. Das hat folgenden Grund. Man kann noch einigermaßen mit heiler Haut behaupten: Ich bin getäuscht worden. Das sagen die Kinder. Es ist aber offenbar eine für viele übermenschliche Anstrengung zu sagen, ich habe mich selbst getäuscht. Ich habe selbst der falschen Sache gedient.

Ehrlich gesagt, es gibt vermutlich auch gar keine Öffentlichkeit, die in der Lage wäre, auf so ein Bekenntnis vernünftig und, wie soll ich sagen, mit Gnade zu reagieren, sondern wer das sagt, hat Angst, er wird in der Luft zerrissen. Deswegen habe ich immer den Spruch gemacht: Der Beichtstuhl auf dem Marktplatz wird zum Pranger, verlangt nicht zuviel an Bekenntnissen der Betroffenen, ihr überfordert sie offenbar.

Ich wünschte mir auch, die würden sagen - Was sie sagen würden, ist eine interessante Frage. Wenn die sagen, das tut uns leid, dann heißt es: „So billig kommst Du uns nicht davon.“ Wenn er sagt: „Ich wollte doch nur das Gute“, hat er immer noch dieselben Ausreden. Überlegen Sie einmal, mit welcher weiterführenden Antwort jemand rechnen kann, der vor diesen Leuten seine Schuld zugibt. Was machen sie daraufhin? Sie verkriechen sich. Ich rechne damit, daß ein ganzer Teil dieser Leute mit dem Grimm im Bauch alt werden wird, und dann müssen sie eben nach und nach das Zeitliche segnen. Schön, wenn es anders wäre, aber wir sollten unsere Erwartungen an Schulbekenntnisse nicht überstrapazieren. Meine Erfahrung sagt dies jedenfalls.

Der letzte Punkt, die evangelische Kirche. Wenn eine Synodalpräsidentin etwas von sich gibt, die außerdem noch von ihren Kollegen ins Stammbuch geschrieben bekommt, sie solle die Alleingänge lassen, dann sollten Sie das nicht verwechseln mit Stellungnahmen, die die evangelische Kirche auf der Ebene einer Synode oder einer Kammer gibt. Der Pluralismus in der Gesellschaft kehrt auch in der evangelischen Kirche wieder. Bitte, regen Sie sich nicht über jeden Unfug auf, der von einem evangelischen Amtsträger oder so kommt, sondern achten Sie auf den Unterschied, ob die Evangelische Kirche in Deutschland sich im ganzen in ei-

ner Sache so oder so positioniert. Es ist zuviel verlangt, daß der Pluralismus, den wir in der Gesellschaft und in den Medien längst akzeptiert haben, in der Kirche nicht vorkommen sollte. Ich könnte mich auch den Aufgeregtheiten des Gesprächsteilnehmers anschließen und genauso schimpfen, weil ich das auch für eine Disziplinlosigkeit erster Ordnung halte, daß man ein Amt mißbraucht, um ständig seine persönlichen Ansichten in die Medien zu blasen. Man hat als Amtsträger jemand zu repräsentieren, und mit dem zusammen muß man besprechen, was man sagt. Aber diese Disziplinlosigkeit gehört bedauerlicherweise durchaus zur Realität. - Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Professor Schröder. - Ich muß eine kleine geschäftsleitende Information geben für die, die noch reden. Wir haben im Moment noch 18 Wortmeldungen. Jeder kann es leicht errechnen, wo wir enden. Ursprünglich waren die Foren so angesetzt, daß sie bis 17.00 Uhr oder 17.15 Uhr dauern, damit noch eine Pause zum Luftholen und sonstige menschliche Wünsche bleibt, bis wir uns um 18.00 Uhr wieder im Plenum treffen. Ich bitte jetzt um ganz konzentrierte, pointierte Beiträge. Christoph Bergner, Christine Mühlhausen, Herr Malitz, Frau Laurien, Dieter Althaus, das sind erst einmal die nächsten fünf. - Dr. Christoph Bergner, bitte.

**Dr. Christoph Bergner:** Herr Professor Biser hatte unter Hinweis auf Marcuse von der Notwendigkeit einer Utopie gesprochen und hat dann auf die mögliche dritte Utopie in Jesus Christus verwiesen. Ich habe genau an dieser Stelle ein ausgeprägtes Sortierungsbedürfnis in der Art, daß es gerade für mich - das gehört ganz entscheidend zum Thema - um die Frage geht, ob wir unter dem Vorbehalt in die Zukunft blicken, den die Theologen, glaube ich, den eschatologischen Vorbehalt nennen, das heißt, ob wir unterscheiden zwischen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten und Selbsterlösungshoffnungen. An dieser Scheidelinie sortiert sich sehr viel, und ich habe die große Sorge, daß es uns in einer Gesellschaft, in der der Glaube an die Erlösung verloren gegangen ist, nicht mehr ohne weiteres möglich ist, nüchtern über die Zukunft nachzudenken. Ich denke also, daß die Voraussetzung für nüchternes Nachdenken über die Zukunft eine gewisse Bescheidenheit ist, die nur aus einem religiösen Selbstverständnis kommen kann. Einer der wichtigsten Sätze in unseren programmatischen Aussagen ist der, daß wir vollkommene Gerechtigkeit und die vollkommene Gesellschaft nicht schaffen können, aber er ist sehr eng an das „C“ in unserem Namen gebunden. Ich sehe die Gefahr, daß wir sonst - das ist meines Erachtens ein bißchen das Dilemma der letzten Jahrzehnte gewesen - in die Alternative verfallen, entweder Utopien unter dem Zeichen der Selbstverwirklichung oder als Selbsterlösungsideo logien zu betrachten oder andererseits in depressive Zukunftsbetrachtungen zu verfallen. Das wird da hineinkommen.

Ich will sagen, ich denke, es geht bei dieser Frage nicht nur um ein kollektives Phänomen, sondern ich habe den Eindruck, daß die exzessive Nutzung individueller Freiheitsrechte, die in der westlichen Gesellschaft häufig beklagt wird, auch Ausdruck einer geistigen Haltung ist, die ihre Beschränkungen nicht mehr in religiösen Bezügen findet, so daß aus dem normalen Anspruch auf Selbstverwirklichung der Anspruch der Selbsterlösung wird, und das muß jede Gemeinschaft sprengen. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Danke, Christoph Bergner. - Christine Mühlhausen, dann Herr Malitz, dann Frau Laurien.

**Christine Mühlhausen:** Ich komme aus Stade in Niedersachsen. - Frau Dr. Schavan, Sie haben vor allem über Erfahrung gesprochen, und wir haben heute alle die Erfahrung, daß im Informationszeitalter jeder Tag irgendwo schnellebiger ist und vor allem die Wissensvermehrung unheimlich schnell vorangeht. Ich denke mir, das ist mit ein Grund, warum Angst entsteht und auch die starke Individualisierung, und daß dadurch eben auch die Orientierungslosigkeit kommt. Zur Zukunftsgestaltung gehört eben auch, daß wir lernen müssen, wie wir Stille und Geborgenheit finden. Nur aus dieser Stille und Geborgenheit entsteht Orientierung, und wir können dadurch Ziele finden und danach handeln.

Als zweiter Punkt gehört zur Zukunftsgestaltung, daß wir alle Wissenschaften gleichmäßig fördern. Wir haben in den letzten Jahrzehnten vor allem auch die Psychologie sehr stark vernachlässigt, wenn wir jetzt über Wertevermittlung sprechen. Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank. - Herr Malitz.

**Hans-Georg Malitz:** Ich bin seit 1951 in der CDU, ohne Mandatsträger gewesen zu sein. Ich habe fleißig mitgearbeitet. Ich bin immer ein Suchender geblieben, sehr verehrter Herr Professor Biser, und was Sie gesagt haben, hat mir sehr imponiert. Um dieses Thema kämpfen wir seit 1988, nämlich die Ökumene der monotheistischen Weltreligionen. Das hat nach meiner Kenntnis seinen Anfang genommen in der Johanneskirche am Martin-Luther-Platz in Düsseldorf im Januar 1988, als Hans Küng Geburtstag hatte, der Rabbiner Lapide eingeladen war und Dr. Gerlach, Direktor der evangelischen Akademie Düsseldorf, dort vor 1 000 Menschen - mit 100 war gerechnet worden - zu diesem Thema gesprochen hat. Die Folge war die große Weltkonferenz in Chicago. Das ist vielleicht auch im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedenspreises an Frau Schimmel zu sehen.

Nur müssen wir dabei wohl etwas auf dem Boden der Realitäten bleiben. Napoleon hat einmal gesagt: Jede Revolution fängt im Bauch an. Zu deutsch, sie kommt aus einer existentiellen Notlage heraus. Wenn wir hier von Zusammenbrüchen der Systeme reden, dann geht es im Grunde um die Zusammenbrüche der Versorgungssysteme für die Menschen. Und ein lebenswertes Leben für die Menschen unmöglich gemacht zu sehen, heißt: Jetzt kommen Ideologien auf. Das war wohl in der ganzen Geschichte so. Das ist natürlich ein Riesenproblem. Das hat sich in Chicago gezeigt. Ich glaube, das ist aber die Utopie, die Sie wollen und wofür ich Ihnen dankbar bin, daß Sie sie hier vertreten haben. Auch die Kirchen sind natürlich existentiell abhängig von ihrer Glaubensgemeinschaft. Deswegen konnte da ein Konsens nicht gefunden werden, was für uns politisch bedeutet, daß wir uns um die Entwicklungshilfe in diesen Ländern bemühen müssen, um sozialverträgliche Verhältnisse dort mitzugestalten. Wir sollten aber auch sehr mißtrauisch darauf achten, daß es Weltkräfte gibt, die das gar nicht wollen und die das, was wir dort leisten, wieder zerstören. - Danke schön.

**Vorsitzender Peter Hintze:** Danke, Herr Malitz. - Frau Dr. Laurien. Als nächster dann Herr Althaus.

**Dr. Hanna-Renate Laurien:** Meine Name ist Laurien, ich bin - noch - Präsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin, noch zwei Wochen. - Ich wollte mit dem schließen, womit ich jetzt anfangen, aber nachdem Sie mit den drei Mohammedsreligionen angefangen haben, möchte ich sagen: Herr Biser, Sie haben in einem der letzten Hefte von „Stimmen der Zeit“ etwas Nachlesenswertes geschrieben. Küng hat in seinem Buch „Das Weltethos“ - da kann man das aus-

führlicher nachlesen - ebenfalls darauf hingewiesen. Ich halte es in der Tat für ganz wichtig, daß gerade von der CDU ein Signal nicht nur in Worten, sondern durch Forschungsaufträge und an Hochschulen oder anderen entsprechenden Einrichtungen verankert, ein Aufarbeiten der wissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten der drei Abrahamsreligionen vollzogen wird, denn nicht die Fundamentalisten haben die Zukunft, und nicht der Huntington, der in Amerika den Konflikt zwischen Christen und Moslems als den neuen kalten Krieg propagiert, weil ihm der andere kalte Krieg fehlt. Das kann nicht unsere Zukunft sein. Wir müssen hier wissenschaftlich aufarbeiten, wo eine Möglichkeit ist, und begreifen, daß die Moslems das vor sich haben, was wir hinter uns haben, nämlich die notwendige Trennung von Kirche und Staat. Das ist unsere Befreiung gewesen. Wenn Sie mit Alawiten reden, anders als mit Schiiten und Sunniten, dann sagen die Ihnen, daß das die Zukunft ist, und wir sollten ein konkretes Signal von diesem Kongreß ausgehen lassen.

In einer zweiten Bemerkung will ich doch noch einmal auf die Kirchen und die DDR zurückkommen. Ich meine, es sei nötig, daß wir uns klarmachen, wenn ich etwas verneine, Hunger, Terror, Diktatur, dann finden sich die Menschen verschiedenster Überzeugung in einem gemeinsamen Nein. Ein Ja ist niemals monoton. Ein freiheitliches Ja ist immer plural, und das fällt den Menschen natürlich schwer, sich an die Pluralität zu gewöhnen. Das ist das Zentralproblem meines Papstes. Das ist der Umgang mit der pluralen Gesellschaft, in der das gemeinsame Credo heißt: Wir stimmen darin überein, daß wir verschiedener Meinung sein dürfen. Das ist ein Stück Fundament.

Deshalb, liebe Frau Schavan, brauchen wir auch Institutionen, die trotzdem einen Zusammenhalt sichern. Wir brauchen Übereinstimmung über Verfahren und Methode, also Achtung der Meinungsfreiheit. Unser Grundgesetz gibt hier hinreichende Möglichkeit. Das heißt, wenn ich diesen Pluralismus bejahe, mein Standpunkt muß erkennbar sein, die Wegweiser müssen beschriftet sein. Also nicht weiche Knie, sondern klare Aussagen, verbunden mit dem Respekt vor der Meinung des anderen.

Ich will, ohne ins Narrative abzuschweifen, sagen, als wir die Pershing-Debatte hatten und jede Woche eine kräftige Demo gegen mich, da stand in der „TAZ“ ein Interview mit einem ganz linken Lehrer. Ich kannte ihn auch. Der wurde gefragt: „Was sagen Sie, wenn in Ihrer Klasse einer die Scheißmeinung von der Laurien vertritt?“ Da hat er gesagt: „Dann werde ich erst einmal dafür sorgen, daß dieser Schüler uneingeschränkt seine Meinung sagen kann. Dann werden wir uns darüber auseinandersetzen.“ Das ist im Grunde die freiheitliche Demokratie, die zu ihrem Standpunkt steht, die aber den des anderen nicht unterdrückt, sondern zur Sprache kommen läßt.

(Beifall)

Letzte Bemerkung. Liebe Freunde, ich war heute begeistert von Frühwald und seiner Definition und Erfahrung der Jugend. Was wir hier treiben, ist Abweichung von Frühwald.

(Heiterkeit)

Denn wir erschöpfen und beseligen uns wieder in einer Negativkritik. Lassen Sie doch auch da das alte Rezept gelten: Die Guten loben, dann ärgern sich die anderen allmählich. Wenn ich Kritik mache, kräftige ich nicht die guten Kräfte; deshalb bin ich nicht blind gegen Kritik.

Ich will zu der ganzen Bildungsdiskussion noch eine abschließende Bemerkung machen, auch wenn ich da der Kürze wegen einen ziemlich kühnen Bogen ziehe, aber doch hoffe, daß

das etwas als Signal von diesem Parteitag ausgehen kann. Frau Schavan hat sehr richtig gesagt: Erfahrungsräume schaffen, Verantwortung erfahren lassen, die Erfahrung, es kommt auf Dich an, ich brauche Dich. Dann muß die CDU aber endlich davon Abstand nehmen, daß sie Furcht hat, Projekte im Unterricht zu machen,

(Beifall)

nicht wie zum Teil in Berlin mit Minikursen in Häkeln und Stricken, sondern Projekte, die auf Kenntnissen aufbauen. Sie sind der Erfahrungsraum, in dem junge Menschen das lernen können. Die totale Fächerideologie, die unser neues Credo ist, steht gegen einen solchen Erfahrungsraum.

Zweite Bemerkung auch dazu. Ich bin wirklich für Lernen und für Methoden und war auch als Schulleiterin einer riesigen Schule nicht immer nur sanft und als Kultusministerin wahrhaftig auch nicht. Wenn wir aber diese materialisierte Fächerdiskussion fortsetzen, die wir jetzt führen, dann ist hier der Abschnitt für Englisch, Geschichte, Mathematik, Physik, Chemie - dafür bin ich ja auch -, und auf der anderen Seite reden wir über die Medienwelt: Zentrale Einsicht ist, daß der junge Mensch nicht nur Sekundärwirklichkeitserfahrungen machen darf; das Blut in Sarajevo auf dem Bildschirm muß ich nicht aufwischen; der Apfel auf dem Bildschirm kann mir Appetit machen, aber ich kann nicht reinbeißen. Also muß ich die Primärerfahrung der Wirklichkeit stärken. Wo mache ich die? Bei Studienfahrten, im Musikunterricht, im Unterricht „Bildende Kunst“, bei Theaterspielen, in allem, wo es auf Gestaltung, Sprache und Miteinander ankommt. Deshalb müssen auch solche Fächer abiturfähig bleiben,

(Beifall)

denn nicht Musik vermittelt weniger Studierfähigkeit als Mathematik, es kommt auf die inhaltliche Füllung des jeweiligen Faches und sein Niveau an. Ich warne uns vor einem Stoffmaterialismus, denn es ist gerade die Visionsfähigkeit, die wir auch brauchen. Ich nehme statt Utopie lieber Vision, nachdem Joachim Fest allen gebildeten Menschen eingeredet hat, daß das Wort Utopie nur zur Diktatur führt; die Debatte will ich nicht erst lange führen, sondern sage statt dessen Vision. Wenn ich also eine Zukunftsvision vermitteln will, muß ich auch die Erfahrung durch das Selbertun vermitteln. Es gibt die goethische Erfahrung, daß die Zeit fließt, daß ich einen Augenblick verpassen kann und daß er nie wiederkommt, während ich im Video alles wiederholen kann. Ich muß die Wirklichkeitserfahrung vermitteln, brauche also Projekte, Fächer des Gestaltens und nicht nur Lernmaterialismus.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, liebe Frau Dr. Laurien. Ich bin sicher, auch wenn Sie kein Parlamentsamt mehr haben, werden Sie eine wichtige Aufgabe in unserer CDU wahrnehmen, und dafür war Ihr Beitrag eben wieder ein schöner Beleg.

(Beifall)

Nun Dieter Althaus, bitte.

**Dieter Althaus:** Ich bin dankbar, weil das Letztgesagte von Frau Laurien natürlich sehr wichtig für die aktuellen bildungspolitischen Debatten ist, daß wir uns da nicht auf Entweder-Oder versteifen, sondern gerade eben die Frage in der neuen Zeit mit neuen Antworten versehen. Die Quantitätendiskussion hilft uns ohnehin nicht weiter; wir haben die Zeit dazu gar nicht, auch nicht in der Schule. Wir müßten aufbauen, und wir haben Wichtigeres zu tun. Das ist ja



auch das Credo dieses Parteitages. Die Frage von Erziehung und Bildung reduziert sich eben nicht auf Quantitätenanhäufung.

Eine Frage bleibt für mich offen, gerade aus einem neuen Land. Dr. Hähle hat die Situation für Sachsen richtig beschrieben, und die gilt sicher auch für Thüringen, zumindest in einer großen Zahl. Es ist die Frage, wo die Fundierungen der neuen Länder sind. Aus zwei Diktaturerfahrungen: sicher nicht in großer Zahl in den Religionen. Sie schauen sich die Zahl der Teilnehmer in den Jugendweihen an und sind erschrocken: von Jahr zu Jahr mehr. Das ist schon eine schwierige Frage und eine gefährliche Analyse, eine Analyse, die uns sehr zu denken geben muß. Wer sollen diese sinnstiftenden Institutionen im Osten - ich beschränke es auf den Osten - sein? Die Kirchen haben nicht die Möglichkeiten in der großen Zahl. Diejenigen, die sich zugehörig fühlen, sind so wie heute einig in der Analyse und sicher auch der Wegbeschreibung. Es fehlen aber die anderen Orientierungsmöglichkeiten.

Ich glaube nicht - meine persönliche Meinung -, daß an diese Stelle Parteien treten können. Ich glaube, daß wir weder die Brücke zu den Menschen finden, um diese sinnstiftenden Funktionen zu übernehmen, noch daß wir am Ende auch Gehör finden. Ich denke also, daß wir stärker mit Verbänden, Vereinen, also mit den Gruppen zusammenarbeiten müssen, die unsere Menschen besuchen, wo sich unsere Menschen engagieren, um über diese Gruppen, über Verbände usw. ins Gespräch zu kommen, Räume zu schaffen. Das gilt nicht nur für die Schule, es gilt auch für die Erwachsenenwelt. So sehr die Schule immer im Mittelpunkt steht - sie ist, wenn ich mich recht erinnere, gestern und auch heute kräftig kritisiert worden -, das ist schon die zweite Stufe. Wenn wir nicht in der Familie anfangen, Orientierung grundzulegen, dann wird in der Schule das Ganze Flickwerk sein.

(Beifall)

Der Lehrer wird überhaupt keinen Ansatz finden. Er wird dann auch nicht, Frau Professor Schipanski, mit dem gesunden Menschenverstand zurechtkommen, denn der kann sehr unterschiedlich sein. Er wird dann nach meiner Auffassung auch nicht mit dem, was wir als gut und richtig einschätzen, vor Schülern bestehen. Denn auch das kann sehr unterschiedlich in der persönlichen Brechung sein. Die Lehrerin aus Hessen hat das beschrieben, wie sie das für sich auslegt. Aber ob alle ihre Kollegen das richtig auslegen, steht in Frage. Die Erziehungsinstanz Schule ist ja systematisch abgewöhnt worden, und dies seit zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren.

In den neuen Ländern ist da ein Vakuum, und ich denke schon, daß es wichtig ist, die Lehrer an der Stelle zu ermutigen, sich als Personen einzubringen. Das Ganze endet und beginnt immer beim Vorleben. Es nützt auch nichts, darüber zu sinnieren, ob die Lehrerschaft im Osten alt und rückwärtsdenkend ist. Sie ist, wie sie ist. Wir müssen positiv genau wie bei den Jugendlichen mit ihr umgehen, denn sonst demotivieren wir, und wir haben überhaupt nichts davon, weder als Kultusminister noch als Politiker, denn in der Stunde, in den fünfundvierzig Minuten, tagtäglich fünf bis sechs Stunden, ist eine sehr gute Einflußmöglichkeit, die positiv, aber auch negativ genutzt werden kann. Auch da also Ermutigung, daß die Schule etwas leisten kann, daß sie aber die Fundamente aus der Familie, aus der Gesellschaft, aus ganz kleinen Räumen braucht, sonst ist das Ganze nicht erfolgreich.

Wenn die gesamte Diskussion der letzten zwei Tage etwas aufgezeigt hat, dann doch auch, daß wir bei dem Neudenken und bei dem Neuanfang ein paar Jahre vertan haben. Nichts ist besser, als wenn man in Brüchen beginnt, und die Brüche waren 1989/90, und wir haben die

Weiche richtig gestellt zur Einheit, und die Strecke ist in vielen Bereichen sehr positiv zu fahren, aber ob sie auch in der geistigen Richtung aufgegriffen worden ist, in der richtigen Entwicklungsrichtung, da bin ich im Zweifel. Es ist doch unstrittig, daß wir in den neuen Ländern - ich nehme mich da voll mit hinein - inzwischen auf der einzigen Strecke sitzen, vergleichbar wie im Westen zu leben und zu arbeiten und uns im Alltag umzutun, d. h. Besitzstandsmehrung. Wir diskutieren eigentlich seit zwei Tagen die Frage, ob es mit dem Immer-Mehr so weitergeht oder ob es nicht um das Sich-Bescheiden geht.

Deswegen meine ich, wir sollten weiter diese Tendenzen, die 89/90 sehr stark aus der Wende-bewegung, aus der friedlichen Revolution, aus den Vordenkern heraus uns mitgeteilt worden sind, nämlich sich geistig neu zu orientieren, nutzen, diesen Aufbruch im Osten nicht sozusagen vertun, sondern jetzt noch - die Zeit ist immer noch da - aufgreifen, um gleichzeitig diesen Impuls dann für Deutschland insgesamt für die geistige Neuorientierung zu nutzen. Sie ist ja kein neues Thema. Seit vier oder fünf Jahren diskutieren wir intensivst diese Themen, nicht nur in Expertenkreisen, sondern auch innerhalb der Union. Es hat einen Parteitag in Berlin gegeben, der sich zwei Tage lang nur mit Bildungspolitik, mit Erziehung usw. beschäftigt hat. Das ist also kein neues Thema, sondern es geht eigentlich um die Praxis.

Ein letzter Punkt. Wir brauchen am Ende auch Kultusbükratien, die das umsetzen. Wir haben in Deutschland zwei unionsgeführte Länder, rein unionsgeführte Länder, und drei oder vier große Koalitionen, wir haben aber 16 Bundesländer. Wir brauchen also auch Kultusbehörden, Politiker, die dieses geistige Aufbrechen unterstützen und nicht in alte Ideologien verfallen, die tagtäglich noch gelebt werden.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, lieber Minister Althaus. - Ich stehe jetzt vor einem schwierigen Problem. Wir haben noch elf Wortmeldungen, und es ist so - das spüren wir bei jeder Wortmeldung -, es gibt eine Menge zu sagen. Andererseits ist die Zeit erfüllt, was unser Forum angeht. Die, die ausgeharrt haben, haben sicherlich auch Lust und Freude, unsere Podiumsmitglieder zu den gestellten Fragen zu hören. Deswegen möchte ich vorschlagen - wenn die Fragesteller einverstanden sind -, daß wir jetzt zu einer Schlußrunde des Podiums kommen. Da tun wir den elf, die sich noch gemeldet haben, ein bißchen weh, aber ich glaube, es würde unserem Forum guttun, wenn wir jetzt den Kreis der Gedanken schließen. Können wir so verfahren? - Herzlichen Dank. Ich bedanke mich sehr und bitte Professor Schröder um sein Schlußwort.

**Professor Dr. theol. Richard Schröder:** Zu dem Thema, das Herr Bergner angesprochen hat, würde ich gerne noch einmal an Immanuel Kant erinnern. Es geht um die Frage: Ist die Utopie Jesu die dritte Utopie? Immanuel Kant hat folgenden Unterschied eingeführt. Er sagt, die Menschen müssen ein Gemeinwesen nach Zwangsgesetzen gründen - darunter ist der Staat verstanden -, es sei aber außerdem Menschenpflicht, ein Gemeinwesen nach Tugendgesetzen zu gründen. Das ist ein Ausdruck für Kirche. Dann sagt er: Die Erwartung des ewigen Friedens, die Abschaffung des Krieges, hängt nicht daran, daß das zweite, das Gemeinwesen nach Tugendgesetzen, Wirklichkeit wird, sondern ist schon auf der ersten Ebene möglich, nämlich durch eine Föderation von Staaten.

Das ist für mich eine hoffnungsvolle Perspektive, daß ich nicht so hoch greifen muß, um beschreiben zu können, wie denn ein Weg zur Abschaffung des Krieges in Europa aussehen würde: eben durch Wiederholung desselben Vorganges, in dem zur Zeit der Aufklärung und

des Absolutismus die Fehden, d. h. Bürger gegen Bürger führt Krieg, abgeschafft worden sind.

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Lieber Professor Schröder. - Frau Schavan.

**Dr. Annette Schavan:** Ich möchte noch einmal an Wolfgang Frühwald von heute morgen erinnern und an den Schlußsatz „Nie war so viel Anfang.“ Deshalb fände ich es gut, wenn von der CDU Signale ausgingen, etwa das Signal an die Jugend, wir brechen mit euch auf in das einundzwanzigste Jahrhundert, das bereits in fünf Jahren beginnt, das unmittelbar vor uns liegt. Wir trauern nicht um Verluste, beschäftigen uns nicht mit dem, was auf dem Weg des zwanzigsten Jahrhunderts verloren gegangen ist, sondern richten vor allem mit Euch den Blick auf das, was wir gewonnen haben.

Zweites Signal. Das, was gewonnen worden ist, Freiheit z. B. für 16 Millionen Deutsche 1989, sind nicht Werte aus anderen Welten, sondern Freiheit, Individualität, Solidarität und Gemeinsinn, das sind allesamt im Christentum gegründete Werte, menschliche Grundverfassungen, die damit zu tun haben, daß wir davon überzeugt sind, daß Gott den Menschen nicht betrügt.

Drittes Signal. Politik ist nicht Prophetie. Politik kann auch nicht Religion ersetzen. Von Theodor Heuss stammt das Wort: Man kann mit Kultur Politik machen, aber nicht mit Politik Kultur. Das heißt, wir dürfen uns auf der einen Seite als Politikerinnen und Politiker nicht zu einer Omnipotenz aufschwingen, die uns nicht zu eigen ist. Wir müssen aber auf der anderen Seite schon deutlich sagen, wofür wir selbst stehen, nicht Rhetorik produzieren, sondern sagen, wovon ich überzeugt bin, woraus ich lebe und wieso ich aus dem überzeugend und optimistisch aufbrechen kann mit der nächsten Generation, die so viel Wertvolles mitbringt, wie Frühwald heute morgen formuliert hat.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Frau Professor Schipanski.

**Prof. Dr.-Ing. Dagmar Schipanski:** Ich möchte noch einmal an Herrn Althaus anschließen. Ich finde es gut, wenn wir uns für die Zukunft mit der Jugend entscheiden, auch was Frau Schavan gesagt hat, bloß ich möchte trotzdem zu bedenken geben, die Jugend hat viel Anfang, es gibt aber auch Jugend, die nur Karriere und Freizeit sieht. Es gibt auch viele Familien, die nur Karriere und Freizeit sehen. Ich glaube schon, daß wir dort noch ein bestimmtes Potential haben, auf das Einfluß genommen werden kann. Die Politik sollte nicht die Religion ersetzen, aber die Politik bestimmt in erheblichem Maße das Zusammenleben in diesem Staat, und dessen sollte sie sich erinnern.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank. - Professor Biser.

**Prof. Dr. phil. Dr. theol. Eugen Biser:** Ich bin froh, daß Herr Schröder noch auf Kant zu sprechen gekommen ist. Von Kant habe ich gerade ein Buch gelesen, das zeigt, wie stark er der Reich-Gottes-Idee Jesu verpflichtet ist. Das, was Sie gesagt haben über die Ordnung des ewigen Friedens ist wahrscheinlich inspiriert von der Reich-Gottes-Idee. Das ist bei Kant das Reich der Zwecke, und gemeint ist dabei eine Ordnung, in der der Mensch als Person und als Selbstzweck geachtet wird. Das ist zweifellos der eindeutige Garant eines wirklichen und stabilen Friedens.

Ich darf noch etwas sagen. Ich nehme von diesem Forum vor allen Dingen als ganz beglückende Erkenntnis mit, daß in der Diskussion über die Wiedervereinigung jetzt wirklich ganz ernsthaft nach den anthropologischen Konsequenzen des Unrechtssystems gefragt wird, den Beschädigungen, die den Menschen zugefügt worden sind, die die Menschen erlitten haben, gerade auch die jungen Menschen. Das wird jetzt einmal ganz intensiv durchleuchtet, und das empfinde ich als eine ganz große Hoffnungsperspektive.

Lassen Sie mich zur Wiedervereinigung noch etwas sagen: Ich werde die Idee nicht los, daß die Wiedervereinigung eine Art Laboratorium ist, in dem die europäische Einheit eingeübt wird. Ich werde also die Idee nicht los: Uns ist durch die Wiedervereinigung die Aufgabe zugewiesen, eine Art Kristallisationskern dessen zu sein, was in Europa verwirklicht werden muß; denn dort sind durchaus ähnliche Probleme zu bewältigen, besonders wenn man an die Ost-Öffnung Europas denkt. Wenn das herauskäme, dann wäre ja die Wiedervereinigung wirklich der große Glücksfall unserer Geschichte.

(Beifall)

**Vorsitzender Peter Hintze:** Herzlichen Dank, Frau Dr. Schavan, Herr Professor Schröder, Frau Professor Schipanski und Herr Professor Biser!

Mit diesem Forum, aber auch mit der ganzen Anlage dieses Parteitages als eines offenen Dialogs haben wir ein Experiment gewagt. Ich habe aus vielen Wortmeldungen herausgehört, daß wir in unserer CDU ein großes Bedürfnis haben, über die konkreten Fragen des Tages hinauszufragen. Dabei wollen wir die konkreten Fragen nicht geringerschätzen; denen müssen wir uns stellen, mit denen müssen wir uns auseinandersetzen. Und wir wollen auch nicht die Gegenwart zugunsten der Zukunft geringerschätzen. Aber daß das ineinander gehört, daß zur Bewältigung der Tagesfragen und auch der längerfristigen Fragen das tiefe Nachfragen gehört, das Besinnen auf die eigenen Grundlagen und das Ringen darum, das hat, so glaube ich, dieses Forum deutlich gezeigt. Ich würde es gern auch in Ihrem Namen, wenn Sie damit einverstanden sind, gleich im Plenum noch einmal aussprechen: Daß wir uns auch in einer Zeit, in der alles schneller geht, doch die Zeit nehmen, solchen Fragen einmal nachzugehen und Querbezüge herzustellen. Ich denke, daß die Menschen das von uns auch erwarten. - In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

(Beifall)

(Schluß: 17.12 Uhr)

## Forum 2

### Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb

Beginn: 14.07 Uhr

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem Forum.

Ich möchte zunächst einige Bemerkungen zum technischen Ablauf machen. Nachdem ich eine Einführung gegeben habe, werden Frau Breuel, Herr Hayek und Herr Schulte jeweils 10 bis 15 Minuten die Fragen definieren, die ihnen im Zusammenhang mit „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“ als besonders bedeutsam erscheinen. Das wird etwa 40 bis 45 Minuten in Anspruch nehmen. Wir werden dann auf einige Rückfragen eingehen. Anschließend wollen wir gemeinsam über dieses Thema sprechen.

Wenn Sie sich zu Wort melden möchten, bedienen Sie sich bitte einer Wortmeldekarte, die Sie bei Frau Heinen abholen können. Mit diesem Verfahren wollen wir das Aufrufen der Teilnehmer nicht dem Zufall überlassen.

Wir werden etwa bis 17.00 Uhr oder 17.15 Uhr zusammensein. Herr Schulte hat mich um Verständnis dafür gebeten, daß er uns etwa um 16.30 Uhr verlassen muß, da er heute abend um 20 Uhr in Saarbrücken sein muß und den Weg dorthin im Auto mit Geschwindigkeiten zurücklegen möchte, die sein Leben nicht gefährden.

Im übrigen wird das Ergebnis unserer Beratungen von mir im Plenum, das gegen 18 Uhr beginnen wird, zusammengefaßt, damit alle Teilnehmer der Plenarsitzung unsere Erkenntnisse ihrer eigenen Diskussion zugrunde legen können.

Im Forum 2 dieses 7. Bundesparteitages der CDU wollen wir über „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“ sprechen. Dieses Forum ist ein Experiment. Wir wollen mit ihm nicht fertige Antworten geliefert bekommen, sondern herausfinden: Was kommt in den nächsten Jahren auf uns zu? Welche Aufgaben werden uns gestellt? Welchen Herausforderungen werden wir uns gegenübersehen? Wie können wir auf diese Herausforderungen reagieren?

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß die gesamte Struktur dieses Parteitages darauf abgestellt ist, vor allem diese Fragen zu behandeln. Wir wollen in den kommenden Monaten in der Lage sein, einen breit angelegten - so hoffen wir jedenfalls -, weit über die Mitgliedschaft in der Partei hinausreichenden Dialog, eine Diskussion, auch eine Auseinandersetzung in Deutschland über die Frage zu führen: Was kommt auf uns zu? Für viele Menschen ist das keineswegs klar. Auf diese Weise wollen wir das Mitdenken der Menschen bei der Lösung der Probleme erreichen, um von der Vorstellung wegzukommen, daß die Politik schon alles weiß und alle Antworten liefern kann. Die Bevölkerung soll sich nicht zurücklehnen und sagen können: Die Politiker werden die Antworten schon liefern; damit müssen wir uns nicht befassen.

Es wird in den nächsten Jahren im Kleinen wie im Großen zu Veränderungen kommen, wenn diese auch nicht ganz die Dimension erreichen werden wie die, die die Menschen im östlichen Teil Deutschlands in den letzten Jahren erlebt haben. Dort wurde eine Menge grundlegender

Erfahrungen aus den letzten 30 bis 35 Jahren in Frage gestellt. Wenn das aber passiert und neue Erfahrungen gewonnen werden müssen, dann nur mit der Zustimmung der Menschen. Es geht nicht gegen sie. Diese Zustimmung kann man nur erreichen, wenn die Menschen wissen, worum es geht und was sie bewältigen müssen.

Wir haben heute morgen nach der Rede von Wolfgang Schäuble und der Einführung von Herrn Rüttgers drei Vorträge gehört, von denen ich annehme, daß zumindest der größte Teil von Ihnen sie gehört hat. In dem Vortrag von Herrn Markl ist bereits eine Reihe von Hinweisen - insbesondere auf die Dimension, den Umfang und die hohe Geschwindigkeit der ganz konkreten Veränderungen unserer Lebensumwelt - gegeben worden. Bei dem Vortrag von Herrn Markl ist mir besonders aufgefallen - er hat es ständig wiederholt -, daß die Prozesse, von denen er gesprochen hat, im Prinzip nicht beeinflussbar sind. Das heißt, sie kommen in jedem Fall. Die Frage ist also nicht, ob sie kommen oder nicht, sondern wie wir damit umgehen.

Ich möchte Ihnen, obwohl den Parteitageunterlagen die Biographien beigelegt waren, die Mitglieder unserer Diskussionsrunde vorstellen. Frau Dr. Birgit Breuel

(Beifall)

ist uns allen von ihren politischen und wirtschaftlichen Tätigkeiten bekannt. Sie war, nachdem sie einige Zeit Wirtschaftssprecherin der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion war, zunächst Wirtschaftsministerin, dann Finanzministerin des Landes Niedersachsen, insgesamt zwölf Jahre im Kabinett von Niedersachsen. Sie ist nach Beendigung ihrer Tätigkeit als Finanzministerin in den Vorstand der Treuhandanstalt gewechselt, wo sie von 1991 bis 1994 Präsidentin war.

Seit April 1995 hat sie eine neue Aufgabe geschultert, die ebenfalls mit beachtlichen Risiken - wenn ich das mal sagen darf - verbunden ist. Es ist eine ganz große Herausforderung: Sie ist Generalkommissarin der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Sie wird also diejenige sein, von der man kaum redet, wenn die Sache gutgeht, und ständig redet, wenn die Sache schiefgeht. Das ist die Eigenschaft solcher Tätigkeiten.

Ich bedanke mich sehr herzlich, liebe Birgit Breuel, daß Sie uns heute nachmittag zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Unser Gast aus der Schweiz ist Nicolas Hayek, weltweit bekannt als „Mister Swatch“.

(Beifall)

Er ist Unternehmer im wahrsten Sinne des Wortes. Er hat Physik und Mathematik studiert, hat in verschiedenen Managementpositionen in Deutschland gearbeitet und in der Schweiz ein Engineering-Beratungsbüro gegründet. Wir haben im Freistaat Sachsen kürzlich die Dienste seines Hauses in Anspruch genommen. Er hat in einer zunächst bestenfalls und eher kritisch gewürdigten, aber zunehmend bewunderten Aktion die Schweizer Uhrenindustrie im wahrsten Sinne des Wortes vor dem Ruin bewahrt, indem er ihr eine völlig neue Aufgabe gestellt hat. Daraus ist die Schweizerische Gesellschaft für Mikroelektronik und Uhrenindustrie, SMH, entstanden, deren Präsident Herr Hayek ist.

In letzter Zeit ist der Gedanke, das Prinzip dieser Swatch - also eines preiswerten, aber sehr leistungsfähigen, massenweise hergestellten Konsumartikels - auf die Automobilindustrie übertragen worden. Auch daran hat Herr Hayek nachhaltig, um nicht zu sagen: richtungsweisend mitgewirkt.

Er ist außerdem Mitglied des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler, wie im übrigen auch Frau Breuel.

Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Hayek, daß Sie uns mit Ihrer Erfahrung, mit Ihrem Wissen und mit dem Blick von außen auf die Bundesrepublik bei der Erforschung von Zukunftstendenzen heute nachmittag behilflich sein wollen.

(Beifall)

Als dritten im Bunde begrüße ich sehr herzlich Herrn Dieter Schulte, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Beifall)

Wir alle sind Ihnen, Herr Schulte, sehr dankbar, daß Sie uns diese Nachmittagsstunden opfern und uns mit Ihren Erfahrungen und mit Ihrem Wissen für die Diskussion über die besonderen Probleme zur Verfügung stehen, die sich aus den Wandlungen und Veränderungen, die vor uns liegen, für die arbeitenden Menschen und daher für die Gesellschaft generell ergeben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt nicht nur die Interessen seiner Mitglieder, sondern die der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Also ist der größte Teil der Bevölkerung in der einen oder anderen Weise mit den Entscheidungen verbunden, die die Gliedgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes als eigentliche Träger der Tarifpolitik immer wieder zu treffen haben und mit denen sie nicht nur Daten für die Arbeitnehmer, sondern für die gesamte Volkswirtschaft setzen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beeinflussen.

Herr Schulte ist zunächst Maurer gewesen, ist von der IG Bau - Steine - Erden zur IG Metall gewechselt, war bei Thyssen Vertrauensmann, später Leiter der Vertrauenskörper sowie Mitglied der Vertreterversammlung, im Betriebsrat, in der Tarifkommission, dann Betriebsratsvorsitzender der Thyssen Stahl AG, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und danach im Vorstand der IG Metall. Nun ist er Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und damit Nachfolger von Heinz-Werner Meyer. - Herr Schulte, auch Ihnen herzlichen Dank für Ihr Kommen.

(Beifall)

Nun möchte ich gern, so wie wir das vereinbart haben, Frau Breuel bitten, uns einen Einstieg in unser Thema zu geben: Was können wir tun, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in Zukunft zu sichern? - Bitte, Frau Breuel.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Vielen Dank, Herr Professor Biedenkopf. - Meine Damen und Herren! Ich möchte einleitend gern etwas unterstreichen, was mancherorts schon vergessen zu werden scheint: daß Deutschland mit der Einheit neue Verantwortung zugewachsen ist - und dies um so mehr, als kurz nach der Wiedervereinigung auch die politische und wirtschaftliche Zerteilung der Welt ein Ende fand. Allerdings wollen wir uns heute auf den wirtschaftlichen Teil konzentrieren.

Warum ist uns neue Verantwortung zugewachsen? Erstens sind wir immer noch oder mehr denn je eine der wohlhabendsten Nationen der Welt. Zweitens liegen wir mitten in Europa. Drittens sind wir heute die einzige Nation der Welt, die über 40 Jahre Erfahrung mit beiden Systemen machen mußte und auch die Erfahrung gemacht hat, wie man damit umgehen kann.

Auf die Fragen „Welche Probleme haben wir?“ und „Wie können wir dieser Verantwortung gerecht werden?“ kann man, wie ich glaube, eine einzige Antwort geben. Diese lautet: Wir müssen neue Märkte erschließen, und wir müssen gleichzeitig in diesen Märkten die Kaufkraft für unsere Produkte schaffen. Was heißt das konkret? Erschließung der Märkte - speziell in Richtung Osteuropa - als Hilfe zur Selbsthilfe. Damit haben wir eine Chance, unsere hochwertigen Produkte auf Dauer absichern zu können. Wir haben den größten Markt mit sehr vielen - teilweise neuen, teilweise alten - Bindungen vor der Tür. Ich bin der Auffassung, daß die politische und wirtschaftliche Erschließung dieses Marktes für uns von entscheidender Bedeutung und langfristig wichtiger ist als der Markt in Ostasien, der heutigen Nummer eins in der Zielvorgabe der Wirtschaft.

Was können wir da tun? Ich meine, zuerst geht es darum, die Infrastruktur in Ordnung zu bringen. Das fängt beim Transport an, geht über Telekommunikation bis hin zur Energie. Da gibt es gewisse europäische Entwicklungen. Das soll auch europäisch geschehen. Wir sollten dies puschen, damit sich Osteuropa auf diese Art und Weise entwickeln kann.

Auch dies ist für uns wirtschaftlich - übrigens auch unter dem Gesichtspunkt, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen - von Bedeutung: Wir sollten alle Anstrengungen unternehmen, um die produktionsbegleitenden Dienstleistungen zu stärken. Was heißt das? Das heißt z. B., Logistik zu vermitteln. Ich will ein anderes Beispiel nennen, das mir aus meiner Erfahrung in der Treuhandanstalt vorrangig zu sein scheint: Eines der wirklich entscheidenden Kriterien für Reformen und wirtschaftliches Vorankommen ist das Management-Know-how, das Know-how in den Köpfen der Menschen. Das gilt für die Wirtschaft wie für die Verwaltung. Deswegen ist es, glaube ich, notwendig, daß Deutschland, daß Europa jedes Jahr Tausende von Experten in die Länder schickt, die Interesse an dem Know-how dieser Experten haben.

Ein weiterer Punkt scheint mir wichtig zu sein: Es gibt das neue Paradigma der nachhaltigen Entwicklung, das lebensnotwendig ist, wie wir den Vorträgen von heute morgen entnehmen konnten. Es wäre schon interessant und entscheidend, wenn das, was die Fachleute „Joint implementation“ nennen, von uns auch in Osteuropa verwirklicht werden würde. Statt in Deutschland für 100 Millionen DM eine Umweltmaßnahme zu ergreifen, nur um 2 % Verbesserung im Bereich X zu erzielen, sollte man die 100 Millionen DM in Osteuropa einsetzen, um dafür 50 oder 60 % zu erreichen. Das ist die entscheidende Frage, die, wie ich finde, relativ schnell zu beantworten ist.

(Beifall)

Natürlich wissen wir, daß wir uns in einem dauernden Strukturwandel befinden. Wir sind dazu verurteilt, den einmal eingeschlagenen Weg der Export- und Weltorientierung weiterzugehen. Das gelingt nicht - ich sage das ein bißchen provozierend - mit einer Nation von Stubenhockern. Wir müssen uns bewegen.

(Beifall)

Mobilität heißt, daß viele Menschen ins Ausland gehen müssen, daß auch kleinere und mittlere Betriebe internationale Partnerschaften eingehen müssen und daß wir nicht in Gefahr geraten dürfen - und wir sind relativ dicht dabei -, daß die Wirtschaft erstarrt, daß nicht ausreichend gehandelt wird und daß alle versuchen, abzusichern, was abzusichern ist. Das gilt übrigens auch für andere Bereiche unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, daß Absichern von Risiken ist das Entscheidende, sondern das innovative, wagemutige und experimentelle Ver-



halten. Das gilt wieder für alle Lebensbereiche, aber speziell für die Wirtschaft. Wir könnten doch endlich in Richtung Vermögensbildung denken, diese zur Grundlage für eine Gründerwelle machen und neue Motivation schaffen.

(Beifall)

Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß - ich sage einmal - die Rohstoffe der Zukunft Kreativität und Phantasie sind. Dies heißt wohlgermerkt: mehr Investitionen in langfristige Kapitalanlagen. Damit meine ich die Köpfe der Menschen. Wir müssen uns Vorräte schaffen an Innovation, an Wissen und an Qualifikation. Dies - das will ich deutlich hinzufügen - ist ganz entscheidend eine private Aufgabe jedes einzelnen und kann nicht allein auf den Staat verlagert werden. Damit wäre er überfordert und würde die Motivation sofort wieder kaputt machen.

Wie können wir sonst noch beweglicher werden, um das Abwandern der Produktionsfaktoren wie Kapital und Technologie zu verhindern? Ich glaube, die Kataloge sind Ihnen allen geläufig. Das Schlagwort heißt: Wir brauchen eine Offensive für Produktivität und Flexibilität, sonst gibt es keinen Suchprozeß im Markt mehr, sonst funktioniert das System nicht mehr. Ich will nur zwei Beispiele nennen, an denen man das festmachen kann und bei denen wir vielleicht etwas ändern können.

Das erste Beispiel ist die Flexibilisierung von Tarifverträgen. Dies ist wohlgermerkt nicht nur eine Forderung an die Gewerkschaften. Ich füge hinzu: Würde die Wirtschaft alle Flexibilitäten ausschöpfen, die in den Tarifverträgen vorhanden sind, wären wir schon ein Stückchen weiter.

(Beifall)

Aber auch dies wird nicht genügen. Deswegen plädiere ich dafür, über ein System nachzudenken wie: gemeinsame Eckdaten und betriebsspezifische Umsetzung. Diese kann man aufspalten in Zeit, Einkommen, Vermögensbildung und Alterssicherung. Je nach Auftragslage und Finanzkraft des Unternehmens kann betriebsspezifisch vereinbart werden, was den Vorrang hat, und zwar immer im Rahmen der gemeinsamen Eckdaten: mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Alterssicherung, mehr Vermögensbildung - oder entsprechend weniger. Das würde den Firmen eine Hilfestellung geben und damit zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen.

(Beifall)

Das zweite Beispiel sind die Genehmigungsverfahren. Wir stöhnen alle über Bürokratie. Wir tragen selbst die Verantwortung dafür; aber das ist eine andere Frage. Ich halte die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für einen der ganz entscheidenden Punkte.

(Beifall)

Ich glaube, Herr Professor Biedenkopf, wir haben in den neuen Ländern eine gemeinsame Erfahrung gemacht: Am Anfang waren die Entscheidungen für Investitionen von Bürgermeistern, Landräten usw. ganz schnell zu bekommen. Wurden sie aber erst mit der Komplexität der Bürokratie und den Risiken vertraut gemacht, die ihnen bei der Nichteinhaltung der einen oder anderen Paragraphen entstehen konnten, kam fast keine Entscheidung mehr. Am Anfang haben sie sich für Arbeitsplätze und dafür, schnell etwas voranzubringen, entschieden. Später hat in weiten Teilen die Bürokratie gesiegt. Das ist gefährlich. Wir haben Wissen produziert. Wir blockieren es durch verlängerte, viel zu lange Genehmigungsverfahren. Die sind

außerdem außerordentlich teuer; denn je länger Genehmigungsverfahren laufen, desto höher steigen die Zwischenfinanzierungskosten und desto länger dauert es, bis die Innovation auf den Markt kommt. Das ist, wie ich meine, einer der Hauptgründe, warum wir im Wettbewerb gewisse Schwierigkeiten haben.

(Beifall)

Der letzte Punkt, meine Damen und Herren. Es ist wirklich meine feste Überzeugung: Die Soziale Marktwirtschaft darf nicht umsonst über die Planwirtschaft gesiegt haben. Wir wissen, daß diese Erde einen Lebensstandard, wie er in Westeuropa und in den USA herrscht - ich denke an den Verbrauch von Wasser und Energie pro Kopf -, für alle weder zuläßt noch erreichbar erscheinen läßt. Wir können und wollen das Aufholen der anderen Teile der Welt nicht bremsen, obwohl wir wissen, eine reine Fortschreibung unseres Wirtschaftens könnte die Erde zerstören. Das heißt, wir müssen unsere häuslichen Probleme zwar so gut und so schnell es geht lösen, aber so, daß im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung in anderen Ländern für die Menschen Chancen entstehen. Ich füge hinzu: Nur so wird eine hochentwickelte und - wie wir wissen - auch teure Volkswirtschaft eine Chance haben, überleben zu können. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank, Birgit Breuel. - Jetzt darf ich Herrn Hayek bitten, zu uns zu sprechen.

**Nicolas G. Hayek:** Meine Damen! Meine Herren! Nur wenige von Ihnen wissen vielleicht, daß ich meine professionelle Jugend praktisch beim Wiederaufbau in Deutschland in den 50er, 60er und 70er Jahren verbracht habe. Ich bin zwar Schweizer, betrachte Deutschland und seine Wirtschaft aber als Inländer.

Zu unserem heutigen Thema „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“ sprudelt mir eine mehr oder weniger chaotische Fülle von Gedanken, Begriffen, Thesen, Kurzaussagen und auch ein wenig Nostalgie durch den Kopf.

Nostalgie, wenn ich an die alten Zeiten denke, als die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands - in die damalige Zukunft gerichtet - außer Frage stand. Diese Position ist in den letzten Jahren teilweise arg verspielt worden. Eine Analyse von „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“ ist gedanklich allerdings total anders anzupacken als eine Analyse der Konkurrenzfähigkeit Liechtensteins, Österreichs, Italiens, Nord- oder Südkoreas. Folgende Erkenntnisse oder Thesen führen mich zu dieser Aussage:

Erstens. In einer Welt auf der Suche nach Neuorientierung, neuen Zielen und neuen Systemen des Zusammenlebens ist Deutschland ganz sicher unter den Führungsnationen einzuordnen - ob wir es wollen oder nicht.

Zweitens. Es darf aber nicht nur eine einsame Führungsnation geben, wie z. B. die USA, da daraus die Gefahr einer egoistischen, einseitigen, im schlimmsten Fall diktatorischen Weiterentwicklung folgen könnte. Es muß zwei, drei oder vier Nationen geben, die fähig sind, die moralischen, unternehmerischen, künstlerischen und kulturellen Vorbilder zu verkörpern, die die Menschheit braucht.

Vorbilder setzen Ressourcen, Erfolg, Ausstrahlung, eine gehörige Portion Altruismus und Hilfsbereitschaft gegenüber allen voraus - im Gegensatz zu diesem traditionellen Egoismus,

der bis heute das Handeln der meisten Regierungen und Nationen bestimmt. Ein Leader muß nicht nur in seinem eigenen Interesse handeln, sondern im Gesamtinteresse unseres kleinen Planeten und seiner Zukunft. Übrigens: Interesse - was für ein häßliches Wort in unserer modernen Gesellschaft.

Drittens. Deutschland ist für viele im Moment ein Vorbild, aber nicht unbedingt das Vorbild, das für die Zukunft Bestand haben wird. Das Ziel der menschlichen Gesellschaft müßte sein, Glück und Entfaltung für jeden einzelnen, aber ohne Beeinträchtigung des Glücks des anderen zu erreichen. Sie sehen, meine Damen und Herren, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist nicht nur eine rein ökonomische Frage, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche, volkswirtschaftliche und kulturelle Weltfrage.

Viertens. Deutschland vereinigt über seine Führungs- oder Vorbildrolle eine erstaunliche Mischung von Minderwertigkeitskomplexen in Teilen der Öffentlichkeit, Medien, Politik und Kunst einerseits und einen Mangel an subtiler Bescheidenheit in verschiedenen anderen Teilen der Gesellschaft andererseits. Ich möchte betonen, daß weder das eine noch das andere gerechtfertigt ist.

Deutschland besitzt - wie alle modernen Industriegesellschaften - ein egoistisches, rein materialistisches, auf permanenten und maximalen Genuß ausgerichtetes System, das dem größten Teil der Bevölkerung nicht hauptsächlich Glück und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, sondern größtmöglichen Genuß und Freizeitgestaltung garantieren soll. Es ist eine Gesellschaft, in der das Bewußtsein für unsere Rechte wesentlich ausgeprägter ist als für etwaige Pflichten.

Wir sollten uns im Moment alle fragen: Ist das ein für uns alle erstrebenswerter Zustand? Sind wir eigentlich glücklich? Sind nicht gerade diese überzüchteten Genußgesellschaften in der Geschichte der Menschheit vor einer Periode der Dekadenz in Erscheinung getreten? Ich bin nicht der Meinung, daß diese Form unserer Gesellschaft uns heute direkt in die Dekadenz führen wird, sondern sie wird eine gesunde Reaktion zur Folge haben, die uns in den nächsten Jahren zu einer besseren, nuancierteren Form der Gesellschaft zwingen, die eine Mischung von Genuß, Konsum und materiellen Aspekten ermöglichen, aber auch die Dichter, Denker, Musiker, Träumer und Unternehmertypen nicht vernachlässigen wird.

Bei Unternehmern denke ich nicht nur an Wirtschaftsunternehmer, sondern auch an Persönlichkeiten in Politik und Kultur, die sich mit ihrem eigenen inneren Motor mutig und risikobereit für Verbesserungen, Innovationen, neue Ideen und kreative, positive Leistungen einsetzen, um der Gemeinschaft größtmögliche Entfaltung zu bieten.

Meine Damen und Herren, ein Land, das das Know-how, neue Produkte, neue Dienstleistungen, neue Systeme zu entwickeln und herzustellen, verliert, verliert seine finanzielle und damit seine totale Unabhängigkeit.

Wir wissen heute alle, daß Emotionalität und Motivation wertvolle Motoren sind und daß Opferbereitschaft, Toleranz sowie Hilfe und Unterstützung unserer Mitmenschen wesentlich mehr Glück, Motivation, Kraft und Dynamik um uns herum schaffen als bloß Geld und Freizeit.

Jetzt zu meiner Vision über Deutschlands zukünftige internationale Wettbewerbsfähigkeit: Wettbewerb ja, aber eher im Sinne eines Vorbilds in allen Sektoren unseres Zusammenseins. Dafür muß Deutschland - wie bereits erwähnt - erfolgreich, dynamisch und altruistisch sein

sowie über genügend Ressourcen und Innovationskraft - ich kann das nicht genug betonen - verfügen. Das heißt, das Land muß wieder ein Nährboden für Unternehmer werden, wie es das einmal gewesen ist.

Das ist ein schönes Bild. Aber es ist meiner Auffassung nach eine Verpflichtung für jeden Deutschen, speziell für jeden deutschen Politiker, diese Vorbildfunktion ohne Arroganz, mit Bescheidenheit, Sensibilität und Diskretion wahrzunehmen. Das erfordert einige radikale Änderungen, die die Flexibilität des einzelnen Handelnden, des Unternehmers im allgemeinen voll restaurieren. Das bedeutet eine komplette Revision der sturen, starren Stahl- und Zementstrukturen, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben und die sich hemmend auf rasche Verbesserungen und Entwicklungen auswirken. Wir müssen viel mehr Spielraum für kreative, charismatische Unternehmer und Macher schaffen, die die Kreativität fördern und damit rasch sichtbare Erfolge bringen.

Ich habe über die Rolle Deutschlands in der Welt gesprochen, ohne Europa auch nur einmal zu erwähnen - allerdings nicht, weil ich Schweizer bin und daher nicht wollte, daß Deutschland in Europa eine Rolle spielen soll. Im Gegenteil: Es ist selbstverständlich, daß Deutschland mit seinem wichtigen und starken Wirtschaftssystem, eingebettet in Europa, die Rolle des Vorbilds zukommt. Nur wenn Deutschland diese Rolle in humanitärer, kultureller und revolutionärer Hinsicht im Sinne eines Kampfes für Freiheit und Demokratie wahrnimmt, wird auch Europa, das die gleiche Kultur und das gleiche Wirtschaftssystem weltweit vertritt, diese Vorbildfunktion in der Welt verkörpern können.

Bevor ich diese Gedankengänge abschließe, möchte ich von den vielen Wirtschaftszweigen, die die wirtschaftliche Zukunft der Industrienation Deutschland beeinflussen, einige der wichtigsten herauspicken und mit einem generellen Überblick einen Beitrag zur heutigen Diskussion leisten. Aus Zeitmangel werde ich die wesentlichen Gedanken sehr kurz zusammenfassen und Industriezweige wie Rohstoffe, Kohle, Stahl, Chemie, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnen können. Damit verbleiben drei, im Maximum vier Hauptwirtschaftszweige, über die wir anschließend vertiefend diskutieren müßten.

Erstens. Der Tourismus ist weltweit der größte Wirtschaftszweig - vorläufig. Er hat für Deutschland als Gastland keine sehr große Bedeutung. Die jetzige Position wird gehalten, durch zusätzliche Touristen aus den sogenannten emerging markets des Pazifiks vielleicht sogar etwas verbessert werden können. Die Bilanz wird nach wie vor negativ bleiben, da sicher eine größere Zahl Deutsche ins Ausland reisen wird, als Touristenbesuche in Deutschland zu verzeichnen sein werden.

Wollen wir uns damit zufriedengeben? Sollten wir nicht mit kreativen, neuen Ideen eine viel größere Entwicklung, ein viel stärkeres Wachstum in all den schönen, gar traumhaften Gebieten dieses Landes zu erreichen versuchen? Ich meine, daß dies eine wichtige Aufgabe darstellt, da der warmherzige Empfang von Gästen aus vielen fremden Ländern die positive Botschaft der Marke „Made in Germany“ nur noch verstärken wird und außerdem zahlreiche, interessante Beschäftigungsmöglichkeiten für zur Zeit Arbeitslose schaffen kann.

Zweitens. Dienstleistungen - damit meine ich Banken, Versicherungen, Beratungen, Ingenieurleistungen usw. Dieser Zweig, der z. B. in der Schweiz, aber auch in den USA ein riesiges Gewicht hat, könnte der Marke „Made in Germany“ in Deutschland durch Rationalisierungen, qualitative Verbesserungen, bessere Anpassung an Kundenwünsche zu mehr Glanz verhelfen. Trotzdem wird dieser Sektor wahrscheinlich nie eine wichtige, tragfähige Säule der ge-

samten deutschen Wirtschaft werden, falls hier nicht eine gehörige Portion an revolutionärem neuem Denken und Handeln stattfindet. Dabei ist viel Arbeit erforderlich.

Nun verbleiben eigentlich nur noch zwei wichtige Wirtschaftszweige, die sich im internationalen Wettbewerb mit den zur Zeit Besten messen lassen können: Investitionsgüterindustrie und Konsumgüterindustrie.

Drittens. Bei der Investitionsgüterindustrie müssen die deutschen Firmen massive Rationalisierungsmaßnahmen ergreifen und so viele innovative und neue Produkte lancieren wie möglich, um nicht den ersten Rang der 70er und 80er Jahre auf diesem Sektor definitiv einzubüßen. Es sind mehr Flexibilität und die Bereitschaft angebracht, neben der Herstellung neuer Produkte Kostensenkungen auf allen Ebenen consequent durchzuführen. Die Konkurrenz aus Japan, Taiwan, Korea und bald China und die traditionelle Konkurrenz aus Europa und den USA, gekoppelt mit kürzerer Arbeitszeit - nach meiner Erfahrung und Überzeugung übrigens ein krasser Widerspruch zur urdeutschen Mentalität und Geisteshaltung und damit zum Volkswillen -

(Beifall)

längeren Ferien und erhöhten Sozialleistungen in Deutschland, sind zusätzliche Hindernisse, denen eine hohe Gewichtung bei Produkten zukommt, die einen Lohnkostenanteil von 30 bis 40 % der Gesamtkosten erreichen. Dieser Industriezweig hat in Deutschland eine große Tradition und hat als Ausrüster der Weltindustrie stets eine wichtige Rolle gespielt. Erst in den 80er Jahren hat Deutschland Kraft und Vitalität eingebüßt: einerseits durch negative Kosten und negative wirtschaftliche Entwicklungen und andererseits durch neue Konkurrenten aus neuen Märkten.

Viertens. Last, but not least komme ich zur Konsumgüterindustrie, der Massenproduktion von Gütern, und zwar speziell für den Export. Dabei handelt es sich um Autos, Uhren, Produkte der Elektronikindustrie, der Telekommunikation, Computerhardware und Computersoftware, Information-Superhighway, um ein urdeutsches Wort zu benutzen. Auf diesem Gebiet ist in Deutschland, aber auch überall sonst in Europa, eine riesige Arbeit zu leisten. Deutschland scheint die Fähigkeit verloren zu haben, qualitativ hochstehende Produkte zu Tiefpreisen zu entwickeln, zu gestalten, zu produzieren und zu verkaufen.

(Beifall)

Ich vertrete seit über 40 Jahren die These, daß ein Land oder eine Industrie, die das untere Marktsegment der Massenkongumgüter nicht beherrscht, nie in der Lage sein wird, das mittlere und speziell das obere Marktsegment unter Kontrolle zu halten.

(Beifall)

Die Japaner haben in den letzten 20 Jahren nur durch das Eindringen in das untere Marktsegment mit Produkten wie Kameras, Videos, Fernsehern, Autos, Uhren und Motorrädern die Wirtschaft weltweit erobert und vor allem in den Märkten der USA, aber auch Asiens, Südamerikas und des größten Teils von Europa Fuß gefaßt. In diesem Zusammenhang müssen wir viel Aufklärungsarbeit leisten. Billig bedeutet auf deutsch leider nicht: qualitativ hochstehend und gleichzeitig preiswert. Aber genau das wollen wir machen! Bei Autos z. B. mit Mercedes Benz. Wir können in Deutschland ohne weiteres „German-made-Qualität zu Tiefpreisen“ verwirklichen: durch Phantasia, Innovation, Investitionen, Automation, Kommunikation, Marketing und Distribution.

Ich erkläre Ihnen ganz kurz, warum wir das untere Marktsegment brauchen. Um das mittlere und obere Marktsegment zu halten, ist es wichtig, zu erkennen, daß z. B. eine Uhr oder ein Auto, die bzw. das jeden Tag benutzt wird, im Jahr durchschnittlich von 4000 bis 5000 Leuten gesehen wird. Bei anderen Menschen, beispielsweise bei Professor Biedenkopf, werden die Produkte vielleicht sogar von 2 Millionen Menschen wahrgenommen, weil sie durch das Fernsehen von so vielen zu sehen sind. Mindestens ein Promille dieser Menschen sagt: „Toll, das ist eine schöne Uhr bzw. ein schönes Auto; die bzw. das will ich kaufen.“ Die Masse bringt neue Kunden, wenn man positive, schöne, gute Produkte in guter Preislage anbietet.

Wir reden immer von der Jugend, von der Zukunft. Wenn die Eltern nicht gerade Milliardäre sind, kauft der junge Mensch immer das billigste Produkt, das qualitativ brauchbar ist. In Amerika wurde festgestellt, daß die jungen Amerikaner eher einen japanischen Wagen denn einen Porsche kaufen und auch später bei dieser Marke bleiben. Die beiden Marken sind für sie gleichwertig.

Um die Qualität und die Kosten ihrer Komponenten unter Kontrolle zu halten und ihre Forschung und Entwicklung in Ordnung zu bringen, müssen die Produzenten Masse haben, müssen sie die Möglichkeit haben, nicht nur 100 000 Stück, sondern Millionen Stück zu produzieren.

Last, but not least: Wenn man das untere Marktsegment besetzt, sperrt man dem Produzenten nicht den Weg in das mittlere und obere Marktsegment.

Wieso - das frage ich mich - ist „Windows 95“ eigentlich in Amerika und nicht in Deutschland oder in Europa entstanden? Das technische Know-how und die Leute dafür hätten wir, aber die Geisteshaltung nicht mehr. Wenn wir diese Herausforderung des internationalen Wettbewerbs wahrnehmen, verstehen und aufnehmen, dann ist die Zukunft Deutschlands im internationalen Wettbewerb - wie ich es mir am Anfang dieses Referats gewünscht habe - gesichert! Es bedarf aber staatsmännischer und unternehmerischer Fähigkeiten und Mut, um gehaltene Positionen und Besitzstände täglich flexibel in Frage zu stellen und damit positive Lösungen zu finden.

Die Urtugenden des deutschen Volkes darf man eigentlich ohne seinen ausdrücklichen Willen nicht lahmlegen. Dazu zum Schluß ein Beispiel unter vielen anderen: Schon allein die Geisteshaltung „Bezahlte Arbeit ist lästig - wir sollten davon so wenig wie möglich machen“ ist ein falsches Signal. Erstens ist Arbeit ein Grundrecht und sollte zweitens eine Freude sein. Ich bin sicher, daß die meisten in diesem Saal Freude an ihrer Arbeit empfinden. Es ist wirklich eine Freude zu arbeiten, zu gestalten, zu spielen! Ich wage es, das Wort „spielen“ zu sagen. Es ist falsch, zu glauben, daß Arbeitslosigkeit abgeschafft werden kann, indem man einen wunderbaren Kuchen ständig versalzt, verunstaltet, verkleinert und ihn lustlos an immer mehr Leute verteilt!

(Beifall)

Nur mutige, neue Unternehmer mit neuen Produkten, neuen Dienstleistungen und neuen Märkten schaffen dauerhaft echte, neue Arbeitsplätze! Das können wir Ihnen jederzeit beweisen.

(Beifall)

Ich möchte noch einen Witz erzählen, obwohl meine Frau mir das verboten hat, weil er in keinem Zusammenhang mit diesem Thema steht. Ich möchte ihn trotzdem erzählen. Für die

meisten Deutschen ist die Diskussion über immer kürzere Arbeitszeiten ungewöhnlich. Stellen Sie sich nur einmal vor, es gäbe einen Verein junger Ehemänner, die verlangen, eine neue Regelung für den Beischlaf zu erlassen: nur noch einmal pro Monat eine verkürzte Stunde, damit sie diese lästige, aber leider notwendige Aufgabe erfüllen können... - Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Ihre Toleranz.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Herzlichen Dank, Herr Hayek. Wir werden Ihnen selbstverständlich allen Schutz gewähren, wenn Sie nach Hause kommen.

(Heiterkeit)

Es war gut, daß Sie uns zum Schluß ein schönes Beispiel aus Ihrer Sicht gegeben haben.

(Heiterkeit)

Das bedeutet nicht, daß ich Herrn Schulte jetzt bitten möchte, darüber zu reflektieren, ob diese Metapher gut gewählt war.

Die Fragen, die Herr Hayek im Zusammenhang mit mutigen Unternehmern, Organisation der Arbeit, Veränderung der Arbeitsstrukturen, Überwindung der Besitzstände aufgeworfen hat, zeigen in der Tat eine ganze Reihe von Problemen, die durch solche Veränderungen aufgelöst werden.

Daher bin ich sehr dankbar, daß wir jetzt Herrn Schulte bitten dürfen, den Faden aufzunehmen, eigene Fäden hinzuzufügen und auf diese Weise das Bild zu erweitern.

**Dietrich Schulte:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft erfordern von der Politik stets aufs Neue eine Überprüfung sowohl ihrer Leitbilder und Ziele als auch ihres Handlungs- und Gestaltungsbedarfs. Wir wissen, daß dies keine leichte Aufgabe ist, denn von der Zukunft läßt sich nichts Wahres wissen. So jedenfalls hat es Friedrich Schiller einmal, wie ich finde, sehr treffend formuliert.

Die Schlußfolgerung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert lautet natürlich nicht - darin sollte, wie ich finde, Übereinstimmung bestehen - Handlungs- und Gestaltungsverzicht. Das drängt sich zwar an der einen oder anderen Stelle auf, jedoch gilt: Wer die Zukunft gewinnen will, der muß in der Gegenwart die Weichen stellen! Ich glaube, niemand weiß das besser als der DGB und damit seine Mitgliedsgewerkschaften.

Aus, wie ich finde, sehr guten Gründen gilt das Interesse der Gewerkschaften der Bewältigung aktueller und damit auch zukunftsorientierter Herausforderungen. Wie lassen sich in einer veränderten Welt Beschäftigungsstabilität und soziale Sicherheit, menschen- und umweltgerechte Produktions- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze mit qualifizierten und damit auch motivierenden Aufgaben, Leistungsbereitschaft, Mitbestimmung, Innovationsfähigkeit und Produktivität sichern? Die Arbeitgeber und auch die Verbände behaupten, daß die Produktionskosten am Standort Deutschland zu hoch seien und dieser seine Attraktivität für die Industrie deshalb weitgehend verloren habe.

Mein Kommentar dazu lautet: Nichts ist trügerischer als eine offensichtliche Tatsache. Diese leidvolle Erkenntnis des englischen Meisterdetektivs Sherlock Holmes gilt auch für die Argumente, mit denen Arbeitgeber und die Verbände die Standortdebatte nicht nur führen, son-

dern, wie ich vermute, auch fortsetzen werden. Dazu will ich kurz folgende Sachverhalte in Erinnerung rufen.

Erstens. Die Entwicklung der Lohnstückkosten zeigt, daß die Tarifpolitik keineswegs blind und gleichgültig gegenüber den Erfordernissen des globalen Wettbewerbs war. In Deutschland stiegen die Lohnstückkosten von 1970 bis 1994 um 94 %; in den wichtigsten Konkurrenzländern erhöhten sie sich im Vergleichszeitraum um 270 %.

Zweitens. Direktinvestitionen im Ausland sind nach meiner Einschätzung ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke und damit auch hoher Produktivität. Sie haben weder die inländische Investitionsquote beeinträchtigt noch die Leistungsbilanz erheblich bestimmt. Der Nettosaldo der Direktinvestitionen ist in Japan um ein Vielfaches höher. Gleichwohl spricht, wie Sie wissen, niemand von einer japanischen Standortchwäche oder einer wirtschaftlich erfolglosen japanischen Volkswirtschaft. Zumindest die Japaner reden nicht darüber.

Drittens. Arbeitszeiten und auch Betriebszeiten sind bereits entkoppelt; die Flexibilisierung ist - das ist im Vorfeld bereits genannt worden - trotz unausgeschöpfter Potentiale wesentlich weiter fortgeschritten, als das in der allgemeinen Diskussion eingestanden wird. So arbeiteten im Jahre 1993 gerade noch 23 % der Beschäftigten unter den Bedingungen der Normalarbeitszeit. Normalarbeitszeit heißt Vollzeitbeschäftigung zwischen 35 und 40 Stunden, verteilt auf fünf Wochentage. Mehr als drei Viertel waren zu diesem Zeitpunkt bereits in irgendeiner Form im Rahmen flexibler Arbeitszeiten tätig. Dazu gehören neben Teilzeit und Gleitzeit auch Schichtarbeit, Überstunden und regelmäßige Samstags- und zum Teil regelmäßige Sonntagsarbeit.

Ich glaube, wir sollten Standortschwächen zwar erörtern, unseren Standort aber nicht leichtfertig zerreden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Gewerkschaften übersehen keineswegs, daß insbesondere exportorientierte Unternehmen trotz günstiger Voraussetzungen Verluste von Marktanteilen hinnehmen müssen und daß Produktionen verlagert werden. International vergleichende Analysen der Strategien von Technologieunternehmen haben jedoch herausgearbeitet, daß es keineswegs überwiegend Standortnachteile sind, die deutschen Firmen das Leben erschweren. Die Ursachen dafür, daß deutsche Hersteller international immer weiter zurückfallen, liegen vor allem in organisatorischen Mängeln, in umständlichen Abläufen, in Fehlern in der Personalwirtschaft sowie in einer mangelnden Kundenorientierung.

Gerade Betriebsräte und Belegschaften mußten leider nur allzuoft die Erfahrung machen, daß dort, wo es den Unternehmensleitungen in der Vergangenheit an Kreativität und auch an eigenen strategischen Vorstellungen gemangelt hat, personalpolitische Härte angesagt war. Drastische Schrupfkuren beim Personal, aber auch tiefe Kapazitätseinschnitte stehen auf der Tagesordnung. Doch mußten wir gemeinsam feststellen: Die erhofften Wirkungen werden auf diese Weise nicht oder zumindest nicht annähernd erreicht.

Ich glaube, man muß sich darüber im klaren sein: Wer mit dem eisernen Besen fegt, vermag zwar kurzfristig die Quartalsbilanzen zu verschönern und an der einen oder anderen Stelle die Börse zu erfreuen, aber radikale Personaleinschnitte und drastische Kostenkuren verbürgen keine Garantie für wirtschaftlichen Erfolg. Gerade aktuelle Erfahrungen bei sehr vielen Unternehmen zeigen, daß innovatorische Phantasie und Strategien statt Kahlschläge nach wie vor Priorität haben müssen.



Chancen und Perspektiven für eine wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch erfolgreiche, ökologisch nachhaltige und auch sozial stabile Sicherung der Zukunft erwachsen jenen Volkswirtschaften und Unternehmen, denen es nach meiner Überzeugung gelingt, eine bereits vorhandene Basis an Wissen und Qualifikationen zu erweitern und zu stärken. Voraussetzung dafür ist allerdings ein funktionsfähiges und effizientes Innovationssystem.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Überlegungen und konkrete Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Sicherung des Innovations- und damit auch des Arbeitsstandorts zur Diskussion stellen.

Erstens. Staatliche Technologie- und Innovationspolitik muß Fragestellungen zur Bearbeitung wie zur Problemlösung durch Forschung und Wissenschaft vorgeben. Notwendig ist eine problemorientierte Forschungs- und Technologiepolitik, die Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung und Anwendung von Zukunftstechnologien mit Maßnahmen in anderen Politikfeldern, darunter z. B. die Umwelt-, die Energie-, die Verkehrs- und die Kommunikationspolitik, verzahnt.

Zweitens. Wir brauchen neue Leitbilder für eine sinnvolle Innovations- und Technologiepolitik. Dazu bedarf es u. a. der Stärkung jener Programme und jener Fördermaßnahmen, die eine sparsame Verwendung von Energie und Stoffen anstreben und zugleich die Entwicklung des produktionsintegrierten Umweltschutzes unterstützen.

Unerlässlich dazu ist eine Umschichtung der Mittel zugunsten von Maßnahmen, die vorausschauend auch auf soziale und ökologische Gestaltung von Technik für diese Gesellschaft zielen und die den Einsatz moderner und damit leistungsfähiger Technik in Fabriken und Büros von morgen mit der Neugestaltung von Organisationsstrukturen verbinden.

Drittens. Die japanischen Erfahrungen zeigen, daß staatliche Technologiepolitik Innovationspotentiale zu bündeln vermag und den Prozeß des Strukturwandels beschleunigen und damit auch gestalten kann. Eine aktive und zukunftsfähige Technologiepolitik bedeutet dabei keineswegs, daß Innovationsaufwendungen nur aus staatlichen Budgets bestritten werden und Innovationen ausschließlich im Rahmen staatlicher Organisation und damit staatlicher Verantwortung erfolgen müssen.

Die Forderungen des DGB und seiner Gewerkschaften zugunsten einer zukunftsorientierten Technologiepolitik gehen nicht davon aus, daß die Entwicklung von Technik, Wirtschaft und Gesellschaft zentral gesteuert werden kann. In einem Innovationsnetzwerk von Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen fällt staatlicher Politik die Aufgabe zu, die Ermittlung des gesellschaftlichen Handlungs- und Gestaltungsbedarfes, die Formulierung von Handlungszielen und möglichen Lösungswegen in einem Dialog zu moderieren und die Verwirklichung von Lösungen zu unterstützen. Ich glaube, der vom Bundeskanzler einberufene Technologierat bietet zumindest dazu eine gute Gelegenheit. Ein solcher Dialog muß Betroffene und ihre Interessen berücksichtigen.

Gerade die Gewerkschaften wissen, daß ein Verzicht auf die Innovationen über einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und einen Rückgang des Wachstums zu Arbeitsplatzverlusten führt. Beschäftigungswirkungen der Entwicklung und Anwendung moderner Technologien entfalten sich in der Regel nur dadurch, daß diese ihrerseits vielfach als Vorprodukte in anderen Wirtschaftszweigen Anwendung finden und damit letztendlich zur Modernisierung beitragen.

Der Einsatz der Mikroelektronik im Maschinenbau oder in der Automobilindustrie zeigt dies. Er zeigt aber auch, daß zur Bewältigung der Beschäftigungswirkungen des technischen Wandels eine Innovations- und Technologiepolitik erforderlich ist, die in eine umfassende Strategie zur Sicherung und damit zur Förderung der Beschäftigung eingebunden ist.

Einen Rahmen für eine integrierte Beschäftigungs- und Modernisierungspolitik skizziert die „Fünf-Wege-Strategie“, die der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits im Sommer 1994 vorgestellt hat. Sie zielt auf eine Halbierung der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 durch die Schaffung von mindestens drei Millionen Arbeitsplätzen bei leistungsgerechtem Arbeitseinkommen und menschengerechten Arbeitsbedingungen. Ich weiß, dies ist mit Sicherheit ein ehrgeiziges Ziel.

Unsere Vorschläge dazu umfassen: erstens eine Förderung insbesondere beschäftigungswirksamer Investitionen; zweitens eine Innovationsoffensive zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes; drittens eine Bildungs- und eine Qualifikationsoffensive; viertens den Ausbau der Zeitsouveränität der Beschäftigten sowie weitere Arbeitszeitverkürzungen und schließlich die Stabilisierung und, wenn es möglich ist, auch die Erweiterung vorhandener Arbeitsplatzbrücken.

Auf der Grundlage dieser Vorschläge beteiligen wir uns an den Gesprächen über die Zukunftsfragen des Standortes Deutschland, zu denen, wie Sie wissen, der Herr Bundeskanzler die Gewerkschaften und die Arbeitgeber eingeladen hat. Wir loten bei diesen Gesprächen aus, was die Sozialpartner und die Politik gemeinsam unternehmen können, um Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und die Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf Dauer zu sichern. Denn nur wenn dies gelingt, hat unsere Arbeit in diesem Lande eine Zukunft, sonst nicht. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Schulte, für Ihren Überblick über die Probleme und die Strategien der Gewerkschaften. Wir hatten uns überlegt, daß wir jetzt den Referenten hier oben Gelegenheit geben, untereinander Fragen zu stellen. Anschließend kommen wir zu den Wortmeldungen, von denen ich schon eine ganze Reihe vorliegen habe. Frau Breuel, Herr Hayek, Herr Schulte, wollen Sie die Statements kommentieren? - Bitte, Frau Breuel.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Wenn ich die bisherigen Ausführungen richtig verstanden habe, sind sich hier alle einig, daß wir im Weltwettbewerb an Boden verloren haben. Das ist der kritische Punkt. Er hat übrigens nichts mit der Einheit, sondern damit zu tun, daß wir im Westen in vielen Dingen etwas träge geworden sind. Das Besitzstandsdenken ist bereits angesprochen worden.

Es sind eine Anzahl von Punkten genannt worden, die aufzeigen sollten, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Herr Schulte, ich glaube, man kann nicht sagen - dies haben Sie auch nicht getan -, daß der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in organisatorischen Mängeln der Firmen liegt. Aber das gibt es natürlich auch; da sind Fehler gemacht worden.

Ein Punkt ist von allen angesprochen worden, die Innovationsbeschleunigung. Es wäre schon interessant, Herr Professor Biedenkopf, wenn wir hier nachfassen könnten, um für die zukünftige Diskussion Gemeinsamkeit zu schaffen. Denn als Hochkostenland - wohlgemerkt machen die Löhne wirklich nur einen Teil aus - haben wir überhaupt nur eine Überlebens-

chance, wenn wir den Innovationswettbewerb anders, neu gestalten. Ob das nun mit überwiegend staatlichen Programmen geschehen soll, inwieweit die private Wirtschaft ihre Verantwortung wahrnehmen muß und inwieweit der einzelne seine eigene Bildung einbringen muß, finde ich interessante Fragen, die zu vertiefen sich lohnen. Herr Hayek hat vier Branchen genannt, denen er in Deutschland eine Zukunft gibt. Ich gebe zu, daß ich es erschreckend finde, daß das die vier Branchen sein sollen, von denen wir in Zukunft leben sollen. Dienstleistungen wird es nur in ausreichendem Maße geben können, wenn es ein angemessenes industrielles „basic investment“ gibt.

(Beifall)

Wir müssen die Branchen immer parallel betrachten. Wir dürfen nicht versuchen, auf die Dienstleistungen auszuweichen, wenn diese keine Wettbewerbschancen haben.

Das Thema Tourismus ist sicherlich interessant. Aber auch in diesem Bereich gibt es massive Begrenzungen: in der Belastbarkeit von Mensch und Natur. Dies darf man dabei nicht vergessen.

(Beifall)

In den folgenden Jahrzehnten wird die Begrenzung des Wohlstandes weniger in Geld als in Naturressourcen liegen. Insofern ist auch dies als kritischer Gesichtspunkt zu nennen.

Meine Bitte, Herr Professor Biedenkopf, wäre, die Fragen der Innovation zu vertiefen und zu prüfen, in welche Bereiche sie hineinwirken kann. Man muß sowohl in die Köpfe als auch in die Hardware investieren. Das könnte für uns ein Stück Zukunft sein, das für uns von hoher Bedeutung wäre.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Herr Hayek hat sich zum Thema Investition gemeldet. - Ich bitte aber zunächst Herrn Schulte, auf Frau Breuel zu antworten. Bitte schön.

**Dieter Schulte:** Nachdem Frau Breuel auf das Thema Nummer eins der zukünftigen Beschäftigungsfelder, den Tourismus, schon eingegangen ist - eine Frage, die sich auch bei mir aufgedrängt hatte -, brauche ich dazu nichts mehr zu sagen.

Auf den zweiten Bereich, den der Dienstleistungen, möchte ich doch einmal ein bißchen intensiver eingehen. Zur Zeit sehen wir uns in der Bundesrepublik Verlusten im industriellen Bereich gegenüber, die auch quantifiziert werden können. Weil unterschiedliche Zahlen existieren, will ich darauf nicht im einzelnen eingehen. Es wird der Eindruck suggeriert, daß die Zuwächse der Zahl der Arbeitsplätze aus dem Dienstleistungsbereich kommen. Richtig ist, daß die Unternehmenspolitik der letzten Jahre dazu geführt hat, daß ein großer Bereich der Tätigkeiten, die die Unternehmen in eigener Regie vorgenommen hatten, zwischenzeitlich verselbständigt wurde und man sich diese Dienstleistungen nur noch einkauft. Es hat also kein großer Veränderungsprozeß stattgefunden; er war, wenn es ihn überhaupt gibt, in diesem Bereich nur marginal.

Wir sollten die Hoffnung haben - ich behandle diesen Aspekt immer als Valium, also als Beruhigungspille -, daß die Zukunftsperspektiven der Bundesrepublik in erster Linie im Bereich der Dienstleistungen liegen. Ich unterstütze ausdrücklich das, was Frau Breuel bereits gesagt hat: Deutschland muß die industrielle Fertigung halten, muß Industriestandort bleiben. In deren Sogwirkung werden sich eine Vielzahl von Dienstleistungen gründen, die dann mittel- und langfristige Perspektiven haben.

(Beifall)

Aber nur darauf zu hoffen, kurz- und mittelfristig in anderen Bereichen Dienstleistungen zu erschließen, wäre trügerisch.

Herr Hayek, Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich eine Einschätzung überhaupt nicht teile: Sie haben sinngemäß gesagt, daß die deutsche Mentalität widersprüchlich zur Verkürzung der Arbeitszeiten ist. Wenn ich einer solchen Überlegung überhaupt nähertreten würde, dann würde ich ausdrücklich betonen, daß der deutschen Mentalität die Höhe der Arbeitslosigkeit in diesem Lande noch stärker widerspricht. Darüber, ob die Erwartungen, die man an die Arbeitszeitverkürzung gestellt hatte, in vollem Umfang eingetreten sind, kann man trefflich diskutieren. Aber derjenige, der heute noch behauptet, die Schritte zur Arbeitszeitverkürzung wären ein Holzweg, der befindet sich auf eben diesem.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Herr Hayek, bitte.

**Nicolas G. Hayek:** Darf ich die Zeit nehmen, alle Fragen zu beantworten, Herr Professor? - Ich fange vielleicht mit der letzten Frage, die unwahrscheinlich wichtig ist, an. Herr Schulte, ich wiederhole: Der normale Deutsche hat auf alle Fälle Fleiß und Liebe für Qualität. Da werden Sie mir, so hoffe ich, nicht widersprechen.

In der deutschen Schweiz, deren Einwohner sehr viel Ähnlichkeit mit unseren Nachbarn in Baden-Württemberg und woanders haben - für die Schweiz insgesamt trifft dies zu, für die deutsche Schweiz aber in besonderem Maße -, wurde einmal von den Gewerkschaften der Wunsch geäußert, die 42-Arbeitsstunden-Woche abzuschaffen. Dazu wurde in der Schweiz eine Volksbefragung gemacht. Die überwiegende Majorität dieses Volkes war der Meinung: Nein, wir wollen 42 Stunden pro Woche arbeiten. Dafür haben wir andere Möglichkeiten, haben wir mehr Geld, um die Freizeit zu gestalten. Herr Schulte, glauben Sie mir aus Erfahrung: Weniger Arbeit schafft Ihre Arbeitslosigkeit nicht ab. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall)

Das einzige, das die Arbeitslosigkeit abschafft, ist, wenn man den Aufsichtsräten dieses Landes erlauben würde, sich über sechs Jahre nicht so wahnsinnig ernst zu nehmen und ihre Phantasie zu erhalten. Dann würden sie sich ihre Innovationskraft erhalten, würden kleine Autos, kleine Uhren und anderes neu produzieren. Das bringt Arbeit, nicht die Superseriösität, mit der wir alle diese Probleme wissenschaftlich angehen, ohne dem normalen Menschenverstand zu folgen.

(Beifall)

Wenn Sie heute in Deutschland eine Volksbefragung machen würden darüber, ob der normale Mensch in Deutschland die 34- oder 35- oder 36-Arbeitsstunden-Woche haben will, würden Sie von der Reaktion der Menschen - auch der an der Ruhr, wo ich lange Zeit gearbeitet habe - selber erstaunt sein.

Zu der Reaktion von Herrn Schulte und Frau Breuel: Ich habe ganz deutlich gesagt, daß zwei Industriezweige, also Industriegruppen, für den Export von Deutschland wichtig sind: die Investitionsgüterindustrie - der Maschinenbau war traditionell, seit 50 Jahren, weltweit immer die Nummer eins im Export - und die Konsumgüterindustrie.

Ich habe nicht gesagt, daß man vom Tourismus, vom Dienstleistungsbereich leben muß. Aber vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren: Sie reden den ganzen Tag von Arbeits-

losigkeit. Ich höre gar nichts anderes im Fernsehen und auf Tagungen wie dieser. Darüber vernachlässigen Sie die zwei oder drei Bereiche, die wichtig sind.

(Beifall)

Wollen Sie mir sagen, daß Deutschland nicht in der Lage ist, einigermaßen vernünftig ein paar Touristen mehr in dieses Land zu bringen? Glauben Sie mir, es gibt einen Haufen Japaner, Südkoreaner, Chinesen, Taiwanesen, die liebend gerne nach Deutschland kämen und einmal eine Oper hören oder in die Berge wandern würden. Das dürfen wir nicht mit einer Handbewegung abtun, wenn wir dadurch 300 000 oder 400 000 Menschen mehr beschäftigen könnten.

(Beifall)

Das ist der Mangel an Innovation und Kreativität. Sie sollen, wenn Sie „Tourismus“ hören, nicht an Mallorca, an Griechenland oder Italien und die Hitze dort unten denken. Machen Sie richtig deutschen Tourismus! Der ist für uns alle interessant.

Man sagt, im Dienstleistungsbereich seien sehr wenige tätig. Aber beschäftigen die Banken in London, in der Schweiz und in Amerika nicht eine ganze Menge Leute? Hier müssen wir ganz anders denken. In keinem Teil meines Referates - es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich das schriftlich ausgearbeitet habe; Sie könnten das also nachlesen - habe ich gesagt, daß sich der größte Teil, der zum Überleben in Deutschland beiträgt, auf diesen Bereich gründen muß. Nur, wenn es 3 Millionen oder 2,8 Millionen oder 2,5 Millionen Arbeitslose gibt, helfen uns 300 000 Arbeitsplätze hier und 100 000 Arbeitsplätze dort, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen.

Jetzt zu meiner Aussage über Investition und Phantasie: Wir brauchen in Deutschland - ich habe es vorhin gesagt - in den obersten Etagen der Groß- und Mittelindustrie ein wenig mehr frische Luft.

(Beifall)

Dort sind über die Mitbestimmung nicht nur die Gewerkschaften beteiligt, dort sitzen auch wir Unternehmer. Auch ich und die meisten meiner Freunde haben diese Entwicklung mitgemacht: Wir haben durch den Reichtum unserer Betriebe die Fähigkeit, kalkuliertes Risiko zu übernehmen, verloren.

Da hilft auch die Presse nicht. Denn genausowenig wie in der Schweiz oder in Amerika haben wir in Deutschland heute nicht mehr das Recht auf Mißerfolg. Wenn man nach Jahren des Erfolgs etwas Neues versucht, ein neues Produkt lancieren will und dies schieft, ist die Schadenfreude wesentlich größer als das Mitleid, daß man etwas für Deutschland verloren hat.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, haben wir alle zu verantworten. Wir haben diese Gesellschaft so weit gebracht, daß sie nur den Sieger, nur die Nummer eins akzeptiert. Wenn ein Unternehmer Mißerfolg hat, dann ist er verdammt.

Hinzu kommt, daß wir dadurch keine Unternehmer züchten, die Mut haben, zu sagen: Mir ist egal, was die Gesellschaft sagt. Ich mache, was ich für richtig halte. - Diese Unternehmer müßten wir wieder haben.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Bevor ich den ersten Fragesteller aus dem Publikum aufrufe, noch einmal Herr Schulte. - Bitte schön.

**Dieter Schulte:** Herr Hayek, ich meine, es macht schon einen Unterschied, ob in einem vollbeschäftigten Land, in dem die Möglichkeit der Steuerung durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer besteht, eine Befragung wie die in der Schweiz durchgeführt wird oder ob wir eine Befragung in einem Land durchführen, das eine wahnsinnig hohe Arbeitslosigkeit hat. Ich würde dies nicht miteinander vergleichen wollen.

Der zweite Hinweis, der mich ein Stück weit provoziert hat, war der auf die Anzahl der Beschäftigten bei den Banken in der Bundesrepublik oder weltweit. Ich gebe Ihnen absolut recht, daß es auch in diesem Bereich eine große Anzahl von Beschäftigten gibt. Nur, angesichts des Prozesses, der auf die Banken zukommt - sowohl national als auch international -, werden wir uns wieder anderen Zahlen gegenübersehen, wenn wir uns darüber in zwei oder drei Jahren unterhalten. Ihr Argument greift absolut zu kurz. Ich behaupte: Banken haben mehr Arbeitsplätze vernichtet, als sie selber Arbeitskräfte in ihrem Bereich beschäftigen.

Man müßte sich einmal überlegen - nicht nur national, sondern international -, ob man etwas stärkeren Einfluß auf die Währungsspekulationen zu nehmen versucht. Auch dies bedeutete Arbeitsplätze, nicht unbedingt in Deutschland, aber im europäischen Raum bzw. in dem Raum, zu dessen Lasten wir in der Vergangenheit unseren Wohlstand aufgebaut haben. Ich sage dies insbesondere mit Blick auf die letzte Entwicklung, die sich in Mexiko zu Beginn des Jahres ergeben hat. Ich glaube, auch darüber muß man im Zusammenhang mit den Banken reden, bevor man so tut, als sei dort ein riesengroßes Potential. Ich befürchte im Gegenteil, auch sie stehen vor der Herausforderung von Anpassungen. Ich glaube, es ist gut, wenn man diese Dimension heute noch nicht erkennt.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Schulte. - Ich glaube, wir werden noch Gelegenheit haben, auch jetzt im Dialog mit unseren Zuhörerinnen und Zuhörern, die eine oder andere Frage, die jetzt schon angesprochen worden ist, zu vertiefen.

Ich möchte bitten, keine sehr langen Ausführungen zu machen, sondern sich im Rahmen einer Redezeit von fünf Minuten zu bewegen. Wenn das zu sehr ausufert, müßte ich die Zeit noch verringern. Wir wollen möglichst viele zu Wort kommen lassen. - Herr Escher, bitte.

**Klaus Escher:** Herr Hayek, ich habe darüber nachgedacht, warum Bill Gates vor 15 Jahren nicht in Deutschland hätte anfangen können. Erstens hätte er in dem Alter, in dem er angefangen hat, noch in einer Universitätsbibliothek gesessen und sich auf ein Examen vorbereitet.

(Beifall)

Zweitens hätte es keine Bank gegeben, die ihm ein Existenzgründungsdarlehen gewährt hätte.

(Beifall)

Der entscheidende Grund ist - drittens -, daß das Gewerbeaufsichtsamt die Garage, in der er gearbeitet hat, geschlossen hätte, weil kein Notausgang vorhanden ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe zu drei Punkten Bemerkungen, die jeweils mit einer Frage verbunden sind. Erstens. Herr Schulte, uns Parteitag delegierten ist heute morgen aufgefallen, daß die Gewerkschaft HBV ihre entschiedene Position zum Ladenschluß mitgeteilt hat, in Buchdruckerkunst, die

jetzt 500 Jahre alt ist. Das Ladenschlußgesetz ist noch nicht ganz so alt. Es ist wichtig, daß wir auf diesem Parteitag, wo wir über Zukunft reden, auch daran erinnern, daß wir seit 1982 regieren. Für uns wäre es ein wichtiger Ansatz, in diesem Bereich ein klares Signal zu setzen. Wir können nicht nur die großen Fragen diskutieren und ventilieren, sondern müssen auch in der Lage sein, diesen deutschen Schwachsinn, jemandem ab 18.30 zu verbieten, etwas zu kaufen, zu beseitigen.

(Beifall)

Wir isolieren uns in einer Weise, die das Eintreten für Kreativität, Innovation und Flexibilität Lügen straft und im Grunde für große Aufgaben nicht qualifiziert. Davon nehme ich die Parteien, auch die eigene, nicht aus. Hier muß sich etwas tun. Dieses Thema eröffnet keine riesigen Arbeitsplatzpotentiale, aber hat einfach symbolische Bedeutung für die Frage: Sind wir noch in der Lage, etwas offensichtlich Absurdes abzuschaffen?

Ein zweiter Punkt. Ich glaube, die Zukunftsfähigkeit im internationalen Wettbewerb hängt auch davon ab, wie teuer Arbeit ist und wie viele der Sozialleistungen an das Beschäftigungsverhältnis anknüpfen. Deswegen stelle ich die Frage: Ist es nicht an der Zeit, beispielsweise beim Thema Rentenversicherung oder beim Thema Sozialleistungen darüber nachdenken, ob die Anknüpfung der Leistung an das Beschäftigungsverhältnis klug ist in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und in einer Zeit, in der wir keine Schlüsselindustrie sehen, in der Beschäftigung geschaffen wird. Ist es nicht notwendig, in diesem Bereich eine Systemveränderung in Kauf zu nehmen? Ist die Anknüpfung von Sozial- und Alterssicherung an die Beschäftigungsverhältnisse - etwas, was wir aus dem 19. Jahrhundert übernommen haben - noch so sinnvoll?

Drittens, zu einem Stichwort, das Frau Breuel aufgeworfen hat. Wir waren und sind erfolgreich bei der Privatisierung der Telekommunikation. Dies war aber keine Initiative der deutschen Politik, sondern die kam aus der Europäischen Kommission. Mich beunruhigt das, genauso wie die Tatsache, jetzt viel zu einseitig darauf zu setzen, daß die Telekom, der frühere öffentliche Monopolist, in privatisierter Form möglichst viele Marktanteile hält. Wir verteuern diesen wichtigen Standort, wenn wir nach folgendem Motto verfahren: Die Telekom sitzt aufgewärmt im Startblock, während die privaten Anbieter noch in der Umkleidekabine sind und erst 1998 mitgeteilt bekommen, welche Strecke sie laufen müssen. Das ist, wie ich glaube, eine halbherzige Privatisierungspolitik. Wir brauchen Vertrauen in private Anbieter, auch in so wichtigen Bereichen wie der Telekom.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank. - Ich möchte so verfahren, daß ich immer drei Wortmeldungen aus dem Publikum aufrufe und dann unseren Podiumsgästen Gelegenheit gebe, zu dem einen oder anderen Beitrag einen Kommentar abzugeben. Wir müssen, wenn es sich um Meinungsäußerungen handelt, nicht jeden einzelnen Beitrag kommentieren. - Herr Böhringer, bitte.

**Fritz Böhringer:** Herr Hayek hat vorhin gesagt, wir sollten mehr arbeiten. Herr Schulte hat gesagt, wir sollten die Arbeit gleichmäßiger verteilen. Wir alle wissen, daß wir mehr arbeiten könnten. Ich komme gerade aus Südostasien zurück. Dort wird oft sehr viel mehr Arbeitskraft aufgewendet. Warum bei uns nicht? Ich habe mir sehr viele Gedanken dazu gemacht und festgestellt, daß unser dynamisches Abgabensystem daran Schuld ist. 90 % unserer Steuern

verteuern die Ressource Arbeit. Das ist kein Grundgesetz der Marktwirtschaft. Die Soziallaster werden vernünftigerweise von dem Ertrag der Arbeitskraft bezahlt, aber bei uns werden diese beiden Komponenten nicht dynamisch eingesetzt.

Im Grundgesetz steht, daß wir nach der Leistungsfähigkeit besteuert werden sollen. Wenn aber jemand mehr arbeitet, dann besteuern wir ihn nicht nach seiner Leistungsfähigkeit. Vom Schweiß einer zusätzlichen Arbeitsstunde wird soviel in die Gemeinschaftskasse überführt, daß die Arbeitstauschrelation immens hoch ist. Der Normalbürger muß heute vier Stunden arbeiten, um sich eine gleichwertige Arbeitsstunde eines anderen kaufen zu können. Diese Arbeitstauschrelation steigt mit jeder zusätzlichen Stunde, die gearbeitet wird, ganz enorm an. Dies ist nach meinem Dafürhalten der Hauptgrund, warum die Arbeitslosigkeit heute grassiert. Dies ist ein sehr schwierig zu lösendes Problem, aber es läßt sich lösen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank, Herr Böhringer. - Frau Wülfing.

**Elke Wülfing:** Herr Hayek, eines von dem, was Sie vorhin gesagt haben, hat mich sehr interessiert. Sie haben ausgeführt, daß deutsche Unternehmen offensichtlich untere Marktsegmente brauchen, um mittlere und obere Segmente zu besetzen. Jetzt kann ich mir vorstellen, wie das aussehen soll: Wenn man einen hochpreisigen Auftrag bedient - sagen wir einmal: an Bloomingdale in den USA -, braucht man gleichzeitig einen Aldi-Auftrag, um die Kapazität auszulasten. Betriebswirtschaftlich habe ich das also verstanden; das volkswirtschaftlich zu verstehen, ist etwas schwieriger.

Wir sind, wie Sie ausgeführt haben, ein Hochpreisland. Insofern ist die Herstellung von Produkten für das untere Segment etwas schwierig. Außerdem sieht die Realität anders aus: Die unteren Segmente werden jetzt in Tschechien, in Polen, in Rumänien bedient. Die höherpreisigen Produkte werden möglicherweise noch hier hergestellt. Sie sagen jetzt: Ohne die unteren Segmente können die oberen nicht bestehen. Sehen Sie kommen, daß die Produktion in den oberen Segmenten jetzt auch noch ausgelagert wird? Und wie bekommen wir die Produktion in den unteren Segmenten zurück, wenn wir bei den Kosten, die wir haben, bleiben?

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank, Frau Wülfing. - Herr Hayek.

**Nicolas G. Hayek:** Danke, Frau Wülfing, daß Sie mir Gelegenheit geben, etwas mehr dazu zu sagen als lapidare Schlagwörter. Im unteren Marktsegment ist Automation, Distribution, Marketing ein Muß. Glauben Sie nicht, daß Sie an einen Händler wie Bloomingdale alle Produkte liefern können! Bloomingdale will eventuell Produkte der unteren und mittleren Marktsegmente verkaufen, während andere nur die oberen Segmente bedienen will. Der Absatz emotionaler Produkte des oberen Marktsegments bringt immer am meisten Gewinn und am wenigsten Beschäftigung. Das ist weltweit bewiesen. Wir können darüber stundenlang diskutieren; ich kann Ihnen zeigen, wie das vor sich geht. Deswegen war die Automobilindustrie in Deutschland einverstanden, mit uns ein kleineres Auto herzustellen.

In meinem Referat habe ich gesagt: Wir können mittels Innovation, Phantasie und Automation auch solche Produkte in Deutschland herstellen. In einem Hochlohnland muß nicht unbedingt alles teurer sein. Lassen Sie mich Ihnen ein paar Beispiele geben: Wenn alle Ingenieure, die an einem kleinen Auto arbeiten, den Auftrag bekommen, es solle ökologisch und mit



wesentlich weniger Teilen als herkömmlich produziert werden, dürfe nicht mehr als Sound-soviel Tausend Mark kosten und müsse qualitativ sehr gut sein, werden Sie erstaunt sein, daß durch Automation die Lohnkosten weniger als 10 % der Herstellkosten betragen. Dann ist man gegenüber der Konkurrenz leistungsfähig: Man produziert weniger Ausschuß. Die Leute sind wesentlich besser ausgebildet. Die Zinsen sind normalerweise niedriger. Hier gibt es eine bessere Infrastruktur, bessere Telefonsysteme.

Herr Schulte, wir zerreden nicht den Standort Deutschland. Wir sagen nur: Aufpassen, Standort Deutschland, du hast im Moment hohes Fieber, du mußt sofort wieder gesund werden. In Deutschland ist man auch heute in der Lage, konkurrenzfähige Produkte herzustellen. Wir in der Schweiz - wo die Löhne wesentlich höher sind als in Deutschland, obwohl wir am Ende durch längere Arbeitszeiten billiger werden - können bei uns eine Uhr wesentlich billiger produzieren als eine vergleichbare in Hongkong. Warum? - Weil statt 151 Teilen nur 50 verwendet werden, weil alles vollautomatisiert ist und man so die Montage mit einem Lohnkostenanteil von weniger als 7 % bewältigt. Natürlich kann Herr Schulte dem entgegenhalten: Das nützt mir nichts; wenn ich automatisiere, beschäftige ich keine Leute. Aber er wird froh sein, daß wir damit 36 000 Arbeitsplätze gerettet haben, die bereits verloren waren. Das heißt, auch mit Automation und Massenproduktion können Arbeitsplätze gesichert werden.

Die ganze Philosophie, das von Anfang an nicht zu versuchen, weil man meint, es gehe ohnehin nicht, ist falsch. In Tschechien, in Moskau oder sonstwo können Produkte hergestellt werden, die einen Lohnkostenanteil von 30 oder 40 % haben. Wir müssen uns anstrengen, um in Deutschland konkurrenzfähig zu bleiben, aber wir wollen solche Produkte nicht herstellen, sondern denken sofort, das seien Billigprodukte, die könne man hier nicht herstellen.

Was glauben Sie, wie lange ich gebraucht habe, um erst VW und dann Daimler-Benz zu überzeugen, daß es in ihrem Interesse liegt, ein solches Auto zu bauen? Heute sind sie davon überzeugt, daß dies im Interesse ihrer Produktpalette liegt.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Frau Breuel.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Ich möchte gerne einige Stichwörter von Herrn Escher aufnehmen und fange beim Stichwort Ladenschluß an. Ich will nicht im einzelnen die Frage vertiefen, ob eine Lockerung viele Arbeitsplätze bringt oder nicht. Aber ich stimme Ihnen zu: Das ist eines der wenigen Themen, die so diskutiert werden, daß man eine Entscheidung zugunsten der Flexibilisierung erwarten kann.

(Beifall)

Ich glaube, es kann schon erschrecken, daß mindestens zehn Jahre darüber diskutiert wurde, bevor Entscheidungen dazu getroffen werden könnten.

Eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen vermutlich viel, viel wichtiger. Aber auch das diskutieren wir seit vielen Jahren und kommen zu keiner Entscheidung. In vielen Bereichen liegen Konzepte, Punkt für Punkt, auf dem Tisch. Wir müssen nur den Mut haben, sie zur Entscheidung zu bringen.

(Beifall)

Noch ein Wort zur Telekom: Ein hoher Anteil der öffentlichen Ausgaben wird für öffentliche Dienstleistungen eingesetzt. Es gibt bisher fast keine Kriterien, um Effizienz und Qualität zu

messen. Ich würde es für außerordentlich hilfreich halten, wenn deren Entwicklung so vorangetrieben wird, daß wir öffentliche Betriebsvergleiche zwischen staatlichen und privaten Trägern anstellen können.

(Beifall)

Auch Sie wollen doch wissen, zu welchen Konditionen das Wasser entsorgt wird, ob dies bei ihnen besser und preiswerter oder schlechter und teurer geschieht. Wenn wir Kriterien für diese öffentlichen Betriebsvergleiche haben, können wir entscheiden, was im Einzelfall besser ist. Auf die Leistung kommt es an, nicht auf die Ideologie, die dahinterstehen mag.

(Beifall)

Ein Land wie Großbritannien hat mit der Privatisierung der Telekommunikation sehr intensive Erfahrungen gemacht. Die britische Telekom ist in den letzten zehn Jahren in Stufen privatisiert worden. Am Anfang hat man versucht, die britische Telekom zu schonen, mit der Konsequenz, daß sie nach zehn Jahren immer noch einen Marktanteil von weit mehr als 80 %, in manchen Bereichen sogar von 90 % hat. Jetzt schlägt ein „regulator“ mit unglaublicher Härte hinein und versucht, das ganze Bild zu drehen - will heißen: Wir sollten uns die Erfahrungen des Auslands anschauen, das in diesen Fragen teilweise viel weiter ist als wir. Sicherlich gibt es in diesen Fragen einen großen Entscheidungsbedarf. Die Privatisierung der Telekom kommt ja sehr, sehr spät, aber Gott sei Dank ist sie jetzt auf dem richtigen Wege. Wir sollten den privaten Wettbewerbern einen angemessenen Eintritt erlauben. Die Bitte an den Bund ist, dies noch liberaler zu gestalten, als das bisher beabsichtigt ist. Mit der ersten Entscheidung der EU dazu wurde sicher ein Stück Erleichterung geschaffen. Aber ich sage noch einmal: Erfahrungen liegen vor, wir müssen die Fehler nicht noch einmal machen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Herr Schulte, bitte.

**Dieter Schulte:** Ich beginne mit dem netten Thema Ladenöffnungszeiten. Erste Feststellung: Wir befinden uns zwischenzeitlich in einem Stadium der Diskussion, in dem es weniger darauf anzukommen scheint, was die Beschäftigten im Einzel- und Großhandel wünschen. Vielmehr wird die Diskussion immer mehr zu einer Auseinandersetzung um bestimmte Gutachten, in der der eine oder andere befürchtet, als Verlierer hervorzugehen.

Deshalb geht es mir in erster Linie darum, in diese Diskussion wieder Glaubwürdigkeit zu bringen. Zur Glaubwürdigkeit trägt nicht bei, sich auf ein Gutachten zu beziehen - und das auch öffentlich darzustellen -, aus dem hervorgeht, daß bei einer Veränderung der Ladenöffnungszeiten mit einer Umsatzsteigerung von 18 Milliarden DM zu rechnen ist. Meine Schlußfolgerung: Das Geld kann zur Zeit nicht ausgegeben werden, weil die Zeiten der Ladenöffnung zu kurz sind? Daran kann ich nicht glauben. Man ist es bisher schuldig geblieben, zu überzeugen, daß dem so ist.

Zweite Feststellung: Es wird zugleich der Eindruck suggeriert, man brauche das nur, wie die Gutachter sagen, „in unerheblichem Maße“ zu ändern und erreiche eine zusätzliche Beschäftigung in der Größenordnung von 50 000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Auch diesen Beweis ist man schuldig geblieben.

Dritte Feststellung: Erleichternd in der ganzen Diskussion wirkt, daß es auch auf Arbeitgeberseite keine einheitliche Linie gibt. Denn der Einzelhandelsverband und der Großhandelsverband haben in dieser Angelegenheit vollkommen unterschiedliche Positionen. Deshalb

hat man um Hilfe gerufen und es dem Wirtschaftsminister überlassen, dies zu moderieren. Das hat zu keinem Ergebnis geführt. Zwischenzeitlich haben sich die Fronten verhärtet. Man überlegt jetzt, ob gewisse Zurufe aus der Öffentlichkeit - die bis hin zu gegenseitiger Schuldzuweisung gingen - überhaupt dienlich dazu sind, ein derartiges Problem, das meiner Meinung nach lösungsfähig ist, in sinnvoller Art zu lösen.

Noch eine kurze Bemerkung zur „Systemveränderung“, mit der wahrscheinlich gemeint ist, die Säulen des gesetzlichen Sozialversicherungssystems, die Rentenversicherung und damit zwangsläufig die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung, umstoßen zu wollen. Wenn wir überhaupt über eine neue Systematik oder über neue Inhalte sprechen wollen, muß man diese Inhalte erst einmal beschreiben, bevor man darüber diskutiert, die alten Systeme abzulösen.

Ich frage Sie allen Ernstes: Wer der Menschen, die einmal in Rente gehen, einmal krank werden oder von Arbeitslosigkeit betroffen sein können, wird eines seiner elementaren Sicherungssysteme aufgeben, wenn er noch nicht weiß, was auf ihn zukommt? Dieses System der hälftigen Finanzierung hat, so glaube ich, entscheidend zur Stärke des Standortes Bundesrepublik beigetragen. Es ist arbeitnehmerverpflichtend, in gewissen präventiven Bereichen aber auch arbeitgeberverpflichtend. Deshalb ist es eines der erklärten Ziele der Gewerkschaften, diese Form der hälftigen Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme - nicht nur heute, auch zukünftig - beizubehalten.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Schulte. - Ich möchte einen kurzen Augenblick aus der Moderatorrolle heraustreten, zumal ich das Wort von Helmut Kohl über die Moderatorgesellschaft im Ohr habe.

Ich verfolge die Diskussion um den Ladenschluß seit 1956. Zu dieser Zeit habe ich meinen ersten Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen“ gegen das Ladenschlußgesetz geschrieben.

(Beifall)

Ich möchte uns alle nur auf ein Phänomen aufmerksam machen - Herr Schulte hat mich auf den Gedanken gebracht, hierzu etwas anzumerken. Das ist kein Problem der Gewerkschaften, sondern ein generelles. Wir bemühen uns jetzt in Sachen Ladenschluß, Alternativen durch Gutachten zu erforschen. Das finde ich besonders eindrucksvoll, weil es typisch ist für die Deutschen.

(Beifall)

Jeder andere hätte gesagt: Probieren wir es doch einmal aus!

(Beifall)

Genau das macht uns so große Schwierigkeiten.

Wir haben schon mehrfach vorgeschlagen: Führt die Flexibilisierung doch einmal in einem der neuen Bundesländer durch - da wird das sowieso nicht verstanden -, oder gebt den Gemeinden das Recht, die jeweiligen Ladenschlußzeiten festzulegen. Laßt die Ortsvertreter mitreden, aber dezentralisiert das Problem! Versucht, Alternativen wirksam werden zu lassen! Nach ein oder zwei Jahren gucken wir uns an, was passiert ist, und überlegen neu.

(Beifall)

Aber wir haben nicht den Mut zu diesem Experiment. Das gilt für alle Beteiligten; da schließe ich uns ein.

Im öffentlichen Bereich haben wir genau dasselbe Problem. Darüber haben wir bisher noch gar nicht gesprochen. Es wäre wahrscheinlich auch eine Überfrachtung des Forums, obwohl der öffentliche Bereich für die Wettbewerbswirtschaft in Deutschland eine ungeheure Bedeutung hat. Wir haben die deutsche Einheit nicht genutzt, um Alternativen zuzulassen.

(Beifall)

Es ist ungeheuer viel von Innovation die Rede. Daß Innovationen eine der wichtigsten Kapitalbildungsstätten sind, darin besteht völlige Einstimmigkeit. Die wichtigsten Kapitalbildungsstätten sind die Universitäten. Es hätte also nahegelegen, zu sagen: Wenn wir die Universitäten in Ostdeutschland schon neu aufbauen müssen, dann lassen wir sie doch frei Alternativen entwickeln.

(Beifall)

Das wurde vollkommen ausgeschlossen. Es gab keine Bereitschaft - weder bei den Hochschulen im Westen, noch bei den Kultusministerkonferenzen, noch beim Bundesgesetzgeber -, die gesetzlichen Regelungen wenigstens so weit zu öffnen, daß man Alternativen hätte entwickeln können. Das macht mir Sorge.

Denn wenn man sich an „Gutachten statt Markt“ gewöhnt, löst man lediglich einen Wettbewerb der Gutachter aus. Die einzigen, die davon etwas haben, sind die Gutachter.

(Beifall)

Verzeihen Sie mir diesen Ausbruch persönlicher Betroffenheit, auch wenn man dies ab und zu zeigen soll. - Herr Dr. Nick möchte sich äußern.

**Dr. Andreas Nick:** Herr Schulte, ich möchte Sie in aller Ernsthaftigkeit fragen, ob Sie glauben, daß die Art, wie Sie sich als Gralshüter des gesellschaftlichen Immobilismus darstellen -

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Herr Nick, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Herr Schulte unser Gast ist!

(Beifall)

**Dr. Andreas Nick:** Selbstverständlich. Herr Schulte ist ja einer der Vertreter der Organisation, für die er spricht, die am dialogfreudigsten auf diese Fragen eingehen. - Glauben Sie, daß Sie mit der Position, die Sie zu vielen Fragen einnehmen, den Interessen der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer, die Sie zu vertreten glauben, in diesem Land gerecht werden?

Wenn wir darüber sprechen, daß es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes geht, dann ist das ja kein Selbstzweck oder etwas, was nur Unternehmen zu interessieren hat. Im Kern geht es um die Frage, ob wir auf Dauer in der Lage sind, den hohen Lebensstandard und das hohe Maß an sozialer Sicherheit für alle Menschen in diesem Land zu bewahren. Es ist eine Binsenweisheit und vielfach ausgesprochen, daß wir dazu flexibler, innovativer, produktiver werden müssen. Aber gerade das Thema Ladenschluß, das eine hohe Symbolkraft hat, zeigt doch, wo die Probleme liegen: Wenn die Reformfähigkeit dieser Gesellschaft mit der Einführung des „langen Donnerstag“ für zwei Jahrzehnte erschöpft ist, dann kann irgend etwas in diesem Land nicht stimmen. Deshalb muß man über diese Frage weiter reden.

Ich würde mir auch wünschen - das ist eine Bitte an Frau Breuel und Herrn Professor Biedenkopf -, die Frage der Veränderungsbereitschaft in unserem Land noch einmal etwas stärker aufzugreifen. Das Beispiel, daß sich in den neuen Ländern gewaltige Veränderungen in den Arbeits- und Lebensstrukturen der Menschen abgespielt haben und diese dort angenommen und realisiert wurden, macht deutlich, wie flexibel man mit Dingen umgehen kann. Dies ist mir in der bisherigen Diskussion viel zu kurz gekommen.

Auch in vielen anderen Fragen haben wir uns zu viele Denkverbote verhängen lassen. Herr Hayek hat den Bereich der Dienstleistungen angesprochen. Wir haben z. B. die Möglichkeiten der Beschäftigung in privaten Haushalten über lange Jahre mit untauglichen Begriffen wie „Dienstmädchenprivileg“ in die Ecke gestellt und uns in diesen Fragen Denkverbote erteilen lassen, auch aus unseren eigenen Reihen.

(Beifall)

Herr Schulte hat vorhin - ich habe sehr sorgfältig zugehört - in seinem Vortrag ein staatliches Maßnahmenprogramm nach dem anderen gefordert, um Innovationen zu fördern. Die Träger von Innovation und diejenigen, die zusätzliche Beschäftigung schaffen, sind die Existenzgründer. Gestern in der Diskussion ist, auch vom Bundeskanzler, angesprochen worden, in wievielen Handwerksbetrieben es keinen Nachfolger für den Unternehmer gibt. Aber es ist zu bequem, nur auf die angeblich an handwerklichen Arbeiten nicht mehr interessierten jungen Leute zu zeigen und zu sagen, die seien sich dafür zu fein. Es geht auch um die Frage der politischen Verteilung von Risiken, Chancen und Belastungen zwischen Selbständigen, abhängig Beschäftigten mit Arbeitsplatzrisiko und abhängig Beschäftigten ohne jedes Arbeitsplatzrisiko. Wenn wir diese Frage nicht politisch angehen und dort andere Anreize setzen, werden wir dort nicht weiterkommen.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Herr Seidel.

**Rolf Seidel:** Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Unser Thema „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“ muß man auch unter dem Aspekt der Berufsausbildung sehen. Dies möchte ich ansprechen. Wir können den Wettbewerb nur gewinnen, wenn wir hochqualifizierte Facharbeiter haben. Es nützen nicht nur gutausgebildete Hochschulabgänger, wir brauchen auch hochqualifizierte Facharbeiter.

(Beifall)

Dabei - wir haben es heute morgen wieder gehört - stehen wir vor einem Berg von Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt drängen und häufig keine Lehrstellen bekommen. Der Bundeskanzler hat, wie jedes Jahr, eine Lehrstelleninitiative angekündigt, die auch durchgeführt worden ist. Aber ich glaube, diese betriebsferne, überbetriebliche Ausbildung kann wirklich nur die Spitze des Eisbergs auffangen. Die Betriebe selbst müßten - in diese Richtung geht meine Forderung - eine Überbedarfsausbildung in Anspruch nehmen, also über ihren eigenen Bedarf hinaus Lehrlinge ausbilden, um so vor Ort eine ordentliche Berufsausbildung zu gewährleisten.

Dagegen steht zum einen, daß viele Einzelgewerkschaften die Betriebe auffordern, ihre Auszubildenden zu hundert Prozent zu übernehmen, und zum anderen die meiner Meinung nach stark überhöhte Ausbildungsvergütung.

(Zustimmung)

Ich möchte Herrn Schulte bitten, an dieser Stelle Besitzstände in Frage zu stellen, um im Sinne der Solidarität gerade in den nächsten Jahren mehr Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen zur Verfügung stellen zu können. - Danke.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Seidel. - Herr Daehre, bitte.

**Dr. Karl-Heinz Daehre:** Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die Themen Gesetzgebung und Planungsverfahren, obwohl von Frau Breuel schon angesprochen, aufgreifen. Als wir 1990 das Baugesetzbuch des Westens übernommen haben, standen wir im Osten vor einer Situation, die ich immer damit verglichen habe: Das war so, als wäre in der alten Bundesrepublik das französische Baurecht in japanischer Sprache eingeführt worden. Wenn wir 1990 die Baugesetzgebung der alten Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre übernommen hätten, wären wir einen bedeutenden Schritt weiter.

Wir müssen in diesem Bereich - da sind die Politiker, eigentlich wir alle gefragt - nicht nur über Änderungen reden, sondern tatsächlich zu Ergebnissen kommen, die umsetzbar sind. Dieses komplizierte Gesetzeswerk muß wie viele andere auch vereinfacht werden, überschaubarer werden; denn es ist der Ausgangspunkt für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht von einer Demokratie zu einer Vetokratie übergehen. Ich denke es ist der falsche Weg, etwas, das durch Mehrheitsbeschluß schon erledigt scheint, auf die lange Bank zu schieben, weil zwei oder drei Bürger dieses Landes die Möglichkeit zur Klage ergreifen. Auch hier müssen wir umdenken.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Wir haben uns darauf verständigt, noch eine Wortmeldung aus dem Publikum zuzulassen, um das etwas kompakter beantworten zu können. - Bitte schön, Herr Jungen.

**Peter Jungen:** Herr Biedenkopf, ich habe mich in der Tat gefragt, ob ich mehr ihre frühe Erkenntnis, schon 1956 einen „FAZ“-Aufsatz zum Ladenschluß zu schreiben, oder mehr das Stehvermögen, das Sie an den Tag gelegt haben, bewundern soll. Da es 1995 keine Veränderung mehr geben wird, könnte sich frühestens 1996 - das wäre dann der 40. Jahrestag ihres Aufsatzes in der „FAZ“ - etwas tun.

Aber in der Tat zeigt dies ein bißchen unser eigentliches Problem. Wenn wir nicht wissen, was wir machen sollen, können wir es ja einmal mit Wettbewerb versuchen. Statt dessen schaffen wir AB-Maßnahmen für Gutachter, deren Ergebnisse dann wieder von anderen Gutachtern begutachtet werden müssen. Jeder schreibt natürlich das Gutachten, das er gerne hätte. Insofern können wir uns die Gutachten auch ersparen. Das gilt auch für die Gutachten zum Ladenschluß.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe mir zu den Ausführungen der Referenten ein paar Stichworte notiert und würde gerne einige wenige Facetten herausarbeiten. Eigentlich geht es aber nur um einen Kernpunkt. Der Bundeskanzler hat auf einem Kongreß in Berlin vor wenigen Wochen propagiert - wie ich finde, zu recht -: Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit. Wir brauchen mehr Unternehmer, mehr unternehmerisches Denken. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Ich freue mich sehr darüber, daß wir diese Position offensichtlich auch als Partei für richtig halten. Viele von uns haben diese Position ja immer schon vertreten.

Nun stellen sich die Fragen: Wie bekommen wir diese neue Kultur der Selbständigkeit? Woher bekommen wir die Unternehmer? Woran liegt es denn, daß wir sehr viel weniger Unternehmer haben, als wir brauchen? - Wenn ich das einmal auf die Ebene der Beschäftigung transponiere, müßte man fragen: Geht uns in Deutschland eigentlich die Arbeit aus? Nein, aber dem offiziellen Beschäftigungssystem geht offensichtlich die Arbeit aus - sprich: Arbeit ist in dem Rahmen, der dafür vereinbart worden ist, nicht mehr bezahlbar.

Dann aber müssen wir uns doch feststellen: In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit zwar unser größtes und drängendstes Problem - Herr Hayek sagte eben: in Deutschland wird nur noch über die Arbeitslosigkeit geredet -, aber es wird wenig darüber geredet, wie wir dieses Übel an der Wurzel packen.

(Beifall)

Herr Schulte, die Untersuchungen zeigen ja - damit ist schon wieder ein Gutachten angesprochen; aber ich will mich darauf gar nicht berufen, das Ergebnis überrascht eigentlich nicht -, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr Arbeit bringt. Die Arbeitszeitverkürzung verteilt die Arbeit vielleicht anders, möglicherweise aber auf eine weniger effiziente Art und Weise, als der Markt sie verteilen würde, mit der Konsequenz, daß die Arbeitszeitverkürzung aus meiner Sicht eher zu weniger Beschäftigung als zu mehr Beschäftigung beiträgt.

(Beifall)

Lassen Sie mich das an einem anderen Beispiel deutlich machen. Das Thema dieses Forums lautet ja nicht allein „Deutschlands Zukunft“, sondern „Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb“. Wir haben uns jetzt, Gott sei Dank, fünf Jahre mit der schönen Aufgabe befaßt, den Sozialismus zu entsorgen, die Einheit zu bewältigen. In dieser Zeit hat sich die Welt um uns herum dramatisch verändert. Die Welt verändert sich in einem geradezu atemberaubenden Tempo - während wir hier in Deutschland über das Ladenschlußgesetz debattieren, über etwas, was in den anderen Ländern gar nicht bekannt ist, was man gar nicht übersetzen kann.

Deshalb meine ich: Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir uns die Frage vorlegen müssen, ob die Märkte, um die es geht, noch funktionieren: der Arbeitsmarkt, der Markt für Unternehmer und der Markt für Risikokapital. Bei näherer Betrachtung ist das Ergebnis ein ziemlich negativer Befund:

Der Arbeitsmarkt funktioniert nur noch sehr eingeschränkt. Er ist in vielerlei Hinsicht so behindert, daß unsere Regelungen für viele Arbeitssuchende einem Beschäftigungsverbot gleichkommen.

Der Markt für Unternehmer funktioniert kaum noch. Die Zahl der Unternehmer wird immer geringer, obwohl es offensichtlich immer größere Nachfrage gibt. Es gibt also scheinbar ein Hemmnis, über das wir uns noch gar nicht im klaren sind.

Und daß der Markt für Risikokapital nicht funktioniert, erkennen wir daran, daß Risikokapital in Deutschland steuerlich diskriminiert wird, steuerlich wie Liebhabelei, wie eine Briefmarkensammlung behandelt wird. Wenn man Geld in GmbH-Anteilen anlegt, ist die steuerliche Wirkung gleich null. Geht die GmbH pleite, ist die steuerliche Wirkung wieder null. Investiert man in einen geschlossenen Immobilienfonds, dann schafft man es bei geschickter Gestaltung, daß man am Anfang kein Eigenkapital aufbringen muß und der Ertrag am Ende, wenn

man die Anteile mindestens zwei Jahre gehalten hat, auch noch steuerfrei ist. Gleichzeitig sagen wir uns: Der größte Mangel liegt im Risikokapital. Das ist doch schizophren!

(Beifall)

Wir haben sozusagen ein Ladenschlußgesetz für Risikokapital, nach dem das Kapital nur noch zu ganz bestimmten Zeiten arbeiten darf und deshalb auch nicht entsprechend entlohnt wird.

Das heißt doch aber: Es gibt keinen Mangel an Arbeit, es gibt einen Mangel an Arbeitgebern. Mehr Arbeitgeber werden es nur, wenn die Unternehmer mehr werden. Also müssen wir alles tun, um Menschen zu ermuntern, Unternehmer zu werden. Es ist ja nicht so, daß das Unternehmertum einer bestimmten Klasse vorbehalten ist; das ist für die gesamte Bevölkerung möglich.

Was wir tun müssen, kann man nicht in diesem kurzen Beitrag klären. Aber die Fülle der Anforderungen des Arbeitsrechts, des Kündigungsschutzrechts, des Planungsrechts, des Genehmigungsrechts, der Umweltauflagen ist schon erschlagend. Ich weiß nicht, wer von Ihnen auf dem Podium - Herr Hayek sicher - schon einmal eine Firma gegründet hat. Wir müssen zusehen, daß sich dieser arme Mensch mehr mit seinen Kunden als mit den Behörden, die von ihm irgendwelche Auskünfte haben wollen, befaßt.

(Beifall)

Insofern wird es eine wichtige Aufgabe sein, festzustellen, wie wir denn Hindernisse beseitigen können, die einer unternehmerischen Beteiligung in Deutschland im Wege stehen - um mehr Arbeitgeber zu gewinnen, um mehr Beschäftigung zu organisieren. Die Organisation der Arbeit muß wieder zum Kernpunkt werden.

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz: Das Problem von Bill Gates war, daß eine Garage in Deutschland keine Fenster haben darf - aus Brandschutzgründen -, ein Arbeitsplatz muß Fenster haben, aus Arbeitsschutzgründen. Ergo hätte er in Deutschland in dieser Garage nie beginnen können. - Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Würden Sie bitte beginnen, Herr Schulte?

**Dieter Schulte:** Sehr gerne. - Meine Eingangsbemerkung, ohne darauf jetzt im einzelnen einzugehen: Ich überlasse es gerne der Geschichte, festzustellen, wo die wahren Gralshüter und die wahren Dinosaurier dieser Gesellschaft sitzen.

Die Möglichkeiten zur Erleichterung von Existenzgründungen auszuschöpfen, war eine gemeinsame Aktion zwischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Politik. Ob sie in vollem Umfang den Erwartungen entsprochen hat, ob sie den Herausforderungen gerecht geworden ist, wird sich noch herausstellen. Aber da wir in gemeinsamen Gesprächen festgestellt haben, daß es objektive Erschwernisse gibt, wollten wir uns nicht gegenseitig viele Briefe zuschicken, sondern miteinander reden, um zusammen die Dinge anzugehen, die Existenzgründungen erleichtern.

Zu den Beschäftigungsmöglichkeiten; sie haben beispielhaft das Dienstmädchenprivileg angesprochen. In dieser Gesellschaft ist es häufig so, daß ein sachliches Thema nicht mehr aufzuarbeiten ist, wenn einmal ein falscher Begriff dafür in die Welt getragen worden ist.

(Beifall)



Deshalb will ich hier nicht über das Dienstmädchenprivileg, sondern über die Bedarfswelder dieser Gesellschaft reden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind, wiederum gemeinsam, in einem ersten Schritt dabei, die vorhandenen und die zukünftigen Beschäftigungswelder zu beschreiben. In einem zweiten Schritt fragen wir: Welche Voraussetzungen, welche Qualifikationen müssen dafür gegeben sein? In einem dritten Schritt beschäftigen wir uns damit, Qualifikationen und Bildung zu schaffen. In einem vierten Schritt entwickelt sich dann, wie teuer diese Arbeit ist.

Wenn wir diesen Weg umgekehrt gehen, nämlich eine relativ niedrige Qualifikation anstreben, eine relativ niedrige Bezahlung anstreben, dann wird sich von vornherein eine Form zweitrangiger Beschäftigung entwickeln, die keine Chance hat. Deshalb sollten wir den Weg, den ich skizziert habe, gehen.

Zur Glaubwürdigkeit der Diskussion. Ich selbst bin vor etwa 20 Jahren mit dem Schild „Samstags gehört der Vati mir“ in einem Zug zum 1. Mai marschiert. Und noch heute kann ich das unterstützen. - Ich bin ziemlich umweltbewußt und fahre dann, wenn ich am Samstag mit meiner Familie einkaufen gehe, mit dem öffentlichen Personennahverkehr, in der Erwartung, daß es an diesem Tag relativ kurze Taktzeiten gibt. Dann gehe ich einkaufen, in der Erwartung, daß in den Geschäften Personal vorhanden ist und ich vorzüglich bedient werde. Anschließend kaufe ich mir vielleicht noch eine Dienstleistung, indem ich z. B. zum Friseur gehe, in der Erwartung, daß mich Friseur oder Friseur an diesem Samstag, der ja mir gehört, bedient. Am Nachmittag besuche ich meine erkrankte Mutter im Krankenhaus, in der Erwartung, daß Pflegepersonal vorhanden ist, daß ein Arzt zur Verfügung steht, um sie notfalls behandeln zu können. Dann gehe ich zum Abendessen, in der Erwartung, daß Köche und Kellner Vorzügliches leisten. - „Samstags gehört der Vati mir“. Ich habe dieses Beispiel gebracht, um Glaubwürdigkeit herzustellen, wenn man eine Diskussion über mögliche Formen der Arbeitszeitverkürzung führt. Dies gilt genauso im Zusammenhang mit den Ladenöffnungszeiten.

Zu einem weiteren Punkt, den Herr Seidel angesprochen hat, Ausbildung und Qualifizierung. Das, was bei der Ausbildung in Deutschland in diesem Jahr in einem weiteren Kraktakt geschafft wurde - ich habe das bereits an anderer Stelle gesagt -, wird in Zukunft in diesem Umfang nicht mehr möglich sein. Insofern ist es jetzt an der Zeit, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam mit der Politik die Strukturen vorzubereiten versuchen, damit wir demnächst zumindest nicht jedes Jahr solche Kraftanstrengungen unternehmen müssen.

Ich möchte noch eines bemerken: Es war gemeinsame Auffassung dieses Kreises - und so ist es vorgetragen worden -, daß Ausbildung vor Übernahme geht. Ich sage dies, weil kritisch angesprochen worden ist, daß einige Unternehmen angeblich deswegen nicht ausbilden, weil sie sich zur Übernahme von Auszubildenden verpflichtet haben. Wir haben uns klar dazu geäußert, und ich gestehe: Ich habe mich schwergetan damit. Denn für mich kommt es darauf an, welche Perspektiven ein junger Mensch zu Beginn der Ausbildung hat. Wenn ihm vermittelt wird, daß Ausbildung vor Übernahme geht, muß er doch darüber nachdenken, daß er wahrscheinlich keine Chance hat, übernommen zu werden. Das ist ein psychologisches Problem. Aber um die Ausbildung zu sichern, haben wir uns auf diesen Grundsatz „Ausbildung geht vor Übernahme „ verständigt.

Zur Frage, in welchem Umfang die Höhe der Ausbildungsvergütung eine Rolle spielt. Ich glaube, insbesondere in den neuen Bundesländern ist es wichtiger, Erleichterungen bei Tat-

beständen zu schaffen, die einigen Betrieben es nicht ermöglichen auszubilden, als in diesem Kontext über die Höhe der Ausbildungsvergütung zu philosophieren.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Ich will es ganz kurz machen. - Immobilismus ist inzwischen zu einem Schimpfwort geworden. Das ist deshalb so makaber, weil unsere Gesellschaft insgesamt immobiler ist denn je zuvor. Sie verharrt in ihrem Wohlstand, in ihrem Besitzstand und erstarrt darüber fast. Ich möchte diesen Vorwurf nicht einer einzelnen Gruppe machen, aber wenn man einen Unterschied machen will, würde ich sagen: Die Menschen der neuen Länder sind wesentlich mobiler als die der alten Länder - ein wichtiger Hinweis.

Jawohl, wir haben die Veränderungsbereitschaft, die es zur Zeit der Wende gegeben hat, nicht ausreichend genutzt. Das ist ein großer Verlust, den auszugleichen sehr schwer sein wird.

Wir können die Rückstände nicht aufholen, wenn wir weiterhin Nabelschau betreiben. Es spricht doch nichts gegen eine „public-private partnership“, um Geld für die osteuropäischen Länder zu organisieren. Es spricht nichts dagegen, „men power“ dorthin zu transportieren, um dort Märkte und Lebensqualität - und für uns auf Dauer Absatz - zu schaffen. Das wäre doch eine verantwortliche Wirtschaftspolitik, die auch bei uns Veränderung hervorrufen würde. Denn wir sind doch gezwungen, etwas zu ändern. Aber genau davor haben wir Angst. Deshalb beschäftigen wir uns nur mit uns selber. Dies, glaube ich, ist einer unserer größten Fehler.

(Beifall)

**Nicolas G. Hayek:** Ich kann nur Frau Breuel recht geben: Wir haben Angst. Ich bin ziemlich unglücklich, daß viele meine Botschaft heute abend nicht voll verstanden haben. Wir haben von verschiedenen Referenten gehört, warum es zu wenige Unternehmer gibt: weil die Banken keine Kredite gewähren, weil die Behörden so schwierig sind oder weil die Universitäten so langsam sind usw.

Meine Damen und Herren, die Botschaft ist: Ein Unternehmer hat einen inneren Motor, einen inneren Impuls, der dafür da ist, um Hindernisse zu überwinden. Was glauben Sie, was ein Unternehmer tagtäglich zu tun hat? Ich beschäftige mich den ganzen Tag damit, Hindernisse zu überwinden, bei Regierungen, bei Botschaften, bei Banken oder weiß der Teufel wo. Ein richtiger Unternehmer ist entweder Unternehmer, weil er das will, weil er einen inneren Motor dafür hat, oder weil er arbeitslos war und das Gefühl hatte, er könne damit etwas anfangen. Nicht nur ein Teil der Bevölkerung kann Unternehmer sein; auch Kleinunternehmer sind wichtig.

Ich kann mich an Referate an verschiedenen amerikanischen Universitäten erinnern - auch in Harvard -, bei denen die Reaktion der Studenten ganz anders war als die der Studenten in Europa: Sie suchten nicht äußere Alibis, um zu begründen, warum sie nicht Unternehmer sein können, sondern versuchten, selber dynamisch zu wirken.

(Beifall)

Solange wir dieses Problem nicht gelöst haben, solange die Politiker das Gefühl haben, sie müßten die Initiative dazu ergreifen, bleiben in Deutschland nur 7 % der Beschäftigten selbständig, werden es nicht 30 %, wie das sein sollte.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Danke schön. - Als nächster spricht Norbert Blüm.

**Dr. Norbert Blüm:** Meine Damen und Herren, ich finde es gut, daß wir eine Kultur des Miteinander-Nachdenkens - sie ist wichtig für unsere Gesellschaft - und nicht das Ritual der wechselseitigen Schuldzuweisungen pflegen.

Für mich heißt das Schlüsselwort „Unternehmer“. Unternehmer sind vom gleichen Schlag wie Christoph Kolumbus. Die großen Abenteurer der Weltentdeckung und die großen Unternehmer sind Geschwister. Kolumbus wäre heute noch Hafenkommendant, wenn er erst Enquete-Kommissionen eingesetzt und Gutachten eingeholt hätte, um den Seeweg nach Amerika zu erkunden.

(Heiterkeit und Beifall)

Unternehmer sind von ihrer Mentalität her und nicht nur als soziologische Gruppe wie er: Menschen, die etwas riskieren.

Manche Diskussion, die wir heute führen, hat mit Risiko dagegen wenig zu tun. Wir haben inzwischen ein Ritual entwickelt: Wenn ein Problem entsteht, rufen alle nach einem neuen Paragraphen. Aber ich glaube, wir haben weniger ein ordnungspolitisches Defizit, als vielmehr ein Defizit an Umsetzern und Durchsetzern.

(Beifall)

Lassen Sie mich Beispiele nennen: Ich stimme in Ihre große Klage über das Arbeitsrecht ein. Da haben wir beispielsweise seit 1988 die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Ohne Angabe von Gründen kann befristet eingestellt werden. Doch die Durchsetzung dieses hartumkämpften gesetzlichen Vorschlags durch die Unternehmer ist proportional umgekehrt zur Lautstärke der Forderung, sie durchzusetzen. Darauf möchte ich aufmerksam machen.

(Beifall)

Dabei sind die Voraussetzungen dafür gut. Vor sechs Jahren hat der DGB diese Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge noch bekämpft. Heute stellt sich Dieter Schulte hin und sagt: Bevor ihr überhaupt nicht einstellt, bevor ihr Überstunden macht, macht doch Befristungen. Da hat sich also etwas bewegt. Ich finde, die Gesellschaft muß anerkennen, daß es Veränderungen gibt.

(Beifall)

Als großen Hammer betrachte ich die Immobilität - ich kenne das Fremdwort gar nicht - also sage ich lieber, die Unbeweglichkeit. Sie ist nicht hilfreich.

(Heiterkeit und Beifall)

Da vorne sitzt Herr Küchler. Er ist Arbeitgeber im Baugewerbe. Die Tarifpartner in seiner Branche haben eine staatliche Schlechtwettergeldregelung durch eine tarifliche ersetzt. Die Arbeitgeber federn dabei die ersten 20 Tage selber ab, die Arbeitnehmer setzen dafür bis zu fünf Urlaubstage ein. Das muß man sich einmal so richtig bewußt machen. Bei der Debatte zur Pflegeversicherung war der Einsatz eines Urlaubstages der Untergang des Abendlandes.

(Beifall)

Die Arbeitnehmer im Baugewerbe dagegen setzen für eine neue Schlechtwettergeldregelung fünf Urlaubstage ein. Hut ab vor den Tarifpartnern im Baubereich. Bei ihnen hat sich etwas bewegt.

Also, liebe Leute, bevor ihr mit dem großen Hammer nur draufschlägt, anerkennt auch einmal, daß sich eine Gesellschaft verändert. Ihr seid an der großen Klagemauer so beschäftigt, daß ihr gar nicht merkt, was hinter eurem Rücken los ist.

(Beifall)

Die ungeheuer starre Tarifpolitik muß beweglicher werden. Ich habe keinen Einwand gegen diese Forderung. Wir brauchen differenzierte Lohngruppen. Wissen Sie, wie groß der Unterschied zwischen der untersten und der höchsten Lohngruppe bei den Arbeitern ist? Der liegt bei 100 Prozent. Wissen Sie, wie groß er im Angestelltenbereich ist? Hier liegt er bei 270 Prozent. Wissen Sie, wo das wirkliche Problem liegt? Ich zitiere jetzt den Vertreter der BDA, der für den Arbeitsmarkt zuständig ist: „Es fehlt an Einstufungsmut im Betrieb. Die unteren Lohngruppen werden gar nicht eingestuft.“

Hier haben wir also wieder ein klassisches Beispiel für meine These: Es fehlt nicht an theoretischen Instrumenten. Es fehlt an Umsetzern und an Durchsetzern, und zwar auf beiden Seiten, bei den Betriebsräten wie bei den Arbeitgebern.

Wir haben kein Defizit an Theorie. Und deshalb sage ich: Nutzt die Möglichkeiten! Macht's doch. Macher sind gefragt. Besprecher haben wir genug.

(Beifall)

Wirklich, Herr Jungen, ich sage das mit großem Bedauern: Es ist wirklich schlimm, daß die Lohnzusatzkosten so steigen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:**

Mit Herrn Jungen kannst Du doch auch außerhalb reden.

**Dr. Norbert Blüm:**

Nein, es wird liebevoll. Der kennt mich doch.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:**

Du magst zwar liebevoll sein, aber das ändert nichts daran, daß Du zu lang sprichst.

**Dr. Norbert Blüm:**

Gut. Lieber Kurt, das ist schon das Kurzprogramm.

(Heiterkeit und Beifall)

Und wir wollen doch alle einmal unseren Anteil an der Steigerung der Lohnnebenkosten betrachten. Wir alle sind daran beteiligt, auch der Gesetzgeber und die Gewerkschaften. Die Tour der Frühverrentung, die wir zur Zeit machen, ist nicht nur kulturell ein Rückschritt, ich betrachte sie auch als einen entscheidenden Beitrag, die Lohnzusatzkosten zu steigern. Doch man kann sich nicht dauernd aus der Sozialversicherungskasse bedienen und anschließend jammern, daß die Beiträge dafür steigen. Das halte ich, gelinde gesagt, für Schizophrenie.

(Beifall)

Ich bin nicht am Ende, aber ich mache jetzt Schluß mit meinem Vortrag.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank, lieber Norbert. Ich hoffe, wir müssen nie erleben, daß Du am Ende bist.

Wir müssen jetzt leider Herrn Schulte verabschieden. Er muß bereits um 19 Uhr in Saarbrücken sein und ist dort der Hauptredner. Herr Schulte, die Gelegenheit, Norbert Blüm zu antworten, werden Sie sicher noch häufig haben. Sie sind im ständigen Dialog miteinander. Wir bedanken uns sehr herzlich dafür, daß Sie gekommen sind.

(Beifall)

Ich finde, das war ein Stück politischer Kultur in unserem Land, das uns ermutigt. - Danke schön. - Ich darf Herrn Menrad das Wort erteilen.

**Winfried Menrad:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stehen in der Diskussion dieser Tage ganz vorn. Es ist auch das Stichwort Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gefallen. Frau Breuel hat es in die Diskussion eingebracht.

Wir brauchen und haben einen staatlichen Rahmen. Vor zwei Jahren hatten wir die Spardiskussion, in der man schnell an die Streichung der Sparzulage gedacht hat. Ich denke, hier gehen wir zu sehr buchhalterisch vor. Man sieht weniger, daß eine Sparzulage in Höhe von 400 Millionen DM ein Beteiligungskapital in Höhe von 2 Milliarden DM schafft. Das fordert weitere Kredite in Höhe von 60 Milliarden DM heraus, so daß hier entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden können.

In unserer Diskussion entscheiden wir zu wenig zwischen den Subventionen, die zur Erstarung führen, und Fördermaßnahmen, die ermöglichen, privates Kapital zu mobilisieren und anschließend Investitionen in vielfacher Höhe zu stiften. In der europäischen Diskussion ist ein Weißbuch zur Wettbewerbsfähigkeit herausgekommen. Darin wird eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik empfohlen, damit wir uns am Weltmarkt durchsetzen können.

Ich glaube, Herr Schulte hat zu Recht darauf verwiesen, daß die deutschen Gewerkschaften hier sehr gemäßigt sind. Ich meine, wenn man ihnen sagt: Haltet euch zurück, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können, dann ist es auch wichtig, wie Norbert Blüm einmal gesagt hat, daß man ihnen nicht nur Danke schön und Vergelt's Gott sagt, sondern daß man sie auch an den Investitionen und den Gewinnen beteiligt, die ohne ihre Zurückhaltung überhaupt nicht entstanden wären.

Wir sind aufgerufen - ich hoffe, daß morgen von den Anträgen ein entsprechendes Signal ausgeht -, tarifvertragliche Möglichkeiten zu schaffen. Wir müssen klarstellen: Unternehmensbeteiligungsgesellschaften und Investmentgesellschaften können auch über gemeinsame Einrichtungen geschaffen werden. Wir müssen ein Signal an die Tarifpartner geben.

Ich hätte Herrn Schulte gern darauf hingewiesen, daß sich die Gewerkschaften korrigieren müssen. Die betriebliche Beteiligung, die einigermaßen funktioniert, müßte auch in solche Tarifverträge eingebaut werden, wie sie Herr Schleyer einmal empfohlen hat.

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Wenn Kapital im Verhältnis zur Arbeit immer mehr zunimmt, brauchen wir auch für die Arbeitnehmer ein zweites Einkommensbein. Wir brauchen das Einkommen aus Kapital. Wir hätten dann auch ein zweites Einkommensbein für die Rentner. Ich warne vor dem Versuch, unser beitragsbezogenes Rentenversicherungssystem in ein Grundrentensystem und eine private Zusatzversorgung aufzulösen. Das wird volkswirtschaftlich nicht billiger.

In England ist es nicht besser. Dort gibt es auch sozialversicherungsrechtliche Probleme. In Belgien ist die gesetzliche Krankenversicherung bei privaten Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit. Das ist auch kein besseres System. Im Gegenteil: Die Probleme sind größer als bei uns.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank. - Herr Reszczynski, Sie haben das Wort.

**Georg H. Reszczynski:** Frau Dr. Breuel, Herr Biedenkopf, Herr Hayek! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst auf die bewegenden Worte von Herrn Blüm antworte. Ich bin Unternehmer. So, wie Sie sich dargestellt haben, könnten auch Sie Unternehmer sein. Ich hoffe, daß Sie unternehmerisch tätig sind.

Ich möchte ein paar Hinweise geben: Erstens behaupte ich, daß die meisten von denen, die in den Vorruhestand geschickt worden sind, nicht aus den mittelständischen Betrieben, sondern aus den Großunternehmen gekommen sind.

(Beifall)

Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Großbetriebe diejenigen sind, die am wenigsten Steuern zahlen. Wir sollten darüber nachdenken, warum das so ist.

(Beifall)

Wir befinden uns hier in Baden-Württemberg in einem mittelständischen Gebiet. Es ist allgemein bekannt, daß wir eine Vielzahl von mittelständischen Betrieben haben. Der echte Mittelstand beginnt nicht bei Herrn Stihl oder Herrn Dr. Leibinger - so wird das in der Presse oft dargestellt -, sondern bei Betrieben, die 50, 100 oder 150 Mitarbeiter haben.

Ich meine, diese Mittelständler arbeiten und haben gar nicht die Zeit, sich irgendwo zu artikulieren. Das finde ich schade. Aber ich könnte mir vorstellen, daß das über eine Diskussion, wie sie heute begonnen hat, nach draußen getragen werden kann, damit mehr Mobilität entsteht.

Zu den Ausführungen von vorhin möchte ich unter dem Aspekt Wettbewerb im internationalen Bereich folgendes sagen: Ich stimme Ihnen, Frau Dr. Breuel, absolut zu, daß wir träge geworden sind, vielleicht die eine Firma mehr, die andere weniger. Dazu kommt aber noch ein ganz anderes Problem: Durch die Öffnung der Mauer haben wir einen multinationalen Absatzmarkt bekommen, auf den - ich gehe von den mittelständischen Betrieben aus - keiner richtig vorbereitet war. Dazu gehört „men power“.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es nur einen oder maximal zwei Leute gibt, die an der Spitze eines kleinen Unternehmens stehen, die dann die Zeit und auch das Geld aufbringen sollen, dann ist das sehr schwierig.

Das zweite möchte ich nur als kurzes Stichwort nennen, das ist die Innovation. Nicht jeder Betrieb kann innovativ sein. Das, was wir vielleicht tun sollten, ist, den Betrieb innovativ zu organisieren, um neue Märkte zu erschließen und gleichzeitig für neue Kaufkraft zu sorgen. Durch die Kooperation mit dem Ausland muß dafür gesorgt werden, daß man Drittmärkte erschließen kann, und zwar - ich denke an die mitteleuropäischen Standorte - mit Firmen, die andere Märkte seit Jahrzehnten bedacht und bearbeitet haben. Hier besteht ein Riesenmanko. Es hat in der Vergangenheit ein paar Dinge gegeben, bei denen die Deutschen leider gegen die vielfältige Auslandskonkurrenz verloren haben. Es ist nirgendwo eine Konsequenz gezogen worden. Ich erinnere nur an Korea, den ICE und andere Dinge. - Ich danke Ihnen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Ich danke Ihnen. - Als nächster hat Herr Schauerte das Wort.

**Hartmut Schauerte:** Die Situation ist sehr wahrscheinlich drängender, als das gemeinhin gesagt wird. Ich bin z. B. überzeugt, daß die 150 Milliarden DM Transferleistungen, die wir jährlich in die neuen Länder geben, ihrem Charakter nach ein wahnsinnig großes Jahreskonjunkturprogramm sind. Wo stünden wir, wenn es dieses 150-Millionen-DM-Konjunkturprogramm pro Jahr nicht gäbe. Wir alle wissen, daß das keine dauerhafte Einrichtung sein kann. Der Handlungsbedarf ist größer, Herr Minister Blüm. Einfach zu sagen, tut etwas, ist nur die eine Seite, aber wir reden nicht alternativ, sondern additiv miteinander.

(Dr. Norbert Blüm: Kumulativ!)

- Manchmal.

Daß das nicht reicht, können wir an den Zahlen feststellen. Darauf hätte ich gern Herrn Schulte hingewiesen. Er hat erklärt, der Kapitalexport sei etwas Vernünftiges in Deutschland. Natürlich ist er etwas Vernünftiges, aber bedauerlich ist, daß das Verhältnis von Kapitalexport zu Kapitalimport 10 : 1 ist. Wenn es also nur an den drömmeligen und verschlafenen deutschen Unternehmern liegt, die nicht aus ihren Löchern wollen, dann kann ich mir nicht erklären, daß das ausländische Kapital im kleinen Holland viel stärker landet als im großen Deutschland. Also muß es darüber hinaus ein dickes Problem geben, das wir lösen müssen. Darüber reden wir, daran arbeiten wir.

Dazu gehören die hohe Steuerlast und die hohe Staatsquote. Sie können in den produzierenden Bereichen mit Lohndifferenzen in einem Zehnfachen oder Zwanzigfachen kaum noch wirklich konkurrieren. Wir werden nicht auf die niedrigen Löhne zurückkommen können, aber wir müssen jeden Schritt nutzen, um die Abstände zu verkleinern, die die anderen entwickeln. Wir müssen Dinge aus der Berechnung der Lohnkosten herausnehmen, die dort nicht hingehören. Wir dürfen dabei aber keine Mogelpackungen machen.

Die SPD sagt: Gut, wir verschieben es in die Steuern. Nein, Steuern und Lohnabgabenkosten sind zu hoch. Wir müssen in beiden Bereichen runterfahren. Alles andere ist Täuschung der Menschen. Das heißt, wir müssen an einige Standards heran, wir müssen etwas bei erkennbaren Mißbräuchen tun. Der Vorruhestand ist eine wichtige Maßnahme, die eingeleitet wird.

Wir werden auch die Diskussion über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit welchem Modell auch immer nicht beenden können. Wir brauchen glaubwürdige Signale, nicht nur bei dem vor dieser Größenordnung relativ unbedeutenden Thema Ladenschluß.

Lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen: Ich bin Mittelständler und arbeite für diese Gruppe. Aber so einfach, wie das hier gesagt wird, ist das nicht. Ich habe die Sorge, daß die Kaufkraft in den schwachen Regionen unseres Landes noch stärker an die Erlebnisregionen herankommt. Ich habe Sorge, daß wir sehr viel Fachhandel und Mittelstand bei dieser Operation verlieren werden, obwohl wir sie eigentlich haben wollen.

(Beifall)

Deshalb: Laßt uns eine vernünftige Lösung finden. Wir haben doch Erfahrungen beim Ladenschluß gehabt. Wir haben doch den langen Donnerstag gemacht. Zu Beginn hat 84 % des Einzelhandels in Deutschland den langen Donnerstag genutzt. Heute tun das noch 17 %. Ich könnte also sagen: Wenn ich aus den Erfahrungen Konsequenzen ziehe, ist der Bedarf, am späten Abend noch einkaufen zu können, doch nicht so riesengroß. Wir werden sicherlich

auch in der Bundestagsfraktion eine moderate Lösung durchsetzen, bei der die wechselseitigen Interessen gewahrt werden, ohne daß wir zu viel zerstören. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Bevor ich Herrn Roland Halang das Wort gebe, möchte ich noch eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Ich habe noch 15 Wortmeldungen vorliegen. Wir können unsere Gäste aber nicht überstrapazieren. Ich habe auch den Eindruck, daß sich der Saal zunehmend leert. Ich bitte also diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, sich etwas kürzer zu fassen. - Bitte schön, Herr Halang.

**Roland Halang:** Herr Vorsitzender, ich wende mich den Ausführungen von Frau Dr. Breuel zu, weil mir aus ihren Ausführungen klargeworden ist, daß wir über das, was geändert werden muß, ziemlich gut Bescheid wissen, aber beim wie noch nicht einmal mit der Problemlösungsphase begonnen haben. Das ist meiner Meinung nach deswegen so, weil wir - Herr Hayek hat das angesprochen - Angst vor der Veränderung oder vielleicht auch vor den Konflikten haben, die aus Veränderungen entstehen werden.

Ich meine damit ganz konkret die Genehmigungsverfahren. Das ist eine schöne populistische Formulierung, mit der man immer gut dasteht. Ich frage: Wie wollen wir die Genehmigungsverfahren ändern? Sie, Frau Dr. Breuel, haben gesagt, wir können mit der Verkürzung der Genehmigungsverfahren dafür sorgen, daß wir wettbewerbsfähiger und ansiedlungsfreundlicher werden. Das bedeutet aber, daß wir entweder mehr Personal einstellen müssen, um schnellere Genehmigungen zu bekommen. Das wird, so vermute ich, nicht der beste Weg sein. Ansonsten müssen wir die Standards zurückfahren, damit der Prüfungsumfang insgesamt weniger wird. Ich weiß nicht, ob es uns gelingt, all das, was wir schon einmal als vernünftige Regelungsansätze beschlossen haben, wieder zurückzunehmen. Das alles passiert vor der Erkenntnis, daß daraus unglaubliche Konflikte mit den Umweltverbänden und anderen folgen werden.

Vielleicht ist der Mittelweg der entscheidende Punkt. Wir haben versucht, beides zu machen. Die Planungsbeschleunigungsgesetze, die wir haben und die nur dazu beitragen, daß das Verfahren anders ist, aber der Prüfungsinhalt nicht verändert wird, haben meiner Ansicht nach noch nicht dazu geführt, daß verlässlich bewiesen worden ist, daß sie zu einer Beschleunigung oder Verkürzung der Verfahren führen werden.

Ganz konkrete Frage an Sie: Wie stellen Sie sich das vor? Was können wir tun? Wie läßt sich das verifizieren und wirklich vernünftig umsetzen?

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Frau Dr. Breuel, bitte beginnen Sie.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Ich möchte zu fünf Punkten kurze Anmerkungen machen. Erstens. Die Genehmigungsverfahren wird man nur beschleunigen können, wenn man sie inhaltlich vereinfacht und nicht jeden Kleckerkram zum Bestandteil des gesamten Verfahrens macht.

(Beifall)

Wir müssen eine vernünftige Zuordnung der Haftungsrisiken bekommen und nicht versuchen, alles an einer Stelle zu konzentrieren. Denn damit verkomplizieren wir die Verfahren.

Zweitens. Der Milliardentransfer in die neuen Länder ist ein Konjunkturprogramm, und zwar für die alten Bundesländer.

(Beifall)



Wenn die Angst besteht, daß nach dem Ausfall des Programms Schwierigkeiten entstehen, dann kann ich nur sagen: Wir setzen das Programm fort. Osteuropa ist unser Markt der Zukunft. Ich bin in dieser Frage hartnäckig.

(Beifall)

Ich will auf die Wanderungsfolgen, die uns sonst bedrohen, gar nicht hinweisen.

Drittens. Wettbewerb ist Voraussetzung für Wohlstand. Wettbewerb ist hart. Diese Härte muß eine Marktwirtschaft auch aushalten können. Natürlich ist auch Innovation Wettbewerb. Das kann im Betrieb, im Service, im Marketing oder im Reparaturwesen oder wo auch immer sein. Das Produkt ist der entscheidende Punkt, um im Weltmarkt erfolgreich zu sein. Dies zu beschleunigen, ist unsere Aufgabe. Daran können die Mittelständler sehr wohl mitwirken, denn sie - soweit ich das beurteilen kann - sind die Innovationsträger unserer Gesellschaft und sollten deshalb nicht vergessen werden.

(Beifall)

Viertens. Vermögensbildung ist keine soziale Absicherung. Vermögensbildung ist für den, der davon Gebrauch machen will, ein Stück Risikobeteiligung der Bevölkerung. Bei uns hat die Vermögensbildung einen erheblichen Nachholbedarf. Wenn wir diesen Nachholbedarf aufarbeiten, können wir eine Grundlage für Gründer schaffen, die sich damit am Anfang ihrer Berufstätigkeit eine gewisse Vermögensgrundlage ersparen könnten.

Fünftens. Ich glaube, alle stimmen mit Ihnen, Herr Blüm, überein, daß wir mehr Unternehmer brauchen, um die Arbeit aufzunehmen, die es zu leisten gilt. Das Problem ist nur: Wir können die Unternehmer nicht packen. Natürlich machen die Unternehmer Fehler, wir alle machen Fehler. Die entscheidende Frage - die kann im Moment keiner beantworten - lautet: Warum sind wir zu einer Gesellschaft geworden, in der fast keiner mehr ein Risiko eingehen will? Diese Frage zu beantworten, wird Aufgabe unserer Partei sein, weil wir sonst die Aufgaben der Zukunft nicht lösen können.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Herr Hayek, bitte.

**Nicolas G. Hayek:** Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich bin der gleichen Meinung wie Sie. Es ist eine Aufgabe der Politiker und Unternehmer, dafür zu sorgen, daß mit neuen Ideen der Nährboden für Unternehmer in Deutschland wieder viel besser ausgestattet wird, und zwar nicht mit Gesetzen und nicht mit neuen Paragraphen, sondern mit einer neuen Geisteshaltung, die das durch Kommunikation ermöglicht.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank. - Als nächster spricht Herr Niedergesäß.

**Fritz Niedergesäß:** Frau Bruehl, ich möchte mich dafür bedanken, daß Sie das Thema der Genehmigungsverfahren genauso angesprochen haben, wie ich es sehe. Sie haben festgestellt, daß in den ersten ein, zwei, drei Jahren im Osten Deutschlands die Angestellten oder Bauaufsichtler viel entscheidungsfreudiger waren, als sie es heute sind. Ich sehe in diesem Kreislauf, der sich herausgebildet hat, die eigentliche Tücke, die wir unbedingt abschaffen müssen.

Ich bin nicht der Meinung, die Norbert Blüm vorgetragen hat, daß man das alles einfach nur machen muß, und dann wird es auch gehen. Wenn der Wind stärker wird, der mir ins Gesicht

bläst, dann geht mir auch die Puste aus, und ich werde das nicht leisten können. Das ist der Zustand, den wir jetzt haben.

Ich bin seit 1990 Abgeordneter in Berlin. Wir haben den einmaligen Fall, daß wir - Osis und Wessis - in einem Abgeordnetenhaus sitzen und die Verwaltung West die Verwaltung übernommen hat. Ich habe oft gesagt, hätten wir lieber die Westverwaltung abgewickelt, dann wären wir schon ein Ende weiter, weil viele der jetzigen Bedenkenträger nicht mehr dagewesen wären. Das ist das eigentliche Problem.

Ich will Ihnen erläutern, was wir in den letzten Jahren durchgemacht haben. Wir sind 1990/91 mit großer Euphorie an die Dinge herangegangen, dazu gehörten der Flächennutzungsplan, die S-Bahn-Sanierung und vieles andere. Sie kennen das, ich brauche das nicht aufzuzählen. Wir sind letztendlich müde geworden.

Ich sage immer: Wir Osis haben frischen Ostwind in die vermiefte Bude reingebracht, weil wir die Bedenken nicht im Kopf hatten, da wir die Paragraphen gar nicht kannten, die sich uns entgegengestellt haben.

Wir hatten die neuen Ideen, und unsere Kollegen aus dem westlichen Teil der Stadt hatten die Paragraphen im Kopf. Dann versickerte alles, und es wurde ausgebremst. Diesen Zustand haben wir heute erreicht. Wir sind müde geworden, uns ist die Kraft ausgegangen, wir haben nicht mehr den Mumm, pausenlos in der Form weiterzumachen. Der Verschleiß ist einfach zu hoch, und wir sitzen da wie ein Kaninchen vor der Schlange und starren die großen Bedenkenträger an und fragen, wie das wohl weitergeht.

Ich möchte Ihnen das Beispiel Verkehrsprojekte Deutsche Einheit vorstellen. Da sind im vergangenen Jahr 700 Millionen DM zurückgegeben worden. Warum? Ich erkläre Ihnen das am Beispiel der Autobahn zwischen Dresden und Berlin. Herr Biedenkopf, Sie kennen das, Sie fahren dort oft genug lang. Dort sind bei einer bestehenden Autobahn ganze Spuren abgestellt, auf ihnen kann kein Mensch mehr fahren. Ich frage Sie: Warum muß man drei, vier Jahre planen, um die Autobahn zu sanieren? Es hat schon Zeiten gegeben, in denen man 1000 km Autobahn pro Jahr gebaut hat. Die haben auch nicht fünf Jahre geplant, sonst hätten sie nichts fertiggebracht. Das ist doch einfach eine vorhandene Strecke, die saniert werden muß.

Das gleiche gilt auch für den Eisenbahnbau und andere Dinge. Warum wird ein solcher Zirkus veranstaltet? Das beste Beispiel ist der grüne Pfeil. Der mußte erst flächendeckend in der Bundesrepublik neu erfunden werden, um ihn dann eventuell wieder einzuführen. Ich frage Sie: Wie können wir das Kaninchen vor der Schlange durch einen Löwen ersetzen?

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Danke schön. - Vom Löwen war ja schon gestern die Rede. - Herr Rauen, bitte.

**Peter Rauen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum heutigen Thema sind die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes sehr alarmierend. Wir können in 1995 in Deutschland mit einem nominalen Wachstum von 4,7 % rechnen. Gegenüber der Frühjahrsprognose muß die Zahl der Beschäftigten von 0,5 % Plus auf 0,25 % Minus reduziert werden. Das heißt, es fehlen 240 000 Arbeitsplätze. Die alte Gleichung - Wirtschaftswachstum gleich Voraussetzung für mehr Beschäftigung - stimmt offenbar nicht mehr.

Ich finde, hier müssen wir einen Punkt ganz deutlich ansprechen. In Deutschland sind die Arbeitskosten zu teuer.

(Beifall)

Wir haben weltweit die höchsten Arbeitskosten. Die andere Seite der Medaille ist, daß unsere Arbeitnehmer mit ihrem Nettoeinkommen an die siebte Stelle innerhalb der westlichen Industrieländer zurückgefallen sind. Wir können sagen: Unsere Arbeitskosten sind zu hoch, unsere Arbeitnehmer verdienen netto zu wenig. Wenn ich international vergleiche, dann sind das nicht die Steuern, es sind die sozialen Sicherungssysteme, die zu teuer geworden sind.

(Beifall)

Unternehmer und Arbeitnehmer zahlen heute 40 % vom Bruttolohn für die Sicherungssysteme. Das ist das 2,5-fache gegenüber 1950. Das hat mit Nährboden zu tun.

Das zweite: Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Freizeit ist zu viel geworden. Wir arbeiten in der Welt am wenigsten. Wir arbeiten bereits 80 Stunden im Jahr weniger als die Schweden. Schade, daß Herr Schulte nicht mehr hier ist. Die Gewerkschaften in Schweden haben diesen Unsinn erkannt, und die Menschen arbeiten wieder mehr. Die Amerikaner arbeiten 500 Stunden pro Jahr mehr als wir. Ich meine, das gehört elementar zur Sache. Wir müssen das Thema solide besprechen. Wie können wir die größte soziale Herausforderung annehmen, nämlich Arbeit für alle, die arbeiten wollen, zu schaffen?

Wenn wir da zu einer Unternehmerkultur zurückkommen wollen, dann müssen wir fragen: Wer ist bereit, Risiko zu übernehmen? Wir müssen aber auch eines tun, wir müssen die Arbeit in Deutschland bezahlbar machen, auch für die einfachen Tätigkeiten.

Eine Partei mit einem C im Namen muß konstatieren, daß nicht alle Menschen gleich prädestiniert sind, hochqualifizierte Arbeiten anzunehmen. Wir brauchen auch Arbeiten, die einfache Tätigkeiten beinhalten. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Als nächster spricht Herr Dr. Geißler. Ich möchte vorschlagen, daß wir noch eine Viererrunde durchführen und dann abschließen.

**Dr. Heiner Geißler:** Ich möchte zunächst Herrn Hayek bei dem unterstützen, was er über den Tourismus gesagt hat. Ich möchte gleich die praktischen Konsequenzen ziehen. Ich lade Sie alle ein - natürlich nicht auf meine Kosten -, ab morgen nachmittag in die Südpfalz zu gehen, dort ist auch mein Wahlkreis, in dem man hervorragend Wein trinken und Kastanien, Feigen und alles, was schön ist, genießen kann.

Unser Thema ist aber Deutschlands Zukunft im internationalen Wettbewerb. Ich will gar nicht auf die soziale Leistungsquote eingehen. Statt dessen habe ich eine Frage an Herrn Hayek, der zusammen mit Daimler-Benz in Lothringen ein neues Automobilwerk aufbaut. Er tut das also außerhalb der Grenzen Deutschlands. Ich will das nicht kritisieren. Aber wie beurteilen Sie die Diskussionlage bei uns? Das ist etwas, was mich sehr beschäftigt.

Peter Rauen hat gerade angesprochen, daß die Arbeitsplätze angeblich abwandern. Deshalb sind wir nicht Herr der Entwicklungen. Es ergibt sich aber aus der Transferstatistik, daß im Jahre 1994 die Auslandsinvestitionen 24 Milliarden DM betragen. Das sind 3,3 % der gesamten Anlageinvestitionen, die in diesem Jahr in Deutschland getätigt worden sind. Von die-

sen 24 Milliarden DM sind 80 % nicht in Niedriglohnländer gegangen, sondern in benachbarte Industriestaaten, also in die USA, England und Frankreich. Nur 20 % sind nach Polen, Tschechien oder Singapur gegangen.

Ist es nicht ein Indiz dafür, daß die Ursache für die Auslandsinvestitionen im wesentlichen in dem Ziel der Unternehmer liegen, den Markt zu sichern und zu erweitern? Das war meine erste Frage. Daimler-Benz macht es sicher auch deswegen und nicht nur wegen der geringfügig unterschiedlichen Lohnkosten zwischen Lothringen und dem Saarland. Die Investitionen in Höhe von 27 Milliarden DM im Jahre 1993 sind im Jahre 1994 auf 24 Milliarden DM zurückgegangen. Das ist vielleicht auch ein Indiz dafür, daß manche, die geglaubt haben, in Niedriglohnländern ließe sich besser produzieren, inzwischen wieder zurückgekommen sind. Sie haben gemerkt, daß außer dem Produktionsfaktor niedrigere Kosten z. B. eine korruptionsfreie Verwaltung, eine bessere Infrastruktur und möglicherweise auch der soziale Friede insgesamt einen Produktionsfaktor darstellen, der einen Standortvorteil bringt.

Betrachten Sie England. Dort sind durch die Deregulierungsmaßnahmen von Frau Thatcher beim Kündigungsschutz und bei anderen Dingen inzwischen 50 % der Leute Gelegenheitsarbeiter. Sie haben nur noch befristete Arbeitsverträge. Wenn wir dem folgen würden, wäre das das Unmodernste überhaupt. Wir würden die alte soziale Frage, die die Problematik vor 150 Jahren entwickelt hat, wiederaufleben lassen, indem wir die Masse der Arbeitnehmer zu Gelegenheitsarbeitern machen würden. Ich hoffe, wir sind uns einig, daß wir englische Zustände nicht haben wollen.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Geißler. Birgit Breuel und ich haben uns gerade darüber verständigt, daß wir auch Gelegenheitsarbeiter sind, weil wir befristete Arbeitsverträge haben.

(Beifall)

Herr Brauksiepe, Sie haben das Wort.

**Dr. Ralf Brauksiepe:** Ich bin auch Gelegenheitsarbeiter, weil ich einen befristeten Arbeitsvertrag an der Universität habe. Mein Hauptproblem ist, daß Herr Schulte nicht mehr da ist. Ich möchte deshalb an das anknüpfen, was Norbert Blüm gesagt hat. Ich finde es begrüßenswert, daß Bewegung in das Verhältnis zu den Gewerkschaften gekommen ist. Mir scheint dennoch, daß wir bei zwei Punkten nachhaken müssen.

Die Lageanalyse und die Direktinvestitionen ins Ausland sind angesprochen worden. Es wurde gesagt, daß das erste ein Zeichen für die Stärke des Standorts ist. Es ist hier verdient worden. Wenn wir über Zukunft reden, ist es das Wichtigste, daß wir einsehen, daß diese finanziellen Mittel in der Vergangenheit erwirtschaftet wurden und uns für die Gegenwart und Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Das heißt, auf Grund dieser Analyse müssen wir feststellen, daß die Probleme im Moment vorhanden sind, da die Gewinne in der Vergangenheit erwirtschaftet worden sind.

Zweitens müssen wir feststellen, daß die von Herrn Schulte angesprochenen Lohnstückkosten, die bei uns weniger gestiegen sind als anderswo, mit der Frage, wo investiert wird, zu tun haben.

Mir ist wichtig, daß wir die Arbeitszeitverkürzung in den Diskussionen nicht tabuisieren. Wir müssen eines klar sagen: Da, wo Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnverzicht der Beschäftig-

ten erfolgt sind, wurden Arbeitsplätze gesichert. Aber Arbeitszeitverkürzungen können wegen der Lohnstückkostenentwicklung und weil wir nicht wollen, daß die Leute für 30 oder 25 Stunden entsprechend weniger Geld verdienen, nicht das Konzept für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sein. Das ist den Arbeitnehmern nicht zumutbar. Ich bin sicher, daß unsere Parteifreunde an führender Stelle mit den Gewerkschaftsvertretern diese Diskussion führen. Ich möchte zum Schluß das Thema Ladenschluß ansprechen. Ich möchte dabei nicht auf die Vereinbarungen, die die Tarifpartner für die Überstunden vereinbart haben, und die Ketteneffekte eingehen. Wenn es stimmt, daß die Zahl der Geschäfte, die geöffnet hat, so stark zurückgegangen ist, dann halte ich es für sinnvoll, daß man diejenigen, die öffnen wollen, auch öffnen läßt. Man sollte auch den Mut haben, für darüberhinausgehende Zeiten diejenigen öffnen zu lassen, die das wollen. Ich denke, das scheint ordnungspolitisch konsequent zu sein, und wir sollten es vorantreiben.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank. - Herr Hayek möchte sich zu einigen Punkten äußern.

**Nicolas G. Hayek:** Ich möchte zunächst auf den ersten Redner eingehen. Sie haben die hohen Arbeitskosten in Deutschland angesprochen. Vergessen Sie nicht, daß Sie seit 6, 7 Jahren einen Marschallplan haben, um 17 Millionen Deutsche wieder auf das gleiche wirtschaftliche Niveau, wie Sie es haben, zu bringen. Das ist eine große Aufgabe.

Sie vergleichen immer nur die neuen und die alten Bundesländer. Wenn Sie die neuen Bundesländer mit Rußland, Ungarn oder Polen vergleichen, werden Sie sehen, welche Fortschritte durch die Milliarden erzielt worden sind. Das ist eine Bemerkung eines Menschen, der die deutsche Entwicklung von außen beobachtet. Heute tut Ihnen der Einsatz dieser Milliarden noch weh, aber in 20 Jahren wird das anders gesehen werden.

Herr Geißler, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mit mir im Bereich des Tourismus übereinstimmen. Vielleicht erzähle ich Ihnen, nachdem die Presse den Saal verlassen hat, die ganze Geschichte des Werks in Lothringen. Die Presse hat mit Recht daraus eine riesige Geschichte gemacht. Aber vergessen Sie nicht, dort machen wir nur ein Montagewerk. Sämtliche Teile, die in diesem Montagewerk gebraucht werden, sind aus Deutschland, der Schweiz, einige Teile kommen aus der Türkei oder aus anderen Ländern. Es ist nicht so, daß wir die gesamte Wertschöpfung in Hambach machen. Das sind nicht einmal 20 %.

Warum haben wir das gemacht? Stellen Sie sich einen Geburtstagskuchen mit drei verschiedenen Lagen vor. Bei jeder einprozentigen Preiserhöhung im untersten Marktsegment, Herr Geißler, verlieren Sie 3 % der Stückzahlen. Bei jeder einprozentigen Preiserhöhung verkaufen wir 3 % weniger Autos. Es ist wahnsinnig sensitiv, daß man hochqualitative Produkte zu einem unbestechlich tiefen Preis macht. Das verstehen nur wenige Leute, weil Sie alle reiche Leute sind, aber wir wollen nicht nur an Deutsche unsere Autos verkaufen, wir wollen eine ganze Menge davon verkaufen. Wir wollen sie auch an Spanier, Italiener, Griechen, aber auch an die Asiaten und Nord- und Südamerikaner verkaufen.

Zunächst haben wir eine Analyse von 70 Standorten in Europa gemacht, denn es herrschte die Meinung bei uns vor: Das ist ein europäisches Auto, das wollen wir nicht in den allerbilligsten Ländern der Welt bauen lassen. Dort gibt es, wie Sie selber gesagt haben, Probleme mit der Qualität, mit Ausschuß und Ersatzteilen.

Am Ende waren nur Deutschland, die Schweiz - das war kein Witz, die Schweiz hat wegen ihrer längeren Arbeitszeiten und den tiefen Zinsen, die in der Schweiz üblich sind, gut abge-

schnitten - und Frankreich übrig. Ich nenne Ihnen einige Zahlen: Die Statistik hat gezeigt, daß in Hamburg und Berlin im Jahr 1 330 Stunden gearbeitet wurden. In der Schweiz wurden 1 780 Stunden gearbeitet. Das sind Nettozahlen, nach Abzug von Krankheitszeiten und anderen Dingen. In Frankreich wurden 1 650 Stunden gearbeitet. Das war ein Schlag für uns; denn wir waren in den neuen Bundesländern dabei, einiges zu investieren.

Das zweite war die Geisteshaltung, die wir in der Diskussion mit den Gewerkschaften gesehen haben. Ich habe das heute bereits angesprochen. Nur wenige haben das ernstgenommen. Wir alle lieben es, wenn wir etwas erarbeiten oder kreieren. Wir hatten einfach das Gefühl, daß bei der Diskussion die Arbeit lediglich wie ein Liter Milch betrachtet worden ist. Sie können ihn einfach durch einen anderen Liter Milch ersetzen, das ist alles das gleiche.

Wir haben einen schalen Beigeschmack bemerkt. Die Geisteshaltung der Diskussion hat uns gezwungen, in Frankreich, wo uns eine Menge Vorteile und finanzielle Hilfen offeriert wurden - das muß ich zugeben -, zu investieren. Wir haben uns für einen Kompromiß entschieden.

Ich muß zugeben, ich wäre lieber, wenn wir schon ins Ausland gehen, weiter weg von der Grenze gegangen. Die Herren bei Mercedes hatten das Gefühl, wir wollen Französisch lernen. Es ist besser, wenn wir dann in der Nähe der Grenze sind, dann können wir auch deutsch sprechen. Unsere französischen Behörden haben uns das versprochen, aber wir haben bis jetzt noch keinen einzigen Menschen in Hambach gefunden, der deutsch sprechen kann.

Die Situation ist so, daß wir 20 % unserer Wertschöpfung in Hambach machen, aber bestimmt über 40 % bis 50 % in Deutschland selbst. Es wird viele deutsche Firmen geben, die uns mitbeliefern werden. Wir wurden von der französischen Behörde kritisiert, daß wir viel zu wenig Franzosen berücksichtigt haben.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Danke schön. - Frau Breuel, Sie wollten noch etwas zu den Auslandsinvestitionen sagen.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Ich möchte auf die Ausführungen von Herrn Geißler eingehen. Wenn die Lohnkosten das einzige Kriterium für Investitionsentscheidungen wären, dann würden natürlich alle in Polen und Tschechien oder den anderen Ländern des Ostens investieren müssen, weil die Kosten dort um 10 bis 20 % niedriger als bei uns sind. Sie haben völlig Recht: Viele andere Dinge spielen mit hinein: die Infrastruktur, die Qualifikation, die Qualität der Verwaltung und vieles andere mehr.

Aber es gibt verschiedene Gründe dafür, warum man Investitionen im Ausland tätigt. Das Beste ist eine Marktinvestition. Sie sagen: Ich will in den Markt rein, deswegen investiere ich dort. Das ist häufig mit einer Auflage verbunden, die local content heißt. Darin sind die Ausländer viel härter als wir. Wir sind sehr liberal. Das ist eine Erschwernis.

Das dritte ist das Kostenargument, das ein Gesamtpaket sein muß. Das vierte - das beunruhigt mich am meisten - ist, daß Investitionen im Ausland insbesondere im FuE-Bereich getätigt werden, und zwar wegen unserer Gesetze und wegen unserer Genehmigungsverfahren.

(Beifall)

Das ist eins der Risiken, die wir haben. Deswegen stimme ich Ihnen in den meisten Punkten zu, aber hier haben Sie keine Lösung anzubieten.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank. - Wir haben jetzt eine letzte Fragerunde. Der nächste Redner ist Herr Menningen vom RCDS.

**Christoph Menningen:** Herr Minister Blüm ist leider nicht mehr da. Ich möchte dennoch etwas zu seinem Beispiel Kolumbus sagen. Kolumbus mußte erst ins Ausland gehen, um seine Reise nach Amerika finanzieren zu können.

(Beifall)

Zum Thema: Frau Dr. Breuel, Sie hatten die entscheidenden potentiellen Wirtschaftsvorteile genannt: Mut, Phantasie und Kreativität. Das möchte ich unterstützen. In der Folge führt das dazu, daß wir in Deutschland ein kreatives Management brauchen.

Sie haben auch Lösungswege genannt: Investition in die Köpfe. Das möchte ich unterstützen, entscheidend ist Bildung und Ausbildung junger Menschen in Deutschland.

Ich studiere an einer kleinen Universität und habe nicht die üblichen Merkmale einer Massenuniversität erlebt. Ich muß trotzdem sagen, daß bisher von Förderung zur Kreativität und zu phantasievollem Arbeiten auch an dieser Universität nicht viel zu spüren war. Vielmehr wurde man ermutigt, wegen der wenigen Seminarplätze eigenbrötlerisch zu arbeiten und ohne Rücksicht auf andere Leute vorzugehen. Von Innovation und innovativem Handeln habe ich nicht viel gesehen.

Wir können nicht nur von Investitionen in den Rohstoff Geist reden, während auf jedem Stuhl jetzt zur Eröffnung des Wintersemesters wieder bis zu drei Studenten sitzen und sich jeden Seminarplatz teilen. Ich glaube, der Weg ins 21. Jahrhundert darf nicht die Hochschulen und damit die Zukunftstechnologien und Zukunftsindustrien umschiffen, während knappe Ressourcen auf Feldern, in Werften und in Bergwerken angelegt werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Vielen Dank. - Als nächster spricht Herr Bandmann.

**Volker Bandmann:** Ich möchte mich bei Frau Breuel ausdrücklich dafür bedanken, daß sie die neuen Märkte im Osten unmittelbar vor unserer Haustür angesprochen hat. Das sind die Märkte, aber wir organisieren im Moment selber die Flaschenhalse. Wenn wir uns die Verkehrsinfrastruktur in Richtung Osten ansehen und uns jeden Tag die Staumeldungen anhören, dann bedeutet das, der Markt ist da. Der Markt wird bereits bedient, aber die Lkw-Fahrer in Deutschland verlieren ihren Job, weil der Eigner dieser Firma die Fahrer, die im Stau an der Grenze stehen, nicht mehr bezahlen kann. Wir brauchen ein verstärktes Programm für den Ausbau der Infrastruktur in Richtung Ost in unserem eigenen Interesse.

Zweitens. Ich möchte Herrn Hayek bei seiner Tourismusanalyse deutlich unterstützen. Neben dem Tourismus brauchen wir vor allem den Jugendtourismus im Bildungsbereich, den Austausch junger Leute. Ebenso wie den deutsch-französischen Jugendaustausch brauchen wir den deutsch-polnischen und anderen Austausch, um der zukünftigen Generation die Chance zu geben, teilzuhaben.

Wir müssen mit unseren östlichen Nachbarn teilen. Wir haben das in den neuen Bundesländern erlebt, als wir uns mit Westdeutschland vereinigt haben bzw. Westdeutschland sich mit uns vereinigt hat. Investitionen, die Gelder, die in den Osten gekommen sind, sind zu einem erheblichen Teil als Investitionsprogramm in die alten Länder zurückgegangen und haben die Strukturkrise im Westen erheblich gemildert. Wenn wir Deutschland eine Zukunft geben wollen, müssen wir für unsere Nachbarn offener sein und die nationalen Egoismen deutlicher zurückstellen. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank, Herr Bandmann. - Herr Paetz, bitte.

**Conrad Paetz:** Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Frau Breuel, Sie hatten davon gesprochen, mehr für die Vermögensbildung zu tun. Ich möchte anregen, das Vermögensgesetz, das für Ostdeutschland gilt, zu überarbeiten und zu verbessern. Denn es kann viel mehr Eigentum wiedergeschaffen werden, das nunmehr der öffentlichen Hand anheimfällt und nicht in Privateigentum kommt. Ich denke nur an die Befreiung von Bindungen und Voraussetzungen in § 2 des Vermögensgesetzes.

Jeder, der auf Eigentum verzichtet hat, hat das aus wirtschaftlichen Gründen getan. Jetzt muß er die Überschuldung nachweisen. Das ist meines Erachtens eine Überforderung. Hier kann Vermögen geschaffen werden.

Ich möchte etwas zum Gewerkschaftsbund sagen. Wir müssen bedenken, welche schwierige Leistung der Deutsche Gewerkschaftsbund auch heute noch vollbringt. Anfang der 70er Jahre gab es etwas zu verteilen. Da gab es keine Rücksicht auf diejenigen, die einen Arbeitsplatz verlieren konnten. Heute ist das anders. Der Gewerkschaftsbund muß dafür sorgen, daß die Solidarität der Arbeitenden mit jenen erhalten bleibt oder wiederhergestellt wird, die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Daß das dem Deutschen Gewerkschaftsbund in dieser Form so gelungen ist, verdient meines Erachtens hohe Anerkennung.

(Beifall)

Es ist von unserem sozialen Netz gesprochen worden. Man kann natürlich überprüfen, ob etwas falsch oder fehlerhaft ist. Aber ich wehre mich gegen das, was Herr Escher gesagt hat. Ich wehre mich dagegen, etwas an unserem Rentensystem zu ändern. Denn das System besteht nicht seit 100 Jahren, das System besteht seit 1957.

Man muß eines tun: Man muß die Rentenversicherung von systemfremden Belastungen und systemfremden Inanspruchnahmen wie dem Vorruhestand befreien. Der Vorruhestand ist nicht dazu da, marode Unternehmen zu sanieren, wie es bisher geschieht.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang darf ich an eine andere Frage erinnern. Man spricht von der Geringbeschäftigung, von der 580-DM-Beschäftigung. Ich bin der Meinung, der Staat sollte auf seinen Steueranteil verzichten, dafür die so Beschäftigten aber verpflichten, ihren Beitrag in die Sozialversicherung einzuzahlen, damit die Menschen, die nur dieser Beschäftigung nachgehen, später nicht der Sozialhilfe zur Last fallen, was mehr ausmacht, als der Staat an den 15 % Lohnsteuern verdient.

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Vielen Dank. - Ich gebe jetzt Frau Breuel das Wort.

**Dr. h. c. Birgit Breuel:** Ich möchte nicht mehr auf alle Punkte eingehen, weil sie eine lange Diskussion oder Debatte erfordern. Ich möchte nur noch einen Punkt herausgreifen. Vorhin hat ein Abgeordneter aus Ostberlin gesprochen. Er hat vom Kaninchen und der Schlange gesprochen und auch davon, daß die Osis müde geworden sind. Natürlich kann er das besser beurteilen als ich. Mein Eindruck ist das aber nicht.

Ich habe den allergrößten Respekt vor der Reformkraft, die zur Wende in den neuen Ländern geführt hat.

(Beifall)



Ich bin ganz sicher, daß von dieser Reformkraft noch viel vorhanden ist und daß wir im Westen davon viel lernen können. Dazu will ich gern meinen Beitrag leisten. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Nicolas G. Hayek:** Ich möchte nicht noch einmal ins Detail gehen, sondern nur noch erwähnen, daß ich in der heutigen Diskussion niemals gesagt habe, Deutschland sei zu teuer oder die Gehälter seien zu hoch. Ich habe von der Geisteshaltung zur Arbeit gesprochen.

Ich bin mit einer großen Hoffnung hergekommen, nämlich mit der Hoffnung, daß die größte Partei Deutschlands ohne Formalismus und ohne Gesetzgebung neue Ideen entwickeln kann, wie diese Gesellschaft aus der Problematik - Mangel an Unternehmertum - herauskommen kann. Das ist nicht nur für Deutschland wichtig, das ist für ganz Europa wichtig. Glauben Sie mir das.

(Beifall)

**Vorsitzender Prof. Dr. Kurt H. Bledenkopf:** Sie, Herr Hayek, haben gesagt, daß Sie mit einer großen Hoffnung hierhergekommen sind. In einer der heutigen Reden wurde gesagt: Man lebt aus den Erfahrungen der Vergangenheit und für die Hoffnungen der Zukunft. Wir haben uns heute nachmittag getroffen, um Bausteine unterschiedlichster Art für diese Arbeit zusammenzutragen. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir damit noch keine Antwort auf die Probleme gefunden haben, die wir lösen müssen, obwohl eine Menge Anregungen gegeben worden sind. Diese Anregungen sollen gleich dem Plenum vorgetragen werden.

Ich möchte zugleich im Namen all derer, die hier teilgenommen haben, und im Namen des Parteitags Ihnen und auch Herrn Schulte sehr herzlich dafür danken, daß Sie uns Ihre Erfahrungen, Ihr Wissen, Ihr Können und Ihre Einsichten für diese Diskussion zur Verfügung gestellt haben.

Wir haben früher oft gedacht, daß eine politische Partei, eine Volkspartei, weil sie sich auch um die breite Repräsentation der Bevölkerung bemüht, gewissermaßen in Ihren Reihen die Ressourcen, auch die geistigen und die Erfahrungsressourcen hat, die sie braucht, um solche Aufgaben zu lösen. Das ist sicher zu einem gewissen Teil zutreffend, aber nur, wenn man sich nach außen öffnet und die Erfahrungen der anderen einbezieht. Gerade mit den Erfahrungen derer, die uns von außen sehen, kann man nach meiner Überzeugung die Breite an Informationen erhalten, die notwendig ist, um uns vor falschen oder kurzgesprungenen Schlußfolgerungen zu schützen.

Herzlichen Dank. Ich beende dieses Forum. Wir sehen uns um 18 Uhr im Plenum wieder. - Danke schön.

(Beifall)

(Schluß:17.20 Uhr)

## Forum 3

### Wie wollen wir in Zukunft leben?

Beginn: 14.06 Uhr

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Forumsveranstaltung.

Ich denke, wir sind uns einig, daß wir heute morgen drei ausgezeichnete Referate gehört haben.

(Beifall)

Daß ein Parteitag Referaten dieser Art mit solcher Aufmerksamkeit wie heute morgen zuhört, ist ein Erlebnis besonderer Art und ein Stück weit eine neue Erfahrung. Wir wollen die Themen heute nachmittag nun auffächern und vor allem auch Ihnen die Möglichkeit zum Gespräch geben.

Erfreulicherweise haben sich auch für unser Forum hervorragende Damen und Herren zur Verfügung gestellt, die Sie dem Namen nach alle kennen. Sie haben sich durch ihre wissenschaftliche Arbeit einen Namen gemacht. Ich darf sie auch in Ihrem Namen herzlich begrüßen und möchte sie Ihnen jetzt vorstellen. Frau Dr. Renate Köcher ist die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Herr Dr. Trutz Rendtorff ist Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er ist zugleich Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Herr Dr. Konrad Schily ist Präsident der Privaten Universität Witten/Herdecke. Herr Professor Dr. Joachim Treusch ist Vorsitzender des Vorstandes der Kernforschungsanlage Jülich und Präsident der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Er ist desweiteren Mitglied des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler. Dieser Rat wurde vom Bundeskanzler erst vor kurzem etabliert.

Ich schlage vor, so zu verfahren, daß ich zunächst eine kurze Einführung in das Thema gebe und daß danach Frau Dr. Köcher, Herr Professor Treusch, Herr Dr. Schily und Herr Professor Rendtorff zu Wort kommen. Wir alle haben uns vorgenommen, nicht länger als zehn Minuten zu sprechen. Wir haben uns heute morgen darauf verständigt, daß wir dann kein Podiumsgespräch untereinander führen, sondern sofort den Dialog im Plenum aufnehmen, damit eine möglichst breite Diskussion zustande kommt und Sie die Fragen und Meinungsbeiträge vortragen können, die Sie vorzutragen wünschen. Meine Bitte ist, daß Sie jeweils die Wortmeldezettel ausfüllen und bei Ihren Beiträgen ein Saalmikrophon benutzen, weil die Beiträge protokolliert werden und in den Band der Bundesgeschäftsstelle über diesen Parteitag aufgenommen werden. Deswegen wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich dieser Prozedur unterziehen würden. Ich möchte Ihnen noch einmal herzlich dafür danken, daß Sie hier anwesend sind und sich für dieses Forum entschieden haben.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß Sie mit dem von mir vorgeschlagenen Verfahren einverstanden sind. - Ich stelle Ihre Zustimmung fest. Vielen herzlichen Dank.

Vor einem halben Jahr hat die Landesregierung von Baden-Württemberg auf meine Anregung hin hier in diesem Haus eine zweitägige Tagung unter der Überschrift „Was hält unsere

moderne Gesellschaft zusammen?“ veranstaltet. Ich glaube, diese Frage ist über die vielen Fragen hinaus, die heute angesprochen worden sind, eine zentrale Frage für unser Überleben. Das Thema unseres Forums „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ ist sehr weit gefaßt. Dies gibt uns Freiraum für eine breit angelegte Diskussion. Die CDU hat in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm das Leitbild einer freien und verantwortlichen Gesellschaft entworfen, die der Verwirklichung unserer Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit dient. Vielleicht gelingt es uns heute, dieses Leitbild in einigen Punkten zu konkretisieren.

Die Menschen werden heute mit einem immer größeren Informationsangebot konfrontiert. Die neuen Informationstechnologien wie z. B. Multimedia werden dieses Angebot noch ausweiten. Was sind die Folgen für den einzelnen Menschen? Das scheint mir eine wichtige Frage zu sein. Der bekannte amerikanische Medienkritiker Postman hat die Formel geprägt: Mehr Daten - mehr Dumme. - Ich bezweifle, daß er damit recht hat. Wahr ist aber, daß die Menschen Maßstäbe, Orientierung, Auswahlkriterien und die Fähigkeit, auszuwählen, brauchen, um in der Informationsflut nicht zu ertrinken oder Information nur noch als Unterhaltung zu konsumieren. Tatsache ist: Der technologische wie auch der wirtschaftliche Wandel und der gesellschaftliche Wandel vollziehen sich immer schneller und greifen immer stärker in das Leben der Menschen ein.

Beeinflußt dadurch und parallel dazu lockern sich traditionelle Bindungen, lösen sich einst festgefügte Milieus auf, wird unsere Gesellschaft mobiler und pluralistischer. Indizien für den Umbruch in unserer Gesellschaft sind der Rückzug ins Private, die vielbeschworene Politikverdrossenheit, die hohen Scheidungsziffern - Wolfgang Schäuble hat sie heute morgen angesprochen -, die niedrige Geburtenrate, die Zunahme von Kriminalität und Korruption, Gewalt gegen Ausländer oder Behinderte und der zeitweilige Zulauf zu radikalen Protestparteien. Die Verheißung der Aufklärung, die Menschen von alten Abhängigkeiten zu befreien, wird heute zunehmend hinterfragt, denn Individualisierung macht nicht nur frei, sondern auch unsicher, und Gemeinschaften bedeuten nicht nur Bindung und Begrenzung, sondern sie stiften auch Geborgenheit und eröffnen Chancen. Auch dieses Thema sollten wir heute besprechen: Wie können wir das positive Erbe der Aufklärung, die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten, bewahren und gleichzeitig erkennbare Fehlentwicklungen verhindern bzw. korrigieren?

Unser Thema ist deshalb auch, ein neues Gleichgewicht zwischen Individuum und Gemeinschaft zu finden. Es geht um die Frage, wie in einer Gesellschaft, die durch ein hohes Maß an Wohlstand und Freiheit charakterisiert ist, Solidarität, Gemeinsinn und Selbstverantwortung erhalten und gestärkt werden können. Es geht um die Frage, ob die Suche nach einem wer-tegebundenen Grundkonsens aller Bürger ein sinnloses und nicht erfolversprechendes oder ein notwendiges und aussichtsreiches Unterfangen ist.

Was hält unsere moderne Gesellschaft zusammen? Unser Thema beinhaltet auch die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Tradition und Moderne, von Bewahrenswertem und Neuem. Was hat sich bewährt? Was soll erhalten bleiben? Worauf können wir getrost verzichten? Was muß neu gedacht, was muß neu gemacht werden? Je freier der Mensch ist, um so mehr Verantwortung wächst ihm zu. Auch das haben wir heute morgen eindringlich gehört. Ich habe nicht den Eindruck, daß dies den Menschen genügend klar ist, denn immer noch wird zuerst nach dem Staat, nach den Kirchen, nach Verbänden, nach Institutionen gerufen, wenn es um die Lösung von Problemen geht. Dabei läge es doch nahe, zuerst zu fragen: Was können wir Bürger tun?

Es ist an der Zeit, daß wir stärker auf die Leistungsfähigkeit und die Lösungskompetenz des einzelnen Bürgers setzen, daß wir Selbstverantwortung fordern, ermutigen und fördern, daß wir dem Bürger mehr zutrauen und auch stärker vertrauen. Die richtige Devise für das kommende Jahrhundert scheint mir nicht „Am Anfang ist der Staat“ zu sein. Die richtige Devise scheint mir vielmehr „Am Anfang ist der Bürger“ zu sein.

Die Existenz und die Vitalität von Gemeinschaften, von Familie, Kirchengemeinde, Nachbarschaft, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Initiativen ist deshalb so ungeheuer wichtig, weil sie dem einzelnen Betätigung ermöglicht, durch die er selber auch Bestätigung erfährt. Niemand kann existieren, ohne daß er durch seine Mitmenschen auch Bestätigung erfährt. Der einzelne erfährt auch Halt und Orientierung. Die Mitarbeit und das Leben in Gemeinschaften stabilisieren soziales Verhalten, stiften Sinn, lösen Konflikte, vermitteln emotionale Bindung. Diese Form sozialer Stabilität und gefestigter Persönlichkeit ist nach meiner Meinung eine entscheidende Voraussetzung für die Modernisierung und die Vitalität einer Gesellschaft.

Das soziale und humane Kapital unserer Gesellschaft muß bei unseren politischen Überlegungen und Entscheidungen künftig mindestens denselben Stellenwert haben wie das Kapital in der Wirtschaft. Auch darüber wollen wir heute diskutieren: Wie kann die Gesellschaft in den sozialen und mitmenschlichen Beziehungen produktiver werden? Wie kann man verhindern, daß die Quellen des Gemeinsinns und der Solidarität austrocknen? Ich denke, die Politik und damit wir als Christlich Demokratische Union haben die Aufgabe, auch hier die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, für die wirtschaftliche, aber auch für die soziale Produktivität einer Gesellschaft, für ein menschliches Miteinander, für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Dies wollte ich eingangs sagen, damit Sie sich auch darüber mit mir und untereinander auseinandersetzen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit darf ich zu dem Statement überleiten, das Frau Dr. Renate Köcher, die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, abgeben wird. Bitte, Frau Dr. Köcher.

**Dr. Renate Köcher:** Meine Damen und Herren! Ich möchte direkt an eine Frage anschließen, die Sie in Ihrem kurzen Referat gestellt haben: Macht es überhaupt Sinn, nach einem Konsens darüber zu suchen, wie wir in Zukunft leben wollen? Wir sind heute von der Vorstellung, daß wir in einer pluralistischen, individualisierten Gesellschaft leben, so beherrscht, daß die Zweifel weit verbreitet sind, ob es überhaupt gelingen kann, in dieser Frage einen Konsens zu finden. Wenn man sich mit Meinungsforschung beschäftigt, ist man in dieser Hinsicht viel optimistischer. Wenn man sich tagtäglich mit Umfragen und Umfragedaten auseinandersetzt, sieht man, daß der Vorrat an gemeinsamen Wertvorstellungen und gemeinsamen Zielen in der Bevölkerung weitaus größer ist als oft angenommen. Auch die Bevölkerung selbst täuscht sich oft. Sie fühlt sich vielfach als Minderheit, obwohl sie ganz klar die überwältigende Mehrheit darstellt. Der Vorrat an Konsens ist groß. Er ist heute größer, als er in den 70er und 80er Jahren war. Entgegen den landläufigen Überzeugungen wächst der Vorrat an gemeinsamen Überzeugungen deutlich.

Wir leben zur Zeit in einer Wendezeit. Das Klima der Gesellschaft verändert sich. Was verändert sich vor allem? Die scharfe ideologische Kontroverse findet nicht mehr den Anklang,

den sie vor allen Dingen in den 70er, aber auch noch in den frühen 80er Jahren gefunden hat. Die Ideologisierung von Sachfragen findet nicht mehr im gleichen Maße Resonanz wie früher. Wir Deutschen haben eine unselbige Neigung, aus Sachfragen Weltanschauungskriege zu machen. Statt Pro und Kontra sachlich abzuwägen, wird mit Freund-/Feind-Vorstellungen gearbeitet. Wenn man es in der langfristigen Perspektive beobachtet, stellt man aber plötzlich fest, daß sich auch hier in Deutschland Phasen starker Ideologiegebundenheit mit pragmatischeren, nüchterneren, sachlicheren Phasen abwechseln.

Zur Zeit treten wir ganz klar in eine sachlichere, nüchternere Phase ein. Die Generationen, die über lange Jahre hinweg in den grundsätzlichen politischen Anschauungen und auch in anderen grundsätzlichen Anschauungen sehr weit voneinander getrennt waren, rücken erkennbar wieder zusammen. Diese Entwicklung läßt sich seit etwa sechs bis sieben Jahren erkennen. Dieses Zusammenrücken der Generationen geht vor allem auf die junge Generation zurück, deren Angehörige heute ganz anders eingestellt sind, als es die Gleichaltrigen vor etwa zehn oder gar 20 Jahren waren. Die junge Generation von heute ist wesentlich offener, wesentlich pragmatischer, bürgerlicher, weniger von Mißtrauen und Feindbildern geprägt, als es die junge Generation in den 70er und frühen 80er Jahren war. Der Glaube an die Zukunft, der Glaube an den Fortschritt, der Glaube daran, daß Zukunft gestaltbar ist, nimmt zu, und zwar gerade in der jungen Generation. Das heißt nicht, daß sich ein unreflektierter Optimismus ausbreitet. Die Mehrheit ist überzeugt, daß die Zukunft wesentlich schwieriger wird, als die Gegenwart ist. Diese Überzeugung artikuliert die Mehrheit aber nicht im Sinne einer Entmutigung und eines tiefen Pessimismus, sondern im Selbstvertrauen, daß man die immer größer werdenden Probleme durchaus bewältigen kann. Dies ist neu. Gerade die 70er und frühen 80er Jahre waren noch davon gekennzeichnet, daß der Mut immer mehr abhanden kam, die Zukunft bewältigen und die Probleme lösen zu können. Das Selbstvertrauen wächst wieder. Damit wird die Gesellschaft zukunftsfähiger, und zwar in dem Sinne, wie es Hans Jonas einmal beschrieben hat, der sagte, daß eine Gesellschaft nur dann handlungs- und zukunftsfähig sei, wenn sie einerseits vor den Risiken der Zukunft erschrecke, aber auf der anderen Seite davor nicht kapituliere, sondern die Herausforderungen annehme.

Es ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt, daß es nicht um einen unreflektierten Optimismus geht, sondern daß man vor den Problemen der Zukunft schon erschrecken muß, um sie wirklich so zu würdigen und so ernst zu nehmen, wie sie ernstgenommen werden müssen, um dann auch bewältigt zu werden. Das heißt für mich, daß zur Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft die schonungslose Analyse gehört, die ich in weiten Bereiche vermissen. Ich vermissen sie beispielsweise sehr in bezug auf die Entwicklung des Standortes Deutschland. Es wird nicht mit offenen Karten gespielt, wenn es darum geht, wie negativ sich der Standort Deutschland entwickelt. Auch die Situation des Sozialstaates ist nur noch wenige Jahre so aufrechtzuerhalten, wie sie zur Zeit ist. Ich will auch dies klar sagen: „Schonungslose Analyse“ bedeutet nicht, selektiv das Negative zu betonen. Eine solche Betonung des Negativen haben wir über lange Jahrzehnte erlebt. Die Bevölkerung ist dessen satt. Die Bevölkerung ist es von Herzen satt, einen absoluten Mangel an Erfolgs- und positiven Meldungen zu erleben und immer die einseitige Konzentration auf das, was nicht funktioniert, geboten zu bekommen. Sie können mit Umfragen belegen, daß sich auf Grund einseitiger Konzentration auf negative Berichte in der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten massive Realitätsverluste immer wieder breit machten. Eine schonungslose Analyse sollte also umfassend sein, nicht aber selektiv das Negative betonen.

Wieweit sich eine Gesellschaft zutraut, die Zukunft aktiv zu gestalten, entscheidet ganz wesentlich über ihre Zukunft. Eine Gesellschaft, die sich den Entwicklungen - dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Wertewandelsprozessen oder internationalen Entwicklungen - ausgeliefert fühlt, entwickelt sich anders als eine, die an ihre Macht glaubt, Veränderungen bewirken zu können. Die eine Gesellschaft macht eine kurzfristig orientierte Politik, adaptiv, von außen gelenkt; die andere Gesellschaft gestaltet und fragt wirklich: Wie wollen wir leben, und wie bewerkstelligen wir es, daß wir so leben können, wie wir leben wollen?

Ich denke, daß es heute ein Problem der Politik und der Gesellschaft insgesamt ist, daß viele Fragen noch viel zu defensiv gestellt werden. Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen. Es wird gefragt: Wie stellt sich eine christlich orientierte Partei darauf ein, daß immer weniger Menschen religiös motiviert sind? Muß sie das C nicht eigentlich zurückstellen, um mehrheitsfähig zu bleiben? Dies ist für mich klar ein Beispiel für eine defensive Frage. Die Formulierung dieser Frage ist symptomatisch für die heutige mentale Verfassung des engagierten Christentums: Man deutet den Verfall des Religiösen gleichsam als naturgesetzlich gegeben, als unaufhaltsamen Prozeß, dem man sich nur irgendwie anpassen kann. Man leitet das Selbstbewußtsein in erster Linie von Quantitäten ab, nicht aber von der Qualität dessen, was man vertritt. Man könnte beispielsweise auch fragen: Wie lassen sich christliche Werte auch in einer Schwächephase der religiösen Kultur durchsetzen?

Die zweite Kernfrage ist die nach dem Zeithorizont der Zukunftsgestaltung. Eine Partei, die den Anspruch auf Zukunftsgestaltung erhebt, lenkt den Blick zwangsläufig auf kommende Generationen. Eine Politik, die Zukunft gestalten will, kann sich nicht der Wahrung heutiger Besitzstände verschreiben, wenn diese Besitzstände zu Lasten der Besitzstände kommender Generationen gehen. Dies klingt wie ein Allgemeinplatz, hat aber ganz konkrete Konsequenzen. Es ist beispielsweise ein Raub an den kommenden Generationen, das heutige Sozialstaatsniveau auch nur noch einige Jahre zu verteidigen. Der Umbau des Sozialstaates muß im Interesse der kommenden Generationen eingeleitet werden. Ich denke, daß man Chancen hat, dies mit dem Rückhalt der Bevölkerung zu tun.

Die Bevölkerung denkt in Generationen, aber die Politik nimmt dieses Denkmuster der Bevölkerung nicht auf. Die Bevölkerung will nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkelkinder leben. Wenn die Politik klarmachen würde, daß ein Beibehalten des heutigen Sozialstaatsniveaus bedeuten würde, auf Kosten der Kinder und Enkelkinder zu leben, wäre ein Umdenken in der Bevölkerung durchaus zu erreichen. Man muß Klartext reden. In der Zeit der Rezession, als der Bevölkerung die Belastungsgrenzen der Wirtschaft klarwurden, war die Bevölkerung von einem Tag auf den anderen bereit, vieles zu akzeptieren, was sie vorher nicht akzeptieren mochte. Ob Null-Runden, ob Haustarifverträge, ob Flexibilisierung in jeder Form - plötzlich war die Bereitschaft zur Akzeptanz da. Ich denke, daß man die Bevölkerung in ihrer Einsicht in das Notwendige, in ihrer Opferbereitschaft und in ihrer Gutwilligkeit nicht unterschätzen sollte.

Die dritte Frage ist schließlich, ob wir Zukunftsvisionen nur als Summe der individuellen Wünsche formulieren können oder ob wir hier wirklich um einen Konsens und um eine Gemeinschaftsvorstellung ringen. Auch die Antwort auf diese Frage führt zu völlig anderen Ansätzen in der Politik. In dem einen Fall kann es nur noch darum gehen, die verschiedenen individuellen Interessen und Gruppeninteressen auszutarieren, sie irgendwie in Einklang zu bringen.

Im anderen Fall tritt in den Vordergrund, daß man um gemeinsamen Ziele und Werte ringt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich mehr und mehr ein Verständnis von Politik ausgebreitet, das auf Austarieren verschiedener Gruppeninteressen ausgerichtet ist. Demgegenüber trat die Überzeugung zurück, daß man gemeinsame Werte durchsetzen könnte. Man sieht, daß sich auch in der Bevölkerung die Perspektive verengt hat. Der Nahbereich ist immer stärker in den Vordergrund gerückt. Die Bereitschaft zu einem Engagement über den Nahbereich hinaus ist zurückgegangen. Die Gewichtung zwischen Einzel- und Gruppeninteressen hat sich beträchtlich verschoben. Leitmotiv war die Ausdehnung der individuellen Freiheit. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, an dem die Bevölkerung plötzlich die negativen Begleiterscheinungen einer nicht wertgebundenen individuellen Freiheit zu reflektieren beginnt. Das heißt, sie beginnt plötzlich zu reflektieren, daß beispielsweise die sinkende Bereitschaft, Regeln zu akzeptieren, die Gemeinschaft und damit alle schädigt. Diese sinkende Bereitschaft konnte man in den letzten Jahrzehnten sozusagen mit Händen greifen. Die Akzeptanz von Aussagen wie „Das ist in Ordnung“ oder „Das ist nicht in Ordnung“ veränderte sich dramatisch, insbesondere wenn es um anonyme Kassen wie beispielsweise die des Staates oder die von Solidargemeinschaften ging. Die Einstellung zu Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Ladendiebstahl, Mißbrauch von Sozialleistungen hat sich im Sinne einer laxeren Haltung in der Bevölkerung dramatisch verändert. Jetzt aber wird der Bevölkerung plötzlich bewußt, daß sie selbst der Geschädigte bei dieser Entwicklung ist. Es ist kein Zufall, daß selbst ein so schnell geschriebenes Buch wie „Der Ehrliche ist immer der Dumme“ die Bestsellerlisten stürmt, weil Erkenntnisse in dieser Richtung mit einem tiefen Mißbehagen in der Bevölkerung einhergehen.

Eine weitere negative Entwicklung, die die Bevölkerung zunehmend verunsichert, ist die sinkende Bereitschaft, Bindungen und Verpflichtungen einzugehen und sich zu engagieren. Die Bereitschaft zu kurzfristigem projektgebundenen Engagement im Nahbereich ist durchaus da, aber darüber hinausgehend wird es außerordentlich schwierig. Besonders interessant finde ich, daß die in den letzten Jahrzehnten bestehende Überzeugung, man könne Engagement vor allen Dingen über Kritik und Mißtrauen stimulieren, genau das Gegenteil bewirkt hat. Man stimuliert Engagement nicht, indem man alle Institutionen, alle Parteien als mißtrauenswürdig kennzeichnet und als Gruppierungen beschreibt, denen der Bürger mit Mißtrauen begegnen muß. Engagement wird vielmehr dann stimuliert, wenn es der Bevölkerung wert erscheint, sich in bestimmten Bereichen zu engagieren. Das Mißtrauen gegen alle Institutionen und politischen Kräfte trocknet die Bereitschaft zu Engagement aus. Das heißt für mich auch, daß man denjenigen entgentreten muß, die sich wie „König Midas verkehrt“ verhalten. Alles, worauf ihr Blick fällt, wird zu Dreck statt zu Gold, und alles scheint nur kritikwürdig, nichts aber anerkennenswert zu sein.

Eine Gesellschaft, die der individuellen Freiheit so große Bedeutung beimißt, muß Bürgertugenden entwickeln und Leitbilder für Engagement, Selbstlosigkeit und Gemeinwohlorientierung schaffen. Sie muß Anerkennungsmechanismen für Personen schaffen, die sich diesen Werten verschreiben. Solange wir jeden Turniersieg eines Tennisspielers oder jeden Rekord im Hochsprung mehr würdigen als Engagement für die Gesellschaft, so lange brauchen wir uns nicht zu wundern, daß zwar der Breitensport blüht, aber nicht das selbstlose Engagement.

(Beifall)

Das Kernproblem der letzten Jahrzehnte war meines Erachtens nicht die hohe Wertschätzung von individuellem Freiheitsspielraum und von Selbstverwirklichung, sondern die ichbezogene Auslegung dieser Ziele. Engagement für andere ist auch eine Form der Selbstverwirklichung. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn eine Gesellschaft die Orientierung am Eigeninteresse fördert, nicht aber die Orientierung an Gruppen- und an Gemeinwohlinteressen.

Eine freie Gesellschaft ist immer eine harte Gesellschaft. Ich denke, daß man sich auch darüber klar sein muß. Ob sie eine unmenschliche Gesellschaft wird, hängt von der freien Entscheidung dieser Gesellschaft ab. Es ist die Frage, welchen Wertehaushalt sich diese Gesellschaft gibt. Sie kann sich einen Wertehaushalt geben. Wertewandlungsprozesse vollziehen sich nicht naturgesetzlich und unbeeinflussbar. Sie sind prägnant. Die Bevölkerung ist heute mehrheitlich ganz klar der Auffassung, daß sich die Gesellschaft ökonomisch und außenpolitisch zwar in vieler Hinsicht positiv entwickelt hat, daß sie sich aber, was das Binnenklima angeht, negativ entwickelt hat. Die Bevölkerung zieht eine sehr pessimistische Bilanz, was das Binnenklima in dieser Gesellschaft angeht, hält das Stichwort „Ellenbogengesellschaft“ für ein passendes Etikett und fordert die Wende ein. Anfang der 80er Jahre wurde der Ruf nach einer geistig-moralischen Wende von der Mehrheit belächelt. Heute wird die geistig-moralische Wende von der großen Mehrheit der Bevölkerung gefordert. Wir leben zur Zeit in einer Wendezeit, in einer offenen Situation. Die Frage ist nur, ob die Kräfte vorhanden sind, um diese Offenheit zu nutzen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank, Frau Dr. Köcher. Ich gebe das Wort unmittelbar an Sie weiter, sehr verehrter Herr Professor Treusch.

**Prof. Dr. Joachim Treusch:** Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Als Naturwissenschaftler werde ich naturgemäß in etwas anderer Richtung bürsten. Lassen Sie mich Ihnen zunächst danken. Ich bin glücklich, hier zu sein und mit Ihnen über das Thema „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ zu sprechen. Wenn ich 1982 in Kollegenkreisen gesagt hätte, im Jahre 1995 werde ein CDU-Parteitag stattfinden, der sich einen ganzen Tag, von morgens bis abends, mit Forschung und Zukunft beschäftigt und bei dem die Delegierten, obwohl es nicht regnet, nicht spazierengingen, hätte man es mir nicht geglaubt. Ich bin dankbar dafür, daß meine Kleinmütigkeit von vor 13 Jahren durch die Wirklichkeit überholt ist.

(Heiterkeit und Beifall)

In den letzten beiden Jahren, speziell im Superwahljahr, wurde heftig über den Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort Deutschland debattiert. Ich halte die Sequenz „Wollen, wissen, können, tun“ für eine richtige Sequenz menschlicher Aktivitäten. Man muß zunächst über das Wollen nachdenken, bis man dann zum Tun kommt. Die Standortdebatte der letzten zwei Jahre hat sich überwiegend mit der Schnittstelle zwischen Wissen und Können beschäftigt: Wie kann man wissenschaftliche Ergebnisse schnell in Innovation umsetzen? Die Stichworte lauteten „Beschleunigung“, „Effizienzsteigerung“ etc. Ich finde, es ist eine Erholung, daß heute hier über die Frage gesprochen wird, was wir wollen, welche Innovation überhaupt wichtig ist, wohin die Reise gehen soll, ob wirklich stetig beschleunigt werden muß. Heute morgen ist schon das Stichwort von der intelligenten Verlangsamung gefallen, womit nicht ein Abbremsen gemeint ist. Gemeint ist, nachdenklich Gas zu geben und in die richtige Richtung zu steuern. Es ist die Frage, ob nicht auch das Stichwort von der intelligenten Verlangsamung für den Gewinn der Zukunft notwendig ist.



In diesem Zusammenhang erscheint mir bei unserem Thema, wie wir in Zukunft leben wollen, auch die Frage wichtig: Wer ist „wir“? Bezieht sich dies auf jeden einzelnen, die Familie, die Gemeinde? Sind wir Männer, wir Frauen, wir in Deutschland oder wir in Europa gemeint? Oder müssen wir nicht - auch das ist heute morgen angesprochen worden - auf Grund der zunehmenden Globalisierung auch das „wir“ global verstehen? Können wir sozusagen noch baden-württembergisch, deutsch oder europäisch träumen? Träume sind wunderbar. Man muß den Rahmen wahrscheinlich aber weiter abstecken. Als Naturwissenschaftler kann ich nur für die globale Betrachtungsweise plädieren.

Das heißt überhaupt nicht, daß ich nicht hoffe - wie Sie alle sicherlich auch -, daß eine große Vielfalt kultureller und sozialer Ausprägungen auf unserem Globus bestehenbleibt. Die Preisverleihung am vergangenen Sonntag war für mich in dieser Hinsicht nach all den vorhergehenden Diskussionen ein ermutigendes Beispiel. Die Endlichkeit fossiler Energievorräte, die Sauberkeit der Atmosphäre, die Verfügbarkeit der knappen Ressource Wasser oder der schleichende Verlust des genetischen Reichtums kümmern sich nicht um Grenzen. Dies gilt sowohl räumlich wie zeitlich. So ist z. B. unsere Zukunft hier in Deutschland in 100 Jahren sicherlich auch vom Energieverbrauch der Chinesen abhängig. Chinesisches CO<sub>2</sub> gehorcht nicht nur denselben Gesetzen wie deutsches CO<sub>2</sub>; es ist dasselbe. Sie beginnen zu begreifen, daß der Bundeskanzler offenbar Menschen in seinen Technologierat berufen hat, die dem alten Vorurteil widersprechen: Man nehme drei Wissenschaftler, dann bekommt man drei Meinungen. Herr Frühwald, Herr Markl und ich sind bis in viele Details genau einer Meinung.

Ich möchte Ihnen jetzt vier wesentliche Felder nennen, von denen ich meine, daß sie nicht nur Gegenstand eines möglicherweise zu erreichenden Konsenses sein sollten. Diese vier Felder kennzeichnen vielmehr Handlungsnotwendigkeiten. Es stellt sich die Frage: Was müssen wir in 20 Jahren wollen, um der Gefahr des Verlustes der Zukunft zu begegnen? Wenn ich Ihnen diese vier Felder nenne, werden Sie feststellen, daß sie sich wenig oder gar nicht von denen unterscheiden, die Herr Markl genannt hat. Ich will Ihnen vorweg einen Sachverhalt darstellen und erklären, im Zusammenhang mit dem Herr Frühwald mich zitiert hat und Herr Markl ebenfalls ein Zitat angeführt hat. Ich will diesen Sachverhalt erläutern, damit das Wachstum für Sie etwas plastischer wird. Sie wissen, daß das Wachstum der Erdbevölkerung derzeit exponentiell oder gar überexponentiell ist. Was heißt das? Ich gebe Ihnen ein ganz einfaches Beispiel, das Sie sicherlich nie vergessen werden. Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen ganz normalen Kücheneimer mit einem Fassungsvermögen von 10 l und wollten diesen mit Wasser füllen. Sie tun dies auf eine etwas unorthodoxe Art, nämlich mit einer Apothekerpipette. Sie füllen einen Tropfen in den Eimer und warten dann drei Sekunden, bis Sie zwei Tropfen einfüllen. Sie warten wiederum drei Sekunden, dann füllen Sie vier Tropfen in den Eimer. Die Frage ist, wann der Eimer voll ist, wenn Sie ihn entsprechend dem dargestellten Verfahren füllen. Denken Sie einmal darüber nach, wann der Eimer nach Ihrer Einschätzung voll wäre. Bei Theologen reichen die Antworten bis zu fünf Jahren.

(Zuruf: Das ist das gleiche wie bei dem Schachbrett!)

Der didaktische Vorteil meines Beispiels ist der der Endlichkeit. Einen Kücheneimer kann man sich noch vorstellen, während sich ein so riesengroßes Schachbrett keiner mehr vorstellen kann. Es dauert nicht fünf Jahre und auch nicht eine Viertelstunde, sondern nur eine Minute, bis der Eimer voll ist. Wenn Sie den ganzen Globus mit einem Radius von 630 km

nehmen, brauchen Sie - jetzt werden Sie wieder erschrecken - vier Minuten, um ihn zu füllen. Sie können die drei Sekunden Verdoppelungszeit bei dem von uns gerade gewählten Beispiel auf die 35 Jahre Verdoppelungszeit, die die Menschheit derzeit hat, oder die 20 Jahre Verdoppelungszeit bei dem Verbrauch der Energieressourcen übertragen. Dann ergibt sich z. B. folgendes: Wenn die ganze Erde aus Kohle wäre, wäre sie, wenn wir so wie derzeit weitermachen würden, in 600 Jahren aufgebraucht. Bei Uran wären 800 Jahre der entsprechende Wert. 800 Jahre sind, wenn man rückwärts rechnet, ja nicht so lange hin. Es lohnt sich also, über solche Beispiele nachzudenken. Der Gedanke, daß quantitatives Wachstum so nicht weitergehen kann, ist also kein Thema einer möglichen Diskussion unter Naturwissenschaftlern verschiedener Couleur, sondern wir haben es hier schlicht und einfach mit Mathematik zu tun, die uns gewissermaßen einholt.

Ich will Ihnen mit dem genannten Beispiel noch etwas anderes verdeutlichen. Wenn der erste Eimer voll ist, könnte der kluge Hausmann sagen: Dann stelle ich einen zweiten Eimer daneben. - Dieser wird aber genauso schnell voll. Wenn sich z. B. die wissenschaftliche Produktion der Amerikaner derzeit alle 13 Jahre verdoppelt, wird in den nächsten 13 Jahren - dies entspricht dem zweiten Eimer - genausoviel passieren wie in der ganzen Zeit zuvor. Damit wollte ich Ihnen die Dimension dessen, was heute vormittag dargestellt worden ist, noch einmal ins Bewußtsein rufen.

Als die vier wesentlichen Felder betrachte ich die folgenden Problemkreise:

Erstens ist der demographische Wandel mit Null-Wachstum hier und Bevölkerungsexplosion dort zu nennen. In bestimmten Bereichen der Welt steigt die Bevölkerungszahl um bis zu 4 % im Jahr. Wir kommen dann auf eine Verdoppelungszeit von 22 Jahren. Dies gilt für manche afrikanische Staaten. Ich erinnere an die vielfältigen Konsequenzen dieses demographischen Wandels für die Altersstruktur, die Arbeitsverteilung bzw. das, was wir strukturelle Arbeitslosigkeit nennen, sowie für Renten- und Gesundheitssysteme. Heute vormittag ist auf den '68er Babyboom hingewiesen worden, der sich langsam durch die Bevölkerungspyramide der Bundesrepublik hindurchschiebt. Diese Pyramide wird immer pilzähnlicher und hat oben irgendwann dann die dicke Kappe des '68er Babybooms. Darunter gibt es wie beim Fliegenpilz eine zweite Kappe; das sind die Kinder der um 1968 Geborenen. Diese Kinder strömen jetzt durch die Schulen. In 30 Jahren wird sich dies wiederholen. All dies muß man berücksichtigen. Vom Migrationsdruck will ich hier gar nicht erst reden.

Als zweites Feld ist der Energieverbrauch zu nennen. Die Verdoppelungszeit in diesem Bereich liegt nicht wie beim Bevölkerungswachstum bei 35 Jahren, sondern bei etwa 20 Jahren. Diese Entwicklung ist nicht durchhaltbar, und zwar sowohl von den Ressourcen wie von der Entsorgung her. Das CO<sub>2</sub>-Problem wurde bereits angesprochen. Ich nenne weiterhin das Sicherheits- und Entsorgungsproblem bei der Kernenergie sowie Verfügbarkeit und Preis bei den regenerativen Energien.

Das dritte wesentliche Feld ist die intelligente Nutzung materieller Ressourcen. Dieser Problemkreis reicht von der Trinkwasserverschmutzung über die Müllhalden und die nicht recycelbaren Autos bis hin zu Fehlern bei der agrarischen Produktion. Hier muß entmaterialisiert werden.

Als vierter Problemkreis sind schließlich Information, Kommunikation und Verkehr anzusprechen. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch das Sprachproblem, wobei allerdings nicht nur an das Problem der Sprache im Blick auf die verschiedenen Kulturen - Geisteswissen-

schaft und Naturwissenschaft, Chinesen und Europäer - zu denken ist. Es ist auch an die „Sprachprobleme“ zu denken, die man hat, wenn man vor dem Computer sitzt. Es ist eine überaus wichtige Aufgabe, den Informationsmüll zu durchforsten und wirklich wichtige Informationen herauszufiltern. Vor dieser wichtigen Aufgabe stehen wir relativ hoffnungslos, aber wir müssen sie dennoch anpacken. Der Verkehrskollaps betrifft sowohl die Informationen als auch den praktischen Verkehr. Man kann Verkehr so „hervorragend“ organisieren, daß alle Autos stehen. Wir haben das heute vormittag gehört.

Obwohl ich Ihnen damit nur vier Problemkreise relativ abschließend im naturwissenschaftlich-technischen Bereich - nur auf diesen Bereich beschränke ich mich; den sozialwissenschaftlichen Bereich klammere ich aus, da andere in diesem Bereich kompetenter sind als ich - dargestellt habe, bin ich wie Herr Frühwald und Herr Markl der Meinung, daß es nie einen so vielversprechenden Ansatz für die Problemlösung gab wie heute, weil wir die Probleme heute wesentlich besser erkennen und weil wir sie inzwischen in einer Breite und mit einer Intensität diskutieren, wie ich es bis jetzt noch nicht erlebt habe. Das heißt, wir haben Chancen, diese Probleme zu lösen. Diese Chancen haben wir nicht zuletzt deshalb, weil die Jugend sehr aktiv und positiv gestimmt ist. Ich kann das bei den jungen Menschen beobachten, die bei uns als Nachwuchs in den Forschungsbereich gelangen.

Ich möchte Ihnen zum Schluß zu jedem der genannten Problemkreise noch eine These vortragen. Zum Bereich des demographischen Wandels ist dies folgende These: Entwicklungshilfe, intelligent geleistet - damit ist gemeint, daß nicht einfach Güter hinüberschoben werden, sondern daß nachdenklich kooperiert wird -, ist ein Beitrag zur Ermöglichung künftiger Innenpolitik. Andersherum gesagt: Ohne Entwicklungshilfe wird die Frage nach unserer Innenpolitik bald keine Frage mehr sein. Wie Teilen, um zu gewinnen, funktioniert, hat man mutatis mutandis im Prinzip in den letzten fünf Jahren im Verhältnis zwischen den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern gesehen.

Meine These zum zweiten Problemkreis: Ein ideologiefreier Energiekonsens, der auf absehbare Zeit einen Energiemix beinhalten muß, ist drängend.

Die These zum dritten Problemkreis lautet: Verringerung und Schließung von Materialströmen in einer zunehmend intelligenten Produktion - wie gesagt, industriell und agrarisch - sind zwingend.

Im Blick auf den vierten Problemkreis formuliere ich schließlich die folgende These: Je stärker die Informationsflut wächst, um so wichtiger werden qualifizierte Bildung und Ausbildung. Wir sollten die Chancen nutzen, die derzeit daraus resultieren, daß unsere europäischen Nachbarn, vor allem England, ihre Investitionen - was ich im übrigen bedaure - in Forschung und Ausbildung herunterfahren. Wir sollten unsere Chancen nutzen, um dieses Loch antizyklisch zu füllen. Man wird für den Globus in den nächsten Dekaden und im nächsten Jahrhundert Forschung auf der Basis guter Bildung brauchen, denn nur derjenige, der gut gebildet ist, kann die Frage nach der Zukunft überhaupt vernünftig stellen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank, Herr Professor Treusch. Auch diesen Vortrag kommentiere ich nicht. Ich gebe das Wort direkt weiter an Herrn Dr. Schilly. Bitte!

**Dr. Konrad Schilly:** Meine Damen und Herren! Auch ich muß einräumen, daß ich mir die Zukunft ohne D-Mark schwer vorstellen kann. In dieser Hinsicht empfinde ich wie viele Bundesbürger.

(Heiterkeit)

Ich konnte mir bisher nicht vorstellen, daß ein so großes Gremium wie der Parteitag solchen Vorträgen, wie sie heute vormittag zu hören waren, so geduldig und vom Herzen her zuhört. Dafür möchte ich Ihnen ein Kompliment aussprechen.

Eines der Themen, die gestern und heute angesprochen worden sind - auch Herr Ministerpräsident Teufel hat dieses Thema in seinen Eingangsbemerkungen angesprochen -, ist das Verhältnis von Staat und Bürger. Bundeskanzler Kohl hat gestern gesagt, Umdenken heiße, das Prinzip Verantwortung zum Leitmotiv zu machen. Dabei seien die Deutschen in Ost und West gefordert. Unter den kommunistischen Diktaturen habe die organisierte Verantwortungslosigkeit geherrscht. Im Westen hingegen habe es die Bereitschaft gegeben, etwas zu wagen. Aber auch bei uns habe die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, erschreckend abgenommen. Er hat weiter gesagt, wir müßten dieses Prinzip Verantwortung eigentlich neu einüben, beginnend in der Schule. Ich meine, daß wir in dieser Hinsicht einen großen Handlungsbedarf haben.

Wir müssen eine neue Allianz zwischen den Bürgern in ihrer Vielfalt und der Kreativität entwickeln. Der Staat muß sich sicher aus vielen Bereichen mehr und mehr zurückziehen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, das bisher sozialdemokratisch regiert wurde und jetzt von einer rot-grünen Koalition regiert wird. Die bereinigte Sammlung aller Schulvorschriften in Nordrhein-Westfalen stammt nicht aus dieser Legislaturperiode, sondern ist schon acht oder neun Jahre alt. Sie umfaßt 1 032 Dünndruckseiten mit unzähligen Paragraphen. Wenn ein Lehrer alle diese Vorschriften beherrzigt, kann er nicht mehr unterrichten.

(Heiterkeit und Beifall)

Schon gar nicht kann er Freiheit und den aufrechten Gang in der Klasse vorleben. Wir haben - auch das ist mehrfach angeklungen; ich wiederhole einiges in anderer Formulierung - nicht nur einen Versorgungsstaat, sondern teilweise auch einen Versorgungsimperialismus entwickelt. Das Schlimme daran ist nicht der soziale Gedanke, sondern es sind die Massen von Privilegien, die wir gebildet haben. Diese Privilegien finden sich überall. Diese Privilegien sind nicht nur im öffentlichen Dienst, der deswegen immer kritisiert wird, sondern auch in dem von mir hier vertretenen Bereich, der Hochschule, zu finden. Sie sind in diesem Bereich recht umfanglich. Ein Beispiel: Ich kenne Professoren, die gerade einen Tag in der Woche in ihrer Universität sind. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und will deshalb auch ein Beispiel aus dieser Region vortragen. Der allgemeine Bergarbeiterzuschlag gilt selbstverständlich auch für die über Tage Arbeitenden. Eine Chefsekretärin, die natürlich über Tage arbeitet, erhält also ebenfalls den Bergarbeiterzuschlag. Sie ist eine von den neun unter zehn Arbeitnehmern bzw. Arbeitnehmerinnen, die über Tage arbeiten. Nur einer unter diesen zehn Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern ist Kumpel, der unter Tage arbeitet. Das sind Privilegien, wie wir sie auch bei der Bahn und bei der Post, die inzwischen privatisiert worden sind, kennengelernt haben. Diese beiden Bereiche sind meines Erachtens gerade noch rechtzeitig privatisiert worden, wenn auch mit erheblichem finanziellen Aufwand.

Ich meine, wir sollten nicht mit Schlagworten des Klassenkampfes arbeiten, die bei uns immer noch eine gewisse Rolle spielen, wenn wir sagen, wir seien gegen Eliten und gegen Leistung. Wir müssen die Hochschulen zu Zukunftswerkstätten machen. Im Rahmen dieses Prozesses müssen die Hochschulen auch selber den aufrechten Gang im Sinne von Eigenverantwortung üben. Das heißt nicht, daß die Hochschulen das Prinzip Freiheit verordnet bekommen

und dann um die entsprechende Durchführungsverordnung bitten sollten. Das wäre innerer Leninismus. Dieser wird bei uns immer noch geübt. Hier liegt ein Handlungsfeld für uns. Wenn wir Kreativität wirklich entstehen lassen wollen, müssen wir in diesem Bereich zu Handlungen kommen. Der Staat kann eben nicht alles tun. Der Staat sollte die Grundprinzipien von Recht und Sozialität sichern. Ich glaube auch nicht, daß unsere Gesellschaften, unsere Jugendlichen und die Studierenden unchristlicher sind, selbst wenn man nicht mehr in die Kirche geht. Das Christentum ist für sie ein Wert. Die nicht durchschaubare, kolossoartige Organisation ist ihnen aber suspekt.

(Beifall)

Ich glaube, wir brauchen nicht nur eine Lösung und nicht nur eine Vision, sondern viele Lösungen, damit sich die beste durchsetzen kann. Auch das ist heute mehrfach angeklungen.

Wir sollen uns bei den Eingangsstatements kurz fassen. Ich möchte mit einem Beispiel aus dem Bereich meiner kleinen Hochschule schließen. Zu irgendeinem Zeitpunkt bekam diese kleine Hochschule - Gott sei Dank - Geld. Sie bekam es von der öffentlichen Hand und konnte damit bauen. Diese Hochschule ist eine private Hochschule. Sie hat einen Präsidenten und 700 Studierende, die immer aufpassen, daß der Präsident keine dummen Sachen macht. Die Studierenden kamen sofort zu mir und sagten: Wenn Sie all das allein bauen, werden das in Stein gegossene Irrtümer. - Ich habe daraufhin gesagt: Okay, wir machen das zusammen. - Die Studierenden haben die Bauentwürfe in die Hand genommen, Architekten eingeladen und den ganzen Bau in der Planung begleitet. Es wurde zwölf Monate lang geplant und genehmigt; die öffentlichen Behörden - Land und Stadt, mittlere und obere Baubehörde usw. - waren immer dabei. In 18 Monaten war das Bauvorhaben mit 70 000 m<sup>3</sup> umbautem Raum abgeschlossen. Es handelt sich dabei um eines der Bauvorhaben in Nordrhein-Westfalen, das mit öffentlichen Mitteln finanziert wurde und bei dem der Preisrahmen nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten wurde. Die jungen Menschen von heute sind zu ungeheuer viel bereit; man muß sie nur zum Zuge kommen lassen. Man darf sie aber nicht in Studentenverbänden ersticken oder wegrationalisieren. Es darf in einer Hochschule nicht so sein, daß gesagt wird, die Studierenden hätten die Möglichkeit, in allen Gremien mitzuarbeiten, daß sie aber letztlich nichts zu sagen haben. Wenn so verfahren wird, werden die Menschen - so ist es übrigens auch in jedem Betrieb - sagen: Ich kann mich engagieren und reden, was ich will - mich hört keiner, mich lobt keiner, also ist alles unnütz. Ich ziehe mich zurück.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum sich die Jugendlichen heute im Bereich der Entwicklungshilfe viel lieber bei den non-governmental organizations engagieren, und zwar mit großem Einsatz und großem Erfolg. So ist auch der Erfolg von Greenpeace erklärbar. Die Jugendlichen honorieren, daß die Vertreter von Greenpeace für ihre Meinung einstehen und sich dafür sogar anketten lassen, sei diese Meinung nun richtig oder falsch. Die Identität wird erkennbar. Ich habe seit heute die Hoffnung, daß eine Partei wie die CDU eine solche Identität in Zukunft entwickelt.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank, Herr Dr. Schily. Jetzt hat Herr Professor Dr. Rendtorff das Wort.

**Prof. Dr. Trutz Rendtorff:** Meine Damen und Herren! Der Präsident einer Hochschule hat eben eine etwas zugespitzte Bemerkung über die Professoren und deren Präsenz an der

Hochschule gemacht. Sie haben dazu verständnisinnig gelächelt. Ich möchte Sie daran erinnern, daß zu diesem Kongreß fast ein Dutzend Professoren von Ihnen eingeladen worden ist, die insofern natürlich nicht an ihren Universitäten sein können. Auch das gehört zur Kultur.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Dieser Tag wird angerechnet.

**Prof. Dr. Trutz Rendtorff:** Gut! Ich wollte dies nur sagen, damit Sie aus meiner Gegenwart und der von Herrn Treusch keine falschen Schlüsse ziehen.

Als letzter Redner in der Reihe derjenigen, die ein Eingangsstatement vortragen, spreche ich hier als Theologe. Ich möchte das, was wir heute morgen gehört haben, in drei Punkten unterstreichen und in gewisser Weise auch zusammenfassen und kommentieren.

Erstens möchte ich etwas zu der Ungewißheit unseres Zukunftswissens sagen. Die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, hat ihre Tücken. Die Zukunft ist nach menschlichem Ermessen ein ungewisses Terrain. Wir wissen nicht, was sie tatsächlich bringen wird. Es kann auch niemand voraussehen, ob wir tatsächlich so leben können, wie wir heute meinen, leben zu wollen. Mir scheint es aus folgendem Grunde wichtig zu sein, sich dies klarzumachen. Die Kluft - das ist eine anthropologische Konstante - zwischen Wollen und Vollbringen ist der Anfang jeder Ethik. Diese Kluft ist damit ganz klar ins Auge zu fassen. Deshalb möchte ich auch in meinem Statement an die Aussage anknüpfen, daß die Chance für einen Neubeginn noch nie so gut war wie jetzt. Ich halte es für ein ganz wichtiges Kennzeichen des ausgehenden 20. Jahrhunderts, daß auch die ethische Debatte über naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt und über unsere Lebensverhältnisse wieder Konjunktur hat. Das wird zwar oft belächelt, ist aber ein wesentlicher Beitrag zu dem, was wir uns im Blick auf die Zukunft überlegen und worauf wir achten sollten. Schon in der Bibel steht: Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang. - Dort ist also nicht von Angst die Rede. Es geht vielmehr um das volle Bewußtsein jener Differenz, mit der wir es hier zu tun haben und der wir uns ausdrücklich stellen sollen.

Ich möchte dies einmal auf den hier anwesenden Kreis anwenden. Zur christlichen Ethik gehört die Einsicht, daß es für uns Menschen keine vollkommene Übereinstimmung zwischen Wollen und Vollbringen gibt. Ich habe mich deshalb immer über das Mißverständnis gewundert, christlich oder in christlicher Verantwortung zu leben und zu handeln müsse bedeuten, vollkommen zu sein und ohne Fehl zu leben und zu handeln, also sozusagen ein moralisch Heiliger zu sein. Dabei ist es gerade das im Christentum geschulte Gewissen, welches uns jene Kluft empfinden läßt und uns sensibel für Unvollkommenheit und die Fehlhaftigkeit von Leben und politischem Handeln macht. Der erste der von mir zu formulierenden Punkte ist folglich dieser: Eine Politik, die am christlichen Menschenbild orientiert ist, wird immer für die inneren und äußeren Konflikte Raum haben müssen, die daraus resultieren, daß wir eben nicht über alles verfügen. Eine solche Politik wird diese Konflikte nicht mit falscher Selbstgewißheit verdrängen. Ich unterstreiche bei diesem Punkt das, was heute morgen zur reflektierten Nachdenklichkeit gesagt worden ist. Herr Kollege Treusch als Naturwissenschaftler hat dies mit dem, was er zur intelligenten Verlangsamung gesagt hat, unterstrichen.

Ich möchte nun im Zusammenhang mit der Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen. Herr Kühnhardt hat dazu heute morgen schon etwas gesagt, was ich von mir aus unterstreichen möchte. Aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sollten wir in das 21. Jahrhundert die leidvoll gemachte Erfahrung mitnehmen, daß eine Politik, die einen allumfassenden Plan für die Zukunft zu besitzen meint, eine umfassende Vi-

sion, die sie kraft Gesetzmäßigkeit umsetzen will, lebensgefährlich und freiheitsfeindlich ist. Das gilt sowohl für den Nationalsozialismus wie vor allem für den menscheitsbeglückenden Kommunismus.

Die Antwort auf die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, muß deshalb politisch und ethisch eindeutig so lauten: Wir wollen auf dem Boden der Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates leben, eines Staates, der das Instrumentarium entwickelt hat, mit der Unvollkommenheit und Revisionsbedürftigkeit des Politischen umzugehen. Wir wollen in einem demokratischen Staat in bewußter Bejahung der Grenzen des Staates und der Achtung der Freiheit seiner Bürger leben. Meine Damen und Herren, das ist etwas ganz Elementares. Ich bin aber überzeugt, daß es auch in Zukunft nicht überholt und überflüssig sein wird. Es muß sich als Grundriß der politischen Kultur immer neu bewähren. Ethik hat zwar auch mit Konsens zu tun, aber im Politischen sind jeweils Konflikte ihr konkreter Stoff. In gegenseitiger Achtung und in Achtung der Rechtsordnung miteinander umzugehen ist ein wesentliches Gut, das es uns auch erst erlauben wird, mit den Konflikten und den Herausforderungen der Zukunft richtig umzugehen.

Ich möchte an dieser Stelle an den CDU-Politiker Hermann Ehlers erinnern, der schon vor vielen Jahren auf die Frage, wie wir die Zukunft sehen, geantwortet hat: Wir haben in dieser Welt nur Entscheidungen zu fällen, die vorläufigen Charakter haben. - Damit wird politische Verantwortung nicht degradiert, sondern sie wird vor denjenigen geschützt, die den anstehenden Entscheidungen immer den Charakter von Endzeitstimmung oder moralische Absolutheitsansprüche beimessen wollen. Hermann Ehlers hat auch gesagt: Das Wissen um die Vorläufigkeit der irdischen Ordnung und der politischen Entscheidungen gibt gerade erst die Freiheit zu vorläufigen Ordnungen. - Der Begriff „vorläufig“ beinhaltet immer auch, daß man versucht, vorauszudenken und sich auf die Herausforderungen, die auf uns zukommen, einzustellen.

Was wir nicht wollen - dies ist ein wichtiger Punkt -, ist so etwas wie eine Ökodiktatur. Wir wollen nicht einen weltweisen Herrscher, der allen sagt, was sie tun sollen, weil er über das Wissen insgesamt verfügt. Weil wir genau das nicht wollen, müssen wir uns den Ungewißheiten der Perspektiven stellen, von deren Notwendigkeit Sie gesprochen haben. Die Erarbeitung dieser Perspektiven ist eben nicht anders als auf dem Wege jener Ungewißheiten möglich. Wir wollen keine weltanschauliche oder ökologische Diktatur. Nur das, worüber gegenwärtig Konsens hergestellt werden kann, hat wirklich Zukunft.

Insofern müssen wir den Appell an das Gemeinwohl, der mit Recht immer wieder ertönt, in einer durchaus modifizierten Weise verstehen. Der Appell an das Gemeinwohl - ein altchristlicher Gedanke -, hat im 20. Jahrhundert seine moralische Unschuld verloren. Sowohl der Nationalsozialismus als auch der Kommunismus haben darauf gepocht, daß Gemeinwohl vor Eigennutz geht, daß das Gemeinsame wichtiger sei als das Individuelle. Der richtige Ausgleich von Gemeinsinn und Eigenverantwortung ist deshalb die eigentliche demokratische Tugend. Als Theologe formuliere ich es einmal so: Gegenseitige Achtung in Freiheit und gegenseitige Wahrnehmung in Freiheit sind der realistische Kern der Nächstenliebe.

Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung, wie wir in Zukunft leben wollen, komme ich nun auf einen dritten Punkt zu sprechen, der heute morgen ebenfalls schon angesprochen worden ist. Wir müssen uns fragen: Soll das Band, das Christentum und politische Kultur in der Demokratie verbindet, in Zukunft gelöst oder gar zerschnitten werden? Das in jüngster

Zeit ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Anbringung von Kreuzen hat in bemerkenswerter Weise deutlich gemacht, daß ein wirklich zukunftsrelevanter Klärungsbedarf besteht. Der heftige öffentliche Widerspruch, aber vielleicht mehr noch die heftige öffentliche Zustimmung zu diesem Urteil sind über den regionalen Anlaß hinaus sehr bedenkenswert. Ich betone gleich: Es kann nicht darum gehen, die Autorität und die den Gesetzgeber bindende Kompetenz des höchsten Gerichts in Frage zu stellen. Dies ist nicht das Thema. Als Bürger haben wir aber sehr wohl das Recht zu fragen, ob dieses Urteil, insbesondere seine Begründung, in Kontinuität mit der bisherigen einschlägigen Rechtsprechung unseres höchsten Gerichts steht.

(Beifall)

Wir werden deswegen auch die Gegenfrage stellen dürfen, ob es etwa der Anfang für einen neuen, anders ausgerichteten Weg der Rechtsprechung und des Verhältnisses von politischer Kultur und Christentum sein soll. Das ist meines Erachtens eine ganz wesentliche Frage. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Schutz der Religionsfreiheit zu den fundamentalen Grundrechten des einzelnen gehört, die der Staat zu achten verpflichtet ist. Daß niemand zum Glauben und zum Bekenntnis gezwungen werden kann, ist aber nicht eine Einsicht, die sich der säkulare Staat ausgedacht hat. Es ist vielmehr eine ursprüngliche christliche Einsicht, daß niemand zum Glauben gezwungen werden kann. Dies kann nicht als ein Argument für die Trennung von Religion und Kirche von Politik und Staat ins Anspruch genommen werden.

Ich will ein Weiteres hinzufügen: Die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten ist gerade ein Gebot, das nicht auf die Starken beschränkt ist, die zu selbständiger Durchsetzung ihrer Interessensansprüche fähig sind. Es ist vielmehr ein Gebot, ein Grundrecht, das gerade dem Schwachen, dem Hilfsbedürftigen gilt: Wenn ein Symbol stellvertretend für diesen Gehalt der Menschenwürde Geltung hat, dann ist es doch wohl das Symbol des Kreuzes. Die Frage, die wir meines Erachtens in der Zukunft zu beantworten haben, lautet: Sollen wir in Zukunft auf die öffentliche Wahrnehmung und die öffentliche Beachtung dieses inneren Maßstabes unserer politischen Kultur aus rechtstechnischen Gründen verzichten? Wie wollen wir in Zukunft leben? Sollen wir auf eine Kultur unter Abzug von Christentum verpflichtet werden? Ich füge gleich hinzu: Das ist nicht die Auffassung des Gerichtes. Das Urteil ist aber Anlaß für eine Auseinandersetzung mit dem Trend zur Privatisierung des Christentums.

Es gibt auch einen Trend zur Unterstützung der bequemen Auffassung - Herr Schily hat dies eben angesprochen -, das Christentum sei eine exklusive Angelegenheit der Kirchen, man könne das Christentum allein ihnen überlassen. Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen. Heute wird viel von der Bewahrung der Schöpfung gesprochen. Gerade in manchen kirchlichen Kreisen wird dies so verstanden, Bewahrung der Schöpfung heiße bremsen, der Natur das Wort überlassen. Die Natur solle sagen, wo es entlanggeht. Nach christlichem Verständnis kann Bewahrung der Schöpfung aber gerade nicht in diesem Sinne verstanden werden. Zur Schöpfung gehört, wie Martin Luther gesagt hat, daß wir es Gott verdanken, daß er uns mit Vernunft ausgestattet hat. Zur Bewahrung der Schöpfung gehört deshalb auch, daß wir unsere Vernunft bewahren. Zur Bewahrung der Schöpfung gehört unsere ganz spezifische Verantwortung für das Leben in der Natur und mit der Natur. Wir dürfen diese spezifische Verantwortung nicht an ökologische Phantasien oder an eine Naturphilosophie abgeben.



Es ist auch noch in einer anderen Hinsicht wichtig, daß das Christentum und die politische Kultur nicht nur eine Angelegenheit der Kirchen sind. Ich denke an die Begegnung und das Zusammentreffen verschiedener Kulturen. Sie alle wissen, daß es gegenwärtig eine große Debatte über den cultural war, über den clash of cultures gibt. Dies ist heute auf dem Parteitag auch schon zum Ausdruck gebracht worden. Was wir nicht wollen, ist ein neuer religiöser oder kultureller Bellizismus. Toleranz üben und anderen Religionen begegnen kann nur derjenige, der selbst einen klaren, festen, in Werten und Normen begründeten Standpunkt hat. Derjenige, dem alles egal ist, kann andere auch nicht verstehen.

(Beifall)

Ich komme zum Schluß. Ich meine, daß die Säkularisierung, von der soviel gesprochen wird, sich dem Ende zuneigt. Frau Köcher hat dazu sehr interessante Bemerkungen gemacht. Diese Säkularisierung ist ohnehin nur ein europäisches Phänomen. Europa ist sozusagen eine Insel der Säkularisierung in einer von Religionen und religiösen Bewegungen durchbrauten Welt. Deshalb ist es wichtig, daß wir wissen: Menschenrechte und Toleranz - auch bei zunehmendem Pluralismus - müssen begründet sein. Sie müssen mit einem Standpunkt verbunden sein, der es uns erlaubt, mit dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ethisch verantwortbar umzugehen. Christentum und politische Kultur zusammenzuhalten ist deshalb auch ein für die Zukunft gefragter Beitrag auf dem Weg in ein Zeitalter, das viel mehr ethische Verantwortung von uns verlangt, als wir sie in früheren Zeiten nötig hatten.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Herr Professor Rendtorff, auch Ihnen danke ich sehr herzlich. - Wir kommen jetzt, wie ich bereits angekündigt habe, direkt zur Diskussion. Es liegen bereits zwei Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, daß zunächst einige Fragen gesammelt werden und anschließend geantwortet wird.

Auch ich möchte mir erlauben, eine Frage an Sie, Herr Professor Treusch, zu richten. Es ist der schöne Begriff von der „intelligenten Verlangsamung“ geprägt worden. Frage: Können wir uns diese intelligente Verlangsamung leisten? Läßt uns die Entwicklung Zeit dazu?

Ich stelle diese Frage nicht nur deshalb bewußt an Sie, weil dieser Begriff von Ihnen gerade bejaht worden ist, sondern auch, weil Sie Dutzende und Aberdutzende Veröffentlichungen zum Halbleiterbereich gemacht haben. Genau da möchte ich meine Frage ansetzen.

Wir haben in Deutschland jahrelang den Chip unter der Überschrift „Jobkiller“ diskutiert. Derweil sind uns andere Länder, wie Japan und die USA, in diesem Bereich davongezogen. Passt nicht im Augenblick in unserem Land wieder das gleiche mit dem Thema Gentechnologie?

(Beifall)

Die Frage ist also: Können wir uns das leisten, was vor Jahren im Zusammenhang mit der Kernenergie Professor Lübke in Zürich mit einer Begriffsschöpfung, die ich hochinteressant finde, nämlich dem „Moratoriums-Nein“ benannt hat. Er hat gesagt: Wer etwas nicht voll übersehen, der sagt zunächst nicht endgültig nein, sondern er sagt ein Moratoriums-Nein, er will Zeit gewinnen. Aber läßt man uns diese Zeit? Diese Frage muß man, glaube ich, schon stellen. - Wollen Sie direkt darauf antworten?

**Prof. Dr. Joachim Treusch:** Gerne gleich, weil das Thema heiß ist. - Um jedes Mißverständnis zu vermeiden: Ich bin ausdrücklich dafür - wir machen das in der KFA Jülich selber - , die Möglichkeiten beispielsweise der Gentechnik zu nutzen.

Jetzt zu Ihrer Frage: Herr Beckurts, mein Vorgänger - ich war mit ihm sehr befreundet -, ist in der Zeit, die Sie gerade beschrieben haben, als uns der Weltmarkt weglief, zu Siemens gegangen. Da war die Frage: Was tut man? Uns waren die Speicherchips sozusagen wegge-  
laufen.

„Intelligente Verlangsamung“ hieß, sich hinzusetzen und zu überlegen - genau das haben Herr Beckurts und seine Mitarbeiter gemacht -: Wie steigen wir ein? Gebt sinnvoll Gas! Versucht nicht auf dem Markt der Speicherchips die Japaner zu überholen; das schafft ihr eh nicht, sondern begeben euch an die nächste Generation der kundenorientierten Mikroprozessoren. Da machen wir unseren Markt, weil wir dort das einsetzen, was wir können, nämlich Intelligenz.

Parallel dazu ging die eben erwähnte Abkoppelung des Energieumsatzes vom Bruttosozialprodukt. Auch dies ist eine Verlangsamung, aber eine intelligente. Sie führt nicht dazu, daß unser Wohlbefinden verringert wird, sondern dazu, daß man nicht einem Ziel nachläuft, das sich bei einigem Nachdenken als zu kurz gefaßt erweist.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Dr. Hansen, Rheinland-Pfalz, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans Georg Hansen:** Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an Ihre letzte Bemerkung anknüpfen. Es geht immer um die Frage des Risikos, des Nutzens und der Chance.

Der Aspekt der Informationsflut, der eben genannt worden ist, beschreibt sehr zutreffend, daß wir, viele Kollegen, viele Leute, die mit einer Technologie arbeiten müssen, die sie nicht erlernt haben, Sorge vor dem haben, was auf sie zukommt.

Wenn ich auf der anderen Seite die Chancen sehe, die uns diese Medien bieten, frage ich mich: Wer möchte eigentlich darauf verzichten, beispielsweise auf die Möglichkeit, Patente on line abzufragen? In der Forschung bieten sich allein dadurch Chancen, weil man über Internet die Möglichkeit hat, unmittelbaren Zugang zu dem zu nehmen, was heute an US-amerikanischen Universitäten geforscht wird. Ich kann jedem nur empfehlen, sich bei dem Poststand in der Halle einmal ins Internet einzuklinken. Das geht mit ISDN erheblich schneller als vielleicht zu Hause am Modem. Man muß die Chancen und Risiken gegeneinander abwägen.

Wir müssen auch - Herr Ministerpräsident, Sie haben das angesprochen - die Möglichkeiten der Bildung so verstärken, daß unsere Jugend ganz selbstverständlich da hineinwächst. Auch unsere Mitarbeiter, unsere Kolleginnen und Kollegen sollten, damit sie diese Möglichkeiten nutzen können, einen einfachen Zugang haben.

Lassen Sie mich noch zwei andere Aspekte ansprechen. Ich komme aus einem kleinen Stadtverband, in dem die CDU in 20 Jahren 100 Mitglieder verloren hat. Das ist, statistisch gesehen, nichts Besonderes; das beschreibt eine Situation, wie wir sie eigentlich bundesweit erleben und die auch nicht CDU-spezifisch ist. Ich denke dabei an die Situation der Kirchen, der Gewerkschaften, der großen Vereine bis hin zu den großen Sportvereinen - von einigen Ausnahmen einmal abgesehen. Diese Entwicklung gibt es überall. Sie wird beschrieben als die Abnahme der langfristigen Bindungsbereitschaft.

Das erleben wir auch, wenn wir versuchen, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu bewegen, in der Kommunalpolitik, in den Kommunalparlamenten, in der Partei, in Gremien mitzuarbeiten. Die Bereitschaft, sich dort zu engagieren, geht doch deutlich zurück.

Wir müssen, denke ich, die Frage stellen und beantworten: Was können wir langfristig dagegen tun? Auf einer kurzfristigen Bindungsbereitschaft zur Mitarbeit am Gemeinwohl, mit der jederzeitigen Möglichkeit, sich zurückzuziehen - ex und hopp, wie es einem gerade gefällt -, kann man ein Gemeinwesen langfristig nicht aufbauen.

Wir müssen also an die langfristige Bindungsbereitschaft herangehen. Die, denke ich, läßt sich nur aufbauen, wenn das Umfeld insgesamt stimmt.

Sie haben auch das Thema Verschlinkung des Staats, Abbau der Bürokratisierung angesprochen. Ich sah eben den Innenminister dort hinten sitzen. Ich weiß von mindestens einem Ministerium in Bonn, wo die Hälfte der Mitarbeiter nur dafür da ist, sich selbst und die andere Hälfte zu verwalten. Da stimmt doch etwas nicht! Darum ist es durchaus richtig, an dieses Thema heranzugehen.

Ich denke daran, daß in meiner Kleinstadt eine städtische Kolonne mit vier oder fünf Mitarbeitern herausfährt, um ein Blumenbeet in Ordnung zu bringen. Dann pflanzt einer Stiefmütterchen, und drei stehen daneben, um zu gucken, ob er das richtig macht. Das sehen die Bürger. Auch da ist doch etwas nicht in Ordnung, und man braucht sich über die Distanz zum Staat und über Kritik nicht zu wundern. Das sind, meine ich, Aspekte, wo man etwas tun kann und wo man etwas machen müßte.

Es gibt den Aspekt der Wertevermittlung. Hier ist sehr viel zum Kruzifixurteil gesagt und kritisiert worden. Ich will dem nicht widersprechen, was dazu gesagt worden ist; das hat alles seine Richtigkeit. Aber es gibt auch etwas Positives: Wenn ich sehe, daß in Bayern und auch anderswo 70 000 Menschen und mehr für das Kruzifix auf die Straße gehen, dann hat diese Diskussion über das Kruzifixurteil für die Wertevermittlung in unserer Republik mehr gebracht als viele andere Broschüren, die wir bisher beschlossen haben.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Hansen. - Ich würde jetzt gerne ein paar andere Wortmeldungen berücksichtigen; es sind zahlreiche bei mir eingegangen. Ich möchte die Damen und Herren auf dem Podium bitten, sich die Wortmeldungen zu notieren und nachher etwas dazu zu sagen.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Ingrid Reichart-Dreyer, Gast für die Freie Universität Berlin auf Einladung des Landesverbandes der CDU Berlin. Bitte, Frau Dr. Reichart.

**Dr. Ingrid Reichart-Dreyer:** Ich möchte an die Frage anknüpfen: Wie können wir langfristige Bindungen erzeugen? Langfristige Bindungen werden durch Taten und durch Erfahrungen viel stärker erworben als durch Worte.

Mein Anlaß, mich zu melden, war die Äußerung von Frau Dr. Köcher: Die Bevölkerung denkt in Generationen, aber Politik nimmt dies nicht auf.

Wir haben in Berlin am nächsten Sonntag Wahl. Es werden Umfragen über die dringendsten Probleme in den Bezirken und im Land insgesamt veröffentlicht. In der Agenda erscheinen als dringlichste Probleme Arbeit, Wohnen und Verkehr, Sicherheit. Die Themen Jugend, Schule, Familie, Hochschule und die Frage der Integration der nachfolgenden Generationen

erscheinen in keiner Umfrage. Woran liegt das? Politik richtet sich nach den Umfragen und gibt ihre Rangordnung in der Reihenfolge, wie sie genannt wird, wieder.

Ich meine, das liegt einmal daran, daß wir bei der Umfrage unterstellen, daß Bürger antworten, daß wir aber in der Realität Individuen vor uns haben, die die Welt von sich aus sehen und ihr dringlichstes Problem nennen. Wir haben also in der Umfrage eine Form von Mehrheitsentscheid.

Innerhalb der Bevölkerung hat etwa ein Drittel der Wahlberechtigten das Problem, Kinder haben, Kinder erziehen, Kinder in die Schule begleiten mit Arbeit und Beruf zu vereinen. Diese Gruppe, die direkt betroffen ist, macht gerade ein Drittel aus und wird immer ein Drittel bleiben - sie ist eine strukturelle Minderheit -, weil die Probleme sich mit der Zeit erledigen, weil man nicht mehr betroffen ist. Diese strukturelle Minderheit bleibt immer bestehen. Dieses Problem hat also keine Chance, irgendwann einmal Mehrheit zu werden. Es hat keine Chance, an die Spitze zu geraten.

Vom Nutzen der Kindererziehung profitieren alle. Es handelt sich bei der Integration der nachfolgenden Generation um ein kollektives Gut, und für das kollektive Gut gilt das Everybody-anybody-somebody-nobody-Dilemma: Alle sind betroffen, aber keiner tut etwas, und jeder macht dem anderen den Vorwurf, daß er sich zuwenig einsetzt.

Wir brauchen also für diesen Bereich zusätzliche Ansätze, damit die Menschen diese Aufgabe auf sich nehmen, um die schönen Seiten zu erfahren und Bindungen herzustellen.

Wie müßte Politik organisiert sein, um diese Probleme aufzunehmen? Wir verfahren jetzt mit Quoren für Junge und für Frauen. Quoren bedeuten, daß wir das Interessenspektrum, das wir beteiligen, erweitern. Dies wird aber dem Problem nicht gerecht. Wir brauchen Orte innerhalb der Partei, in denen diejenigen, die sich für die gemeinsamen Ziele einsetzen, eine Chance finden, mitzuwirken, einzuwirken und für diese Einwirkung auch Anerkennung zu finden.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Frau Ilse Falk vom Kreisverband Wesel in Nordrhein-Westfalen.

**Ilse Falk:** Ich kann thematisch an das anknüpfen, was gerade gesagt worden ist. Ich habe in der Diskussionsrunde bisher das Thema Familie noch vermißt. Ich muß dazusagen, daß ich Bundestagsabgeordnete bin und in einem Bereich verantwortlich bin, der Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft stellt, nämlich im Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Wir haben heute in den Vorträgen und in dieser Runde hier vieles über Ursachen und Wirkungen gehört, warum etwas in einer bestimmten Form in unserer Gesellschaft ist, welche Konsequenzen zu ziehen sind und welche Ansätze es dazu gibt. Ich meine, wir müssen uns sehr ernsthaft auch darauf besinnen, wo so etwas umgesetzt werden kann, wo Voraussetzungen geschaffen werden können, damit überhaupt etwas vorwärtsgeht.

Ich bin ein bißchen skeptisch, ob wir die Gesellschaft tatsächlich so, wie sie ist, grundlegend verändern können. Vielmehr meine ich, daß wir nur das Bewußtsein dafür wecken können. Es gibt das Stichwort von der Familie als „Keimzelle“ der Gesellschaft. Das ist etwas abgegriffen, aber trotzdem trifft es den Kern der Dinge. Denn das, was in der Familie passiert, wie Kinder erzogen werden, ist die grundlegende Voraussetzung dafür, was die Gesellschaft später tut. Die Kreativität, die in den Kindern angelegt wird, kommt irgendwann der For-

schung, der Wissenschaft, dem Bereich der Erfindung und dem, was wir in unserer Gesellschaft leisten, zugute. Gleichzeitig wird in der Familie das Bewußtsein für Verantwortung füreinander entwickelt, die Bereitschaft, füreinander einzustehen, auch zugunsten des anderen zu verzichten.

Das trifft genau den Punkt, den wir immer wieder fordern: Auch der Umbau des Sozialstaats bedeutet an manchen Stellen Verzicht und die Übernahme von Aufgaben füreinander, die nicht die Gesamtgesellschaft erfüllen muß, sondern die in der Familie geleistet werden können. Die Familie ist gleichzeitig die Stelle, an der das Bewußtsein für die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben z. B. für den Nachbarn oder für den, der einem nähersteht, deutlicher wird.

Für mich als Politikerin stellt sich jetzt die Frage: Welche Rahmenbedingungen braucht die Familie, und was sind wir als Gesellschaft bereit, dafür auch finanziell einzusetzen? Wir haben in diesem Jahr Ansätze dazu gemacht, indem wir den Familienleistungsausgleich umstrukturiert haben und Mittel zur Verfügung gestellt haben. Aber diese aufgewandten finanziellen Mittel haben nicht so einen rechenbaren Gegenwert wie eine Einzahlung in eine Sozialversicherung oder ähnliches, wo man weiß, welche Leistung man zurückbekommt.

Wir müssen uns also einerseits fragen: Was ist uns das wert? Andererseits: Was können wir dafür tun, damit das Bewußtsein für diese Werte deutlicher wird, die Familienarbeit als solche gleichwertig neben Erwerbsarbeit steht und somit ihre Anerkennung in der Gesellschaft findet, und damit Frauen und Männer ermutigt werden, diese Aufgaben zu erledigen?

Ich füge ausdrücklich hinzu: Mir ist klar, welche Fehlentwicklungen es in Familien gibt. Aber genau dem müssen wir entgegenwirken. Ich beziehe in meine Vorstellungen von Familie, weil sich die Gesellschaft verändert hat, auch Einelternfamilien ein, die ganz deutlich unsere Unterstützung finden müssen. Es kann nicht alles in gesellschaftlichen Institutionen erledigt werden, sondern man muß wieder an ihren Ursprung zurückgehen. - Vielen Dank.

(Unruhe - Zuruf: Die Fragen ein bißchen kürzer halten! - Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Auch ich habe das Gemurmel so gedeutet, und ich möchte diese Anregung weitergeben, mit der Bitte um Berücksichtigung. Ich wollte noch nicht bei den ersten zwei, drei Wortmeldungen eingreifen, aber wir sollten uns, was die Redezeit angeht, etwas zurückhalten. - Herr Gunter Leyer.

**Gunter Leyer:** Ich möchte dazu Stellung nehmen, was zum Einsetzen für die Gemeinschaft gesagt worden ist. Es kann natürlich sein, daß mancher, der sich einsetzen will, nicht geeignet ist; das gibt es auch im Beruf. Das kann die Folge davon sein, daß manche in früheren Zeiten orientierungslos waren; vielleicht waren die Eltern zerstritten, vielleicht hat der Vater gefehlt, so daß ein junger Mann vielleicht einen Beruf ergreift, für den er nicht geeignet ist. Hinzu kommt noch die Beurteilung.

Genauso ist das meiner Meinung nach bei dem gesellschaftlichen Einsatz. Er tut sich dann auch bei diesem Einsatz sehr schwer, und man sollte ihm besser sagen: Laß es lieber sein, versuche es an einem anderen Ort und an einer anderen Stelle noch einmal.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Professor Rendtorff. Das Kruzifixurteil - ich bin evangelisch - hat mich sehr erschüttert, weil ich das nicht nachvollziehen kann. Ich möchte Sie fragen: Welchen Stellenwert geben Sie der Bergpredigt? Das sind ganz einfache, ergreifende,

schlichte Worte, nur zwölf oder fünfzehn Sätze, in denen, was das Neue Testament betrifft, alles ausgesagt ist.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Frau Dr. Heinisch, Mitglied des Europäischen Parlaments.

**Dr. Renate Heinisch:** Ich wollte die Frage stellen, ob wir für die Zukunft eine europäische Bioethikkonvention brauchen.

Herrn Professor Treusch möchte ich fragen, welche Vorstellungen er entwickeln würde, um schon in den Schulen die Bereiche Naturwissenschaft, Technik und Ethik so zu verankern, daß schon Schüler auf diese Fragen der Zukunft vorbereitet werden.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Herr Scheil, bitte.

**Timo Schell:** Meine Frage schließt sich an eine Bemerkung von Herrn Dr. Schily an. Sie haben gesagt, Herr Dr. Schily, junge Menschen seien nicht weniger christlich, aber sie stünden in einer kritischen Distanz zu der großen, unübersichtlichen Institution Kirche. Da kann man nicken, man kann auch klatschen, aber man sollte das, denke ich, auch hinterfragen. Sind sie wirklich weniger christlich? Funktioniert christliche Erziehung noch genauso wie früher?

In Schleswig-Holstein hängen keine Kreuzfixe an den Wänden. Aber ich habe in meiner Schulzeit - ich bin jetzt 27 Jahre alt - zu Beginn des Unterrichtes noch das Morgengebet gesprochen. Wenn man das heute in vielen Regionen - nicht überall - anspricht, wird man fast ausgelacht. Das Gebet gehört nicht zur Institution Kirche, sondern das Gebet ist eine Selbstverständlichkeit für den Christen. Trotzdem wird es nicht gesprochen.

Dieser Satz ist genauso richtig wie: Die jungen Menschen sind politisch, aber sie gehen nicht in die Institution Parteien. So bringen sie uns nichts. Politik wird in Parteien gemacht, und Christentum wird in Gemeinschaft gelebt, auch in der Kirche.

Liegt diese Entwicklung vielleicht nicht auch daran, daß die Institutionen und die Autoritäten über Jahre hinweg verunglimpft worden sind?

Meine konkrete Frage an Frau Dr. Köcher - Sie haben über Wertewandel gesprochen, daß bestimmte Werte wieder mehr Gewicht bekommen -: Es gibt nicht nur die Werte Fleiß, Solidarität und Gerechtigkeit, sondern es gibt institutionelle Werte, wie Familie, Kirche, Staat. Haben auch diese institutionellen Werte noch Bedeutung, haben sie eine zulaufende Bedeutung, oder ist alles das zertrümmert, was wir einmal an Wertekonsens in diesem Bereich hatten?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Hunecke aus dem schleswig-holsteinischen Landtag.

**Gudrun Hunecke:** Herr Dr. Schily, Sie haben ein sehr eindrucksvolles Beispiel gebracht, wie Ihre Studenten an der Planung und am Bau Ihrer neuen Einrichtungen beteiligt waren. Wir alle haben sicherlich ebenfalls sehr positive Erfahrungen damit gemacht, Jugend Verantwortung zu übertragen. Das haben auch Sie getan. Sie haben die Jugend sich beteiligen lassen, um zu erleben und zu erfahren, wie schwer es oft ist, Entscheidungen und in der Regel Kompromisse herbeizuführen.

Meine Frage an Sie: Wie weit waren Ihre Jugendlichen, also Ihre Studenten, bereit, Erfahrungen der älteren Generation in ihren Entscheidungsprozeß einfließen zu lassen? Wir kön-

nen doch nicht sagen, daß jede Erfahrung in unserem Leben neu gemacht werden muß. Die meisten müssen es zwar, aber viele Erfahrungen sollten sich nicht wiederholen, weil sie negative Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft hatten. Frage: Wie haben sich Ihre Studenten verhalten?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Ich rufe jetzt noch eine Wortmeldung auf, bevor wir dann zu einer Zwischenantwortrunde kommen. Es gibt noch zahlreiche weitere Wortmeldungen. - Der Abgeordnete Wilhelm Krömer aus dem nordrhein-westfälischen Landtag hat das Wort, bitte.

**Wilhelm Krömer:** Herr Dr. Bajohr von den Grünen hat im nordrhein-westfälischen Landtag eine Anfrage eingebracht, ob nicht Kreuze aus öffentlichen Gebäuden, Gerichten und anderen Einrichtungen, verschwinden müßten, weil dies schon ein Relikt der Aufklärung sei und längst hätte gehandelt werden müssen.

Herr Professor Rendtorff, Sie haben davon gesprochen, daß wir Position beziehen müssen, wenn wir die Zukunft erfolgreich gestalten wollen. Meine Frage: Müßte nicht die Kirche, besonders auch die Evangelische Kirche, stärker Position beziehen, damit den Strömungen begegnet werden kann, die Kirche zur Privatsache erklären zu wollen und Kirche letztlich aus dem öffentlichen Leben verdrängen möchten?

Die zweite Frage an Frau Dr. Köcher. Sie haben davon gesprochen, daß die freie Gesellschaft eine harte Gesellschaft ist. Auf der anderen Seite rückt die junge Generation wieder enger zusammen. Und Helmut Kohl hat formuliert: Tarifpartner verhandeln über ihre Interessen.

Wie, glauben Sie, werden beispielsweise die schwachen Gruppen unserer Gesellschaft - Behinderte, Arbeitslose, Langzeitarbeitslose - stärker ins Blickfeld gerückt und wieder integriert werden können?

Die dritte Frage: Wenn es richtig ist, Frau Dr. Köcher, daß die Menschen es leid sind, negative Aussagen und Perspektiven zu hören, wie werden dann in Zukunft positive Darstellungen im gesellschaftlichen Leben nach vorne gebracht, um jungen Menschen Leitziele zu vermitteln? Wie und wann, glauben Sie, wird die Presse mit positiven Berichten und Informationen die Menschen befügeln können?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Ich möchte, damit auch die nächste Runde zu Wort kommen kann, die Damen und Herren im Podium bitten, sich, so gut es geht, knapp zu fassen. - Herr Dr. Schily, bitte.

**Dr. Konrad Schily:** Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Der eine betrifft die Schule, die Naturwissenschaft und den Computer. Es gibt eine Schule in Tilburg, ein nichtstaatliches Gymnasium - dort ist sehr viel privatisiert worden -, an der einen ganzen Tag lang nur mit dem Computer gearbeitet worden ist. Man hat dabei festgestellt, daß die Kinder sehr viel schneller und sehr viel mehr lernten. Dann hat man den Kindern freigestellt, diesen „Computertag“ zu Hause am Terminal oder in der Klasse am Terminal zu verbringen. Das lief so gut, daß man einen zweiten Tag am Computer eingerichtet hat.

Das Ganze war so erfolgreich, daß sie jetzt einen ganzen Tag für das Einüben nicht von positivem Wissen, sondern von sozialen Fähigkeiten zur Verfügung haben. Dann spielen sie Theater, malen miteinander Bilder und vieles mehr. Ich glaube, das ist eine der vielen Mög-

lichkeiten, wie man auf neuen Wegen eine Wissensvermittlung erreicht, aber auch die Urteilsfähigkeit, die Sensibilität steigern kann.

Ich habe von Studierenden berichtet; sie sind im Prinzip erwachsen, sie sind - auch wenn man das nicht glauben will - alle über 18 Jahre alt.

(Heiterkeit)

Die Tätigkeit, die sie verrichten, ist ähnlich wie bei uns hier: Wie diskutiert man miteinander?

Ich habe nicht nur in Witten-Herdecke, sondern auch in überfüllten Frankfurter Hörsälen gesehen: Die junge Generation, die jetzt 20jährigen, können in großen Gruppen besser miteinander diskutieren - sehr nüchtern und sehr gut.

Es ist immer ein Problem, wie man die Erfahrungen der Älteren mit einbringen läßt. Wir haben uns mit denen über das Verfahren geeinigt. Wir haben nämlich gesagt: Es gibt den Ratschlag der vielen und die Verantwortung des einzelnen. Das heißt, die Beauftragung des Architekten erfolgte nur über eine Person, und das war in diesem Fall - auch zu Recht - der kaufmännische Geschäftsführer. Er wußte immer genau, was das Ganze kostet.

Die konkurrierende Verantwortung, der Ratschlag der vielen und die eindeutige Verantwortung des einzelnen, hat das Verfahren kurz gemacht.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Frau Dr. Köcher.

**Dr. Renate Köcher:** Zunächst einmal zum Stichwort „intelligente Verlangsamung“: Ich halte das für ein sehr attraktives Konzept, aber man sollte dabei nicht übersehen, daß sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten mehr in Formen der unintelligenten Verlangsamung geübt hat.

(Beifall)

Im Bereich der Bio- und Gentechnologie gibt es in Deutschland leider verbrannte Erde in der öffentlichen Meinung. Politik und Wirtschaft haben sehenden Auges zugelassen, daß das Meinungsklima zunächst einmal völlig verdorben wurde, bis man an einen Punkt kam, wo kaum noch etwas ging. Nach wie vor ist dieser Bereich außerordentlich problembeladen. Die Zeit, die das gekostet hat, ist kaum wieder wetzumachen. Das hat gravierende Auswirkungen auf den Standort Deutschland, über die man nicht ernsthaft genug diskutieren kann.

Es gab dann die Frage, woran es läge, daß, wenn man politische Prioritäten abfragt, immer solche Punkte wie Wohnen, Sicherheit und ökonomische Aspekte in den Vordergrund treten, nicht aber Familie, Integration der jungen Generation, Schule etc.

So stimmt das nicht. Wenn man die Leute spontan fragt, was sie von Politik erwarten, nennen sie in erster Linie ökonomische Ziele oder z. B. die innere und äußere Sicherheit; denn das sehen sie zunächst einmal als Verantwortungsfelder der Politik.

Ein Punkt, der bei den politischen Prioritäten, bei den Sorgen der Bevölkerung sehr wichtig ist, betrifft die Frage: Wie entwickelt sich der Wertehaushalt der jungen Generation? Wie entwickeln sich insbesondere Gewalt und Verrohung in der jungen Generation?

Auch das Thema Bildung ist sehr bedeutend. Es stimmt nicht, daß es in der Bevölkerung einen niedrigen Stellenwert hat. Es kommt darauf an, wie man darüber spricht, welcher Aspekt angesprochen wird.



Die Bevölkerung interessiert heute im Zusammenhang mit Schulen herzlich wenig deren Organisation und Strukturfragen. Es interessiert sie aber außerordentlich die Frage: Wie effizient sind unsere Schulen und unser Bildungssystem, und was wird dort an Werten vermittelt? Das sind Fragen, die die Mehrheit durchaus interessieren.

Zur Frage, warum die Familie so schwach bewertet wird: Sicherlich ruhen die Hoffnungen der Bevölkerung in erster Linie auf der Familie, wenn sie darüber nachdenkt: Wo kann Wertewandel überhaupt geschaffen werden? Sie sagt: Das kann in erster Linie eigentlich nur in den Elternhäusern passieren. Man muß manchmal die Eltern bedauern angesichts der Erwartungen, die an sie gerichtet werden. Aber andererseits kann man ihnen diese Verantwortung nicht abnehmen; sie sind die wichtigste Instanz. Man muß allerdings auch fragen: Wie weit kann man den Eltern diese Aufgabe erleichtern oder erschweren?

In diesem Zusammenhang halte ich es für sehr wichtig, sich intensiver mit dem Thema Medien auseinanderzusetzen

(Beifall)

und zu fragen, inwieweit das heutige Medienumfeld Erziehung erleichtert, erschwert oder teilweise unmöglich macht. Ich finde es fahrlässig, wie wenig diese Gesellschaft darüber nachdenkt, wie sich alle Voraussetzungen ihres Handelns dadurch verändert haben, daß wir heute in einer Mediengesellschaft leben.

Hoffnungsvoll macht mich in diesem Zusammenhang, daß die Phase der Entmutigung der Eltern vorbei ist. Man kann beobachten, daß der Prägwillen junger Eltern wächst. Sie gewinnen wieder Mut zur Erziehung, zur Durchsetzung dessen, was sie vermitteln wollen. Im übrigen ist der Erziehungswillen der Eltern in keinem Punkt so gestiegen, wie den Medienkonsum, insbesondere den Fernsehkonsum ihrer Kinder, zu steuern.

Zur nächsten Frage: Ich muß widersprechen - da kann ich auch meinem Nachbarn nicht recht geben -, daß junge Menschen nicht weniger christlich seien, sondern daß sie nur die Institution erschrecke. Wenn wir heute nur eine Institutionenkrise im religiösen Bereich hätten, wäre ich ruhig. Dann wäre das Ganze nämlich nicht so dramatisch.

Aber die Krise der Institution läuft parallel mit einer Krise der religiösen Bindungen, ganz klar. Man täuscht sich, wenn man glaubt, daß die Krise der Institution die religiösen Bindungen unbeeinträchtigt ließe, oder umgekehrt, daß die Krise der Institution von selber komme, ohne daß die religiösen Bindungen beeinträchtigt seien.

Die junge Generation ist ganz klar weniger religiös motiviert. Das ist extrem in Ostdeutschland. Ein Kernproblem ist für mich, daß heute das engagierte Christentum überhaupt nicht in die Welt ausgreift, kein Selbstbewußtsein hat, keine Strahlkraft hat, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und um auch junge Leute wieder verstärkt anzuziehen.

Es gab noch die Frage, ob alle institutionellen Werte - Kirche, Staat, Familie - in der jungen Generation verfallen. Das gilt beispielsweise für die Familie ganz klar nicht. Die Familie ist mit der zentrale Lebensinhalt für alle Generationen. Gerade die jetzige junge Generation ist besonders in ihren Lebenszielen so orientiert wie lange nicht mehr.

Zur letzten Frage, wie man mehr Positivmeldungen erreichen kann: Ich denke, daß in der Diskussion des Themas Medien die Gesellschaft darauf dringen muß, daß sie über Medien Zugang zur Wirklichkeit in ihrer ganzen Breite erhält, zum Negativen wie zum Positiven. In den

Medien muß eine Bewußtseinsänderung eingeleitet werden. Ich glaube, daß dieser Prozeß bereits begonnen hat. In der Medienlandschaft, insbesondere im Printmedienbereich, gibt es in den letzten Jahren einige deutliche Anzeichen für solche Veränderungen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Herr Professor Treusch.

**Prof. Dr. Joachim Treusch:** Zunächst noch ein Wort zur Ehrenrettung der intelligenten Verlangsamung - selbstverständlich nicht der dummen. Wir alle sind doch ein Beispiel dafür, was intelligente Verlangsamung ist: Wir alle gehen heute unserem eigentlichen Job nicht nach, er bleibt ruhen, weil wir uns gemeinsam überlegen wollen, welcher Weg in die Zukunft sinnvoll ist. - Das war damit eigentlich gemeint.

Ich bin in diesem Zusammenhang nicht so hoffnungslos. Ich bin nicht der Meinung von Frau Reichart, die sagte, daß Bindungsfähigkeit nicht durch Worte, sondern durch Taten hergestellt werde. Das ist in manchen Zusammenhängen sicherlich richtig, aber ganz sicher sind auch die Worte nötig.

Sie reden doch auch mit Ihrer Wählerklientel, auch wenn das sehr zeitaufwendig ist. Ich nehme nicht an, daß Sie denen Bit map ins Haus schicken und sagen: Ich bin der Größte, nun wählt mich einmal! Das Gespräch ist auch sehr wichtig.

Damit komme ich zu Ihrer Frage, Frau Dr. Heinisch, im Zusammenhang mit Bioethik und Schule. Das hat insofern auch etwas mit Kirche zu tun, als ich aus meiner persönlichen Erfahrung erzähle: Kurz nach meiner Konfirmation - ich war knapp 14 Jahre alt - hat mein damaliger Pfarrer - er war damals 60 - mir gesagt - das fand ich damals sehr bemerkenswert -: Du leitest jetzt die Jungengruppe der 10- bis 12jährigen. Das bedeutete einmal in der Woche mit denen spielen, vorlesen, Andacht halten, singen etc. Es ist, wenn man zurückschaut, eine irrsinnige Idee, einem 14jährigen frisch Konfirmierten so etwas zuzumuten. Aber die Knaben hatten ihren Spaß, und ich hatte meinen Spaß. Ich hatte dadurch die Gelegenheit, denen das, was mich in der Schule interessierte - das war damals schon die Physik -, sozusagen nebenbei ein bißchen nahezubringen.

Dadurch ist bei mir die verrückte Vorliebe geblieben - ich habe das als Hochschullehrer immer wieder gemacht -, ein bis zweimal im Jahr den Kindergarten einzuladen und mit denen über Physik zu diskutieren. Es ist erstaunlich, wie unglaublich neugierig und vorurteilsfrei diese Kinder sind. Ein Trick war immer, die Kinder in die erste Reihe und die Eltern in die letzte Reihe zu setzen; auf diese Weise wurde der Multiplikator verstärkt.

In der KFA Jülich und in seinem Umfeld gilt genau dasselbe: Wir laden einmal im Jahr Schulklassen ein und führen diese durch die Labors. Die Fragen nach Bioethik, nach Tierversuchen stellen sich in dieser Umgebung völlig anders. Auch das ist wieder ein Beispiel für eine extreme Verlangsamung.

Wenn wir im Zusammenhang mit Hirnforschung Tierversuche machen, könnten wir folgendermaßen vorgehen: Wir schicken unseren Antrag an den Regierungspräsidenten, und der wird das nach allen Regeln der Kunst genehmigen - selbst in Nordrhein-Westfalen. Wir können aber auch anders vorgehen - so haben wir das auch gemacht -: Bevor wir solche Versuche durchführen, laden wir zu einer Betriebsversammlung ein und sagen den 2.000 Leuten, die dort anwesend sind: Ihr mögt das zum Teil nicht; deshalb laßt uns darüber reden. Es wird

dann zwar keinen Konsens geben, aber vielleicht doch wenigstens eine respektvolle Mehrheitsmeinung. Dieses Vorgehen hat ein halbes Jahr intensive Diskussion gekostet - mündlich, nicht per Bit map, nicht per Brief, auch nicht per TV und nicht per Datenverarbeitung. Aber dadurch wurde ein Klima geschaffen, bei dem man zumindest in diesem Umfeld arbeiten kann.

Mein Plädoyer - wenn Sie eine praktische Antwort auf Ihre Frage haben wollen -: Schickt mehr junge Leute in die Schulen, oder schickt mehr Schulklassen in umliegende Hochschulen, Forschungszentren etc. Gebt den Schülern dafür einen Tag frei, und laßt die Schüler direkt am Leben schnuppern.

Wir haben ein ganz massives Problem: Ich habe alle Hochachtung vor den derzeit aktiven Lehrern; allerdings werden sie im Mittel derzeit in der Bundesrepublik pro Jahr ein Jahr älter. Normalerweise sollte das Lehreralter ungefähr gleich bleiben: Was oben weggeht, kommt unten nach. Das ist aber derzeit nicht der Fall. Das läßt uns in ein Riesenproblem hineinlaufen. Da muß etwas bewegt werden. Dann sehe ich in der Bioethik überhaupt kein Problem; die jungen Leute sind ungeheuer aufgeschlossen.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Herr Professor Rendtorff.

**Prof. Dr. Trutz Rendtorff:** Auch ich möchte diesen Punkt aufnehmen. Der Bundesminister Rüttgers, der eben hier war, hat vor kurzem ein Genomforschungsprojekt in der Bundesrepublik ausgelobt. Ein bescheidener Teil des Geldes, das dafür aufgewendet wird, soll auch für die Behandlung ethischer, sozialer und anderer Probleme der Genomforschung aufgewendet werden. Das ist ein Zeichen dafür, daß es im hohen Maße die Notwendigkeit der ethischen Auseinandersetzung, eines ethischen Verständnisses gibt.

Es geht sozusagen von oben nach unten: Wir haben Ethikkommissionen in wesentlichen Bereichen der Medizin etc. Ich erlebe aber auch, daß auf der Ebene der Bürger, auch der Studierenden und der Schüler große Probleme bestehen, zu einem vernünftigen ethischen Diskurs zu kommen. Wir haben deswegen in München ein Institut gegründet - Technik, Theologie, Naturwissenschaft -, das sich ausschließlich dem Zweck widmet, jungen Studierenden zu ermöglichen, interdisziplinär darüber zu reden und auf einer anderen Ebene - wie wir es auch hier tun - darüber Gespräche zu führen. Ethik kann nicht verordnet werden, sondern sie muß durch Gespräche in Gang gebracht werden.

Ich meine, daß wir hier am Beginn einer Phase stehen. Deshalb sollte man alles unterstützen, was hier wächst, und nicht beklagen, daß es noch nicht ausreicht. Das meinte ich vorhin auch mit meiner Bemerkung, daß wir am Beginn einer ethischen Epoche stehen.

Das zweite, zu dem ich etwas sagen wollte: Wir haben immer das Problem, daß Prinzipien miteinander in Konflikt liegen. Es ist nach der Familie gefragt worden. Es ist doch ganz klar, daß wir einen schwer zu überwindenden, aber doch wohl auszugleichenden Konflikt zwischen der Gleichstellung und Selbstbestimmung von Frauen in beruflicher und politischer Hinsicht und der Familie haben. Das kann man nicht vom Tisch wischen.

Wir können nicht wieder die Familie beschwören und sagen, es sollte wieder so sein wie in früheren Zeiten. Insofern müssen beide Probleme zusammen gesehen werden. Erst dann hat man die richtige Problemkonstellation.

Ähnliche Probleme haben wir auch beim § 218, wo ebenfalls solche Konflikte unterschiedlicher Prinzipien auftreten. Wer sich auf ethische Debatten einläßt, muß immer damit rechnen, daß sich in der Wirklichkeit solche grundsätzlichen Konflikte zeigen.

Dasselbe gilt für das Christentum. Gerade im Protestantismus - in zunehmendem Maße auch im Katholizismus - gibt es die Überzeugung, daß der einzelne nur in seiner persönlichen Entscheidung über sein Christsein etc. befindet. Aber gleichzeitig wissen wir, daß das auf Dauer nur durch die Zugehörigkeit zur Institution tradiert werden kann. Auch das ist ein Konflikt, in dem wir uns befinden.

Herr Treusch ist ein wunderbares Beispiel dafür, daß die Engagierten in unserer Gesellschaft in der Regel durch irgendwelche Institutionen den Weg zum Engagement gefunden haben: Schule, Kirche etc. Ich beobachte immer wieder, daß viele, die sich in der Politik engagieren, zuvor in irgendeiner Jugendarbeit tätig gewesen sind, wo sie die Grundlagen gelernt haben.

Es besteht insofern ein großes Interesse daran, die institutionellen Möglichkeiten für christliches Engagement zu stützen und vor allem nicht gering zu schätzen. Wenn Herr Schily meinte, daß Christentum auf Dauer ohne die Institution Kirche bestehen würde, wäre das in der Tat eine große Täuschung. Das muß ja irgendwo gelernt werden. Bevor man sich davon emanzipieren kann und seinen eigenen Weg geht, muß man erst einmal etwas haben, an dem man gelernt hat. Das gilt ebenso für die Schule. Die Kirche ist in gewisser Weise die Schule des Christentums.

Nun gehen aber nicht mehr alle zur Schule. Allerdings gibt es sehr viele, die zwar nicht mehr zur Schule gehen, sich aber sehr wohl an das erinnern, was sie dort gelernt haben, und das auf ihre Weise weiter praktizieren. So sollte man das meines Erachtens sehen.

Wie es auch ganz anders gehen kann, haben wir in der DDR gelernt: In der Tat ist es möglich, durch politische Gewalt und Zwang einen radikalen religiösen Traditionsabbruch zu bewirken. Genau das ist in der DDR geschehen, ganz anders als hier. Das haben wir in der Tat als Zukunftsproblem vor uns.

Die Kirchen stehen vor der großen Entscheidung, ob sie nun langfristig die institutionellen Voraussetzungen ergreifen wollen - Thema: Religionsunterricht in der Schule - oder ob sie sagen: In der Minderheit lebt es sich eigentlich viel besser. Mit diesem Problem haben wir dort zu tun.

Ich bin gefragt worden, welchen Stellenwert die Bergpredigt hat. Die Bergpredigt hat doch wohl den Stellenwert, daß sie das zentrale Stück des Glaubens und der Botschaft des Christentums ist, das sich an Personen wendet. Wenn irgendwo Gewissen und das eigene Angesprochensein von dem, was Christentum bedeutet, vermittelt wird, dann durch die Bergpredigt. Es ist immer falsch gewesen, zu sagen, mit der Bergpredigt könne man die Welt regieren. Mit der Bergpredigt werden zuerst und vor allem das Gewissen und die Verantwortung des einzelnen regiert. Dann erst kann man darüber reden, welche Folgerungen der einzelne in Verbindung mit anderen daraus zieht.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Ich finde, das war eine sehr interessante Diskussionsrunde, die wir nun gerne fortsetzen wollen. Ich habe zahlreiche weitere Wortmeldungen.

Zunächst kommt Herr Bundestagsabgeordneter Rachel aus Nordrhein-Westfalen, bitte.

**Thomas Rachel:** Herr Ministerpräsident, ich möchte gerne eine Frage an Herrn Professor Treusch und gegebenenfalls an andere Kollegen des Podiums richten, wenn sie sich mit angesprochen fühlen.

Sie haben vier Leitthemen genannt, die Sie mit Ihren Forschungskollegen als besonders wichtig ansehen, Herr Professor Treusch. Ich möchte eines davon herausgreifen, und zwar das Thema Energieverbrauch - ein Thema, das sehr stark in der politischen Diskussion ist.

Mich würde Ihre Sichtweise interessieren: Welche Anreize können von Seiten der Politik gegeben werden, um den Energieverbrauch zu senken? Man kann einerseits daran denken, daß wir Fortschritte durch technologische Sprünge erzielen können. Des weiteren wäre daran zu denken, daß wir grundsätzlich sagen: Wir wollen die Kosten für Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch erhöhen. Das schafft uns aber gleichzeitig das Problem, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die von einer solchen Kostenerhöhung betroffen wäre und die heute schon die höchsten Energiekosten hat, unter Umständen darunter leiden würde und daß sich gerade die energieintensiven Unternehmen ins Ausland verlagern und dort unter Umständen unter niedrigeren Umweltstandards die gleichen Güter weiterproduzieren. Kann das die richtige Konzeption sein?

Ich möchte Sie auch fragen: Ist es richtig, daß wir heute die Kapitalströme im Bereich der Umweltpolitik und auch in der Frage der Verminderung des Energieverbrauchs primär nach Deutschland lenken? Müßten wir nicht vielmehr sagen, das Kapital könnte im Ausland viel besser eingesetzt werden?

Wenn man bedenkt, was allein China demnächst an Potential bei wesentlich schlechteren Umweltbedingungen ausbauen wird, stellt sich ja die Frage, ob das Geld nicht dort unter dem Gesichtspunkt der Umwelt und der Senkung des Energieverbrauchs viel besser eingesetzt wäre. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Ich danke Ihnen. - Jetzt kommt Frau Andrea Leitner.

**Andrea Leitner:** Wir stellen uns hier heute die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben? Das setzt voraus, daß wir uns die Erkenntnis zueigen gemacht haben: Wir wollen nicht so weiterleben wie bisher, sondern wir wollen etwas ändern.

Herr Professor Treusch hat gesagt: Die Notwendigkeit, etwas zu verändern, ist da; die natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Herr Ministerpräsident Teufel hat gesagt: Der Staat kann dem Bürger nicht mehr das in vollem Maße bieten, was er ihm bislang an „Service“ geboten hat.

Frau Dr. Köcher, Sie sagten vorhin: Nun ist auch beim Bürger - aus Ihren Umfragen erkenntlich - die Bereitschaft vorhanden, etwas zu ändern und nicht auf Kosten der folgenden Generationen zu leben. Ich denke, wenn das so einfach wäre, müßten wir dieses Ziel, das wir vor Augen haben, ganz leicht erreichen.

Bei einer Umfrage wird der Bürger sehr wohl sagen: Ich bin bereit zu ändern. Aber in der Tat, im Handeln ist der Bürger davon sehr weit entfernt. Ich sage Ihnen dieses aus zehnjähriger kommunalpolitischer Erfahrung und aus zehnjähriger politischer Erfahrung. Also, in diesem Punkte möchte ich ein bißchen widersprechen.

Derjenige, der das dann umsetzt, ist doch der Politiker, ob im Gemeinderat, im Landtag oder im Bundestag. Aus der Erfahrung der letzten Wochen und Monate, wo bei uns schon Wahlkampf stattgefunden hat, stellt sich für mich die Frage: Inwieweit kann der Politiker diese Situation, daß der Bürger das, was er einmal errungen hat, nicht mehr so einfach hergeben möchte, meistern und die Erkenntnis, die wir heute gewonnen haben, umsetzen? Kann sich

der Politiker leisten, zu sagen, was er denkt? Oder ist es nicht oft so, daß die Politik das sagt, was der Bürger gerne hören möchte?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Herr von Heyden.

**Wichard von Heyden:** Ich möchte eine Frage zur Kluft zwischen Hochtechnologie und Grundwerten stellen und dazu, wie Bildungspolitik darauf reagieren muß.

Als einer der Zukunftssektoren wird immer die Hochtechnologie, besonders Multimedia genannt. Christdemokraten tun gut daran, Technik nicht zu verteufeln, aber auch nicht einer unreflektierten Technikgläubigkeit anheimzufallen.

Multimedia bietet mit Sicherheit für Deutschland eine gewisse Chance, wirtschaftlich dort einzusteigen und besser zu werden als andere; das gilt für viele andere Bereiche sicherlich auch.

Ich meine allerdings, daß man in der Bildungspolitik auf folgendes achten muß: Frau Dr. Köcher hat gesagt, es gäbe eine wachsende Zahl von gemeinsamen Grundüberzeugungen in unserer Gesellschaft. Ich beobachte aber, daß junge Leute, vor allen Dingen auch Kinder, mit einem Fernseher aufgewachsen sind und einen Apparat in der Hand haben, mit dem man schnell wegzappen kann, wenn etwas nicht gefällt. Das heißt, in dem Moment, in dem ich etwas nicht mehr sehen will, muß ich nicht warten. Ich bin überhaupt nicht darauf angewiesen, mich auf andere Leute einzustellen. Ich kann einfach wegzappen und habe ein anderes Bild.

Multimedia verschärft diese Tendenz; denn über Internet, über Angebote im Cyberspace kann ich mir meine ganz speziellen virtuellen Realitäten schaffen. Ich kann mich in ein Bild hineinsteigern, das ich mit meinem Computer selber gemacht habe, kann mich in eine Szene hineinbegeben, die ganz klein, abgeschlossen ist, aber trotzdem irgendwie global und weltweit und sehr faszinierend ist.

Innerhalb dieser Szene habe ich auf jeden Fall eine große Zahl von gemeinsamen Überzeugungen, vielleicht sogar eine Art religiöses Gefühl. Aber ich habe auch eine unendliche Zahl von diesen virtuellen Welten, von diesen verschiedenen kleinen Szenen.

Frau Dr. Köcher hat gesagt, wir hätten eine wachsende Zahl von gemeinsamen Grundüberzeugungen. Meine Frage ist: Welche Grundüberzeugungen sind das? Sind das nur solche Grundüberzeugungen, wie sie von der jungen Generation in letzter Zeit bezeichnet werden unter dem Stichwort „Generation X“? Wird einfach nur gesagt: „Ich lasse den anderen gewähren; das ist mir egal; wir sind eben liberal; wir lassen die anderen mit ihren anderen Grundüberzeugungen stehen“? Man lebt zwar nebeneinanderher, interessiert sich für den anderen aber nicht wirklich.

Das heißt: Haben wir wirklich Grundüberzeugungen, die systematisch so verbunden werden können, daß wir gemeinsam Zukunft gestalten können? Es stellt sich die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben?

Für die Christdemokraten gibt es die Frage - sie richtet sich insbesondere an die Bildungspolitik - : Welche Werte wollen wir als Christdemokraten vermitteln, die als Grundüberzeugung in einer Gesellschaft vorhanden sind, auf denen man aufbauen kann und die die verschiedenen Wirklichkeitsauffassungen, die wir haben, so zusammenbinden können, daß wir wirklich einen gemeinsamen Grundkonsens haben?

Meiner Meinung nach bedeutet das: Man muß sich gerade angesichts der ständig wachsenden verschiedenen Realitätsauffassungen, aber auch der technischen Möglichkeiten darü-

ber klarwerden: Wir brauchen im Bildungsbereich einen Kanon; den müssen wir festlegen; der ist nicht objektiv. Wir müssen einen Wissenskanon festlegen, wir brauchen einen gewissen Wertekanon. Der muß an den Schulen und an den Hochschulen vermittelt werden.

Daß das nicht objektiv sein kann und daß das immer umstritten sein wird, ist klar. Aber als Christdemokraten müßten wir in der CDU oder wir im RCDS darauf hinwirken, daß wir eine Linie herüberbringen, eine Vision herüberbringen. Das muß auch in den Lehrplänen von Schulen und Hochschulen festgeschrieben werden. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Ich bedanke mich. - Das Wort hat Herr Karl Weibring, bitte.

**Karl Weibring:** Zunächst bin ich ganz froh, daß das Thema heißt: Wie wollen wir in Zukunft leben?, und nicht: Wie wollen wir die Zukunft bewältigen? Denn die Politik leidet immer darunter, daß wir uns zu oft über die Wege zu einem Ziel hin unterhalten, daß wir uns aber zu wenig darüber im klaren sind, was überhaupt das Ziel ist.

Jetzt zum Thema selber, zum einen zum sozialen Aspekt und zum anderen zur Frage der internationalen Solidarität.

Zum sozialen Aspekt: Ich meine, es ist richtig, daß wir uns darüber unterhalten, ob unser Sozialstaat überzchtet ist. Es kann nicht richtig sein, daß diejenigen, die keine Leistungsbereitschaft zeigen, sich zum Teil besserstellen als diejenigen, die sich einbringen.

Aber ich will und ich kann mich auch nicht damit abfinden, daß es immer mehr Menschen gibt, die durch die Lücken im Netz der Leistungsgesellschaft fallen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, die nicht von der Gesellschaft gebraucht werden, obwohl sie von der Gesellschaft gebraucht werden wollen. Wir reden da über Menschen. Ich denke, diesen Punkt müssen wir bedenken, wenn wir uns über das Gesicht unserer zukünftigen Gesellschaft unterhalten.

Der zweite Punkt betrifft die internationale Solidarität. Wir alle wissen: Wenn alle Menschen auf der Welt so lebten, wie wir heute leben, würde das unsere Erde nicht mehr verkraften. Bei unserem Ressourcenverbrauch, bei unserem Energieverbrauch kann nicht die ganze Welt so leben wie wir. Also müssen wir uns die Frage des Abgebens stellen, und diese Frage müßte eigentlich intensiver diskutiert werden. - Das waren zwar keine Fragen, aber wer sich berufen fühlt, möge sich dazu äußern.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Ich danke Ihnen. - Gräfin von Westphalen, bitte.

**Johanna von Westphalen:** Ich habe eine Frage an Frau Dr. Köcher. Sie sagten sehr richtig, die Politik schieße sich zur Zeit noch nicht darauf ein, daß die Bevölkerung offenbar nicht weiter auf Kosten ihrer Kinder und Enkel leben wolle. Das haben wir bei einigen Gesetzgebungsverfahren in diesem Jahr schon gemerkt.

Deswegen habe ich nur eine kurze Frage an Sie - beantworten Sie sie ruhig genauso kurz -: Halten Sie ein Gesetz, wie es der Bundestag am 27. Juni verabschiedet hat und dessen Kernaussage ist, daß die Frauen über Tod oder Leben ihrer ungeborenen Kinder selbstverantwortlich entscheiden dürfen, im nächsten Jahrhundert überhaupt noch für praktikabel? Sie sagten doch auch, daß eine freie Gesellschaft zwar auch eine harte sein könne, daß es aber nicht unbedingt inhuman zugehen müsse.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Herr Josef Krott.

**Josef Krott:** Herr Ministerpräsident, ich habe eine konkrete Frage an Herrn Professor Treusch. Herr Professor Treusch, ich komme noch einmal auf den Slogan zurück: Sicher in die Zukunft. Welche Rahmenbedingungen muß nach Ihrer Meinung die Politik in den nächsten Jahren schaffen - ich denke, um nur ein Problem herauszunehmen, z. B. an die Rahmenbedingungen für die Genforschung -, damit der Industriestandort Deutschland auch im Jahre 2000 und darüber hinaus gesichert bleibt?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Frau Abgeordnete Stange, bitte.

**Carmen Stange:** Auch ich habe eine ganz konkrete Frage. Das Podium und, ich denke, auch wir im Saal hier sind uns alle darin einig, daß wir den freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat brauchen. Nun gibt es leider in der Bundesrepublik Deutschland und auch im osteuropäischen Raum Parteien und Organisationen, die diesen Rechtsstaat nicht wollen.

Sachsen-Anhalt ist ein gebeuteltes Land, das eine Partei im Landtag hat, die leider schon indirekte Regierungsverantwortung hat. Wenn wir über die Zukunft reden, müssen wir darüber reden, wie der Einfluß solcher Parteien und Organisationen - sei es aus dem linken oder aus dem rechten Spektrum - verändert werden kann.

Meine Frage an das Podium lautet: Wie können wir versuchen, daß solche Parteien nicht so viel Einfluß gewinnen, um unsere demokratische Rechtsordnung, um unseren demokratischen Rechtsstaat zu gefährden?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Ich danke Ihnen, ich danke allen, daß Sie so kurz und knapp ihre Fragen stellen. - Ich darf der Frau Bundestagspräsidentin das Wort erteilen.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ich habe zwei Fragen. Mit der ersten komme ich auf die Biotechnologie und Gentechnik zurück. Es ist eine Frage auch an die Wissenschaft.

Es ist nicht damit getan, daß Politik und Wirtschaft sich hinstellen und für ein offeneres Klima werben, wenn in der Tat ein Wissen, wenn Erkenntnisse produziert werden, die die Menschen nicht mehr verstehen können und die ihnen auch nicht mehr verständlich gemacht werden.

Meine Frage: Wie machen wir hochkomplizierte Erkenntnisprozesse den Menschen so verständlich - das ist nicht allein von der Schule zu leisten -, daß sie sich für die Fragestellungen, den Erkenntnisgewinn und die Umsetzung wieder öffnen können?

Das zweite: Ich halte es für dringend erforderlich - ich frage da nach Ihrer Meinung -, daß, wenn es um die Fragen der Ethik geht, ich zunächst wissen muß, worum es eigentlich geht. Ich muß verstehen, was ich beurteilen will. Deshalb muß die Ethik von den Ethikkommissionen mitten in die Gesellschaft zurückgeholt werden. Sonst scheint mir alles Gerede über verantwortliche Erziehung Gerede zu bleiben bzw. sehr ideologieverdächtig zu sein.

Mein nächster Punkt: Wie wollen wir in Zukunft leben? Wer entscheidet eigentlich darüber? Meine Frage ist: Welchen Stellenwert kann der Mensch angesichts bisheriger Betrachtungen und Gestaltungen, die immer von Sachzwängen ausgegangen sind, zurückgewinnen? Eine kleine Gruppe von Menschen hat durch Wissenschaft und Forschung Veränderungen herbeigeführt, die die Menschen weltweit betreffen.

Ich nenne nur einen Punkt: Wenn die Fragestellung in bezug auf die Familie wie bisher bleibt und jeweils zu dem Modell zurückgekehrt wird, das wir in der Vergangenheit hatten, dann werden wir - ich wage die Prognose - nicht mehr, sondern weniger Familie gewinnen.



Wenn es in dieser Gesellschaft nicht gelingt, die Familie in eine familienfreundliche Arbeitswelt zu integrieren und die Frage zu beantworten, wie Männer und Frauen Familie und Tätigkeiten außerhalb der Familie vereinbaren können, wird man immer zum alten Modell zurückkehren: ein Familieneinkommen - dabei ist dann meistens an den Mann gedacht.

(Beifall)

Deswegen scheint es mir ganz wichtig zu sein, daß wir endlich lernen, mit Frauen und Männern gemeinsam die Frage zu beantworten, wie wir mit Kindern, älteren Menschen und Behinderten in dieser Gesellschaft leben können, statt daß nur die Zwänge der Sachen unser Leben gestalten.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Ich würde jetzt gerne wieder auf die Fragen antworten lassen. Sonst kommt zuviel zusammen, und man erinnert sich nicht mehr an die Diskussionsbeiträge.

Ich darf zunächst Herrn Professor Rendtorff bitten zu antworten.

**Prof. Dr. Trutz Rendtorff:** Frau Präsidentin Süssmuth hat auf ein ganz wesentliches Problem in den Ethikdebatten aufmerksam gemacht, daß man sich nämlich bei Ethikdiskussionen und beim Austragen ethischer Konflikte zunächst über die Sachverhalte zu verständigen hat; das ist keine Frage. Ich nenne das deskriptive Ethik. Die Beschreibung dessen, worum es eigentlich geht, ist in der Regel von Anfang an strittig.

Nun stehen wir vor dem Problem - das haben Sie schon genannt -, daß es sich hier um die Beschreibung von Folgen hochkomplizierter wissenschaftlicher Einsichten handelt, die in sehr speziellen Forschungen gewonnen worden sind und bei denen man nicht erwarten kann, daß sie der Bürger, auch der akademisch gebildete Bürger, voll und ganz versteht - und zwar in dem Sinne versteht, daß er die Ergebnisse selber nachvollziehen könnte, daß er selber als Forscher tätig sein könnte.

Darum ist ein wichtiger Teil der Beschreibungsaufgabe seitens der Wissenschaft, daß wir sehr viel auf die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Institutionen setzen müssen.

Gerade in der Biotechnologie, in der Genforschung hat es immer wieder Wissenschaftler gegeben, die nach Meinung anderer unsinnige und unververtretbare Extrapolationen vorgenommen haben, die Visionen an die Wand gemalt haben, z. B. von dem Menschen, der 400 Jahre leben könnte. Sie haben alle möglichen Vorstellungen entwickelt, die in der Regel nur den Zweck hatten, innerwissenschaftlich gesehen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und die Chance, Forschungsmittel zu bekommen, zu vergrößern.

Ein wesentlicher Bestandteil der ethischen Auseinandersetzung mit der Wissenschaftskultur besteht also in einem Appell an die Selbstverantwortung der Wissenschaft in der Vertretung ihrer Angelegenheit, in der Glaubwürdigkeit ihrer Institutionen.

Ich möchte hinzufügen: Das ist auch der Grund, warum die Ehtikkommissionen eine ganz entscheidende Bedeutung haben: Sie beinhalten nämlich die Selbstverpflichtung gerade der großen medizinischen Institutionen, deren Glaubwürdigkeit und deren Kontrolle. In der Regel gilt auch für alle anderen Fragen, daß das größte Problem, mit dem wir es zu tun haben, die Beschreibung der Sachverhalte ist.

Ich möchte kurz zu einem anderen Punkt etwas sagen; ich habe das vorhin vergessen: Ich bin noch nach der Position der Kirchen in dem Kreuzifixstreit gefragt worden. Ich möchte ausdrücklich sagen: Der Kreuzifixstreit, der durch das Bundesverfassungsgericht ausgelöst worden ist, ist kein Streit zwischen Kirche und Staat oder Kirche und Bundesverfassungsgericht. Vielmehr ist das ein innerstaatlicher Konflikt, ein Konflikt zwischen dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht, ein Konflikt zwischen der Bayerischen Staatsregierung und dem Bundesverfassungsgericht.

Ich bin sehr daran interessiert, daß er zunächst einmal in seiner politischen und insofern die politische Kultur betreffenden Dimension ausgetragen wird. Dabei sollten die Kirchen so oder so Position beziehen. Aber ich bin sehr dagegen, daß dies - wie das in der Öffentlichkeit geschieht - als ein neuer Streit zwischen Kirche und Staat dargestellt wird. Das ist es nicht. Es geht um die öffentlichen Schulen, und es geht im Grunde auch darum, ob der Staat auf Dauer seinen Monopolanspruch auf Schulen aufrechterhalten kann, wenn er in so entscheidender Weise in die Gesamtvorstellungen unserer Kultur einzugreifen beabsichtigt, wie das bei einer laizistischen Vorstellung des Staates der Fall wäre.

Insofern ist meine Antwort auf die Frage nach der Position der Kirchen in der Sache ziemlich klar. Aber ich habe zu den Kirchenführern immer gesagt: Haltet euch mehr zurück; das soll erst einmal dort ausgetragen werden, wo das entscheidend wichtig ist.

Es geht mir also darum - ich wiederhole das -, daß deutlich wird, daß das Christentum keine Angelegenheit ist, die die Kirchen gepachtet haben. Die Partei, die hier versammelt ist, wird wohl auch bejahen, daß sie dazu eine eigene Position hat und auch vertreten soll.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Herr Professor Treusch.

**Prof. Dr. Joachim Treusch:** Frau Präsidentin Süßmuth, Sie haben gefragt: Wer sagt uns denn, wie wir leben wollen? Antwort: Die Wissenschaft ganz gewiß nicht; sie würde sich verheben.

Ich wollte mit dem, was ich gesagt habe, nur ausdrücken, was wir aller naturwissenschaftlichen Erkenntnis nach nicht wollen dürfen werden und was wir möglicherweise wollen können werden. Die Werteentscheidung ist dann Sache des demokratischen Prozesses, der hoffentlich vernünftig durchgeführt wird.

Im Zusammenhang mit den Werten möchte ich als Wissenschaftler zur Gentechnik keine Aussage machen. Als Bürger gestatte ich mir das Bekenntnis, daß ich vor der Manipulation des menschlichen Genoms Angst habe - nicht Furcht, sondern Angst!

Zu der Frage nach den Rahmenbedingungen: Mit den derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nach der letzten Gesetzesnovelle kann man durchaus vernünftig arbeiten. Hinderlich sind nicht die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene, sondern sind die Ausführungsbestimmungen der jeweiligen zuständigen Behörde; denn die richtet sich in der Interpretation der gesetzlichen Rahmenbedingungen ganz stark nach dem Gefühl, das man hat, wie die Umgebung reagiert. Das bringt die ganze Sache auf ein anderes Gleis. Dann hilft nur - das habe ich auch zum Thema Tierversuche gesagt - das mühselige Geschäft des Gesprächs mit den Betroffenen.

Zur Frage von Herrn Rachel zum Energieverbrauch; das betrifft auch eine andere Frage nach der internationalen Solidarität: Jede Solidarität ist dann am erfolgreichsten, wenn sie auf

wechselseitigem Egoismus basiert. - Das klingt ein bißchen blöde, aber ich glaube, wenn sich Egoisten treffen und ergänzen, ist das meist eine gute Voraussetzung.

Wenn man unter diesem Aspekt einmal fragt: „Ist eine japanische Firma, die in Deutschland eine Fabrik baut, für Japan gut oder für Deutschland gut?“, dann, nehme ich an, kommen wir zur Antwort: Die ist für Japan gut. Dann müßte doch umgekehrt eine deutsche Firma in China oder in den USA für uns gut sein. Wenn man dies so betrachtet, bekommt man vielleicht eine gewisse Offenheit: Das kann nicht beides schlecht sein.

Jetzt zur Frage der Energie, die damit direkt zusammenhängt: Die Japaner machen uns im Moment etwas ganz Gescheites vor: Nach unserem 1.000-Dächer-Programm für Photovoltaik - das ein bißchen zuwenig zum Leben und ein bißchen zuviel zum Sterben war - machen die Japaner ein 100.000-Dächer-Programm. Warum ist das bei denen sinnvoll? - Weil die auf Grund ihrer vielen Inseln einen Standortnachteil haben. Das ist für die immer noch günstiger, als mit langen Stromkabeln alle Inseln miteinander zu verbinden.

Die werden erst einmal Deficit spending machen, zehn Jahre lang Photovoltaik produzieren, bis wir alle abgehängt sind, weil es sich für uns nicht lohnt. Irgendwann wird nichts daran vorbeiführen, daß der Anteil der Sonnenenergie größer werden muß - nicht in zehn Jahren, aber vielleicht in 50 Jahren. Dann werden die Japaner diesen Weltmarkt beherrschen.

Mein Plädoyer lautet also: An dieser Stelle dürfen wir den Anschluß nicht verlieren. Das hat nichts mit dem Energiepreis im Moment zu tun. Das ist eine politische Maßnahme, wo man weitsichtig vorausdenken muß.

Über die Energiesteuer ist soviel geredet worden; ich will dem nichts hinzufügen, was vielleicht ebenfalls unsinnig wäre. Sicherlich macht uns eine leichte Erhöhung des Energiepreises wirtschaftlich nicht konkurrenzunfähig; es gibt andere Länder, die das beweisen. Aber das ist eigentlich nicht erfolversprechend.

Vielmehr sollte es Anreize geben, z. B. die Erhöhung des Wirkungsgrades zu honorieren, im selben Sinne, wie die Japaner Photovoltaik fördern. Die derzeitigen deutschen Kraftwerke mit einem Wirkungsgrad von bis zu 50 % - G- und D-Kombikraftwerke etc. - werden in zehn bis zwanzig Jahren einen Weltmarkt haben. Dazu braucht man vielleicht noch ein paar Kredite, die abgesichert werden. Aber das wäre eine sinnvolle Investition.

Wir haben heute morgen ja gehört: Die eine Milliarde Chinesen, die derzeit pro Person eine Tonne Kohle pro Jahr benötigen, werden in 30 Jahren, wenn es zwei Milliarden Chinesen gibt, den verständlichen Wunsch haben, zwei Tonnen pro Kopf und Jahr Steinkohleeinheiten umzusetzen. Damit wären sie immer noch erst beim Weltmittelwert und nicht so reich wie wir. Das bedeutete eine Vervierfachung der heute benötigten Kohlemenge.

Der derzeitige Wirkungsgrad eines chinesischen Kraftwerks beträgt durchschnittlich 17 %. Mit 50 % ist er bei uns dreimal so hoch. Allein durch Wirkungsgraderhöhung läßt sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf ein Drittel verringern. Ich habe vor einiger Zeit einigen EVU-Chefs gesagt: Am besten schenkt denen doch ein paar Kraftwerke von dieser Sorte. Die haben sofort zugestimmt und gesagt: Ja, das wäre eine Investition in langfristige Märkte. Insofern ist die internationale Verflechtung schon ein wichtiger Punkt.

Was wir hier machen, kann nur Beispielfunktion haben. Wir lösen das CO<sub>2</sub>-Problem nicht auf deutschem Boden; das ist völlig klar. Wir lösen auch das Energieproblem nicht auf deut-

schem Boden. Wir können nur dazu beitragen, uns in eine Vernetzung einzuspeisen, die uns langfristig wieder ein Wollen erlaubt. - Vielen Dank.

**Dr. Renate Köcher:** Ich bin gefragt worden, ob die Bereitschaft der Bevölkerung zu Veränderungen wirklich bestehe oder ob es sich dabei nur um Lippenbekenntnisse handele. Das Unbehagen der Bevölkerung über viele Entwicklungen ist mittlerweile so massiv - ich verweise auf das Binnenklima -, daß man durchaus die Bereitschaft zu Veränderungen unterstellen kann. Es scheint mir so zu sein, daß die Politik geneigt ist, die Bevölkerung, die Wähler zu unterstützen. Es ist vielleicht auch eine Frage der Konstruktion unseres politischen Systems, daß bei der politischen Klasse Abhängigkeitsgefühle entstehen, daß die politische Klasse, vergleichbar einem Unternehmen, das ängstlich auf seine Bilanz und Absatzsituation blickt, immer prüft, ob sie mit dem, was sie vertritt, auch en vogue ist, ob sie sich nicht ins Abseits stellt. Letztlich lassen sich aber viele Belege dafür finden, daß die Wähler Mut honorieren.

Diesen Mut sollte man verstärkt aufbringen, wenn es darum geht, die anstehenden politischen Entscheidungen zu treffen. Ich bin sicher, daß die Partei, die das Thema des Umbaus des Sozialstaates mit einem überzeugenden Konzept angeht, von der Bevölkerung honoriert wird. Ich bin überzeugt, daß die Partei honoriert wird, die ein überzeugendes Konzept für die Bewältigung der Migration vorlegt. Ich bin auch überzeugt, daß es honoriert würde, wenn die harte Wahrheit über den Wirtschaftsstandort Deutschland ausgesprochen wird, wenn gesagt wird, welche Anforderungen an die Bevölkerung und an ihre Beweglichkeit mit diesem Thema verbunden sind. Ich plädiere insofern dafür, mehr als bisher auszuprobieren, ob der Spielraum für politisches Handeln im Grunde genommen nicht viel größer ist, als man meint. Wenn man sich lange mit Umfragedaten beschäftigt, bekommt man von Jahr zu Jahr mehr Vertrauen in die Bevölkerung.

(Heiterkeit und Beifall)

Das gilt auch für die Frage des wachsenden Vorrats an Grundüberzeugungen. Es wurde gefragt, ob die Grundüberzeugung nicht Liberalität, Toleranz, im weitesten Sinne Laisser-faire beinhalte. Genau das Gegenteil vollzieht sich gerade. Die Bevölkerung beginnt zu reflektieren, daß Toleranz auch eine klare Definition dessen einschließt, was man als Gesellschaft nicht tolerieren will. Eine humane Gesellschaft braucht sehr klare Regeln dafür, was sie nicht toleriert. Darüber wird jetzt neu nachgedacht.

Wenn ich von einem wachsenden Vorrat an Grundüberzeugungen gesprochen habe, dann beispielsweise deshalb, weil gerade der Wert der Familie wieder deutlich stärker betont wird. Fast 90 % der Bevölkerung wünschen eine Stärkung der Familie. Das ist ein Ergebnis, wie man es in freien Gesellschaften zunächst einmal nicht für möglich hält. Die Familie ist aber einfach in den Grundbedürfnissen der Menschen verankert. In bezug auf die Familie besteht jetzt wieder quer durch die Generationen ein großer Konsens, was in den letzten Jahrzehnten nicht immer so war. Es besteht auch wieder verstärkt Konsens, was die altmodischen bürgerlichen Tugenden angeht. Ebenso ist verstärkt Übereinstimmung festzustellen, was die Einstellung zur Zukunftsbewältigung angeht. Dies beinhaltet, daß man - dies geschieht allerdings durchaus nicht ohne Furcht - mit Neugierde und Mut und auch mit Offenheit an die Zukunft herangehen muß, daß man sich über das informiert, was möglich ist, nicht aber eine Art von Weltanschauungskrieg führt, wie es beim Thema der Gentechnologie geschehen ist, wo sofort Gute, die die Welt retten wollen, und Böse, die die Welt gefährden, identifiziert wurden. Ich will auch klar sagen, daß der religiöse Bereich ein Bereich ist, in bezug auf den der Kon-

sens sich nicht verstärkt. Ich gehe davon aus, daß wir in diesem Bereich noch auf 20 oder 30 Jahre eine Dürrephase erleben werden. Vielleicht erleben wir danach, daß sich der Konsens auch in bezug auf diesen Bereich verstärkt.

Es wurde gesagt, daß man sich nicht damit abfinden mag, daß viele Menschen nicht mehr gebraucht werden. Ich möchte raten, zunächst einmal darüber nachzudenken, ob das wirklich so ist. Werden nicht viel mehr Menschen gebraucht, als wir in die jetzigen Strukturen eingliedern können? Wenn das so ist, könnte die Politik massiv Einfluß nehmen. Solange die Politik den im privaten Haushalt geschaffenen Arbeitsplatz gegebenüber dem im Gewerbebetrieb geschaffenen Arbeitsplatz benachteiligt,

(Beifall)

so lange trägt die Politik dazu bei, daß viele Menschen vermeintlich nicht gebraucht werden, die eigentlich gebraucht werden.

Ich bin gefragt worden, ob ich das Abtreibungsgesetz für endgültig halte. Ich bin überzeugt, daß dieses Thema wieder hochkommen wird.

Die Frage, wie man hochkomplexe Themen überhaupt vermitteln kann, halte ich für eine ganz wesentliche Frage. Ich richte meinen Blick in diesem Zusammenhang vor allen Dingen auf die Wissenschaft. Bei vielen Untersuchungen kann man feststellen, daß die Wissenschaft sehr stark in-group-orientiert ist. Der Experte unterhält sich am liebsten mit einem anderen Experten. Unter ihnen sind die Voraussetzungen gleich. Man kann davon ausgehen, daß man verstanden wird. Man kann sich in den Argumentationsmustern und in dem Vokabular bewegen, die den Wissenschaftlern vertraut sind. Vokabeln werden zum Teil ganz unterschiedlich verstanden.

Wenn der Wissenschaftler von Risiko spricht, denkt er an eine Rechengröße, an eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Wenn der normale Bürger den Begriff „Risiko“ hört, denkt er an Gefahr. Daraus resultiert eine ungeheure Verständigungsbarriere. Man erkennt bei Untersuchungen, daß die Experten, die sich an die Öffentlichkeit wenden, oft gerade diejenigen sind, die es eigentlich nicht tun sollten. Die Wissenschaft muß verstärkt dazu beitragen, daß man zwischen richtigen und falschen Experten unterscheiden kann. Nicht jeder Professor ist ein Experte. Wir registrieren eine Instrumentalisierung der Experten. Jede Seite präsentiert ihre Experten. Dies führt zu Verwirrung bei der Bevölkerung. Hier muß die Wissenschaft selber mit klaren Aussagen darüber eingreifen, was sie für gesichertes Wissen hält und was nicht. Sie braucht verstärkt Dolmetscher, die jene Verständigungsschwierigkeiten zwischen dem Laienpublikum und der Wissenschaft als Herausforderung betrachten und diese Schwierigkeiten beseitigen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke, Frau Dr. Köcher. - Herr Dr. Schily, bitte.

**Dr. Konrad Schily:** Ich möchte an das anknüpfen, was soeben über Experten gesagt worden ist. Ein Experte zeichnet sich dadurch aus, daß er auf seinem Gebiet alles weiß. Wenn man ihn aber nach einem Urteil fragt, sagt er: Das weiß ich nicht; das geht über mein Gebiet hinaus. - Die Wissenschaft verlangt von dem Bürger eigentlich, daß er ständig Urteile fällt. Ein Wissenschaftler selbst wird aber beispielsweise sagen: Ich bin Arzt; von dem, was über mein Gebiet hinausgeht, habe ich keine Ahnung. - Ein anderer Wissenschaftler mag sagen: Ich bin

einer der fünf weltberühmten Leute, die es auf meinem Gebiet gibt. Auf jedem anderen Kontinent sitzt noch so ein Spezialist wie ich. Das sind die fünf, die weltberühmt sind und sich untereinander verständigen.

Als nächstes möchte ich das Problem der Wertfreiheit ansprechen. Die Wissenschaft sagt, sie sei wertfrei. Ein Beispiel: Wir hatten eine genetische Experimentiergruppe eingeladen. Ich will Ihnen nicht sagen, aus welchem Land sie kam. Wir waren entsetzt, als die Mitglieder dieser Gruppe ganz selbstverständlich berichteten, daß sie mit menschlichen Föten experimentieren. Das war für uns das Ende der Veranstaltung. So wird experimentiert, und es wird auch weiterhin so experimentiert werden. Das Problem geht also über dieses Land hinaus.

Herr Rendtorff, ich habe nie Theologie studiert. Ich habe aber immer gern medizinische Vorlesungen geschwänzt und bin dann zu den Theologen gegangen. Sie haben mir nachgewiesen, daß es Gott so, wie wir es uns vorstellen, eigentlich nicht gibt. Man nannte das Entmythologisierung. Jetzt kommt dies auf uns zu. Wir dürfen dies nicht einfach immer auf die Bürger schieben. Es handelt sich um eine Frage der Wissenschaft selber. Der Bürger reagiert manchmal zu Recht ein bißchen ängstlich. Politiker müssen ständig Gesamturteile abgeben, ständig generalistisch arbeiten.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen, der hier auch angesprochen worden ist. Der Bürger kennt vielleicht gar nicht die Einzelheiten, weil für ihn die ganzen Techniken im Zusammenhang mit Hausarbeitsplatz bzw. Gewerbearbeitsplatz nicht handhabbar sind. Er merkt in seiner Stadt allerdings, daß trotz steigender Sozialkosten und Arbeitslosenkosten immer mehr Aufgaben unerledigt bleiben. Das registriert er. Er fragt sich: Warum nimmt man hier nicht eine Verknüpfung vor? Warum übernehmen nicht diejenigen Funktionen, die auch Arbeit suchen? Heute morgen ist dieses Thema schon angeklungen. In vielen westlichen Städten, in denen man sich nicht nur um schlanke Verwaltung, sondern auch um Reorganisation und eine wirklich neue Kommunalpolitik gekümmert hat - ich habe das in Arizona erlebt -, hat man dieses Problem in Angriff genommen. Man sagte sich: Hier haben wir es mit einem großen Brocken zu tun. Da liegt richtig Geld.

Das zweite, was überall passiert ist, ist dies: Die Dichte der behördlichen Verordnungen hat sich - bei Erhöhung der Sicherheit für den Bürger - ständig reduziert. Weil ich hier einen wirklich gestandenen Kommunalpolitiker vor mir habe, will ich auch dies noch sagen: Vor einigen Wochen habe ich in meiner Heimatstadt mit SPD-Leuten diskutiert. Im Ruhrgebiet gibt es - ähnlich wie in Berlin - wunderbare Menschen, die zu einprägsamen Bildern fähig sind. Zum Schluß sagte ein Arbeiter: Doktor, drück dich richtig aus! Du meinst, wir haben jetzt an jeder Ampel eine Kamera, und die zeichnet auf, wenn wir über 30 oder 50 km/h fahren. Ob an dieser Ampel aber einer ermordet wird oder etwas anderes passiert, interessiert die Kamera überhaupt nicht. - Das heißt, es gibt eine immer stärkere Überwachung, aber die Sicherheit wird nicht erhöht. Das empfindet der Bürger auch so.

In Arizona wurde die Überwachung abgebaut und die Sicherheit deutlich verstärkt. Kommunalpolitik wird dort ganz anders verstanden, nämlich im Sinne der Versorgung. Die Stadt, an die ich jetzt denke, ist eine Millionenstadt, wobei 200.000 Einwohner ihre Wohnung wechseln, je nachdem, ob Sommer oder Winter ist. In dieser Stadt sind die Schulden mittlerweile in wesentlichem Umfang abgebaut worden. Diese Stadt war eine der unsichersten Städte. Heute gehört sie zu den sichersten Städten. Das westliche Ausland macht uns also einiges vor. Das Ausland - damit komme ich auf die Ausführungen der Bundestagspräsidentin zurück - macht

uns auch vor, wie man mit ungeheurer Eiseskälte Techniken anwendet. Auch damit müssen wir uns irgendwie auseinandersetzen. Zu einer weltweiten Umweltkonvention gehört auch eine weltweite Ethikkonvention. Dafür müssen wir arbeiten. Dann geht es nicht mehr nur um kommunalpolitische, sondern um geopolitische Zusammenhänge.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. Ich möchte es weiteren Damen und Herren ermöglichen, sich in die Diskussion einzuschalten. Mir liegen noch sechs Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, daß wir die Rednerliste jetzt schließen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. Nach den Diskussionsbeiträgen haben diejenigen, die hier vorne auf dem Podium sitzen, noch Gelegenheit, die an sie gerichteten Fragen zu beantworten. Wir könnten unser Forum dann voraussichtlich kurz nach 17 Uhr schließen. Um 18 Uhr wird der Parteitag mit einer Plenarsitzung fortgesetzt. Sind Sie mit diesem Vorgehen und dieser zeitlichen Disposition einverstanden?

(Beifall)

Danke.

Ich gebe jetzt Herrn Engelbert Rau aus dem Kreis Steinfurt das Wort.

**Engelbert Rau:** Wie wir in der Zukunft leben werden, hängt sicherlich maßgeblich davon ab, wie wir die Chancen der Freiheit nutzen. Daß wir sie nutzen wollen, haben wir in den letzten Stunden oft genug gehört. Wir dürfen dabei aber die Risiken nicht übersehen. Auf Grund der materiellen und technischen Möglichkeiten ergeben sich heute - wie nie zuvor - erhöhte Risiken. Ich will dafür nur ein Beispiel nennen. Der Erziehungseinfluß von Schule, Elternhaus und Kirche nimmt deutlich ab. Der Erziehungseinfluß der Medien nimmt deutlich zu. Die Vielfalt der Medien ist einerseits ein Vorteil, andererseits ist ein bedenkliches Niveau zu registrieren, wenn ich auf die Fernsehprogramme blicke. Dies ist ein Problem für unsere Zukunftsgestaltung.

Zweitens. Wie wir die Zukunft gestalten, hängt wesentlich davon ab - dazu wurde zuvor bereits einiges gesagt -, welchen finanziellen Spielraum - auch bei den öffentlichen Haushalten - wir haben. Haben wir in der Vergangenheit nicht viel zuviel verteilt, was erst noch erarbeitet werden muß? Tun wir dies nicht immer noch? Haben wir nicht in guten Zeiten zuwenig Vorsorge getroffen? Sind wir dadurch nicht auch in den öffentlichen Haushalten ein schlechtes Vorbild für den privaten Bereich gewesen?

Drittens. Es wurde zu Recht gefordert, daß mehr Bildung, mehr Qualifikation notwendig ist, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Was machen wir in Zukunft mit denen, die trotz aller Förderung und aller Bemühungen diesem höheren Niveau nicht gewachsen sein werden?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Als nächster hat Herr Professor Fünfgeld das Wort.

**Prof. Dr. E. W. Fünfgeld:** Uns ist die Frage gestellt: Wie wollen wir in Zukunft leben? Ich denke, wir wollen gesund leben. Über die brennende Frage, welche Wege die Gesundheitsreform einzuschlagen hat, ist gestern und heute noch nicht gesprochen worden. Ich glaube, diese Frage geht uns alle an, gerade auch die Älteren. Ich möchte vier Punkte herausstellen.

Erstens nenne ich die Mitverantwortung des einzelnen gegenüber der Solidargemeinschaft und seine Aufklärung über diese Mitverantwortung, die er hat. In diesem Zusammenhang sind Vorsorgeuntersuchungen und Risikogruppen zu erwähnen.

Zweitens. Die Ärzteschaft - ich möchte die Punkte jetzt nur schlagwortartig antippen -: Kosten-Nutzen-Relationen, Stärkung des ambulanten Bereichs, Zulassung eines verstärkten Wettbewerbs - dies wurde heute schon angesprochen, allerdings nicht auf die Ärzteschaft bezogen -, Konsiliarpflicht, wobei die Ärzte eine solche unter sich auszumachen hätten. Ich bin Nervenarzt.

Als dritten Bereich nenne ich das Verhältnis von Wissenschaft und Staat und die Funktion der Legislative. Die Frage der Machbarkeit müßte geklärt werden. Transplantationen, Implantationen, fetales Gewebe werden benötigt. Die Kooperation zwischen den Fachgebieten ist zu fördern, um eine raschere Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erreichen. Schließlich ist auch eine raschere Zulassung von neuen Pharmaka zu fordern, wie sie im EU-Bereich auch gegeben ist.

Viertens sollten wir, wie ich meine, über Hilfen für Alte und Alterskranke, insbesondere Gehirnranke, nachdenken. Alte Menschen sind verunsichert. Ein Nihilismus gerade im Blick auf Gehirnranke ist nicht mehr am Platz, obwohl es noch Kollegen gibt, die einen solchen vertreten.

**Vorsitzender Erwln Teufel:** Nun hat Herr Martin Herkommer das Wort.

**Martin Herkommer:** Meine Damen und Herren! In diesem Forum wird über die Frage gesprochen, wie wir in Zukunft leben wollen. Es hört sich vielleicht ein wenig naiv an, wenn ich auf diese Frage jetzt die Antwort gebe: in gleicher Weise wie bisher. Frau Dr. Köcher hat ausgeführt, daß die Grundüberzeugungen in weiten Bereichen übereinstimmen, daß die Älteren weitgehend schon ihren Platz in diesem Leben gefunden haben und ihr Leben in den gewohnten Bahnen weiterführen möchten, daß die Jungen ebenfalls in einer freiheitlichen Gesellschaft leben wollen, daß sie arbeiten wollen, daß sie gesund sein wollen und daß sie Freizeit haben und ihr Leben gestalten wollen. Insofern wollen wir, wie ich meine, im großen und ganzen in gleicher Weise wie bisher leben. Dies müssen wir uns trotz aller Unterschiede vor Augen führen.

Was sich meines Erachtens deutlich ändern wird, sind die Interessen, die damit zum Teil verbunden sind. Wir wollen beispielsweise umweltverträglicher leben.

Ich möchte daraus folgendes schließen. Wir müssen in Zukunft von den Ideologien wegkommen, die wir haben. Gegenwärtig wird in der älteren Generation darüber diskutiert, was die Jungen tun sollen. Die Jungen hingegen fühlen sich in dieser Gesellschaft nicht einbezogen, sondern ausgegrenzt. Sie sagen im Blick auf die Älteren: Laßt sie doch machen! - So reden die Generationen aneinander vorbei. Die Ideologien sind zum Teil fest verankert. Es gibt beispielsweise in der Lehrerschaft manche, die sich mit Computern nie besonders anfreunden konnten und die sich damit nicht auseinandersetzen wollen. Große Teile der Lehrerschaft lehnen Computer ab. Bei den Älteren in dieser Gesellschaft wird es auch nicht gern gesehen, wenn man schon kleine Mädchen und Jungen an Computern spielen läßt.

Ich glaube aber, daß durch die Betätigung am Computer Fähigkeiten entwickelt werden, die die Älteren niemals entwickeln können. Es werden Chancen eröffnet, die wir anders gar nicht eröffnen können. Für die jungen Menschen eröffnen sich auf diese Weise plötzlich Möglichkeiten, die wir in der Schule gar nicht hatten. Wenn uns in der Schule früher ein bestimmtes Thema interessiert hat und wir bei diesem Thema weiterbohren wollten, mußten wir den richtigen Sachverständigen, den richtigen Lehrer finden, der dazu etwas sagen konnte. Die El-



tern konnten uns zum Teil nicht weiterhelfen. Heute haben wir die Möglichkeit, das vernetzte Denken dadurch zu lernen, daß wir in bestimmten Zusammenhängen - beispielsweise durch Computer - weiterdenken können. Damit lernen wir, wie ich glaube, auch einen verantwortlichen Umgang mit diesen Medien. Was wir meines Erachtens wirklich brauchen, ist Mut für die Zukunft. Wir brauchen den Mut, das, worüber wir jetzt diskutieren, zum Teil über Bord zu werfen und aufeinander zuzugehen. Wir brauchen auch den Mut, für die Jungen den Weg in die Institutionen zu ebnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Jetzt hat Frau Waltraud Schweitzer das Wort.

**Waltraud Schweitzer:** Ich möchte gern auf eine Bemerkung von Frau Dr. Köcher zurückkommen. Sie sagte: Wissenschaftler unterhalten sich am liebsten mit Wissenschaftlern. - Ich freue mich deshalb ganz besonders, daß ich mich als einfache Bürgerin einmal mit Wissenschaftlern unterhalten darf.

Ich habe nur zwei Fragen. Es geht mir zunächst um die Energieforschung. Heute morgen wurde uns von Herrn Professor Markl ganz eindeutig geschildert, was passiert, wenn wir die fossilen Energien weiterhin so verschwenden wie bisher. Was geschieht mit der Sonnenenergie und den Wärmepumpen? Zu diesen Bereichen werden Forschungsvorhaben durchgeführt. Ich möchte an Herrn Professor Treusch die etwas ironische Frage stellen, ob auch in diesem Bereich an intelligente Verlangsamung gedacht wird.

Herr Dr. Schily, es hat mir sehr gefallen, daß Ihre Studenten zusammen mit dem Architekten in 18 Monaten ein Neubauvorhaben realisiert haben. Meine Frage an Sie lautet: Haben Sie bei der Konzeption auch an Sonnenkollektoren gedacht? Ist die Sonnenenergie genutzt worden? Wie haben Sie im übrigen die Bebauungspläne überrumpeln können? Bei uns in Baden-Württemberg sehen die Bebauungspläne z. B. vor, daß die Dächer rot oder schwarz sein müssen. Wenn man die Dächer anders gestalten will, müßte man erst eine Änderung des Bebauungsplans herbeiführen.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Wir sind so tolerant, daß wir in Baden-Württemberg sogar rote Dächer zulassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Dr. Glocker hat das Wort.

**Dr. Jürgen Glocker:** Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage an Frau Dr. Köcher. Ich würde gerne die Frage, die vorne an der Wand zu lesen ist: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, folgendermaßen umformulieren: „Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“

Welche Möglichkeiten sehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Arbeit, den Grundkonsens in unserer Gesellschaft zu stärken? Sie sehen zwar eine große Übereinstimmung in bestimmten Grundeinstellungen. Angesichts der immer weiter fortschreitenden Verrechtlichung unserer Gesellschaft muß man aber doch, glaube ich, die Frage stellen: Ist dieser Grundkonsens tatsächlich vorhanden, und, wenn ja, was können wir tun, um diesen möglicherweise vorhandenen Konsens in konkretes Handeln umzumünzen? Wir stellen doch mehr und mehr fest, daß ein Rückzug in eine mehr oder weniger vermeintliche Privatheit stattfindet.

Noch eine Anschließfrage: Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Arbeit und dieser Fragen die Versuche, Elemente der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild oder nach anderen Mustern in unser politisches Leben zu integrieren?

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke schön, Herr Dr. Glocker. - Frau Margret Mönig-Raane hat das Wort, bitte.

**Margret Mönig-Raane:** Bei der Diskussion um die Grundwerte habe ich sehr viel Vertrautes gehört. Auch ich glaube, daß dieser Konsens weit über die Partei hinausgeht. Das ist doch etwas Positives und sehr Begrüßenswertes.

Ich denke aber, daß bei der Frage, wie das umgesetzt wird, wie das gelebt wird, die Spannweite leider wieder sehr viel größer wird.

An dieser Stelle kann ich aus meinen Beobachtungen bestätigen, was Frau Dr. Köcher festgestellt hat, nämlich die Bereitschaft der Bevölkerung, auch Unangenehmes zu akzeptieren. Ich zeige das einmal am Beispiel des Solidaritätszuschlags: Er nimmt den Leuten richtig Geld aus ihrem Realeinkommen weg. Trotzdem sind sie bereit, ihn zu akzeptieren, weil sie sagen: Das ist eine sinnvolle und richtige Aufgabe. Sie ärgern sich zwar darüber, wenn das Geld nach ihrer Meinung falsch ausgegeben wird; aber das ist sozusagen zweitrangig.

Nach wie vor ungelöst ist dabei die Frage der Gerechtigkeit. Das heißt, die Leute wollen sehen, daß alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit dazu beitragen, diese Gemeinschaftsaufgabe zu bewältigen. Das wird aber als eine nicht ausgewogene Verteilung der Lasten empfunden. Man will wohl den eigenen Anteil übernehmen, aber man will auch sehen, daß die Leistungsfähigeren in dieser Gesellschaft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag leisten.

(Zuruf)

Ich wollte jetzt keine Steuerdiskussion anfangen, sondern ich wollte Ihren Blick nur auf die Entwicklung der Verteilung des Volkseinkommens richten. Vielleicht stellen Sie denn fest, daß der Anteil am Volkseinkommen bei denjenigen, die abhängig beschäftigt sind, gesunken ist und nicht etwa gleichgeblieben oder gestiegen ist. Vielleicht ist das Anlaß für die eine oder andere Überlegung in Sachen Verteilung der Belastung und der erwirtschafteten Werte und dafür, neue Initiativen zu ergreifen.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen, nämlich die Frage des vernetzten Denkens und Handelns; das ist in dieser Diskussion heute nachmittag schon mehrfach angesprochen worden. Ich glaube, wir haben nur dann eine Chance, nicht in 20 oder 30 Jahren vor den Ruinen unserer Arbeit zu stehen, wenn wir es schaffen, in unser Denken und Handeln folgendes einzubringen: Wir sollten nicht nur isoliert fragen, welches Problem welche Lösung erfordert, sondern auch, welche Folgen die eine oder andere Problemlösung hat. Dann wird meiner Meinung nach das Miteinandergehen, das Miteinanderreden und das Miteinanderproblemlösen enorme Fortschritte machen. Diese Chance sehe ich, auch wenn ich weiß, daß es immer Zielkonflikte geben wird.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Vielen Dank. - Das war die letzte Wortmeldung in dieser Runde. - Ich darf jetzt noch einmal das Podium aufrufen und möchte Sie, Herr Dr. Schily, bitten zu beginnen.

**Dr. Konrad Schily:** Ich möchte zum vernetzten Denken noch einmal sagen: Wir müssen an ganz vielen Stellen - in der Schule, aber auch beim Lehrling und in der Hochschule - das Bild-

bewußtsein, das Visionäre, das Sichidentifizieren mit dem gesamten Gegenstand bestärken, aber nicht das Vereinzeln auf das Spezialistische. Daraus kann etwas kommen, daraus entstehen dann auch Urteile.

Zum Bauen: Wir haben keine Kollektoren auf dem Haus, aber wir haben die ganze Heizung so eingerichtet, daß jederzeit Kollektoren anschließbar sind, wenn sich diese rechnen.

Zur Bebauungsgeschwindigkeit: Wir haben inzwischen aus Baden-Württemberg einen Begriff übernommen, nämlich das Sternverfahren. Der ganze Vorgang konnte dadurch entspannt werden, daß alle - der Architekt, die Studierenden, das Planungsamt der Stadt Witten, das Wissenschaftsministerium und dann die mittlere und obere Kreisbehörde sowie das Regierungspräsidium - mitgewirkt haben. Das heißt, sie alle waren drei Wochen in den Planungsprozeß eingebunden. Deshalb ist es gelungen, wesentliche Genehmigungen per Fax in 24 Stunden zu erhalten. Es traf sie nichts Unbekanntes, sondern sie waren im Vorgang drin.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Frau Dr. Köcher.

**Dr. Renate Köcher:** Jemand hat das Motto dieses Nachmittages etwas abgewandelt in die Frage: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?

Es ist ganz klar, daß die Bevölkerung das genauso formulieren würde. Sie möchte zusammenleben. Die Entwicklung der Haushaltsgrößen suggeriert anderes. Aber wenn man andere Daten hinzunimmt, erkennt man, daß die Haushaltsgröße nur eine Seite der Medaille ist. Die andere Seite zeigt, daß die Kommunikation und die Sozialkontakte der Bevölkerung heute so intensiv sind wie noch nie in dem Zeitraum, den man mit der Sozialforschung überschauen kann.

Das heißt, es ist ein Abhängigkeitsgefühl des einzelnen erkennbar, das über die letzten Jahrzehnte gewachsen ist, ein Abhängigkeitsgefühl, daß man in intakten Gemeinschaften, in intakten Sozialbeziehungen und in einer humanen Gesellschaft leben möchte. - Das als Prämisse.

Nun zur Frage, wie man den Konsens fördern kann, in welche Richtung sich diese Gesellschaft bewegt: Ich denke, daß sich in der Vergangenheit viele Institutionen und Organisationen von diesem Ziel zurückgezogen haben. Ich will das einmal an einem ganz anderen Beispiel deutlich machen: Ich habe mir zehn Jahre lang die Hacken bei der Versicherungswirtschaft wundgelaufen und habe gesagt: Ihr könnt nicht hinnehmen, daß das Phänomen Versicherungsbetrug kontinuierlich zunimmt; das beschädigt den Gedanken der Solidargemeinschaft. Die Versicherer waren lange Zeit der Auffassung, das sei wettbewerbsneutral und treffe uns alle gleichermaßen. Man könne die Beiträge entsprechend anpassen, und deshalb sei das kein Thema.

Jetzt bin ich hochofret, daß in diesem Jahr zum erstenmal bei dem jährlichen Pressekolloquium des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft das Thema Versicherungsbetrug einen ganz zentralen Stellenwert hatte. Nur so kann man nach meiner Ansicht Konsens herstellen und Konsens sichern, indem man nämlich Fehlentwicklungen thematisiert und indem man ganz klarmacht, daß man bestimmte Dinge nicht toleriert, daß sie für die Gemeinschaft schädlich sind.

(Beifall)

Zur Frage nach den Elementen der direkten Demokratie: Ich finde es sehr schwer; hier einfach ein Pro oder Kontra zu sagen. Ich meine, das ist eine Frage der Themen.

Wo ist dieses Instrument geeignet? Ich will Ihnen direkt ein Beispiel sagen, wo ich massivste Bedenken hätte, dieses Instrument zu verwenden.

Wir haben eine Untersuchung durchgeführt, wie die Bevölkerung zum Thema Osterweiterung der NATO steht. Es gibt zunächst einmal sehr viel Unentschiedene, dann aber unter den Entschiedenen eine relative Mehrheit dafür.

Wenn man die Frage etwas ausschmückt und sagt: „Die osteuropäischen Länder fühlten sich bedroht und möchten den Schutz der NATO haben“, gibt es plötzlich eine klare Mehrheit für die Osterweiterung der NATO. Nun würde jeder Experte sagen: Das heißt doch, daß wir diese Länder im Ernstfall verteidigen. Aber wenn Sie einen solchen Satz hinzufügen: „Das heißt, daß wir Polen, Ungarn, Tschechien im Ernstfall mit verteidigen“, gibt es plötzlich eine klare Mehrheit gegen eine Osterweiterung der NATO.

Das zeigt, wie weich die Anschauungen teilweise sind, je nachdem, welchen Aspekt man in den Vordergrund stellt. Eine verstärkte Verwendung des Plebiszits erfordert eine reife Demokratie, die nicht anfällig ist für Demagogen. Ich weiß nicht, ob wir schon soweit sind.

(Beifall)

Sehr interessant fand ich die letzte Frage nach der Gerechtigkeit. Das ist ein ganz schillernder Begriff. Wenn Sie die Leute fragen, was sie unter Gerechtigkeit verstehen, finden Sie sehr unterschiedliche Definitionen. Viele verstehen unter Gerechtigkeit Gleichheit, Egalität.

Daher erfordert das Bestreben, ein Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung zu schaffen und das Gefühl zu vermitteln, das, was Politik macht, sei gerecht, zunächst eine Verständigung darüber: Was verstehen wir unter Gerechtigkeit? Da hat sich in den letzten Jahrzehnten die Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Egalität sehr stark ausgebreitet.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Danke. - Herr Professor Treusch.

**Prof. Dr. Joachim Treusch:** Herr Rauen und Sie, Herr Professor Fünfgeld, hatten die Frage gestellt: Was passiert mit denen, die von der Entwicklung abgehängt werden, mit den Alten? Wo ist die Solidarität?

Ich kann dazu nur sagen: Da die Altersentwicklung zweifellos dazu führt, daß es mehr Alte gibt, die an Krankheiten leiden, die eine Solidarität besonders schwierig erscheinen lassen - also Alzheimer etc. -, wird die Leistung der Leistungsfähigen in den nächsten Dekaden in einer Weise gefordert werden, wie wir uns das überhaupt noch nicht vorstellen können, um die anderen mittragen zu können, weil sich die Pyramide in dieser Weise entwickelt.

Wenn man denn schon die Bergpredigt zitiert, dann wird man das auf sich nehmen müssen. Ich denke, das ist auch möglich, indem wir uns weiterhin wirtschaftlich und wissenschaftlich entwickeln.

Zu Ihrer Frage zur Sonnenenergie, Frau Schweitzer: Wir in der KFA haben photovoltaische Zellen auf dem Dach. Das ist zwar nicht wirtschaftlich, aber es hilft, den Weg in die Zukunft zu bahnen.

Jetzt zur Frage nach der intelligenten Verlangsamung - oder auch nicht. Ich bin schon der Meinung, man sollte sie so schnell wie möglich weiterentwickeln und versuchen, das kosten-

günstig umzusetzen. Es gibt aber einige Idealisten - das wäre das freundliche Wort; Ideologen wäre das weniger freundliche Wort -, die sagen: Im Jahre 2010 ist mit der Sonnenenergie alles zu regeln; also macht ruhig weiter wie bisher; das klappt schon. Das halte ich für un-intelligent und schlimm.

Dessenungeachtet bin ich absolut davon überzeugt: In absehbarer Zeit - in 50, 60 oder 70 Jahren - müssen wir die Sonnenenergie massiv nutzen, weil uns das andere entweder fehlt oder weil alles andere technische Probleme aufwirft. Vernünftig ist also: so schnell wie möglich, aber auch so langsam wie notwendig, um keine Fehler zu machen.

Als Schlußwort würde ich gerne das aufnehmen, was Sie, Frau Mönig-Raane gesagt haben: Dies alles kann nur funktionieren, wenn man quer über die Disziplinen hinweg kooperiert. Es sollte nicht der Kerntechniker hier vorne stehen und sagen, Sonnenenergie ist völliger Quatsch, und daneben ein Vertreter der Sonnenenergie stehen, der sagt: Kerntechnik ist barbarisch.

Wenn diese beiden miteinander reden - das ist nur ein Beispiel für viele -, wird nebenbei auch die Übung geleistet, das allgemeinverständlich zu machen; denn das Vokabular unter Wissenschaftlern ist nicht das aller Wissenschaftler. Wenn wir auf dem Wege weiterkommen, haben wir etwas geschafft. Mir jedenfalls hat dieser heutige Tag dazu etwas mehr Optimismus gegeben.

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Bitte, Herr Professor Rendtorff.

**Prof. Dr. Trutz Rendtorff:** Ich habe eigentlich nichts Neues hinzuzufügen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß ich persönlich es als sehr originell und als einen guten Beitrag zu diesem Thema empfand, daß einer der Diskutanten hier ganz kühn gesagt hat: Wieso wollen wir in Zukunft eigentlich anders leben? Die Antwort auf die Frage: „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ könnte auch lauten: gleich! - Daran ist sehr viel Wahres, wenn man das genau betrachtet. Alle Erwartungen, die an die Zukunft gerichtet werden, sind eigentlich doch der Art, daß gesagt wird: Es soll nicht in einer Art und Weise anders werden, die unzutraglich ist und die es uns nicht erlaubt, in einer humanen Weise zu leben.

Ich halte das für einen ganz wichtigen Beitrag, weil es wohl eine alte Einsicht ist, daß die eigentlichen Erneuerer immer diejenigen sind, die wissen, was bewahrenswert ist.

(Beifall)

**Vorsitzender Erwin Teufel:** Das war der Ethiker. - Meine Damen und Herren, ich möchte mich herzlich bedanken. - Natürlich war auch ich in der Versuchung, zu dem einen oder anderen einen Kommentar abzugeben. Aber ich glaube, der Sinn dieses Forums heute mittag war, Ihnen die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Dafür sollten Sie auch hervorragende Experten im Podium zur Verfügung haben.

Ich denke, daß die Bundesgeschäftsstelle - hier vertreten durch Herrn Kammerer - eine sehr gute Auswahl getroffen hat. Ich möchte mich bei Frau Dr. Köcher und allen Mitgliedern des Podiums ganz herzlich dafür bedanken, daß Sie uns als Gesprächspartner heute zur Verfügung gestanden haben.

(Beifall)

Zweitens möchte ich mich bei Ihnen hier im Saal sehr herzlich bedanken für Ihre große Aufmerksamkeit und für die sehr gute, auch sehr sachkundige Beteiligung an der Diskussion.

(Beifall bei den Podiumsmitgliedern)

Es war eine Freude, zuzuhören und die Diskussion zu verfolgen.

Drittens. Ich glaube, der Dialog, der heute begonnen worden ist, muß sich auf allen Ebenen der Partei fortsetzen. Das absolut vorrangige Thema ist die Frage, wie wir für die vielen Arbeitsplätze, die verlorengegangen sind und auch in einer Zeit guter konjunktureller Entwicklung in den nächsten Jahren weiter verlorengehen, Ersatz beschaffen können, um der jungen Generation Zukunftschancen zu geben.

Wir haben heute aber festgestellt, daß das nicht die einzige wichtige Frage ist. Arbeitsplätze sind nicht alles - so wichtig sie sind. Von Bedeutung sind auch die Fragen, wie wir morgen leben wollen, welche Werte und Ziele uns leiten sollen, welche globalen Herausforderungen es gibt, die auf uns und unsere eigene Zukunft einwirken. Es ist, glaube ich, deutlich geworden, daß wir in diesem Land nicht in einer Nische überleben können. Deswegen müssen wir versuchen, uns im Dialog der Wahrheit und den richtigen Entscheidungen anzunähern.

Es ist völlig richtig - das empfinden viele so -, was Frau Präsidentin Süßmuth gesagt hat: Wir sind ständig gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die wir mit unserer eigenen Kenntnis, mit unserer eigenen Berufsausbildung, mit unserer eigenen Lebenserfahrung nicht mehr begründen können. Wir sind auf Sachverstand angewiesen. Deswegen haben wir auch die Verantwortung, uns sachkundig zu machen, uns weiterzubilden, die richtigen Leute auszuwählen, die uns beraten, und uns ständig auf dem laufenden zu halten.

Ich glaube, man muß sich auch bemühen, dort, wo es möglich ist, alternative Wege aufzuzeigen. Politiker haben natürlich auch die Aufgabe, Antworten zu versuchen und - wie wir von Frau Dr. Köcher gehört haben - hier und da auch mutige Entscheidungen zu treffen, weil das der Bürger durchaus honoriert.

Gegen Ende ist noch ein guter Satz gefallen: Man solle Konsens herzustellen versuchen, indem man Fehlentwicklungen thematisiert und als schädlich hinstellt. Auch das kann ein Weg sein, um Fehler zu vermeiden.

Ich möchte jetzt keine Synthese versuchen. Es wird schwer genug sein, nachher in zehn Minuten im Plenum die wichtigsten Fragestellungen, die hier aufgeworfen worden sind, darzustellen.

Ich darf mich bei Ihnen allen noch einmal herzlich für die Teilnahme an der Diskussion bedanken.

(Beifall)

(Schluß: 17.02 Uhr)

## Forum 4

### Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept

Beginn: 14.12 Uhr

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich begrüße alle, die sich für dieses Forum entschieden haben. Das Forum 4 hat den Titel „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept“. Wir haben heute morgen sehr bedenkenswerte Vorträge hören können, die uns, glaube ich, sehr gut in die Dimension der Probleme eingeführt haben. Wir werden uns in den Foren jetzt wahrscheinlich wieder mehr mit den alltäglichen Problemen beschäftigen, auch mit den Fragestellungen und Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Wir haben im vergangenen Jahr in der CDU ein neues Grundsatzprogramm beschlossen, das sicherlich zu unserem heutigen Thema geführt hat: „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“. Wir haben lange gestritten, ob es richtig ist, die so bewährte Soziale Marktwirtschaft um die ökologische Komponente zu erweitern. Unsere Schwesterpartei hat sich zu diesem Schritt noch nicht durchringen können. Aus ihrer Sicht schließt interessanterweise das, was Soziale Marktwirtschaft will, die ökologische Komponente mit ein. Wir als CDU haben uns damals anders entschieden, und ich glaube, diese Entscheidung war richtig.

(Beifall)

Nichtsdestotrotz kann man sagen: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als Prinzip durchgesetzt, sie ist eine Möglichkeit, verantwortete Freiheit zu leben, wie es unserer Partei auch zukommt. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Das steht im Grundsatzprogramm und ist völlig richtig. Daraus stellt sich die Frage: Wie haben wir es geschafft, die Widersprüche, die ganz ursprünglich einmal zwischen Kapital und Arbeit angelegt waren, so zu lösen, daß sie sozialverträglich waren, daß sie zu Solidarität in unserer Gesellschaft führten, daß es heute soziale Partnerschaft gibt, Tarifautonomie, daß es aber auch noch Arbeitsplätze und Wirtschaft gibt? Das ist das Spannungsverhältnis in der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben dann im Grundsatzprogramm festgelegt, daß jetzt auch die Frage nach neuen Prioritäten im sozialen Bereich gestellt werden muß. Diese Frage können wir heute ebenfalls diskutieren und haben dazu auch kompetente Gesprächspartner.

Die Soziale Marktwirtschaft ist in einer Größe zusammengefaßt, die auch über die Güte und den Zustand der Sozialen Marktwirtschaft in unserer Gesellschaft etwas sagt: im Bruttosozialprodukt. Unser Bruttosozialprodukt ist Ausdruck dessen, wie es um unsere Soziale Marktwirtschaft steht und welchen Wohlstand wir in unserer Gesellschaft haben.

Das allein reicht aber nicht mehr, wir brauchen jetzt auch eine ökologische Komponente im System der Sozialen Marktwirtschaft. Unser Ziel muß es nicht nur sein, die Widersprüche zwischen sozialem Anliegen und Markt, Eigentum und Kapital zu lösen, sondern wir müssen auch die Frage stellen: Wie kann sichergestellt werden, daß wir mit unseren Ressourcen so umgehen, daß auch nach uns noch Generationen so wie wir oder vielleicht sogar besser leben können, als wir es tun? Diese Frage ist nicht identisch mit der Frage, wie wir heute leben und welche sozialen Möglichkeiten wir heute haben und was heute mit einem Arbeitsplatz verbunden ist.

Diese ökologische Komponente impliziert auch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Denn es wird dort oft über etwas entschieden, was wir heute noch gar nicht so spüren, was uns erst morgen als Schaden klar wird. Eine der Aufgaben wird es dabei sein, daß wir mit der Festbeschreibung der ökologischen Komponente in der Sozialen Marktwirtschaft fragen: Ist das Bruttosozialprodukt eigentlich noch die ausreichende Grundlage zur Beschreibung des Zustandes unserer Gesellschaft? Müssen wir nicht ganz andere Fragen stellen? Ist nicht unter Berücksichtigung der Ökologie die Frage nach Wachstum, nach Wohlstand, nach Wohlbefinden in unserer Gesellschaft durch eine andere Größe als das Bruttosozialprodukt zu beschreiben? Ich bin der Meinung, daß dies so ist, und da wird auch viel versucht. Aber wir haben die richtigen und geeigneten Kriterien für eine derartige Bewertung der ökologischen Komponente im marktwirtschaftlichen System natürlich noch nicht bereit.

Deshalb finde ich es interessant, daß wir neben den neuen Prioritäten im sozialen Bereich heute auch über die Frage diskutieren: Was ist eigentlich das Ziel der ökologischen Marktwirtschaft, und wie messen wir dieses Ziel, um festzustellen, ob wir es erreicht haben oder nicht?

Wenn man sich mit diesen Zielen befaßt, kommt immer wieder ein Vorwurf gerade aus dem wirtschaftlichen Bereich: Eure Umweltpolitik hat nur tagespolitische Ziele, sie ist völlig unberechenbar; Ihr wollt jeden Schadstoff überall herausnehmen und geht nur nach dem Stand der Technik, nach dem, was technisch machbar ist. Das wird in der Umweltpolitik ordnungsrechtlich auch verlangt. Aber sagt uns doch mal, wo das eigentlich hingehen soll, was denn die wesentlichen Ziele Eurer Umweltpolitik sind!

Ich denke, es gibt gute Gründe, über diese Ziele einmal zu diskutieren und zu fragen, was eigentlich wichtig und was weniger wichtig ist.

Ist es nun wichtig, das letzte Milligramm eines Schadstoffes aus dem Abwasser herauszubekommen, so daß man dieses zum Schluß als Trinkwasser verkaufen könnte, oder ist es wichtiger, sich um die CO<sub>2</sub>-Minderung zu bemühen und in diesem Zusammenhang um den Bereich des Energiesparens bzw. eines effizienteren Energieverbrauchs? Ich halte es für die zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzung für unerläßlich, daß wir uns wenigstens über die wesentlichen Ziele einigen. Darüber würde ich gerne mit Ihnen allen hier sprechen.

Im Naturschutz halte ich es für sehr wichtig, das Ziel zu setzen, die Artenvielfalt, die wir heute haben, zu erhalten. Wir haben heute in der Bundesrepublik Deutschland 45.000 Tierarten, von denen 25 % vom Aussterben bedroht sind, bei den Wirbeltieren 50 %. Wir haben 27.000 Pflanzenarten, von denen 30 % in ihrer Existenz bedroht sind. Ist es ein wichtiges, wertvolles Ziel, uns die Artenvielfalt in unserem Land zu erhalten? Das hat wichtige Auswirkungen auf den Menschen.

Wir müssen uns fragen: Wie gehen wir mit der Kreislaufwirtschaft um? Ist Kreislaufwirtschaft, also die Rückführung der Ressourcen in den natürlichen Kreislauf, ein wichtiges Ziel? Ist es überall gleich wichtig? Ist es bei bestimmten Ressourcen wichtiger als bei anderen? Wie wollen wir das ordnen?

Ich könnte mir auch vorstellen, daß wir die Bodennutzung, die Inanspruchnahme unseres Bodens gerade in einem dicht besiedelten Gebiet wie der Bundesrepublik Deutschland als sehr wichtig ansehen und fragen: Muß die Bodennutzung immer entsprechend dem Wirtschaftswachstum zunehmen? Jürgen Rüttgers hat diese Frage heute morgen im Zusammenhang



mit dem Verkehr gestellt und gefragt: Bedeutet Wirtschaftswachstum immer auch mehr Verkehr? Auch darüber könnten wir heute diskutieren.

Die Gesellschaft wird nur eine begrenzte Zahl von Möglichkeiten und Ressourcen haben, und diese Ressourcen müssen wir so einsetzen, daß wir die wichtigsten Probleme zuerst lösen und danach die weniger wichtigen. Ich glaube, wir sind uns noch nicht einig darüber, was die wichtigen und was die weniger wichtigen Fragen sind. Und gar nicht einig sind wir uns darüber: Wieviel geben wir für die sozialen Aufgaben aus und wieviel für den Umweltbereich? Bedingt sich das gegenseitig? Ist es harmonisch, oder stehen dort die Interessen nicht manchmal auch gegeneinander? Mehr Investitionen in den Umweltschutz in einem Betrieb gegen einen zusätzlichen Urlaubstag - ist das überhaupt eine Fragestellung, oder haben wir mehr Harmonie, als ich denke? Es kann ja auch sein, daß eine gute Ökologie sich auch günstig auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Ich stelle mir vor, daß wir heute nachmittag einmal unsere Ziele diskutieren. Dann wünsche ich mir, daß wir über die Instrumente zum Erreichen dieser Ziele sprechen.

In der Umweltpolitik haben wir heute keine gesellschaftlichen Verbände wie Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, die wie im Falle der Tarifaufonomie die Interessenkonflikte austragen, so daß der Staat nur das gesetzliche Rahmenwerk macht. In der Umweltpolitik ist der Staat gleichzeitig Vertreter vieler Interessen. Die Frage ist, welche Rolle hier zum Beispiel die Umwelt- und Naturschutzverbände spielen. Können sie zur Interessenvertretung der Umweltbelange der Menschen werden? Wer soll in Zukunft die Konflikte austragen, und wie sollen sie ausgetragen werden?

Der Staat hat viele Jahre lang die Regelungen in Form des Ordnungsrechts getroffen. Wir haben jetzt ein dichtes Netz im Bereich des Ordnungsrechtes. Es beginnt mit dem Bundesgesetz, z.B. dem Bundes-Immissionsschutzgesetz oder dem Wasserhaushaltsgesetz. Dann haben wir Rahmenvorschriften, Verwaltungsvorschriften der Länder, dann Normungen wie ISO und DIN, dann das Regelwerk der Abwassertechnischen Vereinigung, und zum Schluß ist alles festgezurr bis hin zum Abstand der einzelnen Gullydeckel voneinander, so daß man sich vorne und hinten nicht mehr bewegen kann. Ist das die richtige Methode, durch die staatliche Verwaltung den Umweltschutz für die Zukunft festzuschreiben? Oder haben wir als eine Partei, die sich mit der ökologischen Marktwirtschaft befaßt, noch ein paar andere Dinge anzubieten? Da gibt es das Instrument der Selbstverpflichtung, das Instrument der Zertifikate, das Instrument der Erhöhung von Preisen z.B. durch Steuern, indem man ein Gut verknüpft. Dann gibt es das Instrument der Steuerspreizung, indem man umweltfreundliches Verhalten belohnt und umweltschädliches Verhalten bestraft.

Damit das eine spannende Diskussion wird, stelle ich jetzt die Teilnehmer dieser Diskussion vor.

Ich beginne mit Herrn Professor Hans-Jürgen Ewers. Er ist inzwischen an der Technischen Universität Berlin als Verkehrsexperte, war früher Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

Ganz herzlich willkommen, Herr Professor Ewers!

(Beifall)

Dann Herr Roland Issen. Sie sind seit 1987 Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Auch Sie herzlich willkommen auf unserem Podium!

(Beifall)

Dann haben wir Herrn Pischetsrieder, den Vorstandsvorsitzenden von BMW seit zwei Jahren und, wie er mir erzählt hat, direkt aus der Produktion kommend, also ein Praktiker. Herzlich willkommen, Herr Pischetsrieder.

(Beifall)

Dann begrüße ich ganz herzlich Herrn Professor Dr. Reinhard Zellner. Er ist Physikochemiker - eine mir verwandte Berufsart - und befaßt sich an der Gesamthochschule Essen mit den Fragen der Atmosphäre. Ganz herzlichen Dank, daß Sie heute bei uns sind und herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir hatten uns den Ablauf so gedacht, daß jeder der Teilnehmer hier auf dem Podium aus seiner Sicht eine Einführung in das Thema gibt. Dann eine kurze Replik vom Podium und dann sofort Ihre Einbeziehung in die Diskussion.

Zu Beginn sollten die beiden Herren von der Universität, zuerst Herr Professor Zellner, anschließend Herr Professor Ewers sprechen und danach die außeruniversitäre Seite zu Wort kommen, und zwar Herr Issen und abschließend dann Herr Pischetsrieder. - Herr Zellner, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

**Prof. Dr. Reinhard Zellner:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, daß wir zum Ausgang des 20. Jahrhunderts vor drei wichtigen Problemkreisen stehen. Das erste ist die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen. Ich denke dabei an die fossilen Brennstoffe, an die Böden, an die Verknappung der Wasservorräte, auch an den Abbau der tropischen Wälder.

Der zweite Punkt - und er ist vielleicht der wichtigste - ist, daß die Belastbarkeit der Ökosysteme an ihre Grenzen gestoßen ist. Ich denke hierbei an den Klimawandel - ich kann das nachher gern im Detail ein wenig ausführen -, ich denke an den Abbau der Ozonschicht, und ich denke auch an die neueren Waldschäden.

Der dritte Punkt - und das ist vielleicht der treibendste für diese Probleme - ist das Wachstum der Weltbevölkerung.

Ich denke, daß alle diese Probleme miteinander eng vernetzt sind, wenn auch vielleicht vom Wachstum der Bevölkerung der größte Problemdruck erzeugt wird. Wir gehen ja davon aus, daß die 5,7 Milliarden Menschen, die wir zur Zeit haben, auf mindestens 10 Milliarden im Jahre 2050 angewachsen sein werden. Deshalb gehen allein vom Überkonsum in unseren Industrieländern und dem Aufholverhalten in den Entwicklungsländern ein großer Handlungsbedarf aus.

Nun zu der Zeitskala! Es handelt sich bei diesen Wachstumstendenzen um exponentielle Prozesse. Das heißt, die Zeitkonstanten der Problementwicklung sind so, daß Handlungsbedarf innerhalb der nächsten zehn bis dreißig Jahre dringend ist. Es ist also kein Problem der Tagespolitik, sondern erfordert langfristige Überlegungen, aber es liegt in den Händen der jetzt handelnden Generation. Business as usual, wie wir es in der Vergangenheit verstanden haben, werden wir mit Sicherheit nicht länger verantworten können.

Sie wissen, daß die vermeintliche Zauberformel für die Lösung dieser Probleme das sogenannte Konzept des sustainable development, einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung, ist. Ich möchte darauf jetzt hier im einzelnen nicht eingehen; wir werden mit Sicher-

heit in einigen Punkten auf die Realisierbarkeit dieses Konzeptes zu sprechen kommen. Es geht aber - lassen Sie es mich gleich sagen - um den Versuch, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen. Es geht darum, den Unterschied zwischen der armen und der reichen Bevölkerung dieser Welt auszugleichen, die sogenannte intragenerative Gerechtigkeit. Auch geht es darum, zukünftigen Generationen Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zuzugestehen; das ist das, was wir intergenerative Gerechtigkeit nennen. Wir müssen also dieses Konzept sozusagen als einen Imperativ für die Zukunft sehen. Wie das auszugestalten ist, dazu gibt es großen Diskussionsbedarf und sicherlich auch Kontroversen.

Lassen Sie mich zum Ende meines Statements auf einen Punkt hinweisen. Ich werde später mit Sicherheit noch Gelegenheit haben, auf die schwierigsten Punkte in der Entwicklung unserer Ökosysteme einzugehen. Verglichen mit dem Ozonloch, das Sie alle kennen, wird es im Klimabereich schon sehr viel sensibler: Niemand von uns ist in der Lage, einen global gemessenen Temperaturanstieg von 0,7 Grad physisch nachzuempfinden. Man hat also kein Gefühl für die Belange, die da vorliegen. Das ist, glaube ich, die große Gefahr in der Einschätzung der globalen ökologischen Probleme, daß wir sie nicht oder nicht rechtzeitig erkennen.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, das das vielleicht überzeugend deutlich macht. Sie wissen, daß wir ein Ozonloch haben. Dieses Ozonloch ist zuerst vor fast genau zwanzig Jahren von Rowland und Molina entdeckt worden, den beiden Herren, die übrigens gemeinsam mit Herrn Grutzen in diesem Jahr den Nobelpreis für Chemie bekommen haben. Dann haben wir massiv - wir selbst waren auch daran beteiligt - an der Aufklärung des Problems Ozonloch gearbeitet. Die Aussage war: Die FCKW werden einen Einfluß auf die Ozonschicht haben, und zwar in der Größenordnung +/- 1 %. Eine typische Aussage in der Forschung.

Was schließt man nun daraus? Die „Falken“ sagen: Ein Einfluß von +/- 1 % ist ein bemerkenswerter menschengemachter Eingriff in das ökologische System, und ich nehme das sehr ernst. Wenn es 10-4 % wären, würde ich darüber nicht reden. Das ist die entscheidende Aussage. Die „Tauben“ haben gesagt: +/- 1 % ist kein bemerkenswerter Effekt. Recht behalten haben die „Falken“. Sie wissen, daß es zehn Jahre später, 1985, zur Entdeckung des Ozonlochs kam. Das hat uns überzeugend klargemacht, daß wir über die Aussage hinaus allein auf Grund der Unsicherheit, die in unseren Prognosen steckte, es zu einer globalen Veränderung am Ökosystem gekommen ist.

Was lernt man daraus? Man lernt daraus, daß man auch bei kleinen Zahlen, bei kleinen Tendenzen, verbunden mit der Unsicherheit der Voraussage, sehr, sehr hellhörig werden muß. Deshalb mein Anliegen an die Politik. Auch da, wo nicht unmittelbarer Handlungsbedarf erkennbar ist, muß manchmal gehandelt werden. Das erfordert natürlich staatsmännisches Denken, wenn Sie so wollen. Es ist nämlich kein Effekt, der innerhalb einer Legislaturperiode geheilt werden kann.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herzlichen Dank, Herr Professor Zellner. - Jetzt Herr Professor Ewers.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers:** Frau Ministerin Merkel! Verehrte Damen und Herren! Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, daß ich nicht für den Sachverständigenrat für Umweltfragen rede, dem ich angehöre, sondern für meine Person.

Nun zum Thema! Es ist noch ein langer Weg, bis wir nicht mehr vom natürlichen Kapital leben, sondern nur noch von seinen Zinsen. Wir sind erst am Anfang unseres Weges zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung.

Die Aufgabe lautet - so hat der Sachverständigenrat Umweltfragen in seinem Gutachten von 1994 dargelegt -, ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung miteinander in Einklang zu bringen - sozusagen ein doppelter Spagat! Das Unterfangen bedarf nicht hysterischer Hast, wohl aber eines planvollen, beständigen Voranschreitens. Nichts ist dafür schädlicher, als jede Woche eine neue umweltpolitische Sau durchs Dorf zu treiben, etwa wie im Falle Brent-Spar, nichts ist aber auch schädlicher als ein Sichzurücklehnen im Sessel mit Blick auf das bislang umweltpolitisch Erreichte und der Schlußfolgerung, nun müsse Ruhe an der umweltpolitischen Front sein, jetzt seien andere Dinge dran.

Thematisiert wird mit dem Leitbild der dauerhaft umweltgerechten Entwicklung ein gewaltiger Strukturwandel, der unsere Produktions- und Güterstrukturen, unsere Lebensgewohnheiten, unsere Siedlungsstrukturen und unser Mobilitätsverhalten betrifft. Dieser Wandel soll und muß nicht über uns kommen wie ein Hagelschlag. Für die als erforderlich angesehene Reduktion etwa der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen steht uns ein Anpassungsspielraum von 30 bis 50 Jahren zur Verfügung. Aber angesichts der Größe der Aufgabe und der Langfristigkeit von Bindungen, die wir mit Entscheidungen über den Infrastrukturausbau, über die Gestaltung unserer Siedlungsstruktur, über den Wohnungsbau und über die Produktionsstandards heute eingehen, müssen auch heute bereits die notwendigen langfristigen Entwicklungspfade zur Veränderung der Rahmenbedingungen bekannt sein, um langfristige Infrastrukturentscheidungen in die richtige Richtung zu drängen. Dazu bedarf es vor allem einer mutigen Politik, denn dazu müssen ehrgeizige, auf dem Stand der heutigen Technik unmöglich erscheinende langfristige Ziele gesetzt werden, auch auf die Gefahr hin, daß eine sensationslüsterne Presse so tut, als sollten diese Ziele bereits morgen erreicht werden. Und es muß, um den Bürgern die richtigen Signale zu setzen, bereits heute klar sein, mit welchen Instrumenten in welcher Schrittfolge die Einhaltung dieser Ziele sichergestellt werden soll. Nur so läßt sich verhindern, daß der Versuch, die Schöpfung zu bewahren, mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verzicht von unserer Kinder und Enkel bezahlt werden muß. Wir hinterlassen unseren Kindern schon eine gewaltige Hypothek im Sozialbereich. Wollen wir noch eine weitere Hypothek im Umweltbereich draufsatteln?

Was sind die Prioritäten, die sich auf diesem Wege in den letzten Jahren unseres Jahrtausends stellen? Es geht darum, so etwas wie eine Zielhierarchie zu machen. Ganz oben auf der Liste steht für mich das globale Klimaproblem, auf das Herr Zellner soeben schon eingegangen ist. Nicht daß wir Deutschen es allein lösen könnten noch daß wieder einmal am deutschen Wesen die Welt genesen sollte! Aber als eines der reichsten Länder der Welt haben wir eine Verpflichtung, den Stein auf diesem schwierigen Feld ins Rollen zu bringen.

Um das zu verdeutlichen: Das Ziel lautet, im Jahr 2050 nicht mehr als 10 Milliarden t CO<sub>2</sub> weltweit zu emittieren. Das ist das, was die Klimaforscher als einen Output bezeichnen, der nach dem heutigen Stand des Wissens als dauerhaft umweltverträglich empfunden werden kann. Da wir im Jahr 2050, wie wir vorhin schon gehört haben, selbst unter günstigsten Bedingungen mindestens 10 Milliarden Menschen auf der Erde haben werden, heißt das: Eine Tonne CO<sub>2</sub>-Emission pro Kopf und Jahr. Zum Vergleich: Wir emittieren heute in der Bundesrepublik 10 t CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr, in den USA sind es 20 t pro Kopf und Jahr.

Die beste Instrumentierung dieses Ziels - da sind sich die Ökonomen weitestgehend einig - ist ein weltweites System handelbarer CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte. Um das klarzulegen: Nehmen Sie es mal in seiner maximalen Version, dann würden die CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte an alle Bürger dieser Welt gleichmäßig verteilt. Das ist eine sehr extreme Version eines solchen Systems. Dann erhält jeder das Emissionsrecht für eine Tonne CO<sub>2</sub>. Es ist ziemlich klar, daß in der Anfangsphase dieses Systems die CO<sub>2</sub>-Rechte dorthin zurückfließen werden, wo heute CO<sub>2</sub> emittiert wird. Das ist dann zum Beispiel unser Land. Aber wir werden in der Übergangszeit einen gewaltigen Transfer an Finanzmitteln leisten, und dieser gewaltige Transfer von Finanzmitteln wird es ermöglichen, in den Entwicklungsländern die Renten- und Alterssicherungssysteme aufzubauen und die wirtschaftliche Entwicklung anzuleiern, was beide nach den heutigen Erkenntnissen der sichere Weg ist, das Bevölkerungswachstum in den Griff zu bekommen, ohne daß man jetzt rigide Politiken implementiert, die mit den Kulturen und Religionen dieser Welt im Zweifel nicht zu vereinbaren sind. Wir müssen sie reich machen, wir müssen den Frauen zeigen können, auf Grund der faktischen Entwicklung, daß Kinderkriegen hohe Opportunitätskosten im Hinblick auf Karriere- und Einkommenschancen hat. Das ist das beste Mittel, um auch in Ländern, die heute jede Bevölkerungspolitik ablehnen - aus ihrer religiösen Haltung mit gutem Grund-, de facto ein Ergebnis zu bringen, wie wir es brauchen. Das System handelbarer CO<sub>2</sub>-Rechte ist das einzige System, das sicher zu der gewünschten Reduktion führt und dies zu den geringsten Kosten weltweit sicherstellt.

Lassen Sie mich in Parenthese vermerken: Es ist eine Träumerei, wenn uns in der Diskussion über die Ökosteuerreform erzählt wird, das gesamte Aufkommen aus solchen Steuern könne an die deutschen Steuerbürger zurückverteilt werden. Denn zusätzlich zu allen Aufgaben, die in den kommenden Jahrzehnten nach Finanzierung schreien, werden wir auch erheblich höhere Transfers in die Entwicklungsländer leisten müssen, unter anderem wegen des CO<sub>2</sub>-Problems. Bis wir die institutionellen Voraussetzungen für ein solches weltweites System handelbarer CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte geschaffen haben, können wir nicht untätig bleiben. Das wird sicherlich 15 bis 20 Jahre dauern. Ich will Ihnen gar nicht im Detail den schwierigen Weg charakterisieren, den man gehen muß, denn das ist natürlich zunächst mal nicht konsensfähig. Aber, wie gesagt, man muß die ersten Schritte tun. Da das Problem leider auch auf der europäischen Ebene stagniert, da der Ministerrat die Entscheidung über die Energie/CO<sub>2</sub>-Steuer zunächst mal vertagt hat und vermutlich in den nächsten Jahren nicht fällen wird, wobei die Steuer selber leider auch nicht besonders gut ist - dazu sage ich noch etwas -, um das Problem nun voranzubringen, müssen wir zumindest einen ersten Schritt unternehmen, um im Verein mit anderen europäischen Vorreiterländern - ich erwähne hier ausdrücklich Dänemark - glaubwürdig Druck machen zu können. Abgesehen davon gibt es ja nach wie vor - das steht - das umweltpolitische Ziel, bis zum Jahre 2005 eine 25- bis 30%ige Reduktion der 87er bzw. 90er CO<sub>2</sub>-Emissionswerte zu bewirken. Dieses Ziel ist ja von Kanzler Kohl mehrfach ausdrücklich bestätigt worden. Inzwischen verbleiben für die Erreichung dieses Ziels kaum mehr zehn Jahre, ohne daß bislang Wesentliches unternommen worden wäre.

Angesichts der Unsicherheit über eine künftige europäische Lösung erscheint es am besten, ein Instrument zu bevorzugen, das ohne größere institutionelle Voraussetzungen eingesetzt werden kann und das es leicht gestattet, Ausgleichsmaßnahmen für jene Wirtschaftsbereiche vorzusehen, die durch die CO<sub>2</sub>-Politik erhebliche Mehrkosten haben werden und gleichzeitig internationaler Konkurrenz unterliegen, damit wir uns nicht mutwillig Arbeitsplätze ohne jeden ökologischen Effekt kaputtmachen. Denn wenn wir, um dieses Beispiel zu nennen,

Stahl heute mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe von 100 DM je Tonne - und das ist nicht viel, das ist längst nicht genug, um das Ziel der Bundesregierung zur CO<sub>2</sub>-Minderung zu erreichen -, dann kostet deutscher Stahl in guten Qualitäten um die 400 DM; man setzt 400 kg Kohleäquivalent je Tonne Stahl ein, d. h. man bekommt 1,2 t Emissionen - also eine Verteuerung um rund 100 DM. Damit ist der Stahl dann 20 % teurer geworden und weltweit out. Und wenn Sie den durch brasilianischen Stahl ersetzen, so braucht man dort je Tonne Stahl 1,2 t Kohle mit 3,6 t CO<sub>2</sub>-Emission. Sie sehen dann, daß eine solche Maßnahme auch ökologisch ein Schuß ins Knie ist, daß man das also besser sein läßt.

Wir müssen also die Politik zunächst auf jene Wirtschaftsbereiche konzentrieren, bei denen wir keiner Importkonkurrenz unterliegen. Um das klar zu sagen: Das ist der Verkehr und vor allem der Energieverbrauch in den Haushalten. Da gibt es diese Importkonkurrenz nicht, und da können wir anfangen. Ich will jetzt gar nicht sagen, wie solche Ausgleichsregelungen konstruiert werden; das ist vielleicht zu sehr im Detail gedacht.

Wir reden über Prioritäten. Als zweites Thema steht hier für mich eine wirkliche ökologisch orientierte Finanzreform auf dem Spiel. Die Diskussionen, die wir über die Ökosteuereform haben, basieren ja ausschließlich auf der Einführung einer einzigen, gewaltigen Steuer. Sie ist dazu noch eine Energiesteuer. Diese Energiesteuer ist deshalb so ungezielt, weil sie den Energieverbrauch als solchen trifft, nicht aber das, was wir vermindern wollen, nämlich die Emissionen. Im Prinzip ist uns der Energieverbrauch relativ gleichgültig, weil hier die Weltmärkte einigermaßen gut funktionieren; wenn wirklich Energieträger knapp werden sollten, werden wir die Preissteigerung relativ schnell erleben. Von daher gibt es nicht die geringsten Anzeichen, daß die Weltressourcenmärkte so schlecht funktionierten, daß sie die Anzeigefunktion nicht gewährleisten. Was wir verhindern wollen, sind die Emissionen. Und dann ist es besser, direkt an der Emission anzusetzen, also eine Kohlenstoffabgabe, die den Kohlenstoffgehalt der Primärenergieträger besteuert, zu nehmen. Auf diese Weise kommen Sie mit einem wesentlich geringeren Steuervolumen aus, um die gewünschte CO<sub>2</sub>-Verminderung zu erreichen, verglichen mit einer Energieabgabe; die ist ineffizienter, verursacht höhere Kosten. Und solange die EG keine verbindliche Lösung vorgeschrieben hat, sind wir frei.

Zu einer ökologischen Steuerreform gehört, daß man das gesamte Steuersystem ökologisch überarbeitet und ökologisch bedenkliche Ausnahmen bei vielen Steuern beseitigt. Warum ist bei uns Kerosin nicht besteuert? Zumindest könnte man das Kerosin im Inlandsverkehr besteuern.

(Beifall)

Das könnten wir so lange durchsetzen, bis wir eine europäische Lösung haben. Das läßt sich sehr gut machen. Es hat natürlich keinen Sinn, deutsche Flugzeuge, die ins Ausland fliegen, oder ausländische Flugzeuge, die aus dem Ausland nach Deutschland fliegen, ebenfalls dieser Kerosinbesteuerung zu unterwerfen, weil davon Flughäfen wie Schipol oder Brüssel profitieren würden. Dann würden die Verkehre dorthin verlagert, und das wäre eine unsinnige Politik. Aber deutsche Inlandsflüge kann man natürlich so besteuern.

Zur ökologischen Steuerreform, wenn wir sie denn richtig machen, gehört weiter die ökologische Differenzierung vorhandener Steuern. Ich erinnere an die Kfz-Steuer. Ich halte die Kfz-Steuer für eine Steuer, die man zunächst beibehalten sollte. Wir haben damit ein Faustpfand, weil wir bei der Mineralölsteuer im europäischen Konzert so beweglich nicht sind, und mit die-

sem Faustpfand können wir zumindest einen Anreiz auslösen, der dazu führt, daß Autos, die emissionsarm sind - und das sind in der Regel dann auch verbrauchsarme Autos -, gekauft werden, daß die Automobilindustrie, die heute zwar solche Autos bauen kann, die sie aber auf dem Markt nicht absetzen kann, weil dem Verbraucher nicht klargemacht werden kann, warum er teurere Autos bei den derzeitigen niedrigen Spritpreisen kaufen soll. Sie müssen sich darüber im klaren sein: Wenn der Spritpreis heute so hoch wäre, wie er sein müßte, wenn wir den Preis der 50er Jahre inflationiert hätten, dann läge er bei 2,50 DM. Real sind die Spritpreise also gesunken. Das muß man immer im Hinterkopf behalten.

Schließlich geht es darum, daß wir ökologisch bedenkliche Subventionen, um einmal die Ausgabenseite der Haushalte zu nehmen, streichen, insbesondere die an allen Ecken und Enden vorgenommene Subventionierung des Verkehrs. Denn wir subventionieren den Verkehr in gewaltiger Höhe. Es ist nicht nur die ökologische Subventionierung des Straßenverkehrs, sondern wir subventionieren auch den öffentlichen Verkehr. Sie müssen sich klarmachen, wie Subventionierung des öffentlichen Verkehrs wirkt. Nehmen wir München! München bekam bislang über das Defizit der Bundesbahn, die die S-Bahn in München betrieb, und damit aus dem Bundesetat eine Subvention, so daß der Verkehr von und nach München verbilligt werden konnte. Wie wirkt das? Es wird dann lohnend, bei so billigem Transport weiter hinaus ins Grüne zu ziehen. Die Städte wachsen dann krebbsartig in ihr Umland hinein. Und der Handel der Städte wird profitabler. Dadurch steigen in den Innenstädten die Grundstückspreise, und damit wird der Erosionsprozeß der Mischbebauung, also das Wohnen und Arbeiten in den Innenstädten zusammen, weiter gefördert. Das heißt, letztlich subventionieren Sie etwas in die Taschen der Immobilienbesitzer im Kern Münchens hinein. Das ist die einzige Wirkung, die Sie haben. Und Sie schaffen eine Siedlungsstruktur, die Zwangsmobilität schafft, weil die Leute dann weit pendeln. Niedrige Transportpreise heute schaffen uns also morgen Zwangsmobilität.

Nun lassen Sie mich ein kurzes Wort zu Ministerin Merkel sagen, die ja gemeint hat, sie wisse nicht so genau, wie man das mit dem Verkehr hinkriege. Das Thema heißt nicht, Wachstum und Verkehr zu entkoppeln, sondern das Thema heißt, Wachstum und Verkehrsemissionen zu entkoppeln. Wir sollten sagen: Wir wollen die Emissionen aus dem Verkehr herunterfahren, aber die Mobilität der Menschen und der Güter möglichst noch steigern. Das ist sehr wohl möglich. Wir können nicht nur andere Fahrzeuge bauen, sondern wir können diese Fahrzeuge auch besser auslasten, also den Verkehr auf Transportarten verlagern, die wesentlich günstigere Kostenrelationen haben, bezogen auf die Emissionen, also vom Auto in den Bus, vom Auto in die Bahn. Wir können die Rahmenordnungen verändern. Es gibt viele Möglichkeiten. Das alles wird aktiviert, wenn wir preisliche Lenkung machen.

Ich nenne drei weitere Prioritäten, die aber nur ganz kurz.

Ein ganz wichtiger Bereich wird die Landschaftsnutzung und der Naturschutz sein. Infolge der EG-Agrarpolitik, über die ich mich jetzt mal nicht äußere, werden wir in der Bundesrepublik große Flächen, Millionen von Hektar, in den nächsten Jahrzehnten freisetzen. Was wird mit diesen Flächen? Wie können wir sie für einen vernünftigen Umweltschutz einsetzen? Wie können wir auf die Dauer den großen Agrartopf auf der EG-Ebene benutzen, um eine ökologische, dauerhaft umweltgerechte Landschaftsnutzung zu bekommen und nicht Produktionsanreize für die Landwirtschaft zu setzen? Die brauchen wir nicht mehr.

Nächster Bereich: Wasser, Grundwasser, ein ganz wichtiger Bereich; den Bereich Boden, zu dem ich noch etwas ausführen wollte, hat Frau Minister Merkel schon genannt.

Ein Wort zu den Instrumenten. Preisliche Lenkung heißt das Gebot der Stunde, weil preisliche Lenkung mehr Anpassungsmöglichkeiten für den Adressaten läßt. Preisliche Lenkung wirkt auf diese Weise nicht so hart wie ordnungsrechtliche Instrumente. Preisliche Lenkung wirkt auch dahin gehend, daß diejenigen, die am billigsten vermeiden können, als erste vermeiden. Preisliche Lenkung wirkt also kostenminimierend. Wenn Sie alle unter eine gleiche Emissionsabgabe stellen, werden diejenigen vermeiden, deren Vermeidungskosten unter dieser Abgabe liegen, und diejenigen, die höhere Vermeidungskosten haben, werden es nicht tun. Die Vermeidung landet also immer bei demjenigen, der die geringsten Kosten dabei hat.

Haftungslösung - ein ganz wichtiges Thema. Statt die technische Entwicklung etwa im Bereich der Biotechnologie durch eine Menge Regulierungen zu behindern, sollten wir mehr Vertrauen in die Produzenten solcher Technologien setzen, sie allerdings haften lassen, wenn der Schaden eintritt. Das setzt voraus, daß die deutsche Versicherungswirtschaft sich in diesem Bereich etwas klüger macht. Denn ihre Unkenntnis ist der einzige Grund, warum sie bislang nicht mitspielt. Man muß natürlich solche Risiken dann einschätzen können. Es wird ein dramatischer Anreiz ausgeübt, wenn haftungsrechtliche Lösungen praktiziert werden, die Wirkungszusammenhänge, die Technikfolgen abzuschätzen. Das tun dann die Firmen selber, die das dann auch am besten tun können, weil sie mit den Stoffen und den Molekülen, um die es geht, am längsten umgehen.

Lassen Sie uns diese Hexenjagd aufgeben, immer auf einen bestimmten Sektor zu schauen, wenn wir eine Emission meinen. Es ist Mode geworden, wenn wir über CO<sub>2</sub> oder Stickoxid reden, immer auf den Verkehr zu sehen. Der macht beim CO<sub>2</sub> 22 %. Lösungen sind dann richtig, wenn sie alle Emittenten eines Schadstoffes erfassen. Meine Prognose ist: Wenn Sie eine gleiche Abgabe auf alle CO<sub>2</sub>-Emissionen legen, werden wir im Verkehr vielleicht 3, 4, 5 % vermeiden, dagegen im Sektor der privaten Energienutzung in den Haushalten mehr als 40 %. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ganz herzlichen Dank, Herr Professor Ewers. Das war schon ein ganzer Strauß sowohl von Problemen als auch von Lösungsinstrumenten. - Herr Is-

**Roland Isen:** Frau Minister Merkel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zentralen Probleme unserer Industriegesellschaft bestimmen unsere Aufgaben als Gewerkschaft, nämlich erstens Abbau der Arbeitslosigkeit, zweitens Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland, drittens Erhalt der sozialen Sicherungssysteme und viertens Verhinderung einer fortschreitenden Zerstörung der Umwelt.

Vor diesem Hintergrund müssen einerseits innerhalb Europas ungleiche Wettbewerbsbedingungen beseitigt werden. Umweltstandards müssen auf hohem Niveau harmonisiert und ihre Einhaltung muß konsequent überwacht werden. Andererseits führt die Globalisierung der Wirtschaft weltweit zu einer Konkurrenz der Standorte, zu Machtkonzentration und Marktkonzentration und zu dem Versuch, auf allen Ebenen durch Ausbeutung von Mensch und Natur die eigenen Gewinne zu maximieren. Der ungleiche Wettbewerb über extrem niedrige Lohnkosten, zum Beispiel in den südostasiatischen Ländern, ist nur durch Sozialdumping mit zum Teil menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, geringem Arbeitsschutz und Kinderar-



beit möglich. Niedrige Produktionskosten werden darüber hinaus durch Ökodumping erzielt. Ohne Rücksicht auf die Umwelt wird produziert und verarbeitet. Hinzu kommen Niedrigstpreise, die mit gezieltem Währungsdumping, u.a. in den ehemaligen Staatshandelsländern, insbesondere die deutsche Industrie schädigen. Kapital und Unternehmen suchen immer den Standort mit den niedrigsten Kosten.

Aus der Sicht der weniger entwickelten Länder sind es ihre entscheidenden komparativen Kostenvorteile, die wir beispielsweise mit der Forderung nach hohen Umweltstandards einschränken oder gar beseitigen wollen. Die Feststellung allein, daß angesichts der dramatischen Umweltschäden in den Entwicklungsländern und den industriellen Schwellenländern eine Anhebung von Umweltstandards notwendig ist, genügt deshalb nicht. Die fortschreitende weltweite Verschmutzung der Umwelt und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit stellen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften vor neue Herausforderungen und sozial-ökologische Gestaltungsaufgaben. Wir müssen handeln, um die Unterlassungssünden der Vergangenheit nicht fortzusetzen. Je länger wir warten, desto höher werden künftige Vermeidungskosten sein.

Hochentwickelte Industriegesellschaften sind im Hinblick auf den Erhalt ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit in besonderem Maße gefordert, die Umwelt zu schonen und sozial-ökologische Innovationen voranzubringen. Wir sind gefordert, sollten dies aber nicht nur als Aufgabe oder gar Problem, sondern auch als Chance begreifen. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Gefahr ökologischer Katastrophen erfordern ein konsequentes Umsteuern im Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie den Ersatz von Technologien mit dem Ziel einer nachhaltigen, dauerhaften Entwicklung.

Schutz der Umwelt, allgemeine Lebensqualität und wirtschaftlicher Wohlstand sind kein Widerspruch. Der umweltpolitische Sanierungsbedarf in den neuen Bundesländern beispielsweise bringt uns einen Vorsprung an Erfahrung und technischem Können, der uns nicht nur zur Hilfestellung für andere prädestiniert, sondern sich in Wettbewerbsvorteilen auszahlen wird. Bisher wird die Nachfrage nach Umweltschutzgütern wesentlich durch den Stand der Entwicklung der Umweltschutzregulierung, d.h. staatlicher und sonstiger Vorschriften, bestimmt. Als wichtigstes Steuerungsinstrument staatlicher Umwelt- und Energiepolitik muß die Forschungspolitik stärker genutzt werden. Wir fordern eine konsequente Verlagerung der Schwerpunkte der Grundlagenforschung auf Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Umwelt und eine schnellere Umsetzung gewonnener Erkenntnisse in marktfähige Innovationen.

Der Energieverbrauch sollte dabei im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Die Förderung der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung und der Weiterentwicklung regenerierbarer Energien ist unverzüglich erforderlich. Eine sozial und ökologisch orientierte Energiepolitik muß verstärkt auch die sozialen Kosten der Energieversorgung und -nutzung einbeziehen. Entsprechend sollten in den Marktpreisen für Energie systematisch alle externen Kosten eingehen, die der Gesellschaft entstehen, um eine Veränderung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Umweltschädigende Emissionen müssen für den Verursacher deutlich kostspieliger werden, und der Energieverbrauch ist schrittweise zu verteuern. Wir müssen dabei aber die Interessen der Industrie und der Energieerzeuger im Auge behalten. Eine Kumulation der Belastungen darf unter dem Strich nicht zu Arbeitsplatzverlusten durch Abwanderung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit führen.

Meine Damen und Herren. Unser derzeitiges Steuersystem begünstigt eine Wirtschafts- und Lebensweise, die Ressourcen verschwendet oder schädigt und die Folgekosten künftigen

Generationen aufbürdet. Das Steuersystem muß daher ökologisch reformiert werden. Wettbewerbsvorteile für umweltverträglich produzierende Betriebe ergeben sich mittel- und langfristig im internationalen Wettbewerb aber nur dann, wenn auch im Ausland ein entsprechendes Problembewußtsein entsteht. Deshalb halte ich die rein nationale Einführung einer Ökosteuer für unkalkulierbar. Eine europaweite Ausgestaltung ist als Voraussetzung für eine umfassende Energieabgabe anzustreben.

Als Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen stehen die Gewerkschaften in doppelter Verantwortung. Einerseits brennt die Notwendigkeit einer Umsteuerung unter den Nägeln, andererseits ist die Belastung der Arbeitnehmer durch Steuern und Abgaben ins Unerträgliche gestiegen. Eine ökologische Wende kann deshalb nicht ohne soziale Begleitung und Ausgestaltung erfolgen. Eine künftige Ökosteuer darf nicht zu einer weiteren Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung führen. Vielmehr müssen die zusätzlichen Einnahmen zur Entlastung an anderer Stelle verwendet werden. Das macht auch Sinn, weil es um die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben geht.

Wenn einerseits die Aufwendungen für unser soziales Sicherungssystem den Faktor Arbeit so verteuern, daß er nicht mehr wettbewerbsfähig ist, andererseits aber feststeht, daß Leistungen von Beitragszahlern finanziert werden, die gesamtgesellschaftlich zu verantworten sind, dann ist hier keine willkürliche, sondern eine logische Verbindung hergestellt. Die versicherungsfremden Leistungen kommen nahezu ausschließlich dadurch zustande, daß allgemeine Staatsaufgaben nicht aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert, sondern den Beitragszahlern auferlegt werden. Damit werden die Lohnkosten für Zwecke erhöht, die nichts mit der Leistung des Faktors Arbeit zu tun haben. Sie verteuern ihn unzulässig, erhöhen damit die Gefahr von Arbeitslosigkeit durch Verringerung der Arbeitsnachfrage und führen zum Ersatz von Arbeit durch Kapital.

Meine Damen und Herren. Unser Sozialversicherungssystem ist durch die bewußte und gewollte Zugehörigkeit zu einer Versichertengemeinschaft ein Garant der Solidarität und des sozialen Friedens. Der Zusammenhang von Beitrag und Leistung darf nicht zerstört werden, die Sozialversicherung nicht zur gesellschaftlichen Umverteilung mißbraucht werden. Die Finanzierung der deutschen Einheit zu einem erheblichen Teil aus den Kassen der Sozialversicherung hat die Diskussion über die Lohnnebenkosten erst richtig angeheizt. Die ungleiche Verteilung der Lasten führt bei den Versicherten sowohl in ihrer Eigenschaft als Leistungsempfänger als auch in ihrer Eigenschaft als Beitragszahler zu Unzufriedenheit und Verunsicherung. Die Diskussion um eine Aufkommensneutralität der Ökosteuer muß deshalb auch unter dem Gesichtspunkt der Sozialverträglichkeit vor neuen Belastungen geschützt werden. Eine gezielte Entlastung der Sozialversicherung von in diesem Zusammenhang sozialversicherungsfremden Leistungen stellt sicher, daß diejenigen entlastet werden, die eher zu den schwachen Gliedern dieser Gesellschaft gehören und allgemeinen Steuererhöhungen wie einer Energiesteuer am wenigsten ausweichen können.

Eine Entlastung der Lohnnebenkosten vermindert darüber hinaus den Rationalisierungsdruck auf den Faktor Arbeit. Das ist gut für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Wichtig für die Glaubwürdigkeit einer solchen Steuerpolitik ist, daß die Bürger die Dauer möglicher Belastungen kennen. Alle Schritte müssen vorsichtig, angemessen, rechtzeitig angekündigt und gesetzlich festgelegt erfolgen. Entsteht bei den Bürgern der Eindruck, daß der Staat lediglich ein neues Instrument schaffen will, um ihn einmal mehr zu schröpfen, werden die Ökosteuer

und die dahinterstehende Idee diskreditiert. Dem Bürger muß klar sein, daß er unter dem Strich nicht mehr belastet wird, sondern im Ergebnis durch einen verstärkten Umweltschutz seine allgemeinen Lebensbedingungen ökologisch und sozial sicherstellt und verbessert.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herzlichen Dank. - Zum Abschluß jetzt Sie, Herr Pischetsrieder.

**Bernd Pischetsrieder:** Vielen Dank, Frau Dr. Merkel. - Meine Damen und Herren, ich werde der Versuchung widerstehen, die Chance nutzen, die ich als letzter Redner habe, das eine oder andere schon zu kommentieren. Wir wollten das ja der Diskussion überlassen. Ich möchte mich aber insoweit an Herrn Professor Zellner halten, als ich mich sehr kurzfassen werde und im wesentlichen nur zwei für mich entscheidende Argumente ansprechen will.

Ich gehe mal von der These aus, daß jede wirtschaftliche Tätigkeit die Umwelt beeinflusst. Es ist, glaube ich, überhaupt nicht in Frage zu stellen, daß wir Menschen unsere Umwelt kurz-, mittel- und langfristig in einer Form verändern, die über die Generationen und in die Zukunft betrachtet nicht verantwortlich ist. Deshalb lassen sich aus dem Zusammenhang, daß jede wirtschaftliche Tätigkeit die Umwelt beeinflusst, zwei alternative Schlußfolgerungen ziehen. Die eine alternative Schlußfolgerung ist: Die wirtschaftliche Tätigkeit muß eingeschränkt werden. Mit Vorliebe ist dies - darüber diskutieren wir ja auch heute - eine regionale Einschränkung, was ich unter Bezugnahme auf unsere Fabrik in Milbertshofen die Emissionsregelung des Marktplatzes in Milbertshofen nenne und was natürlich die globalen Probleme, von denen wir sprechen, in keiner Weise beeinflusst.

Die zweite alternative Schlußfolgerung ist, wirtschaftliche Tätigkeit ökologisch verträglicher zu machen. Es gibt sicher viele Gruppen in unserem Lande, die Ökologie auch zum Vorwand nehmen, um zu einer postindustriellen anderen Gesellschaftsstruktur in unserem Land zu kommen. Damit möchte ich mich jetzt nicht beschäftigen, denn das ist, glaube ich, nicht das Anliegen, das heute und in diesem Raum zu diskutieren ist. Sehr viel wesentlicher ist, daß viele Vorschläge, die eigentlich zu der Kategorie 2 - wirtschaftliche Tätigkeit ökologisch verträglicher zu machen - gehören, sehr wohl nachhaltige Konsequenzen haben, die zur Kategorie 1 - wirtschaftliche Tätigkeit einzuschränken - führen. Dazu - das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen - gehört ganz sicher fast alles, was zum Thema Energiebesteuerung vorgeschlagen wird, aber auch das, was von Herrn Professor Ewers zur drastischen Verteuerung der Mobilität - ich spreche nicht vom Autofahren - gezählt wird.

Ich glaube, wir müssen ganz eindeutig - und dazu steht auch die Industrie, auch die Automobilindustrie - sagen: Das Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, das uns in die Zukunft führt, ist ein Zukunftskonzept. Aber wir sprechen eben von einer Marktwirtschaft, die sozial bleibt und ökologisch verträglicher ist, aber gleichzeitig nicht zu sektoralen Einschränkungen in der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft führen darf.

Warum sektorale Einschränkungen? Dies ist der zweite Aspekt, den ich nachhaltig beleuchten möchte. Wir alle machen uns, sehr zu Recht, glaube ich, nachhaltige Sorgen um die Arbeitsplätze in Deutschland, und die Diskussion über die Stärke oder Schwäche des Standorts Deutschland wird nach meinem Dafürhalten viel zu sehr unter dem vordergründigen Aspekt des Vergleichs von Lohnkosten, Jahreseinkommen und Steuerbelastungen geführt. Alle diese Dinge sind wichtig, aber sie beschreiben lediglich Nachteile. Ich glaube, es ist sehr wich-

tig, daß wir uns auch über die Stärken unseres Standortes im klaren sind. Die wesentlichste Stärke hängt eben just damit zusammen, daß unser Land keine sektoralen Schwächen besitzt, in keinem Technologiebereich und auch in keinem Infrastrukturbereich. Jede Maßnahme, die, mit welchem gutem Willen auch immer, ökologische Anliegen erfüllt und zu sektoralen Schwächen in unserer Industrie und unserer Gesellschaft und Forschung führt, wird nachhaltig die Stärke unseres Standortes beeinflussen.

Warum? Ich glaube, es ist in den letzten Jahren deutlich geworden, daß viele sich relativ schnell entwickelnde Volkswirtschaften gerade in Asien in bestimmten Wirtschaftssektoren sehr schnell Erfolg haben konnten, aber insgesamt in ihrer Exportleistung und in ihrer Bedeutung im Weltmarkt nach wie vor weit hinter Deutschland zurückstehen, und zwar deswegen, weil die größte Stärke unserer Wissenschaft, unserer Forschung und unserer Industrie letztlich darin besteht, daß die Stellen, an denen Fortschritt stattfindet, eben just nicht innerhalb einzelner Technologie- oder Industriebereiche, sondern an den Schnittstellen liegen. Diese Schnittstellen sind in einem Netzwerk der Wirtschaft und der Wissenschaft in unserem Land eben deswegen so vollständig ausgeprägt, weil wir keine sektoralen Schwächen haben und weil im normalen Sinne des Wortes als Infrastruktur auch die Möglichkeit der Mobilität bezeichnet wird, auch die Möglichkeit der Kommunikation, die in unserem Land besser entwickelt ist als in irgendeinem anderen Land.

Wenn nun durch ökologisch gut begründbare Maßnahmen einzelne Teile unserer Forschung und unserer Wirtschaft - ich sage es bewußt so - vertrieben werden, dann wird eben diese strukturelle Stärke unseres Landes darunter nachhaltig leiden. Dies ist der eigentliche Punkt, weshalb ich der Meinung bin, eine einseitige Besteuerung von z.B. Mobilität und/oder Energie führt zu einer Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land, die uns als einzige wirklich weltweite Stärke geblieben ist. Deshalb meine ich, wir sollten die ökologische und soziale Marktwirtschaft als Zukunftskonzept in dem Sinne verstehen, daß wir von einem ökologisch verträglicheren Wirtschaften sprechen. Damit möchte ich zum Ende kommen, wohlwissend, daß nun sehr, sehr viel zu diskutieren ist und daß Frau Dr. Merkel ohnehin schon eine Vielzahl von Fragen vor sich liegen hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herzlichen Dank. - Ich glaube, wir haben sehr klar, auch zum Schluß von Herrn Pischetsrieder und Herrn Issen die Forderung gehört, als Vertreter von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Fragen der ökologischen Anforderungen und ihrer Auswirkungen auf den sozialen Bereich gering zu halten, und dann haben wir die sehr viel mehr auf die ökologischen Belastungen ausgerichteten Bemerkungen von Herrn Professor Ewers und Herrn Professor Zellner gehört.

Es ist ja große Zurückhaltung in der Replik auf das, was andere vorher gesagt haben, geübt worden. Deshalb frage ich hier im Podiumskreis, ob es jemanden drängt, auf etwas zu antworten, was hier gesagt wurde. - Herr Professor Zellner, Sie hatten sich zu Beginn so kurz gefaßt.

**Prof. Dr. Reinhard Zellner:** Darf ich noch ein bißchen zulegen?

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Wenn Sie etwas zu dem sagen wollen, was hier gesagt wurde, würde ich Ihnen dazu die Chance geben.

**Prof. Dr. Reinhard Zellner:** Mir ist aufgefallen, daß in einigen Bemerkungen, die die Kollegen am Tisch gemacht haben, der Zeitfaktor vielleicht ein bißchen unterschätzt wird. Es wur-

de davon geredet - Herr Ewers hat es getan -, daß wir bei den Veränderungen über eine Zeitskala von 30 bis 50 Jahren sprechen. Meine Damen und Herren, dieser Zeitraum ist viel zu lang, wenn nichts getan wird.

(Beifall)

Lassen Sie mich auf die Fakten hinweisen. Wir haben weltweit einen Energiezuwachs von etwa 2 % pro Jahr - größenordnungsmäßig, verglichen mit dem Bevölkerungszuwachs. Das bedeutet, daß die CO<sub>2</sub>-Emission weltweit mit Sicherheit stark zunehmen wird. Lassen Sie mich das etwas anders formulieren: Wir alle leben bei uns in einer sogenannten 6-Kilowatt-Gesellschaft. Das ist die Leistung, die jeder bei uns zur Zeit in Anspruch nimmt. Es gibt weltweit noch größere, es gibt aber auch sehr viel kleinere Zahlen. Ein Beispiel: 0,3 kW, China 1,0 kW. Wenn diese Länder nur einen ähnlich hohen Energieverbrauch wie wir anstreben und wir das mit dem bevorstehenden Bevölkerungswachstum multiplizieren, kämen wir auf einen Faktor 40, den wir mehr an Ressourcen innerhalb der nächsten 20, 30 Jahre aufreiben müßten. Sie alle wissen, daß wir unsere Energie zur Zeit mit 80 bis 90 % aus den fossilen Quellen schöpfen. Der Rest, die regenerierbare Energie, macht zur Zeit nicht sehr viel aus. Die Kernkraft trägt zur Zeit, global gesehen, mit etwa 4 % zur Energieerzeugung bei. Das heißt: Wenn Sie den gesamten Zuwachs an Energie, den wir brauchen, aus der Kernkraft schöpfen wollten, müßten Sie jedes Jahr 50 % der bestehenden Kernkraftwerke dazubauen, und das sind größenordnungsmäßig 200 Kraftwerke, die jedes Jahr hinzugebaut werden müßten, um den Mehrbedarf an Energie global gesehen aufzufangen. Eine schier unlösbare Aufgabe, das wissen Sie alle.

Was ist also der Ausweg aus dieser Schere, den Faktor 40 zu gewinnen? Wir können ihn nur gewinnen, indem wir auf erneuerbare Energie zurückgreifen. Eine andere Chance existiert gar nicht. Das bedeutet natürlich mehr Materialproduktivität, mehr Effizienz. Wir müssen Energien sehr viel effizienter nutzen als bisher. Das erfordert Forschungs- und Technologieanstrengungen in einem Ausmaß, das sich manche wahrscheinlich zur Zeit noch gar nicht vorstellen können.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen. Herr Professor Frühwald hat heute morgen gesagt, daß in den nächsten zehn Jahren weltweit genausoviel geforscht wird wie seit Demokrit und Leukippos, also größenordnungsmäßig seit 1000 v. Chr., dann bedeutet das zunächst einmal nicht sehr viel. Es ist eine Aussage über die Quantität, nicht über die Qualität der Forschung. Was wir aber brauchen, um einen Faktor 40 einzufangen, ist ein richtiger Quantensprung in der Innovation. Solche Quantensprünge sind nicht häufig. Sie kamen in der Geschichte einige Male vor, z. B. bei der Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt 1762, z.B. bei der Erfindung des elektrischen Dynamos, bei der Erfindung des Verbrennungsmotors. Dieses waren Quantensprünge in der Technologie. In diesem Jahrhundert haben wir noch keinen echten Quantensprung gesehen. Wir müssen aber in der Tat, wenn wir mit der gleichen Materialintensität weiterleben wollen, auf einen solchen hoffen.

Das bedeutet, anders ausgedrückt: Wir müssen auf das Humankapital hoffen, das in uns allen steckt und das wir in die nächste Generation hinüberzutragen hoffen. So ungefähr sehen aus meiner Sicht die Randbedingungen aus. Ich habe das nur noch mal aufgegriffen, um hier nicht den Eindruck zu erwecken, wir könnten die Hände in den Schoß legen. Das ist eine Sache, die wir alle in Kürze wirklich angehen müssen. Diese Generation legt den Weg für die Änderung in die richtige Richtung. Das ist eine riesengroße globale Aufgabe.

Wir müssen national beginnen. Aber ich möchte auch deutlich sagen: Nationale Umweltpolitik allein macht keinen Sinn, weil wir zu viele globale Phänomene haben. Wir brauchen eine regionale oder sogar globale Umweltpolitik. Die kleinste Einheit, die für mich vernünftig ist, ist dabei der Raum der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Gemeinschaft hat auch genügend ökonomisches und ökologisches Gewicht, um eine Umweltpolitik globaler Art zu initiieren. Keine Nation wird das allein schaffen.

Meine Aussage ist hier also: Eine nationale Umweltpolitik ist unbedingt notwendig, sie reicht aber nicht aus, um die Probleme anzugehen. Eine regionale Umweltpolitik ist auch aus ökonomischen Gründen mit Sicherheit wünschenswert, um es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen für die Wirtschaft kommen zu lassen. Es ist wichtig, daß wir über unsere Grenzen hinaus mit ähnlichen Maßstäben die Probleme einschätzen, wie wir es im eigenen Hause auch tun. Und es erfordert eine gewisse regionale ökonomische Stärke, Umweltpolitik im globalen Rahmen anzudenken. Man kann nicht erwarten, daß diese allein von Entwicklungsländern getragen wird. -

Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers:** Herr Zellner, ich wäre natürlich bestürzt, wenn ich so verstanden worden wäre, als hätte ich sagen wollen, daß wir jetzt 30 bis 50 Jahre warten können, ehe wir etwas tun. Ich habe ja klar die Ziele markiert und gesagt, dafür haben wir bis zu 50 Jahre Zeit. Ich bin kein Technikpessimist. Ich gehe davon aus, daß wir heute anfangen müssen, die Preise mit steigenden Raten auf einem sanften Entwicklungspfad hochzusetzen. Wir haben ja gewachsene Strukturen. Da können wir heute nicht hineinschneiden, so daß jemand, der auf die Konstanz der Wirtschaftspolitik, d. h. auf billige Verkehrspreise vertraut und sein Häuschen im Grünen gebaut hat, mit einem Ruck vor ganz andere Tatsachen gestellt wird. Ich muß also heute sagen, wie es in 15 Jahren sein wird, auf einem Pfad, der exponentiell voranschreitet, damit die Leute nicht überrascht sind. Mein Plädoyer war: Heute anfangen, weil die Aufgabe so groß ist. Da sind wir, glaube ich, völlig einer Meinung.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: Es galt Anfang der 70er Jahre als ein Dogma, daß ein Wachstum des Bruttosozialprodukts um 1 % ein Wachstum der Stromnachfrage um 1,2 % bedeuten würde. Dann kamen die Energiepreisexplosionen 1973/74 und 1978/79. Ende der 70er Jahre lautete dann die Relation 1 : 0,7. Das ist ein gigantischer Wandel in sehr kurzer Zeit, und da ist technologisch nichts von einem Quantensprung passiert, sondern man hat konventionelle Maßnahmen benutzt. Das zeigt, daß die Preispeitsche die Kreativität des Menschen ungeheuer beflügelt. Und das ist das Schema, auf das ich vertraue.

Nun einige Bemerkungen zu dem, was Herr Issen gesagt hat. Erstens Ökodumping: Man muß mit dem Ökodumping sehr vorsichtig umgehen. Wenn wir sagen, wir wollen uns eine Kulturlandschaft leisten, die wir schön finden und die unerhört viel Geld kostet, auch unsere Wirtschaft, wieso sollen wir dann den Welthandel behindern, indem wir allen einen Strafzoll auferlegen, die geringere Ansprüche an ihre Kulturlandschaft stellen? Ich nehme einmal ein Beispiel, bei dem es nicht gleich ans Existentielle geht: Umweltpolitik und Erhaltung der Kulturlandschaft haben natürlich auch Konsumcharakter. Das muß man sehen. Ich würde also dort von Ökodumping reden, wo es sich um globale Umweltprobleme handelt, wo Länder sich weigern, bei globalen Umweltproblemen mitzuspielen. Da müssen wir außenwirtschaftspolitisch in der Tat etwas davorsetzen. Aber von denen zu verlangen, daß sie sich den gleichen

Umwelt- oder Sozialkomfort leisten, den wir uns leisten, heißt, diese Länder von der einzigen Möglichkeit abzuschneiden, die sie haben, Geld zu verdienen, abzuschneiden. Das ist Protektionismus, und dagegen muß man sein.

(Beifall)

Es wurde gesagt, eine Ökosteuer sei nur sinnvoll, wenn es eine europäische Lösung gebe. Dazu kann ich nur sagen, daß Sie dann das vom Kanzler bekanntgegebene Ziel einer CO<sub>2</sub>-Minderung um 25 bis 30 % in den Wind schreiben können. Ich bin auf die Diskussion über diesen Punkt gespannt. Selbst wenn wir heute die CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer, die die EG-Kommission vorgeschlagen hat, einführen würden, würde das, um das deutlich zu sagen, bei weitem nicht ausreichen, um die Verminderung um 25 % bis zum Jahr 2005 zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen müßten wir - daran besteht überhaupt kein Zweifel; es ist alles durchgerechnet - in dreifacher Höhe eingreifen.

Letzter Punkt. Das Thema heißt Lohnnebenkosten. In dem DIW-Vorschlag klingt es so wundervoll, daß wir 300, 400 Milliarden DM Ökosteuern einnehmen. Mein Rezept war: Laßt uns mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe anfangen und so viel nehmen, bis wir das Ziel erreicht haben. Das sind sicherlich nicht viel mehr als 30 bis 50 Milliarden DM, aber nicht 400 Milliarden DM. Wenn wir dieses Geld tatsächlich generierten und damit die Lohnnebenkosten entlasteten, dann frage ich mich, welche Anreize das für unsere Fraktion der Sozialpolitiker setzt, denn die werden, wenn sie sehen, daß sie Luft bekommen, diesen Spielraum nicht ungenutzt lassen und sich neue soziale Wohltaten einfallen lassen, die man damit finanzieren kann. Das zweite ist: Welche Anreize setzen wir damit für die Tarifparteien? Wenn die Tarifparteien nicht mitspielen und hier einen zusätzlichen Lohnerhöhungsspielraum erkennen, dann ist das Kind doch richtig in den Brunnen gefallen. Insofern würde ich mit der Hoffnung, die Regelung über die Lohnnebenkosten würde uns das arbeitsmarktpolitische Schlaraffenland bescheren, sehr vorsichtig sein.

(Beifall)

**Bernd Pischetsrieder:** Das war, Herr Ewers, just der Punkt, auf den ich natürlich auch von meiner Seite aus aufmerksam machen wollte.

Lassen Sie mich zu der von Ihnen, Frau Dr. Merkel, vorthin aufgeworfenen Frage „Kann Verkehrsnachfrage und Wirtschaftswachstum voneinander entkoppelt werden?“ und dem von Herrn Zellner erwähnten Quantensprung in der Innovation zwei Dinge sagen. Es ist völlig klar, daß ein Quantensprung in der Innovation weder durch Parteitagbeschlüsse noch durch steuerliche Maßnahmen herbeigeführt werden kann.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Eher durch steuerliche Maßnahmen.

(Beifall)

**Bernd Pischetsrieder:** Es ist leider auch nicht so, daß so etwas durch eine Tarifvereinbarung oder durch einen Beschluß von Arbeitgebern oder der Industrie möglich wäre. Es stellt sich die Frage: Sind die gesamten Berechnungen über Mobilitätsnachfrage und Wirtschaftswachstum, auf die auch Herr Professor Ewers Bezug nahm, tatsächlich richtig, wenn wir bestimmte Veränderungen, die wir durchführen können, ins Kalkül ziehen?

Ein wesentlicher Quantensprung der Innovation hat natürlich längst stattgefunden. Der betrifft die Arbeitswelt und hier die Möglichkeit - ich spreche ausdrücklich von der Möglichkeit -

einen relativ großen Anteil der gesamten Wertschöpfung der Arbeit über - ich darf es ganz allgemein sagen - einen zu Hause stehenden vernetzten PC bzw. Bildschirmkommunikationsmedien im weitesten Sinne zu Hause zu erbringen. Dadurch sind eine Vielzahl von Transportnachfragen substituierbar.

Ein anderes Thema - ein Lieblingsthema von BMW -, das Sie vielleicht kennen lautet: An wieviel Tagen hat die tarifliche Arbeitszeit, wie viele Stunden sie im Monat auch immer sein möge, stattzufinden? In all unseren Werken wird pro Person mittlerweile nur noch an vier Tagen gearbeitet. Im Gegensatz dazu arbeiten bei fast allen anderen Herstellern die gleichen Menschen während der gleichen Anzahl von Stunden an fünf Tagen. Daraus läßt sich unschwer errechnen, daß dann die Mobilitätsnachfrage um just 20 % höher liegt. Infolgedessen - auch dies ist nur ein Beispiel - glaube ich, daß der Zusammenhang zwischen Mobilitätsnachfrage, Stichwort Kosten der Mobilität, und vordergründig ökologischen Dingen durchaus zu eng gesehen wird, weil es ganz andere Maßnahmen gibt, die wir möglicherweise aus anderen Gründen ergreifen müssen, die Auswirkungen auf die Proportionalität von Mobilitätsnachfrage und Wirtschaftswachstum haben werden.

Zum Thema Gesamtemission von CO<sub>2</sub>. Vorhin wurde von Professor Ewers erwähnt, daß der Verkehr einen Anteil von 22 % daran habe. Meine Zahl ist 26 %. Wie es auch sein mag, in dieser Größenordnung ist der Verkehr für die CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Gebäude tragen mit 47 %, die Industrie mit 27 % zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Würde der Industriestandard der Emission pro Arbeitsleistung, den die Bundesrepublik Deutschland erreicht hat, in der gesamten westlichen Welt erreicht, wären die Emissionen in diesen Ländern um 17 % geringer. Wir sind also schon bei heutigen Energiepreisen beim Thema Energieverbrauch in der Welt führend. Zum Beispiel haben wir in der Automobilindustrie den Energieverbrauch für die Herstellung eines einzigen Automobils in den letzten zehn Jahren bei den herrschenden Energiepreisen um 50 % reduziert. Warum sage ich dies? Weil die Vermutung, die mir allenthalben begegnet, es wäre möglich, einen Quantensprung der Innovation durch steuerliche Maßnahmen bzw. eine Verteuerung der Energie herbeizuführen, ein Irrtum ist. Sie, Herr Professor Zellner, haben es nicht gesagt, aber oft wird davon ausgegangen, die Entwicklung könne beschleunigt werden, wenn die Energiepreise stiegen.

Ich glaube, wir müssen von einem anderen Zusammenhang ausgehen. Der andere Zusammenhang heißt: Wir brauchen strukturelle Änderungen. Ich sage ganz im Sinne dessen, was Herr Issen vorher ausführte: Wir wollen eigentlich alle, daß in unserem Land alles so bleibt, wie es ist, deswegen müssen wir alles ändern. - Dieser Spruch stammt aus der Literatur.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herzlichen Dank. Herr Issen wollte noch etwas zu Herrn Ewers sagen.

**Roland Issen:** Ich möchte klarstellen, daß auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Prozeß der internationalen Arbeitsteilung als notwendig und auch gar nicht vermeidbar betrachtet, daß wir aber nicht in Kauf nehmen können und wollen - da sind die deutschen Arbeitnehmer nicht in einem anderen Boot als manche Wirtschaftsbranchen in diesem Lande -, daß dies unter völlig ungleichen Wettbewerbsbedingungen geschieht und daraus - darauf zielte vorhin mein Hinweis auf Sozialdumpingpraktiken - die Schlußfolgerung gezogen wird, daß wir, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, zu ähnlichen Konditionen wie bei-



spielsweise in einigen ostasiatischen Ländern produzieren müssen. Das kann für uns mit Sicherheit keine Alternative sein.

Ich denke, wir wären in der Debatte über die Entwicklung der Lohnnebenkosten ein ganzes Stück weiter, wenn wir sie wirklich einmal präzisieren und auf ihre wichtigsten Punkte konzentrieren würden. Wir haben eine allgemeine Entwicklung im Lande, daß allgemeine Staatsaufgaben, die an sich über Steuern hätten finanziert werden müssen, von den Sozialversicherungsträgern bezahlt werden mußten. Dies ist ein Teil der Folgekosten der deutschen Einheit. Ich habe vorhin ein Beispiel gegeben: Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß die in der Arbeitslosenversicherung Versicherten die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Zuge der deutschen Einheit allein finanzieren und Beamte, Selbständige, auch Professoren sich einer solchen Verpflichtung entziehen können, weil der Gesetzgeber dies zugelassen hat.

(Beifall)

In der Rentenversicherung - da sitzen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Beitragszahler immer in einem Boot - wurden die Rentenverpflichtungen übernommen, ohne daß Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt worden sind, mit der Folge, daß dies wiederum nicht ohne Wirkungen auf den Beitragssatz bleibt.

Ich will ein drittes Beispiel geben. Viele Unternehmen gehen zunehmend dazu über, die älteren Jahrgänge vor der Erreichung der eigentlichen Pensionsgrenze durch Frühverrentung aus dem Arbeitsmarkt zu entlassen. Die Folgewirkungen werden dann bei der Arbeitslosenversicherung oder auch der Rentenversicherung abgeladen. Daraus ergeben sich dann überproportionale Ausgabensteigerungen, die in der Folge zu Beitragssatzerhöhungen führen. Angesichts dieser Tatsache ist es unehrlich, anschließend in der Diskussion über die Lohnnebenkosten über die steigenden Beitragssätze zu lamentieren. Auf diese Unehrlichkeit in der Debatte wollte ich noch einmal hinweisen. Es geht nicht darum, sich auf diesem Wege neue Verteilungsspielräume zu verschaffen.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ich glaube, wir sind uns einig - das haben die Diskussionsbeiträge gezeigt -, daß die Emissionen im Zusammenhang mit dem Energieverbrauch eine ganz zentrale Rolle spielen. Der Energieverbrauch an sich ist noch nichts Boshafes, aber die Emissionen, die mit ihm in Zukunft verbunden sind, werden globale Auswirkungen haben. Wir sind uns auch darüber einig, daß uns dieses Thema beschäftigen wird. Wir sind uns nicht über die Instrumente einig - wir haben gerade Herrn Pischetsrieder gehört -, mit denen wir die Emissionen reduzieren können. Darüber muß gesprochen werden. Hierauf bezieht sich auch die Mehrzahl der mir vorliegenden Wortmeldungen aus dem Publikum.

Zur Lösung dieses Problems kann man die Energie verteuern. Der Staat kann - das hat heute noch keiner gesagt -, wenn er Ressourcen hat, natürlich Anreize schaffen. Wir haben beste Erfahrungen mit Zinszuschüssen und Zinsverbilligungen z. B. bei Gebäudesanierungsmaßnahmen. Wenn Sie Anreize schaffen und gesellschaftliche und finanzpolitische Ressourcen haben, können Sie die Minderungsziele auch erreichen. Man muß aber fragen: Haben wir diese Ressourcen, oder brauchen wir sie dringender für andere Aufgaben?

Ich habe sehr viele Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte deshalb um konzentrierte Beiträge. Ich habe zwei Wortmeldungen zu dem Verhältnis von Sozialer und Ökologischer Marktwirtschaft, das nicht immer so einfach und spannungsfrei ist, wie das Wort „und“ signalisiert. Da-

nach habe ich mindestens zehn Wortmeldungen zu den Instrumenten, zur ökologischen Steuerreform, zu Energiepreisen usw. Danach sollten wir dann im Podium auf die Beiträge reagieren.

**Sabine Klenke:** Frau Ministerin Merkel! Meine Damen und Herren Anwesenden! Ich habe eine ganz konkrete Frage - Frau Ministerin Merkel hat sie schon angesprochen - an Herrn Professor Zellner. Sie hatten in Ihren Ausführungen die Formulierung „Ökonomie und Ökologie versöhnen“ gebraucht. Ich habe mir dazu ganz spontan „Spagat“ aufgeschrieben und zwei Fragen hinzugefügt: „Kann man dies?“ und „Wie kann man dies?“ Ich möchte dies mit einem praktischen Beispiel, das nicht so hoch wissenschaftlich ist wie die Fachvorträge, untermauern. Ich komme aus Sachsen-Anhalt und arbeite dort an der Martin-Luther-Universität. Gerade in den neuen Bundesländern wurden ökologische Gesichtspunkte sträflich vernachlässigt. Nachdem marktwirtschaftliche Prinzipien bei uns eingezogen sind, versuchen wir, auch ökologische Gesichtspunkte einfließen zu lassen. Konkret geht es mir um Einwegmaterial und Mehrwegmaterial. Bevor man sich für eines von beiden entscheidet, versucht man, sich sachkundig zu machen. Vom Instinkt her und nach allem, was ich bis jetzt aus den Altbundesländern gehört habe, war für mich klar: Einwegmaterial ist eigentlich Verbrauchen von ökonomischen Ressourcen. Deswegen sollte man immer Mehrwegmaterial benutzen.

Ich habe mir einmal die Produktlebensläufe angesehen. Ich bin erschrocken, wie z. B. Mehrwegmaterial unsere natürlichen Ressourcen belastet. Ich will ein Beispiel nennen: Waschen von Wäsche im Krankenhaus. Sie wissen, daß diese Wäsche speziellen Waschverfahren unterzogen wird, mit Desinfektion, Spülung etc. Gleichzeitig höre ich, daß das bei uns als Trinkwasser genutzte Wasser einen Anteil von 0,02 % hat. Ich bin dann erschrocken, daß ich diese Ressource durch das Waschen des Mehrwegmaterials in den Waschanlagen mit zusätzlichen Desinfektionsmitteln etc. belaste.

Zum Einwegmaterial. Wenn die Ökobilanzen, die neuerdings immer erstellt werden, wirklich stimmen, dann wären die Einwegmaterialien nicht nur ökonomischer, sie wären auch ökologischer und wären auch vom medizinischen Standpunkt für unsere Patienten noch sicherer. Hier können nur die Wirtschaft, d. h. die Anbieter solcher Materialien, die Verbraucher und in der Konsequenz die Politik etwas bewirken. Jeder, der so etwas anbietet, und jeder, der so etwas verbraucht, muß dafür sorgen, daß diese Produkte so angeboten werden, wie sie gebraucht werden. Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen, sprich: auch Gesetze, zu schaffen. Ich bin ein Gegner von zusätzlichen Gesetzen, und zwar aus dem einfachen Grund: Ich bin der Meinung, wir haben zu viele. Wir sollten - Frau Minister Merkel, Sie haben es angedeutet - in diesem Punkt Anreize schaffen. Wenn diese Anreize dann nicht genügen, müssen wir natürlich andere Maßnahmen ergreifen. Meine Frage war: Wie schaffen wir diesen Spagat? - Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ich muß darum bitten, daß bei den Wortmeldungen eine Redezeit von maximal zwei bis drei Minuten eingehalten wird. Ich habe so viele Wortmeldungen, daß wir nicht anders verfahren können. Außerdem trägt dies, glaube ich, zur Lebendigkeit der Diskussion bei.

**Christa Reichard:** Ich befürchte, mir genügen zwei oder drei Minuten nicht. Ich versuche es aber trotzdem. Für mich ist das Spannungsverhältnis zwischen Sozialem und Umwelt noch nicht geklärt. Die Wirtschaft muß dafür sorgen, daß entsprechend den Randbedingungen, die

wir gesetzt haben, für beides Mittel zur Verfügung stehen. Die Frage der Verteilung der Mittel zwischen Sozialem und Umwelt ist für mich eine der entscheidenden Fragen, die von der Politik heute und morgen zu beantworten sind. Für mich sind zur Lösung dieses Problems noch überhaupt keine konzeptionellen Ansätze vorgetragen worden. Ich würde bitten, auf diesem Gebiet noch einmal nachzulegen.

Angesprochen, aber nicht weiter ausgeführt wurde der internationale Aspekt. Ich rede vom Umwelteffekt einer Mark. Wo können wir mit einer Mark auf dieser Erde am meisten Umweltschutz schaffen? Bringt uns das vorausschauende Handeln auch unter sozialen Aspekten gegenüber den Entwicklungsländern weiter als der Perfektionismus im eigenen Lande?

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ich denke, die Lösung des Verteilungskonflikts zwischen Sozialem und Ökologie ist in der Tat weitgehend offengeblieben. Meine Idee war, daß wir uns erst einmal auf eine Hierarchie von Problemen im ökologischen Bereich einigen und uns dann überlegen, was im Sozialen zu tun ist. Das letzte ist noch im vagen geblieben. Wir müssen uns fragen: Brauchen wir neue Sicherungssysteme? Müssen wir die bestehenden Sicherungssysteme abspecken? Was für einen Spielraum gibt es? Aufgabe der Politik wird sein, in beiden Bereichen zu entscheiden, was als nächstes getan wird. Machen wir zunächst die nächste Stufe der Pflegeversicherung, oder beschließen wir ein neues Gesetz zum Gewässerschutz? Wie dies zusammengebracht werden kann, muß gesellschaftlich ausdiskutiert werden. Die Politik muß Entscheidungen treffen.

Ich fahre mit den Wortmeldungen fort. Wir kommen in der Schlußrunde auf die bereits erfolgten Wortmeldungen zurück. Wir kommen jetzt zu den Wortmeldungen zur Energie, zu Steuern und Abgaben und ähnlichem. Zunächst hat Herr Liese das Wort.

**Dr. Peter Liese:** Ich bin Mitglied des Europäischen Parlaments, und ich war als solches Beobachter bei der Klimakonferenz in Berlin. Ich glaube, wir haben die Priorität, die Frau Merkel am Anfang der Diskussion angemahnt hat, zu Recht herausgearbeitet. Wir müssen alle Anstrengungen in der Umweltpolitik eindeutig auf die Lösung des CO<sub>2</sub>-Problems konzentrieren. Das heißt nicht, daß die anderen Dinge unwichtig sind. Das Ozon hat uns im Sommer beschäftigt, und da müssen wir auch auf europäischer Ebene etwas tun. Aber das Kernproblem und das Problem, das wir bisher am wenigsten zufriedenstellend gelöst haben, ist das CO<sub>2</sub>-Problem. Es ist richtig, Herr Pischetsrieder, wenn Sie sagen, daß wir effizienter arbeiten als andere Industrieländer. Es ist aber auch richtig, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland pro Kopf vierzigmal soviel CO<sub>2</sub> in die Luft pusten wie in Indien. Das ist das Dilemma. Wir sind in diesem Bereich keine ökologischen Vorbilder für die ganze Welt. Wenn sich die ganze Welt so wie wir trotz unserer guten Technik verhalten würde, wäre die Klimakatastrophe eindeutig vorprogrammiert. Deswegen kann die Lösung in diesem Punkt nicht sein, daß wir das Geld, das wir für Umweltschutz zur Verfügung haben, nur in der Dritten Welt investieren. Wenn wir nicht beweisen, daß man in einem Wohlstand leben kann, daß man in einer hochentwickelten Gesellschaft leben kann, ohne soviel CO<sub>2</sub> in die Luft zu pusten, daß die Klimakatastrophe unausweichlich ist, dann wird dies in Indien und in China erst recht keiner machen. Wir müssen auf diesem Gebiet stärker vorangehen, als wir bisher vorangegangen sind.

Zur Frage der Instrumente. Die ökologische Steuerreform ist heute schon angesprochen worden. Ich glaube nicht, daß sie die alleinige Lösung des Problems ist. Aber ich glaube, daß wir

ohne eine CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer unser Ziel weder in Europa noch in Deutschland erreichen. Es gibt ein offizielles Dokument der Europäischen Kommission - es ist bestimmt nicht links und grün eingefärbt -, in dem schwarz auf weiß steht: Wenn es in Europa eine aufkommensneutrale CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer nicht gibt, werden wir nicht einmal das bescheidene Ziel erreichen, im Jahr 2000 die Emissionen zu haben, die wir 1990 gehabt haben. Wir müssen auch an diese Sachen denken. In Deutschland werden wir die 25%ige Reduktion ganz klar nicht erreichen, wenn wir nicht zusätzlich zu dem, was wir schon jetzt machen, etwas Drastisches machen.

Seit dem Strategiegipfel gibt es eine gewisse Verwirrung darüber, was wir überhaupt noch wollen. Einige sagen, daß man damit, daß man dieses Thema auf die europäische Ebene schiebt, eindeutig gewährleistet, daß es niemals zu einer Lösung kommen wird. Einige, die an dem Strategiegipfel teilgenommen haben, wollten das vielleicht auch; das muß man so deutlich sagen. Es besteht aber durchaus Anlaß zu Hoffnung, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Nächste Woche - vielleicht ist es ein Zufall, daß unser Parteitag eine Woche vorher stattfindet - findet eine Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister statt. Leider wird dieses Thema nicht mehr im Umweltministerrat behandelt, denn dann wäre ich sehr guter Hoffnung, daß Frau Merkel alles tun würde, um es durchzubringen. Es wird im Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister behandelt. Wir haben einen Vorschlag, der durchaus Chancen auf Realisierung besitzt. Die Chancen für eine europäische Lösung sind so groß wie nie. Wenn es der CSU, allen voran Herrn Waigel, mit einer europäischen Lösung wirklich ernst ist, müssen sie nächste Woche vernünftig verhandeln.

Ich gebe zu, daß der Vorschlag der Kommission einen ganz, ganz großen Haken hat. Er sieht nämlich eine Ausweichmöglichkeit für Länder vor, die im ersten Schritt die aufkommensneutrale CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer nicht einführen wollen. Es gibt die Möglichkeit, die Steuer für eine Übergangszeit auf Null zu setzen. Sie muß formal eingeführt werden, steht aber auf Null. Das ist bitter, denn wir wissen, daß es nötig wäre - Sie haben es richtig angesprochen, Herr Ewers -, eigentlich mehr zu tun. Wir müßten das bißchen, was die Kommission vorschlägt, eigentlich weiter ausbauen und nicht einzelnen Ländern die Möglichkeit geben zurückzutreten.

Gestern haben wir beschlossen, und zwar einstimmig - ich habe mich gewundert, daß das so einstimmig erfolgt ist -, die These vom Kerneuropa, die sehr viel Wirbel verursacht hat, in etwas anderer Formulierung in die Programmatik der CDU aufzunehmen. Das heißt, wir dürfen auch beim Klimaschutz nicht so lange warten, bis Griechenland mit uns gemeinsam die gleichen Steuern einführt, bevor wir mit einer Reihe unserer wichtigsten Handelspartner zusammen vorangehen. Das langsamste Schiff darf nicht die Geschwindigkeit des Geleitzuges bestimmen. Genau das ist die Lösung: mit unseren wichtigsten Handelspartnern eine solche Lösung möglichst schnell einzuführen, um zu zeigen, daß es überhaupt geht. Das Wichtigste in dieser ganzen Diskussion ist, daß man nachweist, daß es nicht zu einer ökonomischen Katastrophe führt, wenn man eine gemäßigte ökologische Steuerreform durchführt.

All die Dinge, die hier kritisch diskutiert werden, z. B. die Frage, was mit Industrien ist, die hier überhaupt kein Einsparpotential mehr haben und einfach ins Ausland gehen, sind in diesem Vorschlag enthalten. Für diese Fälle gibt es Kompensations- und Ausweichmöglichkeiten. Das Signal, das von diesem Forum und von diesem Parteitag ausgehen sollte, ist, europäische Lösungen wirklich ernst zu nehmen und das Thema nicht nach Europa zu verschieben, damit wir uns zu Hause keine Gedanken mehr zu machen brauchen.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Wir haben heute die Tatsache zu verzeichnen, daß viele der Diskutanten gestandene Parlamentarier auf allen Ebenen sind, was die Sprechfreude erhöht. Ich möchte aber selten eingreifen.

**Dr. Volker Hassemer:** Ich möchte mich auf das Verhältnis von CDU-Umweltpolitik zu Industrie und Wirtschaft konzentrieren und komme damit zu Herrn Pischetsrieder. Sie werden, wenn wir von der FDP absehen, nicht bestreiten, daß wir die Partei sind, die den ehrlichen Versuch macht, Umweltpolitik gegenüber der Wirtschaft in einer partnerschaftlichen Grundposition zu betreiben.

(Bernd Pischetsrieder: Das kann ich Ihnen bestätigen!)

- Unvorsichtigerweise bestätigen Sie das gleich. Ich möchte aber gleich auf die Konsequenzen hinweisen. - Ich glaube, dies ist für Sie eine gute Nachricht, aber auch eine schlechte. Wenn Ihnen Leute mit dem normalen staatlichen Instrumentarium gegenüberreten, ist die Freund-Feind-Situation klar. Sie dürfen für die Ökonomie zuständig sein, und die anderen, der Staat, die öffentliche Hand, sind dann für die Ökologie zuständig. Dann diskutiert man allerdings so, wie Sie es heute getan haben. Dann muß man den anderen, die die Ökologie vertreten, mit vielen Gründen und mit viel Sachkenntnis erklären, warum man das, was man als Anforderung bekommt, nicht erfüllen kann.

Wenn man Partnerschaft aber wirklich ernst nimmt, wie Sie es mit Frau Merkel tun, dann kann die Arbeitsteilung, Ökonomie sind Sie, und Ökologie sind Sie, nicht gelten. Dann müssen Sie in einer solchen Runde nicht nur sagen, wie gut die deutsche Industrie schon ist - das bestreiten wir am wenigsten -, sondern dann müssen auch Sie und nicht nur der Staat sich zu den Zahlen, die Herr Zellner oder Herr Ewers nennt, bekennen. Sie müssen, wenn das partnerschaftlich gemeint ist, Ihre eigene Strategie, wenn der Staat Ihnen eine falsche vorschlägt, gegenüber öffentlichem Verhalten zu entwickeln versuchen. Sie sind doch diejenigen, die forschen und handeln und die, wie es der Bundeskanzler gerade wieder gesagt hat, in allen Varianten risikoreich tätig sind. Sie sind doch die Unternehmer, also diejenigen, die in einer Weise zu denken pflegen, wie andere noch nicht zu denken wagten oder denken konnten. Sie müßten da doch vorn liegen. Das tun Sie nach den Erfahrungen, die ich in über 20 Jahren Umweltpolitik gesammelt habe, nicht. Die BDI-Vertreter sind in solchen Diskussionen die beinhartesten Konservativen, sie sind geschult, zu erklären, was alles nicht funktioniert, wo man auf dem falschen Wege ist. Aber man erhofft von Forschung und Unternehmertum, daß sie erläutern, wo die richtigen Wege liegen. Davon hört man zuwenig.

Der Bundeskanzler hat vor dem Auditorium dieses Parteitags gestern gesagt, die Politik der CDU - das war, wie ich finde, eine großartige Aussage - ist eine Politik, die sich von drei Identitäten ernährt: Wir sind die Europapartei, wir sind die Partei der Wiedervereinigung, und wir sind die Partei der Bewahrung der Schöpfung. - Wenn Sie die unstrittig zu akzeptierende Position der CDU bei den ersten beiden Faktoren betrachten, dann werden Sie mit mir einer Meinung sein, daß wir bei dem dritten Faktor ungeheuer viel nachlegen müssen. Wenn Sie wollen, daß das partnerschaftlich mit der Wirtschaft passiert, dann muß von Ihnen mehr an Produktivem, Konstruktivem, an Helfendem kommen, als dies bisher geschehen ist. Sie wissen sehr genau, die Umweltschützer waren in der Vergangenheit immer dann erfolgreich, wenn sie Vorgaben gemacht haben, wenn sie angedroht haben. Wir hatten dann immer den Kommentar der Industrie: „Das geht ja doch nicht“, und nach einigen Jahren den Stolz der Industrie: „Das geht ja.“ - Wenn wir immer wieder die Lehre erfahren, daß das Ganze von seiten

der Wirtschaft in Bewegung kommt, wenn wir Vorgaben machen: Wie können Sie uns dann übernehmen, wenn wir tatsächlich Vorgaben machen?

Ich kenne manche Zusammenarbeit zwischen Industrie und CDU, in der wieder auf der einen Seite die CDU-Leute erzählen, was sie im Umweltbereich wollen, und die Wirtschaftsleute erzählen, daß es nicht geht. Im Grunde müßten wir gemeinsame Innovationslabors von CDU und Industrie einrichten. Wir müßten die bevorzugten Partner sein, um Ihre Antworten zu hören, was geht, und nicht, was nicht geht.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Es gibt das dringende Bedürfnis von Herrn Pischetsrieder, auf Sie zu antworten. Ich glaube, das ist in Ordnung und einer guten Diskussion zuträglich.

**Bernd Pischetsrieder:** Ich bin Ihnen - das sage ich wirklich aus Überzeugung - für diese pointierte Aussage sehr dankbar, weil sie mir die Möglichkeit gibt, zwei entscheidende Punkte hervorzuheben. Erstens. Mir ist natürlich klar, daß vieles, was die Industrie und Vertreter der Industrie zum Thema Umweltschutz und Ökologie vertreten, eine Mehrheitsmeinung eines Verbandes ist, der sich - ich meine dies nicht persönlich, Herr Issen - in vielen Punkten durch die gleiche Eigenschaft wie die Gewerkschaften auszeichnet, nämlich ein unendliches Beharrungsvermögen. Dafür gibt es ein hervorragendes Beispiel in der Diskussion um die Katalysorteknik. In der Politik hat sich die Überzeugung festgesetzt, daß sich die Industrie bis zum letzten Moment nachhaltig dagegen gewehrt hat - Frau Dr. Merkel kennt diese Geschichte -, den Katalysator einzuführen. Dies ist nur partiell richtig. Es haben sich genau diejenigen Unternehmen gewehrt, den Katalysator einzuführen, die nicht im Export tätig waren und nicht die Technologie für den US-Markt ohnehin im Portfolio hatten. Daraus ist aber das Bild geworden, die Industrie habe sich geweigert.

Was Sie heute völlig zu Recht anmahnen - ich akzeptiere, was Sie sagen -, ist, daß die Industrie eine positive Rolle im Sinne der Weiterentwicklung der von uns gemeinsam getragenen ökologischen Anliegen übernehmen muß. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern mit dem Eigeninteresse der Industrie. Solange wie z. B. in der Automobilindustrie ein Industrieller an den Endverbraucher verkauft, wird der Industrielle über kurz oder lang sein Geschäft verlieren, wenn er die Erwartungshaltung des Endverbrauchers nicht erfüllt. Lange Jahre ist selbstverständlich gewesen, daß neue Autos mehr PS haben müssen. Nachdem sich - das weiß ich nun wirklich präzise zu berichten - die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß ein mindestens gleichgewichtiges, wenn nicht wichtigeres Kaufargument heute ein niedriger Verbrauch ist, wird der Industrielle, der darüber zu entscheiden hat und sich dieses nicht zu eigen macht, nach den Prinzipien der Marktwirtschaft über kurz oder lang eben nicht mehr existent sein.

Auf vielen Sektoren, auf denen wir - ich erwähnte vorhin den Energieverbrauch für die Herstellung eines Automobils - eine Technologie entwickelt haben, in diesem Fall, um es technologisch zu sagen, Kraft-Wärme-Kopplung, die für Deutschland vorbildhaft ist, ist daraus auch ein Markt geworden. Unser Problem besteht letztlich in folgendem; Frau Dr. Merkel weiß sehr genau, wovon ich jetzt spreche. Als wir die Vereinbarung getroffen haben, eine 25%ige Verbrauchsreduzierung im Drittmix bis zum Jahr 2005 zu erreichen, war dieser Entscheidungsprozeß natürlich alles andere als einer, der für jeden der beteiligten Vertragspartner gleich schwer zu erreichen war. Insofern hatten wir, wenn ich das so sagen darf, Frau Dr. Merkel, fast ein Verbandsproblem in der Form, daß diese Vereinbarung verschiedene Hersteller

unterschiedlich hart trifft. Dies ist das Problem, das Sie erleben, wenn Sie mit dem BDI verhandeln, denn beim BDI passiert das, was Ihr Vorredner sagte, auch, daß die Geschwindigkeit des Fortschritts durch den Langsamsten bestimmt wird.

Ich glaube - wieder in ganz eindeutigen marktwirtschaftlichen Kriterien gesprochen - an das Vorbild der guten Tat. Unser Unternehmen und viele Unternehmer, die ich kenne, haben sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt, auch in dem Bereich, der heute keiner Gesetzgebung unterliegt, aber ökologisch wichtig ist, z. B. dem Wasserverbrauch, eine Vorreiterrolle zu spielen. Bei BMW ist der Wasserverbrauch von 12 Kubikmeter pro Auto im Jahre 1985 auf mittlerweile 2 Kubikmeter pro Auto reduziert worden, ohne daß es irgendeine gesetzliche Auflage, geschweige denn eine wirtschaftliche Begründung dafür gibt, weil wir wissen, daß ein entsprechendes Anliegen eines schönen Tages aus Ihrer Mitte - ich meine aus der Mitte der Politiker und nicht der CDU - auf uns zukommt.

Unsere Aufgabe muß es sein - Politik und Industrie müssen es gemeinsam machen -, nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ als Vorbild zu handeln. Wir müssen von uns aus neben dem, was wir nicht wollen, sagen, was wir wollen. Ich möchte, nachdem ich mich vorhin gegen eine Energiesteuer und eine Mineralölsteuererhöhung ausgesprochen habe und Sie angemahnt haben, zu sagen, wofür ich bin, folgendes sagen. Ich bin sehr für die vorhin von Herrn Ewers angesprochene emissionsbezogene Steuer. Allerdings bin ich dafür, daß sie nicht nur für Automobile, sondern auch z. B. für Hausfeuerungsanlagen gilt, weil dort - es ist vorhin erwähnt worden, ein Reduktionspotential von 40 % und damit sehr viel mehr als woanders besteht. Wir sollten die Nachfrage nach ökologisch besseren Produkten fördern, allerdings nicht durch Subventionen, sondern in dem Sinn, wie wir das vorhandene Steueraufkommen verteilen. Wir müssen dies gemeinsam tun. Ich persönlich und auch der allergrößte Teil der Industrie sind dazu bereit.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Es ist ein sehr wichtiger Punkt, daß das Verhältnis nicht von einer Art Arbeitsteilung, die sich sehr, sehr schnell einschleicht, geprägt sein darf. Eine solche Art der Arbeitsteilung z. B. in der Politik, daß Wirtschaftspolitiker die Guten sind und die Industrieanliegen unterstützen und dann die Umweltpolitiker diejenigen sind, die nur mit Forderungen kommen, ist nicht der Zukunft zugewandt.

Ich könnte jetzt noch etwas zu den von Ihnen angesprochenen emissionsbezogenen Steuern sagen. Das ist eine gefährliche Sache, weil CO<sub>2</sub>-Emissionen auch Emissionen sind. Wenn Sie eine emissionsbezogene Steuer haben und sie auf die Ölfeuerungsanlagen ausdehnen, ist das genau das, was wir als CO<sub>2</sub>-Steuer auf den Energieverbrauch bezeichnen könnten.

**Steffen Kampeter:** Frau Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde am liebsten den Dialog mit Ihnen, Herr Pischetsrieder, fortsetzen.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das kann ich so nicht zulassen.

**Steffen Kampeter:** Ich möchte wenigstens eine Anmerkung zu Ihnen machen. Volker Hassemer hat gesagt, wir haben Anforderungen an die Industrie, und die Industrie erklärt uns, was sie alles schon gemacht hat und was nicht geht. Daraufhin haben Sie eigentlich den Beleg für die These geliefert, die Hassemer gerade erwähnt hat, indem Sie auf die großen und anerkennenswerten Leistungen der Automobilwirtschaft in der Vergangenheit hingewiesen haben und bei all dem, was zukünftig kommt, erst einmal die Probleme beschrieben haben.

(Beifall)

Das kenne ich als Umweltpolitiker. Ich muß Ihnen sagen, Herr Pischetsrieder, das finden wir auch inhaltlich nicht immer überzeugend. Meine Frage wäre, warum die gleiche Haltung z. B. bei der Rücknahme von Kraftfahrzeugen angenommen wird. Warum ist die deutsche Automobilindustrie so zurückhaltend, verbindlichere Zusagen zu geben, was die Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs angeht? In der Diskussion über steuerliche Maßnahmen wird derzeit gefordert, die direkten Steuern - Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftssteuer - zu senken und zu einer gerechteren Besteuerung des Faktors Umwelt zu gelangen. Wir würden liebend gern darauf verzichten, wenn wir in den Gesprächen mit der Industrie substantielle Beiträge darüber bekämen, was in den nächsten Jahren möglich wäre. Statt dessen bekommen wir immer substantiell begründete Beiträge darüber, was aus Sicht der Industrie nicht möglich ist.

Wirklich geärgert hat mich Ihr Beispiel mit dem Katalysator. Sie haben gesagt, Sie seien zu Unrecht verdächtigt worden, nicht zu wollen. Lange Jahre nach der Einführung des Katalysators haben Mitglieder des Umweltausschusses mit dem Vorstand eines großen deutschen Automobilunternehmens zusammengesessen - es ist noch keine drei Jahre her -, und da ist uns gesagt worden, das sei eine politische Fehlentscheidung und der Anfang vom Untergang der Automobilindustrie in Deutschland. Wir haben Sie nicht zu Unrecht getrieben. Ich habe den Eindruck, daß zumindest in Teilen der Wirtschaft - ich nehme Sie hiervon ausdrücklich aus - die Akzeptanz von umweltpolitischen Maßnahmen nicht sehr groß ist.

Da ich meine Zeit verbraucht habe, will ich mit einem Hinweis auf den Parteitag schließen. Einige Delegierte haben, diese Diskussion aufgreifend, einen Initiativantrag eingebracht, den wir morgen wahrscheinlich nicht allzusehr diskutieren; deshalb verweise ich auf ihn. Dieser Antrag unter dem Thema „Steuerreform - Einführung einer CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer“ greift viele Elemente, die wir heute diskutiert haben, auf. Von diesem Parteitag sollte das Signal ausgehen, daß wir diesen Weg vorsichtig, nicht übertrieben, weitergehen. Herr Ewers hat aufgezeigt, daß 400 Milliarden DM ein irrales Aufkommen sind. Es sollte einen moderaten Einstieg in den Umbau des Steuersystems geben, so daß die direkte Besteuerung vermindert wird und eine gerechte Besteuerung des Faktors Umwelt erfolgt. Ich bitte Sie herzlich, morgen dem Initiativantrag 07 zuzustimmen. Ich befürchte, daß wir im Plenum keine lange Diskussion darüber führen können. - Herzlichen Dank.

(Befall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Wir fahren mit den Wortmeldungen fort. Ich gebe Herrn Pischetsrieder anschließend noch das Wort.

**Roland Koch:** Ich bin eigentlich positiv beeindruckt, mit welcher Selbstverständlichkeit alle Podiumsredner den Begriff der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft anwenden und verwenden. Das hätte man vor einem Jahr auch noch nicht für selbstverständlich gehalten.

(Befall)

Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist aber kein Ziel, das man erreicht und sich in den Schrank hängt, sondern es ist eine Beschreibung eines Instrumentariums. Diese Beschreibung sagt nicht etwa, wir hätten vorher keine Umweltpolitik gemacht. Vielmehr haben wir ein Jahrzehnt lang Umweltpolitik im wesentlichen mit ordnungsrechtlichen Vorschriften gemacht. Wir haben eine exponentiell ansteigende Linie leider nicht nur in Umwelterfolgen, sondern auch in Rechtsvorschriften. Wir sind als Union gemeinsam zu der Erkenntnis gekommen, daß es, wenn wir diesen exponentiellen Anstieg nicht bremsen, keine Marktwirtschaft,



ob sozial oder ökologisch, gibt und wir deshalb auf ein anderes Steuerungsinstrument kommen müssen. Wenn das so ist, dann sind wir in diesen Tagen an einer spannenden Frage angelangt, nämlich ob wir in der Union im Konsens mit Wissenschaft und Wirtschaft bereit sind, solche ökologischen Instrumente in Verkehr zu bringen. Aus meiner Sicht sage ich - wir sind auf dem Parteitag, um aktuell zu diskutieren -: Die Entscheidung der Konferenz von CDU und CSU, nichts - ich formuliere es vorsichtig - durch staatliche Entscheidungen im Bereich der ökologischen Preisbemessung zu tun, ist eine Entscheidung, die uns für einige Jahre sagt: Wir nutzen das, was wir beschlossen haben, nämlich Ökologie durch marktwirtschaftliche Instrumente zu betreiben, nicht. - Das hielte ich für eine gefährliche Antwort, weil es, Herr Pischetsrieder, dazu führt, daß Sie mit Frau Ministerin Merkel nicht mehr über die Frage einer solchen Belastung diskutieren, sondern über eine Wärmenutzungsverordnung oder diese oder jene Rechtsvorschrift, und ganze Stäbe damit beschäftigten, Detailregelungen von Beamten in ihren Betrieben auszuführen. Wir sollten auf einem Parteitag auch ein Signal setzen, daß wir als Union begriffen haben, daß wir das nicht wollen und deshalb so beschlossen haben, aber daß wir auch die Kraft haben, das andere dann entschlossen zu machen und nicht zu vertagen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Helz Wiese:** Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Herr Zellner hat gesagt, daß man den überfälligen Quantensprung natürlich nicht über den Geldbeutel in die Wege leiten und herbeiführen kann. Ich kann das nur unterstreichen. Wir müssen alle darauf hoffen, daß der große Wurf noch irgendwann in diesem Jahrhundert oder Jahrtausend stattfindet.

Über den Geldbeutel kann man ein Stück soziale Gerechtigkeit erreichen, was auch zur Sozialen Marktwirtschaft gehört. Wenn ich alles gerecht machen will, muß ich wohl das Verursacherprinzip ernst nehmen. Zum Verursacherprinzip-ernst-Nehmen gehört eben das, was Professor Ewers mit Recht sehr deutlich gesagt hat, nämlich daß ich die zur Kasse bitte, die die größten Verschmutzer sind. Auch beim Abwasser werden die Intensiveinleiter und die Starkverschmutzer stärker zur Kasse gebeten als diejenigen, die weniger einleiten. Wir haben für die Landwirtschaft Sonderregelungen gefunden, aber es ist richtig, daß heute mit Fug und Recht den großen Brauereien usw. als Intensiveinleiter oder Starkverschmutzer ein bißchen stärker an den Geldbeutel gegangen wird. Ich gehe davon aus, daß wir in diesem Punkt - Herr Professor Ewers hat das sehr richtig gesagt - die Axt an die Wurzel des Übels legen, wenn wir statt einer Energiesteuer eine Emissionssteuer fordern.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch die Freiheit. Ich nehme als Beispiel das Tempolimit. Auch ich bin gegen ein Tempolimit. Ich fahre seit 30 Jahren mit meinen Motorrädern mit über 200 km/h auf der Autobahn. Ich würde aber all denen, die sich die Freiheit nehmen, mit diesen hohen Geschwindigkeiten mit dem Auto oder mit dem Motorrad zu fahren, bitte schön auch die Konsequenz aufs Auge drücken, daß sie mehr zahlen müssen. Dies kann über eine Vignette, einen Telepaß oder wer weiß was für ein System geschehen, mit dem man heute Geld eintreiben kann. Dieses Geld sollte dann für den Umweltschutz, für Innovationen, für neue Technologien eingesetzt werden. Bei 45 Millionen Kraftfahrzeugen verschenken wir 4,5 Milliarden DM, wenn wir auf die 100-DM-Vignette, über die wir seit zehn Jahren diskutieren, verzichten. Die Schweiz hat eine Vignette zu 40 Franken, die Österreicher verlangen 60 DM und zusätzliche Gebühren für den Straßentunnel und die Brennerautobahn. Wenn einer mit seinem Wohnwagen in den sonnigen Süden nach Südeu-

ropa fährt, dann muß er ein paar hundert Mark für Straßenbenutzungsgebühren hinblättern. Wer also die Umwelt unnötig dadurch belastet, daß er wie ein Verrückter auf der Autobahn herumdüst, sollte über die Vignette einen entsprechenden Beitrag leisten, damit dem Verursacherprinzip Rechnung getragen wird und wir dieses Geld wieder für Innovationen verwenden können.

Dritter Punkt: bewußtseinsbildende Maßnahmen. Ich bin selber Pädagoge. Wir haben unsere Kinder Gott sei Dank dahin gebracht, daß wir heute nur noch das halbe Müllaufkommen gegenüber der Zeit vor 20 Jahren haben. Die Müllmenge ist heute auf die Hälfte reduziert worden, weil jeder ein bißchen zum Umweltschutz beiträgt. Hier können pädagogische Maßnahmen weiterhelfen. In Baden-Württemberg haben wir im Bereich der Verkehrserziehung Kurse begonnen, die sich nicht nur auf das Sicherheitstraining in den Verkehrsübungsanlagen beziehen, sondern das ökologische Fahren zum Ziel haben. Das heißt, derjenige, der mit seinem Gasfuß ordentlich umgehen kann, kann die Emissionen seines Autos um 15 oder 20 % reduzieren. Wir sind alle miteinander noch nicht am Ende der Fahnenstange. Ich meine, politische Innovation muß genauso vorhanden sein wie der innovative Quantensprung. - Vielen Dank.

**Dr. Dieter Reinfried:** Meine Damen und Herren! Ich möchte zur Energiestruktur etwas sagen. Herr Zellner hat in seinem Vortrag ausgeführt, daß beim Energiezuwachs ein Faktor 40 erforderlich werden kann und man damit umgehen muß. Ihr Vorschlag war, regenerative Energien verstärkt einzusetzen. Das ist sicher richtig, aber auch kein Patentrezept, denn regenerative Energiequellen haben eine um ungefähr den Faktor 100 geringere Energiedichte. Das heißt, ich brauche für diese Anlagen dann 100- bis 1000mal soviel Fläche. Das widerspricht aber dem Prinzip der sparsamen Benutzung. Das Konzept, alle Dächer mit entsprechenden Anlagen zu bedecken und ähnliches, ist schon durchkalkuliert worden. Das geht also nicht. Sicher muß man die Nutzung regenerativer Energiequellen fördern, aber dies allein genügt nicht.

Wenn Sie aus dem Faktor 40 die Schlußfolgerung ziehen, mit Kernenergie könne man das Problem nicht lösen, weil man dann pro Jahr 200 neue Atomkraftwerke bauen müsse, dann ist diese Aussage richtig. Die Konsequenz daraus, gar keine Kernkraftwerke zu bauen, ist aus meiner Sicht aber falsch. Durch Nutzung aller möglichen Komponenten könnte es gelingen, den Faktor 40 selbst auf vielleicht 20 oder 10 zu reduzieren und mit einem breitgefächerten Energieangebot unter Nutzung der Kernenergie Versorgungssicherheit schaffen. In diesem Bereich hat Deutschland mit dem Hochtemperaturreaktor einen Quantensprung gehabt. Er war eine sehr gute Erfindung. Er hat aber nicht die gesellschaftliche Akzeptanz gefunden. Die Erfahrung daraus heißt: Innovation allein reicht nicht, es gehört die Akzeptanz dazu. Sonst wäre der Hochtemperaturreaktor als eine gute Innovation nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eingeführt worden.

Aufgrund der politischen Situation der Vergangenheit stehen wir vor ziemlich eigenartigen Verhältnissen. Erdgas wird von Sibirien nach Paris mit 10 % Transportverlusten geschafft. Auch dieses Gas ist treibhauswirksam. In dem Land, aus dem das Erdgas kommt, betreibt man aber Kernreaktoren, die den deutschen Sicherheitsstandards in keiner Weise entsprechen. Wir verwenden das russische Erdgas bei uns, wollen aber selber keine Kernkraftwerke mehr bauen. Diese Situation ist eigentlich aus einem politischen Prinzip der Sowjetunion, also der Unumkehrbarkeit der Entwicklung, erwachsen, aber nicht aus marktwirtschaftlichen

Gründen. Man sollte daran arbeiten, diese Lage vernünftig zu ordnen. Die Russen sollten ihr Erdgas auch selber verwenden, und die Deutschen sollten sich zu ihrer guten Kernkraftenergie bekennen und mit den anderen Europäern gemeinsam entwickeln.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Angela Merkel:** Ich habe noch so viele Wortmeldungen, daß es sich nicht mehr lohnt, weitere zu notieren. Wir möchten auch dem Podium noch einmal das Wort geben. Auch kann ich nicht versprechen, daß jeder, der sich gemeldet hat, noch das Wort erhält.

**Kurt-Dieter Grill:** Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz gern das aufgreifen, was Herr Pischetsrieder gesagt hat. Herr Pischetsrieder, für jeden Umweltpolitiker ist die Kat-Diskussion nun wirklich das schlechteste Beispiel für Kooperation zwischen Industrie und Umweltpolitik.

(Beifall)

Es ist von München bis Wolfsburg gleich gewesen. Dabei haben Sie, das gebe ich zu, damals bei der SPD noch großes Wohlwollen gefunden, denn sie hat zumindest in Niedersachsen behauptet, daß, wenn das Kat-Auto eingeführt würde, VW pleite ginge. Das hat Herr Hahn mit seinen Verlusten vielleicht viel schneller geschafft als die CDU mit der Kat-Auto-Diskussion.

(Heiterkeit)

Ich will aus dem, was Sie gesagt haben, aber etwas anderes und Grundsätzlicheres aufgreifen. Es geht um Einschränkung, um, wenn ich Sie ein bißchen interpretieren darf, Verhinderung von wirtschaftlichen Aktivitäten. Das ist nicht das Ziel dieser Diskussion oder das Ziel einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Wir reden darüber, wie wir mit Einführung und Beachtung des Prinzips Nachhaltigkeit Wirtschaft immer umweltverträglicher machen. Ich bitte doch, zur Kenntnis zu nehmen, daß es uns nicht um Einschränkung, sondern um Gestaltung von Wirtschaft auch im ökologischen Sinne unter Beachtung der sozialen Realitäten geht.

Als zweites würde ich gern eine Frage an Herrn Ewers stellen. Herr Professor Ewers, Sie haben gesagt, 100 DM pro Tonne CO<sub>2</sub> sei zu niedrig, das würde nichts bringen. Ich habe gerade ein Gespräch mit Professor Voß hinter mir, der sagt: Wenn wir die Kohle aus der CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht herauslassen, aber die Kernenergie weiterlaufen lassen - was im übrigen bis in die Reihen der niedersächsischen Energieagentur geteilt wird -, dann könnten wir mit 100 DM pro Tonne CO<sub>2</sub> auskommen und etwas erreichen, wenn wir aber die Kohle einschließlich der Subvention tabuisieren und die Kernenergie zum Ausstieg freigäben, würden die Kosten in dem Sektor, den Sie angesprochen haben, 2 000 DM pro Tonne CO<sub>2</sub> betragen. Teilen Sie diese Auffassung?

Bei dem, was Sie sagen, erregt mich ein Weiteres. Sie sagen, wir dürften die Mobilität nicht einschränken. Das kann ich bis zu einem gewissen Grade vielleicht noch nachvollziehen. Aber um wieviel müssen wir dann die Emissionen senken, wenn wir dem folgen wollen, was Sie gesagt haben, nämlich daß es einen Mobilitätswachstum geben soll? In allen Verkehrsbereichen haben wir doch im Grunde genommen eher einen Engpaß des Verkehrs als einen Engpaß des Energieangebots. Ich möchte von Ihnen gern wissen, wie Sie dieses Problem bewältigen wollen, wenn Sie Landschaftsverbrauch und ähnliches mit in die Kalkulation einbeziehen.

Eine letzte Bitte an Herrn Pischetsrieder. Ich weiß, daß in Ihren Forschungswerkstätten - nicht nur in Ihren, sondern auch bei VW, bei Mercedes, bei Opel, bei Ford - vieles auch Verkehrssystematisches geübt wird. Sollten wir die Diskussion nicht vielmehr mit den Forschungswerkstätten der Industrie als mit den Verkaufsenturen der Industrie führen?

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das setzt allerdings voraus, daß das, was mit den Forschungswerkstätten besprochen wird, von den Verkaufsenturen geteilt wird. Sonst würde ich darauf bestehen, daß wir weiter mit den Verkaufsenturen sprechen.

**Bernhard Schneider:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein Handlungsinstrument zurückkommen, das angesprochen worden ist, nämlich die Steuerpolitik. Wir wissen alle - das ist eben gesagt worden -, daß man mit der Steuerpolitik einerseits bestrafen kann oder belohnen kann oder diese beiden Möglichkeiten in einer Mischform verbinden kann. Ich denke, es ist sinnvoller - das hat die Diskussion um die Einführung des Katalysators bezogen auf die Kfz-Steuer gezeigt -, daß das System „belohnen statt bestrafen“ erfolgreich war. Wir sollten intensiv darüber nachdenken, ein solches System auch in anderen Bereichen einzuführen. Das bedeutet, daß man die Kfz-Steuer weiter nach Abgaswerten staffelt, daß man gleiches im Bereich der Bezinpreise tut.

Ein weiterer Punkt ist, daß man den Kommunen - das ist ein kleiner Teilbereich der Umweltpolitik - mehr Handlungsfreiheit im Bereich der Umweltpolitik auf kommunaler Ebene einräumt. Ich denke hier nicht an die Verpackungssteuer, die derzeit in der Diskussion ist, weil sie meiner Meinung nach ein ungeeignetes Instrument ist, um Umweltpolitik auf kommunaler Ebene zu betreiben. Vielmehr denke ich an Handlungsfreiheit der Kommunen im Bereich der Festsetzung der Gewerbesteuerhebesätze, solange es sie noch gibt, der Grundsteuerhebesätze und anderer Realsteuern. Zum Beispiel könnte man den Kommunen durch Änderungen des Gewerbesteuerergesetzes ermöglichen, die Hebesätze nach der Emission bzw. der Umweltverträglichkeit der Produktionsmethoden zu staffeln. Damit hätten die Kommunen ein Handlungsinstrument, auf kommunaler Ebene Umweltpolitik zu betreiben.

Ein weiterer Punkt ist - er wurde in der Diskussion noch wenig angesprochen - die endgültige und auch vernünftige gesetzliche Regelung zur Erstellung von Ökobilanzen. Bisher gibt es die gesetzliche Verpflichtung, eine Steuerbilanz und eine Handelsbilanz zu erstellen. Man sollte auch einmal darüber nachdenken, eine Ökobilanz erstellen zu müssen. Im Rahmen der Publizitätspflicht bestimmter Unternehmen ist das hilfreich. - Danke schön.

(Beifall)

**Wolfgang Merbach:** Liebe Frau Merckell Meine Damen und Herren! Ich habe etwas nur zu den ökologischen Aspekten zu sagen, da ich kein Ökonom bin und auf diesem Gebiet sicherlich nicht sachkundig tätig sein kann.

Punkt eins. Herr Zellner und auch Herr Ewers haben die klimarelevanten Spurengase angesprochen. Wir reden hier von CO<sub>2</sub>. Das ist sicher die Hauptursache für solche Dinge, aber es gibt andere klimarelevante Spurengase - ich nenne Lachgas, ich nenne Methan -, die wegen langer Verweilzeiten und hoher spezifischer Aktivitäten auch bezüglich des Ozonloches eine enorme und Langzeitwirkung haben und - wenn ich es richtig weiß; aber man kann darüber streiten - etwa 30 % der Effekte ausmachen. Es gibt folgende Situation. Erstens. Mit den bekannten Quellen können die jährlichen Anstiege nicht erklärt werden. Zweitens. Wir kennen

die Beeinflussungsmöglichkeiten nicht. Feuchtländereien in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder Brandenburg sind ein Beispiel. Wenn sie angestaut, renaturiert sind, setzen sie Methan frei. Werden sie abgesenkt sind - das ist bei vielen der Fall -, sind sie eine Lachgasquelle. Wir wissen aber nicht genau, wie sich diese Relation in Abhängigkeit von den Bewirtschaftungsmaßnahmen ändert. Drittens. Welche Bewirtschaftungsmaßnahmen sind anzuraten? Viertens. Wen können wir demzufolge verantwortlich machen? Dazu müssen wir erst einmal wissen, was freigesetzt wird. Hier sollten wir nicht - das ist eine Forderung, die heute früh eine Rolle gespielt hat - am Geld für die Gehirne sparen. Wir müssen tatsächlich feststellen, daß wir einen dringenden und schwerpunktmäßigen Forschungsbedarf haben. Herr Zellner wird mir sicher zustimmen.

Zweitens geht es um die Flächenfreisetzung. Dies richtet sich an Herrn Ewers. Das Auflassen von Flächen - das geschieht in Ostdeutschland in großer Zahl - bedeutet keineswegs eine Erhöhung der Artenvielfalt. Im Gegenteil, meistens wird unter unseren Klimabedingungen Wald daraus, und der ist artenärmer. Wenn wir Artenvielfalt wollen und Arten nicht verschwinden lassen wollen, dann müssen wir die historisch gewachsenen Bewirtschaftungsformen, die meistens relativ extensiv waren, beibehalten. Da entstehen für mich folgende Fragen: Erstens. Wer macht das? Die Bauern oder private Gesellschaften oder Unternehmen? Zweitens. Wer bezahlt es, und auf welche Weise wird es bezahlt? Ist es ein Almosen oder das Entgelt für eine gesellschaftlich notwendige Leistung? Welche Sicherheiten haben diejenigen, die das machen, über die finanziellen Rahmenbedingungen, damit sie sich darauf einrichten können und eine Zukunft haben? Das spielt gerade in den nordostdeutschen Ländern im Moment eine Riesenrolle. Die staatlichen Aufkaufspraktiken, die z. B. Schleswig-Holstein, aber auch andere Länder betreiben, haben wahrscheinlich nur dann Sinn, wenn diese Flächen zu Totalreservaten erklärt werden.

Die Frage an Herrn Ewers lautet: Können nicht auch Sie sich vorstellen, daß diese Flächen alternativ mit nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung - dann natürlich mit den Folgen dezentraler Energiegewinnung - und unter welchen Bedingungen genutzt werden? - Danke.

**Heinrich Karbig:** Frau Ministerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In all diesen Fragen ist eine europäische Lösung notwendig. Ich komme aus einer Gemeinde, die an der belgischen Grenze liegt. Uns fordert die Aufsichtsbehörde auf, für eingeleitetes geklärtes Abwasser einen Grenzwert von 0,2 mg Phosphat einzuhalten. In der Nachbarschaft läuft das ungeklärte Wasser eines Truppenübungsplatzes eines Ortes in die Rur, die wir anschließend sauberhalten müssen. Das geht nicht. Angesichts der Tatsache, daß das Bruttosozialprodukt bei uns unter dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen liegt, ist das eine Belastung, die die Bürger nicht tragen wollen. Das gleiche gilt aber auch für die CO<sub>2</sub>-Steuer. Wenn unsere Leute nicht bereit wären, 60, 80 und 100 km pro Tag zu fahren, hätten sie keine Arbeit. Wenn diese Steuer eingeführt wird und es keine Sonderregelung für die Bürger in den finanzschwachen Gemeinden gibt, ist das eine Katastrophe.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Dabei muß man im Blick haben, daß die Verbrauchssteuern in den europäischen Ländern unterschiedlich hoch sind. Dies macht sich besonders in Grenzgebieten bemerkbar. In Deutschland beträgt der Mineralölsteueranteil pro Liter 98 Pfennig, in Luxemburg liegt er bei 67 Pfennig. Diese Differenzen in Europa sind viel größer

als die jeweiligen Spreizungen in den Modellen, über die im Zusammenhang mit der Besteuerung von Emissionen nachgedacht wird. Eine Erhöhung um 3 Pfennig nach dem europäischen Modell im ersten Schritt wäre gegenüber diesen Unterschieden dagegen sehr gering. Es ist aber richtig, daß wir gerade bei der Mineralölsteuer relativ hoch liegen.

**Christoph Eggers:** Ich wollte einen Punkt ansprechen, den Herr Professor Zellner erwähnt hatte. Das betrifft die Vermittelbarkeit jeglicher neuer Instrumente in der Gesellschaft. Wir sind uns darüber einig - Herr Professor Markl hat es heute morgen deutlich gesagt -, daß jegliche wirklich wirksamen ökologischen Maßnahmen auf Kosten des Lebensstandards gehen werden, insbesondere wenn man einen globalen Ausgleich vornimmt. Sie hatten gesagt, man könne die Klimaveränderungen nicht fühlen. Wie soll man zusätzliche Belastungen, sei es durch CO<sub>2</sub>-Steuer, sei es durch andere Maßnahmen, in der Gesellschaft vermitteln? Ich denke, die CDU hat mit diesem Parteitag ein ganz besonderes Zeichen gesetzt, indem in der Rede des Bundeskanzlers gestern und in den Referaten heute morgen das Ausmaß der Probleme mit Ehrlichkeit und Offenheit, in einer Weise, die in der Politik beispielhaft ist, beschrieben worden ist. Ich denke, das ist ein wichtiges Zeichen gewesen. Durch diesen Parteitag wird das Ausmaß der Probleme und die Notwendigkeit zusätzlicher Belastungen in die Öffentlichkeit transportiert. Welche weiteren Schritte könnte man unternehmen, um die Notwendigkeit der Instrumente, über die wir heute nachmittag diskutiert haben, in die Öffentlichkeit zu transportieren?

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ich schlage vor, daß die Wortmeldungen zum Thema Energie und Steuern jetzt beendet sind. Ich würde die angesprochenen Podiumsteilnehmer bitten, auf die jeweiligen Fragen zu antworten. Ich bitte die Podiumsteilnehmer auch um eine Antwort auf eine Frage, die mich für die Zusammenfassung interessiert. Ist die Idee - ich muß jetzt Herrn Pischetsrieder und vielleicht Herrn Issen ansehen -, über Preise Emissionen zu reduzieren, ein vernünftiges Element? Ob das in den europäischen Zusammenhang paßt, ist jetzt eine andere Diskussion. Ist die Idee also richtig, um Emissionen zu reduzieren, nicht nur das Ordnungsrecht zu bemühen, sondern auch das Steuerrecht? Ist das ein akzeptables Instrument? Oder sollte man doch das Ordnungsrecht bemühen, da der Gang über die Preise eventuell nicht auszuhalten ist?

**Prof. Dr. Reinhard Zellner:** Ich möchte mit der Beantwortung der Frage beginnen, die von der Dame hier vorne - sie ist leider nicht mehr da - gestellt worden ist, nämlich der Frage nach der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das ist eine ganz grundsätzliche Voraussetzung. Diese Idee stammt natürlich nicht von mir; sie ist ein Element der nachhaltigen Entwicklung. - Ich möchte einige Punkte nennen, die mir dazu einfallen.

Erstens. Man weiß, daß Ökologie - damit meine ich jetzt insbesondere Ökotechnologie, also Umwelttechnik - ökonomisch sein und Arbeitsplätze schaffen kann. Wir gehen davon aus, daß dieser Markt, der schon existiert, über ein riesiges Wachstumspotential verfügt und in Zukunft mit Sicherheit einen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten kann. Das ist überhaupt keine Frage.

Zweitens. Ich erachte es als ganz wichtig, daß die Ökologie einen stärkeren Eingang in die Produktionsverfahren finden muß. Damit meine ich folgendes: Denken Sie z. B. an die heutigen Werkstoffe; das geht im weitesten Sinne den Automobilbau an. Die zukünftige Forschung bezüglich der Herstellung von Werkstoffen müßte viel stärker funktional ausgerichtet sein. Dabei müßten Kriterien wie Energie- und Ressourcenschonung, Recycling-, Kreislauf- und

Demontagefähigkeit auf möglichst hohem Wertschöpfungspotential berücksichtigt werden. Die Forschung muß sich zudem von der Disziplinatorientiertheit abkehren und stärker zu einer Funktions- und Problemorientiertheit motiviert werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen dritten Punkt anführen. Dies betrifft die chemische Industrie, die mir als Chemiker besonders am Herzen liegt. Ich denke, daß die Chemie in Zukunft viel stärker von der Natur lernen wird. Die Chemie ist dabei, zu begreifen, wie die Natur mit Energie, Materie und Information umgeht. Dieses Lernen wird es ihr ermöglichen, Produkte in Zukunft viel umweltfreundlicher zu gestalten, als das bislang der Fall ist.

Ich möchte eine weitere Bemerkung zu der klassischen Aufgabenzuweisung, wie wir sie immer verstehen, also der Aufgabenzuweisung im Sinne von Polaritäten, machen. Die Industrie ist dazu da, Geld zu erwirtschaften; sie ist also wesentlich für die Ökonomie. Die Wissenschaft ist dazu da, neue Technologien zu erfinden. Die Umweltverbände sind dazu da, Ökologie zu transferieren. Die Politik ist dazu da, dies alles dem Bürger zu vermitteln. - Diese Worte, die Herr Dr. Rüttgers vor einiger Zeit über die Lippen gebracht hat, haben sich mir besonders eingepreßt. Es gilt, diese Trennung der Aufgabenbereiche aufzugeben. Es muß uns gelingen, die Ökologie in die Ökonomie einzubinden; sonst ist nachhaltige Entwicklung überhaupt nicht denkbar.

Lassen Sie mich bitte noch einen Punkt ansprechen. Es wurde gesagt, daß es mit der Lösung des CO<sub>2</sub>-Problems allein nicht getan ist. Was wir brauchen - das halte ich für ganz wichtig -, ist ein nationaler Umweltplan. Zur Erstellung eines solchen Plans müßten sich die Politik, die Industrie, die Wissenschaft und die Umweltverbände zusammenfinden und versuchen, konsensual festzulegen, welches für sie die wichtigsten Umweltschutzziele sind; denn es existiert ja nicht nur das SO<sub>2</sub>-Problem; es kommen auch andere Probleme auf uns zu. Ein Umweltplan würde die Überzeugung der Politik, im Bereich der Ökologie wirksam werden zu müssen, viel besser transferieren. Er muß natürlich transparent sein. Es muß klar sein, was die Politik mit diesem Plan erreichen will, damit sich die Industrie darauf einstellen kann. Er muß für die Akteure berechenbar sein. Das ist die entscheidende Aussage. - In Holland gibt es seit 1989 einen nationalen Umweltplan, den sogenannten NEPP (National Environmental Policy Plan), der relativ erfolgreich funktioniert. Bei uns fehlt ein solcher Plan.

Ein Wort noch zu den ökonomischen Instrumenten. Ich denke, sie sollten nicht nur fiskalischen Interessen dienen, sondern eine Lenkungsfunction haben. Dies war in der Vergangenheit in der deutschen Politik nicht immer erkenntlich. Es gibt Beispiele dafür, daß der Umweltaspekt, obwohl er als solcher verkauft worden ist, für den Betroffenen nicht zu erkennen war.

Die Vignette - dieses Thema hat der Herr angesprochen, der mit 200 Stundenkilometern über die Autobahn fährt - ist natürlich kein Lenkungsinstrument; denn es trifft denjenigen, der mit seinem Auto 5000 Kilometer im Jahr fährt, genauso wie denjenigen, der in dieser Zeit 50 000 Kilometer zurücklegt. Insofern bin ich gegen eine solche Regelung.

Zum letzten Punkt, zu den anderen Spurengasen. Der Kollege hat eben die Emissionen von Lachgas, Distickstoffoxid und Methan angesprochen; FCKW hat er vergessen. Natürlich sind auch diese wichtig.

Ich will Ihnen einige interessante Zahlen nennen, die wir in der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ unter Leitung von Herrn Schmidbauer - ich saß da-

mals in dieser Kommission - unter großen Schwierigkeiten ermittelt haben: 1989 haben wir in der Bundesrepublik ungefähr 80 000 Tonnen FCKW emittiert, deren Klimawirksamkeit einem CO<sub>2</sub>-Äquivalent von 600 Millionen Tonnen entspricht. Unsere derzeitige CO<sub>2</sub>-Produktion umfaßt eine Größenordnung von 1 Milliarde Tonnen. Das heißt: Allein durch den Verzicht von FCKW haben wir im Klimahaushalt faktisch die CO<sub>2</sub>-Emissionen um den Faktor 2 reduziert. Leider Gottes sind die FCKW noch vorhanden, weil sie eine sehr lange Lebensdauer haben. Klimapolitisch gesehen aber ist eine solche Maßnahme sehr vernünftig. - Dasselbe gilt für das Methan. Das Produkt von Klimawirksamkeit von Methan und globaler Emission ist genauso hoch wie beim CO<sub>2</sub>. Anders ausgedrückt: Wenn alle Methan-Emissionen dieser Welt eingestellt würden, wäre für das Klimasystem genausoviel getan wie durch den Stopp von CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Das wird sich aber nicht realisieren lassen; denn Methan hat außer den wenigen anthropogenen Quellen eine große Zahl von natürlichen Quellen, die im wesentlichen in der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, nämlich im Reisanbau und in der Viehhaltung, liegen. Eines aber ist ganz wichtig: Unsere hohe Viehhaltung und der Verbrauch an Fleisch in der Bundesrepublik, damit natürlich auch die Emissionen von Methan, sind nicht nachhaltig. Der größte Emittent von Methan in der Bundesrepublik ist die Landwirtschaft, nicht etwa das importierte Erdgas; das nehmen wir alle zur Kenntnis. Der Hinweis aber heißt hier: Wenn wir auf die Methan-Emissionen schauen, muß berücksichtigt werden, daß unser Konsum an Nahrungsmitteln nicht nachhaltig ist.

Die Aussage ist also: Wir haben verschiedene Probleme, die wir in einem gemeinsamen Bündel zusammenfassen sollten. Nur so kann man überzeugend Umweltpolitik betreiben. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Danke schön. - Herr Issen.

**Roland Issen:** Erstens. Frau Merkel, Sie haben gefragt, ob steuerliche Instrumente als Möglichkeit zur Beeinflussung von Emissionen und somit auch des Verbrauchs geeignet sind. Dazu sage ich ausdrücklich: Ja. Man muß natürlich auch die soziale Komponente berücksichtigen - das ist in einigen Diskussionsbeiträgen deutlich geworden -; ich denke da z. B. an die Pendlerproblematik. Das aber ändert nichts an der Tatsache, daß diese Instrumente von uns generell bejaht werden.

Zweitens. Ich teile den heute Nachmittag gelegentlich gehörten oder auch vermuteten Widerspruch zwischen den Zielen Ökologie und Soziale Marktwirtschaft nicht. Allerdings definiere ich die Soziale Marktwirtschaft weiter, als das hier zum Teil geschehen ist. Dieser Begriff umfaßt für mich nicht nur die soziale Komponente einer Marktwirtschaft, sondern viel mehr, so z. B. die Idee des Wettbewerbs, die Idee der Subsidiarität, damit der Eigenverantwortlichkeit, aber auch der Solidarität in einer solchen Gesellschaft. Heute wurde in den einzelnen Diskussionsbeiträgen - das hat wohl auch die Zusammensetzung des Forums mit sich gebracht - sehr stark auf den ökologischen und nicht so stark auf den sozialen Aspekt einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft hingewiesen. Das ist keine Kritik, sondern lediglich eine Feststellung meinerseits.

Ich bin der Auffassung, daß es, wenn man die Steuer als Instrument der Beeinflussung von Verbrauch nutzen will, für die Akzeptanz eines solchen Instrumentes ungeheuer wichtig ist,



mehr für die Bewußtseinsbildung zu tun. Den Menschen muß stärker als bisher verdeutlicht werden, daß der Verzicht auf jetzt notwendige und auch mögliche Maßnahmen in der Folge einen ungleich höheren Aufwand bedeutet, um die Versäumnisse wieder auszugleichen.

Wenn es uns als Gewerkschaft um die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, geht, dann definieren wir den Begriff der Lebensqualität nicht so eng, wie das heute manchmal unterstellt worden ist: nur in Richtung sozialer Leistungen und materieller Leistungen im Bereich der Tarifpolitik. Zur Lebensqualität gehört viel mehr. Dazu gehört beispielsweise die Chance, sich in der Arbeit, im Arbeitsprozeß, verwirklichen zu können. Dazu gehört auch, daß die Arbeit unter möglichst humanen Bedingungen möglich ist. Es geht darum, soziale, humane Arbeitsplätze zu schaffen. Ich glaube, da spielt die Umwelt, die Ökologie, eine zunehmend wichtiger werdende Rolle.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Ich möchte mir noch eine Anmerkung erlauben. Auf der einen Seite sagen wir: Für eine nachhaltige Entwicklung ist eine drastische Veränderung unserer lieb gewordenen Lebensgewohnheiten notwendig. Das ist an sich eine wunderschöne Aussage. Auf der anderen Seite aber stellt sich immer die Frage: Wann ist eine solche Veränderung unserer Lebensgewohnheiten sozialverträglich, wann nicht? Manchmal ist die Angst da, daß jede Art von Veränderung Widerstand hervorruft. Dann wird immer sehr schnell gesagt: Das ist nicht sozialverträglich. Wenn dies aber langfristig gut ist, muß es im Grunde in der breiter gefaßten Definition von Lebensqualität, wie Sie sie eben dargestellt haben, enthalten sein.

Hier entsteht ja der Widerspruch: Wenn etwas marktwirtschaftlich und ökologisch ist, besteht immer noch die Gefahr, daß es dann gerade nicht sozialverträglich ist. Wegen dieses Dreiecks - dies wurde heute schon als doppelter Spagat bezeichnet - bitte ich um ein großes Herz der Gewerkschaften, Lebensqualität in dem Sinne zu verstehen, wie Sie sie gerade definiert haben. - Herr Pischetsrieder.

**Bernd Pischetsrieder:** Ich möchte mit der Beantwortung Ihrer Frage beginnen, Frau Dr. Merkel: Ist es richtig, Emissionen über Preise zu reduzieren, d. h. nicht über das Ordnungsrecht, sondern durch Besteuerung und damit letztlich durch die Marktwirtschaft?

Hier muß ich noch einmal den unglückseligen Katalysator ansprechen. Die Situation damals war wie folgt: Mein Amtsvorgänger hat anderthalb Jahre vor Einführung als erster überhaupt gewisse gesetzliche Regelungen vorgeschlagen. Wie hat die Politik darauf reagiert? Sie wollte den Katalysator mit Hilfe des Ordnungsrechts, d. h. mit Hilfe einer Vorschrift, einführen. Das war natürlich falsch. Man hätte das tun sollen, was damals empfohlen worden ist, nämlich zu entscheiden, daß ab Mitte des Jahres alle Pkw, die keinen Katalysator haben, eine höhere Besteuerung erfahren und die Pkw, die zu diesem Zeitpunkt mit Katalysator zugelassen sind, auch wenn es keine geben sollte, nicht oder niedrig besteuert werden.

Just den gleichen Vorschlag mache ich heute in bezug auf das Thema „Emissionen und Besteuerung von Pkw“, wenn es um die Euro-II- oder, im Jahr 2000, um die Euro-III-Norm geht. Fahrzeuge, die diese Emissionsnorm erfüllen, unabhängig davon, ob sie nun mit Otto- oder Dieselmotoren ausgestattet sind, sollten steuerlich drastisch präferiert, alle anderen Fahrzeuge aufkommensneutral entsprechend höher besteuert werden. Das hat natürlich zur Konsequenz, daß die Steuereinnahmen mit zunehmendem prozentualen Anteil der Fahrzeuge, die die Euro-II-Norm erfüllen, zurückgehen. Deshalb kann durchaus ein Vierjahresplan vorgegeben werden. Dann könnte man, wenn die Euro-III-Norm in Kraft tritt, im Jahre 2000 oder

wann auch immer, bei Einhaltung dieser Norm wieder eine Null-Besteuerung ansetzen. Dies ist ein marktwirtschaftliches Instrument, das der Reduktion der Emissionen nützt. Das würde die Automobilindustrie sofort mitmachen.

Falsch ist es aber, mit Hilfe des Ordnungsrechtes zu erzwingen versuchen, daß Emissionsstandards erfüllt werden, was einige leisten können, andere aber nicht. Dazu wird die gesamte Industrie, auch wenn BMW die Emissionsstandards erfüllen kann, nein sagen müssen. Deswegen ist diese Vorgehensweise falsch. Ich glaube, daß Sie dies nachvollziehen können.

Ich möchte an dieser Stelle auf die Aussage von Herrn Kampeter vor etwa einer Stunde eingehen, die Industrie würde ständig nur abwehren. Die Industrie muß dann abwehren, wenn mit einem Verband Vorschriften ausgehandelt werden sollen, die den Wettbewerb zwischen den Herstellern verzerren. Das ist nie möglich, weil der Verband alle Mitglieder vertreten muß. Deswegen kann hier das Ordnungsrecht nicht greifen und muß durch Besteuerung kalkulierbar reagiert werden. Darauf haben Sie, Frau Ministerin, nachhaltig hingewiesen.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das führte natürlich auch zu Wettbewerbsverzerrungen.

**Bernd Pischetsrieder:** Ja, natürlich.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das finden Sie dann aber gut?

**Bernd Pischetsrieder:** Das wären doch Wettbewerbsverzerrungen im Sinne der Ökologie.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das heißt aber noch nicht, daß der Verband denen zustimmt.

**Bernd Pischetsrieder:** Der emissionsbezogenen Steuer stimmen wir zu.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das ist ein seltenes Beispiel, bei dem dies reibungslos geht. Ansonsten aber wirkt natürlich auch ein steuerliches Instrument wettbewerbsverzerrend, weil es den, der schon ein Stück weiter ist, protegiert. Also müßte der Verband diesbezüglich zurückhaltend sein. Ich habe das z. B. beim Minerölwirtschaftsverband gesehen. Bis das nicht der Letzte erfüllen kann, ist der Verband dagegen, daß steuerliche Präferenzen eingeräumt werden.

**Bernd Pischetsrieder:** Trotzdem glaube ich - das sage ich ganz bewußt -, daß es dann die Aufgabe der Politik ist, im Sinne der vorher schon von Herrn Zellner angemahnten Revolution den zu belohnen, der technologisch führend ist. Ich spreche doch von der Stärke unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, als Technologieführer. Wenn wir diese Position halten und fördern wollen, dann kann natürlich die Politik auch von der fiskalischen Seite her nichts anderes tun, als genau dies zu unterstützen. Das muß man doch ganz klar sehen.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Für dieses Statement bin ich dankbar. Dies impliziert aber, daß wir ab und zu auch etwas gegen die Verbände machen müssen.

**Bernd Pischetsrieder:** Ich darf Ihnen sagen: In diesem Fall hätten Sie mich auf Ihrer Seite. Das wissen Sie. - Ich glaube, wir sollten ganz klar sehen: Technologischer Fortschritt - das bringt mich zu der Frage nach den Verkehrsleitsystemen in unseren Labors - ist ein Wettbewerbselement. Wenn wir von Marktwirtschaft sprechen, muß sich dieses Wettbewerbselement natürlich auch in der Besteuerung niederschlagen.

Bei Verkehrssystemen ist es ganz ähnlich; hier teile ich die Meinung von Herrn Professor Zellner zum Thema „geschwindigkeitsabhängige Vignette“. Natürlich sind Verkehrsleit- und -informationssysteme nachhaltige Wettbewerbselemente; denn wir sind uns alle darüber im klaren, daß in Westeuropa, anders als z. B. in den Vereinigten Staaten oder auch Japan, eine räumliche Ausbreitung der Verkehrsinfrastruktur, sprich: der Gleissysteme, Straßen oder Flughäfen, in nennenswertem Umfang nicht denkbar ist. Wir müssen also davon ausgehen, daß wir die vorhandenen Verkehrsinfrastruktursysteme besser nutzen. Dies käme, was die Straßen anbetrifft, auch der Umwelt zugute, weil die Emissionen dort nachgewiesenermaßen am höchsten sind. Infolgedessen sichert die gemeinsame Entwicklung von Verkehrsinformations- und -leitsystemen seitens der öffentlichen Hand, den Kommunen, Ländern und dem Staat, und der Industrie auch in Deutschland Arbeitsplätze, Herr Issen, und treibt unsere technologische Führungsposition voran.

Natürlich erlebe ich nicht zuletzt in meiner, von Herrn Ewers schon in einem anderen Zusammenhang zitierten Heimatstadt München, in der ich lebe, daß es auch eine andere Politik gibt; darauf ist vorhin in der Diskussion hingewiesen worden. Hier wird sozusagen das Komfortdefizit des öffentlichen Verkehrs dadurch wettzumachen versucht, daß der Individualverkehr durch Blumenkübel und Stolperschwellen weniger komfortabel gemacht wird. Das kann natürlich nicht sein. Das ist kein Wettbewerbselement und auch kein Element technologischer Führung. Es bringt weder unsere Volkswirtschaft noch unsere Technologie weiter. Richtig wäre es, gemeinsam Verkehrsinformations- und -leitsysteme zu erstellen. Dann könnte man, wenn es denn sein muß, eines schönen Tages auch kilometerabhängige Besteuerungen, ob auf privat errichteten Autobahnen oder wo auch immer, einführen. Die technologische Möglichkeit dazu besteht. Dem sollten wir uns nicht grundsätzlich entgegenstellen.

Ich glaube, im wesentlichen habe ich die angesprochenen Fragen beantwortet. Einiges habe ich ausgelassen, aber die Zeit ist fortgeschritten, und Herr Ewers hat sicher noch viel zu sagen.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herr Pischetsrieder, ich muß Ihnen trotzdem noch eine Frage stellen, die Sie nicht beantwortet haben. Bezüglich der emissionsbezogenen Kfz-Steuer waren wir uns einig. Sehen wir es aber einmal europa- oder weltweit: Würden Sie es auch im Falle einer CO<sub>2</sub>-emissionsbezogenen Besteuerung bei Mineralöl für richtig halten, mehr über den Preis zu regeln und den zu belohnen, der geringverbrauchende Autos produziert?

**Bernd Pischetsrieder:** Ich gehe grundsätzlich davon aus, unabhängig davon, was auf der steuerlichen Seite passiert, daß die Energiepreise steigen werden. Ich halte es allerdings für falsch - in dem Fall mit sehr gutem Grund -, nun zu verkünden, welchen Preis, sei es der Heizöl- oder der Mineralölpreis, wir in welchen Schritten, über welche Zeiträume hinweg haben werden, weil sowohl der private Investor als auch der Industrieinvestor antizipierend, also in Kenntnis einer festgelegten Energiepreisentwicklung, handelt. Hier nenne ich nur die berühmten 5 DM. Das würde den Investor, der heute noch in eine Gießerei in Deutschland investieren will, davon abhalten, dies zu tun. Damit träte der Effekt, der wohlmeinend bis zum Jahre 2005 gedehnt ist, schon heute ein. Das wirtschaftliche Problem entstände heute, obwohl es dies in der reinen Betriebswirtschaft noch nicht gibt.

Das heißt: Ich als Leiter eines Unternehmens, das zum einen Energie bei der Produktion verwendet und zum anderen Produkte herstellt, deren Energieverbrauch ein Wettbewerbsfaktor

ist, wäre völlig falsch beraten, wenn ich davon ausginge, daß sich die Energiepreise weiterhin so entwickeln wie in den letzten 40 Jahren. Das haben auch Sie, Herr Professor Ewers, eben gesagt. Wenn ich dies täte, handelte ich verantwortungslos. - Langer Rede kurzer Sinn: Ich glaube, davon ausgehen zu müssen, daß sich die Energiepreise, ob in Deutschland oder in Europa, aus steuerlichen oder auch anderen Gründen erhöhen werden.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Sie haben damit noch nicht gesagt, ob das gut oder schlecht wäre. Aber Sie rechnen damit.

**Bernd Pischetsrieder:** Natürlich.

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Das ist schon eine Menge. - Herr Professor Ewers.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers:** Die Diskussion war vorhin ein wenig makaber; Herr Pischetsrieder hatte es bei der Beantwortung der Frage schwer. Ich möchte, die Diskussion zusammenfassend sagen: Man fragt ja auch nicht die Frösche, wenn man den Sumpf trockenlegen will.

(Heiterkeit)

Die CDU kann das doch auch ohne die Automobilindustrie machen.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Richtig, aber wegen des partnerschaftlichen Verhältnisses erkundigt man sich vorher, Herr Professor Ewers.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers:** Das ist klar. Gerade diese partnerschaftlichen Lösungen, die Selbstverpflichtungen, klingen immer so kooperativ. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein: Das hat weder mit Sozialer noch mit Ökologischer Marktwirtschaft etwas zu tun.

Ich, der ich das Kartellrecht gut kenne, würde die Branche nicht ohne Not an einen Tisch bringen - das sage ich so hintergründig, wie es gemeint ist -; denn wenn sich die Industrie eine Selbstbeschränkung auferlegt, bleibt sie oft hinter dem Möglichen zurück und offeriert etwas, was sowieso eingetreten wäre. Zudem führt dies meistens zu unerwünschten Nebeneffekten, weil sich die Branche nicht nur über die Reduktion einigt. Insofern denke ich, daß man auf dieses Instrument nicht so sehr setzen sollte, wie es im Moment getan wird.

(Beifall)

Ordnungsrecht versus Preislösung. Ich zähle einfach mal einige Punkte auf, bei denen die Preislösung überlegen ist. Das Ordnungsrecht bezieht sich auf die Schadstoffkonzentration; die Preislösung ist frachtenbezogen. Das heißt also: Durch die Preislösung wäre nicht nur der Ausstoß pro Fahrzeugkilometer niedriger, sondern auch die Zahl der Fahrzeugkilometer; denn Fracht bedeutet: Ausstoß pro Fahrzeugkilometer mal Fahrzeugkilometer. Das ist natürlich vorteilhaft. Wenn wir nämlich nur den Ausstoß pro Fahrzeugkilometer senken, gleichzeitig aber die Mobilität, gemessen in Personen oder Tonnen pro Kilometer, um 70 % oder 80 % ansteigen lassen - das wird prognostiziert -, dann ist eine 20%ige Reduktion pro Fahrzeugkilometer zu wenig. Sie muß höher sein.

Preislösungen - das ist das Schöne - aktivieren das gesamte Potential an Anpassungsmöglichkeiten, und zwar von der Technik bis hin zum individuellen Verhalten. Lassen Sie mich das an den Fernpendlern deutlich machen, die in den Grenzgebieten wohnen - das ist der Rotkäppchen-Fall, der uns immer vorgeführt wird - und bei solchen Lösungen die ganz armen

Schweinen sind. Das Problem besteht darin, daß keine Kilometerpauschale, sondern eine Entfernungspauschale, die auf ein öffentliches Verkehrsmittel bezogen ist, angesetzt wird. Nur derjenige, der überhaupt keine Chance hat, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen - er muß bei den Finanzbehörden einer strengen Nachweispflicht genügen -, bekommt ersetzt, was ein sparsames Auto auf der Strecke verbrauchen würde.

Eine solche Regelung würde zwar einen großen Druck auf die Fernpendler ausüben, schaffte aber auch neue Angebote. Die Pendler können doch, wenn sie in der Außenlage wohnen, zwei, drei Kilometer anfahren und sich in der Mitte des Orts treffen. Von dort aus können sie mit einem Kleinbus in die nächste große Stadt fahren, von wo aus sie mit den vorhandenen öffentlichen Verkehrsmitteln in verschiedene Richtungen auseinanderfahren. - Solche Lösungen werden unter Preisdruck generiert. Damit möchte ich noch einmal sagen: Quantensprünge werden zwar nicht allein über den Geldbeutel erreicht, aber der Geldbeutel ist ein ganz maßgeblicher Druckfaktor.

(Beifall)

Es geht doch darum, nicht einigen wenigen Tüftlern zu überlassen, unsere Wirtschaft ökologisch zu gestalten. Wir müssen die ganze dezentrale Intelligenz unserer Wirtschaft für dieses Ziel mobilisieren.

(Beifall)

Ich springe ein bißchen, was die Beantwortung der Fragen angeht, weil ich nicht zu allem etwas sagen kann.

Vor einer Pflicht zur Erstellung einer Ökobilanz möchte ich dringend warnen. Das ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das nur mit höheren Kosten verbunden ist.

(Beifall)

Viele Unternehmen erstellen aus eigenem Interesse eine Ökobilanz, weil sie wissen, daß sie nur mit dieser Bilanz auf Dauer ein vernünftiges Produkt zustande bekommen, das sie auch unter veränderten Bedingungen verkaufen können. Die Ökobilanz ist erforderlich, wenn Sie - ich hätte fast gesagt: den goldenen Engel haben wollen - das Öko-Audit bestehen wollen. Dann muß eine Ökobilanz erstellt werden. Viele Unternehmen werden das Öko-Audit schon aus Gründen des Verkaufs haben wollen. Es gibt aber Unternehmen, bei denen das ökologische Problem vergleichsweise einfach ist. Wenn diese eine riesige Ökobilanz erstellen müßten, verursachte das nur Kosten.

Wir brauchen etwas ganz anderes. Wir brauchen Grundsätze ordnungsmäßiger Ökobilanzierung genauso, wie wir Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung haben. Sonst ist die Öffentlichkeit, wenn die Unternehmen in ihren Geschäftsberichten über ökologisch Wichtiges berichten, nicht in der Lage, dies beurteilen zu können. Es muß genau geregelt sein, wann man von Minderungen reden darf und wie sie gemessen werden. Das heißt: Die Sprache muß einheitlich werden. Genau das geschieht durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung. Sie geben an, welche Werte, z. B. Veräußerungs- oder Wiederbeschaffungswerte, eingesetzt werden können. Es muß also sichergestellt sein, daß alle in derselben Sprache sprechen, damit alle die Aussage verstehen und die Öffentlichkeit nicht getäuscht wird.

Ich habe Probleme mit der Umweltpolitik auf kommunaler Ebene; das ist ein Modetrend. Dieser hat eine Spitzenperversion in der kommunalen Verpackungssteuer gefunden, mit der sich Kämmerer die Kasse füllen wollen, die ökologisch aber gewissermaßen funktionslos ist.

Man muß doch die Probleme sortieren und sie den Ebenen zuordnen. Das CO<sub>2</sub>-Problem können Sie nur auf der Weltebene lösen. Eine Kommune, die das CO<sub>2</sub>-Problem lösen oder auch nur zu dessen Lösung beitragen möchte, schädigt sich selber. Wenn die Kommune bestimmte Aktivitäten auf ihrem Gebiet, die CO<sub>2</sub>-emittierend sind, nicht duldet, wird es die Nachbarkommune gestatten; denn zwischen den Kommunen herrscht Wettbewerb. Die richtige Lösungsebene für dieses Problem ist also die Weltebene. Für Stickoxide ist die nationale Ebene die richtige Lösungsebene.

Es gibt aber in der Tat Umweltprobleme, die auf der kommunalen Ebene gelöst werden müssen. Das sind sogenannte Hotspot-Probleme. Bei denen geht es um die Konzentration eines Schadstoffs wie z. B. Dieselruß oder Benzol. Eine lokale Konzentration dieser Stoffe wirkt krebserzeugend. Das ist der Grund dafür, warum eine Verordnung nach § 40 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Diskussion ist. Hier kommt man jedoch nicht voran, weil zum Teil die Gemeinden selber - das ist sozusagen die kommunale Weisheit zum Umweltproblem - Grenzwerte verhindern, da dies einen enormen Handlungsbedarf mit sich brächte.

Man sollte also mit einer Umweltpolitik auf kommunaler Ebene vorsichtig sein. Damit will ich die kommunale Ebene nicht entmutigen, die Probleme, die sie lösen kann, zu lösen. Hier aber kommt bisweilen eine Ideologie zum Vorschein, die mit hohen Kosten verbunden ist. Das sollte nicht passieren.

Das einleitende Beispiel von der Mehrfachverwendung halte ich für ein sehr schönes Beispiel. In der Tat ist auch dies ein bißchen zur Ideologie geworden. Im Abfallbereich verwerten wir inzwischen um jeden Preis. Wir sollten lieber abwarten, wie sich die Gesetze, die jetzt eingeführt wurden, bewähren. Das Abfallaufkommen geht drastisch zurück. Wir haben hohe Vermeidungserfolge. Das sind die Erfolge der Politik, die seit Mitte der 70er Jahre betrieben wird, an die keiner geglaubt hat.

Deswegen lautet meine Devise: Rücknahmeverpflichtungen etwa auf den Gebieten des Automobilschrotts und des Elektroschrotts, jedoch keine Verwertungsquoten. Die Verwertungsquoten gehen nämlich unter Umständen am Markt vorbei und könnten dazu führen, daß wir wirklich um jeden Preis verwerten. Ich will mich nicht in aller Breite darüber auslassen. Ich denke, daß der Abfallbereich auf mittlere Frist nicht ein prioritärer Bereich für die Umwelt ist.

Lassen Sie mich abschließend etwas zum Verhältnis von sozialem Bereich und Umweltbereich sagen. Erstens. Umweltpolitik ist Sozialpolitik, weil diejenigen, die unter schlechten Umweltbedingungen am meisten leiden, die Ärmsten sind. Das gilt weltweit, auch in der Bundesrepublik. Die Reicheren können es sich leisten, in die Gegenden zu ziehen, wo die Umwelt in Ordnung ist. Warum waren denn die Westends immer die feinen Enden der Städte und die Ostends die schmutzigen? Die Industrie hat sich im Osten angesiedelt, weil der Wind hauptsächlich von Westen kam. Somit gab es an den Westends keine schlechte Luft. - Man muß sich also einmal klarmachen: Gute Umweltpolitik, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und dafür sorgt, daß wir eine reiche Kulturlandschaft vorfinden und in der Umgebung unserer Städte Naherholungsgebiete haben, ist Sozialpolitik.

Zweitens. Gerade in Verbindung mit der Verteuerung des Automobils bzw. des Transports wird immer wieder von einem sozialen Problem gesprochen, als ob es darum ginge, den Sozialhilfeempfängern ihren Daimler zu vermiesen. Das ist aber nicht das Problem. Die Mittelgutverdienenden sind die Betroffenen; sie sind die Autofahrer. Sie fahren oft Autos, die rela-

tiv viel verbrauchen. Die ganz Armen sind nicht auf das Automobil angewiesen und würden daher von einer Politik gegen das Automobil, wenn sie denn betrieben würde - ich halte das für Unfug -, nicht berührt.

Ich plädiere für höhere Preise im Öffentlichen Personennahverkehr. Dann allerdings würde ich den Ärmsten der Armen neben dem Wohngeld ein Mobilitätsgeld gewähren, damit kein soziales Problem entsteht und die Welt dort funktioniert. Ansonsten aber gibt es in Verbindung mit dem, was wir jetzt diskutieren, kein direktes soziales Problem.

Bei dem sozialen Problem im weiteren Sinne, das auf uns zukommt, geht es um etwas ganz anderes. Es geht um unsere Raumordnung und unsere Siedlungsstruktur, um die Frage, ob wir uns eine sehr periphere Siedlungsstruktur, also eine Siedlungsstruktur mit vielen kleinen Dörfern und Flecken, die wir infrastrukturell versorgen müssen, die nichts anderes als Zwangsmobilität erzeugt, leisten können. Ich persönlich bin in meinem Herzen zerstritten, weil ich solche kleinteiligen Landschaften liebe, aber weiß, daß sie ökologisch nicht die besten sind.

Die ökologisch beste Variante ist eine Agglomeration in einer Größenordnung von 80 000 bis 150 000, wo man zu Fuß oder mit dem Fahrrad die täglichen Dinge erledigen kann, aber in einer Entfernung von 60 Kilometern sonst nichts ist. Das ist natürlich keine Landschaft, in der man leben möchte. - Das andere Extrem erleben Sie in der Vereinigten Staaten. Dort wird so viel Platz verschwendet, daß das Auto zum Sozialhilfestandard gehören müßte. Ohne Auto kann man in kaum einer amerikanischen Stadt ein normales Leben führen. Deswegen sind die Amerikaner gegenüber jeder Art von CO<sub>2</sub>-Politik so sensibel.

Ich denke, daß wir dort ein Problem haben. Wir müssen über die Verkehrspolitik und auch über die Raumordnung entscheiden. Das wird eine große Diskussion werden, die vielleicht schon auf diesem Parteitag geführt wird.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Angela Merkel:** Herzlichen Dank, Herr Professor Ewers. - Ich möchte noch eines zu den Selbstverpflichtungen sagen, die Sie nicht besonders gewürdigt haben; zumindest haben Sie Ihrer Skepsis Ausdruck verliehen.

Als wir vor Beginn der Klimakonferenz mit den Verbänden der deutschen Industrie, insbesondere mit der Automobilindustrie, die Selbstverpflichtungen beschlossen haben, stellte sich die Frage: Kann zusätzlich noch etwas gemacht werden? Das ist natürlich gerade bei der Motorenentwicklung, die für die nächsten fünf Jahre relativ festliegt, sehr schwer.

Was ich daran aber sehr spannend finde, ist, daß wir zum ersten Mal seitens der Industrie die Zusage bekommen haben, dies verfolgen und somit abschätzen zu können, was nach dem, was heute absehbar ist, überhaupt zu erwarten ist. Das wiederum hat uns in die Lage versetzt, ein Gefühl dafür zu bekommen, ob wir unser CO<sub>2</sub>-Minderungsziel schaffen, da wir die Aussagen der Industrie, auch der Automobilindustrie, und die Wachstumsraten in den entsprechenden Bereichen in unsere Modelle einbeziehen können. Wir können kontrollieren, ob wir unser Ziel in diesen zehn Jahren - zehn Jahre ist ja nicht viel - erreichen, und wenn wir nachweisen können, daß wir dies nicht schaffen, müssen wir uns über zusätzliche Instrumente Gedanken machen. Da das zur Zeit noch ziemlich durcheinandergeht, war ich sehr dankbar, daß ich zum ersten Mal einen Einblick bekommen habe, was die einzelnen Verbände zu tun beabsichtigen und wie sie die Dinge für die nächsten zehn Jahre sehen. Darin sehe

ich den Wert dieser Selbstverpflichtung. Es gibt nämlich bei der Industrie eine gewisse Skepsis, überhaupt Voraussagen für die nächsten Jahre zu machen und sich damit festzulegen. Dies hat uns aus meiner Sicht zumindest ein Stück weitergeholfen.

Wir haben jetzt folgende Situation: Es ist kurz nach 17 Uhr. Ich finde, wir haben drei Stunden lang sehr gut diskutiert. Die Zahl der Zuhörer nimmt nicht zu, eher ab, wenn ich das einmal ganz vorsichtig sagen darf. Mir liegen noch sieben Wortmeldungen vor, die sich auf ganz verschiedene Punkte beziehen: Abwasser, Garzweiler II, Ökobilanzen und vieles andere mehr. Ich schlage vor, auch wenn das die Fragesteller etwas ärgern wird, an dieser Stelle der Diskussion einen Punkt zu setzen und zu enden.

(Beifall)

Ich nehme aus dieser Diskussion mit: Erstens. Das kritisch-konstruktive Verhältnis zu den Wirtschaftsverbänden ist notwendig. Es kann nicht diese einfache Arbeitsteilung geben: Die einen sind für Ökologie zuständig, die anderen für Marktwirtschaft. Da wird es immer Spannungen geben.

Zweitens. Recht interessant ist die These, die auch von Herrn Issen geäußert wurde, daß die Widersprüche zwischen Ökologie und Sozialem in bezug auf die Marktwirtschaft insofern nicht so dramatisch sind, als der Wohlstandsbegriff und auch der Begriff „Was ist für die Menschen in diesem Lande gut?“ durchaus ökologische Komponenten enthält.

Drittens. Wir haben heute die Priorität an dem Thema CO<sub>2</sub>-Minderung festgemacht. Das ist ein globales Problem; wir können dies in der Bundesrepublik Deutschland sicher nicht abschließend lösen. Wir können aber natürlich durch das, was wir tun, ein Beispiel dafür sein, wie man sich anderswo dieses Problems annimmt. Da haben wir als ein hochentwickeltes Industrieland sicher eine große Verantwortung.

Viertens. Wir haben über die verschiedenen ökonomischen Instrumente gesprochen und uns dabei sehr auf die Steuern konzentriert. Zertifikate sind wenig zur Sprache gekommen, sind aber dennoch ganz wichtig. Auch Haftungsregelungen halte ich für außerordentlich wichtig. Bezüglich der Selbstverpflichtungen gibt es durchaus unterschiedliche Meinungen.

Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, daß wir einen marktwirtschaftlichen Zugang zur Lösung unserer ökologischen Probleme wollen und das Ordnungsrecht - dies hat heute keine große Rolle gespielt - im Grunde in vielen Bereichen ausgeschöpft ist. Intelligentere Lösungen liegen in der marktwirtschaftlichen Form. Dazu gehören sicherlich steuerliche Instrumente; sie sind aber nicht das einzige Mittel. Niemand hat heute das nationale CO<sub>2</sub>-Minderungsziel in Frage gestellt. Es scheint sich dabei offensichtlich um ein Ziel zu handeln, das wir gemeinsam erreichen wollen. Damit ist klar, daß man die entsprechenden Instrumente schaffen muß. - Das halte ich schon für eine ganze Menge an gesellschaftlichem Konsens. Wenn wir das auch noch in den Bereichen Wasser, Boden, Verkehr und Siedlungsstruktur schaffen, wären wir im Umweltschutz schon ein ganzes Stück weiter.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Kommen und Mitdiskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

(Schluß: 17.10 Uhr)



## Namensverzeichnis

Althaus 332

Bandmann 379

Berend 92

Bergner 58, 74, 329

Biedenkopf 176, 337ff.

Biser 305, 312, 325, 335

Blüm 50, 193, 211, 367

Böhringer 355

Brauksiepe 376

Breuel 339, 350, 357, 366, 372, 378, 380

Breuning 234

Daehre 362

Diepgen 39

Eggers 212, 458

Eitner 237

Eppelmann 69, 76

Escher 61, 219, 354

Ewers 431, 442, 464

Falk 400

Friedman 70

Frühwald 145

Fünfgeld 419

Geil 109

Geißler 187, 375

Gerster 118ff.

Glocker 421

Göhner 45

Grill 455

Gründler 73

Hähle 313

Halang 372

Hansen 398

Hartfelder 216

Hassemer 449

Hayek 342, 352, 356, 366, 377, 381

Heinisch 402

Hellwig 237

Hennig 73ff., 232  
Herkommer 420  
Hesse 214  
von Heyden 43, 191, 243, 410  
Hintze 118, 174, 197, 220f., 246, 292ff.  
Höing 229  
Hoffschulte 107  
Hofmann 107  
Hüppe 245  
Hunecke 402

Issen 436, 444, 460

Jacoby 197  
Jäger 60, 247f., 316  
Jarzembowski 102  
Jungen 362

Kampeter 451  
Karbig 457  
Karwatzki 43ff.,  
Kauder 240ff.  
Keppelhoff-Wiechert 95  
Kittelmann 104  
Klenke 446  
Koch 452  
Köcher 384, 404, 416, 423  
Kohl 7, 21, 73, 76, 225, 235, 240, 250  
Konrad 105  
Koop 319  
Krömer 403  
Krott 412  
Kühnhardt 151  
Kurz 192, 244

Laurien 330  
Leitner 409  
Lennartz 133  
Leyer 401  
Lieberknecht 58ff.  
Liese 186, 447  
Linssen 67, 112

Malitz 330  
Mann 91  
Markl 161

Menningen 379  
Menrad 369  
Merbach 456  
Merkel 55, 182, 215, 427ff.  
Michalk 145  
Mitsch 249  
Mönig-Raane 422  
Motschmann 322  
Mühlhausen 330  
Müller, Friedhelm 221  
Müller, Hildegard 243

Nassauer 100  
Neumann 205ff.  
Nick 360  
Niedergesäß 53, 373  
Noack 49  
Nolte 66, 224

Pack 315  
Paetz 380  
Pflüger 93  
Pilger 321  
Pischetsrieder 439, 443, 450, 461ff.  
Pöttering 82ff., 103, 111

Rachel 408  
Rahmann 320  
Rauen, Engelbert 419  
Rauen, Peter 374  
Reichard 446  
Reichart-Dreyer 399  
Reinfried 454  
Reinhart 48  
Rendtorff 393, 407, 413, 425  
Repnik 246  
Reszczyński 370  
Reul 207  
Rinsche 82  
Ronsöhr 110  
Roth 16ff., 64  
Rühe 96  
Rüttgers 135, 145ff.

Santer 77  
Sauer 244

Schäuble 121  
Schauerte 239, 371  
Schavan 204, 296, 310, 323, 335  
vom Scheidt 231  
Scheil 402  
Schily 391, 403, 417, 422  
Schipanski 302, 311, 326, 335  
Schneider 456  
Scholz 209  
Schröder 298, 310, 327, 334  
Schulte 347, 351, 354, 358, 364  
Schweitzer 421  
Seidel 361  
Seller 14  
Seiters 88  
Seitz 318  
Stange 412  
Steinbach 227  
Süssmuth 226, 412

Teufel 11, 16, 77ff., 180, 245, 249, 382ff.  
Theato 106  
Thümler 238  
Tresch 388, 398, 406, 414, 424

Vogel 218

Weibring 411  
von Wesphalen 411  
Widmann 229  
Wiese 453  
von Wogau 99  
Wülffing 103ff., 356  
Wulff 217

Zellner 430, 440, 458  
Zinke 190



